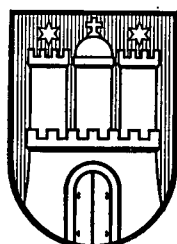


HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1971

Juli-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Immer häufiger Führerscheinentzug wegen Trunkenheit

Im Jahre 1970 wurden in Hamburg insgesamt 5 240 Führerscheininhabern die Fahrerlaubnis entzogen. Damit stieg die Zahl der Entziehungen gegenüber dem Vorjahr um 5,9%. Der Hauptgrund für den Entzug des Führerscheins war Alkohol am Steuer. Hierauf beruhten nicht weniger als knapp 95% aller Fälle (4 955). Hinzu kommt, daß bei dieser Kategorie der Anstieg gegenüber 1969 mit 8,8% deutlich über dem Durchschnitt lag. Allerdings waren die Zuwachsraten im gleichen Zeitraum für das gesamte Bundesgebiet noch wesentlich höher: Knapp 130 000 Entziehungen bedeuteten einen Anstieg von 16,9%, wobei die Zunahme bei Trunkenheitsfällen sogar 19% betrug. Rechnet man zu den 5 240 Führerscheinentziehungen noch die von Gerichten und Verwaltungsbehörden verhängten Fahrverbote (458), sowie die Rücknahmen von Fahrerlaubnissen bzw. Versagungen einer Wiedererteilung (641) hinzu, so wurden 1970 in Hamburg insgesamt 6 339 Maßnahmen getroffen, die das Führen von Kraftfahrzeugen vorübergehend oder für immer untersagen.

Weiterhin ansteigende Bedeutung des hamburgischen Außenhandels mit den EWG-Ländern

Der gesamte Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure belief sich im 1. Vierteljahr 1971 auf 7,9 Mrd DM und stieg gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 1,3 Mrd DM oder 19,9%.

Der größte Handelspartner war die EWG mit einem Umsatz von 2,1 Mrd DM; die Zuwachsrate gegenüber dem 1. Vierteljahr 1970 betrug 30,6%. Dabei wurden die stärksten Steigerungen bei den Einfuhren (1,55 Mrd DM) mit 32,1% verzeichnet. Sie betrafen in erster Linie Waren der gewerblichen Wirtschaft (Zuwachs 39,5%). Die Ausfuhren betragen 0,57 Mrd DM (Steigerung 26,6%).

Unter den Partnerländern standen nach dem absoluten Wert des Gesamtvolumens an erster Stelle wie im Vorjahre die Niederlande mit 1,1 Mrd DM, d. h. um rund 350 Mio DM oder 45,4% mehr als im 1. Vierteljahr 1970; insbesondere erhöhten sich die Einfuhren von Kraftstoffen und Schmierölen sowie Wasserfahrzeugen. Es folgte Frankreich mit 432 Mio DM und einer Zunahme von rd. 50 Mio DM (+ 13,0%), die sich vornehmlich auf höhere Einfuhren von Halbwaren und Fertigwarenvorerzeugnissen bezog. Auch der Außenhandel mit Belgien-Luxemburg nahm mit 40,0% in starkem Maße zu. Die Ein- und Ausfuhren mit Italien erhöhten sich dagegen nur geringfügig um 9,3%.

Eine halbe Milliarde in bebaute Grundstücke investiert

Im Jahre 1970 sind in Hamburg 1 878 bebaute Grundstücke mit einer Fläche von rd. 1,9 Mio qm zu einem Kaufpreis von 469,0 Mio DM veräußert worden.

Im Vergleich mit 1969 bedeutet dies einen leichten Anstieg dem Kaufpreis (+ 1,4%), aber einen erheblichen Rückgang der Fläche nach (- 24,9%); die Anzahl der Fälle hat mit - 17,9% geringer abgenommen.

Hieraus ergibt sich eine beachtliche durchschnittliche Steigerung der Verkaufserlöse, wobei allerdings darauf hinge-

wiesen werden muß, daß die jeweiligen Preise entscheidend von der Lage und den spezifischen Besonderheiten der einzelnen Grundstücke abhängen.

Die veräußerten Grundstücke sind nach der Anzahl der Fälle zu 20% mit Mietwohnhäusern, zu 60% mit Einfamilienhäusern, zu 3% mit Geschäfts- und Betriebsgebäuden bebaut sowie zu 5% gemischt genutzt. Gegenüber 1969 hat die Zahl der Verkäufe der gemischt genutzten und der mit Mietwohnhäusern bebauten Grundstücke stark zugenommen, die Zahl der Verkäufe der mit Einfamilienhäusern sowie Geschäfts- und Betriebsgebäuden bebauten Grundstücke aber wesentlich abgenommen.

Starke Zunahme von Einpersonenhaushalten seit 1961

Die Vorweg-Aufbereitung der Hamburger Zählerlisten zum Zeitpunkt der Volkszählung vom 27. Mai 1970 ergab eine wohnberechtigte Bevölkerung von 1,832 Millionen Personen, von denen 1,781 Mio in 795 700 privaten Haushalten (97,2%) und 51 000 in Anstalten (2,8%) lebten. Untergliedert man die privaten Haushalte nach der Größe, so ergibt sich für Hamburg 1970 folgende Verteilung der Haushalte nach der Zahl der Personen:

		Veränderung gegenüber 1961
1 Person	282 800	+ 62 700
2 Personen	239 500	+ 6 200
3 Personen	138 400	- 18 300
4 Personen	92 000	- 900
5 oder mehr	43 000	- 5 100

Verglichen mit 1961 ist demnach ein beträchtlicher Anstieg der Haushalte - um 44 600 - bei rückläufiger Einwohnerzahl festzustellen. Die Ursache liegt vor allem in der Zunahme von Einpersonenhaushalten, deren Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte von 29,3% im Jahre 1961 auf 35,5% angestiegen ist. Im wesentlichen beruht dies auf dem Zuzug von ausländischen Arbeitskräften sowie auf Haushaltsteilungen infolge der verbesserten Wohnungsverversorgung. Die durchschnittliche Größe der Mehrpersonenhaushalte errechnet sich 1970 für Hamburg auf 2,9 Personen.

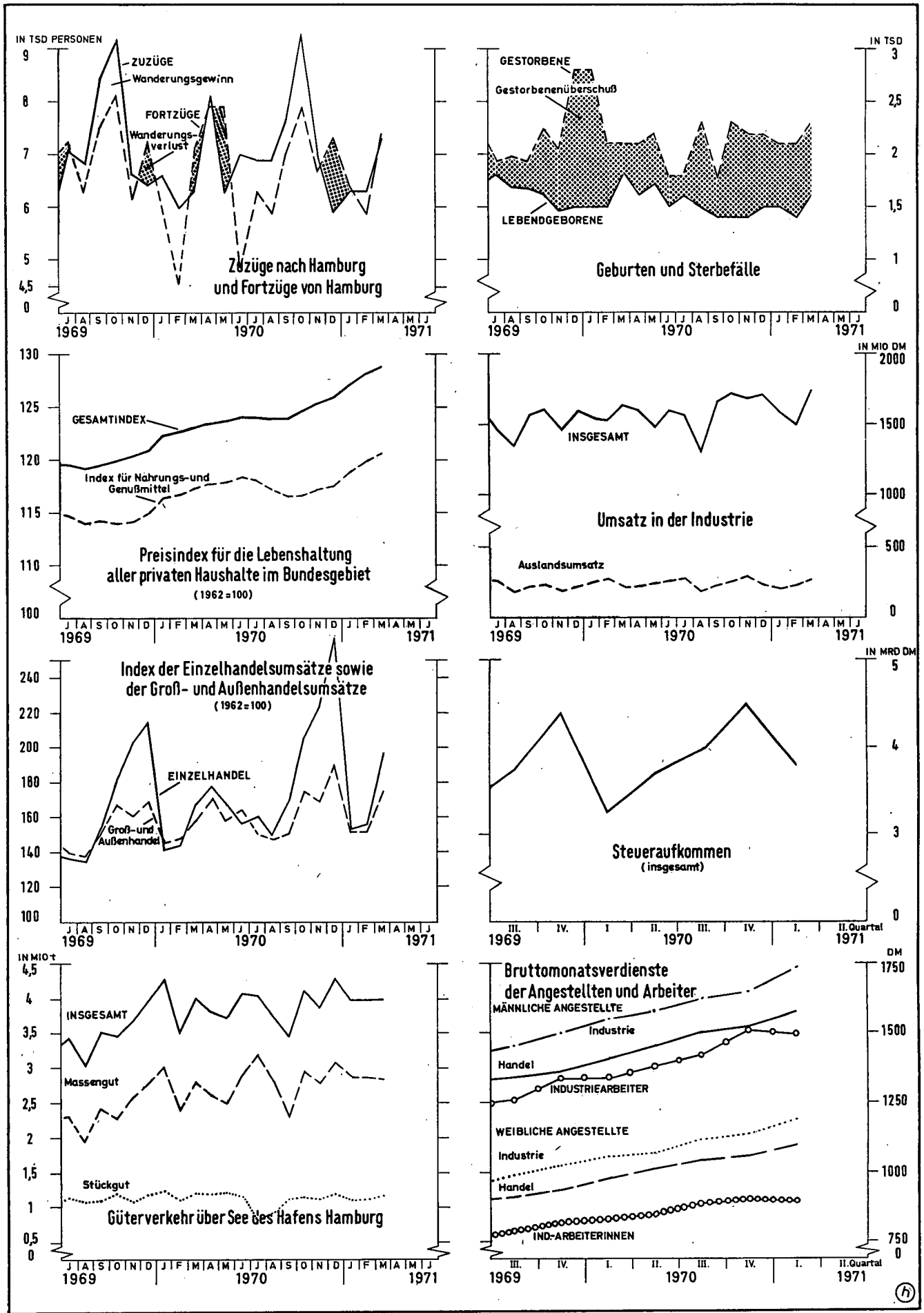
137 Mio DM Ausgaben für Sozialhilfe im Jahre 1970

Im Jahre 1970 betragen die Eruttoausgaben für Sozialhilfe in Hamburg 136,8 Mio DM und nahmen damit gegenüber dem Vorjahr um 19,5 Mio DM (16,6%) zu. Je Einwohner wurden 75 DM ausgegeben. Gut ein Viertel des Betrages entfiel auf die Hilfe zum Lebensunterhalt und knapp drei Viertel kamen auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Der größte Ausgabeposten war mit über 38 Mio DM die Hilfe zur Pflege. Die Kosten der übrigen Hilfearten, vor allem der Blindenhilfe, Eingliederungshilfe für Behinderte und der Tuberkulosehilfe, sind erheblich gestiegen. Leicht rückläufig waren die Ausgaben für Gefährdete.

Über einen Zeitraum von 7 Jahren gesehen (1964 bis 1970), weisen die Bruttoausgaben für Sozialhilfe eine Steigerungsrate von rd. 68% aus.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 1985

Ergebnisse der 3. koordinierten Vorausschätzung

Inhalt:

1. Zur Methode der Vorausschätzungen
2. Neue Ansätze für Geburten und Wanderungen
3. Bevölkerungsrückgang bis 1985
4. Veränderungen im Altersaufbau
5. Veränderte Ergebnisse durch veränderte Annahmen
6. Beurteilung der vorliegenden Vorausschätzung

1. Zur Methode der Vorausschätzungen

Bereits im vergangenen Jahr wurden in dieser Zeitschrift Bevölkerungsvorausschätzungen bis zum Jahre 1985 veröffentlicht¹⁾. Die steigenden Anforderungen, insbesondere der planerischen Instanzen hinsichtlich möglichst zuverlässiger Vorausschätzungen machen jedoch eine ständige Überprüfung der Berechnungen anhand der neuesten Entwicklung nötig. Die Basis der letzten Berechnungen, der sogenannten „2. koordinierten Bevölkerungsprognose“, bildete der Bevölkerungsbestand Hamburgs vom 1. 1. 1969. Die Wahrscheinlichkeiten für Geburten und Sterbefälle wurden anhand der Statistiken der Jahre 1967/1968 bzw. 1965 bis 1967 errechnet. Außerdem war erstmals versucht worden, das zunächst nur auf den biologischen Daten aufgebaute Prognosemodell durch Einbau von alternativen Wanderungsansätzen zu modifizieren.

In Hamburg ist zwar, zwei Jahre nach dem Ausgangspunkt der letzten Prognose, die Differenz zwischen Prognose und Fortschreibung nicht erheblich: der Bevölkerungsbestand Hamburgs nach der Fortschreibung betrug am 1. 1. 1971 = 1 817 100 Einwohner. Diese Zahl weicht von dem auf Basis 1. 1. 1969 für den 1. 1. 1971 prognostizierten Bestand (ohne Wanderungen) von 1 819 500 Einwohnern um nur 2 400 Personen ab.

In diesen 2 Jahren hatte Hamburg zwar einen Wanderungsgewinn von 2 800 Personen, die Zahl der Geborenen sank aber um rd. 5 700 gegenüber den prognostizierten Zahlen. Die Einwohnerzahl allein als Ergebnis einer ganzen Reihe von Faktoren läßt damit keinen unbedingten Schluß auf die Richtigkeit einzelner der Berechnung zugrundegelegter Annahmen zu. Für die späteren Jahre dürften sich außerdem

auch für die Hamburger Vorausschätzungszahlen Verzerrungen aufgrund überholter Basiswerte verstärkt bemerkbar machen. Die Ergebnisse einer durchgeführten „3. koordinierten Bevölkerungsprognose“, die wieder in wesentlichen Punkten mit dem Statistischen Bundesamt und den übrigen Statistischen Landesämtern abgestimmt wurde, liegen jetzt vor und sollen im folgenden kommentiert werden. Da gegenüber den früheren Berechnungen nur die Größenordnung einzelner Modellannahmen, nicht aber Modell und Berechnungsmethode selbst variiert wurden, wird auf eine ausführliche Darstellung der Vorausschätzungsmethode verzichtet und auf die früheren Veröffentlichungen verwiesen. Zur Methode sei hier nur folgendes bemerkt:

Bevölkerungsvorausschätzungen sind keine Prognosen im eigentlichen Sinne, es sind vielmehr Modellrechnungen, bei denen mit Hilfe mathematischer Methoden die bestehende Struktur der Bevölkerung unter bestimmten Annahmen in die Zukunft fortgeschrieben wird. Das Ergebnis der Prognose ist dann allein von diesen Annahmen abhängig und in seiner Güte, gemessen an der echten Entwicklung, so gut oder schlecht wie es die ins Modell einbezogenen Annahmen sind.

Der Bevölkerungsbestand wird verändert durch Geburten und Sterbefälle sowie durch Zu- und Fortzüge. Diese Komponenten müssen folglich bei einer Bevölkerungsvorausschätzung berücksichtigt werden. Ausgangspunkt für die Prognose ist die Basisbevölkerung, d. h. die tatsächliche Bevölkerung an einem Stichtag mit ihrem Volumen und ihrer Alters- und Geschlechtsstruktur. Dieser Basisbestand der Bevölkerung wird sodann geburtsjahrgangweise mittels der zitierten Komponenten fortgeschrieben, d. h. um Sterbefälle und Fortzüge verringert und durch Geburten und Zuzüge erhöht.

Die mathematischen Methoden dieser Fortschreibung sind ausgereift. Das Problem der Vorausschätzungen liegt darin, die richtigen, d. h. realitätsnahen Annahmen über den zukünftigen Verlauf der Entwicklungskomponenten zu gewinnen.

Für den Ansatz der Sterbefälle werden alters- und geschlechtsspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten, für den Ansatz der Geburten entsprechend altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern der Frauen berücksichtigt. Beide Wahrscheinlichkeiten sind im wesentlichen durch biologische Gesetzmäßigkeiten bestimmt und aus dem statistischen Material der Vergangenheit zu entnehmen.

Nicht durch entsprechende Gesetzmäßigkeiten determiniert wie die biologischen Komponenten und daher viel weniger exakt greifbar ist die übrige Kompo-

¹⁾ „Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 1985“, Hamburg in Zahlen, April-Heft 1970 und „Die Berücksichtigung der Wanderungsbewegung in einem Modell der Bevölkerungsvorausschätzung“, Hamburg in Zahlen, Oktober-Heft 1970.

nente der Bevölkerungsentwicklung: die Wanderungsbewegung. Da die Komplexität und Vielzahl ihrer Einflußfaktoren bisher nicht in einem Modell quantifiziert und folglich ihre Entwicklung nicht befriedigend erklärt und vorausgeschätzt werden kann, muß man sich damit begnügen, das Vorausschätzungsmodell durch plausible Entwicklungshypothesen zu erweitern, in die Erfahrungen aus der Vergangenheit und/oder planerische Vorstellungen über die Zukunft und eine Vielzahl anderer Aspekte eingehen können. Die Wanderungshypothese muß sowohl das Volumen der zu erwartenden Zu- und Fortzüge als auch ihre Struktur nach Alter und Geschlecht umfassen. Diese „Wanderungsbevölkerung“ modifiziert nun in jedem Vorausschätzungsjahr die zunächst lediglich mittels der biologischen Komponenten „fortgeschriebene“ Bevölkerung. Dabei kommt einmal der unmittelbare Effekt des einzelnen Zu- oder Fortzugs zum Tragen, zum anderen verändert sich aber auch mittelbar, über den durch Zu- oder Fortzug veränderten Altersaufbau, die Zahl der Geburten und Sterbefälle.

Aus dem Zusammenspiel von Basisbevölkerung und den angenommenen Wahrscheinlichkeiten für die biologischen Abläufe sowie den Hypothesen über Volumen und Struktur der zukünftigen Zu- und Fortzüge ergibt sich nun für jeden zukünftigen Zeitpunkt ein neuer Bevölkerungsbestand mit bestimmtem Volumen und bestimmter Alters- und Geschlechtsproportion.

Die Bevölkerungsprognosen sind nun bereits zum dritten Male in Zusammenarbeit von Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern nach einem einheitlichen Maschinenprogramm und unter Zugrundelegung einheitlicher Annahmen durchgeführt worden, wobei Hamburg zusätzlich mit verschiedenen Alternativen gerechnet hat.

Diese sogenannten „koordinierten“ Vorausschätzungen haben den Vorteil, daß die Länderergebnisse zu einem Bundesergebnis summiert und untereinander verglichen werden können. Die „1. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung“ erfolgte 1967 und berücksichtigte wegen der erwähnten Unsicherheiten bei den Annahmen über die Wanderungen nur die biologischen Komponenten.

Im Laufe der „2. koordinierten Vorausschätzung“ von 1969/70 wurden dann wegen der quantitativen Bedeutung der Wanderungskomponente in einem Zusatzmodell erstmals alternative Wanderungshypothesen in das Rechenprogramm einbezogen: Diese 2. Vorausschätzung war wesentliche Grundlage der jetzt erfolgten 3. Prognose, die sich nicht in der Methode, wohl aber im großemäßigen Ansatz einiger Parameter von der vorhergehenden Berechnung unterscheidet.

Für die „3. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung“ erfolgte die Quantifizierung der Modellparameter in folgender Weise:

1. Bevölkerungsbestand nach Alter und Geschlecht am Stichtag 1. 1. 1970

2. Alters- und geschlechtsspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten nach dem Durchschnitt der Jahre 1965 bis 1967.
Für die Lebendgeborenen geringfügig sinkende Säuglingssterblichkeit
3. Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern der Frauen nach dem Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1970 (abweichend von der sonst im Bundesgebiet verwendeten Fruchtbarkeitsziffer von 1970)
4. Als Wanderungssaldo einen jährlichen Wanderungsgewinn von 2 000 Personen bis 1985
5. Alters- und Geschlechtsstruktur der Wanderungen nach dem Durchschnitt der Jahre 1965 bis 1969 bei Zugrundelegung eines Wanderungsgewinns von 2 000.

2. Neue Ansätze für Geburten und Wanderungen

Gegenüber der letzten Bevölkerungsvorausschätzung bedurften ganz besonders zwei Annahmen der Überprüfung anhand des neuesten statistischen Materials: der Ansatz der Geburtenhäufigkeit und die Wanderungshypothese.

Aufgrund des starken Rückganges der Geburtenzahlen und der besonderen Unsicherheiten bei der Voraussage der Wanderungsentwicklung wie des gegenüber früheren Erwartungen verstärkten Zustroms ausländischer Arbeitskräfte, konnte die nach den seinerzeitigen Ausgangswerten geschätzte Bevölkerungsentwicklung nicht mehr als realistisch angesehen werden.

2.1 Weniger Geburten

Seit 1967 wird ein zunehmend stärkerer Rückgang der Geburtenhäufigkeit beobachtet. 1966 wurden in Hamburg z. B. noch 27 423 Kinder geboren, 1970 waren es dagegen nur 18 383 Kinder. Auch wenn man mögliche Einflüsse der unterschiedlichen Bevölkerungszahl und insbesondere der wechselnden Altersstruktur der Frauen auf die Geburtenzahlen ausschließt und die sog. „altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern“ errechnet (Geburten auf 1 000 Frauen eines bestimmten Alters), zeigt sich diese Entwicklung sehr deutlich: wurden 1966 von 1 000 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren rund 73 Kinder geboren, so waren es 1969 nur rund 59 Kinder. Stärker noch als dieser Rückgang bei der „allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer“ (14 Punkte) war der der „altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern“ in den Altersgruppen der 20 bis 25 und 25 bis 30jährigen Frauen, also gerade bei den Jahrgängen mit den höchsten Geborenenzahlen: hier wurden 1969 nur rund 95 bzw. 100 Geborene auf 1 000 Frauen errechnet, während es 1966 noch 120 bzw. 134 Geborene waren (Rückgang um 25 bzw. 34 Punkte).

Es dürfte als sicher angenommen werden, daß für diese Entwicklung die Familienplanung in Verbindung mit der verbesserten Empfängnisverhütung eine große Rolle spielt. Angesichts dieser Tatsache konnte eine

Tabelle 1

Lebendgeborene und Fruchtbarkeitsziffern in Hamburg 1933, 1939 und 1946 bis 1970

Jahre	Geborene insgesamt	Auf 1000 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren kamen . . . Geborene						
		insgesamt	davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren					
			15 - 20	20 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 40	40 - 45 ¹⁾
1	2	3	4	5	6	7	8	
1933 ²⁾	13 038	40,6	16,3	64,9	76,1	44,4	20,9	7,1
1939	29 134	70,0	19,3	114,6	135,3	96,1	47,4	13,7
1946	19 519	60,5	16,3	116,4	124,3	71,6	40,5	13,8
1948	18 820	57,6	20,9	109,2	114,9	61,9	36,2	12,8
1950	17 380	51,2	18,6	102,5	97,1	64,6	27,8	9,8
1952	16 811	47,0	16,0	97,1	89,9	60,6	22,1	8,2
1954	17 768	48,1	14,4	94,4	93,9	62,3	26,5	7,5
1956	19 499	51,1	13,2	97,6	101,3	65,0	34,5	6,4
1958	22 049	57,6	15,6	104,1	117,5	71,0	33,7	7,5
1960	24 276	63,0	19,0	100,8	132,3	76,1	32,3	11,2
1962	25 942	62,8	23,9	107,4	135,9	76,3	33,4	9,7
1964	27 738	70,7	27,0	112,2	137,9	85,7	34,2	8,1
1965	26 814	69,5	28,9	109,2	132,7	84,2	32,6	8,9
1966	27 423	72,6	31,2	119,6	133,8	86,6	32,9	8,5
1967	26 167	70,8	31,1	120,8	126,0	83,4	32,9	7,6
1968	24 265	66,9	32,0	112,2	114,7	80,9	31,8	7,9
1969	21 039	58,7	32,0	94,9	100,0	70,1	29,9	7,3
1970	18 390	51,4 p	31,2 p	80,0 p	88,5 p	59,8 p	25,2 p	6,9 p
Ø 1966-1970 ..	23 457	64,1	31,7	105,5	112,6	76,2	30,5	7,6

¹⁾ einschl. Geborene, bei denen die Mütter 45 Jahre und älter waren. - ²⁾ damaliger Gebietsstand.

realistische Bevölkerungsvorausschätzung beim Ansatz der Geburten nicht mehr - wie noch die 2. koordinierte Prognose - von den Verhältnissen der Jahre 1967/68 ausgehen. Andererseits schien es aber auch verfrüht, mit den zum augenblicklichen Zeitpunkt noch extremen Verhältnissen von 1970 zu arbeiten. Die Phase des Geburtenrückgangs von jetzt 3-4 Jahren ist sicher zu kurz, um sie für einen fünfmal längeren Prognosezeitraum von 15 Jahren zu fixieren.

Eine ausführliche Analyse des Geburtenrückgangs²⁾ zeigt zudem, daß z. Z. nicht nur weniger dritte, vierte und weitere Kinder geboren werden, sondern vor allem weniger erste und zweite. Wenn auch kaum anzunehmen ist, daß ausgesprochen kinderreiche Ehen wieder zahlreicher werden, so könnte es sich bei der Verringerung erster und zweiter Kinder, besonders in jüngeren Ehen, auch nur um eine Vergrößerung der Geburtenabstände handeln. Die Verschiebung der Geburten auf einen späteren Zeitpunkt würde dann zu einer in Zukunft wieder steigenden Geburtenhäufigkeit führen können. Abgesehen von diesem „Nachholeffekt“ muß außerdem berücksichtigt werden, daß „ebenso wie viele andere Verhaltensweisen auch das generative Verhalten Zeitströmungen unterworfen und daher wandlungsfähig“ ist.³⁾

Der Wellenverlauf der im Schaubild 1 dargestellten Fruchtbarkeitsziffern seit 1946 unterstützt diese Vermutung.

Für die jüngste Bevölkerungsvorausschätzung wurde als Ergebnis all dieser Überlegungen für Ham-

burg eine durchschnittliche Fruchtbarkeitsziffer zugrundegelegt, die die Jahre 1966 bis 1970 einbezieht⁴⁾.

Parallel dazu wurden allerdings, um die Entwicklungsmöglichkeiten bei anhaltend geringen Geburtenzahlen zu ermitteln, auch Programmdurchläufe mit den Fruchtbarkeitsziffern von 1969 bzw. 1970 vorgenommen.

2.2 Wanderungsgewinne bis 1985

Die in der zweiten koordinierten Vorausschätzung in Ansatz gebrachten Wanderungen waren in erster Linie nur als erster Versuch zu werten, durch den die Auswirkungen von Wanderungen auf den Bevölkerungsbestand im Laufe des Modellablaufs ermittelt werden sollten. Dabei wurden für die Quantifizierung des Wanderungsansatzes auch planerische Gesichtspunkte berücksichtigt („landesplanerische Zielvorstellungen“), die Binnenwanderungssalden wurden zwischen den Ländern abgestimmt (für das Bundesgebiet ± 0) und der für das Bundesgebiet insgesamt geschätzte Außenwanderungssaldo wurde länderweise aufgeteilt. Diesmal dagegen wurden die Wanderungsannahmen nicht in diesem strengen Sinne koordiniert, sondern von jedem Land gesondert entwickelt. Die Abstimmung mit der tatsächlichen Entwicklung in jedem Land sollte als „statistischer Ansatz“ Vorrang vor der Geschlossenheit des Modells haben.

Bei der Ermittlung des zu erwartenden Wanderungssaldos wurde in Hamburg zwischen den Wanderungssalden der Deutschen und der Ausländer unterschieden, da beide Gruppen in den letzten Jahren ein völlig unterschiedliches Verhalten gezeigt haben. Die Wanderungen der Ausländer ergaben in-

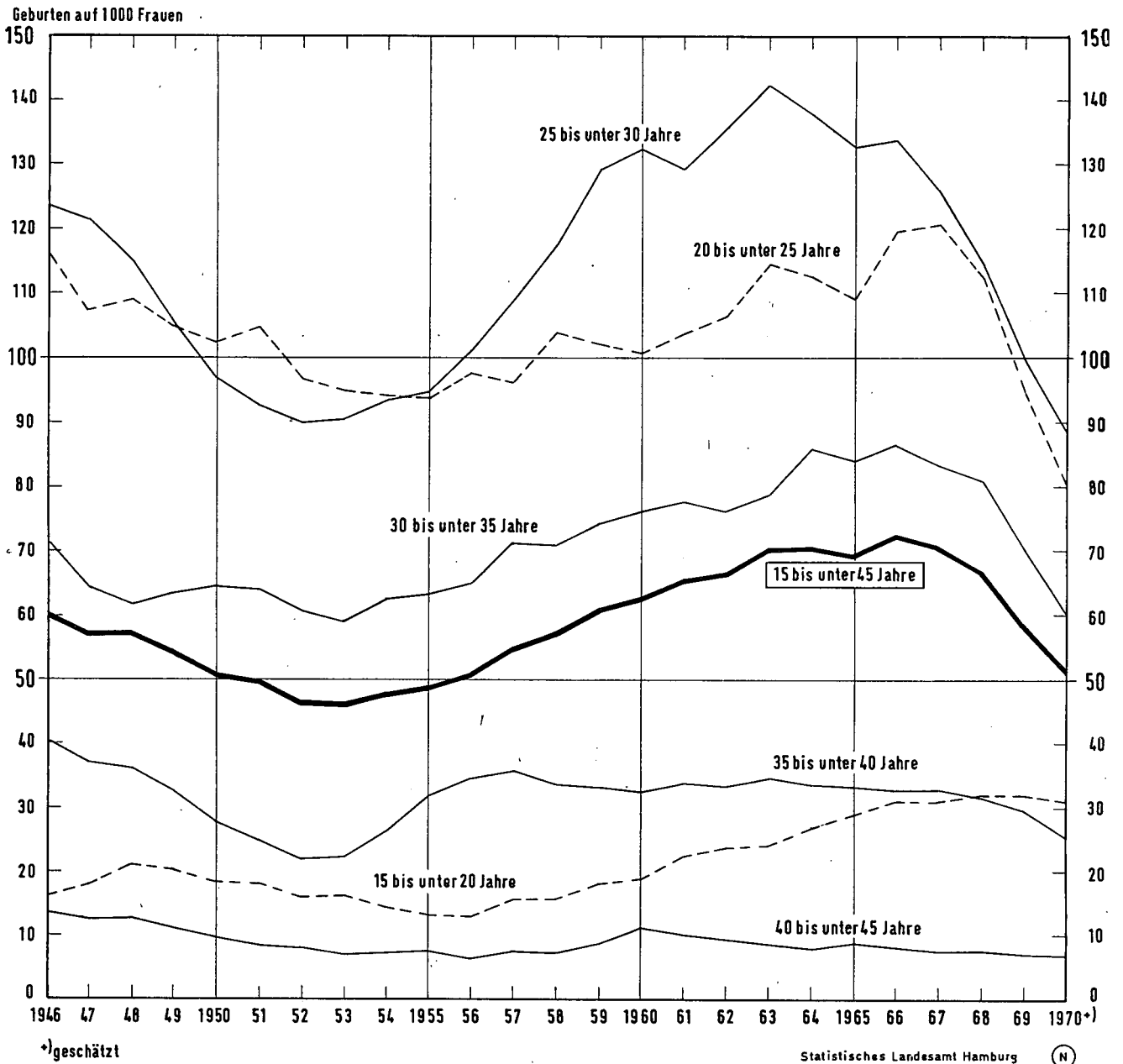
²⁾ Schwarz, Karl „Die Bedeutung des Geburtenrückgangs für die Bestandserhaltung der Bevölkerung und die Zahl der Kinder in den Ehen“, Wirtschaft und Statistik 1/1971.

³⁾ Schwarz, Karl, a.a.O.

⁴⁾ Hier weicht Hamburg von der „koordinierten Prognose“ ab, in der die Verhältnisse von 1970 zugrundegelegt wurden.

Schaubild 1

Fruchtbarkeitsziffern in Hamburg nach Altersgruppen der Frauen von 1946 bis 1970



folge des starken Zustromes von ausländischen Arbeitskräften für Hamburg Wanderungsgewinne. Die Wanderungen der Deutschen brachten infolge der starken Abwanderung in das Hamburger Umland negative Salden.

Tabelle 2

Die Hamburger Wanderungssalden in den Jahren von 1965 bis 1970

Jahre	Wanderungssalden insgesamt	davon		
		Ausländer	Deutsche	
			in Hamburger Randkreisen	in übrigen Gebieten
1	2	3	4	
1965	- 4 545	+ 9 193	-13 134	- 604
1966	- 8 334	+ 5 600	-12 904	-1 030
1967	-15 237	+ 2 630	-12 915	+ 308
1968	- 7 403	+ 4 703	-12 902	+ 796
1969	+ 410	+13 230	-13 792	+ 922
1970	+ 2 419	+14 652	-13 093	+ 860

Für die Zukunft der nächsten 15 Jahre wurde davon ausgegangen, daß der Wanderungssaldo der Ausländer auch längerfristig positiv bleiben dürfte, wobei allerdings eine zunehmende Sättigung des Arbeitsmarktes mit ausländischen Arbeitnehmern zu abnehmenden Wanderungsgewinnen führen könnte. Die gegenwärtigen Wanderungsverluste bei den Inländern dürften dagegen kaum bis 1985 in Wanderungsgewinne umschlagen, allenfalls könnten sie allmählich reduziert werden, wenn der Druck auf den Wohnungsmarkt verringert würde.

Wesentliche konjunkturelle Schwankungen und starke strukturelle Veränderungen wurden bei diesen Überlegungen nicht berücksichtigt.

Beide Tendenzen, abnehmender Wanderungsgewinn bei den Ausländern und abnehmender Wanderungsverlust bei den Deutschen, führten bei modellhaft vorgenommener linearer Extrapolation auf einen Schnitt-

punkt im Jahre 1987 hin, zu einem jährlichen Wanderungsgewinn von 2 000 Personen bis zum Jahre 1985.

Tabelle 3

Annahme der Wanderungssalden 1970 bis 1985

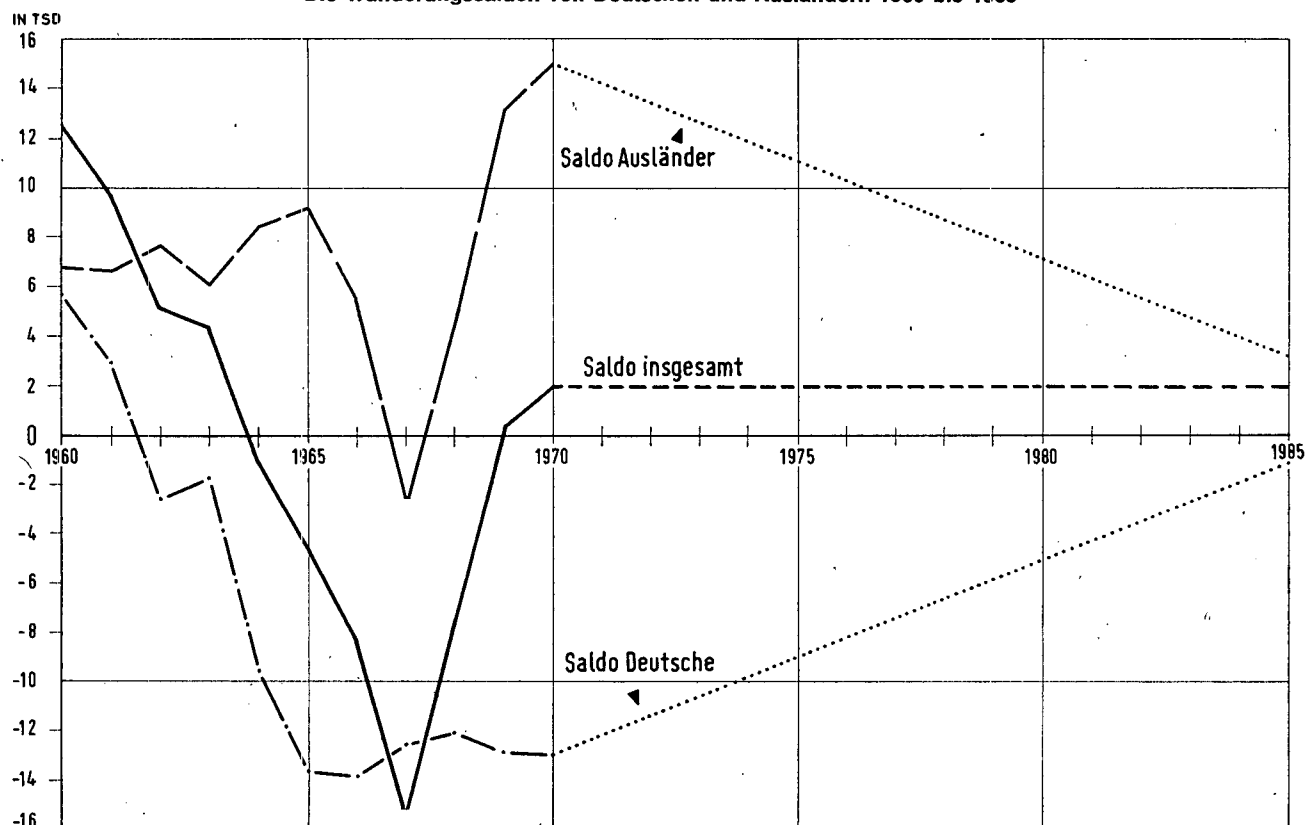
Jahre	Ausländer	Deutsche	Saldo
	1	2	3
1970	+ 15 000	— 13 000	+ 2 000
1971	+ 14 200	— 12 200	+ 2 000
1972	+ 13 400	— 11 400	+ 2 000
1973	+ 12 600	— 10 600	+ 2 000
1974	+ 11 900	— 9 900	+ 2 000
1975	+ 11 100	— 9 100	+ 2 000
1976	+ 10 300	— 8 300	+ 2 000
1977	+ 9 500	— 7 500	+ 2 000
1978	+ 8 700	— 6 700	+ 2 000
1979	+ 7 900	— 5 900	+ 2 000
1980	+ 7 100	— 5 100	+ 2 000
1981	+ 6 400	— 4 400	+ 2 000
1982	+ 5 600	— 3 600	+ 2 000
1983	+ 4 800	— 2 800	+ 2 000
1984	+ 4 000	— 2 000	+ 2 000
1985	+ 3 200	— 1 200	+ 2 000

Die Altersstruktur der zu erwartenden Wanderungsbewegung, die im Vorausschätzungsprogramm neben dem Volumen gesondert vorgegeben werden muß, ist ein ebenso entscheidender Eingabewert: er bestimmt die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung als Folge der Zu- und Fortzüge und dadurch — über die altersspezifischen Fruchtbarkeits- und Sterbeziffern — die Änderungen in Geburten und Sterbefällen. Wegen der Zufallsschwankungen bei Berücksichtigung der Altersstruktur der Zu- und Fort-

³⁾ In der 2. koordinierten Prognose wurde von den altersspezifischen Wanderungssalden des Jahres 1968 ausgegangen, in der 3. von den Salden der Jahre 1965/69.

Schaubild 2

Die Wanderungssalden von Deutschen und Ausländern 1960 bis 1985



züge von nur ein bis zwei Jahren wurden in Hamburg — abweichend von der bundeseinheitlichen Regelung und auch vom Verfahren der 2. koordinierten Prognose⁵⁾ — die altersspezifischen Wanderungssalden aus dem Durchschnitt der 5 Jahre 1965 bis 1969 errechnet und auf den erwarteten Wanderungsgewinn von 2 000 Personen angelegt. Dieses Verfahren ist um so erforderlicher, weil Hamburg eine sehr un- ausgeglichene Altersgliederung der Zu- und Fortzüge aufweist: Wanderungsgewinne treten bei den 15 bis etwa 25jährigen auf, Wanderungsverluste bei allen übrigen Altersgruppen. Diese auch im 5jährigen Durchschnitt bestätigte Struktur wurde als relative Altersgliederung für die Wanderungen des gesamten Prognosezeitraumes zugrundegelegt.

Tabelle 4

Die Altersgliederung des Wanderungssaldos von + 2 000 nach Altersgruppen

Errechnet aus dem Durchschnitt der Jahre 1965 bis 1969

Altersjahre von ... bis unter ...	Männer	Frauen	Zusammen
	1	2	3
0—15	— 158	— 117	— 275
15—20	+ 513	+ 994	+ 1 507
20—25	+ 776	+ 533	+ 1 309
25—30	+ 130	— 67	+ 63
30—45	— 142	— 120	— 262
45—65	— 139	— 95	— 234
65 und älter	— 66	— 42	— 108
Insgesamt	+ 914	+ 1 086	+ 2 000

2.3 Sterbewahrscheinlichkeiten und Basisbevölkerung

In direkter Anlehnung an die frühere Prognose wurden die alters- und geschlechtsspezifischen Sterbe-

wahrscheinlichkeiten aus dem Durchschnitt der Jahre 1965 bis 1967 beibehalten. Im Gegensatz zu den Fruchtbarkeitsziffern hat sich hier die längerfristige Konstanz der biologischen Modellannahmen bewahrt. Auch an der Überlebenswahrscheinlichkeit der Lebendgeborenen, die gesondert in das Programm eingegeben wird, hat sich nichts geändert. Sie wurde mit der Annahme eines geringfügigen Anstiegs bis 1984 beibehalten.

Als Basisbevölkerung, die in der Vorausschätzung fortgeschrieben wird, dient die Bevölkerung in Bestand und Struktur nach dem Fortschreibungsergebnis vom 1. 1. 1970. Diese Basis ist gegenüber der alten Vorausschätzung um ein Jahr aktueller.

Es muß hier allerdings bereits erwähnt werden, daß die Vorwegaufbereitung der Volkszählung eine Überhöhung der fortgeschriebenen Bevölkerung um rund 25 000 Personen (1,4 %) ergeben hat, die vor allem auf die Unsicherheit in der Erfassung der Zu- und Fortzüge zurückzuführen sind.

Da sich infolge der unterschiedlichen Mobilität der verschiedenen Jahrganggruppen diese Überhöhung außerdem in einer Verzerrung der Altersgruppen auswirkt, muß nach endgültiger Fertigstellung der Volkszählungsergebnisse auf Basis des korrigierten Bevölkerungsbestandes eine erneute Vorausschätzung vorgenommen werden.

3. Bevölkerungsrückgang bis 1985

Unter den dargestellten Voraussetzungen muß Hamburg innerhalb des Zeitraumes der nächsten 15 Jahre mit einem Einwohnerverlust von fast 74 000 Personen

rechnen. Um diese Zahl liegt der für Ende 1985 prognostizierte Bevölkerungsbestand von 1 743 500 Einwohnern niedriger als der Basisbestand vom 1. 1. 1970 mit 1 817 100 Einwohnern. Bis Ende 1975 wird nach dieser Berechnung die Bevölkerung bereits um knapp 18 000 Personen auf 1 799 200 Einwohner gesunken sein. Bis Ende 1980 folgt dann ein weiterer Verlust von fast 28 000 Personen auf einen Bestand von 1 771 500 Einwohnern. Einem Rückgang von weiteren 28 000 Einwohnern zwischen 1980 und 1985 folgt schließlich nochmals ein Rückgang innerhalb von 5 Jahren, der zu dem Wert von 1 743 500 Einwohnern führt. Dieser ununterbrochene, sich verstärkende Rückgang der Gesamtbevölkerung gilt für Männer wie für Frauen. Allerdings ist der erwartete Rückgang bei den Frauen erheblich stärker als bei den Männern: die Zahl der Männer sinkt von 843 500 (1. 1. 1970) um 17 200 (2,0 %) auf 826 400, dagegen beträgt der Rückgang bei den Frauen mit 56 400 von 973 500 auf 917 100 (5,8 %) mehr als das dreifache. Auf diese im Zusammenhang mit dem Altersaufbau stehende Tatsache wird später noch eingegangen.

Die beträchtliche Abnahme der Hamburger Bevölkerung in den nächsten Jahren beträgt, das sei noch einmal betont, trotz eines in dieser Vorausschätzung angenommenen Wanderungsgewinns von jährlich 2 000, also bis 1985 insgesamt 74 000 Personen. Selbst dieser, angesichts der teilweise recht großen Wanderungsverluste in den letzten Jahren, beachtliche künftige zusätzliche Bevölkerungszugang von außen ist nicht in der Lage, die biologische Lücke zwischen Geburten und Sterbefällen zu schließen. Diese Lücke, ein Sterbeüberschuß, besteht schon jetzt, wird sich aber in den nächsten Jahren bei steigender Zahl von Sterbefällen und sinkender Zahl von Geburten noch vergrößern.

Schaubild 3

Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes in Hamburg von 1961 bis 1985
— Basis 1. 1. 1970 —

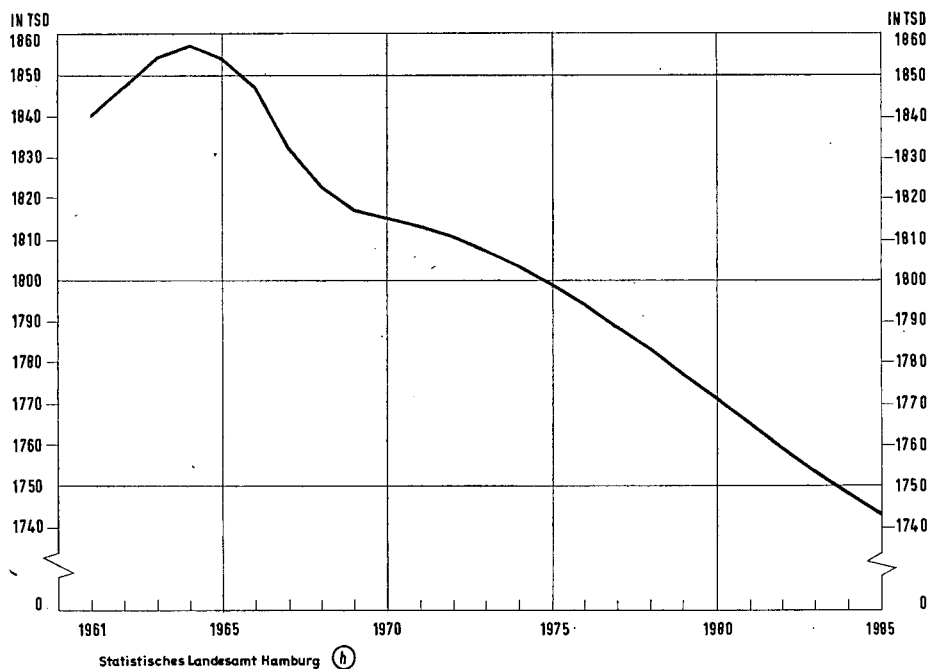


Tabelle 5

Die Hamburger Wohnbevölkerung, sowie Lebendgeborene und Gestorbene von 1970 bis 1985
 — Bevölkerungsvorausschätzung einschl. Wanderungen auf Basis 1. 1. 1970 —

Jahre (31. 12.)	Bevölkerung			Lebend- geborene	Gestorbene		Gestorbenen- überschuß
	Männer	Frauen	insgesamt		insgesamt	dar. Frauen	
	1	2	3	4	5	6	7
1970	843 500	972 200	1 815 700	22 400 ¹⁾	25 900	13 300	3 500
1971	843 200	970 500	1 813 600	22 100	26 200	13 600	4 100
1972	842 600	968 400	1 811 000	21 800	26 400	13 800	4 600
1973	841 900	965 800	1 807 700	21 400	26 700	14 000	5 300
1974	840 900	962 900	1 803 800	21 000	26 900	14 200	5 900
1975	839 800	959 600	1 799 300	20 600	27 100	14 400	6 500
1976	838 500	955 900	1 794 400	20 300	27 200	14 600	6 900
1977	837 000	952 000	1 789 000	20 000	27 300	14 700	7 300
1978	835 500	947 800	1 783 300	19 700	27 400	14 900	7 700
1979	834 000	943 500	1 777 400	19 600	27 500	15 000	7 900
1980	832 400	939 000	1 771 400	19 500	27 500	15 000	8 000
1981	830 900	934 500	1 765 400	19 500	27 500	15 100	8 000
1982	829 500	930 000	1 759 500	19 600	27 500	15 100	7 900
1983	828 300	925 600	1 753 900	19 800	27 400	15 200	7 600
1984	827 200	921 300	1 748 500	20 000	27 400	15 100	7 400
1985	826 400	917 100	1 743 500	20 300	27 300	15 100	7 000

¹⁾ Ergebnis aufgrund der Vorausschätzung; tatsächliche Zahl der Geborenen: 18 300.

3.1 Anstieg der Sterbefälle

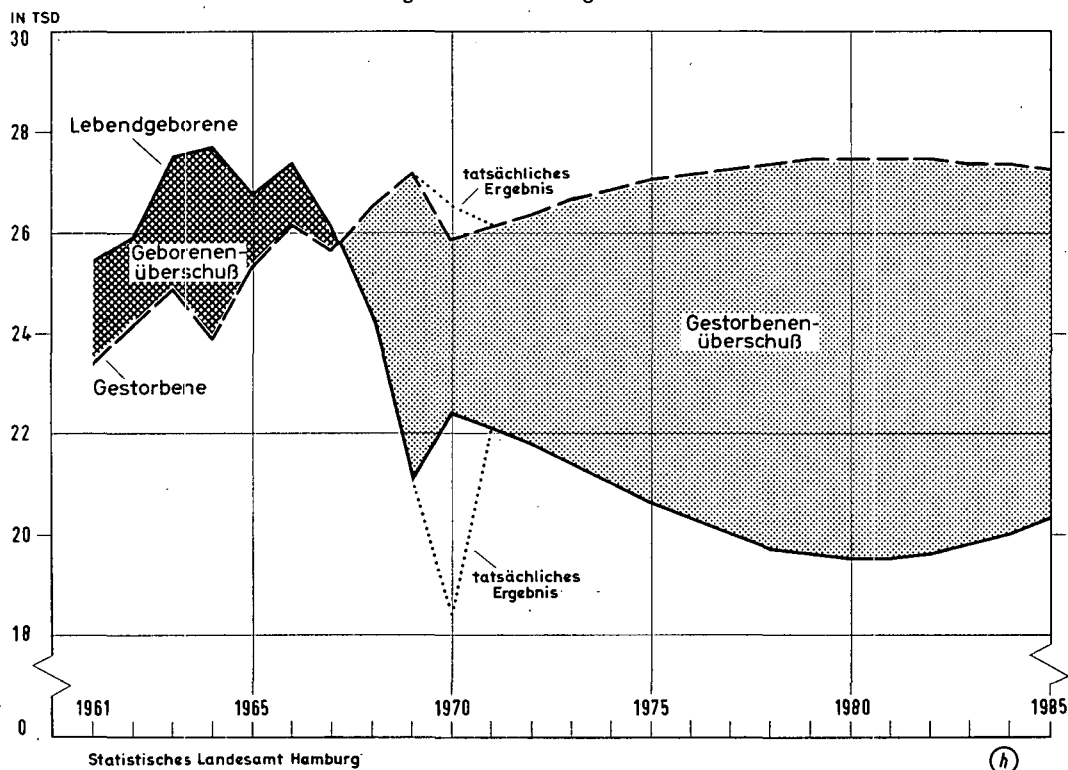
Waren noch für 1970 rund 25 900⁶⁾ Sterbefälle zu erwarten, so wird ihre Zahl bis 1982 auf 27 500 steigen. Erst danach ist mit einem, allerdings ganz geringfügigen, Absinken auf schließlich 27 300 Sterbefälle im Jahre 1985 zu rechnen. Der Anstieg dieser Zahlen beruht auf dem starken Anstieg der Sterbefälle von Frauen. Während z.B. im Jahre 1985 die 15 100 Sterbefälle bei Frauen um fast 2 000 Fälle höher liegen als der Wert von 1970 (13 300), bleibt bei den

Männern die Zahl der Sterbefälle nahezu konstant bzw. sinkt sogar leicht ab (12 500 Sterbefälle im Jahre 1970 gegenüber nur 12 200 im Jahre 1985). Die Ursache für diese unterschiedliche Entwicklung liegt im Altersaufbau von Männern und Frauen: als Folge der Kriege sind die älteren Geburtsjahrgänge (mit höherer Sterblichkeit) bei den Frauen in Zukunft stärker besetzt als bei den Männern.

⁶⁾ Ergebnis der Prognose; tatsächlich Gestorbene: 26 500

Schaubild 4

Lebendgeborene und Gestorbene- und Gestorbenenüberschuß von 1961 bis 1985
 — Bevölkerungsvorausschätzung auf Basis 1. 1. 1970 —



3.2 Sinkende Geburtenzahlen

Der Entwicklung der Sterbefälle entgegengesetzt verläuft die der Geburten: die Zahl der Lebendgeborenen wird von rund 22 400⁷⁾ im Jahre 1970 auf den Tiefststand von 19 500 in den Jahren 1980/81 absinken und danach bis 1985 wieder auf etwa 20 000 ansteigen. Auch für diese Bewegung ist wieder der Altersaufbau der Bevölkerung, hier der Frauen, verantwortlich: schwache Geburtsjahrgänge der Frauen kommen in das Alter der höchsten Fruchtbarkeit.

Ergebnis beider Reihen ist dann ein Sterbeüberschuß, der bei steigender Zahl von Sterbefällen und sinkender Zahl von Geburten – von 3 500 (1970) auf 8 000 (1980/81) – steigt und später – bei sinkender Zahl von Sterbefällen und steigender Zahl von Geburten – wieder geringfügig bis auf 7 000 (1985) sinkt.

Aus der bisherigen Darstellung geht schon hervor, wie entscheidend für die zukünftige Entwicklung des Bevölkerungsbestandes der Altersaufbau und seine Veränderung ist. Bei den als konstant angenomme-

⁷⁾ Ergebnis der Prognose; tatsächliche Zahl: 18 383

nen Wahrscheinlichkeiten für Geburten und Sterbefälle ist die Scherenbildung von Geburten und Sterbefällen allein abhängig von der im Falle Hamburgs sehr unausgeglichene Altersstruktur. Auf die Veränderungen im Altersaufbau soll deshalb noch näher eingegangen werden.

4. Veränderungen im Altersaufbau

Politische, soziale und wirtschaftliche Ereignisse dieses Jahrhunderts haben ihre Spuren im Altersaufbau der Hamburger Bevölkerung hinterlassen. Geburtenausfälle in den beiden Weltkriegen, starker Geburtenanstieg nach 1933 und nach den Weltkriegen sowie die Toten der Kriege haben die Alterspyramide stark zerklüftet. Diese Unregelmäßigkeiten bestehen auch in Zukunft fort, verschieben sich aber mit den jeweils betroffenen Geburtsjahrgängen auf andere Altersgruppen und haben so jeweils unterschiedliche Auswirkungen auf soziales und wirtschaftliches Leben.

Ganz starke Verschiebungen in den Anteilen der großen Altersgruppen der **Tabelle 6** zeigen sich nicht. Die Veränderungen innerhalb von 15 Jahren sind nicht

Tabelle 6

Die Hamburger Wohnbevölkerung 1975, 1980, 1985 nach Alter und Geschlecht
— Bevölkerungsvorausschätzung auf Basis 1. 1. 1970 —

Alter von ... bis unter ... Jahre am ...	Wohnbevölkerung insgesamt		davon			
			Männer		Frauen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6
1. 1. 1970 (Basis)						
0 — 6	144 300	8,0	74 100	8,8	70 100	7,2
6 — 15	187 900	10,3	95 900	11,4	92 000	9,5
15 — 40	732 000	40,3	371 700	44,1	360 300	37,0
40 — 65	453 100	24,9	190 000	22,5	263 100	27,0
65 und älter	299 800	16,5	111 800	13,2	187 900	19,3
Insgesamt	1 817 100	100	843 600	100	973 500	100
31. 12. 1975						
0 — 6	128 100	7,1	65 600	7,8	62 500	6,5
6 — 15	214 100	11,9	109 500	13,0	104 500	10,9
15 — 40	609 300	33,9	313 300	37,3	295 900	30,8
40 — 65	526 400	29,2	234 000	27,9	292 400	30,5
65 und älter	321 400	17,9	117 300	14,0	204 200	21,3
Insgesamt	1 799 300	100	839 800	100	959 600	100
31. 12. 1980						
0 — 6	118 600	6,7	60 700	7,3	57 900	6,2
6 — 15	199 500	11,3	102 100	12,3	97 400	10,4
15 — 40	586 100	33,1	298 300	35,8	287 700	30,6
40 — 65	552 800	31,2	259 800	31,2	293 000	31,2
65 und älter	314 500	17,7	111 500	13,4	203 000	21,6
Insgesamt	1 771 400	100	832 400	100	939 000	100
31. 12. 1985						
0 — 6	117 700	6,7	60 200	7,3	57 400	6,3
6 — 15	182 500	10,5	93 300	11,3	89 200	9,7
15 — 40	572 900	32,9	289 300	35,0	283 600	30,9
40 — 65	593 200	34,0	289 400	35,0	303 900	33,1
65 und älter	277 200	15,9	94 200	11,4	183 000	20,0
Insgesamt	1 743 500	100	826 400	100	917 100	100

Tabelle 7

Die Entwicklung ausgewählter Altersgruppen von 1970 bis 1985 in Hamburg
— Bevölkerungsvorausschätzung auf Basis 1. 1. 1970 —

Altersgruppen in Jahren von ... bis unter ...	Bevölkerungsbestand jeweils am 31. 12.							
	Basis (1. 1. 70)	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	1	2	3	4	5	6	7	8
0-6	144 300	141 200	138 300	134 200	130 500	128 000	128 000	126 000
dar. 3-6 ..	75 600	75 000	73 500	68 200	65 600	64 300	65 500	64 400
6-15	187 900	195 600	202 100	208 400	213 300	215 400	214 100	213 400
dar. 6-7 ..	25 200	25 300	24 700	25 500	24 700	23 100	20 200	22 100
15-20	91 400	89 300	88 300	90 000	92 700	96 300	100 200	104 900
20-30	266 800	254 500	242 400	233 900	223 700	215 400	214 200	211 200
dar. Frauen	128 600	123 800	119 000	115 500	111 000	107 200	106 600	105 600
15-65	1 185 100	1 174 600	1 164 400	1 155 400	1 147 000	1 140 400	1 135 700	1 133 400
dar. Männer	623 300	616 800	610 000	604 100	598 000	592 700	588 300	585 400
65 u. älter ..	299 800	304 300	308 900	313 000	316 800	320 000	321 400	321 700
Insgesamt ..	1 817 100	1 815 700	1 813 700	1 811 300	1 807 600	1 803 800	1 799 200	1 794 500

Fortsetzung: Tabelle 7

Altersgruppen in Jahren von ... bis unter ...	Bevölkerungsbestand jeweils am 31. 12.								
	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
	9	10	11	12	13	14	15	16	17
0-6	123 800	121 800	120 000	118 600	117 500	116 900	116 700	117 000	117 700
dar. 3-6 ..	63 300	62 100	61 000	60 100	59 200	58 500	58 000	57 800	57 900
6-15	211 500	207 800	203 600	199 500	194 300	189 600	186 100	185 300	182 500
dar. 6-7 ..	21 800	21 400	21 000	20 600	20 300	19 900	19 600	19 400	19 300
15-20	109 300	114 700	118 900	122 000	124 700	125 700	123 700	118 600	116 100
20-30	209 200	207 300	208 200	210 000	213 700	219 800	227 800	235 500	242 500
dar. Frauen	104 900	104 000	104 300	105 100	106 900	109 900	113 900	117 600	121 000
15-65	1 131 500	1 132 200	1 133 600	1 138 900	1 149 200	1 160 200	1 169 300	1 169 500	1 166 100
dar. Männer	582 700	581 300	579 800	580 800	584 800	589 400	592 900	591 300	587 500
65 u. älter ..	322 000	321 500	320 200	314 500	304 400	292 800	281 800	276 700	277 200
Insgesamt ..	1 788 800	1 783 300	1 777 400	1 771 500	1 765 400	1 759 500	1 753 900	1 748 500	1 743 500

groß genug, zumal sich innerhalb der Altersgruppen zahlreiche Verschiebungen einzelner Altersjahre untereinander ausgleichen. Eine sehr ausführliche Schilderung der strukturellen Veränderungen in der Bevölkerung erfolgte anlässlich der 2. koordinierten Vorausschätzung⁸⁾. Da die Annahmen des neuen Prognosedurchlaufs von den alten nicht in dem Maße abweichen, daß das Ergebnis tiefgreifende strukturelle Veränderungen aufweist, sollen hier nur die Entwicklungstendenzen einiger ausgewählter, besonders relevanter Altersgruppen aufgezeigt werden.

4.1 Weniger Kinder im Vorschulalter

Die Zahl der Kinder unter 6 Jahren wird infolge des Geburtenrückganges bis 1984 sinken, und zwar um rund 24 000 (rd. 18 %) von 141 200 (1970) auf 117 000 (1984). Stärker noch macht sich diese Entwicklung bemerkbar bei der Gruppe der 3-6jährigen, die wegen der zu erwartenden Nachfrage nach Kindergartenplätzen besonders interessant ist: hier ist mit einer Abnahme im gesamten Prognosezeitraum zu rechnen. Für 1985 ergab die Vorausschätzung 57 900 Kinder dieses Alters gegenüber 75 000 Ende 1970. Diese Abnahme um 17 100 — knapp ein Viertel (23 %) — dürfte sicherlich rein quantitativ eine Entlastung des Engpasses bei Kindergärten bedeuten.

⁸⁾ Tendenzen der , a.a.O.**4.2 Schwächere Einschulungsjahrgänge**

Entsprechende Abnahmen gelten auch für die Jahrgänge der 6 bis 7jährigen, also der Einschulungsjahrgänge. Umfaßte diese Altersgruppe 1970 noch 25 300 Kinder, so ist für 1975 nur noch mit 20 200 Kindern, 1980 rund 20 600 und 1985 nur mehr 19 300 Kindern zu rechnen.

4.3 Zunahme der 6- bis 15jährigen bis 1974

Eine gleiche Entlastung wie für die Kindergärten und den partiellen Schulbereich der ersten Klassen kann für den gesamten Bereich der Kinder unter 15 Jahren und damit den größten Teil der allgemeinbildenden Schulen erst nach 1975 erreicht werden. Bis 1974 steigt die Zahl dieser Altersgruppe zunächst noch um rd. 20 000 an, um dann aber bis 1985 auf rd. 182 500 und damit unter den Stand von 1970 zu sinken.

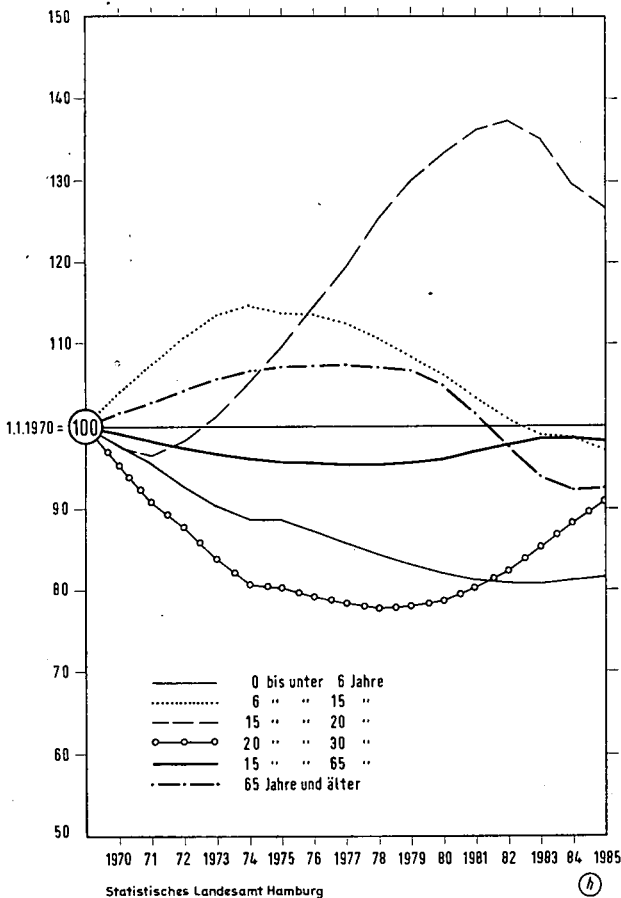
4.4 Mehr Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren bis 1982

Noch längerfristiger ist mit einem zahlenmäßigen Anstieg der Altersgruppen zwischen 15 und 20 Jahren zu rechnen. Bis 1982 wird die Zahl dieser Jugendlichen von 89 300 (Ende 1970) bis auf 125 700 und damit um rd. 36 400, das sind mehr als ein Drittel (40 %) steigen.

Schaubild 5

Die Entwicklung ausgewählter Altersgruppen von 1970 bis 1985

— Bevölkerungsvorausschätzung auf Basis 1. 1. 1970 —



Diese Entwicklung betrifft ganz besonders die Oberstufen der Gymnasien und das gesamte berufsbildende Schulwesen.

Während sich also gegen Ende der 80er Jahre bei den allgemeinbildenden Schulen eine spürbare Kapazitätsentlastung zeigen dürfte, kommt auf diese Schulzweige, rein von den Jahrgangsstärken her, eine erhebliche Mehrbelastung zu.

4.5 Weniger Einwohner im heiratsfähigen Alter

Die nächsthöhere Altersgruppe der 20 bis 30jährigen nimmt dagegen wieder ab, und zwar bis 1978 recht erheblich um rd. 47 000 Personen oder 19%. Wenn hieraus ein Rückgang der Eheschließungen und Familiengründungen folgen sollte, könnte u. U. auch eine leichte Entlastung des Wohnungsmarktes und weiterhin eine Tendenz zur Verringerung der Abwanderung ins Umland entstehen. Eine andere Folge dieser Entwicklung ist dagegen ganz sicher: der starke Rückgang auch bei den Frauen dieses Alters (um rd. 16 %) von 123 800 (Ende 1970) bis auf 104 300 (1979) ist wesentliche Ursache für den zu erwartenden Geburtenrückgang im Prognosezeitraum. Da die Jahrgänge zwischen 20 und 30 Jahren die höchste Geburtenrate aufweisen, macht sich ein Rückgang in der Jahrgangsstärke hier besonders bemerkbar.

4.6 Rückgang bei den Erwerbsfähigen zwischen 15 und 65 Jahren

Obwohl sich in dieser großen Altersgruppe viele Veränderungen ausgleichen, ist doch für diese im erwerbsfähigen Alter stehende Gruppe ein Rückgang von gegenwärtig 1 174 600 (Ende 1970) bis auf 1 131 500 (Ende 1977), also um rund 53 500 (3,7 %) feststellbar. Wenn man außerdem berücksichtigt, daß in Zukunft ein immer größerer Teil der 15 bis 20jährigen noch in der Ausbildung und somit nicht erwerbsfähig sein wird, und entsprechend nur die Altersgruppe der 20 bis 65jährigen betrachtet, so ist der Rückgang noch stärker: diese Gruppe nimmt von 1970 bis 1979 um rund 6,5 % ab. Dabei sinkt allerdings der Bestand bei den Männern weniger stark als bei den Frauen: die Zahl der männlichen Erwerbsfähigen zwischen 15 und 65 Jahren geht bis 1979 um 6 % zurück, steigt aber sodann noch einmal an und weist für Ende 1985 einen Bestand von 587 500 Personen auf.

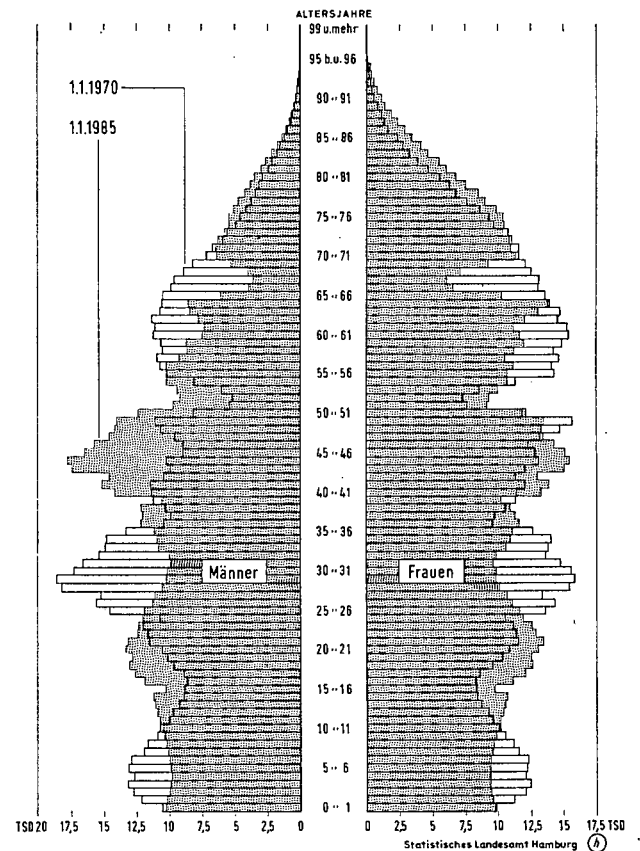
4.7 Anstieg der Bevölkerung im Rentenalter bis 1978

Der Personenkreis der Bevölkerung über 65 Jahren wird infolge des Einrückens verhältnismäßig starker Jahrgänge in das Rentenalter bis Ende 1977 von 304 300 (1970) um 17 700 auf eine Höhe von 322 000 steigen, dann allerdings bis 1985 bereits wieder weit unter den Stand von 1970 sinken. Bis 1977 stehen sich allerdings eine sinkende Zahl der Erwerbsfähigen, die Rentenzahlungen aufbringen, und eine steigende Zahl von Rentempfängern gegenüber.

Schaubild 6

Koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung

— Basis 1. 1. 1970 —



In Schaubild 6 ist nochmals der Altersaufbau von Prognosebasis und Prognoseende gegenübergestellt. Deutlich sichtbar sind hier die in der Alterspyramide im Laufe von 15 Jahren nach oben verschobenen Ausbuchtungen des Altersaufbaus: die stärkeren Jahrgänge der Kinder sind stärkere Jahrgänge von Jugendlichen geworden, die starken Jahrgänge zwischen etwa 25 und 35 Jahren (1970) liegen zwischen 40 und 55. Umgekehrt sind die schwachen Jahrgänge der Jugendlichen zwischen 10 und 20 (1970) zu entsprechend schwachen Jahrgängen zwischen 25 und 40 geworden, während sich die durch den 2. Weltkrieg dezimierten Jahrgänge von der Altersgruppe der 45 bis 55jährigen auf die über 60jährigen verlagert hat.

5. Veränderte Ergebnisse durch veränderte Annahmen

Mit der geschilderten Bevölkerungsentwicklung kann selbstverständlich nur gerechnet werden, wenn die Modellvoraussetzungen erfüllt sind, d. h. wenn sich die Eingabewerte als für die Zukunft realistisch erweisen. Eine gewisse Orientierung über die Bandbreite, innerhalb der bei abweichender Entwicklung der Eingabewerte die zukünftige Bevölkerungszahl liegen könnte, liefern Alternativrechnungen mit entsprechend variierten Grundannahmen (vgl. hierzu Tabelle 8). Die vorliegende Vorausschätzung wurde aus diesem Grunde mit Alternativen, niedrigeren Fruchtbarkeitsziffern bzw. ohne Wanderungsgewinn wiederholt.

Beide Annahmen und insbesondere ihre Kombination zeigen, bis zu welchen Werten die Bevölkerung Hamburgs unter anderen Bedingungen zahlenmäßig abnehmen könnte.

1. Alternativrechnung:

A Vorausschätzung ohne Wanderungsgewinn bei gleicher Fruchtbarkeit

Diese Annahme ist angesichts der Entwicklung in der Vergangenheit nicht völlig unrealistisch.

Wenn die Wanderungsverluste Hamburgs an das Umland sich nicht verringern sollten, so könnten sich in Zukunft Wanderungsgewinne an Ausländern und Wanderungsverluste an Inländern durchaus ohne Gewinn kompensieren. Unter diesen Umständen würde sich die Bevölkerung Hamburgs bis Ende 1985 bis auf 1 692 000 Einwohner verringern. Diese Zahl liegt um 125 100 niedriger als die Ausgangszahl vom 1. 1. 1970 (1 817 100) und noch um 51 500 niedriger als das Endergebnis der Vorausschätzung einschließlich Wanderungsgewinn. Die Differenz von 51 500 ist größer als der reine Wanderungsgewinn, der in den 16 Jahren von 1970 bis 1985 mit je 2 000 Personen nur 32 000 betragen würde. Hier wirkt sich die im Modell vorgegebene Altersstruktur der Zu- und Fortzüge aus: durch die Wanderungsgewinne bei den 15 bis 25jährigen Frauen erhöht sich die Zahl der Geburten stärker als sie infolge der verstärkten Abwanderungen in allen übrigen Altersgruppen vermindert wird. In der vorliegenden Hauptberechnung (einschließlich Wanderungsgewinn) werden beispielsweise im Jahre 1975 rund 800, 1980 bereits 1 600 und 1985 sogar 2 100 Kinder geboren, deren Mütter nach 1970 über den reinen Ausgleich von Zu- und Fortzügen hinaus nach Hamburg zugewandert sind. Ohne diese Geburten als Folge der partiellen Wanderungsgewinne betragen die Zahlen der Geborenen entsprechend für 1975: 19 800 (anstatt 20 600), für

Tabelle 8

Alternativrechnungen zur Bevölkerungsprognose auf Basis 1. 1. 1970

Alternative Berechnungsformen	Bevölkerungskomponenten	Vorausschätzungsjahr (Stand jeweils 31. 12.)		
		1975	1980	1985
		1	2	3
1. mit Wanderungsgewinn von 2000 Personen und Annahme einer Fruchtbarkeit aus dem Durchschnitt der Jahre 1966/1970	Bevölkerungsbestand	1 799 300	1 771 400	1 743 500
	Geburten	20 600	19 500	20 200
	Sterbeüberschuß	6 500	8 000	7 100
2. ohne Wanderungsgewinn mit Annahme einer Fruchtbarkeit aus dem Durchschnitt der Jahre 1966/1970	Bevölkerungsbestand	1 784 600	1 740 000	1 692 000
	Geburten	19 800	17 900	18 200
	Sterbeüberschuß	7 300	9 700	9 300
3. mit Wanderungsgewinn von 2000 Personen und Annahme einer Fruchtbarkeit aus dem Jahre 1969	Bevölkerungsbestand	1 789 800	1 754 700	1 719 400
	Geburten	19 100	18 100	18 700
	Sterbeüberschuß	8 000	9 400	8 600
4. mit Wanderungsgewinn von 2000 Personen und Annahme einer Fruchtbarkeit aus dem Jahre 1970	Bevölkerungsbestand	1 775 300	1 729 400	1 683 300
	Geburten	16 800	15 900	16 500
	Sterbeüberschuß	10 300	11 500	10 800
5. ohne Wanderungsgewinn mit Annahme einer Fruchtbarkeit aus dem Jahre 1969	Bevölkerungsbestand	1 775 300	1 724 100	1 669 600
	Geburten	18 400	16 700	16 800
	Sterbeüberschuß	8 800	10 900	10 600
6. ohne Wanderungsgewinn mit Annahme einer Fruchtbarkeit aus dem Jahre 1970	Bevölkerungsbestand	1 761 200	1 699 900	1 635 700
	Geburten	16 200	14 700	14 800
	Sterbeüberschuß	10 900	12 900	12 600

1980: 17 900 (anstatt 19 500) und für 1985: 18 200 anstatt 20 300).

Durch diese Verringerung der Geburten um die wanderungsabhängigen Geburten steigt, bei fast gleicher Entwicklung der Sterbefälle, in dieser ungünstigeren Alternativrechnung der Sterbeüberschuß auf einen Höchstwert von 9 800 in den Jahren 1981/82, gegenüber einem ermittelten Wert von nur 8 000 bei Einbeziehung eines Wanderungsgewinnes.

2. Alternativrechnung

B Vorausschätzung unter Beibehaltung des Wanderungsgewinns, aber niedrigerer Geburtenrate

Auch diese Datenkonstellation entbehrt nicht der Plausibilität. Es wäre durchaus möglich, daß der erwartete Ausgleich der Geburtenrate nicht oder noch nicht erfolgt und die Fruchtbarkeit in dem Zeitraum bis 1985 auf dem niedrigen Niveau der Jahre 1970 oder zumindest 1969 verbleibt. Die Vorausschätzungsergebnisse für diese Alternativen müssen entsprechend ebenfalls unter der Bevölkerungszahl von 1 743 500 für Ende 1985 liegen. Unter Beibehaltung des jährlichen Wanderungsgewinns von 2 000 Personen bei Ansatz der Fruchtbarkeitsziffern von 1969 würde Hamburg am 31. 12. 1985 rund 1 719 400 Einwohner zählen, also knapp 100 000 Einwohner weniger als am 1. 1. 1970 und 24 000 Einwohner weniger als bei der ursprünglichen Vorausschätzung. Die verminderten Geburtenwahrscheinlichkeiten bewirken einen Rückgang der Geborenen bis auf 18 100 im Jahr 1980 und 18 700 im Jahr 1985 und deshalb – bei gegenüber den anderen Alternativen gleicher Sterblichkeit – einen Anstieg des Sterbeüberschusses bis auf 9 400 in den Jahren 1981/82.

Beide Werte liegen, trotz verringerter Geburtenansätze, über denen der Alternativrechnung 1. Daß die dort ausbleibenden Wanderungsgewinne einen stärkeren Effekt auf die biologische Entwicklung der Be-

völkerung haben als die hier verringerte Fruchtbarkeit, liegt allein an der bereits geschilderten, im Falle Hamburgs besonders ausgeprägten Altersstruktur der Zu- und Fortzüge.

Eine noch weitere Verringerung der Geburtenrate nach den Ergebnissen von 1970 bewirkt in einer zusätzlichen Alternativrechnung einen noch stärkeren Rückgang der Bevölkerung bis auf 1 683 300 (31. 12. 1985). Diese Zahl liegt um 133 800 Personen unter dem Stand vom 1. 1. 1970, um 60 200 tiefer als das Endergebnis der Hauptrechnung und um 36 100 tiefer als bei Zugrundelegung der Fruchtbarkeit von 1969. Nach dieser Rechnung würden die Geburten auf einen Tiefstwert von 15 900 in den Jahren 1980/81 sinken, der Sterbeüberschuß auf einen Wert von 11 600 im Jahre 1981 ansteigen.

3. Alternativrechnung

C Vorausschätzung ohne Wanderungsgewinn und mit verringerter Fruchtbarkeit

Diese für die Bevölkerungsentwicklung ungünstigste Datenkonstellation würde gegenüber Anfang 1970 zu einem Bevölkerungsrückgang von 147 500 (Fruchtbarkeit 1969) bzw. 181 400 (Fruchtbarkeit 1970) führen. Die zu erwartenden Endwerte für 1985 würden mit 1 669 600 bzw. 1 635 700 Einwohnern um 74 000 bzw. sogar 108 000 unter dem zunächst prognostizierten Wert von 1 743 500 Einwohnern liegen. Den Hintergrund dieser starken Veränderungen bilden die aus doppelter Ursache – geringere Fruchtbarkeit wie auch ausbleibende Wanderungsgewinne – stark verringerten Geborenenzahlen. Bei Ansatz der Fruchtbarkeitsziffern von 1970 sinken die Geburten bis auf 14 600 in den Jahren 1981 bis 1983 und steigen bis 1985 auf nur 14 800 wieder an. Die Lücke zu den Sterbefällen würde in diesem Fall bis auf etwa 13 000 anwachsen. Selbst bei Ansatz der weniger extremen Zahlen von 1969 würden die Geburten schon auf

Tabelle 9

Die Hamburger Wohnbevölkerung — Ergebnisse der 2. und 3. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung —

Jahre (13. 12.)	2. Koordinierte Vorausschätzung ohne Wanderungen (Basis 1. 1. 69)	3. Koordinierte Vorausschätzung		Differenz	
		ausschl.	einschl.	Sp. 2 – Sp. 1	Sp. 3 – Sp. 1
		Wanderungen (Basis 1. 1. 70)			
	1	2	3	4	5
1970	1 819 500	1 813 600	1 815 700	— 5 900	— 3 800
1971	1 816 700	1 809 300	1 813 600	— 7 400	— 3 100
1972	1 813 100	1 804 400	1 811 000	— 8 700	— 2 100
1973	1 808 600	1 798 500	1 807 700	— 10 100	— 900
1974	1 803 300	1 791 900	1 803 800	— 11 400	+ 500
1975	1 797 100	1 784 600	1 799 300	— 12 500	+ 2 200
1976	1 790 300	1 776 700	1 794 400	— 13 600	+ 4 100
1977	1 782 900	1 768 100	1 789 000	— 14 800	+ 6 100
1978	1 775 000	1 759 100	1 783 300	— 15 900	+ 8 300
1979	1 766 700	1 749 700	1 777 400	— 17 000	+ 10 700
1980	1 758 300	1 740 000	1 771 400	— 18 300	+ 13 100
1981	1 749 600	1 730 200	1 765 400	— 19 400	+ 15 800
1982	1 740 900	1 720 400	1 759 500	— 20 500	+ 18 600
1983	1 732 600	1 710 700	1 753 900	— 21 900	+ 21 300
1984	1 724 400	1 701 200	1 748 500	— 23 200	+ 24 100
1985	1 716 600	1 692 000	1 743 500	— 24 600	+ 26 900

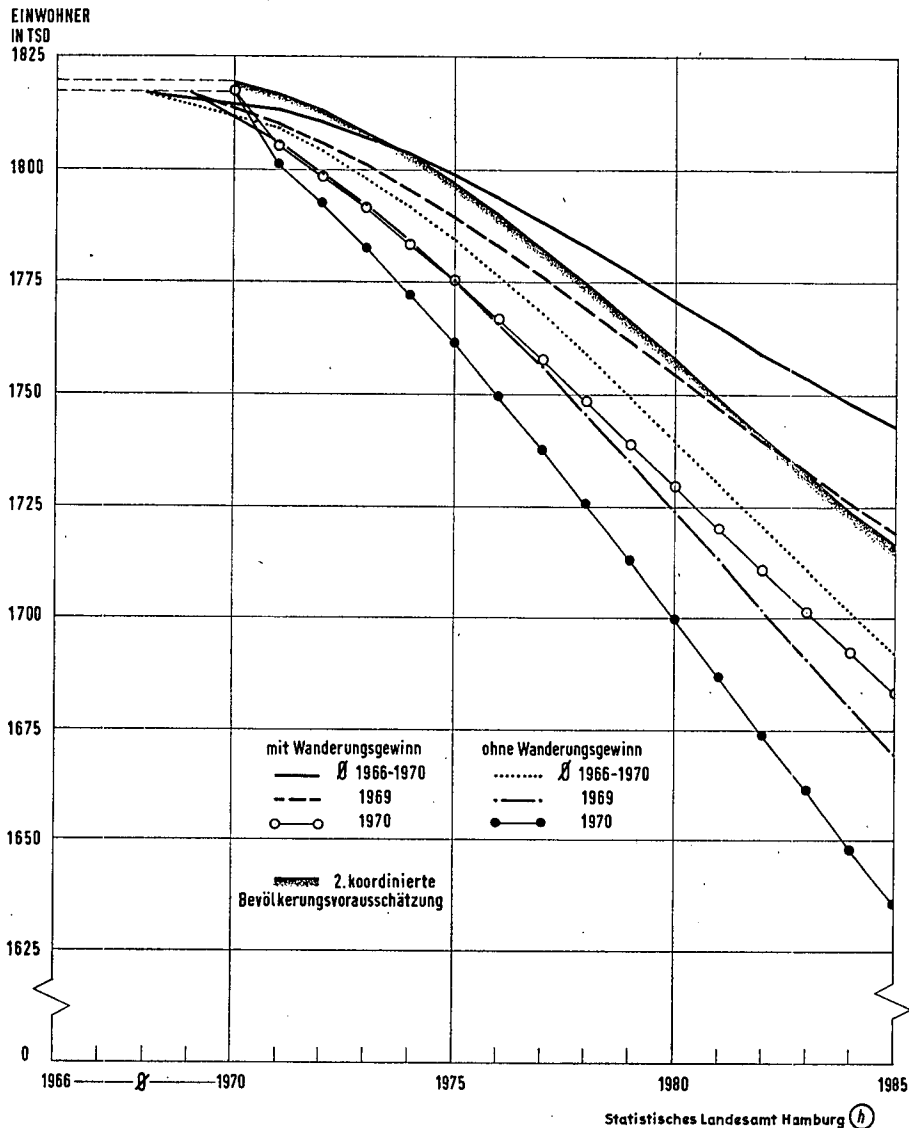
Schaubild 7

Alternativen der Bevölkerungsvorausschätzung auf Basis 1. 1. 1970

— Stand jeweils 31. 12. —

3. Bevölkerungsvorausschätzung

— mit jeweils veränderter Fruchtbarkeitsziffer —



16 500 (1981/82) absinken und der Sterbeüberschuß bis auf 11 100 (1981) ansteigen.

D Änderungen gegenüber der 2. koordinierten Vorausschätzung

Die 2. koordinierte Prognose ging von höheren Fruchtbarkeitsziffern aus (1967/68) und einer anderen Basisbevölkerung (1. 1. 1969) und berücksichtigte nicht die Wanderungen. Wie aus Tabelle 9 hervorgeht, liegt das neue Ergebnis für 1985 gegenüber dieser Prognose um fast 27 000 Personen höher, für die Jahre bis einschließlich 1973 liegen die neuen Werte jedoch unter den alten Berechnungen. Hier wirkt sich wieder der in der neuen Prognose berücksichtigte Wanderungsgewinn aus, der den zunächst durch geringere Fruchtbarkeit vergrößerten Bevölkerungsverlust in zunehmendem Maße überkompensiert.

Der treffendere Vergleich zwischen der 2. Vorausschätzung und der 3., hier aber der Alternativrech-

nung ohne Wanderungsgewinn, zeigt dann auch erst die eigentliche Differenz zwischen beiden, nur rein biologischen Vorausschätzungen: die verringerten Geburtenansätze und die verringerte Basisbevölkerung bedeuten für die neue Prognose eine Verringerung der Bevölkerungszahl; die Bevölkerung liegt in zunehmendem Maße noch unter den Ergebnissen von 1969: der für 1985 auf Basis 1970 berechnete Bevölkerungsbestand liegt mit 1 692 000 noch um knapp 25 000 unter dem auf Basis 1969 errechneten Ergebnis (1 716 600).

6. Beurteilung der vorliegenden Vorausschätzung

Auch dieser 3. koordinierten Vorausschätzung werden weitere Berechnungen folgen, die wiederum abweichende Werte, auch für den relativ begrenzten Zeitraum bis 1985 bringen dürften. Bei allen diesen Vorausschätzungen handelt es sich lediglich um modellhafte Entwicklungsverläufe, die die mögliche und

nicht die zwingend tatsächliche Entwicklung darstellen. Mit der Güte, d. h. Realitätsnähe der zugrundegelegten Annahmen schrumpft die Bandbreite für den wahrscheinlichen zukünftigen Verlauf. Auch wenn diese Realitätsnähe endgültig erst aus dem tatsächlichen Verlauf beurteilt werden kann, so läßt sich zur Sicherheit der hier gewählten Annahmen und damit zur vorliegenden Prognose im Vorwege doch schon einiges sagen:

Für zukünftige Änderungen der Sterbewahrscheinlichkeiten gibt es zur Zeit keine Anhaltspunkte. Weder medizinische Fortschritte noch Krankheitswellen dürften in naher Zukunft die Sterblichkeit in erheblichem quantifizierbaren Maße senken oder erhöhen. Unsicher ist allerdings der gewählte Ansatz der Geburten; eine längere Phase verringerter Geburtenhäufigkeit ist durchaus nicht unwahrscheinlich. Insofern wären die Fruchtbarkeitsziffern aus dem Durchschnitt von 1966 bis 1970 eher als optimistisch zu beurteilen.

Entsprechendes ist zu der Annahme eines jährlichen Wanderungsgewinnes zu sagen. Wenn die Abwanderung in das Umland nicht reduziert wird, könnte Hamburg durchaus wieder Wanderungsver-

luste haben, zumal die Wanderungsgewinne der Ausländer, die den Ausgleich in der Wanderungsbilanz herbeiführen, konjunkturabhängig und daher noch weniger voraussagbar sind. Der prognostizierte Bevölkerungsbestand von 1 743 500 Einwohnern am 31. 12. 1985 dürfte somit, aus der jetzigen Sicht, eher als Obergrenze für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung betrachtet werden.

Allerdings muß berücksichtigt werden, daß eine Beurteilung von Bevölkerungsvorgängen sich nicht mehr an den Verwaltungsgrenzen orientieren darf. Auch wenn sich die Hamburger Bevölkerung entsprechend der Vorausschätzung um rund 72 000 Personen verringern sollte, ist damit über die Lebenskraft Hamburgs noch nichts gesagt. Entscheidend ist die Entwicklung in ganzen Wirtschaftsregionen und Planungsräumen.

Nach Aufbereitung der Volkszählung 1970 wird von Hamburg und seinen Nachbarländern einheitliches und genügend kleinräumliches Zahlenmaterial vorliegen, um diese regionalen Zusammenfassungen und entsprechenden Vorausschätzungen der Bevölkerung vorzunehmen.

Elke Heide

Der Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie 1960 bis 1970

Währungspolitik und Außenhandel stehen in einem engen Zusammenhang miteinander. Die jüngsten währungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung haben eine neue Phase dieser Beziehungen eingeleitet.

Hamburgs Handel und Schifffahrt, in besonderem Maße auf das Auslandsgeschäft ausgerichtet, haben mit neuen Daten für ihre Stellung auf dem Weltmarkt zu rechnen – ebenso auch Hamburgs Industrie.

Hamburgs Industrie auf dem Weltmarkt

Hamburgs Industriebetriebe treten auf dem Weltmarkt mehr als Käufer von Rohstoffen denn als Anbieter ihrer Erzeugnisse auf. Rohes Erdöl, NE-Metalle, Holz, Papier, Getreide, Ölsaaten, Tabak, Kaffee, Tee – diese und noch etliche andere sind alles Stoffe, die aus den verschiedensten Gebieten der Welt stammen, in dem Hafen der Stadt nicht allein nur angelandet werden und von hier aus weiterbefördert werden, sondern hier auch in großen Mengen in den Betrieben der Industrie weiter verarbeitet werden. Mit die bedeutendsten Industriezweige der Stadt und mit die größten ihrer Industriebetriebe gehören zu dieser Kategorie der Importindustrie. Sie stellten einen Großteil des fast 20 Mrd DM Umsatzes des Jahres 1970 – einen exakt allerdings nicht zu bestimmenden Teil.

Kaum Exportindustrien – wohl aber Exportbetriebe

Exportindustrien in dem Sinne, daß wesentliche Teile des jeweiligen Industriezweiges mit dem Absatz ihrer Produkte – ähnlich wie eine Importindustrie mit ihrem Bezug von Rohstoffen – in erheblichem Maße auf ausländische Käufer eingestellt sind, lassen sich in Hamburg kaum ausmachen, jedenfalls nicht in nennenswertem Umfang. Wenn daher keine in ihrer Bedeutung der Importindustrie auch nur annähernd an die Seite zu stellende Exportindustrie in Hamburg besteht, Werke, die einen großen Teil, etliche sogar den weit überwiegenden Teil ihrer Erzeugnisse in das Ausland liefern, kommen dagegen ziemlich häufig vor. Sie treten in den verschiedensten Industriezweigen auf. Daß aber solche Betriebe das Gesicht ihrer Branche nahezu allein bestimmen und diese als ganze weithin auf den Absatz an das Ausland ausgerichtet erscheinen lassen, kommt am ehesten noch bei Industriezweigen mit relativ wenigen Betrieben vor, wie etwa bei der NE-Metallindustrie, einer Importindustrie, bei der das Lohnveredelungsgeschäft mit dem Ausland eine dominierende Rolle spielt.

Die NE-Metallindustrie ist zudem nicht die einzige Importindustrie, die erhebliche Beträge zu dem Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie beisteuert.

Auch einige andere Zweige der Importindustrien gehören zu den Exporteuren der hamburgischen Industrie, Mineralölverarbeitung und Ölmühlen sogar mit zu den bedeutendsten. Aber sie weisen sich damit noch keineswegs als Exportindustrien aus. Ihr Hauptabsatzmarkt ist das Inland. Ihre Auslandsumsätze sind zwar hoch im Vergleich zu denen anderer Branchen, von ihrer Sparte selbst aus gesehen bedeuten sie jedoch relativ wenig, insbesondere bei der Mineralölverarbeitung, dem Zweig der hamburgischen Industrie mit einem Umsatzvolumen, das den Umsatz jeder anderen Industriegruppe weit überragt, tritt der Auslandsumsatz weit hinter den Absatz an das Inland zurück.

An der Spitze der hamburgischen Industriegruppen stehen mit ihrem Auslandsumsatz der Maschinenbau, der Schifffahrt, die Elektrotechnische Industrie sowie – mit einem gewissen Abstand – die Chemische Industrie. Von ihnen weisen aber nur der Maschinenbau und der Schifffahrt überdurchschnittlich hohe Anteile des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz aus. Bei ihnen ist die Zahl der Werke mit starker Ausrichtung auf das Auslandsgeschäft besonders hoch.

Jeder zweite Betrieb am Auslandsumsatz beteiligt – zumeist aber nur mit geringen Beträgen

Im Jahre 1970 hatte in Hamburg nahezu jeder zweite der insgesamt 1218 Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten Auslandsumsätze gemeldet. Darunter waren jedoch viele, die nur relativ bescheidene Summen mit ihrem Auslandsumsatz erzielt hatten. Die Zahl der Betriebe, die es auf ansehnliche Lieferungen an das Ausland gebracht hatten, war weit geringer, und noch um ein gutes Stück kleiner war die Zahl der Betriebe, die ihre Tätigkeit zur Hauptsache auf Arbeiten für das Ausland abgestellt hatten – darunter Firmen mit Weltruf.

Bei diesem sehr unterschiedlichen Gewicht, den der Auslandsumsatz für die einzelnen Betriebe hat – für mehr als die Hälfte aller Betriebe (661) überhaupt keins –, steht in der hamburgischen Industrie insgesamt der Absatz in das Ausland hinter den Bezügen von dort weit zurück. Im Jahre 1970 brachten es die 557 exportierenden Betriebe der hamburgischen Industrie auf einen Auslandsumsatz von 3 Mrd DM. Das waren 15 % der insgesamt für 1970 gemeldeten 19 Mrd DM Umsatz. Für die 557 exportierenden Betriebe allein bedeuteten diese 3 Mrd DM um einiges mehr: für sie kam jede fünfte der insgesamt erzielten 15 Mrd DM aus dem Auslandsgeschäft. Aber auch für sie zusammen überwog der Inlandsumsatz bei weitem.

Wieviel der insgesamt mehr als 211 000 Beschäftigten in der hamburgischen Industrie 1970 für Exportaufträge gearbeitet haben mögen, läßt sich exakt nicht

sagen. Man kann diese Zahl nur in etwa schätzen. Sie dürfte sich ungefähr in der Größenordnung von 35 000 Personen bewegen. Das wäre rund jeder sechste aller in der hamburgischen Industrie Beschäftigten und etwa jeder vierte der nicht ganz 150 000 Arbeitskräfte in den 557 exportierenden Betrieben. In den paar Dutzend Betrieben, in denen der Auslandsumsatz von eminenter Bedeutung ist, mögen zusammen etwa 15 000, vielleicht sogar noch einige tausend Personen mehr an Aufträgen aus dem Ausland gearbeitet haben.

Ständiger Anstieg der Auslandsumsätze in den letzten Jahren

Die Auslandsumsätze der hamburgischen Industrie haben in den letzten Jahren ständig zugenommen (Tabelle 1). Ihre Zuwachsraten waren dabei weit stärker als die des Inlandumsatzes. Zum Ende der Dreijahresspanne von 1968 bis 1970 lag das Niveau der Auslandsumsätze um eine halbe Mrd DM höher als zu ihrem Beginn. Das war ein Mehr von rund einem Viertel: von 2,4 auf 2,9 Mrd DM (Tabelle 1, Spalte 4). Die Inlandsumsätze waren zur gleichen Zeit dagegen gerade halb so stark gestiegen: um 12 % = 1,8 Mrd DM von 14,4 Mrd DM auf 16,2 Mrd DM (Differenz der Spalten 1 und 4 von Tabelle 1).

Tabelle 1

Gesamtumsatz und Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie 1960 bis 1970 (Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Gesamtumsatz			darunter Auslandsumsatz		
	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1962 = 100	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1962 = 100
	1	2	3	4	5	6
1960	12,9	+5,7	96,1	1,7	+15,6	99,1
1961	12,8	-0,9	95,2	1,6	-4,7	94,5
1962	13,4	+5,0	100	1,7	+5,8	100
1963	13,7	+2,4	102,4	1,6	-3,6	96,4
1964	14,9	+8,8	111,4	1,8	+10,8	106,8
1965	15,6	+4,8	116,8	1,9	+3,8	110,9
1966	16,4	+4,6	122,1	2,1	+12,4	124,6
1967	16,3	-0,6	121,4	2,1	-0,4	124,1
1968	16,8	+3,2	125,2	2,4	+14,5	142,1
1969	17,7	+5,5	132,1	2,7	+12,5	159,9
1970	19,1	+7,9	142,6	2,9	+10,0	174,2

Die Tabelle 1 zeigt auch die Ergebnisse für die Jahre 1960 bis 1967. Diese Daten lassen sich jedoch nicht ohne weiteres mit denen der Jahre 1968 bis 1970 vergleichen. Dieser Vergleich ist dadurch gestört, daß im Jahre 1968 die Mehrwertsteuer eingeführt wurde und sich dadurch der Umsatzbegriff änderte. In welchem Ausmaß sich nach dieser Änderung die ermittelten Daten voneinander unterscheiden, ist nicht exakt zu sagen. Die in den Spalten 3 und 6 der Tabelle 1 aufgeführten Meßzahlen auf der Basis

1962 können daher nur mit Vorsicht verwendet werden. Immerhin läßt aber die volle Übersicht über die sechziger Jahre so viel erkennen, daß sich die Auslandsumsätze in den ersten zwei Dritteln dieses Zeitraums mit starken Schwankungen von Jahr zu Jahr wesentlich unregelmäßiger entwickelt haben, als in seinem letzten Drittel. Die bisher für das erste Quartal 1971 vorliegenden Ergebnisse — sie sind nicht größer als die des ersten Quartals 1970 — lassen noch keinen Schluß darauf zu, was für das Jahr 1971 zu erwarten ist. Bedeutsam dürfte in diesem Zusammenhang immerhin sein, daß die Zuwachsraten der Auslandsumsätze sich seit 1968 von Jahr zu Jahr verringert haben: 1969 = +12,5 %, 1970 = +10,0 % (Tabelle 1, Spalte 5). Die Steigerungsraten bei den Inlandsumsätzen waren dagegen wohl niedriger als bei den Auslandsumsätzen, vergrößerten sich aber während dieser Zeit, was auch die in Tabelle 1, Spalte 3 ausgewiesenen Veränderungs-raten für den Gesamtumsatz von +5,5 % im Jahre 1969 auf +7,9 % im Jahre 1970 zunehmen ließ.

1970 nicht mehr weiter gestiegene Exportquote

Die gegenläufigen Tendenzen in den Zuwachsraten von Inlands- und Auslandsumsätzen machten sich auch in den Exportquoten bemerkbar, in dem Verhältnis, in dem der Auslandsumsatz an dem Gesamtumsatz beteiligt ist (Tabelle 2).

Tabelle 2

Exportquote der hamburgischen Industrie 1960 bis 1970 (Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Gesamtumsatz		darunter Auslandsumsatz
	Mrd DM	Mrd DM	Exportquote in % des Gesamtumsatzes
	1	2	3
1960	12,9	1,7	12,9
1961	12,8	1,6	12,4
1962	13,4	1,7	12,5
1963	13,7	1,6	11,8
1964	14,9	1,8	12,0
1965	15,6	1,9	11,9
1966	16,4	2,1	12,7
1967	16,3	2,1	12,8
1968	16,8	2,4	14,2
1969	17,7	2,7	15,1
1970	19,1	2,9	15,2

Die Exportquote war 1968 auf einen in den sechziger Jahren bis dahin nicht erreichten Stand von 14,2 % gestiegen — daß für dieses über die vorher erzielten Quoten weit hinausragende Niveau zum Teil auch methodisch die Umstellung auf den neuen Umsatzbegriff beigetragen haben mag, läßt sich wohl vermuten, aber wie hoch dieser Beitrag gewesen sein mag, läßt sich nicht ausmachen. Wesentlicher als dieses Problem erscheint es, daß die Exportquote 1969 nochmals erheblich auf 15,1 % gestiegen ist, diesen

Stand aber 1970 mit 15,2% kaum noch überschritten hat.

Gegenüber diesem immerhin noch leicht steigenden Zug in dem Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in der hamburgischen Industrie – wenn er zuletzt auch noch so geringfügig gewesen sein mag – steht eine ein wenig schwächere Tendenz für die Exportquote im Bund (Tabelle 3). Sie war 1969, als die Exportquote für Hamburg erheblich gestiegen war, nicht mehr über den Stand von 1968 hinausgegangen und hatte 1970 sogar einiges von diesem Stand eingebüßt.

Tabelle 3
Exportquoten der Industrie in Hamburg und im Bundesgebiet 1960 bis 1970

(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Exportquoten in %	
	Hamburg	Bundesgebiet
	1	2
1960	12,9	15,5
1961	12,4	15,2
1962	12,5	14,8
1963	11,8	15,5
1964	12,0	15,8
1965	11,9	15,7
1966	12,7	17,1
1967	12,8	18,7
1968	14,2	19,8
1969	15,1	19,8
1970	15,2	19,3

Die Exportquote der hamburgischen Industrie hat stets ein gutes Stück unter der des Bundesgebietes gelegen. An diesem Verhältnis hat sich auch durch die Entwicklung der letzten Jahre im Prinzip nichts geändert. Der Abstand zwischen beiden Quoten war zum Ende der in Tabelle 3 nachgewiesenen Periode von 1960 bis 1970 sogar um einiges größer als zu ihrem Beginn: 1970 = 4,1 Punkte oder 21% der Bundesquote, 1960 = 2,6 Punkte oder 17%.

Hamburgs Industrie ist ihrer Struktur nach heute ebenso wie früher weniger exportorientiert als die des Bundesgebietes insgesamt. Zum einen fehlen in Hamburg einige für die Ausfuhr des Bundesgebietes besonders bedeutsame Industriezweige entweder überhaupt oder besitzen hier nur wenig Gewicht. Zum anderen tragen die ihrer Natur nach zur Hauptsache auf den Inlandmarkt eingestellten Importindustrien im Verhältnis wenig zum Auslandsumsatz bei, aber viel zu dem Umsatz insgesamt. Allein der Straßenfahrzeugbau stellte 1970 im Bundesgebiet mit seiner hohen Exportquote von 39,1% rund 16% des gesamten Auslandsumsatzes der Industrie des Bundes, in Hamburg kam dieser Industriezweig dagegen lediglich auf einen Anteil von 3,1% und eine weit unter dem Bundesniveau liegende Exportquote von 26,2%. Die in Hamburg praktisch nicht vertretene Eisenschaffende Industrie brachte es im Bundesgebiet auf einen Anteil am Auslandsumsatz von 7% und auf eine relativ hohe Exportquote von 24,0%. Mineralölverarbeitung sowie Kaffee- und teeverarbeitende Industrie sind Beispiele für Importindustrien mit hohem Inlandsatz und relativ niedriger Exportquote (Tabelle 4).

Drei Viertel des Auslandsumsatzes 1970 von sechs Industriezweigen erbracht.

Die 557 exportierenden Betriebe der hamburgischen Industrie verteilen sich auf nahezu alle Industriezweige. Aber die Beiträge der meisten Zweige zu dem Auslandsumsatz waren nur gering. Den größten Teil der fast 3 Mrd DM Auslandsumsatz im Jahre 1970 hatten einige wenige Industriegruppen erzielt: sechs Branchen stellten genau drei Viertel der Gesamtsumme, zwei weitere fügten dem nochmals ein Zehntel (9,4%) hinzu (Tabelle 4). Von allen übrigen Sparten kam allein eine einzige über einen Anteil von 2% hinaus.

Tabelle 4
Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie 1970 nach Industriegruppen
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Industriegruppen (hauptbeteiligt)	Gesamtumsatz		darunter Auslandsumsatz		
	Mio DM	%	Mio DM	%	Exportquote in % des Gesamtumsatzes
	1	2	3	4	5
Maschinenbau	1 409	7,4	543	18,6	38,5
Schiffbau	1 073	5,6	463	15,9	43,2
Elektrotechn. Industrie	2 329	12,2	368	12,6	15,8
NE-Metall- Industrie	873	4,6	338	11,6	38,7
Mineralöl- verarbeitung	3 121	16,3	280	9,6	9,0
Chemische Industrie	1 575	8,2	199	6,8	12,6
Ölmühlen	675	3,5	183	6,3	27,1
Straßen- fahrzeugbau	347	1,8	91	3,1	26,2
Gummi- u. asbest- verarbeitende Industrie	662	3,5	69	2,4	10,4
Feinmechanik u. Optik	148	0,8	57	2,0	38,5
Eisen-, Blech- u. Metall- warenindustrie	271	1,4	50	1,7	18,5
Süßwaren- Industrie	334	1,7	25	0,9	7,5
Kaffee- u. tee- verarbeitende Industrie	1 071	5,6	22	0,8	2,1
Druck- u. Ver- vielfältigungs- Industrie	523	2,7	17	0,6	3,3
Stahlbau	351	1,8	12	0,4	3,4
Brauereien	264	1,4	12	0,4	4,5
Sonstige Industrie- gruppen	4 084	21,4	185	6,3	4,5
Industrie insges.	19 110	100	2 914	100	15,2

Die 150 Betriebe, die in der Sammelposition „Sonstige Industriegruppen“ der Tabelle 4 zusammengefaßt sind, brachten es 1970 auf einen Anteil am Auslandsumsatz von 185 Mio DM oder 6,3%. Aber mit diesem relativ hohen Anteil – er entspricht genau dem der paar Ölmühlen, die unter den bedeutenderen Exporteurzweigen an siebenter Stelle stehen – erscheinen sie auch nur, weil in dieser Position außer allen unbedeutenderen Sparten auch einige andere enthalten sind, die ob ihres Gewichtes an sich hätten gesondert nachgewiesen werden müssen, was aber nicht möglich war, da ihre Angaben als Einzelangaben geheimgehalten werden müssen. Ohne diese wenigen Geheimhaltungsfälle würde diese Position bei weitem nicht das ihr so zugeschriebene hohe Gewicht besitzen.

Mit einem Auslandsumsatz von 543 Mio DM bzw. 463 Mio DM standen im Jahre 1970 Maschinenbau und Schiffbau mit erheblichem Abstand vor den übrigen Industriegruppen an der Spitze der hamburgischen Industrie (Tabelle 4, Spalte 3). Ihre zusammen 114 exportierenden Betriebe – 105 Maschinenfabriken, 9 Werften – vereinigten mehr als ein Drittel (34,5%, Tabelle 4, Spalte 4) der gesamten Exportleistung in der hamburgischen Industrie auf sich. Das zweite Drittel (33,8%) stellten mit zusammen 986 Mio DM die Elektronische Industrie und die NE-Metallindustrie, deren Beitrag den der dritten Sparte dieses Bereichs, der Mineralölverarbeitung, um ein gutes Stück übertraf. In das letzte Drittel teilten sich alle übrigen Industriegruppen. Den wesentlichsten Teil dieses Drittels trugen Chemische Industrie und Ölmühlen bei = 382 von zusammen 922 Mio DM.

Exportintensität der meisten Industriegruppen relativ gering

Die vielen Industriegruppen, die nicht zu dem Kreis der mit Spitzenbeträgen aufgetretenen Sparten zähl-

ten, standen nicht allein mit der absoluten Höhe ihrer Auslandsumsätze hinten an, auch die Bedeutung, die der Auslandsumsatz jeweils im Rahmen ihres Gesamtumsatzes für sie besaß, blieb zumeist relativ gering. Nur wenige von ihnen wiesen eine Exportquote aus, die nennenswert über den Durchschnitt hinaus um ein gutes Stück unter diesem Durchschnitt, ihr Auslandsumsatz war vielmehr sogar von ganz unterkam (15,2%, Tabelle 4, Spalte 5). Für die Mehrzahl von ihnen blieben ihre Exportquoten nicht allein geordneter Bedeutung. Exportquoten, wie sie die exportintensiven Bereiche der Spitzengruppe auswiesen, erreichten allein die Feinmechanik und Optik (38,5%) und um ein gut Teil darunter der Straßenzugbau (26,2%). Um einiges über den Durchschnitt hinaus kam noch die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (18,5%).

Aber auch die Spitzengruppe zeigte kein einheitliches Bild. Auf der einen Seite standen so exportintensive Zweige wie der Schiffbau – für den 1970 fast jede zweite eingenommene Mark aus dem Ausland kam (Exportquote 43,2%) – sowie der Maschinenbau und die NE-Metallindustrie – bei denen noch etwas mehr als jede dritte Mark ihres Umsatzes dem Auslandsumsatz zuzuschreiben war (38,5 bzw. 38,7%). Auf der anderen Seite erzielten Elektrotechnische Industrie, Mineralölverarbeitung und Chemische Industrie Exportquoten, die entweder nur wenig über den Durchschnitt hinauskamen (Elektrotechnische Industrie 15,8%) oder sogar fühlbar darunter lagen (Mineralölverarbeitung 9,0%; Chemische Industrie 12,6%). Zwischen diesen Kategorien standen die Ölmühlen mit einer Exportquote von 27,1%.

Insgesamt hatte 1970 der Auslandsumsatz bei keiner Industriegruppe die Überhand über dem Inlandsumsatz. Selbst im Schiffbau, der Industriegruppe mit der höchsten Exportintensität, erreichte der Inlandsumsatz mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes, wenn allerdings auch nur mit einem relativ geringen Vorsprung.

Tabelle 5

Auslandsumsatz ausgewählter Industriegruppen¹⁾ der hamburgischen Industrie 1960 bis 1970 (Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Maschinenbau		Schiffbau		Elektro-Industrie		NE-Metall-Industrie		Mineralölverarbeitung		Chemische Industrie		Ölmühlen	
	Mio DM	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Mio DM	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Mio DM	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Mio DM	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Mio DM	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Mio DM	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Mio DM	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1960	218	+11,9	560	+ 15,2	161	+35,3	137	-11,6	164	+18,0	117	+23,2	41	+17,1
1961	251	+15,1	349	- 37,7	219	+36,0	121	-11,7	205	+25,0	111	- 5,1	64	+56,1
1962	271	+ 8,0	356	+ 2,0	229	+ 4,6	183	+51,2	210	+ 2,4	107	- 3,6	47	-26,6
1963	289	+ 6,6	232	- 34,9	230	+ 0,4	219	+19,7	184	-12,4	110	+ 2,8	54	+14,9
1964	317	+ 9,7	315	+ 35,8	279	+21,3	221	+ 0,9	157	-14,7	122	+10,9	51	- 5,6
1965	316	- 0,3	234	- 25,7	268	- 3,9	362	+63,8	132	-15,9	129	+ 5,7	64	+25,5
1966	348	+10,1	193	- 17,5	275	+ 2,6	552	+52,5	141	+ 6,8	145	+12,4	50	-21,9
1967	400	+14,9	198	+ 2,6	245	-10,9	464	-15,9	141	± 0	153	+ 5,5	91	+82,0
1968	452	+13,0	213	+ 7,6	234	- 4,5	516	+11,2	214	+51,8	182	+19,0	108	+18,7
1969	494	+ 9,3	439	+106,1	287	+22,6	297	-42,4	218	+ 1,9	186	+ 2,2	159	+47,2
1970	543	+ 9,9	463	+ 5,5	368	+28,2	338	+13,8	280	+28,4	199	+ 7,0	183	+15,1
1960 bis 1970	3 899		3 552		2 795		3 410		2 046		1 561		912	

¹⁾ hauptbeteiligt

Tabelle 6

Anteile ausgewählter Industriegruppen¹⁾ am Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie 1960 bis 1970
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahre	Anteil in %								
	Auslands- umsatz	Maschinen- bau	Schiffbau	Elektro- technische Industrie	NE-Metall- industrie	Mineralöl- ver- arbeitung	Chemische Industrie	Ölmühlen	aus- gewählte Industrie- gruppen insgesamt
	Mio DM								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1960	1 658	13,1	33,7	9,7	8,2	9,9	7,1	2,4	84,3
1961	1 581	15,9	22,1	13,9	7,6	12,9	7,1	4,1	83,6
1962	1 673	16,1	21,3	13,7	10,9	12,5	6,4	2,8	83,7
1963	1 613	17,9	14,4	14,2	13,6	11,4	6,8	3,4	81,7
1964	1 786	17,8	17,7	15,6	12,4	8,8	6,8	2,8	81,9
1965	1 854	17,0	12,6	14,4	19,5	7,1	6,9	3,4	80,9
1966	2 084	16,7	9,2	13,2	26,5	6,8	7,0	2,4	81,8
1967	2 076	19,2	9,5	11,8	22,4	6,8	7,4	4,4	81,5
1968	2 377	19,0	9,0	9,8	21,7	9,0	7,7	4,6	80,8
1969	2 675	18,5	16,4	10,7	11,1	8,2	6,9	5,9	77,7
1970	2 914	18,6	15,9	12,6	11,6	9,6	6,8	6,3	81,4
1960 bis 1970	22 291	17,5	15,9	12,5	15,3	9,2	7,0	4,1	81,5

¹⁾ hauptbeteiligt

Ausfuhr von Maschinen und Schiffen von 1960 bis 1970 insgesamt an der Spitze

Maschinen und Schiffe waren in den sechziger Jahren die beiden wichtigsten Ausfuhrgegenstände der hamburgischen Industrie. Zwar gab es Jahre, in denen auch einmal andere Industrieerzeugnisse höhere Exporterlöse einbrachten, so etwa in den Jahren von 1965 bis 1968 Erzeugnisse der NE-Metallindustrie. In denselben Jahren überflügelte auch der Auslandsumsatz der Elektrotechnischen Industrie den des Schiffbaus. Aber das waren doch nur Zwischenspiele. Über die ganze Zeit der Jahre von 1960 bis 1970 hinweg gesehen, standen Maschinenbau und Schiffbau obenan (Tabelle 5 und 6).

Nach Maschinenbau und Schiffbau folgt in der Summe der sechziger Jahre beiden Sparten ziemlich dicht auf – und anders als es für 1970 die Reihenfolge der Tabelle 4 ausweist – die NE-Metallindustrie: eine Position, die diese Industriegruppe ihren hohen Auslandsumsätzen in den Jahren von 1965 bis 1968 verdankt. Danach erscheint mit einem gewissen Abstand auf dem vierten Platz – und nicht wie 1970 auf dem dritten – die Elektrotechnische Industrie. Mineralölverarbeitung, Chemische Industrie und Ölmühlen halten, wie sie es die meisten Jahre hindurch getan haben, auf den Plätzen 5, 6 und 7. Wohl die stetigste Entwicklung hat in diesen Jahren der Auslandsumsatz des Maschinenbaus durchgemacht. Seine ständig steigende Tendenz wurde in dieser Zeit ein einziges Mal – im Jahre 1965 – durchbrochen und außerdem nur geringfügig (–0,3%; Tabelle 5, Spalte 2). Er konnte/daher auch 1963 den Schiffbau auf dem ersten Platz ablösen, den dieser in den fünfziger Jahren zumeist behauptet hatte. Wenn der Auslandsumsatz des Maschinenbaus diese Spitzenposition in den Jahren 1965 bis 1968 vor dem der NE-Metallindustrie räumen mußte, so nicht etwa,

weil er nachgelassen hatte, sondern weil die NE-Metallindustrie in diesen Jahren mit ihrem Auslandsumsatz extrem hohe, weit über den bisher erzielten Beträgen liegende Werte erreichte, die er aber danach wieder weitgehend verlassen hatte.

Der Auslandsumsatz der NE-Metallindustrie bietet eine der unruhigsten Entwicklungsreihen der hamburgischen Industrie überhaupt. Er und der des Schiffbaus wiesen besonders scharfe Ausschläge von Jahr zu Jahr aus. Den Export der NE-Metallindustrie ließen sie zwischen dem ersten und dem fünften Platz in der Reihenfolge der Industriegruppen hin und her pendeln und verwiesen ihn zwischendurch besonders häufig auf den vierten Platz. Ebenso war der Auslandsumsatz des Schiffbaus einmal auf dem ersten, dann auf dem zweiten und mitunter mehrmals auch auf dem vierten Platz zu finden. Diese Schwankungen hängen mit dem Charakter beider Industriegruppen zusammen: bei der NE-Metallindustrie mit den Einflüssen, die von den stark spekulativ bedingten Entwicklungen des Weltmarktes für NE-Metalle ausgehen; bei dem Schiffbau hängen sie mit den langen Bauzeiten im Großschiffbau zusammen. Den Veränderungen bei Schiffbau und NE-Metallindustrie sind zur Hauptsache auch die Schwankungen des Auslandsumsatzes zuzuschreiben.

Schwacher Anteil Hamburgs an den Hauptausfuhrträgern des Bundesgebietes

Hauptausfuhrträger unter den Industriezweigen des Bundesgebietes waren 1970 der Maschinenbau, der Straßenfahrzeugbau, die Chemische und die Elektrotechnische Industrie (Tabelle 7). Diese vier stellten zusammen nicht ganz zwei Drittel (62%) der insgesamt 102 Mrd DM Auslandsumsatz der Industrie im Bundesgebiet. Außer dem in Hamburg nur relativ

schwach entwickelten Straßenfahrzeugbau gehörten die übrigen drei Industriegruppen auch in Hamburg zu der Spitzengruppe der exportierenden Branchen, der Maschinenbau sogar an erster Stelle. An den 63 Mrd DM Auslandsumsatz dieser Industriegruppen im Bundesgebiet waren alle vier Zweige in Hamburg jedoch nur schwach beteiligt: insgesamt mit nicht viel mehr als einer Milliarde DM. Sie hatten es mit ihrem Auslandsumsatz entweder gerade noch zu einem etwa durchschnittlichen Anteil an dem im Bundesgebiet gebracht, oder blieben mit ihrem Anteil sogar noch um ein gutes Stück unter diesem Durchschnitt (Tabelle 7, Spalte 5): Hamburgs Industrie insgesamt Anteil = 2,9 % (Durchschnitt); Elektrotechnische Industrie = 3,3 %; Maschinenbau = 2,7 %; Chemische Industrie = 1,3 %; Straßenfahrzeugbau = 0,6 %.

Tabelle 7
Auslandsumsatz der Industrie im Bundesgebiet und in Hamburg 1970

Industriegruppen (hauptbeteiligt)	Auslandsumsatz 1970				Anteil Hamburgs am Auslandsumsatz des Bundesgebietes in %
	Bundesgebiet		Hamburg		
	Mio DM	%	Mio DM	%	
	1	2	3	4	
Ölmühlen	297	0,3	183	6,3	61,6
Mineralölverarbeitung .	761	0,7	280	9,6	36,8
Schiffbau	1 383	1,4	463	15,9	33,5
Kaffee- u. tee- verarbeitende Industrie	79	0,1	22	0,8	27,8
EN-Metall- industrie	1 762	1,7	338	11,6	19,2
Süßwaren- Industrie	173	0,2	25	0,9	14,5
Brauereien	151	0,1	12	0,4	7,9
Druck- u. Ver- vielfältigungs- industrie	274	0,3	17	0,6	6,2
Gummi- u. asbest- verarbeitende Industrie	1 170	1,1	69	2,4	5,9
Elektrotechn. Industrie	11 146	10,9	368	12,6	3,3
Maschinenbau .	20 089	19,7	543	18,6	2,7
Feinmechanik u. Optik	2 142	2,1	57	2,0	2,7
Eisen-, Blech- u. Metall- warenindustrie	3 547	3,5	50	1,7	1,4
Chemische Industrie	15 630	15,3	199	6,8	1,3
Stahlbau	1 001	1,0	12	0,4	1,2
Straßen- fahrzeugbau .	16 224	15,9	91	3,1	0,6
Sonstige Industrie- gruppen	26 265	25,7	185	6,3	0,7
Industrie insges.	102 094	100	2 914	100	2,9

Bei den anderen vier Großexporteuren unter den hamburgischen Industriegruppen – Ölmühlen, Mineralölverarbeitung, Schiffbau und NE-Metallindustrie – war die Situation 1970 gerade umgekehrt. Der Anteil, den diese Zweige im Bundesgebiet zu der Gesamtexportleistung der Bundesindustrie beisteuerten, war verschwindend gering: er bewegte sich zwischen 0,3 und 1,7 % (Tabelle 7, Spalte 2) und auf diesem Niveau zur Hauptsache auch nur dank den Beträgen, die von Hamburgs Industrie aufgebracht worden waren. Diese Anteile machten bei den Ölmühlen fast zwei Drittel (61,6 %) aus, bei der Mineralölverarbeitung 36,8 %, bei dem Schiffbau 33,5 % und bei der NE-Metallindustrie immerhin noch 19,4 %. Zu ihnen gesellte sich noch die Kaffee- und teeerarbeitende Industrie mit einem Satz von 27,8 %. Diese hohen Anteilsraten haben sich nicht von ungefähr ergeben: bei allen fünf Zweigen handelt es sich um eng mit dem Hafen verbundene Sparten, die über ihn einen Großteil ihrer Rohstoffe erhalten oder als Seeschiffswerften am seeschiffstiefen Wasser angesiedelt sind.

Große und kleine Exporteure in Hamburgs Industrie

Zu dem Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie hatten im Jahre 1970 insgesamt 557 Betriebe – etwa jeder zweite – beigetragen. Ausschlaggebend für die Summe des gesamten Auslandsumsatzes von fast 3 Mrd DM waren jedoch nur ein paar Hand voll von Betrieben (Tabelle 8).

Tabelle 8
Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie 1970, Betriebe, Gesamtumsatz und Auslandsumsatz nach der Höhe des Auslandsumsatzes (Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Betriebe mit einem Auslandsumsatz (von ... Mio DM bis unter ... Mio DM)	Be- triebe Anzahl	Gesamtumsatz		darunter Auslandsumsatz		Export- quote in % des Ge- samt- umsatzes
		Mio DM	%	Mio DM	%	
	1	2	3	4	5	6
100 Mio DM und mehr	5	2 482	13	1 096	38	44,2
50 Mio DM bis unter 120 Mio DM	8	2 957	15	500	17	16,9
20 Mio DM bis unter 50 Mio DM	14	1 871	10	410	14	21,9
20 Mio DM und mehr	27	7 310	38	2 006	69	27,4
übrige Betriebe mit Auslandsumsatz	530	7 372	38	909	31	12,3
Betriebe mit Auslandsumsatz	557	14 682	76	2 915	100	19,9
Betriebe ohne Auslandsumsatz	661	4 428	24	—	—	—
Industrie insges.	1 218	19 110	100	2 915	100	15,2

Es sind etwas mehr als zwei Dutzend Betriebe der hamburgischen Industrie, denen das Hauptgewicht unter den exportierenden Betrieben zukommt. Diese insgesamt 27 Betriebe – gerade 2% aller Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten in Hamburg – steuerten 1970 allein rund 2 Mrd DM oder etwas mehr als zwei Drittel (69%; Tabelle 8, Spalten 4 und 5) zu dem gesamten Auslandsumsatz bei. Lediglich 5 von ihnen mit einem Auslandsumsatz von jeweils weit über 100 Mio DM stellten einen Beitrag von mehr als 1 Mrd DM (38%). Weitere 8 brachten es zusammen auf eine halbe Mrd DM (17%), und die restlichen 14 dieser Kategorie von Betrieben kamen auf eine Summe von 410 Mio DM (14%). In die restlichen nicht ganz 910 Mio DM (31%) teilten sich 530 Betriebe mit im einzelnen nicht weiter untersuchten Beiträgen sehr unterschiedlicher Größenordnung.

Von den 13 Betrieben mit einem Auslandsumsatz von 50 Mio DM und mehr gehörten alle bis auf einen zu der Spitzenkategorie der sieben Industriegruppen Maschinenbau, Schiffbau, Elektrotechnische Industrie, NE-Metallindustrie, Mineralölverarbeitung, Chemische Industrie und Ölmühlen. Auch das Hauptkontingent der 14 Betriebe mit Auslandsumsätzen von 20 bis 50 Mio DM stellte dieser Bereich, nur 4 von ihnen waren Mitglieder anderer Industriegruppen – sie können hier als einzelne aber nicht weiter genannt werden.

Die Exportquote der 27 „Großexporteure“ des Jahres 1970 lag bei 27,4% (Tabelle 8, Spalte 6), die der 530 „Kleinexporteure“ dagegen mit 12,3% um einiges unter dem Satz für die Industrie insgesamt (15,2%) und um ein erhebliches Stück unter dem für die Betriebe mit Auslandsumsatz (19,9%). Die 5 größten Exporteure hatten zusammen 44,2% ihres Umsatzes im Ausland erzielt. Keiner von ihnen hatte eine Quote, die unter 40% lag. Überraschend gering erscheint damit verglichen die Exportquote der 8 Betriebe mit einem Auslandsumsatz von 50 bis unter 100 Mio DM. Mit 16,9% war diese Quote nicht sonderlich viel größer als die der gesamten Industrie (15,2%) und sogar noch um etliches geringer als die der Betriebe mit Auslandsumsatz (19,9%). Aber zu diesem Kreis von Betrieben gehörten vor allem die Vertreter solcher Industriezweige, die zwar absolut hohe Auslandsumsätze auswiesen, ihren Absatz jedoch zur Hauptsache im Inland fanden (weitere Einzelheiten können hier aus Gründen der Geheimhaltung nicht genannt werden). Die Exportquote des letzten Bereichs der „Großexporteure“, der 14 Betriebe mit Auslandsumsätzen von 20 bis unter 50 Mio DM kam wieder etwas höher heraus auf 21,9%. Hier hielten sich Betriebe mit hoher Quote und solche mit niedriger mehr die Waage.

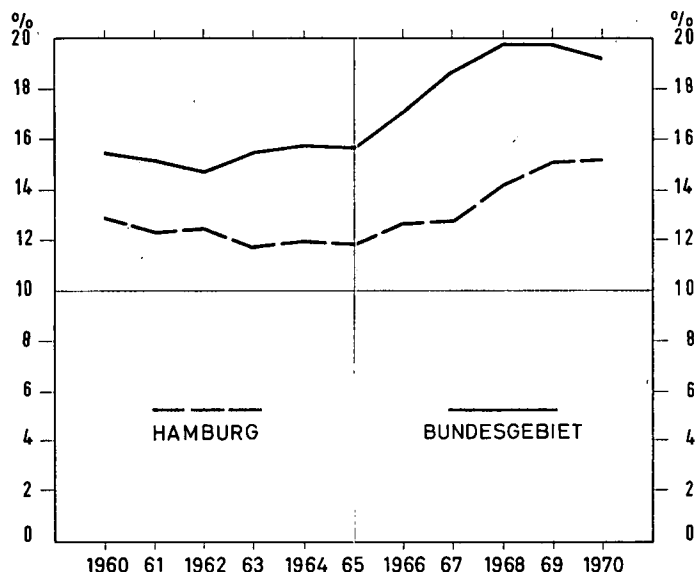
Als höchste Exportquoten erscheinen bei den 27 Betrieben 89,5% und 76,0% und als niedrigste 7,2% und 7,9%.

Richtung des Exports

Die Industriestatistik berichtet über den Auslandsumsatz der Industriebetriebe, insbesondere über seine Höhe. Darüber, wohin diese Exporte gegangen sind, ist aus dieser Statistik nichts zu erfahren. Der Industrieexport stellt aber den überragenden Teil der

Ausfuhr in Hamburg hergestellter Waren, wie sie in der Außenhandelsstatistik für Hamburg ausgewiesen werden. Man kann daher versuchen, sich mit Hilfe dieser Nachweisungen einen Begriff über die Richtung des hamburgischen Industrieexports zu verschaffen.

Exportquoten der Industrie in Hamburg und im Bundesgebiet 1960 bis 1970
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)



Statistisches Landesamt Hamburg

(h)

Allerdings passen beide Statistiken in ihrer Abgrenzung und in ihren Methoden alles andere als exakt zueinander. Es ist insbesondere nicht alles, was die Außenhandelsstatistik als in Hamburg hergestellte Waren ausweist, als Erzeugnis des Produzierenden Gewerbes in Hamburg anzusprechen. Auch die Wertansätze unterscheiden sich vielfach erheblich voneinander. Beide Statistiken weichen aber wiederum nicht so sehr voneinander ab, daß man bei entsprechender Vorsicht nicht doch ein – wenn auch grobes und in manchen Zügen ein wenig verzerrtes, aber insgesamt immerhin relativ brauchbares – Bild von den Wegen zu gewinnen vermöchte, die die hamburgischen Industrieerzeugnisse im Ausland genommen haben.

Tabelle 9
Ausfuhr des Landes Hamburg 1970 nach Verbrauchsländern
(Ergebnisse der Außenhandelsstatistik)

Verbrauchsländer	Mio DM	Anteil in %
	1	2
Europa	2 502	70,8
davon EWG-Länder ..	1 129	31,9
EFTA-Länder ..	1 039	29,3
Ostblock-Länder	115	3,3
Übrige Länder .	219	6,3
Afrika	266	7,5
Amerika	395	11,2
Asien	340	9,6
Australien und Ozeanien	32	0,9
Ausfuhr insgesamt ...	3 535	100

Die Statistik der Ausfuhr des Landes Hamburg nach Verbrauchsländern wies für das Jahr 1970 ein Gesamtvolumen von 3,5 Mrd DM aus. Das waren um eine halbe Mrd DM oder 17 % mehr als die Industriestatistik an Auslandsumsätzen registriert hatte. Dieser Unterschied dürfte bei dem globalen Nachweis, wie ihn die Tabelle 9 bringt, nicht allzu sehr stören.

Hauptabnehmer für die Ausfuhr des Landes Hamburg waren 1970 europäische Länder: ihr Anteil überragte mit 2,5 Mrd DM oder 70,8 % den aller übrigen Gebiete bei weitem. EWG-Länder und EFTA-Länder waren an dieser Summe zu fast gleichen Teilen

beteiligt bei leichtem Übergewicht der EWG-Länder (31,9 %; EFTA-Länder = 29,3 %). Am geringsten war der Anteil der Ostblock-Länder. Mit 3,3 % war er nur etwa halb so groß wie der der übrigen europäischen Länder.

Wichtigste Kunden in den überseeischen Gebieten waren mit 395 Mio DM und einem Anteil von 11,2 % amerikanische Länder. Nur wenig geringer waren die Bezüge asiatischer Länder: 340 Mio DM oder 9,6 %. Noch etwas weniger ging an Bezieher in Afrika: 266 Mio DM oder 7,5 %. Was Australien und Ozeanien aufnahmen, war damit verglichen geringfügig: 32 Mio DM oder 0,9 %.

Zusammenfassung

Hamburgs Industriebetriebe treten auf dem Weltmarkt mehr als Käufer von Rohstoffen denn als Anbieter ihrer Erzeugnisse auf. Mit die bedeutendsten Industriezweige der Stadt gehören zu der Kategorie der Importindustrien.

Eine der Importindustrie in ihrer Bedeutung auch nur annähernd an die Seite zu stellende Exportindustrie besteht in Hamburg nicht, wohl aber gibt es eine ganze Reihe von Werken, die einen großen Teil ihrer Erzeugnisse in das Ausland liefern.

Im Jahre 1970 war in Hamburg nahezu jeder zweite der insgesamt 1 218 Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten am Auslandsumsatz beteiligt – zumeist jedoch nur mit geringen Beträgen. Auf ansehnliche Lieferungen an das Ausland kamen nur relativ wenige Betriebe.

3 Mrd DM oder 15 % der insgesamt für 1970 gemeldeten 19 Mrd DM Umsatz waren Auslandsumsatz. Etwa 35 000 der insgesamt 1970 in der hamburgischen Industrie be-

schäftigten Personen haben für Exportaufträge gearbeitet.

Drei Viertel des Auslandsumsatzes im Jahre 1970 wurden von sechs Industriezweigen erbracht: Maschinenbau, Schiffbau, Elektrotechnische Industrie, NE-Metallindustrie, Mineralölverarbeitung, Chemische Industrie.

Maschinen und Schiffe waren in den Jahren von 1960 bis 1970 die beiden wichtigsten Ausfuhrgegenstände der hamburgischen Industrie. Während der Auslandsumsatz des Schiffbaus von 1960 bis 1970 – zusammen mit dem der NE-Metallindustrie – von Jahr zu Jahr starke Schwankungen auswies, zeigte der Maschinenbau eine der stetigsten Entwicklungstendenzen im gesamten Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie.

Die Exportintensität der hamburgischen Industrie war stets um ein gutes Stück geringer gewesen als die des Bundesgebietes: Exportquoten Bund/Hamburg 1960 = 15,5 bzw. 12,9 %; 1970 = 19,3 bzw. 15,2 %. In Hamburg fehlen einige für die Ausfuhr des Bundesgebietes

besonders bedeutsame Industriezweige entweder überhaupt oder besitzen hier nur wenig Gewicht: Straßenfahrzeugbau, Eisen-schaffende Industrie. Ferner tragen in Hamburg die ihrer Natur nach zur Hauptsache auf den Inlandsmarkt eingestellten Importindustrien im Verhältnis wenig zum Auslandsumsatz bei, aber viel zu dem Inlandsumsatz: Mineralölverarbeitung, Kaffee- und tee-erarbeitende Industrie.

Etwas mehr als zwei Dutzend Betrieben der hamburgischen Industrie (27) kommt das Hauptgewicht unter den insgesamt 557 exportierenden Betrieben zu. Sie exportierten 1970 rund 2 Mrd DM oder etwas mehr als zwei Drittel des gesamten Auslandsumsatzes.

Hauptabnehmer für die Ausfuhr des Landes Hamburg waren 1970 – nach den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik für Hamburg – europäische Länder: Anteil 71 %. Wichtigste Kunden in den überseeischen Gebieten waren amerikanische Länder: Anteil 11 %.

Willi Lellau

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1971	April 1971	Mai 1971	Mai 1970
		1965	1970				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand *) 2) Pflegetage Bettenausnutzung 3)	Anzahl %	11 749 273 169 81,8	11 221 264 719 82,2	11 220 281 992 86,1	11 081 257 917 81,3	11 302 2.63 403 79,3	11 232 274 402 82,3
b) Gemeinnützige Krankenanstalten Bettenbestand *) 2) Pflegetage Bettenausnutzung 3)	Anzahl %	4 573 123 729 89,1	4 670 125 308 88,1	4 802 138 509 92,1	4 800 126 998 87,4	4 800 130 749 87,5	4 612 126 568 88,0
c) Private Krankenanstalten Bettenbestand *) 2) Pflegetage Bettenausnutzung 3)	Anzahl %	745 19 012 81,8	681 17 965 82,6	790 22 417 87,9	791 19 995 80,6	791 19 984 79,7	665 17 849 79,9
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand *) 2) Pflegetage Bettenausnutzung 3)	Anzahl %	885 21 274 81,7	856 20 557 79,7	820 21 792 85,7	820 19 053 79,2	820 20 174 82,9	856 21 562 81,3
b) Tbc-Heilstätten Bettenbestand *) 2) Pflegetage Bettenausnutzung 3)	Anzahl %	1 084 25 626 85,0	883 19 232 76,0	761 19 078 88,8	761 18 011 86,7	761 19 563 90,3	1 013 20 460 68,5
3. Anstalten für Geistes Kranke							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg Bettenbestand *) Pflegetage Bettenausnutzung 3)	Anzahl %	1 743 48 245 91,4	1 743 46 126 90,3	1 743 46 283 89,2	1 743 43 876 87,3	1 743 45 897 88,5	1 743 46 579 89,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Ham- burg Bettenbestand *) Pflegetage Bettenausnutzung 3)	Anzahl %	1 275 38 084 98,2	1 292 38 682 98,0	1 292 39 168 97,8	1 292 37 855 97,7	1 292 39 202 97,9	1 292 39 189 97,8
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs Bettenbestand *) Pflegetage Bettenausnutzung 3)	Anzahl %	1 476 43 630 97,1	1 403 42 329 98,1	1 397 42 678 97,5	1 397 41 344 97,6	1 397 42 909 97,8	1 407 43 491 98,6
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen *)							
Tonrundfunkteilnehmer *)	1 000	667,8	717,9	686,1	686,1	686,2	720,0
Fernsehrundfunkteilnehmer *)	"	455,8	622,9	613,1	613,6	614,3	624,4
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	404 866	479 857	439 006	363 866	359 994
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 410	6 484	-	"	4 858
3. Wissenschaftliche Büchereien *)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	34 543	37 937	41 169	35 641	32 936
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	13 828	14 466	13 860	13 660	13 655
4. Besucher der Museen und Schausamm- lungen							
Anzahl	Anzahl	43 961	57 443	68 860	57 047	55 909	58 496
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung *)							
Mitglieder	1 000	677,8	689,5	691,8	691,5	695,7	689,7
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	409,3	409,3	409,3	412,6	410,9
Rentner	"	175,5	228,5	231,9	232,3	232,9	227,9
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	51,7	50,6	49,9	50,2	50,9
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	25,6	22,6	21,9	19,4	26,3
dav. männlich	"	17,9	17,3	15,4	14,8	13,3	17,4
weiblich	"	8,8	8,3	7,2	7,1	6,1	8,9

*) am Monatsende. - *) ohne Säuglingsbetten. - *) ohne gesperrte Betten. - *) Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). - *) nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. - *) Ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1971	April 1971	Mai 1971	Mai 1970
		1965	1970				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	2 750	3 210	2 863	2 750	2 486
dav. männlich	"	2 318	1 482	1 702	1 477	1 443	1 334
weiblich	"	1 092	1 268	1 508	1 386	1 307	1 152
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	15	73	23	17	5
Metallerzeuger und -verarbeiter	"	51	40	50	15	15	30
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	"	95	36	40	37	41	33
Elektriker	"	24	12	28	12	15	6
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	20	17	33	35	
Tischler, Modellbauer	"	24	18	30	4	5	
Drucker	"	44	49	50	29	27	
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarb.	"	7	10	21	22	14	19
Ernährungsberufe	"	75	41	54	93	88	27
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	96	129	123	118	
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	103	118	62	47	
Warenkaufleute	"	368	411	381	273	246	
Verkehrsberufe	"	313	162	179	141	138	
Verwaltungs- und Büroberufe	"	849	574	597	551	523	481
Künstlerische Berufe	"	177	159	173	198	236	178
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	30 510	26 874	27 214	28 044	33 897
dav. männlich	"	13 014	17 678	14 560	14 753	15 279	20 199
weiblich	"	12 813	12 832	12 314	12 461	12 765	13 698
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	6 847	7 226	6 880	6 114	6 186
dav. männlich	"	4 134	5 085	5 249	5 080	4 631	4 798
weiblich	"	1 707	1 762	1 977	1 800	1 483	1 388
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 814	5 593	5 657	5 515	9 003
dav. männlich	"	9 955	7 880	4 394	4 573	4 276	8 144
weiblich	"	572	934	1 199	1 084	1 239	859
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 860	9 135	7 976	8 111	7 491
dav. männlich	"	5 512	3 686	4 212	3 703	3 808	3 421
weiblich	"	2 787	4 174	4 923	4 273	4 303	4 070
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	16 703	33 303	42 471	.	.	.
Weiblich	"	5 157	13 182	16 151	.	.	.
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 810	2 097	2 278	2 027	2 458
dar. an Molkeereien geliefert	%	86,0	89,9	92,0	93,2	92,1	89,6
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	13,6	15,2	13,1	15,8
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkeereien							
Vollmilch	t	10 011	11 076	11 977	11 606	12 386	10 782
dav. lose	"	3 529	2 056	2 478	2 409	2 410	2 108
in Flaschen	"		1 636	962	868	895	1 616
in verlorenen Packungen	"	6 482	7 080	8 179	7 954	8 601	6 755
mit abwelch. Fettgehalt (H-Milch)	"			74	72	104	
Ultra-hocherhitzte Milch	"		304	284	303	376	303
Mager- und Buttermilch	"	382	442	457	556	1 046	530
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	10,0	10,7	9,2	7,9	8,4
Kälber	"	2,6	1,9	2,2	2,0	2,1	2,1
Schweine	"	47,0	38,1	47,1	42,4	41,2	35,4
Schafe	"	2,7	1,0	1,4	0,7	0,8	0,5
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,9	8,9	9,5	7,2	7,6
Kälber	"	2,5	1,8	2,1	1,9	2,0	1,9
Schweine ³⁾	"	49,8	40,0	47,3	42,7	40,9	36,9
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 248	6 873	6 584	5 932	5 578
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 222	2 283	2 456	1 843	1 897
Kälber	"	187	152	186	169	169	165
Schweine	"	4 318	3 828	4 346	3 920	3 877	3 490

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1971	April 1971	Mai 1971	Mai 1970
		1965	1970				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 496	1 460	1 461	...	1 503
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	211	207	208	...	212
• dar. Arbeiter ²⁾	"	152	137	133	133	...	138
• Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	"	24 859	21 756	22 482	21 536	...	21 424
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	166	175	176	...	160
• Gehälter (Bruttosumme)	"	75	124	132	135	...	119
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	8	8	...	10
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 498	4 985	4 184	...	2
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 Kcal/cbm) ⁵⁾	1 000 cbm	"	18 272	28 456	22 612	...	19
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	72	62	...	67
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	144	156	144	...	135
• Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	11	13	11	...	11
• Umsatz ⁶⁾	Mio DM	1 304	1 593	1 733	1 587	...	1 486,0
• dar. Auslandsumsatz ⁷⁾	"	155	243	269	222	...	229,0
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	128,8	126,6	131,9	132,2	141,7
• Verarbeitende Industrie	"	109,0	126,5	125,1	130,0	131,8	140,4
• Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	137,6	134,0	134,1	139,3	154,2
• Investitionsgüterindustrie	"	110,0	134,9	136,8	146,7	147,1	149,1
• Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,3	116,0	120,2	117,1	131,9
• Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	108,9	106,8	113,0	113,6	118,6
• Bauindustrie	"	103,7	122,5	106,4	146,8	146,4	158,4
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 593	1 733	1 587	...	1 486,0
• Chemische Industrie	"	215	259	279	246	...	253,5
• Elektroindustrie	"	101	140	172	161	...	124,8
• Maschinenbau	"	143	193	215	185	...	164,3
• Maschinenbau	"	83	122	144	134	...	110,1
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	14	13	15	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	629	702	587	501	561
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	68	81	63	58	56
Vj.-Durchschnitt ⁹⁾				3. Vj. 1970	4. Vj. 1970	1. Vj. 1971	1. Vj. 1970
3. Handwerk (Meßziffern)							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	85,7	85,9	85,4	85,4 p	84,5 p
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	150,8	154,8	194,1	138,6 p	111,5 p
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	148,9	155,3	195,8	134,8 p	106,8 p
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	46 651	45 365	45 861	45 796	46 916
• dar. Inhaber	"	1 365	1 296	1 218	1 234	1 222	1 327
• Angestellte	"	4 684	5 566	5 703	5 731	5 724	5 525
• Arbeiter ²⁾	"	43 102	39 789	38 444	38 896	38 850	40 064
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 254	15 693	6 911	6 761	6 974
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 609	4 042	2 003	1 854	1 854
• gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 673	1 660	4 794	1 866	1 780	1 786
• öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 985	6 857	3 042	3 127	3 334
• Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	62,8	166,6	73,4	76,6	69,4
• Gehälter Bruttosumme ⁴⁾	"	5,9	10,3	30,7	10,4	10,8	9,7
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	173,7	464,1	161,0	200,5	134,1
• dav. im Wohnungsbau	"	42,2	41,7	120,0	60,4	37,3	35,2
• gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	51,8	156,3	45,8	70,1	35,3
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	80,2	187,8	54,8	93,1	63,6
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	167	121	157	241	121
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	98	87	87	150	89
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	363	200	294	674	172
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,8	33,1	46,2	96,4	26,9
• Wohnfläche	1 000 qm	95	76	42	65	138	35
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	82	66	91	67	75
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	556	274	841	316	460
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	54,0	30,5	77,7	39,1	37,7
• Nutzfläche	1 000 qm	73	96	57	122	67	80
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 058	488	818	1 914	458

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1971	April 1971	Mai 1971	Mai 1970
		1965	1970				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	281	153	164	186	185	103
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	302	400	516	538	141
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	40,6	57,6	72,8	84,8	20,8
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)							
Umbauter Raum	1 000 cbm	82	77	53	87	64	51
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	340	545	366	690	309	282
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	52,3	44,9	45,8	43,7	21,9
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	842	1 198	1 448	1 552	351
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)							
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	318	153	108	117	109	77
Umbauter Raum	1 000 cbm	197	90	47	77	66	49
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	458	338	237	180	249	143
Wohnfläche	1 000 qm	53,0	42,3	32,5	23,3	34,3	18,4
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)							
Umbauter Raum	1 000 cbm	86	74	23	69	50	34
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	338	407	131	293	372	92
Nutzfläche	1 000 qm	31,9	39,9	13,0	21,8	34,2	4,7
Wohnungen	1 000 qm	69	78	21	56	56	19
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 007	732	511	682	399
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	359	491	130	222	138
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 549	14 900	15 900	16 700	15 600
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 857	4 600	3 900	4 300	5 100
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	183	184	184	184	182
Wohnungen	"	636	699	700	700	701	689
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 612	2 616	2 617	2 619	2 577
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	178	196	190	182	168
dar. Warenhäuser	"	130	238	247	258	247	219
Facheinzelhandel	"	120	149	161	162	157	148
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	"	162	175	177	...	158
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	"	161	179	182	...	159
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	"	162	166	168	...	155
3. Handel mit Berlin (West) *)							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	147 169	186 412	138 904
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 092	233 514	223 394
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	295	352	250
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	26	56	23
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	269	296	227
dav. Rohstoffe							
Halbwaren	"	2	4	2	2
Fertigwaren	"	50	62	62	65
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse	"	143	203	232	160
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse	"	9	18	21	16
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern	"	134	185	211	144
Europa							
dar. EWG-Länder	"	152	209	231	183
dar. EFTA-Länder	"	65	94	107	80
	"	67	87	91	76

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1971	April 1971	Mai 1971	Mai 1970
		1965	1970				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125
Gaststättengewerbe	"	108
6. Fremdenverkehr ¹⁾							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	125	106	137
* dar. von Auslandsgästen	"	42	43	32	49
* Fremdenübernachtungen	"	232	248	219	273
* dar. von Auslandsgästen	"	90	83	65	95
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 573	1 551 p	1 520 p	1 577 p	1 668 r
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 645	1 629 p	1 600 p	1 556 p	1 667 r
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 913	4 172 p	3 519 p	3 623 p	3 730
dav. Empfang	"	2 229	3 006	3 216 p	2 728 p	2 913 p	2 860
dav. Massengut	"	1 634	2 370	2 583 p	2 099 p	2 343 p	2 189
dar. Mineralöle	"	968	1 454	1 699 p	1 201 p	1 428 p	1 335
Kohle	"	192	249	265 p	149 p	143 p	342
Getreide	"	180	168	192 p	243 p	251 p	134
Sack- und Stückgut	"	595	636	633 p	629 p	570 p	671
Versand	"	713	908	956 p	791 p	710 p	870
dav. Massengut	"	292	379	370 p	286 p	269 p	332
Sack- und Stückgut	"	421	528	586 p	505 p	441 p	538
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	374	345	403	466	453
* Güterversand	"	309	488	553	531	561	553
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 678	2 648 p	2 803 p	3 322 p	3 096
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 685	2 648 p	2 803 p	3 323 p	3 148
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	124,7	127,4 p	132,3 p	146,5 p	137,7
Abgerollte Fluggäste	"	71,0	124,3	128,1 p	131,3 p	152,0 p	139,6
Angekommene Fracht	t	578	1 192	1 296 p	1 219 p	1 145 p	1 257
Abgegangene Fracht	"	587	1 328	1 278 p	1 164 p	1 209 p	1 299
Angekommene Post	"	185	274	276 p	266 p	253 p	242
Abgegangene Post	"	229	337	374 p	344 p	310 p	301
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ¹⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 485	12 541	12 109	11 870	11 437
Hoch- u. U-Bahn	"	13 705	15 858	17 219	16 431	16 198	15 556
Straßenbahn	"	9 438	5 276	5 323	5 005	5 122	5 447
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	12 750	13 933	13 332	13 645	12 589
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 307	2 579	2 536	2 483	2 274
Private Kraftomnibusse	"	301	284	223	293	358	373
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ¹⁾ (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen ²⁾ ⁴⁾	1 000	352,2	455,2	462,2	467,1	471,3	442,0
	"	310,8	411,7	417,8	422,1	425,9	400,1
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾ Lastkraftwagen	Anzahl	5 071	6 250	9 229	8 660	...	7 298
	"	4 632	5 660	8 426	7 978	...	6 638
	"	362	493	645	573	...	562
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	1 069	936	983	1 130 p	1 087
* Getötete Personen	"	28	32	25	28	32 p	30
* Verletzte Personen	"	1 106	1 442	1 230	1 267	1 487 p	1 459

¹⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1971	April 1971	Mai 1971	Mai 1970
		1965	1970				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	25 077,1	27 190,2	27 249,5	27 166,1	24 469,4
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	7 673,3	8 353,4	8 395,9	8 213,9	7 379,0
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	7 661,3	8 260,6	8 303,2	8 117,6	7 375,5 r
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"	.	3 710,3	4 282,1	4 231,6	4 310,9	3 587,7
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	3 347,3	3 825,1	3 770,2	3 836,8	3 222,9
Langfristige Kredite ²⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	.	13 693,5	14 554,7	14 622,0	14 641,3	13 502,7
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	12 112,6	12 856,2	12 904,2	12 925,1	11 960,9
dar. Durchlaufende Kredite	"	.	665,4	639,9	638,1	641,7	674,7
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	16 355,8	17 802,2	18 146,3	19 035,1	16 176,1
dav. Sicht- und Termingelder	"	.	9 050,0	9 852,7	10 163,7	11 004,0	8 940,3
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	7 831,5	8 494,8	8 889,5	9 464,8	7 681,4
Spareinlagen	"	.	4 069,9	7 305,8	7 949,5	7 982,6	7 235,8
dar. bei Sparkassen	"	.	2 792,9	4 941,6	5 328,2	5 333,1	5 340,1
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	.	244,3	439,1	476,9	427,0	407,3
Lastschriften auf Sparkonten	"	.	203,9	430,1	429,1	395,0	359,5
Zinsgutschriften	"	.	12,9	33,2	0,3	1,2	0,6
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	19	24	28	20	14
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	875	765	701	733	914
Betrag	1 000 DM	1 314	2 932	1 618	2 133	1 743	2 425
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren/ eidesstattliche Versicherungen³⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 373	27 445	21 193	22 933	21 014
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 303	3 939	3 295	3 071	3 172
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 440	1 573	1 624	1 312	1 562
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	457	465	462	426	369
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	151	148	148	149	152
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 862	5 060	5 065	5 128	4 746
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	5 015	5 225	5 251	5 273	4 988
Stammkapital	Mio DM	2 982	4 234	4 823	4 817	4 841	4 156
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern							
dav. Steuern vom Einkommen	1 000 DM	.	585 154	649 530	519 539	505 898	469 949
dav. Lohnsteuer	"	200 385	298 399	478 206	239 489	221 104	171 093
Veranlagte Einkommensteuer	"	89 007	178 167	169 396	184 001	200 283	148 440
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	64 393	66 980	187 735	27 542	15 879	10 062
Körperschaftsteuer	"	10 279	14 446	12 320	14 836	5 604	4 996
Steuern vom Umsatz	"	36 706	38 805	108 755	13 110	662	7 595
dav. Umsatzsteuer	"	.	286 756	171 324	280 049	284 793	298 856
Einfuhrumsatzsteuer	"	82 827	135 525	104 701	144 962	148 640	140 915
Einkommensteuer	"	.	151 231	66 622	135 087	136 154	157 941
2.* Bundessteuern							
dar. Zölle	1 000 DM	523 065	602 809	731 426	682 652	536 636	577 009
Verbrauchssteuern	"	45 078	49 486	93 398	52 816	47 166	41 806 r
dar. Mineralölsteuer	"	358 150	535 718	613 892	594 158	471 173	521 715
Biersteuer	"	261 342	440 497	499 914	496 421	384 027	419 240
3.* Landessteuern							
dar. Vermögensteuer	1 000 DM	35 517	40 066	28 937	31 687	62 237	61 725
Kraftfahrzeugsteuer	"	11 355	16 648	2 209	6 462	42 264	40 724
Biersteuer	"	7 992	10 207	12 113	12 787	10 584	9 802
Biersteuer	"	2 430	3 057	2 506	2 889	3 188	3 161
4.* Gemeindesteuern							
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	46 355	59 558	.	39 771	139 111	129 075
Grundsteuer A	"	34 764	43 302	10 718	12 866	123 496	112 785
Grundsteuer B	"	73	85	.	10	133	150
Biersteuer	"	5 134	6 939	.	826	14 123	14 157
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM	1 000 DM	601 215	946 077	1 065 176	963 623	862 356	890 618
6. Einnahmen des Landes							
(ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	191 333	253 755	142 730	137 577	175 755
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ⁴⁾	"	122 235	119 351	214 104	104 937	33 807 ⁴⁾	74 451
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	21 416	10 715	6 106	10 869	9 621
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	10 500	.	.	30 664	29 958
Außerdem:	"
Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	38 558	.	39 771	77 783	69 160
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"	.	30 869	49 998	29 616	14 577	22 190
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	260 761	.	212 117	229 937	267 105

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten.

⁴⁾ nach Zerlegung der Lohn- und Körperschaftsteuer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1970	Februar 1970	Mai 1971	Mai 1970
		1965	1970				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	148,9	154,3	158,2	167,2	148,6
Einfamiliengebäude	"	113,3	148,8	154,2	158,0	166,9	148,3
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	149,1	154,4	158,3	167,4	148,9
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	149,2	154,6	158,6	167,7	148,8
Bürogebäude	"	112,2	149,2	154,3	158,3	166,9	148,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	150,6	155,8	160,7	171,0	150,6
Löhne und Gehälter¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	329	327	348	344	308
• männliche Arbeiter	"	140	202	204	209	205	191
• weibliche Arbeiter	"	5,10	7,25	7,27	7,64	7,70	6,78
Bruttostundenverdienste	"	3,32	4,89	4,98	5,07	5,18	4,57
• männliche Arbeiter	"	5,10	7,25	7,27	7,64	7,70	6,78
• weibliche Arbeiter	"	3,32	4,89	4,98	5,07	5,18	4,57
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	45,5	45,0	45,6	44,6	45,5
• männliche Arbeiter	"	42,2	41,4	41,1	41,2	39,5	41,7
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,4	41,1	41,2	39,5	41,7
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	41,4	40,7	35,5	42,6	40,3	41,7
• männliche Arbeiter	"	37,2	36,4	30,7	38,7	35,5	37,7
• weibliche Arbeiter	"	37,2	36,4	30,7	38,7	35,5	37,7
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 555	1 564	1 591	1 658	1 497
• männlich	"	747	1 104	1 113	1 141	1 189	1 049
• weiblich	"	1 182	1 661	1 671	1 710	1 796	1 587
Technische Angestellte	"	748	1 109	1 127	1 139	1 200	1 063
• männlich	"	1 043	1 482	1 498	1 524	1 571	1 403
• weiblich	"	668	1 020	1 030	1 052	1 086	962
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 058	1 501	1 515	1 541	1 593	1 427
• männlich	"	688	1 042	1 051	1 075	1 112	984
• weiblich	"	1 176	1 660	1 671	1 708	1 791	1 587
Technische Angestellte	"	838	1 285	1 296	1 309	1 351	1 240
• männlich	"	838	1 285	1 296	1 309	1 351	1 240
• weiblich	"	838	1 285	1 296	1 309	1 351	1 240
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	444	507	727	664	586
• dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	113	150	95	94
• bekämpfte Brände	"	221	337	394	577	569	492
• dav. Großbrände	"	9	14	7	23	26	22
• Mittelbrände	"	28	44	57	90	83	95
• Kleinbrände	"	98	151	178	309	281	254
• Entstehungsbrände	"	80	119	137	140	174	118
• Schornsteinbrände	"	6	10	15	15	5	3
Hilfeleistungen aller Art	"	739	671	671	700	804	654
Rettungswageneinsätze	"	10 271	11 104	11 104	10 595	10 946	9 836
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 653	1 420	1 545	1 844	1 650
• Betriebsunfälle	"	544	505	468	441	463	499
• Krankenbeförderungen	"	3 660	3 660	4 284	3 883	3 645	3 409
• Anzahl der beförderten Personen	"	10 086	10 086	11 029	10 261	10 528	9 624
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	11 454	11 454	12 282	12 022	12 414	11 076
Außerdem:	"	87	87	96	132	153	101
• Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	87	87	96	132	153	101
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 164	12 722	10 383	9 879	10 388
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	6	7	12	4	6
• Sittlichkeitsdelikte	"	214	213	239	220	205	224
• Körperverletzung ²⁾	"	91	130	130	145	117	114
• Raub, räuberische Erpressung	"	41	68	108	60	78	48
• Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	4 431	4 475	3 731	3 682	4 213
• Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 015	3 968	3 292	2 888	2 705
• Diebstähle zusammen	"	5 235	7 446	8 443	7 023	6 570	6 918
dar. Kraftwagen- und -gebrauchsdiebstahl	"	180	287	342	260	264	285
• Unterschlagung	"	203	202	175	162	147	186
• Begünstigung und Hehlerei	"	85	134	80	64	63	102
• Betrug und Untreue	"	722	936	1 065	784	862	821
• Brandstiftung	"	33	38	68	49	45	30
Außerdem:	"	778	1 463	1 440	1 320	1 377	1 607
• Verkehrsvergehen ³⁾	"	8 929	17 425	21 981	19 902	21 487	17 803
• Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁴⁾	"	423	435	378	504	447	327
• Ordnungswidrigkeiten	"	31 317	26 905	27 700	26 905	24 392	26 954
• Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁵⁾	"	31 317	26 905	27 700	26 905	24 392	26 954

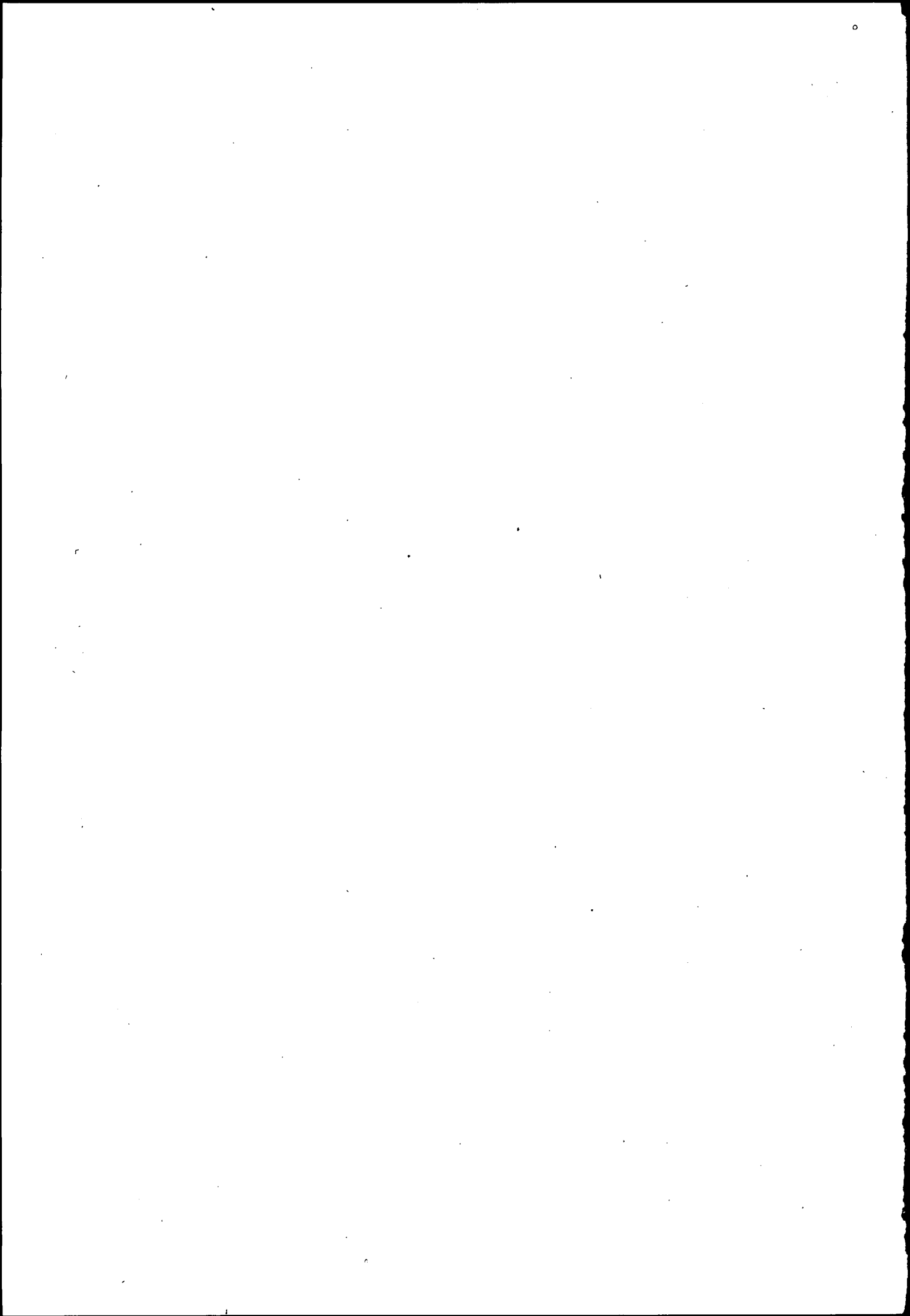
¹⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungs-gewerbe. — ³⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebüh-renpflichtige Verwarnungen.

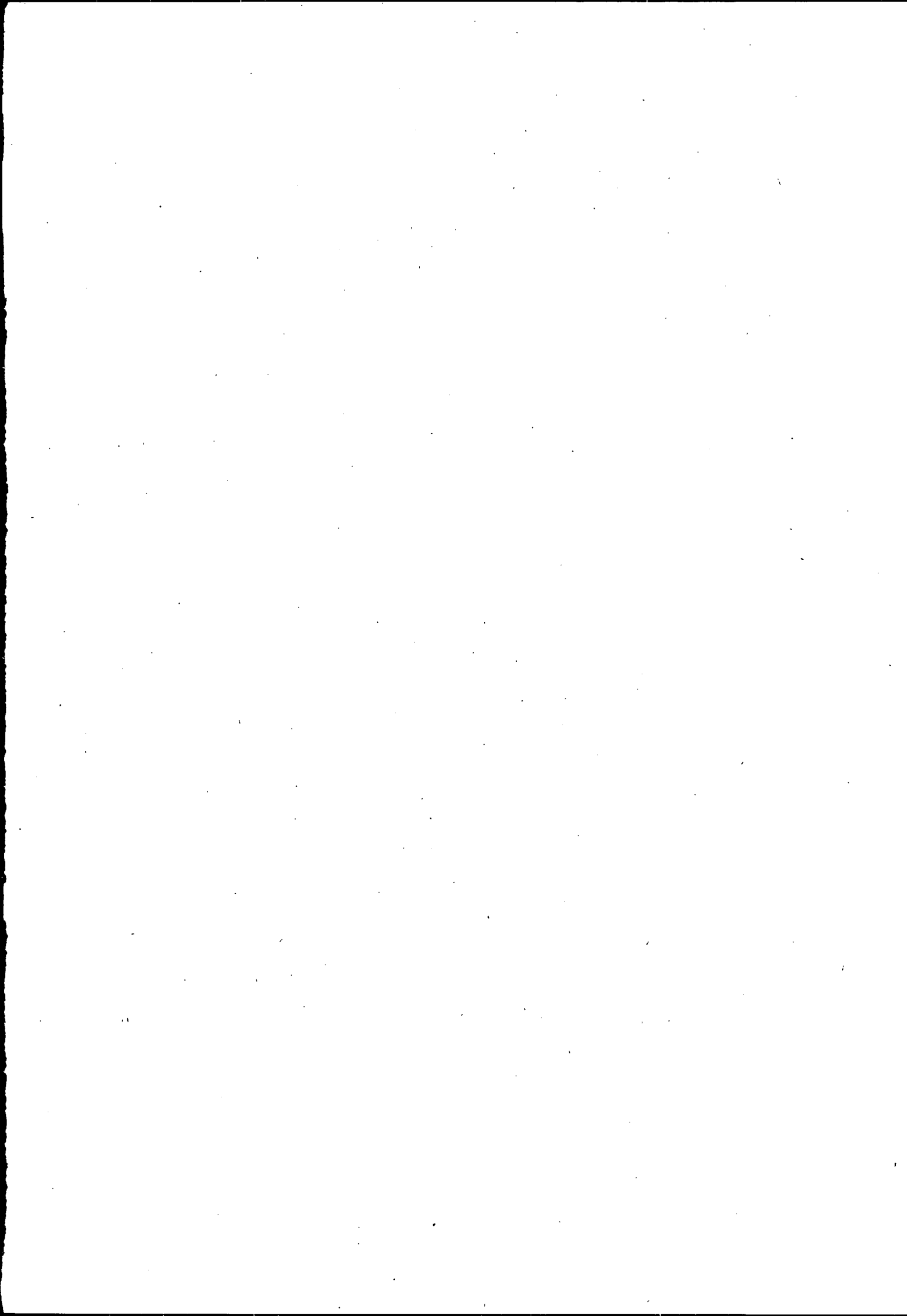
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

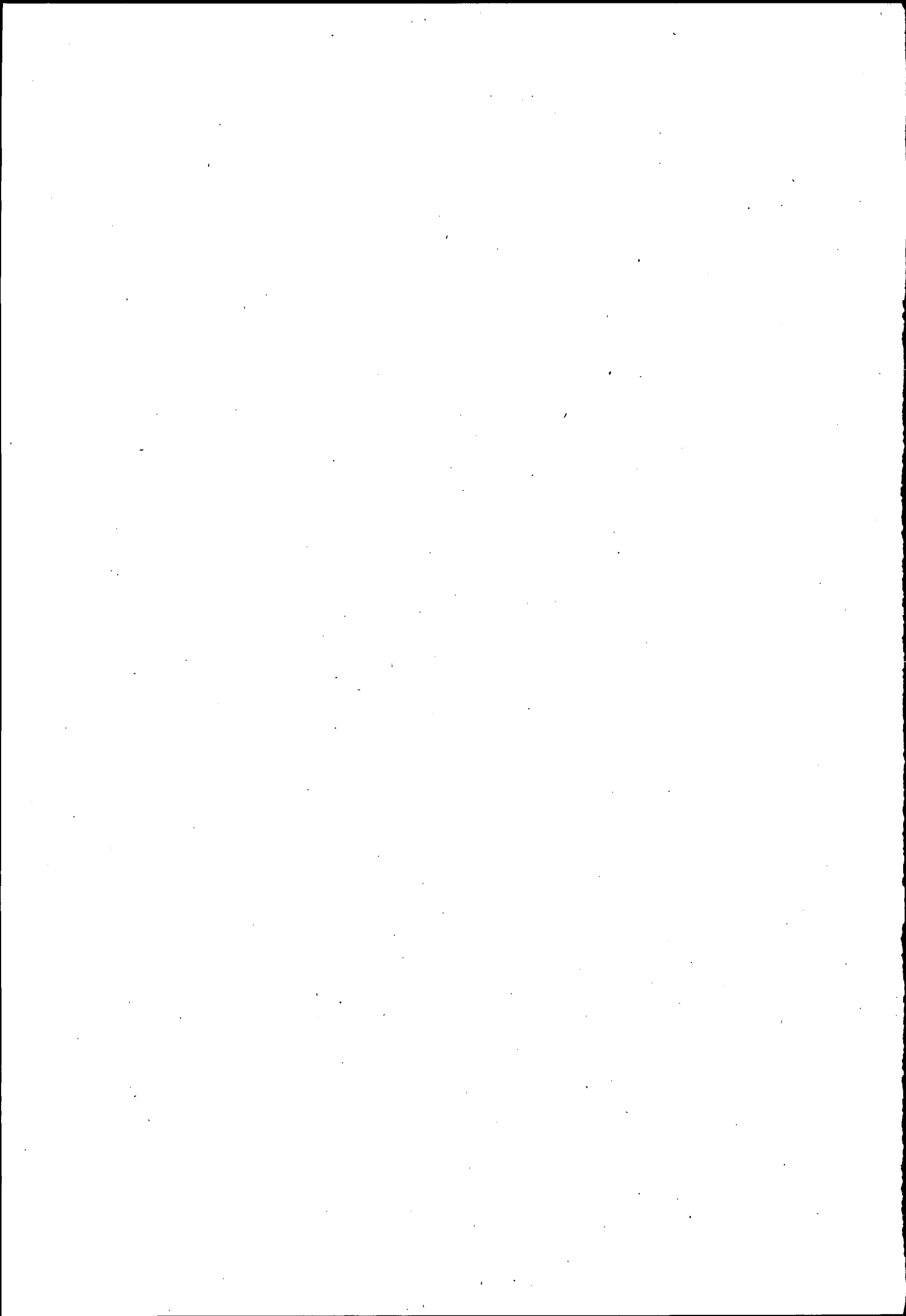
Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1971	März 1971	April 1971	April 1970
		1965	1970				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	7,7
Lebendgeborene	} Elnw. und 1 Jahr	17,7	14,3
Gestorbene		11,5
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 603	8 578	8 576
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	1 021	963	1 083
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	44 072	42 528	45 585
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	8 506	8 372	8 958
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	156,6	158,5	158,1	168,4	159,1
Verarbeitende Industrie	"	119,1	159,9	161,5	161,3	171,9	162,4
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	178,1	178,6	180,0	190,9	182,4
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	159,4	162,3	161,2	171,1	163,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	147,2	151,3	151,3	162,7	150,5
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	138,4	134,4	132,9	144,3	131,6
Bauindustrie	"	118,9	134,9	105,7	102,8	156,1	139,3
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 529	1 530,4
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)							
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	2 526	235,4
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	55 229	3 380,2
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	50 766	45 008	55 507 r	59 026	54 736
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	39 825	16 668	19 476 r	21 496	17 077
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	170	149	196	192	166
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	"	162	152	175	177	171
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	11 764	11 722
dav. Empfang	"	6 950	9 378	9 278
Versand	"	1 885	2 386	2 444
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	195 562	184 579	288 683	259 953	265 465
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	31 377	23 972 p	26 646
Getötete Personen	"	1 313	1 594	1 216 p	1 260
Verletzte Personen	"	36 124	44 186	32 923 p	36 402
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 924	3 073,1 r	2 807,1	2 912	2 228
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 333	224,3 r	3 800,4	394	216
Körperschaftsteuer	"	681	726	- 0,4 r	1 626,5	- 7	36
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	"	2 018	3 177	3 789,9 r	2 868,0	3 356	2 774
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	107,5	111,5	112,0	112,4	106,8
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	107,2	108,2	109,7	110,4	108,7
Index der Ausführpreise	"	104,8	116,6	120,9	121,5	122,0	116,0
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾	"	114,6	147,4	155,8
Preisindex für die Lebenshaltung ⁹⁾	"	109,0	123,7	127,7	128,7	129,3	123,3
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	117,4	120,2	121,1	122,0	117,8
Wohnungsmieten	"	118,5	168,5	174,4	175,7	176,9	167,2
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	6,49	6,53	6,76	7,01	6,15
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	44,9	45,0	43,7	44,4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

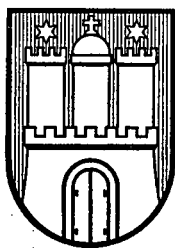
¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ⁸⁾ bereits gekürzt um durchlaufende Posten. — ⁹⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten).







HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1971

August-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Weniger Freiheitsstrafen, mehr Geldstrafen

Vor den hamburgischen Gerichten hatten sich im vergangenen Jahr 27 100 Personen – rd. 900 mehr als 1969 – wegen Verbrechen oder Vergehen zu verantworten. In 20 100 Fällen wurden die Angeklagten mit Strafen belegt, die übrigen 7 000 Verfahren endeten mit Freisprüchen oder wurden – zumeist wegen Geringfügigkeit – eingestellt.

Bei den Verfahren nach allgemeinem Strafrecht sprachen die Gerichte gegen 4 150 Personen Freiheitsstrafen und gegen 14 250 Personen Geldstrafen als schwerste Ahndung aus. Die Zahl der Freiheitsstrafen hat sich damit gegenüber den 1969 verhängten Verurteilungen zu Zuchthaus, Gefängnis, Einschließung und Haft um annähernd 40% verringert; andererseits haben die Geldstrafen im Vergleich zum Jahr zuvor um 32% zugenommen. Nach Jugendstrafrecht erfolgten 1 700 oder 8% aller Verurteilungen des Jahres 1970.

Ein Sechstel aller Abgeurteilten und nur ein Siebtel der Verurteilten waren Frauen. Von allen Verfahren wegen Vergehen im Straßenverkehr – mit 35% der Fälle vor den Diebstählen (32%) die größte Deliktgruppe – wurden sogar nur 5% gegen weibliche Angeklagte eingeleitet. Bei den Aburteilungen wegen einfachen Diebstahls waren jedoch 38% der Angeklagten Frauen.

Weiter erhöht hat sich der Anteil der Strafaussetzungen zur Bewährung von 52% der Gefängnis- und Jugendstrafen im Jahr 1969 auf 60% aller Freiheits- und Jugendstrafen im vergangenen Jahr.

Rückgang der Fertigteilbauweise im Wohnungsbau

Von den rd. 12 500 Wohnungen, für die im Jahre 1970 in Hamburg Baugenehmigungen erteilt wurden, sollen 2 200 oder 18% in Fertigteilbauweise errichtet werden. Dieser Anteil, der 1967 mit knapp 30% einen Höchststand im Wohnungsbau erreichte, geht seither zurück (1968: 20%; 1969: 18%).

Fertigteil- oder Montagebauweise wird ganz überwiegend von den „Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen“ ange-

wendet; hier betragen die Anteile der Wohnungen in Fertigteilbauten 1968: 44%, 1969: 41% und 1970: 37%.

Mehr Warenlieferungen aus Berlin

Für knapp 1 Mrd DM wurden im ersten Halbjahr 1971 Waren von West-Berlin nach Hamburg versandt. Im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres haben die Berliner Lieferungen damit um rd. 15% zugenommen; insbesondere Nahrungsmittel, elektrotechnische und Stahlbauerzeugnisse, Chemikalien und Tabakwaren bezog Hamburg in größerem Umfang als 1970 von der Spree.

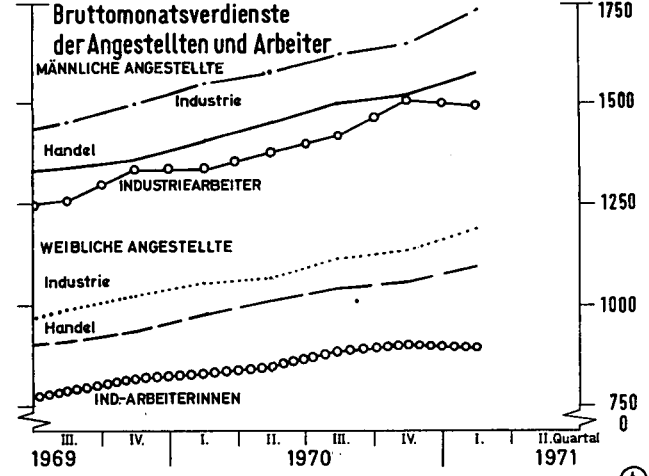
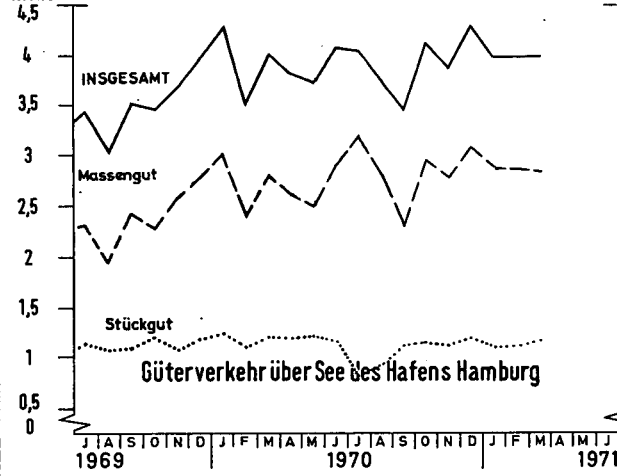
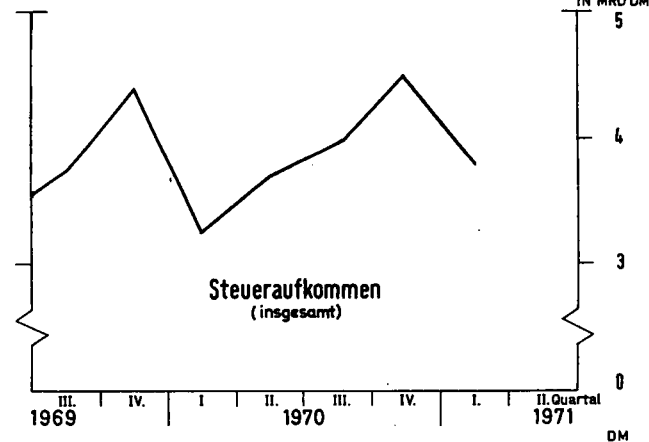
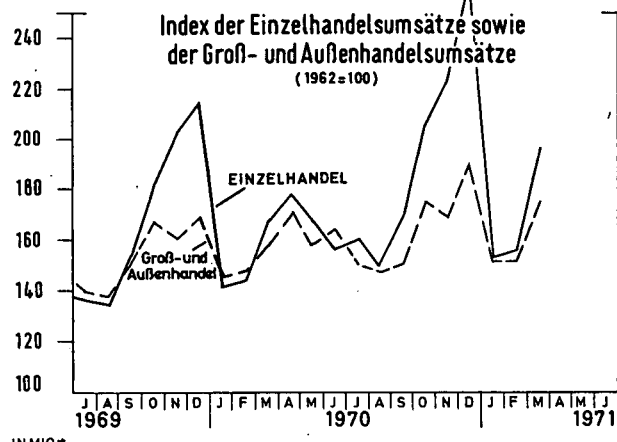
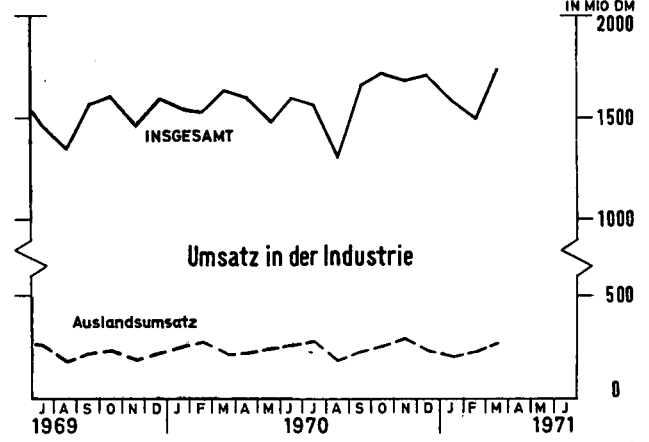
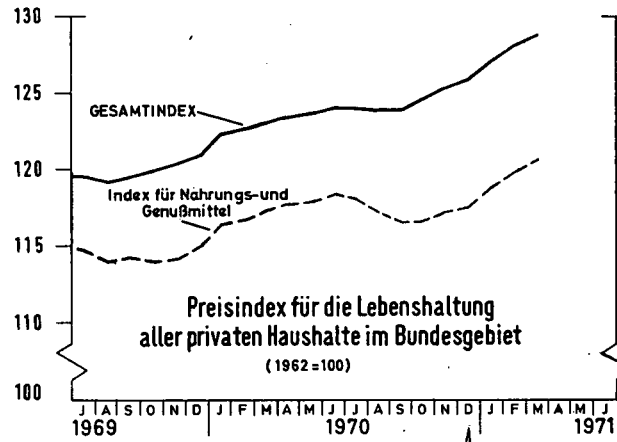
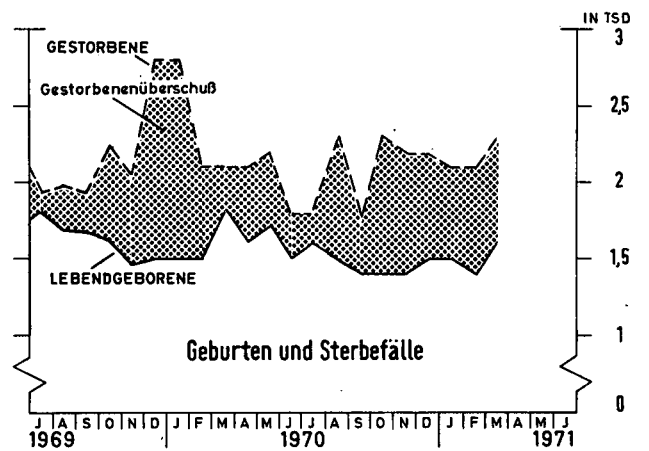
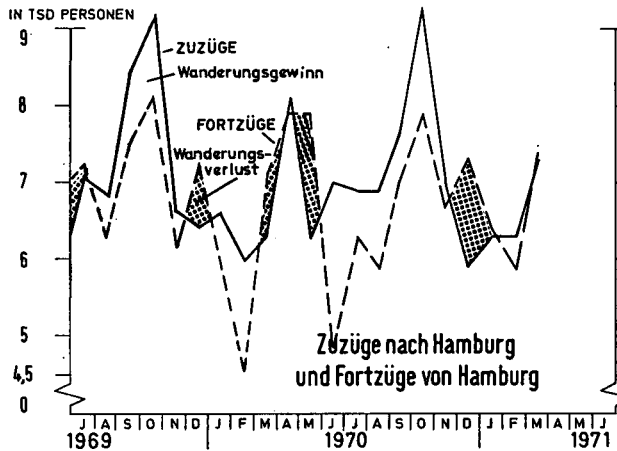
Die hamburgischen Warenlieferungen nach Berlin machten einen Wert von nicht ganz 1,3 Mrd DM aus und lagen um 3% unter den Ergebnissen des ersten Halbjahres 1970. Insgesamt stieg der Warenverkehr zwischen den beiden Städten von Januar bis Juni dieses Jahres um 4% auf 2,2 Mrd DM.

Erhebliche Zunahme des Österreich-Transits über Hamburg

Auf insgesamt 700 000 t belief sich während der ersten sechs Monate dieses Jahres der Hafenumschlag von Stück- und Massengut im Transit mit Österreich. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1970 bedeutet dies einen Zuwachs von 18% oder 107 000 t. Rund drei Viertel der Zunahme entfielen auf die Steigerung der Durchfuhr nach Österreich, die sich um 76 000 t oder 17% auf 520 000 t erhöhte. Im Transit aus Österreich war mit 31 000 t eine Steigerung von 21% zu verzeichnen.

Der Anstieg des Umschlagsvolumens ist überwiegend auf eine starke Steigerung des Massengutverkehrs zurückzuführen. Die größten Zunahmen betrafen dabei die österreichische Einfuhr von Eisenerzen und Rohphosphaten über Hamburg. Bei den Stückgütern stieg besonders die Durchfuhr von Eisen- und Stahlhalbzeug, Papier und Pappe, mineralischen Baustoffen, Eisenwaren sowie Maschinen aller Art.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Die Ausländer in Hamburg im Spiegel der Statistik

Inhalt:

1. Gesamtzahl, Familienstand und Altersgruppen der Ausländer
2. Bedeutung der Ausländer für die hamburgische Wirtschaft
3. Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungen
4. Wohnungsversorgung ausländischer Arbeitnehmer am 25. 10. 1968
5. Ausländische Schüler und Studenten in Hamburg
6. Ausländer als Gäste in Hamburgs Beherbergungsbetrieben

1. Gesamtzahl, Familienstand und Altersgruppen der Ausländer

Hamburg ist zunehmend auch eine Metropole für Ausländer

Rund 3 Millionen Ausländer leben in der Bundesrepublik, davon sind nach der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit – BA – mehr als 2 Millionen Arbeitnehmer. Normalerweise spricht man von ihnen meist als von „Gastarbeitern“, oft ohne sich dabei klar zu machen, daß die Skala vom Akademiker bis zum Bauarbeiter reicht, und daß dieser gängige Begriff für gewöhnlich nur bei den Kräften aus den sogenannten „Anwerbeländern“: Türkei, Jugoslawien, Italien, Griechenland, Spanien und Portugal¹⁾ Anwendung findet.

Hamburg als Welthandelsstadt hat aber schon vor dem großen Zuzug der 60er Jahre einen ständig wachsenden Bestand an Ausländern (1960 = rd. 28 000) gehabt, die hier u. a. in Handel, Banken und Industrie tätig waren und sind, die in Schiffsagenturen ihr Land vertreten und/oder als selbständige Geschäftsleute ihren Wohnsitz hier begründet haben. Auch ausländische Studenten haben an der – in einigen Fachbereichen für sie besonders interessanten – Universität und an den künstlerischen Hochschulen Gelegenheit, den kosmopolitischen Charakter Hamburgs zu erfahren.

Schon hier sei vermerkt, daß 1971 rd. 40 000²⁾ ausländische Staatsangehörige in Hamburg nicht zum Kreis der ausländischen Arbeitnehmer gehören, sondern als Selbständige in den verschiedensten Sparten, als Familienangehörige usw., ja sogar als Ruheständler in der Hansestadt leben.

Die wirtschaftlichen, arbeitsmarktmäßigen und sozialen Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung werden mannigfach untersucht, in der Hauptsache natürlich von der BA. Aber auch Bund und Länder, berufsständische Organisationen, Zeitschriften und Tagespresse weisen in Veröffentlichungen auf die Probleme hin, die durch das starke Einströmen der Ausländer entstehen und noch weithin gelöst werden müssen.

¹⁾ neuerdings auch Marokko und Tunesien. – ²⁾ Differenzbildung aus den Meldungen beim Einwohnerzentralamt und Zahlen des Arbeitsamtes Hamburg.

Anlässlich diesbezüglicher Untersuchungen der Arbeits- und Sozialbehörde, die zusammengefaßt im April auch als Bericht des Senats an die Bürgerschaft gegangen sind, hat die Hamburger Presse das Thema erneut aufgegriffen; verwiesen sei in diesem Zusammenhang u. a. auf den Beitrag „Gastarbeiter in Hamburg – jeder braucht sie, – keiner will sie“ in der Februar-Nummer von „Hamburg heute“. Es erscheint zweckmäßig, auch von Seiten des Statistischen Landesamtes mit Unterlagen aus dessen Arbeitsgebiet die Information der Öffentlichkeit zu vertiefen.

1.1 Erste Ergebnisse aus der Vorwegaufbereitung der Volkszählung 1970

Während der Konzipierung dieses Beitrages liefen aus der Vorwegaufbereitung des Statistischen Landesamtes schon einige Vorwegergebnisse der Volkszählung (VZ) für den Stichtag 27. 5. 1970 ein. Sie weisen – im Verhältnis zu den bis März d. J. aus anderen Quellen vorliegende Zahlen über die Ausländer/ausländischen Arbeitnehmer – ins Auge fallende Differenzen auf.

Außer den mehr allgemeinen Gründen, die in der Vorbemerkung zu Abschnitt 1.2 aufgeführt sind, sollte gerade im Zusammenhang mit der VZ darauf hingewiesen werden, daß die Feststellung von Ausländerzahlen ein schwieriges Problem darstellt. Es gibt ohne Frage Dunkelziffern, sei es, daß Ausländer sich bewußt der Zählung entzogen haben oder daß sie infolge der starken Fluktuation oder aus sonstigen Gründen nicht mit letzter Genauigkeit erfaßt werden konnten (vgl. hierzu auch S. 244).

Tabelle 1

Die Wohnbevölkerung insgesamt und die Ausländer in Hamburg am 27. 5. 1970

– vorläufiges Ergebnis der Volkszählung –

Wohnbevölkerung	Personen insgesamt	davon					
		männlich		weiblich		ohne Angabe	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6	7
Wohnbevölkerung	1 786 222	820 775	45,9	958 671	53,7	6 776	0,4
darunter Ausländer	56 620	34 860	61,5	21 494	38,0	266	0,5

Auf die aus der Fluktuation sich ergebenden Schwierigkeiten für die Einwohnerdienststellen wird auf Seite 244 noch eingegangen; hier sei zunächst das Material der amtlichen Statistik den weiteren Ausführungen vorangestellt.

Mit einer Gesamtzahl von 56 620 betrug am 27. 5. 1970 der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung Hamburgs 3,2%; vergleicht man nur die männliche Bevölkerung, so erhöht sich der Anteil auf 4,2%. In Bezug auf die Geschlechterproportion ergibt sich ein erstes bemerkenswertes Kennzeichen in der biologischen Struktur der Ausländer: während bei der gesamten Wohnbevölkerung der Anteil der Frauen mit rd. 54% gegenüber 46% der Männer überwiegt, ergibt sich bei den Ausländern ein umgekehrtes Verhältnis: 62% Männer stehen 38% Frauen gegenüber. Auch in der Zusammensetzung nach dem Familienstand werden bei zwei Gruppen bemerkenswerte Strukturunterschiede erkennbar.

Tabelle 2
Die Ausländer in Hamburg am 27. 5. 1970
nach dem Familienstand
— vorläufiges Ergebnis der Volkszählung —

Familienstand	Personen zusammen	davon		Anteile in %	
		männlich ¹⁾	weiblich	Ausländer	Deutsche
	1	2	3	4	5
Ledig	24 050	14 726	9 324	42,5	33,5
Verheiratet	28 712	18 569	10 143	50,7	50,8
Verwitwet/geschieden	2 768	1 094	1 674	4,9	14,6
Ohne Angabe	1 090	737	353	1,9	1,1
Insgesamt	56 620	35 126	21 494	100	100

¹⁾ einschl. ohne Angabe.

Die Gruppe der ledigen Ausländer ist mit 42,5% um 9 Punkte stärker besetzt als die gleiche Gruppe der Deutschen, während der Anteil der Verheirateten bei beiden jeweils rd. 51% beträgt. Bei den Verwitweten und Geschiedenen sind die Deutschen mit 14,6% in der quantitativen Besetzung um fast 10 Punkte stärker vertreten. Gründe dafür dürften in der wesentlich niedrigeren Sterberate der Ausländer (s. dazu Tabelle 16) und in ihrer — weithin religiös bedingten — Einstellung zur Ehescheidung zu suchen sein.

Die Personenzahl nach dem Familienstand verändert sich nicht nur durch die natürliche Bevölkerungsbe-
wegung, sondern auch durch die Wanderung. Die auf Seite 254 nachgewiesenen Zahlen über die Zuzüge lassen einen Rückgang der Zuzüge Lediger erkennen. Unabhängig von den Veränderungen, die sich durch Heiraten von Ausländern in Hamburg ergeben werden, kann nach dem bisherigen Verlauf noch mit einem gewissen Anwachsen der weiblichen Verheirateten infolge der Familienzusammenführung gerechnet werden.

Die produktiven Altersgruppen sind bei den Ausländern am stärksten besetzt

Die Bundesrepublik ist — zumindest zunächst — kein Einwandererland, sonst könnte die Tatsache schon nachdenklich stimmen, daß bei der Alters-

gruppe unter 6 Jahren auf 1000 Deutsche rd. 77, auf 1000 Ausländer aber 100 Kinder kommen. Immerhin, auch bei ggf. nur begrenztem Aufenthalt von Gastarbeitern (ein „alter Stamm“ bleibt ohnehin dauernd hier) entstehen in Hamburg bei stark besetzten Jahrgängen im Kindesalter zahlreiche Probleme in der Betreuung, schulischen und beruflichen Ausbildung.

Tabelle 3
Gliederung der Deutschen und Ausländer in Hamburg
am 27. 5. 1970 nach Altersgruppen
— vorläufiges Ergebnis der Volkszählung —

Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)	Auf 1000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe entfielen		Differenz Deutsche/ Ausländer — in Punkten —
	Deutsche	Ausländer	
	1	2	3
unter 6	76,9	100,0	+ 23,1
6 bis „ 15	107,4	86,1	— 21,3
15 „ „ 18	29,0	23,6	— 5,4
18 „ „ 21	31,9	46,8	+ 14,9
21 „ „ 30	121,0	267,7	+ 146,7
30 „ „ 45	202,4	334,6	+ 132,2
45 „ „ 60	183,2	93,5	— 89,7
60 „ „ 65	74,0	15,7	— 58,3
65 und älter	174,3	31,5	— 142,8
ohne Angabe	0,0	0,1	+ 0,1

Wie aus der Tabelle 3 ersichtlich, sind die für den Wirtschaftsprozess besonders wichtigen Altersgruppen der Ausländer relativ weit stärker besetzt als die der Deutschen; in Punkten ausgedrückt:

die 18- bis unter 21jährigen um 15
die 21- bis unter 30jährigen um 147
die 30- bis unter 45jährigen um 132.

Da es sich in der Mehrzahl der Fälle um angeworbene Arbeitskräfte handelt, ist eine solche Altersstruktur naheliegend. Bemerkenswert hoch ist aber bereits auch das relative Übergewicht an Kindern unter 6 Jahren, die in der Regel wohl kaum mit eingewandert sind, sondern hier geboren sein dürften; hier kommt noch ein besonderes Problem der Schulausbildung auf uns zu. Umgekehrt ist die Belastung mit älteren und nicht mehr erwerbstätigen Menschen bei den hier tätigen Ausländern vorerst noch gering, doch können später auch erhebliche Rentenzahlungen an das Ausland entstehen.

Eine aufschlußreiche Ergänzung über die Altersgliederung der Hamburger Wohnbevölkerung bietet Tabelle 4 mit einem Überblick speziell über die Erwerbstätigen.

Die Tabelle ist in der Stufung der Altersklassen nicht so weit unterteilt wie Tabelle 3, bringt dafür aber eine Aufgliederung nach dem Geschlecht. Hier gibt es beachtliche Unterschiede: Bei einem prozentualen Anteil der erwerbstätigen Ausländer von 4,5% an den Erwerbstätigen insgesamt beträgt z. B. der Anteil bei den 20- bis unter 40jährigen

bei den Männern: 8,1%
bei den Frauen: 5,2%.

Es sind also offensichtlich gerade bei den erwerbstätigen Ausländern die produktivsten Jahrgänge überdurchschnittlich stark besetzt.

Tabelle 4

**Die Erwerbstätigen insgesamt und die erwerbstätigen
Ausländer in Hamburg am 27. 5. 1970
nach ausgewählten Altersgruppen**
— vorläufiges Ergebnis der Volkszählung —

Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)	Geschlecht	Erwerbstätige		
		Insgesamt	darunter Ausländer	
			absolut	%
1	2	3		
unter 20	männlich	28 006	992	3,5
	weiblich	26 468	1 001	3,8
	zusammen	54 474	1 993	3,7
20 bis unter 40	männlich	233 087	18 817	8,1
	weiblich	140 862	7 270	5,2
	zusammen	373 949	26 087	7,0
40 bis unter 60	männlich	176 307	5 894	3,3
	weiblich	126 195	1 897	1,5
	zusammen	302 502	7 791	2,6
60 und älter	männlich	58 867	636	1,1
	weiblich	21 984	171	0,8
	zusammen	80 851	807	1,0
Insgesamt	männlich	496 267	26 339	5,3
	weiblich	315 509	10 339	3,3
	zusammen	811 776	36 678	4,5

Setzt man die Summe der Altersklassen unter 20 und 20 bis unter 40 in Beziehung zur jeweiligen „Insgesamt“-Zahl, so stellt man fest, daß diese Altersklassen rd. 53 % der Erwerbstätigen insgesamt betragen; berechnet man den Anteil nur für die Ausländer, so ergeben sich rd. 77 % — d. h., daß die ausländischen Erwerbstätigen in den für die Produktion wichtigen Altersgruppen erheblich stärker besetzt sind als die Erwerbstätigen in ihrer Gesamtheit.

Über 5 % der erwerbstätigen Ausländer sind Selbständige

Diese Informationen aus dem Vorwegprogramm der Volkszählung 1970 wären unvollständig ohne einen Überblick über die Stellung der Ausländer im Beruf. Nachdem vom Arbeitsamt schon seit Anfang der 50er Jahre Zahlen über die ausländischen Arbeitnehmer veröffentlicht werden, können nunmehr auf Grund der VZ erstmalig Zahlen über die ausländischen Selbständigen mitgeteilt werden. Es sind —

Tabelle 5

**Die erwerbstätigen Ausländer in Hamburg am 27. 5. 1970
nach der Stellung im Beruf**
— vorläufiges Ergebnis der Volkszählung —

Stellung im Beruf	Personen Insgesamt		davon	
	absolut	%	männlich	weiblich
			1	2
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	1 937	5,3	1 500	437
Beamte	167	0,5	146	21
Angestellte, einschl. technische und Verwaltungslehrlinge	8 124	22,1	4 958	3 166
Arbeiter, einschl. Heimarbeiter und gewerbliche Lehrlinge	24 973	68,1	18 680	6 293
Ohne Angabe	1 477	4,0	1 070	407
Insgesamt	36 678	100	26 354	10 324

Tabelle 5 — einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen 1 937 oder 5,3 % der erwerbstätigen Ausländer überhaupt (zum Vergleich: 10,6 % beträgt der Anteil der Selbständigen an den Hamburger Erwerbstätigen insgesamt). Den Großteil der Erwerbstätigen stellen zwar erwartungsgemäß die Arbeiter (einschl. Heimarbeiter) mit fast 25 000 oder rd. 68 %, wovon fast ein Viertel Frauen sind.

Doch auch der Anteil der Angestellten ist mit 8 124 oder gut 22 % bemerkenswert hoch — unter ihnen ist der Anteil der Frauen mit 3 166 oder fast zwei Fünftel erheblich höher als bei den Arbeitern.

Die 167 Personen, die in der Spalte 1 der Zeile „Beamte“ verzeichnet sind, konnten im Rahmen der Vorwegaufbereitung der Ausländer noch nicht eingeordnet werden. Da Beamte mit konsularischem Status im Rahmen der VZ nicht erfaßt werden, kann es sich ggf. um Angehörige ausländischer Handelsvertretungen handeln, die — ohne konsularischen Status — rechtlich unseren Beamten gleichzusetzen sind oder sich als solche bezeichnet haben. Auch „Beamte“ ausländischer Banken sind möglicherweise in der Zahl enthalten.

Knapp ein Drittel der von der Volkszählung 1970 erfaßten Ausländer war nicht erwerbstätig

Die Zahl der „Nicht-Erwerbspersonen und Nicht-Erwerbstätigen“ wurde mit 18 536 ermittelt. Einen Überblick über die Altersgliederung zeigt die nachstehende Tabelle 6. In ihr sind die Männer von 20 bis unter 60 Jahren nicht erfaßt, weil diese nur in geringem Umfang nicht erwerbstätig sind.

Tabelle 6

Nichterwerbstätige Ausländer in Hamburg am 27. 5. 1970
— vorläufiges Ergebnis der Volkszählung —

Altersgruppen	Geschlecht	absolut	% ¹⁾
		1	2
Insgesamt	männlich } weiblich }	18 536	.
0 bis unter 20 Jahren ..	männlich } weiblich }	10 673	79,4
20 bis unter 40 Jahren ..	weiblich	3 009	28,9
40 bis unter 60 Jahren ..	weiblich	1 153	37,4
60 Jahre und älter	männlich } weiblich }	662	50,5
		1 164	86,1

¹⁾ Anteil an der jeweiligen Altersgruppe der Ausländer insgesamt.

Wie ersichtlich, stellen das Hauptkontingent — mit 10 673 Personen — die 0 bis unter 20jährigen beiderlei Geschlechts. Den Ausführungen auf Seite 259 ist zu entnehmen, daß sich darunter knapp 5 000 Schüler befinden, der Rest besteht überwiegend aus noch nicht schulpflichtigen Kindern.

Vermutlich eben zum Zweck der Kinder — aber auch der Familienbetreuung — sind in der Altersgruppe 20–40 rd. 3 000 ausländische Frauen nicht erwerbstätig, während in der Gruppe der 40- bis 60jährigen rd. 1 150 nicht im Erwerbsleben stehen. Bei den über 60jährigen sind auch die Männer mit aufgeführt; bei ihnen steht — wenn auch zahlenmäßig gering — immerhin noch rund die Hälfte im Erwerbsleben.

Vovon die s. Z. erfaßten 56 620 Ausländer überwiegend lebten, weisen die nachstehenden (Tabelle 7), ebenfalls dem Vorwegprogramm entnommenen Daten aus.

Tabelle 7

**Die Ausländer in Hamburg am 27. 5. 1970
nach ihrem überwiegenden Lebensunterhalt**
– vorläufiges Ergebnis der Volkszählung –

Art des Unterhalts	Personen zusammen	%	Dagegen Deutsche in %
	1	2	3
Erwerbs-/Berufstätigkeit .	35 291	62,3	39,5
Unterhalt durch Eltern, Ehemann u. a.	17 146	30,3	39,4
Eigene Rente/Pension ...	1 428	2,5	17,1
Sozialhilfe/sonstige Unterstützung	1 196	2,1	1,4
Eigenes Vermögen, Ver- mietungen, Zinsen	387	0,7	0,7
Arbeitslosengeld/-hilfe ..	127	0,2	0,1
Ohne Angabe	1 045	1,8	1,9
Insgesamt	56 620	100	100

Danach bestritten über 60 % der in Hamburg lebenden Ausländer ihren Lebensunterhalt aus Erwerbs-/Berufstätigkeit. Dieser hohe %-Satz entspricht ihrer günstigen Altersstruktur – bei den Deutschen Hamburgs waren es nur knapp 40 %. Unterhalt durch Eltern, den Ehemann u. a. bezogen rd. 30 % der Ausländer (Vergleichszahl für die Deutschen: 39,4 %). Eigene Rente/Pension bezogen 1 428, d. h. nur 2,5 % Ausländer, während es bei den Deutschen – unserer derzeitigen, ungünstigen Altersstruktur entsprechend – rd. 17 % waren.

Mit einem Lebensunterhalt aus Sozialhilfe/sonstiger Unterstützung lagen die Ausländer mit einem Anteil von 2,1 % höher als die Deutschen (1,4 %). Gleiche Anteile – wenn natürlich auch im Umfang in keiner Weise vergleichbar – weisen Ausländer und Deutsche in Hamburg mit 0,7 % bei Einkommen aus eigenem Vermögen usw. auf.

Arbeitslosengeld/-hilfe bezogen die Ausländer mit 0,2 % relativ doppelt soviel wie die Deutschen mit 0,1 %.

1.2 Nicht aus der Volkszählung stammende Daten

Der Leser wird beim Vergleich einiger Tabellen auf Differenzen stoßen, die nicht nur zwischen den Ergebnissen der Volkszählung und den anderen Daten vorhanden sind, sondern auch innerhalb des nun folgenden Abschnitts zu bestehen scheinen.

Hierbei möge zunächst auf die an sich bekannte Tatsache hingewiesen werden, daß die Angaben aus der VZ sich auf einen Stichtag, den 27. 5. 1970, beziehen.

Zahlen aus diesem Abschnitt, die aus dem Meldewesen oder aus der amtlichen Fortschreibung stammen, sind zwangsläufig mit Fehlern behaftet. Karteien beispielsweise werden leicht dadurch überhöht, daß

³⁾ „Wirtschaft und Statistik“ 2, 71, S. 88 ff.

zwar Anmeldungen, aber oft keine Abmeldungen vorgenommen werden; die „amtliche“ Bereinigung kann naturgemäß immer erst nach gewissen Zeiträumen geschehen. Außerdem sind in den Unterlagen des Einwohnerzentralamts aus Gründen der ausländerbehördlichen Erfassung auch Personengruppen enthalten, die im Sinne der Volkszählung nicht zu ermitteln waren – wie auf See befindliche alleinstehende Seeleute oder Ausländer, die sich als Gäste in Pensionen bezeichnet haben – oder die über sich selbst keine Angabe als Ausländer gemacht haben – wie Staatenlose, heimatlose Ausländer oder ausländische Flüchtlinge –.

Letztlich sei auch noch darauf aufmerksam gemacht, daß bei Zahlenvergleichen innerhalb eines Jahres ggf. darauf zu achten ist, ob Stichtage in verschiedenen Monaten liegen oder ob es sich darüber hinaus etwa um Durchschnittszahlen handelt. Zwar enthalten die Tabellen entsprechende Vermerke, doch können diese bei Vergleichen u. U. übersehen werden.

Jeder 18. Einwohner Hamburgs ist Ausländer

Wenn in dem Aufsatz des Statistischen Bundesamtes: „Die Ausländer im Bundesgebiet im Spiegel der Bevölkerungsstatistik“³⁾ u. a. generell festgestellt wird, daß bei einem Ausländeranteil in der Größenordnung von 5 % die Bevölkerungsvorgänge hiervon merklich beeinflußt werden können, dann dürfte Hamburg davon bereits erheblich betroffen sein. Mit rd. 102 816 Ausländern – Stand 1. 5. 1971 nach Angaben des Einwohnerzentralamtes – hat es diese 5 %-Grenze bereits überschritten: rd. jeder 18. Einwohner Hamburgs ist Ausländer. Bei dieser Zahl handelt es sich nicht nur um die ausländischen Arbeitnehmer, sondern um die Ausländer insgesamt. Nicht einbezogen sind dabei die Mitglieder der ausländischen konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen; diese unterliegen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch nicht statistisch erfaßt; laut Auskunft der Konsularabteilung der Senatskanzlei beträgt ihre Zahl rd. 900.

Türken und Jugoslawen an der Spitze der Ausländer in Hamburg

Die Zahl der in Hamburg wohnhaften bzw. gemeldeten Ausländer hat sich seit 1961 fast ununterbrochen erhöht. Ihre Entwicklung zeigt die Tabelle 8.

Der Anstieg von 34 272 Personen per 1. 1. 1961 bis auf 102 816 per 1. 5. 1971 wird nur unterbrochen durch das Rezessionsjahr 1967, dessen Abwanderungen – zusammen mit einer Karteibereinigung – in den Zahlen per 1. 1. 1968 deutlich werden. Die Gesamtentwicklung ist in mancher Hinsicht bemerkenswert.

Zunächst stellen wir im Vergleich zur deutschen Wohnbevölkerung einen grundlegend unterschiedlichen Verlauf fest.

Während die Gesamtzahl der Ausländer im Beobachtungszeitraum um 68 544 Personen oder 200 % zunahm, sank die Zahl der deutschen Staatsangehörigen um 87 530 oder fast 5 %.

Tabelle 8

Die Ausländer in Hamburg nach der Staatsangehörigkeit 1961 bis 1971

Staatsangehörigkeit	Zahl der Ausländer ¹⁾ am												Anteile in %		Steigerung 1971 (1. 5.) gegenüber 1961 (1. 1.)	
	1. 1. 1961	1. 1. 1962	1. 1. 1963	1. 1. 1964	1. 1. 1965	1. 1. 1966	1. 1. 1967	1. 1. 1968	1. 1. 1969	1. 1. 1970	1. 1. 1971	1. 5. 1971	1. 1. 1961	1. 5. 1971	absolut	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Belgien	302	318	395	394	396	380	429	375	368	344	375	372	0,88	0,36	70	23,2
Dänemark	1 286	1 376	1 436	1 615	1 786	1 796	1 798	1 508	1 613	1 717	1 295	1 352	3,75	1,31	66	5,1
Finnland	285	382	414	535	692	792	780	670	707	874	1 071	1 125	0,83	1,09	840	294,7
Frankreich	1 060	1 215	991	1 053	1 108	1 152	1 402	1 224	1 266	1 249	1 298	1 319	3,09	1,28	259	24,4
Griechenland	1 177	1 793	2 590	3 482	4 362	5 286	5 684	4 429	5 054	6 119	7 602	8 411	3,43	8,18	7 234	614,6
Großbritannien/ Nordirland	2 472	3 392	3 135	3 312	3 077	3 035	2 966	2 779	2 909	3 241	4 017	4 113	7,21	4,00	1 641	66,4
Iran	1 228	1 390	1 586	1 739	1 591	1 741	1 878	1 996	2 008	2 038	2 236	2 270	3,58	2,21	1 042	84,9
Italien	3 779	5 054	5 643	6 979	7 568	5 889	7 842	5 464	5 703	6 969	8 422	9 004	11,03	8,76	9 225	138,3
Japan	276	377	471	573	692	760	900	887	963	1 293	1 729	1 697	0,81	1,65	1 421	514,9
Jugoslawien	952	1 096	984	976	1 097	1 799	3 935	4 317	5 870	10 610	14 188	14 191	2,78	13,80	13 239	1 390,7
Niederlande	2 005	2 043	2 139	2 157	2 319	2 287	2 432	2 225	2 259	2 257	2 327	2 339	5,85	2,27	334	16,7
Norwegen	574	636	704	780	889	900	875	681	705	754	603	623	1,67	0,61	49	8,5
Österreich	2 986	3 423	3 814	4 093	4 214	4 485	5 021	4 538	3 837	4 131	4 790	5 062	8,71	4,92	2 076	69,5
Portugal	165	336	308	716	947	1 837	3 042	2 751	2 456	3 331	4 744	5 224	0,48	5,08	5 059	3 066,1
Schweden	705	748	749	772	885	867	860	685	730	822	907	937	2,06	0,91	232	32,9
Schweiz	998	1 197	1 382	1 429	1 547	1 576	1 776	1 290	1 094	1 272	1 442	1 506	2,91	1,46	508	50,9
Spanien	2 152	3 057	4 391	4 719	5 354	6 497	6 100	3 802	3 880	4 383	5 016	5 343	6,28	5,20	3 191	148,3
Türkei	605	1 505	2 931	3 460	4 360	5 607	7 520	6 339	7 222	8 889	14 762	17 502	1,77	17,02	16 897	2 792,9
USA	1 385	1 578	1 754	1 977	2 076	2 300	2 395	2 106	1 992	2 068	2 089	2 144	4,04	2,09	759	54,8
Übrige	9 880	11 044	12 841	13 408	13 698	13 922	15 635	13 473	13 915	15 016	17 381	18 282	28,83	17,78	8 402	85,04
Ausländer insgesamt	34 272	41 960	48 658	54 169	58 658	62 908	73 270	61 539 ²⁾	64 551	77 377	96 294	102 816	100	100	68 544	200,0
Meßziffer	100	122	142	158	171	184	214	179	188	226	281	311				
Jährl. Veränderung in %		+22,4	+16,0	+11,3	+ 8,3	+ 7,2	+16,5	-16,0	+ 4,9	+19,9	+24,4	+ 6,8 ³⁾				

¹⁾ nach den Angaben der jeweiligen Meldebehörde. — ²⁾ Gegenüber dem Vorjahr werden etwa 12 000 Personen weniger ausgewiesen, was außer auf die bekannte Rezession, auch auf eine Karteibereinigung zurückzuführen ist. — ³⁾ = für 4 Monate!

Die Abnahme der deutschen Wohnbevölkerung (Stand 1. 1. 1961 = 1 802 686) begann bereits Anfang der 60er Jahre und setzte sich — nur einmal im Jahre 1964 durch eine Zunahme von 1 631 unterbrochen — laufend fort bis zu einem Stand von 1 715 156 am 1. 1. 1971. Die Begründung für die Abnahme liegt außer in dem andauernden Wanderungsverlust an das Umland auch in dem durch die Überalterung bedingten, weiteren Anstieg der Sterberate und dem erheblichen Absinken der Geburtenrate (derzeitige Familienplanung!). Siehe dazu auch die für Vergleichszwecke erstellte Tabelle 16.

Die Zunahme der Ausländer dagegen wurde — wie schon erwähnt — nur durch die Rezession durch eine starke Abwanderung in den Jahren 1967/68 — also rein aus konjunkturellen Gründen — kurzfristig unterbrochen. Diese Abwanderung war durchaus unterschiedlich: Ein Blick auf die Ausländer aus den Anwerbeländern zeigt stärkere Rückwanderungen bei Spaniern, Italienern und Griechen, geringere bei den Türken und den Portugiesen, während der Zuzug von Jugoslawen — wenn auch verlangsamt — auch im Krisenjahr anhält. Bereits 1969 setzte die Zunahme wieder ein und erlebte seitdem mit die stärksten jährlichen Zuwachsraten (19,9% und 24,4%, siehe Tabelle 8). Dabei gilt diese generelle Aussage keineswegs für alle Staatsangehörigen in gleichem Maße — wir können vielmehr deutlich sich unterscheidende Verhaltensgruppen erkennen — wobei vorweg zu bemerken ist, daß bei keiner der aufgeführten Staatsangehörigkeiten eine absolute Abnahme zu verzeichnen ist. Zunächst betrachten wir — Spalten 15/16 — die Gruppe derjenigen, deren Zahl sich nur unwesentlich erhöht hat und deren relativer Anteil (Sp. 14 zu Sp. 13) dementsprechend zurückgegangen ist.

Hierzu rechnen vor allem die Skandinavier (Dänen, Norweger, Schweden) mit Ausnahme der Finnen, ferner unsere EWG-Nachbarn Belgien, Frankreich und die Niederlande; als weitere Nachbarn der Bundesrepublik (die selbst zusätzlichen Bedarf an Arbeitskräften haben), die Schweiz und Österreich. Auch Großbritannien/Nordirland zeigt einen rückläufigen Anteil; von den Ländern außerhalb Europas sind es Angehörige der USA und des Irans, die anteilmäßig weniger stark vertreten sind als 1961.

Bei einer zweiten Gruppe stellen wir eine etwa dem Trend (siehe Verlauf der Meßziffer!) entsprechende Zunahme fest, wobei sich der Anteil leicht erhöht hat. Dieses gilt bei den in der Tabelle aufgeführten Ländern für die Finnen und die Japaner.

Zur dritten Gruppe gehören Angehörige der sog. „Anwerbeländer“ mit z. T. explosivem Wachstum:

Tabelle 9

Zunahme und Anteile der Ausländer aus den Anwerbeländern

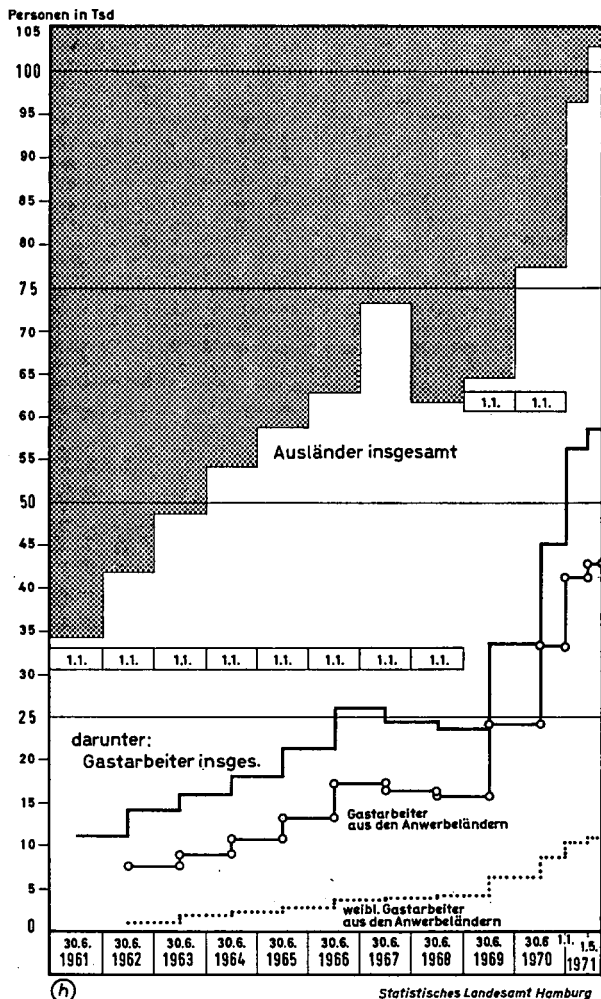
Zunahme in %	Reihenfolge der „Anwerbeländer“		Anteil an den Ausländern in Hamburg in %
	nach der Stärke der Zunahme 1961–1971	nach dem höchsten Anteil am 1. 5. 1971	
1	2	3	4
307	Portugal	Türkei	17,0
279	Türkei	Jugoslawien	13,8
139	Jugoslawien	Italien	8,8
61	Griechenland	Griechenland	8,2
15	Spanien	Spanien	5,2
14	Italien	Portugal	5,1

Wie aus Sp. 1 der Tabelle 9 ersichtlich, haben die Portugiesen mit über 300% die relativ stärkste Zunahme erfahren und stehen mit diesem Prozentsatz noch vor den Türken und Jugoslawen; anteilmäßig (Sp. 4) halten sie mit 5,1% jedoch den letzten Platz unter den Anwerbeländern. Hier führen die Türken und Jugoslawen, wobei noch angemerkt werden sollte, daß 1970 die Jugoslawen mit 10 610 – überwiegend Arbeitnehmern – an der Spitze der Ausländer in Hamburg standen.

Die „Anwerbeländer“ zusammen stellten Anfang Mai 1971 rd. 58% der in Hamburg gemeldeten Ausländer – im Gegensatz zu nur knapp 26% im Jahre 1961.

Weitere Anteilswerte sind außer der Tabelle 8 auch dem Schaubild 1 und dem Schaubild 2, in dem die Jahre 1961, 1969 und 1971 zum Vergleich nebeneinander gestellt wurden, zu entnehmen.

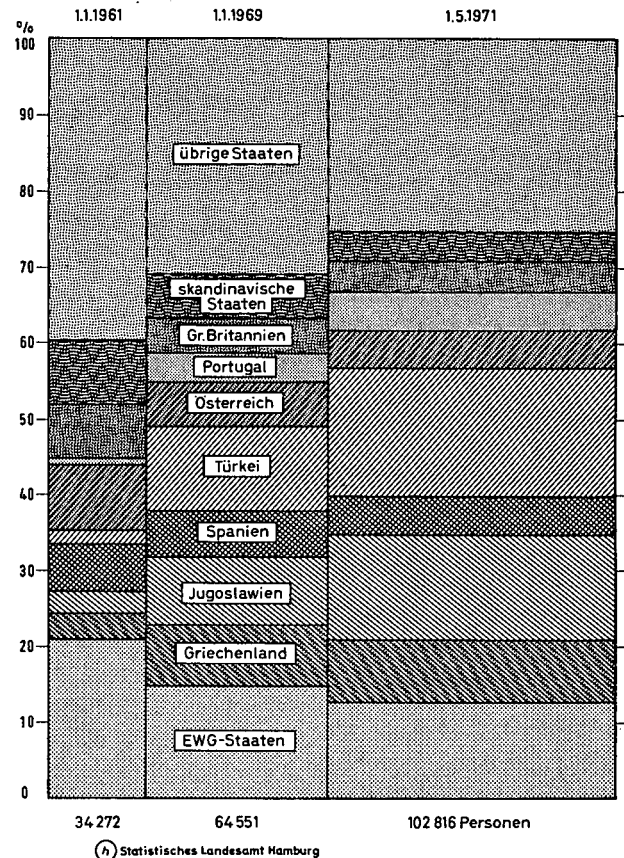
Schaubild 1
Die ausländische Hamburger Wohnbevölkerung 1961 bis 1971



Der konjunkturelle Aufschwung, etwa ab Frühjahr 1968 einsetzend, hatte die bisher stärkste Zunahme ausländischer Arbeitskräfte und damit der Ausländer schlechthin zur Folge. Es sei schon hier angemerkt, daß zunächst einzeln zuwandernde Arbeitskräfte nach entsprechender Sicherung ihres Arbeitsplatzes

nicht selten ihre Familien nachkommen lassen bzw. hier gründen.

Schaubild 2
Die Ausländer in Hamburg nach den wichtigsten Staatsangehörigkeiten 1961, 1969 und 1971



2. Bedeutung der Ausländer für die hamburgische Wirtschaft

2.1 Für die Wirtschaft Hamburgs unentbehrlich: Die ausländischen Arbeitnehmer

Über 87% der ausländischen Arbeitnehmer sind zwischen 15 und 45 Jahre alt

Im Anschluß an die Ergebnisse der Vorwegaufbereitung der VZ 1970 ist die Frage der Altersgliederung der Erwerbstätigen insgesamt bereits auf Seite 243 behandelt worden. Tabelle 10 gibt nun für September 1970 eine tiefer gegliederte Übersicht speziell für die ausländischen Arbeitnehmer.

Ein Blick auf die weiter unten noch zu behandelnde Tabelle 13 zeigt, daß die für das Gastland so günstige Altersgliederung, die die Tabelle 10 ausweist, in der Hauptsache aus der Zuwanderung der jüngeren und mittleren Jahrgänge stammt.

Für Hamburg ergibt sich aus einer Addition in Spalte 2 der Tabelle 10, daß die Jahrgänge von 15 bis unter 45 Jahren 87,2% der ausländischen Arbeitnehmer insgesamt ausmachen.

Unterstellt man, daß bei den Hamburger Erwerbstätigen unter 20 Jahren niemand noch jünger als 15

Tabelle 10

Die ausländischen Arbeitnehmer und deren Kinder in Hamburg nach Altersgruppen ¹⁾

Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)	Ausländische Arbeitnehmer						Kinder	
	insgesamt		davon					
			männlich		weiblich			
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1	2	3	4	5	6	7	8	
unter 6	—	—	—	—	—	—	5 691	52,0
6 bis unter 15	13	0,0	7	0,0	6	0,0	4 581	41,8
15 " " 30	23 111	42,4	14 674	37,7	8 437	54,0	680	6,2
30 " " 45	24 412	44,8	19 243	49,5	5 169	33,1	.	.
45 " " 65	6 250	11,5	4 501	11,6	1 749	11,2	.	.
65 und mehr	743	1,4	479	1,2	264	1,7	.	.

¹⁾ Quelle: Auszählung der Hamburger Einwohnerkartei vom September 1970.

Jahre alt ist, so kann man — unter Verweisung auf die Ausführungen auf Seite 243 — feststellen, daß die ausländischen Arbeitnehmer in der Besetzung der leistungsstarken Jahrgänge um mehr als 30 Punkte höher liegen als die Erwerbstätigen Hamburgs insgesamt.

Damit zeigt sich also auch hier, von wie großer Bedeutung für das Wirtschaftsleben unserer Stadt die jüngeren und mittleren Jahrgänge der Gastarbeiter sind. Auswirkungen dieser Tatsache werden sich

selbstverständlich künftig auch in der natürlichen Bevölkerungsbewegung zeigen.

Bei absolut steigenden Zuzügen vermindern sich die Anteile bei Italienern und Spaniern

Tabelle 11 gibt einen Überblick über das Anwachsen der Zuzüge ausländischer Arbeitnehmer, aufgegliedert nach zahlenmäßig bedeutsamen Staatsangehörigkeiten

Tabelle 11

Die ausländischen Arbeitnehmer in Hamburg 1961 bis 1971 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten ¹⁾

Jahre ²⁾	Ausländische Arbeitnehmer			davon mit Staatsangehörigkeit								
	insgesamt		darunter weiblich	Griechenland			Italien			Jugoslawien		
	absolut	%		zusammen		darunter weiblich	zusammen		darunter weiblich	zusammen		darunter weiblich
			absolut	%	absolut		%	absolut		%	absolut	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1961	11 137	100	1 960
1962	14 332	100	2 709	1 192	8,3	267	2 506	17,4	186	223	1,5	54
1963	16 184	100	3 690	1 685	10,4	636	2 746	17,0	237	314	1,9	90
1964	18 270	100	4 339	2 183	12,0	881	2 854	15,6	254	350	1,9	109
1965	21 503	100	5 109	2 567	11,9	972	3 425	15,9	364	465	2,2	143
1966	26 322	100	6 507	3 039	11,5	1 237	3 827	14,5	429	1 096	4,2	275
1967	24 610	100	6 630	2 550	10,3	1 065	3 096	12,6	434	2 087	8,5	564
1968	23 679	100	6 668	2 479	10,5	1 018	2 820	11,9	430	2 158	9,1	748
1969	33 866	100	9 625	3 170	9,3	1 369	3 699	10,9	560	5 919	17,5	1 646
1970	45 163	100	12 663	3 866	8,6	1 668	4 478	9,9	691	9 507	21,0	2 559
1971 Januar	56 245	100	15 581	4 575	8,1	2 060	4 814	8,6	732	12 453	22,1	3 171
1971 März	58 622	100	16 151	4 674	8,0	2 038	5 164	8,8	762	12 567	21,4	3 315

Fortsetzung:

Jahre ²⁾	noch: davon mit Staatsangehörigkeit											
	Portugal			Spanien			Türkei			Obrige		
	zusammen		darunter weiblich	zusammen		darunter weiblich	zusammen		darunter weiblich	zusammen		darunter weiblich
	absolut	%		absolut	%		absolut	%		absolut	%	
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
1961
1962	174	1,4	19	1 994	13,9	395	1 607	11,2	53	6 636	46,3	1 735
1963	339	2,1	32	2 211	13,7	619	1 758	10,8	106	7 131	44,1	1 720
1964	459	2,5	58	2 389	13,1	709	2 537	13,9	158	7 498	41,0	2 170
1965	783	3,6	111	2 734	12,7	852	3 240	15,1	271	8 289	38,6	2 396
1966	1 675	6,4	248	3 145	11,9	961	4 567	17,4	559	8 973	38,1	2 798
1967	1 642	6,7	357	2 580	10,5	854	4 523	18,4	642	8 132	33,0	2 714
1968	1 629	6,9	441	2 189	9,2	718	4 558	19,3	799	7 846	33,1	2 514
1969	2 231	6,6	712	2 634	7,8	841	6 396	18,9	1 191	9 817	29,0	3 306
1970	3 336	7,4	1 071	2 883	6,4	903	9 155	20,3	1 729	11 938	26,4	4 042
1971 Januar	4 202	7,5	1 130	3 426	6,1	1 039	11 806	21,0	2 327	14 969	26,6	5 122
1971 März	4 407	7,5	1 204	3 547	6,1	1 123	12 570	21,4	2 405	15 693	26,8	5 304

¹⁾ Quelle: Arbeitsamt Hamburg. — ²⁾ 1961—1970 Stand Juni.

Wurde auf Seite 246 festgestellt, daß 1971 die ausländischen Staatsangehörigen aus den Anwerbeländern 58 % der Ausländer in Hamburg überhaupt ausmachen, so läßt sich anhand der Tabelle 11 feststellen, daß in diesem Jahr der Anteil speziell der Arbeitnehmer aus den Anwerbestaaten an der Gesamtarbeitnehmerzahl mit 73,2 % (Sp. 23) noch um rd. 15 Punkte höher liegt als der allgemeine Anteil dieser Nationen an der Gesamtzahl der Ausländer.

Innerhalb dieser 73,2 % stellen die Jugoslawen und Türken mit jeweils 21,4 % das größte Kontingent. Dabei soll auf die rasante – auch durch die Rezession nicht unterbrochene – Entwicklung der jugoslawischen Zuwanderung besonders hingewiesen werden.

Während die Anteile der türkischen Arbeitnehmer sich von 11,2 % im Jahre 1962 einigermaßen stetig auf 21,4 % im Jahre 1971 hin entwickelten, waren die Zuwachsraten der Jugoslawen (Anteil 1962 = 1,5 %) nach ruhigen Anfangsjahren dann ab 1965 von zumeist beachtlichem Ausmaß.

Unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß die absoluten Zahlen bei den Gastarbeitern aus allen Anwerbeländern gewachsen sind (Tabelle 11), darf doch nicht übersehen werden, daß die Entwicklung der Anteile sich zum Teil gegenteilig vollzog:

	1962	1971
Italiener	17,4 %	8,8 %
Spanier	13,9 %	6,1 %

Diese Tatsache der Anteilsminderung ist natürlich zum Teil mit dem starken Zuzug der Türken und dem noch stärkeren der Jugoslawen zu erklären, zum anderen Teil aber auch mit dem verlangsamten Zuwachs in der Zuwanderung italienischer und spanischer Arbeitnehmer. Beweise für diese Annahme liefern die Griechen, die infolge ihrer stärkeren Zuwanderung ihren Anteil mit rd. 8 % im Jahre 1971 ungefähr auf dem Stand von 1962 halten konnten, wäh-

*) Das waren 6,6 % der Hamburger Arbeitnehmer überhaupt, im Frühjahr 1971 beträgt die Quote lt. dem o. a. Bericht des Senats vom 20. 4. 1971, S. 6, rd. 7 %.

Tabelle 12

Die ausländischen Arbeitnehmer in Hamburg 1962 bis 1970 nach Wirtschaftsabteilungen¹⁾

Jahre	Insgesamt	davon aus den Wirtschaftsabteilungen									
		Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwesen, Gärtnerei	Bergbau, Steine und Erden, Energiewirtschaft	Eisen- und Metall-erzeugung und -verarbeitung	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- und Metall)	Bau-, Aus- bau- und Bauhilfs- gewerbe	Handel, Geld- und Ver- sicherungs- wesen	Dienst- leistungen	Verkehrs- wesen	Öffent- licher Dienst- leistungen im öffentl. Interesse	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1962	14 332
1963	16 184	173	264	4 529	3 372	1 761	2 139	1 676	1 572	698	
1964	18 270	141	220	5 555	3 787	1 756	2 428	1 673	1 933	777	
1965	21 503	163	213	6 742	4 530	1 994	2 892	1 873	2 202	894	
1966	26 322	197	237	8 131	5 820	2 306	3 156	2 513	2 888	1 074	
1967	24 610	165	209	6 939	5 098	2 190	3 525	2 373	2 620	1 491	
1968	23 679	168	181	6 772	5 021	2 133	3 291	2 600	1 990	1 523	
1969	33 866	208	196	10 839	6 794	3 580	4 562	3 173	2 588	1 926	
1970	45 163	289	265	14 453	8 724	5 303	5 766	4 009	3 897	2 457	
%	100	0,6	0,6	32,0	19,3	11,8	12,8	8,9	8,6	5,4	

1) Quelle: Arbeitsamt Hamburg.

rend die Portugiesen ihre spanischen Nachbarn in diesem Zeitraum sowohl in den absoluten Zuzugzahlen wie auch in der Quote überflügeln konnten. Ob arbeitsmarktmäßig relevante Vorgänge im eigenen Land die Spanier und Italiener veranlaßten, nicht stärker zuzuwandern, ist noch nicht näher untersucht worden. Unabhängig davon scheinen – regional gesehen – zumindest die Italiener Süddeutschland („nächste“ Nachbarschaft) den Vorzug vor dem Norden zu geben.

Zum Abschluß dieses Punktes sei – zugleich auch noch einmal unter Hinweis auf Tabelle 8 – auf den unterschiedlichen Personenkreis von Ausländern in Hamburg aufmerksam gemacht.

Fast 59 000 Personen umfaßt 1971 der Kreis der Arbeitnehmer, rd. 102 000 beträgt die Zahl der Ausländer insgesamt, das „Mehr“ von 43 000 setzt sich zusammen aus den selbständig Erwerbstätigen, den nicht erwerbstätigen Erwachsenen (z. B. Ehefrauen, Rentner) und den Kindern. Wie dieser Personenkreis – allerdings für die niedrigen Zahlen des VZ-Stichtages – sich im einzelnen gliedert, wird nach Vorliegen der endgültigen Volkszählungsergebnisse zu analysieren sein.

Von 1961 bis 1970 hat sich die absolute Zahl der ausländischen Arbeitnehmer fast vervierfacht

Im Jahre 1961 stellten die beschäftigten nichtdeutschen Arbeitnehmer mit – im Durchschnitt – 11 798 Personen rd. 31 % der in Hamburg damals gemeldeten Ausländer. Bis 1970 im Jahresdurchschnitt auf 46 485⁴⁾ angewachsen (rd. 54 % der damals gemeldeten Ausländer), war ihr Anteil um mehr als 20 Punkte gestiegen.

Fast ein Drittel arbeitet in der Eisen- und Metall-erzeugung/-verarbeitung

Ab 1963 liegen Unterlagen des Hamburger Arbeitsamtes vor, aus denen sich ihre Aufteilung auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen entnehmen läßt (vgl. Tabelle 12).

Danach beschäftigte 1970 die Eisen- und Metall-erzeugung/-verarbeitung mit 14 453 fast ein Drittel der ausländischen Arbeitnehmer insgesamt. Bezieht man die Beschäftigten jeweils auf 1 000 der nicht-deutschen Arbeitnehmer, so sind es in dieser Wirtschaftsabteilung 320. Es folgt mit erheblichem Abstand das übrige verarbeitende Gewerbe mit 193 auf 1 000.

Bemerkenswert erscheint, daß die Ausländer-Beschäftigungsquote im Bau- und Bauhilfsgewerbe (1970: 118 auf 1 000) im ganzen Verlauf der Jahre 1963 bis 1970 niemals diejenige der Arbeitnehmer im Handel, Geld- und Versicherungswesen (128 auf 1 000) erreicht hat. Im Bundesgebiet insgesamt liegt das Baugewerbe eindeutig höher. Eine Erklärung für den relativ hohen Ausländeranteil in der Wirtschaftsabteilung Handel usw. könnte darin liegen, daß Hamburg als zentraler Handelsplatz und Sitz zahlreicher – auch ausländischer – Banken und Versicherungen entsprechend auch qualifizierte ausländische Kräfte anzieht. Es wäre interessant, in einer Sonderuntersuchung den Zusammenhängen nachzugehen, hier vor allem auch die Staatsangehörigkeit festzustellen. Mit einem Anteil von knapp 40 % der Gesamtzahl zur Wirtschaftsabteilung Handel usw., der sich aus einer Statistik des Arbeitsamtes Hamburg für September 1970 errechnen läßt, sind die Arbeitnehmer aus den Anwerbeländern hier nicht mit dem Gewicht vertreten wie in den anderen Wirtschaftsabteilungen.

Die geringere Quote an Gastarbeitern im Verkehrswesen (86 auf 1 000) und im Öffentlichen Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse (54 auf 1 000) ist ohne Frage auch auf die sprachlichen Schwierigkeiten, die im verarbeitenden Gewerbe nicht so gravierend sind, zurückzuführen. Das könnte sich bei bestimmten öffentlichen Dienstleistungen, die keine großen Anforderungen an die Sprache stellen, noch ändern. So hält das Amt für Wirtschaftspolitik⁵⁾ ein künftiges Dominieren von Gastarbeitern in bestimmten Berufszweigen für noch möglich; als „klassisches“ Beispiel hierfür wird die Stadtreinigung angeführt, die bisher noch fast gar keine Gastarbeiter beschäftigt.

Immerhin gibt aber auch eine %-Zahl von 5,4 Beschäftigten im Öffentlichen Dienst/Dienstleistungen im öffentlichen Interesse doch Veranlassung zu fragen, wo denn diese Personen beschäftigt sind. Eine Aufgliederung des Arbeitsamtes Hamburg nennt für 1970 neben minimalen als wichtigste Zahlen:

	männlich	weiblich
Krankenpflege	396	1 227
Fürsorge	31	345
Bildungswesen/Kirche	224	183
Verwaltung	154	160.

Die starke Mitwirkung ausländischer Arbeitskräfte besonders in der Krankenpflege ist bekannt. Soweit diese (und andere Kräfte) später wieder in ihr Heimatland zurückkehren, ist mit deren Ausbildung hier auch ein Stück Entwicklungshilfe geleistet worden!

Die Rezession behinderte den Zuzug ausländischer Frauen nicht

Tabelle 13

Die ausländischen Arbeitnehmer in Hamburg nach dem Geschlecht im Jahresdurchschnitt 1956 bis 1970¹⁾

Jahre	Personen insgesamt	davon			
		männlich		weiblich	
		absolut	%	absolut	%
1	2	3	4	5	
1956	3 377
1958	4 689
1960	8 891	7 038	79,2	1 853	20,8
1961	11 798	9 732	82,5	2 066	17,5
1962	14 222	11 473	80,7	2 749	19,3
1963	16 142	12 457	77,2	3 685	22,8
1964	18 204	13 865	76,2	4 339	23,8
1965	21 894	16 721	76,4	5 173	23,6
1966	26 026	19 542	75,1	6 484	24,9
1967	24 852	18 100	72,8	6 752	27,2
1968	25 123	17 985	71,6	7 138	28,4
1969	35 010	24 746	70,7	10 264	29,3
1970	46 485	33 303	71,6	13 182	28,4

¹⁾ Quelle: Arbeitsamt Hamburg.

Der infolge der Rezession in den Jahreszahlen für 1967 und 1968 deutlich werdende Rückgang an männlichen Gastarbeitern wird – wie aus Tabelle 13 ersichtlich – nicht bei den Frauen beobachtet. Im Gegenteil, nicht nur der %-Satz wird größer, auch in den absoluten Zahlen zeigen sich (per Saldo) Zugänge bei den weiblichen Arbeitnehmern.

„Wirtschaft und Statistik“ (a.a.O.) hat unter Hinweis auf einen Erfahrungsbericht der BA dafür eine Erklärung, die zwar im Hinblick auf die Entwicklung im Bundesgebiet gemacht wurde, genau so aber auch für Hamburg zutreffen dürfte: „Neben dem Nachzug von Familienangehörigen beeinflussten 1966/1967 auch konjunkturelle Erscheinungen die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Zuzüge von Ausländern. Die Abschwächung der Konjunktur wirkte sich nämlich in Wirtschaftsbereichen, in denen hauptsächlich Männer – darunter viele Ausländer – beschäftigt sind (z. B. Baugewerbe, Straßenfahrzeugbau) stärker aus als im Dienstleistungsbereich (Gastgewerbe, Krankenpflege) mit einem hohen Anteil weiblicher Arbeitnehmer. Der Einreise von Ausländerinnen standen daher 1967 nicht so starke Hindernisse entgegen wie der der männlichen Ausländer. Das zeigt sich auch darin, daß Vermittlungen ausländischer Arbeitnehmerinnen für Dienstleistungsbetriebe seinerzeit von einer besonderen Pflicht zur zentralen Ausschreibung ausgenommen waren. Ferner wurden namentliche Anforderungen von Ausländerinnen aus den Anwerbeländern berücksichtigt, wenn dadurch eine Familienzusammenführung erreicht werden konnte.“

Die Erwähnung des Dienstleistungsbereichs im vorstehenden Zitat veranlaßte zu der Frage nach der Verteilung der ausländischen Arbeitnehmerinnen auf die Wirtschaftsabteilungen. Entsprechende Zeitreihen für Hamburg liegen hier nicht vor, jedoch lassen sich aus einer Übersicht des Arbeitsamtes Hamburg für Ende September 1970 %-Werte errechnen, die einen Überblick über die Verteilung der Gastarbeiterinnen auf die wichtigsten Wirtschaftsabteilungen ermöglichen.

⁵⁾ im Vermerk – AW 21.2 – vom 9. 2. 1971, S. 5.

Demnach waren im September 1970:

im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Eisen und Metall)	29,0 %
in der Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	20,1 %
im Handel, Geld- und Versicherungswesen	18,1 %
in Dienstleistungen	14,2 %
im Öffentlichen Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	14,0 %
im Verkehrswesen	3,4 %

der s. Z. insgesamt 14 180 ausländischen Arbeitnehmerinnen beschäftigt. Bei dem erstaunlich hohen Anteil in „Handel, Geld- und Versicherungswesen“ sei angemerkt, daß von den insgesamt 2 563 Arbeitnehmerinnen 1 731 nicht aus den Anwerbeländern Italien, Griechenland, Spanien, Türkei, Portugal und Jugoslawien, sondern aus dem übrigen Ausland stammten.

2.2 Überblick über die Gastarbeiterquoten in 15 Arbeitsamtsbezirken

Zahlen über ausländische Arbeitnehmer in den größten Städten miteinander zu vergleichen, ist wegen des Materialmangels – abgesehen von den Stadtstaaten – nicht möglich. Dagegen konnten vom Arbeitsamt die Zahlen für die größten Arbeitsamtsbezirke mitgeteilt werden (Kiel ist hier nur als nördlicher Nachbar mit aufgeführt).

Tabelle 14

Die ausländischen Arbeitnehmer in den Arbeitsamtsbezirken der Bundesrepublik – einschl. Berlin (West) – absolut und deren Anteil an den Arbeitnehmern insgesamt ¹⁾

Arbeitsamtsbezirke	1964 ²⁾		1969 ²⁾		1970 ²⁾		Steigerung gegenüber 1970	
	absolut ³⁾ in 1000 –	absolut in 1000 –	in % der Arbeits- nehmer insg.	absolut in 1000 –	in % der Arbeits- nehmer insg.	in %		
						1964	1969	
	1	2	3	4	5	6	7	
Stuttgart ..	54	84	17,1	104	21,2	93	24	
Frankfurt ..	47	74	13,8	95	17,7	102	28	
München ..	55	88	10,7	118	14,3	115	34	
Köln	29	41	11,2	49	13,4	69	20	
Düsseldorf	23	36	9,8	45	12,3	96	25	
Wuppertal	15	23	8,3	31	11,2	107	35	
Düsseldorf	19	37	8,0	50	10,8	163	35	
Nürnberg ..	12	13	7,2	17	9,4	42	31	
Duisburg ..	15	22	6,4	28	8,1	87	27	
Hannover ..	9	39	4,6	63	7,4	600	62	
Berlin	19	39	5,1	50	6,5	163	28	
Hamburg ..	10	13	4,2	17	5,5	70	31	
Dortmund ..	12	11	3,9	14	5,0	17	27	
Essen	5	8	2,8	11	3,9	120	38	
Bremen ...	1	2	1,5	3	2,3	200	50	
Kiel								

¹⁾ Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit. –
²⁾ Stand: jeweils 30. September. – ³⁾ Die Angabe der Anteile an den Arbeitnehmern insgesamt liegt wegen Fehlens der Grundzahlen nicht vor. – ⁴⁾ Grundzahlen geschätzt.

Mit diesen Zahlen ist nicht in jedem Fall eine exakte Aussage im Hinblick auf die großen Städte selbst möglich, da die Arbeitsamtsbezirke in der Regel nicht auf die Städte beschränkt sind, sondern auch das Umland umfassen.

Berücksichtigt man jedoch die engen Beziehungen, die zwischen dem wirtschaftlichen Mittelpunkt, den die große Stadt darstellt, und seinem Umland bestehen, so läßt sich doch mit einiger Berechtigung ein Vergleich dieser Bezirke durchführen. Mit den Ergebnissen kann annähernd auch etwas über die Verhältnisse der großen Stadtkreise ausgesagt werden.

Hamburgs Gastarbeiteranteil ist – wie aus der Tabelle 14 ersichtlich – noch recht niedrig, gemessen etwa an Stuttgart, Frankfurt und München. Bei einem Durchschnitt der Zuwachsrate von 31,1 % (ohne Einbeziehung Kiels, in Tabelle 14 errechnet aus der Veränderung von 1969 und 1970) blieb Hamburg mit 28,2 % in der Zuwachsrate auch hinter den anderen Stadtstaaten zurück: Bremen und Berlin mit ihren bisher geringen Quoten liegen mit Zuwachsraten von 37,5 % und 61,5 % über bzw. erheblich über dem Durchschnitt.

Ebenfalls über dem Durchschnitt liegt das für Gastarbeiter offensichtlich besonders attraktive München. Höhere Zuwachsraten weisen auch Wuppertal und Nürnberg auf.

Bei weiterem Wachsen des Brutto-Inlandproduktes wird auch ein weiterer Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften bestehen. Da eine Deckung durch deutsche Kräfte infolge der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht wahrscheinlich ist, müßten weitere Gastarbeiter angeworben werden. Angaben über ihre voraussichtliche Zahl dürften infolge ihrer Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung problematisch sein.

3. Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungen

Eheschließungen insgesamt rückläufig; Anteil der Ausländer nimmt zu

Von 1961 bis 1969 sind in Hamburg die Eheschließungen insgesamt von 19 041 auf 14 494 und damit um rd. 24 % zurückgegangen; nimmt man nur die Eheschließungen Deutscher untereinander, beträgt der Rückgang sogar 26,6 %.

Demgegenüber nimmt die Zahl der Ausländerhehen zu. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Eheschließungen ist von 4,1 % im Jahre 1961 auf 7,6 % im Jahre 1969 gestiegen.

Bei einer Aufgliederung ergibt sich folgendes Bild: Eheschließungen, bei denen beide Teile Ausländer waren, erfuhren eine Steigerung von 30 auf 197. Die Fälle, in denen Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit einen deutschen Mann heirateten, steigerten sich in demselben Zeitraum von 165 auf 373.

Anders verlief die Entwicklung bei den ausländischen Männern im Hinblick auf Ehen mit deutschen Frauen. Zwar heirateten der absoluten Zahl nach immer noch mehr Ausländer (523) eine deutsche Frau als ausländische Frauen (373) deutsche Männer, doch hat sich der Anteil der ausländischen Männer gegenüber 1961 um 10,8 % vermindert.

Tabelle 15

Die Eheschließungen der Deutschen und Ausländer 1961 bis 1969

Jahre	Eheschließungen insgesamt	davon waren				Von 100 Eheschließungen waren			
		beide Deutsche	Ausländer(Innen)			beide Deutsche	Ausländer(Innen)		
			beide	Mann	Frau		beide	Mann	Frau
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1961	19 041	18 260	30	586	165	95,9	0,1	3,1	0,9
1962	18 964	18 070	40	667	187	95,3	0,2	3,5	1,0
1963	18 294	17 270	69	740	215	94,4	0,4	4,0	1,2
1964	18 453	17 348	103	695	307	94,0	0,5	3,8	1,7
1965	18 115	16 924	112	758	321	93,4	0,6	4,2	1,8
1966	17 936	16 713	179	692	352	93,2	1,0	3,8	2,0
1967	17 161	15 956	197	626	382	93,0	1,2	3,6	2,2
1968	15 841	14 767	162	553	359	93,2	1,0	3,5	2,3
1969	14 494	13 401	197	523	373	92,4	1,4	3,6	2,6

Der Grund für diese Entwicklung wird darin gesucht, daß in den letzten Jahren immer mehr verheiratete Ausländer ihren Erwerb in der Bundesrepublik gesucht haben. Die zuziehenden Ausländerinnen dürften dagegen eine hohe Ledigenquote aufweisen.

Die Erklärung für den Rückgang der deutschen und den Anstieg der Ausländerhehen muß in der unterschiedlichen Besetzung der heiratsfähigen Jahrgänge bzw. der Altersgliederung überhaupt gesucht werden. Unter Hinweis auf Tabelle 10 wird noch einmal auf die günstige Besetzung der Altersgruppen 15 bis unter 30 Jahre mit 42,4 % der ausländischen Arbeitnehmer, die ja den Großteil der Ausländer überhaupt stellen, aufmerksam gemacht. Diese Altersgruppe war von der Hamburger Wohnbevölkerung 1961 mit (nur) 22,7 % besetzt, selbst diese %-Zahl ging bis 1969 noch auf 20,1 % zurück.

Untersucht man bei der Hamburger Wohnbevölkerung genauer drei Altersgruppen – wegen des weiblichen Anteils mit 19 beginnend – bis unter 28 Jahre, die für die Eheschließung vorwiegend in Betracht kommen, so zeigt sich bei den Männern von 1961 mit 139 970 bis 1969 mit 111 593 ein Rückgang an Heiratsfähigen um rd. 20 %, bei den Frauen für denselben Zeitraum ein solcher von 136 800 auf 107 535, also sogar um 22 %.

Abschließend zu diesem Punkt noch ein Hinweis zu den Scheidungen, bei denen der Mann Ausländer war: Mit 116 Scheidungen im Jahre 1961 und einem kontinuierlichen Anstieg auf 184 Scheidungen im Jahre 1969, stieg der Anteil an den Gesamtescheidungen in Hamburg von 3,4 % auf 3,8 %.

Bei den Geburten ist die Tendenz ähnlich wie bei den Eheschließungen

Als absolute Zahl gesehen, scheinen die 1 258 „Geborenen ausländischer Eltern“ des Jahres 1969 noch nicht bedeutungsvoll für die Hamburger Bevölkerungsbewegung insgesamt. Es sollte aber der Trend beachtet werden, der – bei absolut zurückgehender Gesamtgeburtenszahl – natürlich weiterhin in Zusammenhang steht mit dem verstärkten Zugang der Ausländer und deren eben schon erwähnten günstigen Altersschichtung. Betrug 1960 der Anteil der ausländischen Geborenen mit 456 noch rd. 1,9 % der insgesamt in Hamburg Geborenen, so waren es 1969 bereits fast 6 % (Vergleichszahl Bundesgebiet

6,2 % – d. h., daß kein wesentlicher Unterschied besteht). Der Anteil der nichtehelich Geborenen liegt bei knapp 6 % der Gesamtgeburten (Ausländer).

Noch durchsichtiger wird die Entwicklung bei einem Blick auf die Geburtenraten.

Tabelle 16

Die Geburten- und Sterberate der Ausländer im Vergleich zu den Deutschen 1961 bis 1969 in Hamburg

Jahre	Lebendgeborene			Gestorbene		
	Ausländer absolut	Geburtenrate – in % –		Ausländer absolut	Sterberate – in % –	
		Ausländer	da-gegen Deutsche		Ausländer	da-gegen Deutsche
1961	552	13,2	13,9	172	4,1	13,0
1962	607	12,5	14,1	172	3,5	13,3
1963	771	14,2	14,9	180	3,3	13,7
1964	911	15,5	14,9	173	2,9	13,2
1965	1 001	15,9	14,4	191	3,0	14,0
1966	1 059	14,5	14,8	171	2,3	14,6
1967	1 116	18,1	14,1	168	2,7	14,3
1968	1 163	18,0	13,1	163	2,5	15,0
1969	1 258	16,3	11,4	200	2,6	15,5

War im Jahre 1961 der Unterschied mit 13,2 Lebendgeborenen auf 1 000 Ausländer und 13,9 Lebendgeborenen auf 1 000 Deutsche in Hamburg noch nicht groß, so entwickelten sich die Geburtenraten in den folgenden Jahren in bemerkenswerter Weise entgegengesetzt: Bei den Ausländern ein stetiger Anstieg bis 1967/68 auf rd. 18; selbst bei einem Rückgang 1969 auf 16,3 – also auch hier die gleiche Erscheinung! – liegen die Ausländer mit ihrer Geburtenrate noch wesentlich höher als die deutschen Einwohner Hamburgs, die nach einem „Höchststand“ von fast 15 in der Mitte der 60er Jahre 1969 nur noch 11,4 Lebendgeborene auf 1 000 aufweisen.

Der Zuwachs in der Geburtenrate der Ausländer scheint zumindest teilweise durch Eltern aus den Anwerbeländern besonders beeinflusst zu werden. Selbst wenn wegen des kurzen Zeitraumes eine methodisch ausreichende Untermauerung der Beobachtung noch nicht gegeben sein sollte, so mag doch darauf hingewiesen werden, daß der Geburtenanstieg

von 1967 bis 1969 bei Eltern aus
Jugoslawien rd. 150 %
Portugal rd. 123 %
und der Türkei rd. 89 % betrug.

Dagegen zeigen sich rückläufige – vielleicht auch nur stagnierende – Tendenzen ab 1968, deutlicher noch ab 1969, bei Spaniern, Griechen und Italienern. Hier könnte sich eine Anpassung an das Verhalten der deutschen Bevölkerung abzeichnen, während die drei erstgenannten ausländischen Staatsangehörigen möglicherweise noch von ihrem früheren generativen Verhalten bestimmt sind. Es ist selbstverständlich, daß bei einer – wie auch immer gearteten – Entwicklung eine ganze Anzahl weiterer Faktoren wie Familienstand, Möglichkeiten zum Nachholen der Familie, Verhältnisse im Heimatland u.a.m. den Verlauf mitbestimmt.

Sterbeziffern der hamburgischen Bevölkerung rund sechsmal so hoch wie die der Ausländer

Vergleicht man die Todesfälle ausländischer Staatsangehöriger von 1961 bis 1969, so läßt sich feststellen, daß – abgesehen vom letzten Jahr – der Durchschnitt bei 175 pro Jahr liegt, also nicht wesentlich von dem Anfangswert abweicht. Das Anwachsen der Todesfälle hat sich also keineswegs entsprechend dem erheblichen Zuwachs an Ausländern (Tabelle 8) verhalten, sondern verlief ganz anders.

Ein Blick auf die Sterbeziffern ist aufschlußreich: Die Zahl der Gestorbenen auf 1 000 der Bevölkerung ergibt bei den Ausländern in Hamburg einen Rückgang von 4,1 (1961) auf 2,6 im Jahre 1969. Die Sterbeziffer für die Deutschen der hamburgischen Bevölkerung beträgt infolge der anderen Altersgliederung dagegen 13,0 für 1961 und 15,5 im Jahr 1969 d. h. sie ist für 1969 sechsmal so hoch wie die der Ausländer.

Vergleichszahlen für das Bundesgebiet finden sich in „Wirtschaft und Statistik“ (a.a.O.). Danach ging für die ausländische Bevölkerung die Sterbeziffer von 5,9 im Jahre 1961 zurück auf 3,2 im Jahre 1969. Für die deutsche Bevölkerung stieg die Sterbeziffer in diesem Zeitraum von 11,2 auf 12,6.

In ihrem Trend ist demnach die Entwicklung im Bundesgebiet ähnlich wie in Hamburg verlaufen. Sie erklärt sich auch hier aus dem geringen Anteil älterer Menschen unter den das Gewicht bestimmenden Gastarbeiter: die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen gehören durchweg zu den jungen bis mittleren Jahrgängen.

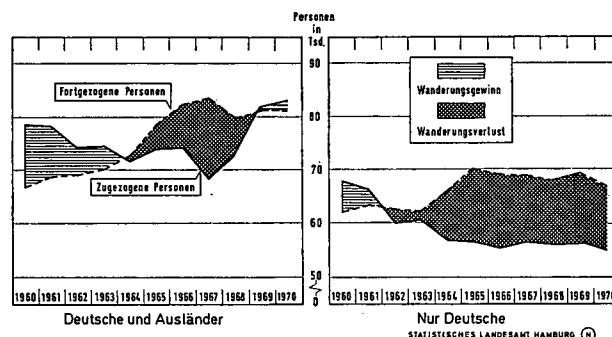
Zuzüge und Fortzüge der Ausländer sind für Hamburgs Bevölkerungsstand von erheblicher Bedeutung

Das Korrelat zur natürlichen Bevölkerungsbewegung ist die Wanderungsbewegung, genauer: sind die Zu- und Fortzüge; hier wieder zu unterscheiden nach Gesamtzahlen und Anteilen der Ausländer/ausländischen Arbeitnehmer.

Es wird bei Erörterung dieses Punktes auf den Beitrag in „Hamburg in Zahlen“, November 1970, „Der Einfluß regionaler Wanderungsströme auf Wanderungsgewinn und -verlust Hamburgs seit 1960“ verwiesen; hier besonders auf die Ausführungen unter 3. bis 5. über die Mobilität der Ausländer und deren Einfluß auf die Gesamtbilanz. Dort ist erwähnt, daß

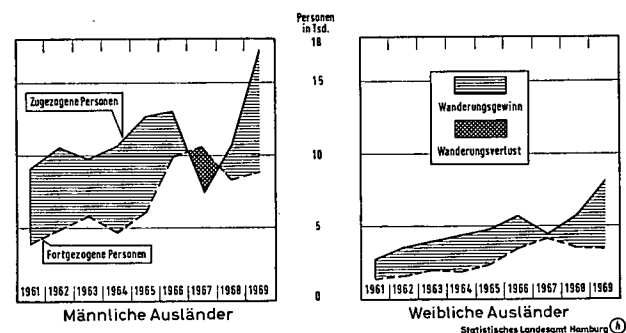
(seit 1964) der einseitige Wanderungsgewinn an Ausländern die starke Abwanderung von Deutschen überdeckt; siehe dazu auch das Schaubild 3.

Schaubild 3
Zu- und fortgezogene Personen sowie Wanderungsgewinn und -verlust 1960 bis 1970



Während Hamburgs Wanderungssalden insgesamt in den Jahren 1964 bis 1968 negativ sind, ist bei den Ausländern dieser Fall – als Folge der Rezession – nur einmal im Jahre 1967 aufgetreten und zwar nur bei den Männern (Schaubild 4).

Schaubild 4
Die Zu- und Fortzüge von Ausländern nach/von Hamburg 1961 bis 1969



Es darf dabei auch auf die Ausführungen (Zitat) auf S. 249 verwiesen werden, die eine Erklärung für den zwar verringerten, aber auch 1967 positiven Wanderungssaldo der ausländischen Frauen bieten.

Bei dem für unsere Wirtschaft und damit auch für unseren Lebensstandard so unentbehrlichen Faktor „Ausländer“ („Gastarbeiter“) sind im übrigen glücklicherweise nur positive Salden zu verzeichnen.

An den 78 422 Gesamtzuzügen im Jahre 1961 waren die Ausländer mit 11 973 oder 15,3 %, an den 81 819 Gesamtzuzügen im Jahre 1969 mit 25 449 oder 31,1 % beteiligt.

Die Zuzüge der Ausländer haben sich also absolut und auch im Anteil an den Gesamtzuzügen, die ebenfalls angestiegen sind, mehr als verdoppelt.

Bei der engen Verflechtung Hamburgs mit seinem Umland und der weiteren Nachbarschaft sei auch noch auf die „Ausländer-Zuzüge“ aus den Nachbarkreisen usw. hingewiesen.

Sie betragen 1969 mit 1 416 aus den Nachbarkeisen 5,6 % der ausländischen Zuzüge nach Hamburg überhaupt, aus dem übrigen Schleswig-Holstein und

Tabelle 17

Die Zu- und Fortzüge der Ausländer von/nach Hamburg 1961 bis 1969

Jahre	Hamburg Insgesamt			davon aus / nach									
	zusammen	davon		Nachbarkreisen ¹⁾		übrigen Kreisen				übrigem Bundesgebiet		Gebieten außerh. d. BRD	
		männlich	weiblich	insgesamt	darunter männlich	Schleswig-Holstein		Niedersachsen		insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich
						insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Zuzüge													
1961	11 973	9 202	2 771	.	.	515 ²⁾	.	566 ²⁾	.	1 744	.	9 148	.
1963	13 884	9 870	4 014	.	.	883 ²⁾	.	758 ²⁾	.	1 949	.	10 294	.
1965	17 564	12 723	4 841	1 001	.	412	.	617	.	2 426	.	13 108	.
1967	11 972	7 447	4 525	1 151	846	319	235	536	375	1 853	1 386	8 113	4 605
1969	25 449	17 311	8 138	1 416	917	414	307	262	171	2 824	2 124	20 533	13 792
Fortzüge													
1961	5 240	3 936	1 304	.	.	311 ²⁾	.	416 ²⁾	.	1 208	.	3 305	.
1963	7 654	5 749	1 905	.	.	809 ²⁾	.	570 ²⁾	.	1 834	.	4 441	.
1965	8 371	6 093	2 278	317	.	7	.	471	.	2 142	.	5 434	.
1967	14 602	10 548	4 054	258	180	13	9	291	220	1 519	1 140	12 521	8 999
1969	12 219	8 771	3 448	330	231	16	14	445	343	2 490	1 914	8 938	6 269
Salden													
1961	+ 6 733	+5 266	+1 467	.	.	+204 ²⁾	.	+150 ²⁾	.	+536	.	+ 5 843	.
1963	+ 6 230	+4 121	+2 109	.	.	+ 74 ²⁾	.	+188 ²⁾	.	+115	.	+ 5 853	.
1965	+ 9 193	+6 630	+2 563	+ 684	.	+405	.	+146	.	+284	.	+ 7 674	.
1967	- 2 630	-3 101	+ 471	+ 893	+666	+306	+226	+245	+155	+334	+246	- 4 408	-4 394
1969	+13 230	+8 540	+4 690	+1 086	+686	+398	+293	-183	-172	+334	+210	+11 595	+7 523

¹⁾ das sind nördlich der Elbe: Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg; südlich der Elbe: Harburg, Stade. - ²⁾ Die Zahlen der „Nachbarkreise“ liegen nicht vor, so daß diese in den übrigen Kreisen enthalten sind.

Niedersachsen kamen 2,7%. Die Hauptzahlen verteilen sich mit 11% auf Zuzüge aus dem übrigen Bundesgebiet und mit 80,7% aus den Gebieten außerhalb der BRD; immerhin sollte festgehalten werden, daß die Zuzüge aus den Nachbarkreisen rd. die Hälfte der Zuzüge aus dem übrigen Bundesgebiet erreichen.

Die Fortzüge von Ausländern in die Nachbarkreise beliefen sich auf 2,7% der Ausländerfortzüge insgesamt; in das übrige Schleswig-Holstein und Niedersachsen zogen 3,8%.

Bei der Arbeit mit %-Zahlen sollte ab und zu ein Blick auf die absoluten Zahlen - hier Tabelle 17 - getan werden: Die 12 219 Fortzüge der Ausländer betragen (1969) nicht einmal die Hälfte der Zuzüge. Der Anteil der Fortzüge der Ausländer an den insgesamt 68 747 Fortzügen des Jahres 1961 betrug 7,6%; 1969 waren es 15%, d. h. auch hier ist - genau wie bei den Zuzügen - mehr als eine Verdoppelung eingetreten.

Ergänzend bleibt noch anzumerken, daß die Ausländer-Fortzüge 1969 ins übrige Bundesgebiet 20,4% und in die Gebiete außerhalb der BRD 73,1% der Ausländerfortzüge insgesamt betragen.

Woher die Ausländer kommen und wohin sie von Hamburg aus wieder ziehen

Einen Überblick über die Zu- und Fortzüge von Ausländern über die Grenzen der BRD nach/von Hamburg gibt die nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten gegliederte Anhangtabelle für die

Jahre 1963, 1966 und 1969. Die häufigen Hinweise auf das besondere Gewicht der Ausländer (ausländischen Arbeitnehmer) aus den Anwerbeländern finden auch in der Anhangtabelle ihre Bestätigung.

Altersgruppen und Familienstand: die Zahl der verheirateten Zuwanderer wächst

Familienstand und Altersgruppen wurden schon auf Seite 242 und im Zusammenhang mit den Tabellen 2 und 3 behandelt. An dieser Stelle sollen noch einige Anmerkungen über die Besetzung in den Altersgruppen, den Familienstand und das Verhalten der zu- und fortziehenden Ausländer gemacht werden (Tabelle 18).

Wie schon an anderer Stelle dieses Beitrages, so fällt auch hier die starke Besetzung der 15 bis unter 30 und 30 bis unter 45 Jahre alten Personen ins Auge, die besonders für das Wirtschaftsleben, aber auch die natürliche Bevölkerungsbewegung (nicht alle verlassen Hamburg nach einigen Jahren wieder!) von Bedeutung sind. Für die Jahre 1962 und 1969 seien einige Ergebnisse herausgestellt. Der Anstieg der absoluten Zahlen sowohl bei den Zuzügen als auch bei den (zahlenmäßig wesentlich geringeren) Fortzügen ist soeben schon behandelt worden. Bemerkenswert ist die im Hinblick auf ihre Anteile entgegengesetzt verlaufende Entwicklung bei den Ledigen und den Verheirateten.

Entsprechend der inneren Einstellung junger Leute stellten die Ledigen Anfang der 60er Jahre mengen- und anteilmäßig das Hauptkontingent. Ihr Anteil am

Tabelle 18

Die Zu- und Fortzüge der Ausländer über die Auslandsgrenzen nach Altersgruppen und Familienstand

Altersgruppen	1969				dagegen 1962			
	Familienstand							
	ledig	verheiratet	geschieden/ verwitwet	zusammen	ledig	verheiratet	geschieden/ verwitwet	zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8
Zuzüge								
0—15	1 814	1	—	1 815	764	—	—	764
15—30	6 927	4 069	100	11 096	4 743	1 275	45	6 063
30—45	923	5 052	198	6 173	871	2 117	107	3 095
45—60	104	677	134	915	75	358	86	519
60 und älter	26	125	144	295	32	105	115	252
Insgesamt ..	9 794	9 924	576	20 294	6 485	3 855	353	10 693
%	48,3	48,9	2,8	100	60,6	36,1	3,3	100
Fortzüge								
0—15	813	—	—	813	275	—	—	275
15—30	3 088	993	40	4 121	1 468	371	10	1 849
30—45	840	2 062	125	3 027	311	637	34	982
45—60	89	495	80	664	28	176	31	235
60 und älter	20	108	65	193	17	43	58	118
Insgesamt ..	4 850	3 658	310	8 818	2 099	1 227	133	3 459
%	55,0	41,5	3,5	100	60,7	35,5	3,8	100

Gesamtzuzug der Ausländer betrug 1962 60,6 %, im Jahre 1969 waren es aber nur noch 48,3 %.

Umgekehrt verhielt es sich bei den Verheirateten. 1962 reisten sie zunächst noch zögernder als die Ledigen ein, ihr Anteil betrug damals nur 36,1 %, stieg aber bis 1969 bis auf 48,9 % und lag damit sogar noch etwas über der Ledigenquote. Nachdem die Verheirateten — zunächst im allgemeinen allein reisend — Fuß gefaßt hatten, folgten darauf Frau und Kinder. Wie die Wohnraumversorgung — besonders der Gastarbeiter — sich darstellt, wird an anderer Stelle dieses Beitrages behandelt.

Interessant dürfte auch die Beobachtung der Fortzüge sein: 1962 sind die Ledigen in fast gleichem Anteil — 60,7 % — wie beim Zuzug auch wieder fortgezogen (in absoluten Zahlen aber weniger als 1/3 der zugezogenen Ledigen). 1968 verringerte sich ihr Anteil an den — absolut gestiegenen — Fortzügen auf 55 %. Anders als die Verheirateten scheinen sie für das Wagnis des fremden Landes offen zu sein, denn die Verheirateten, die 1962 einen Anteil von 35,5 % aufwiesen, zogen im Gegensatz zu den Ledigen in relativ stärkerem Umfang wieder fort: ihr Anteil an den Fortzügen — durchweg wohl wieder in ihr Heimatland — stieg bis 1969 auf 41,5 % der Fortzüge über die Auslandsgrenzen.

Noch keine ausreichenden Unterlagen über die „Verweildauer“ am Ort

Trotz erheblicher Bemühungen ist es bisher leider nicht möglich, etwas Exaktes über die Verweildauer der ausländischen Arbeitnehmer auszusagen. Eine repräsentative Untersuchung der BA erstreckte sich nur auf den Buchstaben G, hat Hamburg überhaupt nicht ausgewiesen und hatte auch nur die Verweildauer im Betrieb zum Gegenstand. Diese braucht natürlich in keiner Weise mit der Verweildauer insge-

samt zusammenfallen; nach den Erhebungen des Deutschen Städtetages soll die durchschnittliche Dauer des Inlandaufenthaltes bei vier Jahren liegen.

Eine für unsere speziell hamburgischen Belange relevante Aussage kann bis jetzt leider nicht einmal im Wege der Schätzung gemacht werden. H. G. W.

4. Wohnungsversorgung ausländischer Arbeitnehmer am 25. 10. 1968

Bei den rd. 22 400 Ausländern, deren Wohnungsversorgung am 25. 10. 1968 in der Gebäude- und Wohnungszählung ermittelt wurde, handelt es sich nur um Personen in Wohnparteien, deren Haushaltsvorstand Arbeitnehmer war, so daß z. B. Ausländer in selbständiger Stellung und ausländische Studenten mit ihren Familien in diesen Zahlen nicht enthalten sind. Ferner gehörten nicht zum Erhebungskreis der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 diejenigen Ausländer, die in sog. Gastarbeiter-Unterkünften einzeln oder zu mehreren lediglich ein Zimmer ohne Kochgelegenheit bewohnten. Es konnte daher hier nur die Wohnungsversorgung eines Teiles aller Ausländer in Hamburg untersucht werden.

Im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. 10. 1968 wurden im Wohnungs- und Haushaltsbogen die Haushaltsvorstände nach ihrer Staatsangehörigkeit befragt. In Kombination mit der ebenfalls angegebenen sozialen Stellung wurden Daten über die Wohnungsversorgung ausländischer Arbeitnehmer am Stichtag dieser Zählung ermittelt. Die Auswertungen beziehen sich allerdings nur auf Wohnparteien (Haushalte), deren Haushaltsvorstand sich als „Ausländer“ bezeichnet hat und nicht auf die in diesen Haushalten insgesamt lebenden Personen. Bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 wurden alle Gebäude mit Wohnungen und Wohngelegenheiten⁶⁾ erfaßt und die darin befindlichen Wohnein-

⁶⁾ Wohngelegenheiten sind Wohneinheiten in Unterkünften und in Kellern sowie Wohneinheiten ohne Küche und Kochnische.

heiten mit ihren Wohnparteien ermittelt. Darüber hinaus sind auch Wohnparteien außerhalb von Wohnungen und Wohngelegenheiten — dazu rechnen vor allem Lagerbewohner — gezählt worden. Wohnheime und Anstalten (sog. Anstaltsgebäude) wurden nur dann erfaßt, wenn sie eine Wohnung — z. B. des Heimleiters — enthielten. Die Bewohner der Heime und Anstalten gehörten dagegen nicht zum Erhebungskreis der Gebäude- und Wohnungszählung 1968, wenn sie nicht eine Wohnung oder wenigstens ein Zimmer mit eigener Küche oder Kochnische bewohnten. Das ist der Grund, warum ausländische Arbeitnehmer, die in sog. Gastarbeiter-Unterkünften einzeln oder zu mehreren lediglich ein Zimmer ohne Kochgelegenheit bewohnten, in den folgenden Angaben nicht enthalten sind.

Die meisten Ausländer-Wohnparteien bewohnten normal ausgestattete Wohnungen

Bei der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25.10.1968 wurden insgesamt 9 346 Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer — in der oben dargestellten Abgrenzung — in Hamburg ermittelt. Von diesen lebten 8 439 — das sind 90,3% — in Wohnungen. 505 (5,4%) Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer waren in Wohngelegenheiten in Wohn- und Nichtwohngebäuden — also in Kellern oder in Wohneinheiten ohne Küche und Kochnische — untergebracht. Weitere 249 (2,7%) dieser Wohnparteien wurden in Wohngelegenheiten in Unterkünften — Behelfsheimen, Baracken, Wohnlauben, Wohnwagen usw. — festgestellt. Die restlichen 153 (1,6%) Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer wohnten „außerhalb von Wohnungen und Wohngelegenheiten“ und lebten überwiegend in Wohnlagern.

Aus dieser Zusammenstellung, die in etwa eine qualitative Abstufung der Wohneinheiten wiedergibt, wird deutlich, daß die weitaus überwiegende Anzahl von Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer in der im allgemeinen qualitativ höchsten Stufe — nämlich in Wohnungen — untergebracht war.

Fast 40% der Wohnparteien bestand aus nur einer Person

Erwartungsgemäß war die Zahl der Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer, die nur aus einer Person bestanden, verhältnismäßig hoch. Sie erreichte mit 3 486 Wohnparteien — von denen 2 731 oder fast 80% männlichen Geschlechts waren — beinahe 40% aller Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer. Die Größe der anderen Wohnparteien wurde wie folgt ermittelt:

- 2 152 Wohnparteien mit 2 Personen
- 1 726 Wohnparteien mit 3 Personen
- 1 246 Wohnparteien mit 4 Personen
- 736 Wohnparteien mit 5 und mehr Personen.

Setzt man die durchschnittliche Größe der Wohnparteien der letzten Gruppe mit etwa 6 Personen an, so kann man aus den vorstehenden Angaben die Zahl der Personen in den Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer errechnen: es waren rd. 22 400 Personen.

Beinahe die Hälfte aller Wohnparteien bewohnte 3 und mehr Räume

Über die Größe der Wohnungen und Wohngelegenheiten, die von ausländischen Arbeitnehmern bewohnt wurden, stehen nur Angaben über die Zahl der Räume — nicht aber über die Wohnfläche — zur Verfügung. Gezählt wurden hierbei im allgemeinen nur die Räume mit 6 qm und mehr Wohnfläche, einschließlich aller Küchen ohne Rücksicht auf deren Größe; wurden von einer Wohnpartei dagegen nur ein oder mehrere Räume unter 6 qm Fläche bewohnt, so sind diese in der Gruppe „1 Raum“ mit enthalten.

Die Größe einer Wohneinheit nach der Zahl der Räume sollte stets, wenn man sie beurteilen will, in Kombination mit der Größe der Wohnpartei nach der Zahl der Personen betrachtet werden. Darum wurden in der Tabelle 19 diese beiden Größen einan-

Tabelle 19

Wohnparteien ausländischer und deutscher Arbeitnehmer nach Zahl der Personen und der selbstbewohnten Räume am 25. 10. 1968 in Hamburg

Zahl der selbstbewohnten Räume	Wohnparteien nach der Zahl der Personen							Dagegen: Deutsche Arbeitnehmer
	Ausländische Arbeitnehmer							
	1	2	3	4	5 und mehr	zusammen		%
						absolut	%	
1	2	3	4	5	6	7	8	
Ausländische Arbeitnehmer								
1 ¹⁾	2 624	582	201	62	11	3 480	37,2	8,4
2	399	400	269	96	52	1 216	13,0	9,4
3 und mehr	379	1 150	1 239	1 077	652	4 497	48,1	81,5
Außerhalb von Wohnungen und Wohngelegenheiten	84	20	17	11	21	153	1,7	0,7
Insgesamt absolut	3 486	2 152	1 726	1 246	736	9 346		
%	37,3	23,0	18,5	13,3	7,9		100	
Dagegen: Deutsche Arbeitnehmer								
%	18,5	29,1	26,0	18,0	8,4			100

¹⁾ einschließlich Räume unter 6 qm, soweit die Wohnpartei nur in einem oder in mehreren solcher Räume untergebracht war.

der gegenübergestellt. Hieraus geht hervor, daß fast die Hälfte aller Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer über 3 und mehr Räume verfügte, obwohl die Wohnparteien mit nur einer Person den größten Anteil unter den Wohnparteien stellten. Auf der anderen Seite geht aus dieser Zusammenstellung auch hervor, daß etwa 850 Wohnparteien, die mehr als eine Person zählen, sich mit nur einem Raum begnügen mußten, darunter waren 11 Wohnparteien mit 5 und mehr Personen. Die weitaus überwiegende Anzahl der Einraumwohneinheiten — nämlich etwa 75% — wurde von nur einer Person bewohnt. Bei den Wohneinheiten mit 2 Räumen, auf die etwa 13% aller Wohnparteien entfielen, waren die Wohnparteien mit einer Person und mit zwei Personen fast gleich stark vertreten. Etwa die gleiche Anzahl der Wohnparteien in zwei Räumen hatte dagegen 3 und mehr Personen.

Etwas mehr als die Hälfte der außerhalb von Wohnungen und Wohngelegenheiten untergebrachten 153 Wohnparteien bestand aus einer Person; aber auch rd. 20 Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer mit 5 und mehr Personen wohnten in Lagern.

Geht man von der These aus, daß eine Wohnung überbelegt ist, wenn die Zahl der Personen um eine Person größer ist als die Zahl der Räume — also 2 Personen in nur 1 Raum wohnen usw. —, so stellten wir fest, daß etwa 3 000 Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer — das sind gut 25% — in zumindest beengten Wohnverhältnissen untergebracht waren; von den Bewohnern von Wohngelegenheiten und Lagern ganz abgesehen.

Werden die Anzahl der Personen und der selbstbewohnten Räume der Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer mit denen deutscher Arbeitnehmer verglichen, wie sie in der letzten Zeile und in Spalte 8 der Tabelle 19 dargestellt sind, so zeigen sich erhebliche Unterschiede. Während bei den ausländischen Arbeitnehmern die 1-Personen-Wohnparteien mit rd. 37% den höchsten Anteil stellten und mit zunehmender Personenzahl die prozentualen Anteile abnahmen, waren bei den deutschen Arbeitnehmern die 2-Personen-Wohnparteien mit fast 30% am stärksten vertreten. Bei den 1-Personen-Wohnparteien war der Anteil bei den deutschen nur etwa halb so groß wie bei den ausländischen Arbeitnehmern und

bei den Wohnparteien mit 3 und mehr Personen lag der Anteil der Ausländer stets unter dem der Deutschen. Bei einem Vergleich der Anteile, die auf die unterschiedliche Zahl selbstbewohnter Räume bei den ausländischen und den deutschen Arbeitnehmern entfielen, wird deutlich, daß die deutschen Arbeitnehmer — auch wenn man ihre relativ größeren Wohnparteien berücksichtigt — im Durchschnitt über mehr Räume verfügten als ihre ausländischen Kollegen; drei und mehr Räume bewohnten etwas mehr als 80% der deutschen, aber nur knapp 50% der ausländischen Arbeitnehmer.

Mehr als ein Drittel der ausländischen Arbeitnehmer waren Untermieter

Wie aus der Tabelle 20 — in der die Wohnparteien außerhalb von Wohnungen und Wohngelegenheiten nicht enthalten sind — hervorgeht, waren von den Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer fast genau 90% im Mietverhältnis und zwar etwas über die Hälfte Wohnungsmieter und nicht weniger als 38% Untermieter. Die restlichen rd. 10% teilten sich auf Bewohner von Wohngelegenheiten in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden — also Kellerwohnungen oder Wohnungen ohne Küche und Kochnische — mit 4,4%, auf Wohnungseigentümer mit 3,0% und auf Bewohner von Unterküften mit 2,2% auf. Unter den 280 Eigentümerwohnparteien waren auch 69 Wohnparteien in Eigentumswohnungen zu finden.

Vergleicht man die Aufteilung der Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer auf die verschiedenen Arten der wohnrechtlichen Unterbringung mit der aller Wohnparteien in Hamburg, wie sie ebenfalls in Tabelle 20 aufgeführt ist, so zeigt sich sehr deutlich der besonders hohe Anteil von Untermietern bei den Ausländern, der mit 38,0% über viermal so hoch wie der hamburgische Durchschnitt von 7,9% war. Ähnliches gilt für die Bewohner von Wohngelegenheiten in Wohn- und sonstigen Gebäuden, deren Anteil bei den ausländischen Arbeitnehmern mit 4,4% weit über dem entsprechenden Anteil für die Gesamtheit der Wohnparteien mit 0,9% lag. Entsprechend geringer waren dafür die Anteilssätze der Ausländer-Wohnparteien bei den Eigentümern mit 3,0% gegenüber 14,5% und den Mietern mit 52,4% gegenüber 74,2%.

Tabelle 20

Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer und Wohnparteien insgesamt nach Art der Unterbringung am 25. 10. 1968 in Hamburg
(ohne Wohnparteien außerhalb von Wohnungen und Wohngelegenheiten)

Art der Wohnparteien	Wohnparteien insgesamt	davon waren untergebracht									
		als Mieter in Wohnungen		als Eigentümer in Wohnungen		als Untermieter in Wohnungen und Wohngelegenheiten		in Wohngelegenheiten (ohne Untermieter)			
								in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden		in Unterküften	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer	9 193	4 815	52,4	280	3,0	3 497	38,0	400	4,4	201	2,2
Alle Wohnparteien	744 977	552 786	74,2	107 670	14,5	59 043	7,9	6 424	0,9	19 054	2,6

Die meisten Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer wohnten in Eimsbüttel

In Tabelle 21 ist die Aufteilung der Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer — nach Wohneinheiten — auf die sieben Bezirke Hamburgs dargestellt. Sie zeigt, daß Eimsbüttel mit 18,5% aller dieser Wohnparteien den höchsten Anteil aufweist; doch sind mit 18,1% in Hamburg-Mitte und 17,5% in Hamburg-Nord die Anteile dort wenig geringer. In Altona beträgt der Anteil an allen Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer 16,7%, so daß die vier genannten Bezirke zusammen etwa 70% dieser Wohnparteien beherbergten. In den letzten beiden Zeilen der Tabelle 21 ist die Aufteilung aller Wohnparteien in Hamburg auf die sieben Bezirke dargestellt. Bei einem Anteil von 1,3% für Hamburg insgesamt betrug im einzelnen der Anteil der Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer an allen Wohnparteien in den Bezirken:

Hamburg-Mitte	1,5 %
Altona	1,5 %
Eimsbüttel	1,5 %
Hamburg-Nord	1,0 %
Wandsbek	0,9 %
Bergedorf	0,7 %
Harburg	1,6 %
Hamburg insgesamt	1,3 %

Daraus geht hervor, daß die Bezirke Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel und Harburg überdurchschnittlich

mit ausländischen Wohnparteien besetzt waren, wobei Harburg relativ am meisten Ausländer-Wohnparteien beherbergte.

Werden die verschiedenen Arten von Wohneinheiten betrachtet, in denen ausländische Arbeitnehmer untergebracht waren, so fällt auf, daß in Altona die Unterbringung in Wohnungen mit 81,2% aller Wohnparteien erheblich und in Harburg mit 88,9% etwas unter dem Durchschnitt für Hamburg insgesamt (90,3%) lag. Die Ursache dafür liegt in Altona darin, daß hier der Anteil der Wohnparteien in Wohngelegenheiten in Wohn- und sonstigen Gebäuden mit 13,2% besonders hoch war und auch bei den Wohnparteien, die außerhalb der Wohnungen und Wohngelegenheiten lebten, mit 4,6% ein überdurchschnittlich hoher Wert ermittelt wurde.

Wie die Tabelle 21 ausweist, wohnten allein 47,1% aller Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer, die in Hamburg außerhalb von Wohnungen und Wohngelegenheiten ermittelt wurden, in Altona. In Wandsbek und Harburg hatten die Wohnparteien, die in Wohngelegenheiten in Unterkünften lebten mit 4,9% und 4,5% einen überdurchschnittlich hohen Anteil.

Im Bezirk Bergedorf, in dem mit nur 243 Wohnparteien die ausländischen Arbeitnehmer am geringsten vertreten waren, war deren Unterbringung relativ am besten: 94,6% dieser Wohnparteien waren in Wohnungen untergebracht gegenüber 90,3% für Hamburg insgesamt. D. S.

Tabelle 21

Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer nach Art der Wohneinheiten und nach Bezirken am 25. 10. 1968 in Hamburg

Art der Wohneinheiten	Wohnparteien in Hamburg insgesamt		davon im Bezirk													
			Hamburg-Mitte		Altona		Eimsbüttel		Hamburg-Nord		Wandsbek		Bergedorf		Harburg	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Alle Wohnparteien ..	abs. 9 346	100	1 687	100	1 566	100	1 727	100	1 636	100	1 257	100	243	100	1 230	100
	% 100		18,1		16,7		18,5		17,5		13,4		2,6		13,2	
davon																
in Wohnungen	abs. 8 439	90,3	1 553	92,1	1 271	81,2	1 593	92,2	1 530	93,5	1 169	93,0	230	94,6	1 093	88,9
	% 100		18,4		15,1		18,9		18,1		13,9		2,7		13,0	
in Wohngelegenheiten in Wohn- u. sonst. Gebäuden	abs. 505	5,4	65	3,9	207	13,2	89	5,2	43	2,6	27	2,1	7	2,9	67	5,4
	% 100		12,9		41,0		17,6		8,5		5,3		1,4		13,3	
in Wohngelegenheiten in Unterkünften ..	abs. 249	2,7	50	3,0	16	1,0	45	2,6	16	1,0	61	4,9	6	2,5	55	4,5
	% 100		20,1		6,4		18,1		6,4		24,5		2,4		22,1	
außerhalb von Wohnungen u. Wohngelegenheiten	abs. 153	1,6	19	1,1	72	4,6	—	—	47	2,9	—	—	—	—	15	1,2
	% 100		12,4		47,1		—		30,7		—		—		9,8	
dagegen Wohnparteien in Hamburg insgesamt	abs. 744 977		109 418		107 136		113 660		164 527		140 395		32 631		77 207	
	% 100		14,7		14,4		15,3		22,1		18,8		4,4		10,3	

Jeder dritte ausländische Arbeitnehmer lebte in einer Gemeinschaftsunterkunft

Die Informationslücke, die – wie oben bereits erwähnt – durch das Fehlen von Daten im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 über die sog. Gastarbeiter-Unterkünfte entstand, läßt sich in etwa durch Material aus der Hamburger Einwohnerkartei schließen. Bei diesen Zahlen, die auf der Basis Straße und Hausnummer zum 30. September 1970 aufbereitet wurden, ist allerdings zu beachten, daß die sog. Gastarbeiter-Unterkünfte nicht mit den Gebäuden und Unterkünften mit 10 und mehr ausländischen Arbeitnehmern nach der Einwohnerkartei identisch zu sein brauchen.

Von den 54 529 Arbeitnehmern mit ausländischem Paß, die in der Einwohnerkartei registriert wurden, wohnten 19 757, also rd. 36 %, in Gebäuden und Unterkünften mit 10 und mehr Personen. 15 731 (rd. 80 %) waren Männer und 4 026 (rd. 20 %) Frauen.

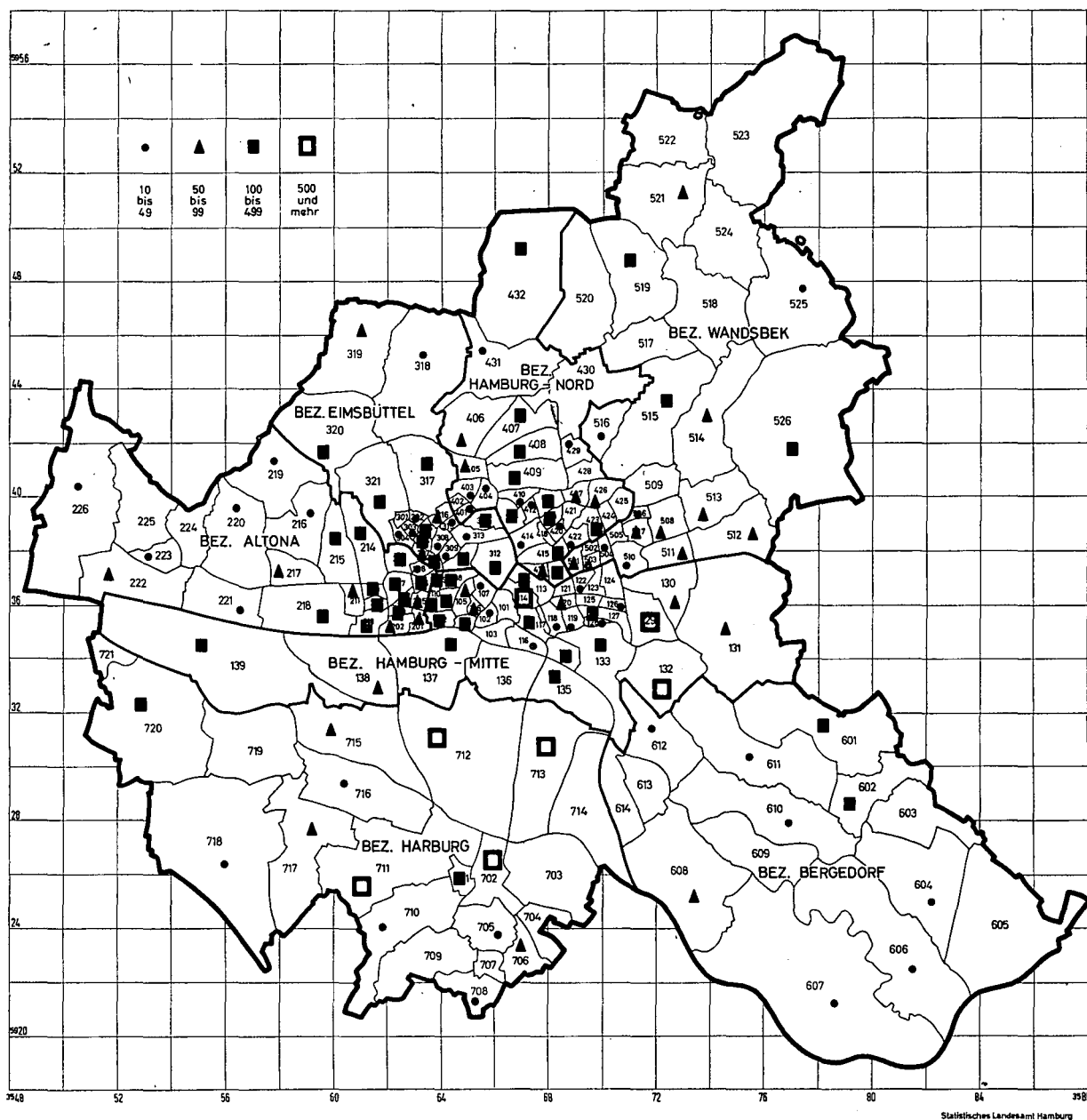
Schwerpunkt der Gemeinschaftsunterkünfte in Hamburg-Mitte

Während die regionale Verteilung dieser ausländischen Mitbürger auf die sieben Hamburger Bezirke in der Tabelle 22 ausgewiesen wird, gibt das Schaubild 5 ihre Verteilung auf die Ortsteile wieder.

Neben dem Schwerpunkt im Bezirk Mitte mit einem Anteil von 35 % an Bewohnern von Gemeinschaftsunterkünften ragen, was die Zahl der dort untergebrachten Ausländer angeht, zwei weitere Bezirke heraus, nämlich der Bezirk Harburg mit 3 699 ausländischen Erwerbstätigen oder 18,7 % und der Bezirk Altona mit 3 004 ausländischen Arbeitnehmern oder 15,2 %. Nicht weniger als 69 % aller ausländischen Arbeitnehmer waren auf diese 3 Bezirke konzentriert!

Schaubild 5

Unterkünfte mit 10 und mehr gemeldeten ausländischen Arbeitnehmern nach Ortsteilen
– Fortschreibungsbestand der Einwohnerkartei vom September 1970 –



Statistisches Landesamt Hamburg

Tabelle 22

**Die Verteilung der ausländischen Arbeitnehmer
in Gebäuden und Unterkünften mit 10 und mehr Personen
auf die Bezirke**

Bezirke	Ausländische Arbeitnehmer		davon	
	absolut	%	männlich	weiblich
	1	2	3	4
Hamburg-Mitte	6 927	35,1	5 872	1 055
Altona	3 004	15,2	2 180	824
Eimsbüttel	2 428	12,3	1 579	849
Hamburg-Nord .	2 040	10,3	1 414	626
Wandsbek	1 130	5,7	999	131
Bergedorf	529	2,7	434	95
Harburg	3 699	18,7	3 253	446
Insgesamt	19 757	100,0	15 731	4 026

Gemessen an der Wohnbevölkerung der einzelnen Bezirke ergeben sich für diesen Personenkreis Anteilswerte („Ausländerbesatz“), die die Reihenfolge der Bezirke, geordnet nach der absoluten Zahl der Ausländer, weitgehend unverändert läßt. Mit 2,6 % steht auch hier der Bezirk Hamburg-Mitte wieder an erster Stelle, gefolgt von Harburg mit 1,8 %, Altona mit 1,1 %, Eimsbüttel mit 0,9 %, Hamburg-Nord mit 0,6 %, Bergedorf mit 0,6 % und Wandsbek mit 0,3 %. Diese recht unterschiedliche Verteilung der ausländischen Arbeitnehmer auf die sieben Bezirke steht sicherlich in enger Beziehung mit der Verteilung der Industriebeschäftigten auf diese administrativen Einheiten. Obgleich der prozentuale Anteil der Industriebeschäftigten in den einzelnen Bezirken dem prozentualen Anteil der ausländischen Arbeitnehmer in diesen Verwaltungseinheiten nahezu entspricht, ist es dennoch problematisch, daraus einen Zusammenhang zu folgern, weil die Industriebeschäftigten am Arbeitsplatz und die Ausländer am Wohnplatz erfaßt wurden. Die Verzerrungen, die sich hier ergeben, sind durch die innerstädtische Pendelwanderung der ausländischen Arbeitnehmer bedingt.

In 140 Ortsteilen wohnten ausländische Arbeitnehmer in Gemeinschaftsunterkünften

Das Schaubild 5 zeigt die Verteilung der in Gemeinschaftsunterkünften wohnenden ausländischen Arbeitskräfte auf die 179 Ortsteile. In 140 Ortsteilen wohnten Ausländer, die in Gemeinschaftsunter-

künften untergebracht waren. In diesem Zusammenhang muß allerdings die unterschiedliche Belegung der einzelnen Ortsteile durch diese ausländischen Staatsbürger berücksichtigt werden. Die Tabelle 23, die aus dem Schaubild 5 erstellt wurde, läßt die Belegung der einzelnen Ortsteile in den sieben Bezirken durch die vorgenommene Gruppenbildung deutlicher werden. Über die Ursachen für die Verteilung – zu nennen wären in diesem Zusammenhang z. B. die Wohnheime, die diesem Personenkreis von größeren Firmen zur Verfügung gestellt werden – sagt diese Statistik nichts aus.

Ortsteile, in denen 500 und mehr Ausländer wohnen, werden in der Tabelle 23 bzw. im Schaubild 5 nur für die Bezirke Hamburg-Mitte und Harburg ausgewiesen. Der Bezirk Hamburg-Mitte hält außerdem noch in der Gruppe III (100 bis unter 500 Ausländer) mit 14 Ortsteilen, dicht gefolgt von Altona mit 11 Ortsteilen und Hamburg-Nord mit 10 Ortsteilen, die Spitze. Während in Eimsbüttel 9 von 20 Ortsteilen der Gruppe III angehören, sind es in Wandsbek nur 3 von 17 und in Bergedorf nur 2 von 9.

L. D.

5. Ausländische Schüler und Studenten in Hamburg

Knapp 5000 ausländische Schüler in den Hamburger Schulen

In den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen ist der Anteil der ausländischen Schüler gering. Von den Volksschülern und Gymnasiasten haben jeweils etwa 2 % eine ausländische Staatsangehörigkeit; bei den Realschülern ist nicht einmal jeder 100. ein Ausländer. Im Zusammenhang mit dem Schulbesuch ausländischer Kinder entstehen für die Hamburger Schulverwaltung dennoch recht erhebliche Probleme, etwa hinsichtlich der Vermittlung zusätzlichen Deutschunterrichts oder des ebenso gewünschten Unterrichts in den jeweiligen Muttersprachen und in speziellen auf die Heimatländer bezogenen Fächern. Über die absolute Inanspruchnahme der Hamburger allgemeinbildenden Schulen durch Ausländer vermag folgendes Rechenbeispiel eine Anschauung zu geben: Unterstellt man eine Klassenstärke von 30 Schülern, so bedeutet dies bei den 3 250 ausländischen Volksschülern des Schuljahres

Tabelle 23

**Die Verteilung der ausländischen Arbeitnehmer in Gebäuden und Unterkünften mit 10 und mehr Personen
auf die Ortsteile**

Ausländer in Gruppen	Anzahl der Ortsteile in den Bezirken							
	Hamburg-Mitte	Altona	Eimsbüttel	Hamburg-Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg	Zusammen
Gruppe I (10 bis unter 50 Ausländer)	8	7	8	10	6	6	5	50
Gruppe II (50 bis unter 100 Ausländer)	6	6	3	5	8	1	3	32
Gruppe III (100 bis unter 500 Ausländer)	14	11	9	10	3	2	2	51
Gruppe IV (500 und mehr Ausländer)	3	—	—	—	—	—	4	7
Insgesamt	31	24	20	25	17	9	14	140

Tabelle 24

**Ausländische Studierende an der Universität Hamburg nach dem Heimatland
in den Wintersemestern 1960/61 bis 1970/71**

Erdteile Länder	Ausländische Studierende im																						Veränderung WS 1970/71 gegenüber WS 1960/61		
	WS 1960/61		WS 1961/62		WS 1962/63		WS 1963/64		WS 1964/65		WS 1965/66		WS 1966/67		WS 1967/68		WS 1968/69		WS 1969/70		WS 1970/71				
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
Europa	329	39,9	394	41,5	372	38,2	366	35,5	378	34,5	360	34,1	349	33,8	317	32,4	326	34,5	322	32,4	390	33,3	+ 61	+ 18,5	
darunter																									
Griechenland	117	14,2	138	14,5	111	11,4	105	10,2	116	10,6	105	9,9	97	9,4	70	7,2	67	7,1	61	6,1	72	6,1	— 45	— 38,5	
Finnland	13	1,6	19	2,0	21	2,2	19	1,8	23	2,1	24	2,3	24	2,3	28	2,9	33	3,5	26	2,6	46	3,9	+ 33	+ 253,8	
Frankreich	15	1,8	19	2,0	18	1,8	16	1,5	15	1,4	11	1,0	13	1,3	16	1,6	21	2,2	37	3,7	38	3,2	+ 23	+ 153,3	
Österreich	11	1,3	16	1,7	17	1,7	21	2,0	21	1,9	32	3,0	38	3,7	35	3,6	33	3,5	31	3,1	36	3,1	+ 25	+ 227,3	
CSSR	1	0,1	1	0,1	1	0,1	1	0,1	—	—	—	—	4	0,4	3	0,3	24	2,5	28	2,8	28	2,4	+ 27	+ 270,0	
Großbritannien	16	1,9	10	1,1	14	1,4	24	2,3	20	1,8	17	1,6	16	1,6	15	1,5	10	0,1	20	2,0	29	2,5	+ 13	+ 81,3	
Asien	280 ¹⁾	33,9 ¹⁾	354	37,3	375	38,5	427	41,4	449	41,0	388	36,7	380	36,9	360	36,8	353	37,3	363	36,6	438	37,4	+ 158	+ 56,4	
darunter																									
Iran	63	7,6	65	6,8	64	6,6	80	7,8	84	7,7	86	8,1	86	8,3	80	8,2	77	8,1	79	8,0	105	9,0	+ 42	+ 66,7	
Türkei	36	4,4	45	4,7	47	4,8	48	4,7	47	4,3	28	2,7	28	2,7	25	2,6	19	2,0	19	1,9	32	2,7	— 4	— 11,1	
Indonesien	56	6,8	62	6,5	64	6,6	65	6,3	65	5,9	52	4,9	56	5,4	63	6,4	69	7,3	79	8,0	96	8,2	+ 40	+ 71,4	
Indien	28	3,4	32	3,4	36	3,7	34	3,3	36	3,3	31	2,9	29	2,8	21	2,1	24	2,5	21	2,1	26	2,2	— 2	— 7,1	
Jordanien	18	2,2	19	2,0	17	1,7	38	3,7	37	3,4	34	3,2	30	2,9	26	2,7	32	3,4	31	3,1	29	2,5	+ 11	+ 61,1	
Amerika	95	11,5	115	12,1	126	12,9	110	10,7	119	10,9	130	12,3	144	14,0	138	14,1	115	12,2	162	16,3	185	15,8	+ 90	+ 94,7	
darunter																									
USA	45	5,5	65	6,8	73	7,5	68	6,6	61	5,6	88	8,3	87	8,4	93	9,5	68	7,2	97	9,8	110	9,4	+ 65	+ 144,4	
Afrika	99 ²⁾	12,0 ²⁾	81	8,5	92	9,4	110	10,7	134	12,2	157	14,9	137	13,3	136	13,9	128	13,5	124	12,5	137	11,7	+ 38	+ 38,4	
darunter																									
Ver. Arab. Rep. (Ägypten)	59 ²⁾	7,2 ²⁾	37	3,9	33	3,4	34	3,3	40	3,6	42	4,0	30	2,9	35	3,6	36	3,8	32	3,2	34	2,9	— 25	— 42,4	
Australien	2	0,3	3	0,3	1	0,1	2	0,2	1	0,1	2	0,2	2	0,2	2	0,2	3	0,3	2	0,2	3	0,2	+ 1	+ 50,0	
Staatenlos u. Unbekannt ...	20	2,4	3	0,3	9	0,9	16	1,5	15	1,3	19	1,8	19	1,8	25	2,6	21	2,2	20	2,0	19	1,6	— 1	— 5,0	
Insgesamt	825	100	950	100	975	100	1 031	100	1 096	100	1 056	100	1 031	100	978	100	946	100	993	100	1 172	100	+ 347	+ 42,1	

¹⁾ ohne Syrien (VAR) — ²⁾ einschl. Syrien

1970/71, daß über 100 Volksschulklassen allein mit Kindern von Ausländern besetzt werden könnten. Mehr als 20 Klassen, d. h. ein normales Gymnasium, wären für die 680 ausländischen Gymnasiasten einzurichten. Für die 139 ausländischen Realschüler brauchten demgegenüber lediglich fünf Klassen geschaffen zu werden.

Die am stärksten vertretenen Nationalitäten waren im Schuljahr 1970/71 Türken, Griechen, Italiener und Spanier. Gegenüber dem Schuljahr 1965/66, in dem die Staatsangehörigkeit der Schüler in den allgemeinbildenden Schulen zum erstenmal erfragt wurde, haben sich keine wesentlichen Verschiebungen in der Rangfolge der Nationalitäten ergeben. Die absolute Gesamtzahl der ausländischen Schüler ist jedoch in der Zwischenzeit beträchtlich angewachsen; im Vergleich zu 1965 hat sich die Zahl der Volksschüler aus dem Ausland verfünffacht, die Zahl der ausländischen Gymnasiasten ist sogar auf das Sechsfache gestiegen.

Insgesamt 825 Ausländer besuchten im Schuljahr 1970/71 die Hamburger berufsbildenden Schulen; das waren knapp 2% aller Schüler dieser Schulart. Die ausländischen Schüler in den berufsbildenden Schulen hatten ihre Heimat ebenfalls zumeist in den Anwerbeländern für die ausländischen Arbeitnehmer.

40% mehr ausländische Studierende an der Hamburger Universität als 1951

Die internationale Mobilität der Studierenden und die in Form von Ausbildung geleistete Entwicklungshilfe führen an den Hamburger Hochschulen zu einem anteilmäßig hohen Bestand von Ausländern.

Im Wintersemester 1970/71 hatten fast 6% aller Studierenden der Universität Hamburg eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Zahl der Studentinnen und Studenten aus dem Ausland beträgt jetzt rd. 1 200, über 40% mehr als vor zehn Jahren. Der Anteil der Europäer ist in diesem Zeitraum zugunsten der Asiaten und Amerikaner deutlich zurückgegangen. Heute kommt etwa jeweils ein Drittel der ausländischen Studierenden aus Europa oder Asien, jeder sechste Studierende aus dem Ausland ist Amerikaner, jeder neunte Afrikaner. Die am häufigsten anzutreffenden Nationen sind die USA, Iran, Indonesien, Griechenland und Finnland (vgl. T a b e l l e 24).

Merklich erhöht hat sich in den letzten Jahren der Anteil der Studentinnen aus dem Ausland. Verlagerungen sind auch in den Ausbildungswünschen der ausländischen Studierenden zu beobachten. Vor zehn Jahren waren beispielsweise 37 von 100 ausländischen Studierenden der Fachrichtung nach Mediziner; im Wintersemester 1970/71 hatten sich dagegen nur 16% der Studierenden aus dem Ausland für den Fachbereich Medizin entschieden. Ebenfalls 16% waren für den Bereich Sprachwissenschaften eingeschrieben, während im Wintersemester 1960/61 nur knapp 9% der an der Universität studierenden Ausländer sprachwissenschaftliche Fächer gewählt hatten. Relativ unverändert war die Beliebtheit der

wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen, die im Wintersemester 1970/71 von 16% und zehn Jahre zuvor von 17% der Ausländer belegt wurden.

Zahlenmäßig geringer, dem Anteil nach jedoch noch stärker vertreten sind die ausländischen Studierenden an den künstlerischen Hochschulen Hamburgs. An der Hochschule für Musik und darstellende Kunst war im Wintersemester 1970/71 jeder sechste der insgesamt fast 600 Studierenden ein Ausländer. Von den rd. 750 Studenten der Hochschule für bildende Künste besaß etwa jeder neunte die Staatsangehörigkeit eines anderen Landes. Auch diese Anteile haben gegenüber dem Wintersemester 1960/61 sehr stark zugenommen.

Ausländer arbeiten und wohnen nicht nur in Hamburg, besuchen dort Schulen und Hochschulen, in zahlenmäßig weit größerem Umfang kommen sie alljährlich auch als Gäste in die Hansestadt, zum kleinen Teil sogar, um auf diesem Umweg – und ggf. nicht immer ganz legal – gleich als Gastarbeiter hier zu bleiben.

D. B.

6. Ausländer als Gäste in Hamburgs Beherbergungsbetrieben

– Ergebnisse der Fremdenverkehrsstatistik –

Jeder dritte Gast ein Ausländer

Unter den fast 1,5 Millionen Gästen, die im Jahre 1970 in Hamburgs Beherbergungsbetrieben übernachteten, waren mehr als eine halbe Million Ausländer⁷⁾, d. h. etwa jeder Dritte der Gäste war ein Ausländer; ein Anteil, den die Gäste der Ausländer über Jahre hinweg ständig beibehalten hat.

Tabelle 25

Die Gäste insgesamt und die ausländischen Gäste in den Hamburger Beherbergungsbetrieben 1964 bis 1970

Jahre	Gäste insgesamt	darunter Ausländer	
		absolut	%
	1	2	3
1964	1 380 504	491 779	35,6
1965	1 439 900	509 493	35,4
1966	1 448 372	509 491	35,2
1967	1 434 947	507 681	35,4
1968	1 389 295	468 462	33,7
1969	1 476 704	492 458	33,3
1970	1 495 672	511 224	34,2
Veränderung 1970 gegenüber 1964	+ 8,3 %	+ 4,0 %	

In den Jahren 1967 und 1968 setzte der bis dahin seit 1964 anhaltende Anstieg aus; die Zahl der Besucher ging zurück, bei den Ausländern um einiges stärker als bei den Deutschen. Der Tiefpunkt des Jahres 1968 lag daher für die ausländischen Gäste um ein gutes Stück unter dem Niveau des Jahres 1964; die Zahl der deutschen Gäste konnte sich dagegen mit einigem Abstand über diesem Niveau behaupten. In den Jahren 1969 und 1970 nahm die Zahl der Besucher wieder zu. Die Zahl der deutschen Gäste erreichte dadurch bereits 1969 neue Höchstziffern, die der ausländischen dann auch im Jahre 1970. In diesem Jahr hatten die Ausländer den Zuwachs sogar so gut wie allein gestellt: 18 764 von

⁷⁾ Ausländer heißt hier: Auslandsgäste mit ständigem Wohnsitz im Ausland; es ist nicht die Staatsangehörigkeit (Nationalität) maßgebend.

18 968 Personen. Insgesamt hatte jedoch die Zahl der Ausländer gegenüber 1964 oder auch gegenüber 1966, dem letzten Jahr vor dem zwischenzeitlichen Rückgang, nicht ganz so kräftig aufgeholt wie die der Deutschen (Deutsche +11 %, Ausländer +4 % gegenüber 1964).

Die ganze Zeit über hatte der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Gäste bei all diesen Bewegungen zwar leicht geschwankt, blieb aber stets, selbst im Tiefpunkt des Jahres 1968, noch über einem Satz von einem Drittel.

Gäste kommen aus allen Richtungen des Erdballs nach Hamburg, selbst aus seinen fernsten Teilen, aus einigen von ihnen sogar ungemein viele. Amerikaner, Afrikaner, Asiaten und Australier sind unter den Besuchern ebenso zu finden wie unsere nächsten Nachbarn in Europa. Überwiegt auch die Zahl der Europäer unter den Reisenden, die Gruppe der Reisenden aus Übersee stellt neben ihnen doch eine nicht nur bunte, sondern auch stattliche Schar: im Jahre 1970 wurden unter insgesamt 511 000 Gästen aus dem Ausland bald 120 000 Reisende aus Amerika, Afrika, Asien oder Australien registriert: grob gerechnet war also etwa jeder vierte ausländische Gast ein Gast aus Übersee.

Tabelle 26
Ausländische Gäste in den Hamburger Beherbergungsbetrieben 1970 nach dem Herkunftserdteil

Erdteile	Ausländische Gäste	
	absolut	%
	1	2
Europa	393 818	77,0
Übersee	117 406	23,0
davon		
Amerika	68 231	13,3
Asien/Australien	40 272	7,9
Afrika	8 903	1,7
Insgesamt	511 224	100

Weniger Skandinavier und US-Amerikaner, dafür mehr Türken, Osteuropäer und Japaner

Wie die Tabellen 27 und 28 zeigen, haben sich die Besucherströme aus den einzelnen Ländern unterschiedlich entwickelt. Das hat einige Verschiebungen in der Stellung gebracht, die das einzelne Land in der Rangfolge der Länder einnimmt: einige haben etwas an Boden verloren, andere einiges hinzugewonnen, durchgreifende Veränderungen haben sich dadurch jedoch so gut wie nirgends ergeben. Zunahmen oder Abnahmen in der Zahl der Gäste mögen wohl hier oder da das Gewicht des einzelnen Landes erhöht oder verringert haben, auf einen anderen Platz ist es dadurch nur relativ selten gehoben oder gedrückt worden. Die Rangfolge nach der Zahl der jeweils gestellten Gäste zeigt daher 1970 weithin noch ein ähnliches Bild wie schon 1964.

Ihren Platz an der Spitze der Länder haben insbesondere Skandinavien und die USA behauptet. Besucher aus diesen Ländern machten und machen nach wie vor auch noch heute das Hauptkontingent der ausländischen Gäste in Hamburgs Beherber-

Tabelle 27
Auslandsgäste in Hamburgs Beherbergungsbetrieben in den Jahren 1964, 1968, 1970

Länder	Gäste			Veränderungen in % 1970 gegenüber	
	1964	1968	1970	1964	1968
	1	2	3	4	5
Dänemark	79 492	67 284	66 995	- 15,7	- 0,4
Schweden	76 319	79 703	81 546	+ 6,8	+ 2,3
Norwegen	27 887	22 572	21 256	- 23,8	- 5,8
Finnland	20 094	11 894	11 769	- 41,4	- 1,1
Großbritannien	36 397	34 346	36 425	+ 0,1	+ 6,1
Niederlande	30 740	29 114	30 086	- 2,1	+ 3,3
Belgien - Luxemburg	9 009	9 126	12 115	+ 34,5	+ 32,8
Frankreich	22 491	21 250	24 556	+ 9,2	+ 15,6
Italien	19 554	19 289	21 626	+ 10,6	+ 12,1
Spanien - Portugal	10 089	9 138	11 260	+ 11,6	+ 23,2
Schweiz	19 897	18 713	19 382	- 2,6	+ 3,6
Österreich	11 769	12 094	14 041	+ 19,3	+ 16,1
Griechenland	5 312	4 684	5 289	- 0,4	+ 12,9
Türkei	4 044	3 731	10 239	+ 153,2	+ 174,4
übrige europäische Länder	12 500	20 651	24 454	+ 95,6	+ 18,4
Afrika	7 208	7 242	8 903	+ 23,5	+ 22,9
Asien - Australien	27 160	34 300	40 272	+ 48,3	+ 17,4
Amerika	68 226	60 847	68 231	+ 0,0	+ 12,1
nicht näher bezeichnetes Ausland	3 591	2 485	2 779	- 22,6	+ 11,8
Insgesamt	491 779	468 462	511 224	+ 4,0	+ 9,1

gungsbetrieben aus, obwohl ihre Zahlen in den letzten Jahren wesentlich niedriger waren als im Jahre 1965, dem Jahr der höchsten Besucherzahl aus diesen Ländern. Von den nicht ganz 510 000 Auslandsgästen dieses Jahres waren fast 261 000 Gäste Einwohner aus Skandinavien oder den USA — mehr als die Hälfte. Mit einer inzwischen zwar um etwa 33 000 gesunkenen Zahl von nicht ganz 228 000 Gästen oder rund zwei Fünfteln aller 511 000 ausländischer Besucher hielten sie sich auch 1970 noch immer mit einigem Abstand vor allen anderen Ländern. Von den Einwohnern der skandinavischen Länder haben vor allem die Schweden und Dänen zu diesem Stand beigetragen.

Tabelle 28
Gäste aus ausgewählten Ländern in Hamburger Beherbergungsbetrieben in den Jahren 1964 bis 1970

Jahre	Gäste aus						
	Däne- mark	Schwe- den	Nor- wegen	USA	Türkei	übrigen europä- ischen Län- dern	Japan
	1	2	3	4	5	6	7
1964 ...	79 492	76 319	27 887	48 508	4 044	12 500	11 542
1965 ...	81 437	77 388	29 456	50 941	4 300	13 291	13 467
1966 ...	83 124	74 854	25 961	49 388	5 011	16 734	16 618
1967 ...	78 397	80 978	25 380	46 310	4 094	19 402	18 958
1968 ...	67 284	79 703	22 572	41 021	3 731	20 651	18 493
1969 ...	70 578	83 169	22 929	41 485	6 174	24 341	18 177
1970 ...	66 995	81 546	21 256	46 039	10 239	24 454	19 908

Mehr an Gewicht und auch einen höheren Rang in der Skala gewonnen haben dagegen die Besucherkontingente aus der Türkei, aus den in einer Sammelposition ausgewiesenen übrigen europäischen Ländern (vornehmlich Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn) und nicht zuletzt aus Japan. Die Besucherzahlen aus diesen Ländern sind bis 1970 in ganz andere Dimensionen hineingewachsen, als man sie 1964 und noch etliche Jahre danach gekannt hatte.

Den stärksten Sprung hat wohl die Zahl der Gäste aus der Türkei und zwar zur Hauptsache in aller-

letzter Zeit gemacht. Im Jahre 1970 kamen gegenüber 1969 mit rd. 4 000 Personen etwa so viele hinzu, wie in den Jahren zuvor überhaupt in Hamburgs Beherbergungsbetrieben übernachtet hatten. Im Jahre 1964 mit 4 044 Personen so ziemlich mit am Schluß der Skala rangierend, rückte ihre Zahl – durch die Zahl der griechischen Gäste überflügelnd – weiter vor in die Nähe der Zahlen für die Gäste aus Belgien/Luxemburg, Spanien und Portugal sowie auch Österreich, deren Veränderungen damit verglichen nur relativ gering waren. Aus ganz Afrika zusammen schließlich kamen weniger Besucher als aus der Türkei. Trotz der Steigerung der Zahl ihrer Besucher in Hamburg blieb die Türkei immer noch eins der Länder, die ein relativ geringes Kontingent an Besuchern stellten und damit auch jetzt nach wie vor relativ weit hinten in der Reihe der Länder stehen. Mit ihren rd. 10 000 Besuchern blieb die Türkei auch noch unter dem Stand, den die Kontingente der beiden anderen mit hohen Steigerungsraten auftretenden Bezirke bereits 1964 erreicht hatten: der übrigen europäischen Länder und Japans. Mit ihren gegenüber 1964 etwa verdoppelten Anteilen von fast 24 500 oder nahezu 20 000 Gästen kamen diese beiden Regionen in etwa auf eine Stufe mit einer Anzahl ungefähr eine mittlere Position einnehmenden Ländern wie Frankreich, Italien, Schweiz: eins der mit am weitesten entfernten Länder wie Japan also auf gleichem Niveau wie einige der näheren Nachbarn der Bundesrepublik. Aus Japan kam im übrigen rd. die Hälfte aller Besucher aus ganz Asien und Australien.

Neben den geschilderten erscheinen die Veränderungen bei der zahlenmäßig größten Gruppe der übrigen Länder als relativ gering. Unter diesen Ländern nahmen Großbritannien und die Niederlande im Jahre 1970 mit 36 500 bzw. 30 000 Gästen die hervorragendsten Plätze ein.

Gastarbeiter unter den Hotel- und Pensionsgästen aus den Mittelmeerländern

Der Zuwachs an Gästen aus den Mittelmeerländern wird vermutlich zu einem nicht unwesentlichen Teil von Gastarbeitern und weniger von Geschäftsreisenden oder Touristen gestellt. Zugereiste Gastarbeiter kommen zunächst vielfach erst in Beherbergungsbe-

^{*)} Die Verfahrensregeln der Fremdenverkehrsstatistik lassen eine solche Meldung sogar für eine relativ lange Zeit zu: ganz allgemein werden in den Beherbergungsbetrieben übernachtende Personen u. U. – etwas willkürlich – für eine Zeit bis zu drei Monaten als Gäste im Sinne der Fremdenverkehrsstatistik gezählt und erst danach als sogenannte „Dauergäste“ betrachtet, die dann nicht mehr in der Fremdenverkehrsstatistik zu erscheinen haben.

trieben unter und werden, solange sie sich dort aufhalten – und dieser Aufenthalt erstreckt sich zumeist über eine längere Zeit, als sonst beim Fremdenverkehr in Großstädten üblich ist – auch zur Fremdenverkehrsstatistik gemeldet^{*)}.

Für die hier vorgetragene Vermutung spricht auch, daß die Übernachtungsdauer – das Verhältnis der Zahl der Übernachtungen zu der Zahl der Gäste – gerade bei den Gästen aus den Heimatländern der Gastarbeiter überdurchschnittlich hoch ist.

Tabelle 29

Übernachtungsdauer ausländischer Gäste aus ausgewählten Ländern in Hamburger Beherbergungsbetrieben im Jahre 1970

Länder	Gäste	Übernachtungen	Durchschnittliche Zahl der Übernachtungen je Gast
	1	2	3
Türkei	10 239	31 877	3,1
Afrika	8 903	22 244	2,5
Asien - Australien	40 272	100 733	2,5
Griechenland	5 289	12 132	2,3
Jugoslawien	5 920	13 841	2,3
Amerika	68 231	156 319	2,3
Spanien - Portugal	11 260	24 953	2,2
Österreich	14 041	30 862	2,2
Skandinavien	181 566	284 496	1,6
Belgien - Luxemburg	12 115	19 501	1,6
Frankreich	24 556	44 858	1,8
Schweiz	19 382	37 932	2,0
Ausland zusammen	511 224	993 721	1,9
Ausland und Deutschland insgesamt	1 495 672	2 979 593	2,0

Sieht man von den Übernachtungszeiten der Reisenden vor allem aus anderen Erdteilen ab – die weite Entfernungen zu überwinden haben und sich daher zumeist länger aufhalten –, so finden sich unter den Ländern mit überdurchschnittlicher Übernachtungsdauer vornehmlich solche, die Gastarbeiter entsenden. Weit vorn an der Spitze steht bezeichnenderweise die Türkei, für deren Gastarbeiter in besonderem Maße die Vermutung gelten dürfte.

W. L.

Hans Georg Wollenhaupt
und
Detlef Schmidt, Lüder Dumas,
Dieter Buch, Willi Lellau

Anhangtabelle

Die Zu- und Fortzüge nach dem/vom Ausland 1963, 1966 und 1969 nach der Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Jahre	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo	
		Insgesamt	dar. männl.	Insgesamt	dar. männl.	Insgesamt	dar. männl.
		1	2	3	4	5	6
Europa	1963	7 573	5 118	3 473	2 587	+ 4 100	+2 531
	1966	7 892	5 581	4 546	4 221	+ 3 346	+1 360
	1969	17 467	11 751	6 898	4 872	+10 569	+6 879
darunter:							
Griechenland	1963	901	433	273	196	+ 628	+ 237
	1966	949	436	909	545	+ 40	— 109
	1969	1 523	796	453	267	+ 1 070	+ 529
Italien	1963	1 488	1 246	783	701	+ 705	+ 545
	1966	1 827	1 524	1 699	1 513	+ 128	+ 11
	1969	1 643	1 305	1 209	1 007	+ 434	+ 298
Jugoslawien	1963	224	116	110	71	+ 114	+ 45
	1966	1 886	1 434	477	393	+ 1 409	+1 041
	1969	5 240	3 819	1 277	1 017	+ 3 963	+2 802
Österreich	1963	633	441	263	181	+ 370	+ 260
	1966	521	320	409	284	+ 112	+ 36
	1969	606	412	323	213	+ 283	+ 199
Spanien	1963	690	424	516	424	+ 174	—
	1966	859	565	1 266	933	— 407	— 368
	1969	731	512	423	307	+ 308	+ 205
Türkei	1963	1 057	897	336	301	+ 721	+ 596
	1966	1 204	774	970	821	+ 234	— 47
	1969	3 175	2 299	929	716	+ 2 246	+1 583
Portugal	1963	317	271	63	60	+ 254	+ 211
	1966	1 037	767	300	263	+ 737	+ 504
	1969	1 105	724	234	170	+ 871	+ 554
Tschechoslowakei ...	1963	37	17	14	6	+ 23	+ 11
	1966	92	58	37	23	+ 55	+ 35
	1969	751	494	366	245	+ 385	+ 249
Afrika	1963	363	328	142	120	+ 221	+ 208
	1966	319	268	416	377	— 97	— 109
	1969	509	431	256	222	+ 253	+ 209
Amerika	1963	997	549	421	234	+ 576	+ 315
	1966	996	562	814	505	+ 182	+ 57
	1969	1 008	534	801	471	+ 207	+ 63
darunter:							
Kanada	1963	90	56	35	24	+ 55	+ 32
	1966	75	36	51	28	+ 24	+ 8
	1969	100	58	50	29	+ 50	+ 29
Vereinigte Staaten ..	1963	530	292	239	127	+ 291	+ 165
	1966	559	305	463	282	+ 96	+ 23
	1969	552	282	488	270	+ 64	+ 12
Asien	1963	1 043	784	305	241	+ 738	+ 543
	1966	1 002	719	977	781	+ 25	— 62
	1969	1 090	772	763	556	+ 327	+ 216
darunter:							
Iran	1963	333	248	85	62	+ 248	+ 186
	1966	273	207	329	245	— 56	— 38
	1969	225	154	210	149	+ 15	+ 5
Japan	1963	198	125	67	47	+ 131	+ 78
	1966	275	170	146	105	+ 129	+ 65
	1969	325	204	237	151	+ 88	+ 53
Australien	1963	81	46	19	12	+ 62	+ 34
	1966	125	63	92	47	+ 33	+ 16
	1969	125	63	72	37	+ 53	+ 26
Ausland insgesamt	1963	10 114	6 854	4 387	3 215	+ 5 727	+3 639
	1966	13 469	8 857	10 397	7 674	+ 3 072	+1 183
	1969	20 294 ¹⁾	13 598	8 818	6 178 ¹⁾	+11 476	+7 420

¹⁾ Differenzen zu Tab. 17 erklären sich dadurch, daß die vorstehende Tabelle lediglich die Zu- u. Fortzüge über die Auslandsgrenzen ausweist, während in Tab. 17 auch die Mobilität der Ausländer innerhalb der Grenzen erfaßt wird.

Die Wohnungsversorgung der älteren Menschen in Hamburg

Etwa jeder sechste Hamburger Einwohner gehörte Ende 1968 zu den älteren Menschen von 65 und mehr Jahren. Von diesen 297 000 älteren Menschen waren 111 000 (37 %) Männer und 186 000 (63 %) Frauen; damit zählte von allen männlichen Einwohnern fast jeder achte und von allen weiblichen Einwohnern beinahe jeder fünfte zu dieser Altersgruppe. Alle diese Daten machen das große Gewicht, das die älteren Menschen in der gesamten Bevölkerung haben, deutlich sichtbar.

Ein sozial- und gesellschaftspolitisch wichtiges Problem ist die Wohnungsversorgung älterer Menschen. Hierüber können aus den bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 ermittelten Daten einige interessante Aussagen gemacht werden, da die Angaben über Wohnparteien, deren Vorstand 65 Jahre und älter war, nach der Größe der Wohnpartei und nach ihrer Unterbringung gesondert aufbereitet werden. Von den etwa 297 000 älteren Menschen waren rund 206 000 (70 %) Vorstand einer Wohnpartei. Die übrigen älteren Menschen gehörten entweder als Mitglied zu einer Wohnpartei oder sie waren Bewohner von Heimen und Anstalten, die nicht zum Erhebungskreis der Gebäude- und Wohnungszählung gehörten, sofern sie dort nicht eine Wohnung oder wenigstens ein Zimmer mit eigener Küche oder Kochnische innehatten, sondern einzeln oder zu mehreren lediglich ein Zimmer ohne Kochgelegenheit bewohnten.

Die 206 186 Wohnparteien in Wohnungen und Wohngelegenheiten¹⁾, deren Vorstand 65 Jahre und älter war — künftig als „Wohnparteien älterer Menschen“ bezeichnet —, teilten sich wie folgt auf die einzelnen Wohnparteiengrößen auf: 99 748 Wohnparteien, oder fast die Hälfte, bestanden aus einer Person. Davon waren 17 500 Männer und 82 248 Frauen, das waren 8,5 % bzw. 39,9 % aller Wohnparteien älterer Menschen. Hieraus ergibt sich, daß etwa 16 % aller älteren Männer und etwas mehr als 44 % aller älteren Frauen allein in einer Wohnung oder Wohngelegen-

heit wohnten. Zwei Personen — wohl meist ältere Ehepaare — hatten 84 521 Wohnparteien; das waren 41 % aller Wohnparteien älterer Menschen. Der Rest von 21 917 Wohnparteien oder fast 11 % umfaßte 3 und mehr Personen.

Das große Gewicht, daß die älteren Menschen in der Bevölkerung haben, wird auch deutlich, wenn die Wohnparteien älterer Menschen den gesamten Wohnparteien gegenübergestellt werden. So betrug der Anteil aller Wohnparteien älterer Menschen (206 186) an den gesamten Wohnparteien in Hamburg (744 977) fast 28 %. Bei den einzelnen Wohnparteiengrößen ergaben sich folgende Anteile der Wohnparteien älterer Menschen an den gesamten Wohnparteien:

1-Personen-Wohnparteien männlich	30 %
1-Personen-Wohnparteien weiblich	52 %
2-Personen-Wohnparteien	35 %
Wohnparteien mit 3 und mehr Personen	8 %

Überraschend hoch ist der Prozentsatz der alleinstehenden älteren Frauen mit mehr als der Hälfte aller weiblichen 1-Personen-Wohnparteien.

Fast 20 % der alleinstehenden älteren Männer bewohnten 4 und mehr Räume

Die Tabelle 1 gibt einen Überblick darüber, wieviele Räume von den Wohnparteien älterer Menschen jeweils selbst bewohnt waren. Dabei fällt die unterschiedliche Raumzahl bei der Unterbringung der alleinstehenden älteren Männer und Frauen besonders auf. Während bei den 17 500 älteren Männern jeweils rund ein Fünftel einen Raum bzw. 4 und mehr Räume bewohnten, waren es bei den 82 248 älteren Frauen rund ein Achtel, denen nur ein Raum und etwa ein Sechstel, denen 4 und mehr Räume zur Verfügung standen. Zwei Räume bewohnten knapp ein Viertel der alleinstehenden älteren Männer, aber knapp ein Drittel der alleinstehenden älteren Frauen. Der Anteil, der auf drei selbstbewohnte Räume entfiel, war mit etwas unter 40 % bei beiden Geschlechtern annähernd gleich.

¹⁾ Wohngelegenheiten sind Wohnnischen in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden ohne eigene Küche oder Kochnische, ferner die Einheiten im Kellergeschoß und in Unterküften.

Tabelle 1

Wohnparteien, deren Vorstand 65 Jahre und älter ist, nach der Zahl der selbstbewohnten Räume am 25. 10. 1968 in Hamburg

Art der Wohnparteien	Wohnparteien insgesamt	davon waren untergebracht in selbstbewohnten Räumen ¹⁾							
		1		2		3		4 und mehr	
		absolut	% von Spalte 1	absolut	% von Spalte 1	absolut	% von Spalte 1	absolut	% von Spalte 1
1	2	3	4	5	6	6	7	8	
1-Personen-Wohnparteien männlich	17 500	3 457	19,8	4 098	23,4	6 576	37,6	3 369	19,2
1-Personen-Wohnparteien weiblich	82 248	10 106	12,3	25 959	31,6	32 245	39,2	13 938	16,9
2-Personen-Wohnparteien	84 521	1 029	1,2	7 396	8,7	42 149	49,9	33 947	40,2
Wohnparteien mit 3 und mehr Personen	21 917	128	0,6	775	3,5	4 291	19,6	16 723	76,3
Wohnparteien älterer Menschen insgesamt	206 186	14 720	7,1	38 228	18,5	85 261	41,4	67 977	33,0

¹⁾ Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen.

Wenn man den Durchschnitt von 1,5 Räumen je Person zugrunde legt, der bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 in Hamburg für die Wohnungen insgesamt ermittelt wurde und nach oben auf 2 Räume abrundet, kann man feststellen, daß jeweils rund 56 % aller alleinstehenden älteren Männer und Frauen überdurchschnittlich gut mit Räumen versorgt waren. Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß viele Menschen auch dann, wenn sich die Familie durch den Wegzug der Kinder und durch den Tod des Ehepartners verkleinert, bestrebt sind, die bisherige größere Wohnung nach Möglichkeit zu behalten. Das wird vor allem auch dann gelingen, wenn die Mieten für diese Wohnungen nicht zu hoch sind. Hierunter verbirgt sich auch das wohnungspolitische Problem, daß viele sogenannte auslaufende Familien Wohnungen blockieren, die für sie zu groß sind, während andere, wachsende Familien keine angemessenen größeren und preiswerten Wohnungen finden können. Es handelt sich dabei, wenn man die oben genannten Durchschnittswerte zugrunde legt, in Hamburg immerhin um etwa 56 000 Wohnungen.

Von den 84 521 Wohnparteien mit 2 Personen, die wohl in der Mehrzahl ältere Ehepaare umfassen dürften, bewohnten die Hälfte 3 Räume und etwa 40 % 4 und mehr Räume; damit war die Unterbringung der weitaus überwiegenden Zahl dieser Wohnparteien – gemessen an der Raumzahl – als ausreichend bzw. gut anzusehen, zumal sich auch nur etwa 1 % dieser Wohnparteien mit nur einem Raum begnügen mußte.

Bei den 21 917 größeren Wohnparteien älterer Menschen lag das Schwergewicht naturgemäß auf den größeren Wohnungen mit 4 und mehr Räumen, in denen etwas mehr als drei Viertel dieser Wohnparteien wohnten. Das restliche Viertel mußte sich aber

mit drei und weniger Räumen begnügen und war damit unterdurchschnittlich versorgt.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die Versorgung der älteren Menschen mit selbstbewohnten Räumen unterdurchschnittlich war: bei etwa

- 10 % der 2-Personen-Wohnparteien,
- 12 % der weiblichen 1-Personen-Wohnparteien,
- 20 % der männlichen 1-Personen-Wohnparteien,
- 25 % der Wohnparteien mit 3 und mehr Personen.

Drei Viertel aller Wohnparteien älterer Menschen wohnten zur Miete

Das Wohnverhältnis der Wohnparteien älterer Menschen zeigt die Tabelle 2.

Daraus geht hervor, daß rund 158 000 oder drei Viertel dieser Wohnparteien Wohnungsmieter waren. Über diesem Durchschnitt lagen die 1-Personen-Wohnparteien älterer Frauen, bei denen die Wohnungsmieter einen Anteil von 80 % ausmachten und die 2-Personen-Wohnparteien, die mit einem Anteil von fast 78 % nur wenig darunter lagen. Den geringsten Prozentsatz wiesen die 1-Personen-Wohnparteien älterer Männer mit fast zwei Dritteln auf, während der Anteil bei den Wohnparteien mit 3 und mehr Personen fast 70 % betrug. Diese beachtlichen Unterschiede sind wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß Wohnparteien mit einem weiblichen Mitglied – und dieses wird auch in der überwiegenden Zahl der Wohnparteien mit 2 sowie mit 3 und mehr Personen vorhanden sein – eher geneigt sind, allein als Mieter in einer Wohnung zu leben und zu wirtschaften, als das bei alleinstehenden älteren Männern der Fall ist. Diese These wird auch dadurch gestützt, daß bei den Untermietverhältnissen

Tabelle 2

Wohnparteien nach ihrem Wohnverhältnis am 25. 10. 1968 in Hamburg

Art der Wohnparteien	Wohnparteien insgesamt	davon waren untergebracht									
		als Mieter in Wohnungen		als Eigentümer in Wohnungen		als Untermieter in Wohnungen und Wohngelegenheiten		in Wohngelegenheiten (ohne Untermieter)			
								in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden		in Unterkünften	
		absolut	% von Spalte 1	absolut	% von Spalte 1	absolut	% von Spalte 1	absolut	% von Spalte 1	absolut	% von Spalte 1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Wohnparteien, deren Vorstand 65 Jahre und älter ist											
1-Personen-Wohnparteien männlich	17 500	11 540	65,9	1 845	10,5	3 071	17,6	276	1,6	768	4,4
1-Personen-Wohnparteien weiblich	82 248	65 824	80,0	7 737	9,4	6 085	7,4	906	1,1	1 696	2,1
2-Personen-Wohnparteien	84 521	65 716	77,7	14 448	17,1	1 084	1,3	481	0,6	2 792	3,3
Wohnparteien mit 3 und mehr Personen	21 917	15 254	69,6	5 806	26,5	179	0,8	115	0,5	563	2,6
Wohnparteien älterer Menschen zusammen ..	206 186	158 334	76,8	29 836	14,5	10 419	5,0	1 778	0,9	5 819	2,8
Wohnparteien, deren Vorstand jünger als 65 Jahre ist	538 791	394 452	73,2	77 834	14,4	48 624	9,0	4 646	0,9	13 235	2,5
Wohnparteien insgesamt ..	744 977	552 786	74,2	107 670	14,5	59 043	7,9	6 424	0,9	19 054	2,5

sen der Anteil der 1-Personen-Wohnparteien älterer Männer mit fast 18% ganz besonders hoch ist, während der Durchschnittssatz bei den rund 10 400 Untermieter-Wohnparteien älterer Menschen insgesamt nur 5% betrug. Es ist zu vermuten, daß ein großer Teil dieser in Untermiete wohnenden alleinstehenden älteren Männer von den Hauptmietern betreut wurden und somit nicht mit hauswirtschaftlichen Pflichten belastet waren.

Bei den fast 30 000 Wohnparteien älterer Menschen, die Eigentümer von Wohnungen sind, fällt besonders der hohe Anteil bei den Wohnparteien mit 3 und mehr Personen ins Auge, von denen mehr als ein Viertel hier zu finden waren. Alleinstehende ältere Männer und Frauen gaben jeweils zu rund 10% an, Wohnungseigentümer zu sein. Die absolut höchste Zahl stellten aber mit 14 448 Wohnparteien diejenigen mit 2 Personen.

Es wird sich bei den Eigentümer-Wohnverhältnissen vermutlich zum größten Teil um Eigenheime handeln, die aber wohl in den meisten Fällen nur dann als Wohnung beibehalten werden, wenn die Bewirtschaftung des Hauses und des wohl häufig ebenfalls vorhandenen Gartens noch möglich ist, was bei alleinstehenden älteren Menschen seltener der Fall sein dürfte, als wenn die Wohnpartei aus zwei oder sogar aus drei und mehr Personen besteht. Hieraus erklären sich auch die überdurchschnittlich hohen Anteile bei den größeren Wohnparteien in dieser Kategorie von Wohnverhältnissen.

Die absolute Zahl (1 778) und der Anteil (0,9%) der Wohnparteien älterer Menschen, die in Wohngelegenheiten in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden – das sind vor allem Kellerwohneinheiten – lebten²⁾, war nur sehr gering und hatte bei den Alleinstehenden ein etwas höheres Gewicht als bei den Wohnparteien mit 2 bzw. 3 und mehr Personen.

Etwas höher dagegen war die Zahl (5 819) und der Anteil (2,8%) der Wohnparteien älterer Menschen, die in Unterküften wohnten²⁾. Bei den alleinstehenden älteren Männern erreichte dieser Anteil mit etwas über 4% den höchsten Wert. Fast die Hälfte aller Wohnparteien in Unterküften bestanden aus 2 Personen; hierbei dürfte es sich vorwiegend um ältere Ehepaare handeln, die in ihren Wohngelegenheiten meist recht preiswert wohnten und von denen kaum zu erwarten ist, daß sie sich im Alter noch aus ihrer Wohngelegenheit in eine Wohnung „verpflanzen“ lassen.

Eine Bewertung der Unterbringung der Wohnparteien älterer Menschen nach ihrem Wohnverhältnis ist kaum möglich. Sicher kann angenommen werden, daß die Wohnparteien, die Wohnungseigentümer (14,5%) und Wohnungsmieter (76,8%) waren, im allgemeinen ausreichend untergebracht waren. Auch bei den Untermietverhältnissen (5,0%) und selbst bei einer Unterbringung in Wohngelegenheiten (3,7%) kann man bei einem Teil der Wohnparteien sicher nicht von einer unzureichenden Unterbringung sprechen; zu denken ist hier vor allem an die große Zahl von alleinstehenden älteren Männern in Untermiete, die von den Hauptmietern mit betreut werden. Auch

ist das Wohnverhältnis als solches für die Bewertung der Unterbringung nicht allein ein ausreichendes Kriterium, weil es wesentlich auf die Größe und die Ausstattung der Wohneinheiten ankommt.

Werden die Wohnverhältnisse der Wohnparteien älterer Menschen mit denen der Wohnparteien, deren Vorstand jünger als 65 Jahre ist oder mit allen Wohnparteien – wie sie in den letzten beiden Zeilen der Tabelle 2 dargestellt sind – verglichen, so zeigen sich bei den Wohnungsmietern (Spalte 3) und bei den Bewohnern von Unterküften (Spalte 11) geringfügig höhere Anteile bei den älteren Menschen. Der Anteil der Wohnungseigentümer (Spalte 5) und der Bewohner von Wohngelegenheiten in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden (Spalte 9) stimmt bei den Wohnparteien älterer Menschen, jüngerer Menschen und allen Wohnparteien weitgehend überein. Erheblich unter den Werten bei den anderen Wohnparteien liegt dagegen bei den Untermietern der Anteil der Wohnparteien älterer Menschen (Spalte 7).

Zwei Drittel der Wohnparteien älterer Menschen hatten Bad und WC in ihrer Wohneinheit

In der Tabelle 3 ist die Ausstattung der rund 190 000 Wohneinheiten (Wohnungen und Wohngelegenheiten) in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden dargestellt, soweit diese als Eigentümer und Mieter von Wohnparteien älterer Menschen bewohnt waren.

Rund zwei Drittel dieser Wohneinheiten waren mit Bad und WC ausgestattet, fast ein Viertel hatte kein Bad aber WC in der Wohnung und der Rest kein Bad und WC im Gebäude (rund 6%) bzw. kein Bad und kein WC (rund 2,5%).

Werden diejenigen Wohneinheiten – auch im Hinblick darauf, daß in ihnen ältere Menschen wohnen – als unzureichend angesehen, die kein WC in der Wohnung hatten, so ist die Zahl bzw. der Anteil aller Wohnparteien älterer Menschen, die in solchen unzureichenden Wohneinheiten untergebracht waren, mit fast 16 700 bzw. 9% relativ hoch. Bei den Alleinstehenden war der prozentuale Anteil der unzureichend untergebrachten Wohnparteien bei den Männern mit fast 11% (= 1 453 Wohnparteien) und bei den Frauen mit etwas über 11% (= 8 492 Wohnparteien) sogar noch größer.

Ein Vergleich der Ausstattung der Wohneinheiten älterer Menschen mit denen jüngerer Menschen bzw. mit allen Wohnparteien ermöglichen die Daten der letzten beiden Zeilen der Tabelle 3. Hieraus geht hervor, daß ältere Menschen relativ weniger häufig in den bestausgestatteten Wohneinheiten mit Bad, WC und Sammelheizung anzutreffen waren (Spalte 3) und dagegen die Anteile in den Wohneinheiten ohne Bad bei den älteren Menschen z. T. erheblich über denen bei den jüngeren Menschen bzw. allen Wohnparteien lagen (Spalten 7 und 9). Das dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß Wohnparteien älterer Menschen zum Teil weiterhin in ihren alten Wohnheimen bleiben, worauf oben bereits hingewiesen wurde und diese Wohneinheiten häufig keine

²⁾ ohne Untermieter

Tabelle 3

Wohnparteien nach Ausstattung der Wohnungen/Wohngelegenheiten¹⁾ am 25. 10. 1968 in Hamburg

Art der Wohnparteien	Wohnparteien insgesamt	davon in Wohnungen und Wohngelegenheiten in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden									
		mit Bad und WC				ohne Bad, mit WC				sonstige	
		ohne		mit		in der Wohnung bzw. Wohngelegenheit		im Gebäude			
		Sammelheizung									
		absolut	% von Spalte ¹	absolut	% von Spalte ¹	absolut	% von Spalte ¹	absolut	% von Spalte ¹	absolut	% von Spalte ¹
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Wohnparteien, deren Vorstand 65 Jahre und älter ist											
1-Personen-Wohnparteien männlich	13 661	4 293	31,4	4 018	29,4	3 897	28,5	979	7,2	474	3,5
1-Personen-Wohnparteien weiblich	74 467	25 118	33,7	19 877	26,7	20 980	28,2	6 830	9,2	1 662	2,2
2-Personen-Wohnparteien	80 645	30 961	38,4	26 178	32,5	17 975	22,3	3 336	4,1	2 195	2,7
Wohnparteien mit 3 und mehr Personen	21 175	9 570	45,2	6 887	32,5	3 529	16,7	549	2,6	640	3,0
Wohnparteien älterer Menschen zusammen ..	189 948	69 942	36,8	56 960	30,0	46 381	24,4	11 694	6,2	4 971	2,6
Wohnparteien, deren Vorstand jünger als 65 Jahre ist	476 932	241 306	50,6	144 066	30,2	65 966	13,8	16 363	3,4	9 231	2,0
Wohnparteien insgesamt ..	666 880	311 248	46,7	201 026	30,1	112 347	16,9	28 057	4,2	14 202	2,1

¹⁾ Ohne Untermieter und ohne Bewohner von Unterkünften.

Sammelheizung bzw. kein Bad aufzuweisen haben. Auf der anderen Seite entfielen bei allen Arten von Wohnparteien älterer Menschen die jeweils größten Anteile auf die gut ausgestatteten Wohnungen: mit Bad, mit WC und mit Sammelheizung. Mit der Größe der Wohnpartei nahmen diese Anteile jeweils zu. Während von den alleinstehenden älteren Männern etwa 31 %, von den alleinstehenden älteren Frauen fast 34 % und von den 2-Personen-Wohnparteien rund 38 % in diesen gut ausgestatteten Wohnungen lebten, waren es bei den Wohnparteien mit 3 und mehr Personen sogar wenig über 45 %. Diese Unterschiede sind sicher damit zu erklären, daß die gut ausgestatteten Wohnungen wegen ihrer durchschnittlich höheren Kosten leichter von Mehrpersonenwohn-

parteien mit einem im allgemeinen höheren Familieneinkommen unterhalten werden können.

Bei den Wohnungen mit Bad und mit WC aber ohne Sammelheizung waren die prozentualen Anteile, die auf die verschiedenen Arten von Wohnparteien entfielen, nicht sehr unterschiedlich; sie schwankten zwischen knapp 27 % und fast 33 %.

Der Anteil der Wohnparteien, die in Wohneinheiten ohne Bad mit WC in der Wohnung bzw. mit WC im Gebäude untergebracht waren, nahm mit der Größe der Wohnparteien ab und bildete damit das Korrelat zu den vorhin genannten gut ausgestatteten Wohnungen.

Zusammenfassung

In dieser Zusammenfassung soll noch einmal versucht werden, die Wohnverhältnisse der älteren Menschen in Hamburg, wie sie sich aus den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 ergaben, zu bewerten.

Von den 206 186 Wohnparteien älterer Menschen entfielen 17 500 auf alleinstehende Männer, 82 248 auf alleinstehende Frauen, 84 521 auf Wohnparteien mit 2 und 21 917 auf Wohnparteien mit 3 und mehr Personen.

Nach der Zahl der selbstbewohnten Räume und unter Zugrundelegung

einer durchschnittlichen Raumzahl je Person von 1,5 bis 2, waren in Hamburg 10 % der 2-Personen-Wohnparteien, 12 % der alleinstehenden älteren Frauen, 20 % der alleinstehenden älteren Männer und fast 25 % der Wohnparteien mit 3 und mehr Personen unterdurchschnittlich mit Räumen versorgt.

Von allen Wohnparteien älterer Menschen in Hamburg waren etwas mehr als 90 % Eigentümer und Mieter von Wohnungen. Bei den einzelnen Arten von Wohnparteien schwankte dieser prozentuale Anteil zwischen rund 75 % bei den

alleinstehenden älteren Männern – die aber auch, soweit sie als Untermieter lebten, häufig gut untergebracht waren – und etwas mehr als 95 % bei den Wohnparteien mit 3 und mehr Personen.

Von den Wohnparteien älterer Menschen (ohne Untermieter und ohne Bewohner von Unterkünften) hatten in Hamburg rund 66 % eine Wohneinheit mit Bad und WC und weitere rund 25 % ohne Bad und mit WC in der Wohnung, so daß mehr als 90 % über ein WC in der Wohnung verfügten.

Detlef Schmidt

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1971	Mai 1971	Juni 1971	Juni 1970
		1965	1970				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	760,5	757,8	761,4	756,0	763,8
Lufttemperatur	°C	8,6	8,7	8,3	14,8	15,0	18,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	69	61	72	61
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	5	4	6	4
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	991	10	38	118	49
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 488	144	256	150	319
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	102	6	3	8	1
Tage mit Niederschlägen	"	256	253	13	10	21	10
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,8	280,5	260,7
- Altona	"	264,3	262,0	262,0
- Eimsbüttel	"	264,6	258,9	258,8
- Hamburg-Nord	"	401,3	360,2	360,0
- Wandsbek	"	357,5	370,2	369,9
- Bergedorf	"	82,6	94,6	94,5
- Harburg	"	199,0	207,3	207,3
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 813,7	1 810,1 p	1 813,2
dav. männlich	"	861,9	843,4	843,2
weiblich	"	995,0	970,3	970,0
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	86,4	102,8	103,7	104,6	84,7
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	1 166	1 157 r	1 412 r	1 040 p	1 069 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	7,7	7,2
Gestorb. Ortsansässige von ortsansässigen Müttern dar. unehelich	"	2 235	1 533	1 537 r	1 654 r	1 440 p	1 548 r
dar. unehelich	"	143	117	108 r	120	110 p	115 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	10,1	10,4 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	7,7	7,0 r	7,2	7,6 p	7,4 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) dar. im ersten Lebensjahr	Anzahl	2 112	2 213	2 170 r	2 053 r	2 260 p	2 138 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	33	33	40 r	36 p	36 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,6	14,4 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	21,2 r	21,6 r	24,2 r	25 p	23,0 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123	- 680	- 633 r	- 399 r	- 820 p	- 590 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,8	- 4,5	- 4,0 r
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	Anzahl	6 174	6 947	8 200 p	5 500 p	6 000 p	6 853 r
Fortgezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 746	7 550 p	7 300 p	6 800 p	4 917 r
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-) dav. männlich	"	- 379	+ 202	+ 650 p	- 1 800 p	- 800 p	+ 1 936 r
weiblich	"	- 342	- 82	+ 1 435 r
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	13 158	14 650 p	10 530 p	12 280 p	11 329 r
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 542	1 631	1 514 r
Niedersachsen dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	983	995 r
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 091	1 095	1 047 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	272	307	329 r
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 863	1 717 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	2 358	2 575 r
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	2 351	2 394	1 760 r
Niedersachsen dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	1 721	1 223 r
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 268	1 372	944 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	525	635	412 r
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 944	1 486 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	1 036	717 r

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁷⁾ nach dem Ereignisort. - ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung. Ausland und unbekannt. - ¹²⁾ Bis zum Vorliegen der endgültigen Bevölkerungszahlen nach dem Stand vom 27. Mai 1970 werden b. a. w. nur noch die Veränderungsvorgänge veröffentlicht.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1971	Mai 1971	Juni 1971	Juni 1970
		1965	1970				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	11 749	11 221	11 081	11 302	11 302	11 236
Pflegetage		273 189	264 719	257 917	263 403	254 326	260 983
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	82,2	81,3	79,3	78,8	81,5
b) Gemeinnützige Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	4 573	4 670	4 800	4 800	4 799	4 612
Pflegetage		123 729	125 308	126 998	130 749	123 999	121 518
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,1	87,4	87,5	85,8	87,4
c) Private Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	745	681	791	791	791	665
Pflegetage		19 012	17 965	19 995	19 984	19 642	17 280
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	82,6	80,6	79,7	81,6	81,6
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	885	856	820	820	820	856
Pflegetage		21 274	20 557	19 053	20 174	19 818	19 964
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	79,7	79,2	82,9	84,2	78,7
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	1 084	883	761	761	761	813
Pflegetage		25 626	19 232	18 011	19 563	18 744	18 527
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	76,0	86,7	90,3	89,4	71,6
3. Anstalten für Geistesranke							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegetage		48 245	46 126	43 876	45 897	43 913	45 591
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	90,3	87,3	88,5	87,4	90,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegetage		38 084	38 682	37 855	39 202	37 943	37 867
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	88,0	97,7	97,9	97,9	97,7
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 403	1 397	1 397	1 397	1 407
Pflegetage		43 630	42 329	41 344	42 909	41 821	41 770
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,1	97,6	97,8	98,4	97,7
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen ⁴⁾							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	717,9	686,1	686,2	686,6	720,5
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	-	455,8	622,9	613,6	614,3	614,9	625,9
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	404 866	439 006	363 866	429 840	379 130
Ausgeliehene Noten	-	3 241	4 410	-	-	5 165	4 556
3. Wissenschaftliche Büchereien ⁴⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	34 543	41 169	35 641	36 075	40 836
Benutzer der Lesesäle	-	10 485	13 828	13 860	13 660	13 601	14 267
4. Besucher der Museen und Schausammlungen							
Anzahl		43 961	57 443	57 047	55 909	55 911	49 604
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁵⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	689,5	691,5	695,7	696,5	689,8
dav. Pflichtmitglieder	-	431,4	409,3	409,3	412,6	413,4	410,4
Rentner	-	175,5	228,5	232,3	232,9	233,0	228,1
Freiwillige Mitglieder	-	70,9	51,7	49,9	50,2	50,1	51,3
Krankenstand der Pflichtmitglieder	-	26,7	25,6	21,9	19,4	18,5	24,7
dav. männlich	-	17,9	17,3	14,8	13,3	12,7	16,7
weiblich	-	8,8	8,3	7,1	6,1	5,8	8,0

¹⁾ am Monatsende. - ²⁾ ohne Säuglingsbetten. - ³⁾ ohne gesperrte Betten. - ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). - ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. - ⁶⁾ Ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1971	Mai 1971	Juni 1971	Juni 1970
		1965	1970				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	2 750	2 863	2 750	2 509	2 202
dav. männlich	"	2 318	1 482	1 477	1 443	1 305	1 207
weiblich	"	1 092	1 268	1 386	1 307	1 204	995
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	15	23	17	11	8
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	40	15	15	8	26
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	36	37	41	37	23
Elektriker	"	24	12	12	15	12	7
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	20	33	35	37	..
Tischler, Modellbauer	"	24	18	4	5	4	..
Drucker	"	44	49	29	27	4	..
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	10	22	14	25	..
Ernährungsberufe	"	75	41	93	88	13	15
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	96	123	118	79	22
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	103	62	47	104	..
Warenkaufleute	"	368	411	273	246	53	..
Verkehrsberufe	"	313	162	141	138	126	..
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	574	551	523	458	457
Künstlerische Berufe	"	177	159	198	236	197	156
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	30 510	27 214	28 044	29 010	35 230
dav. männlich	"	13 014	17 678	14 753	15 279	15 883	20 748
weiblich	"	12 813	12 832	12 461	12 765	13 127	14 482
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾							
dav. männlich	"	5 841	6 847	6 880	6 114	6 205	7 055
weiblich	"	4 134	5 085	5 080	4 631	4 470	5 416
weiblich	"	1 707	1 762	1 800	1 483	1 735	1 639
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen							
dav. männlich	"	10 527	8 814	5 657	5 515	7 109	10 154
weiblich	"	9 955	7 880	4 573	4 276	5 793	8 995
weiblich	"	572	934	1 084	1 239	1 316	1 159
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾							
dav. männlich	"	8 299	7 860	7 976	8 111	7 976	7 436
weiblich	"	5 512	3 686	3 703	3 808	3 717	3 435
weiblich	"	2 787	4 174	4 273	4 303	4 259	4 001
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	16 703	33 303	61 219	45 163
Weiblich	"	5 157	13 182	44 541	32 500
						16 678	12 663
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 810	2 278	2 027	1 871	2 265
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	89,9	93,2	92,1	92,5	89,9
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	15,2	13,1	12,5	15,1
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 078	11 606	12 386	11 576	13 160
dav. lose	"	3 529	2 056	2 409	2 410	2 461	2 472
in Flaschen	"	..	1 636	868	895	836	10 688
in verlorenen Packungen mit abweich. Fettgehalt (H-Milch)	"	6 482	7 080	7 954	8 601	8 279	..
Ultra-hocherhitzte Milch	"	..	304	72	104	84	..
Mager- und Buttermilch	"	382	442	303	376	171	..
				558	1 046	859	1 219
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	10,0	9,2	7,9	10,3	8,9
Kälber	"	2,6	1,9	2,0	2,1	2,1	2,1
Schweine	"	47,0	38,1	42,4	41,2	46,2	41,6
Schafe	"	2,7	1,0	0,7	0,8	1,1	0,8
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,9	9,5	7,2	8,5	6,6
Kälber	"	2,5	1,8	1,9	2,0	2,0	2,0
Schweine ³⁾	"	49,6	40,0	42,7	40,9	46,7	40,8
Schlachtungsmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾							
dar. Rinder (ohne Kälber)	t	6 229	6 248	6 584	5 932	6 820	5 675
Kälber	"	1 595	2 222	2 456	1 843	2 169	1 660
Schweine	"	4 318	3 826	3 920	3 877	4 436	3 813

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1971	Mai 1971	Juni 1971	Juni 1970
		1965	1970				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 496	1 461	1 459	1 456	1 499
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	211	208	207	206	212
• dar. Arbeiter ²⁾	"	152	137	133	131	131	138
• Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	1 000	24 859	21 756	21 536	20 370	20 382	21 545
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	166	176	174	178	169
• Gehälter (Bruttosumme)	"	75	124	135	136	136	124
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	8	7	7	9 r
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 498	4 184	3 570	3 111	2 506 r
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 Kcal/cbm) ¹⁰⁾	1 000 cbm	"	18 272	22 612	17 942	18 770	14 581
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	62	50	52	56
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	144	144	134	139	139
• Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	18	11	11	9	8	10
• Umsatz ⁵⁾	Mio DM	1 304	1 593	1 587	1 563	1 686	1 608
• dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	"	155	243	222	227	217	258
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	128,8	131,9	132,6 r	129,8	134,2
Verarbeitende Industrie	"	109,0	126,5	130,0	131,8	129,5	133,1
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	137,6	134,1	139,3	139,0	144,4
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	134,9	146,7	147,1	147,4	148,9
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,3	120,2	117,1	112,1	114,3
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	108,9	113,0	113,6	107,7	111,6
Bauindustrie	"	103,7	122,5	146,8	152,7 r	138,8	150,3
Umsatz ⁷⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 593	1 587	1 563	1 686	1 608
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	259	246	231	279	265
Chemische Industrie	"	101	140	161	148	167	145
Elektroindustrie	"	143	193	185	191	204	215
Maschinenbau	"	83	122	134	124	153	126
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	15	13	15
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	629	587	501	492	517
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	68	63	58	55	48 r
Vj.-Durchschnitt⁸⁾				3. Vj. 1970	4. Vj. 1970	1. Vj. 1971	1. Vj. 1970
		1965	1970				
3. Handwerk (Meßziffern)							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	85,7	85,9	85,4	85,4 p	84,5 p
• Umsatz	Vj. - 1962 = 100	238,8	150,8	154,8	194,1	138,6 p	111,5 p
• dar. Handwerksumsatz	Vj. - 1962 = 100	218,5	148,9	155,3	195,8	134,8 p	106,8 p
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe⁹⁾							
		Monatsdurchschnitt		April 1971	Mai 1971	Juni 1971	Juni 1970
		1965	1970				
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	46 651	45 861	45 796	45 655	47 592
dar. Inhaber	"	1 365	1 296	1 234	1 222	1 206	1 300
Angestellte	"	4 684	5 566	5 731	5 724	5 688	5 642
Arbeiter ¹⁾	"	43 102	39 789	38 896	38 850	38 761	40 650
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 254	6 911	6 761	6 833	7 676
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 609	2 003	1 854	1 938	2 085
• gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	1 660	1 866	1 780	1 763	1 801
• öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 985	3 042	3 127	3 132	3 790
• Löhne (Bruttosumme) ¹¹⁾	Mio DM	46,3	62,8	73,4	76,6	78,8	76,7
• Gehälter Bruttosumme ¹²⁾	"	5,9	10,3	10,4	10,8	11,3	10,6
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	173,7	161,0	200,5	220,0	164,7
• dav. im Wohnungsbau	"	42,2	41,7	60,4	37,3	47,8	37,0
• gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	51,8	45,8	70,1	81,9	49,1
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	80,2	54,8	93,1	90,3	78,6
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	167	157	241	221	170
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	98	98	87	150	103	113
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	363	294	674	652	315
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,8	46,2	96,4	125,6	42,8
• Wohnfläche	1 000 qm	95	76	65	138	138	65
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	82	91	67	41	79
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	556	841	316	511	510
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	54,0	77,7	39,1	33,5	58,5
• Nutzfläche	1 000 qm	73	96	122	67	72	96
• Wohnungen	"	"	"	"	"	"	"
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 058	818	1 914	2 191	837

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1971	Mai 1971	Juni 1971	Juni 1970
		1965	1970				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	153	186	185	194	200
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	302	516	538	414	377
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	40,6	72,8	84,8	61,2	49,4
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	77	87	64	63	85
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	545	690	309	466	435
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	52,3	45,8	43,7	29,7	61,9
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	842	1 448	1 552	1 167	1 032
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	153	117	109	120	117
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	90	77	66	45	58
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	338	180	249	359	295
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	42,3	23,3	34,3	45,8	38,5
Wohnfläche	1 000 qm	96	70	33	47	72	63
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	74	69	50	52	53
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	407	293	372	244	173
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	39,9	21,8	34,2	27,5	15,3
Nutzfläche	1 000 qm	69	78	56	56	56	36
Wohnungen							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 007	511	682	1 266	965
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	359	130	222	468	337
5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 698	13 549	15 900	16 700	16 600	15 600
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 857	3 900	4 300	5 300	4 900
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	183	184	184	184	182
Wohnungen	"	638	699	700	701	702	690
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 612	2 617	2 619	2 623	2 581
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	178	190	182	168	157
dar. Warenhäuser	"	130	238	258	247	241	206
Facheinzelhandel	"	120	149	162	157	147	139
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	162	177	165
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	161	182	170
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	162	168	155
3. Handel mit Berlin (West) *)							
* Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	147 169	160 339	153 729	149 291	139 813
* Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 092	207 923	207 228	203 564	186 131
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	295	314	273	283	298
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	26	35	35	32	25
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	269	279	238	251	273
dav. Rohstoffe	"	2	4	2	2	5	3
Halbwaren	"	50	62	86	54	70	67
Fertigwaren	"	143	203	191	182	176	203
dav. Vorerzeugnisse	"	9	18	19	19	19	19
Enderzeugnisse	"	134	185	172	163	157	184
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	209	229	193	211	190
dar. EWG-Länder	"	65	94	103	84	101	80
EFTA-Länder	"	67	87	86	73	76	83

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1971	Mai 1971	Juni 1971	Juni 1970
		1965	1970				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
• Gastgewerbe	1962 = 100	111	137
dav. Beherbergungsgewerbe	.	125	161
Gaststättengewerbe	.	108	134
6. Fremdenverkehr ¹⁾							
• Fremdenmeldungen	1 000	120	125	136
dar. von Auslandsgästen	.	42	43	49
• Fremdenübernachtungen	.	232	248	272
dar. von Auslandsgästen	.	90	83	94
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 573	1 515 r	1 627 r	1 482 p	1 680 r
Angekommene Schiffe	.	1 739	1 645	1 590 r	1 587 r	1 594 p	1 780 r
Abgegangene Schiffe
Güterverkehr über See	1 000 t	2 042	3 913	3 530 r	3 777 r	3 801 p	4 102 r
dav. Empfang	.	2 229	3 006	3 738 r	3 030 r	2 967 p	3 249 r
dav. Massengut	.	1 634	2 370	2 118 r	2 403 r	2 355 p	2 599 r
dar. Mineralöle	.	968	1 454	1 256 r	1 405 r	1 471 p	1 438 r
Kohle	.	182	249	149 r	144 r	150 p	292 r
Getreide	.	180	168	239 r	286 r	290 p	194 r
Sack- und Stückgut	.	595	638	620 r	627 r	612 p	650 r
Versand	.	713	908	792 r	747 r	834 p	853 r
dav. Massengut	.	292	379	270 r	284 r	358 p	339 r
Sack- und Stückgut	.	421	528	522 r	463 r	476 p	514 r
2. Binnenschifffahrt							
• Gütereingang	1 000 t	340	374	403	466	...	480
• Güterversand	.	309	488	531	560	...	594
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 678	2 809 r	3 322 p	3 359 p	3 055
Gestartete Flugzeuge	.	2 047	2 685	2 805 r	3 323 p	3 358 p	3 090
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	124,7	132,0 r	146,5 p	162,1 p	144,8
Abgerollte Fluggäste	.	71,0	124,3	131,1 r	152,0 p	155,4 p	140,1
Angekommene Fracht	t	578	1 192	1 235 r	1 145 p	1 233 p	1 108
Abgegangene Fracht	.	587	1 328	1 164	1 209 p	963 p	1 247
Angekommene Post	.	185	274	261 r	253 p	265 p	250
Abgegangene Post	.	229	337	342 r	310 p	327 p	291
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 485	12 109	11 870	...	11 079
Hoch- u. Untergrundbahn	.	13 705	15 858	16 431	16 198	14 803	15 454
Straßenbahn	.	9 438	5 276	5 005	5 122	4 274	5 085
Kraftomnibusse der HHA	.	9 695	12 750	13 332	13 645	12 652	12 234
Kraftomnibusse der VHH	.	1 873	2 307	2 536	2 483	...	2 119
Private Kraftomnibusse	.	301	284	293	358	...	410
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	1 000	352,2	455,2	467,1	471,3	475,2	446,3
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	.	310,8	411,7	422,1	425,9	429,2	403,8
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾ Lastkraftwagen	Anzahl	5 071	6 250	8 660	7 591	...	7 437
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	.	4 632	5 660	7 978	7 006	...	6 757
Lastkraftwagen	.	362	493	573	446	...	551
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	1 069	983	1 130 p	1 162 p	1 064
Getötete Personen	.	26	32	28	32 p	31 p	23
Verletzte Personen	.	1 106	1 442	1 267	1 487 p	1 581 p	1 502

¹⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1971	Mai 1971	Juni 1971	Juni 1970
		1965	1970				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen *) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
	Mio DM		25 077,1	27 249,5	27 166,1	27 733,7	24 862,6
• Kredite an Nichtbanken							
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)			7 673,3	8 395,9	8 213,9	8 578,8	7 615,0
dar. an Unternehmen und Privatpersonen			7 661,3	8 303,2	8 117,6	8 471,1	7 610,8
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) *)			3 710,3	4 231,6	4 310,9	4 349,1	3 657,3
dar. an Unternehmen und Privatpersonen			3 347,3	3 770,2	3 836,8	3 882,0	3 297,8
• Langfristige Kredite *) (von 4 Jahren und darüber)			13 693,5	14 622,0	14 641,3	14 805,8	13 590,3
dar. an Unternehmen und Privatpersonen			12 112,6	12 904,2	12 925,1	13 069,4	12 049,4
dar. Durchlaufende Kredite			665,4	638,1	641,7	640,4	658,2
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken			16 355,8	18 146,3	19 035,1	18 588,3	16 246,3
dav. Sicht- und Termingelder			9 050,0	10 163,7	11 004,0	10 510,5	9 011,0
dar. von Unternehmen und Privatpersonen			7 831,5	8 889,5	9 464,8	9 008,0	7 810,2
Spareinlagen		4 069,9	7 305,8	7 982,6	8 031,1	8 077,8	7 235,3
dar. bei Sparkassen		2 792,9	4 941,6	5 333,1	5 340,1	5 357,7	4 904,8
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)		244,3	439,1	427,0	407,3	451,1	379,0
• Lastschriften auf Sparkonten		203,9	430,1	395,0	359,5	405,5	380,4
• Zinsgutschriften		12,9	33,2	1,2	0,7	1,1	0,9
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	19	28	20	19	31
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	875	701	733	854	1 027
Betrag	1 000 DM	1 314	2 932	2 133	1 743	2 341	9 722
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren/ eidesstattliche Versicherungen²⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 373	21 193	22 933	26 460	24 810
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		3 058	3 303	3 295	3 071	3 528	3 546
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		1 198	1 440	1 624	1 312	1 726	1 188
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen		353	457	462	426	416	407
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	151	148	149	147	151
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 862	5 065	5 128	5 126	4 742
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	5 015	5 251	5 273	5 300	4 998
Stammkapital	Mio DM	2 962	4 234	4 817	4 841	4 849	4 161
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM		585 154	519 539	505 898	800 680	733 224
• dav. Steuern vom Einkommen		200 385	298 399	239 489	221 104	515 559	466 875
dav. Lohnsteuer		89 007	178 167	184 001	230 283	212 982	178 507
Veranlagte Einkommensteuer		64 393	66 980	27 542	15 879	181 920	162 442
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		10 279	14 446	14 836	5 604	6 830	14 599
Körperschaftsteuer		36 708	38 805	13 110	662	113 827	111 326
Steuern vom Umsatz			288 756	280 049	284 793	285 101	266 350
dav. Umsatzsteuer		82 827	135 525	144 962	148 640	163 525	134 597
Einfuhrumsatzsteuer			151 231	135 087	136 154	121 577	131 752
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	602 809	662 652	536 636	614 820	639 551
• dar. Zölle		45 078	49 486	52 816	47 166	49 908	56 937
• Verbrauchsteuern		358 150	535 718	594 158	471 173	541 467	559 955
dar. Mineralölsteuer		281 342	440 497	496 421	384 027	465 607	487 630
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	40 066	31 687	62 237	24 146	22 744
• dar. Vermögensteuer		11 355	16 648	6 482	42 264	3 428	930
• Kraftfahrzeugsteuer		7 992	10 207	12 787	10 584	10 645	9 921
• Biersteuer		2 430	3 057	2 889	3 188	3 393	3 133
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	59 558	39 771	139 111	18 966	14 657
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital		34 764	43 302	12 866	123 496	14 604	8 885
Grundsteuer A		73	85	10	133	30	34
Grundsteuer B		5 134	6 939	828	14 123	3 766	4 903
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	948 077	963 623	862 356	1 044 527	1 035 567
6. Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen *)	1 000 DM	157 752	191 333	142 730	137 577	315 428	240 285
Anteil an den Steuern vom Umsatz		122 235	119 351	104 937	33 807	230 136	209 571
Anteil an der Gewerbesteuerumlage			21 416	6 108	10 869	61 146	7 970
Anteil an der Gewerbesteuerumlage			10 500	—	30 664	—	—
Außerdem:							
• Einnahmen aus Gemeindesteuern		46 355	38 558	39 771	77 783	18 966	14 657
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer			30 869	29 616	14 577	55 286	47 733
Einnahmen des Landes insgesamt			260 761	212 117	229 937	389 681	302 675

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

*) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — *) einschließlich durchlaufender Kredite. — *) Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten.

*) nach Zerlegung der Lohn- und Körperschaftsteuer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1970	Februar 1970	Mai 1971	Mai 1970
		1965	1970				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	148,9	154,3	158,2	167,2	148,6
Einfamiliengebäude	"	113,3	148,8	154,2	158,0	166,9	148,3
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	149,1	154,4	158,3	167,4	148,9
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	149,2	154,6	158,6	167,7	148,8
Bürogebäude	"	112,2	149,2	154,3	158,3	166,9	148,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	150,6	155,8	160,7	171,0	150,6
Löhne und Gehälter¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	329	348	344	356	317
• männliche Arbeiter	"	140	202	209	205	210	195
• weibliche Arbeiter	"	92	127	139	139	146	122
Bruttostundenverdienste	"	5,10	7,25	7,64	7,70	7,95	6,94
• männliche Arbeiter	"	3,32	4,89	5,07	5,18	5,30	4,71
• weibliche Arbeiter	"	1,78	2,36	2,57	2,52	2,65	2,23
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	45,5	45,6	44,6	44,8	45,6
• männliche Arbeiter	"	42,2	41,4	41,2	39,5	39,6	41,4
• weibliche Arbeiter	"	3,3	4,1	4,4	5,1	5,2	4,2
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	41,4	40,7	42,6	40,3	39,3	42,8
• männliche Arbeiter	"	37,2	36,4	38,7	35,5	34,4	38,5
• weibliche Arbeiter	"	4,2	4,3	3,9	4,8	4,9	4,3
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 555	1 591	1 658	1 696	1 523
• männlich	"	747	1 104	1 141	1 189	1 212	1 068
• weiblich	"	351	451	450	469	484	455
Technische Angestellte	"	1 182	1 661	1 710	1 796	1 830	1 620
• männlich	"	748	1 109	1 139	1 200	1 218	1 072
• weiblich	"	434	552	571	596	612	548
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 482	1 524	1 571	1 606	1 449
• männlich	"	688	1 020	1 052	1 086	1 119	998
• weiblich	"	355	462	472	485	487	451
In Industrie und Handel²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 058	1 501	1 541	1 593	1 629	1 468
• männlich	"	688	1 042	1 075	1 112	1 143	1 016
• weiblich	"	370	459	466	481	486	452
Technische Angestellte	"	1 176	1 660	1 708	1 791	1 829	1 618
• männlich	"	838	1 285	1 309	1 351	1 374	1 263
• weiblich	"	338	375	399	440	455	355
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	444	727	664	341	625
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	150	95	97	101
bekämpfte Brände	"	221	337	577	569	244	524
dav. Großbrände	"	9	14	23	26	6	20
dav. Mittelbrände	"	28	44	90	83	22	93
Kleinbrände	"	98	151	309	281	120	260
Entstehungsbrände	"	80	119	140	174	93	149
Schornsteinbrände	"	6	10	15	5	3	2
Hilfeleistungen aller Art	"	-	739	700	804	812	827
Rettungswageneinsätze	"	-	10 271	10 595	10 946	10 837	10 147
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 653	1 545	1 844	1 828	1 770
Betriebsunfälle	"	544	505	441	463	509	585
Krankenbeförderungen	"	-	3 660	3 883	3 645	3 730	3 354
Anzahl der beförderten Personen	"	-	10 086	10 261	10 528	10 451	9 949
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	-	11 454	12 022	12 414	11 990	11 599
Außerdem:	"	-	-	-	-	-	-
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	-	87	132	153	81	166
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 164	10 383	9 879	11 584	11 739
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	6	12	4	7	11
Sittlichkeitsdelikte	"	214	213	220	205	199	217
Körperverletzung ³⁾	"	91	130	145	117	148	127
Raub, räuberische Erpressung	"	41	68	60	78	72	78
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	4 431	3 731	3 682	4 205	4 896
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 015	3 292	2 888	3 529	3 256
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 446	7 023	6 570	7 734	8 152
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	-	-	-	-	-	-
diebstahl	"	180	287	260	264	265	370
Unterschlagung	"	203	202	162	147	167	174
Begünstigung und Hehlererei	"	85	134	64	63	73	113
Betrug und Untreue	"	722	936	784	862	1 042	754
Brandstiftung	"	33	38	49	45	55	41
Außerdem:	"	-	-	-	-	-	-
Verkehrsvergehen ⁴⁾	"	778	1 463	1 320	1 377	1 576	1 213
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁵⁾	"	8 929	17 425	19 902	21 487	21 157	14 973
Ordnungswidrigkeiten	"	423	435	504	447	403	404
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁶⁾	"	31 317	26 905	26 905	24 392	24 488	25 674

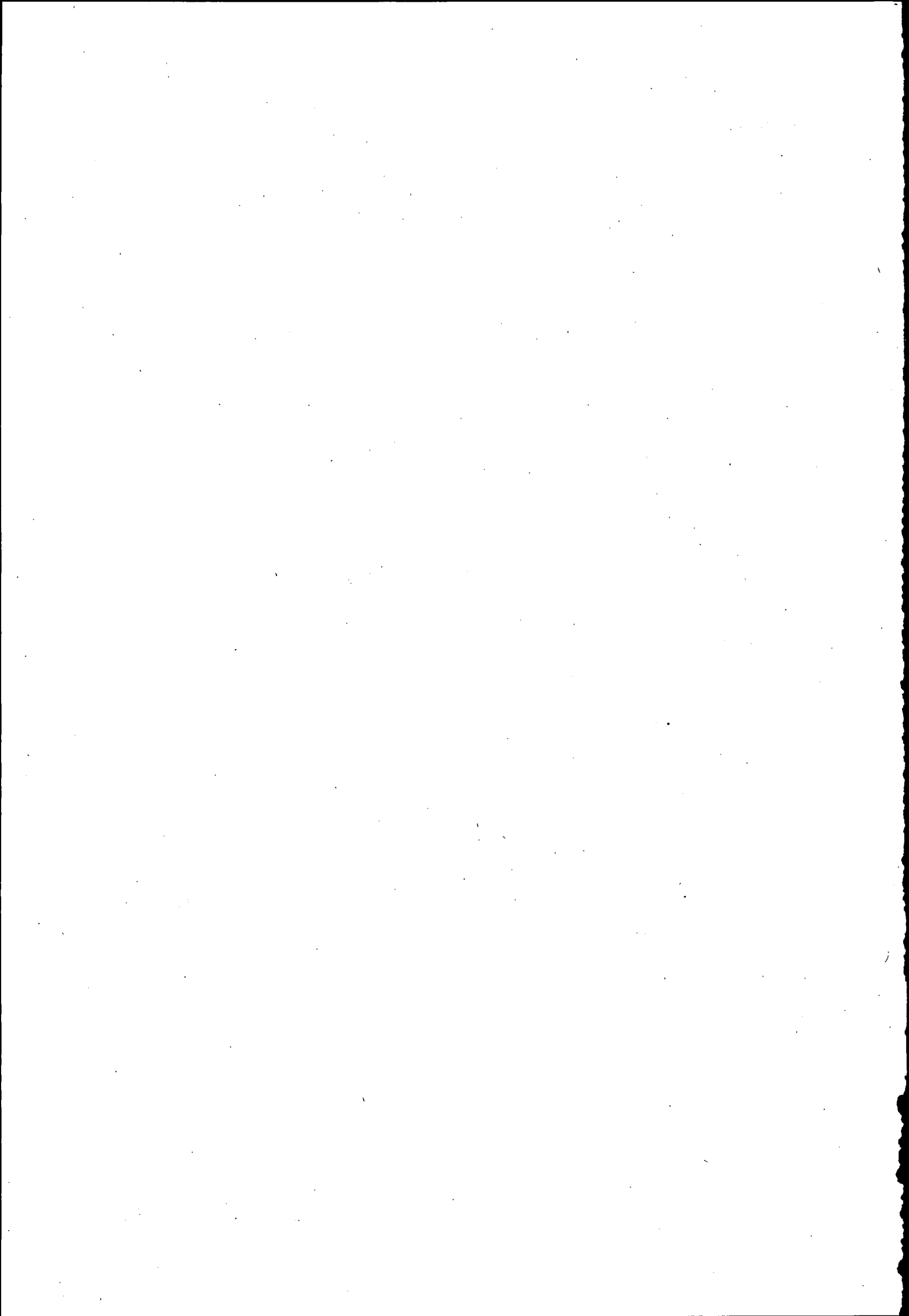
¹⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsjahreskreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ³⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

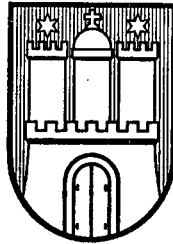
Gegenstand	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1971	April 1971	Mai 1971	Mai 1970
		1965	1970				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	9,1
Lebendgeborene	} Elnw. und 1 Jahr	17,7	14,4
Gestorbene		11,5
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 603	8 568
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	1 021	975
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	44 072	40 672
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	8 506	7 845
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	158,6	158,1	168,4	168,3	173,0
Verarbeitende Industrie	"	119,1	159,9	161,3	171,9	167,5	172,3
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	178,1	180,0	190,9	190,2	193,0
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	159,4	161,2	171,1	172,7	181,6
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,8	147,2	151,3	162,7	160,8	163,6
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	138,4	132,9	144,3	145,9	149,0
Bauindustrie	"	118,9	134,9	102,8	156,1	168,2	176,5
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 529	1 501,7	1 551
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	2 526	173,4	231
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	55 229	3 987,7	3 605
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	50 766	55 507 r	59 026	60 559	48 929
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	39 825	19 476 r	21 496	22 001	17 150
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	170	196	192	182	162
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	"	162	175	177	158	153
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	11 764	11 064	12 099
dav. Empfang	"	6 950	9 378	8 758	9 663
Versand	"	1 885	2 386	2 306	2 436
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	195 562	288 683	259 953	240 542	213 470
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	31 377	25 099 p	28 455 p	34 395 p	33 990
Getötete Personen	"	1 313	1 594	1 220 p	1 297 p	1 538 p	1 611
Verletzte Personen	"	36 124	44 186	34 476 p	40 042 p	48 703 p	48 885
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 924	2 807,1	2 912	2 958,4	2 374,8
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 333	3 800,4	394	196,4	130,8
Körperschaftsteuer	"	681	726	1 626,5	— 7	— 44,8	106,1
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	"	2 018	3 177	2 868,0	3 356	3 458,1	3 087,8
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	107,5	112,0	112,4	112,4	106,8
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	107,2	109,7	110,4	108,9	107,8
Index der Ausführpreise	"	104,8	116,6	121,5	122,0	121,7	116,1
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾	"	114,6	147,4	163,6	142,8
Preisindex für die Lebenshaltung ⁹⁾	"	109,0	123,7	128,7	129,3	129,9	123,5
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	117,4	121,1	122,0	122,7	118,0
Wohnungsmieten	"	118,5	168,5	175,7	176,9	177,4	167,5
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	6,49	6,53	6,76	7,01	6,15
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	44,9	45,0	43,7	44,4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebereichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalegebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ⁸⁾ bereits gekürzt um um durchlaufende Posten. — ⁹⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten).



HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1971

September-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Geburtenrückgang in Hamburg weiter anhaltend, Eheschließungszahl ebenfalls rückläufig.

Mit 18 390 Geborenen hatte Hamburg im Jahre 1970 das bisher niedrigste Ergebnis der Geburtenstatistik in den letzten 15 Jahren. Die Erwartung, daß sich 1971 wieder eine günstigere Entwicklung anbahnen würde, hat sich nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen für das erste Halbjahr 1971 nicht bestätigt. Von Januar bis Juli d. J. wurden von Hamburger Müttern 9 100 Kinder geboren, das sind noch rd. 400 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Da erfahrungsgemäß in der zweiten Jahreshälfte weniger Kinder als im ersten Halbjahr zur Welt kommen, muß bereits jetzt angenommen werden, daß die Gesamtgeborenenzahl von 1970 unterschritten wird.

Neben der Familienplanung ist die absinkende Zahl der Eheschließungen ein Grund für den Geburtenrückgang. Vor 10 Jahren, also im Jahre 1961, wurden über 19 000 Ehen geschlossen. Das waren 10,4 Ehen berechnet auf 1 000 Einwohner; seit 1962 ist diese Zahl rückläufig und fiel bis 1970 auf 7,3. Die Ursache ist in erster Linie in der veränderten Alterszusammensetzung der Hamburger Bevölkerung zu suchen. Die meisten Ehen werden geschlossen, wenn die Männer zwischen 21 und 29 Jahre alt sind, und die Frauen ein Alter zwischen 19 und 26 Jahren erreicht haben. Ende 1970 waren 12,5% der Männer und 8,1% der Frauen in diesem Alter, wogegen die entsprechenden Anteile 1961 noch 13,5% bzw. 10,9% betragen.

Auch im Jahre 1971 zeichnet sich ein weiterer Rückgang der Eheschließungszahl ab: im ersten Halbjahr wurden rd. 6 300 Ehen registriert, im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es fast 6 800.

Steigender Anteil des Fertigteilbaus im Nichtwohnbau — insbesondere im Schulbau —

Der Anteil der Montage- oder Fertigteilbauten am gesamten Bauvolumen des Nichtwohnbaus hat sich von 1965 bis 1970 fast verdreifacht.

Dies geht aus der Baugenehmigungsstatistik hervor, die für das Jahr 1970 ein Bauvolumen für gewerbliche und sonstige Nichtwohnbauten in Höhe von 6,7 Mio cbm ermittelte, wovon 1,5 Mio cbm oder 22% auf den Fertigteilbau entfielen. Demgegenüber ergab sich für das Jahr 1965 ein umbauter Raum von 4,3 Mio cbm, wovon damals nur 8% auf den Fertigteilbau kamen.

Bei einem Vergleich der Gebäudearten fällt der Schulbau durch einen sehr hohen Anteil an Fertigteilbauten — häufig Schulpavillons — besonders auf. Hier wurden im Jahre 1965 — wiederum gemessen am umbauten Raum — 31% in Fertigteilbauweise genehmigt. Für das Jahr 1970 stieg dieser Anteil sogar auf rund 206 000 cbm oder 70% an.

80 Mio cbm Wasseraufkommen in Hamburg im 1. Halbjahre 1971

Das Wasseraufkommen aus dem öffentlichen Leitungsnetz stieg in den ersten 6 Monaten dieses Jahres gegenüber 1970 um 2 Millionen Kubikmeter (2,5%) und erreichte damit erstmalig die 80 Mio-cbm-Grenze in einem Halbjahr.

Unter den Abnehmern hatte der Bereich „Normal- und Großabnehmer“ im Berichtszeitraum trotz einer unterdurchschnittlichen Zunahme von 1,3% mit knapp 66 Mio cbm den weitaus größten Anteil. Innerhalb dieser Gruppe wurden von den privaten Haushalten und den „Normalabnehmern aus dem Gewerbe“ rund 85% der gesamten Wassermenge verbraucht, während die „Großabnehmer“ (überwiegend Industrieunternehmen) einen Verbrauchsanteil von etwa 15% hatten.

Beachtlich ist der starke Anstieg des Eigenverbrauchs der Wasserwerke um rd. 12%, wobei hier die Wasserentnahme der Badeanstalten überwog. Schließlich erhöhte sich auch die Abgabe an Verbraucher außerhalb Hamburgs im 1. Halbjahre 1971 um 10% auf fast 4,5 Mio cbm gegenüber 3,9 Mio cbm in den Monaten Januar bis Juni 1970.

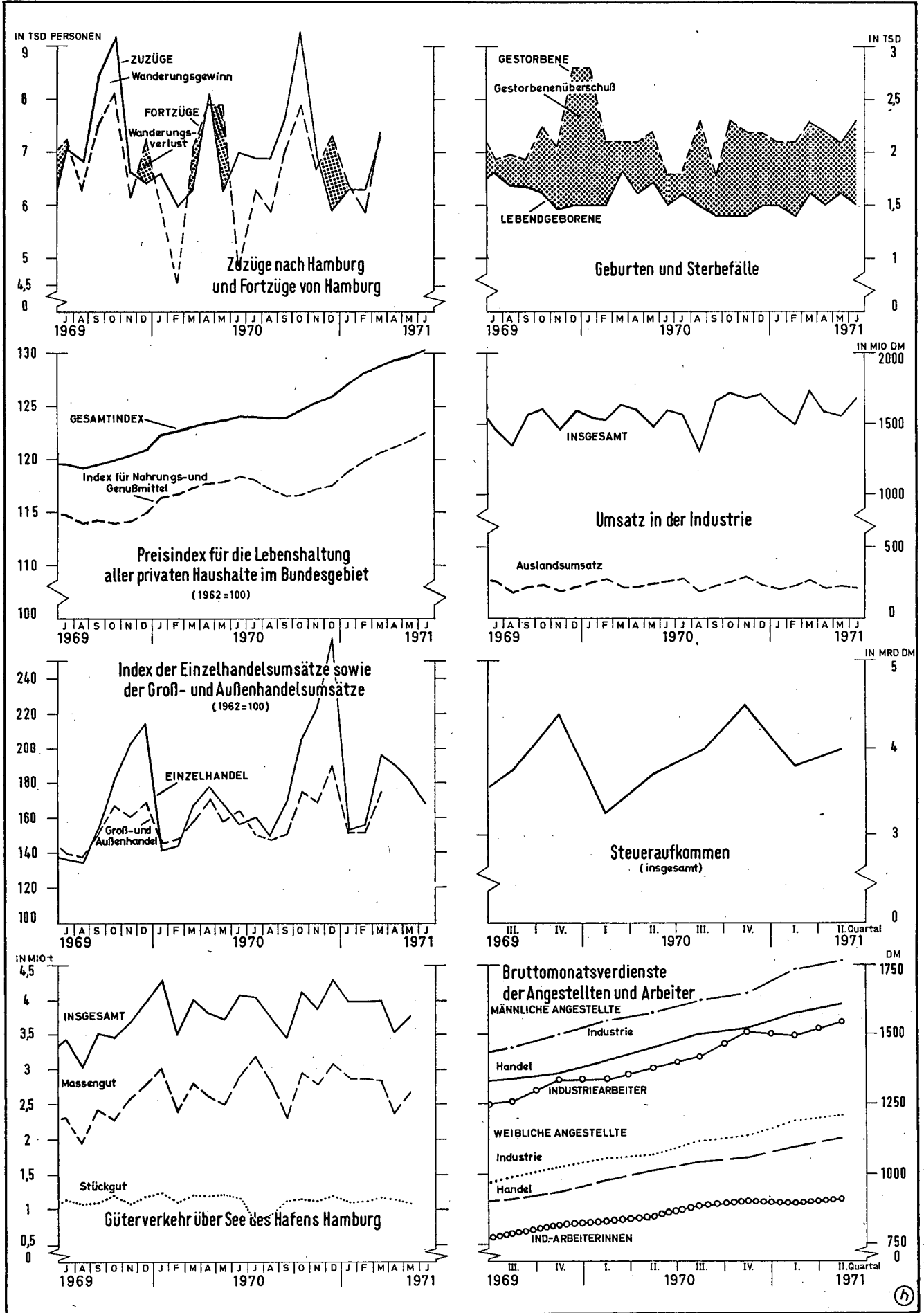
Starker Anstieg des Güterumschlags in der Binnenschifffahrt

Im ersten Halbjahre 1971 ist der Güterumschlag mit rd. 5,2 Mio Tonnen um 12% gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres (4,6 Mio t) angestiegen. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß die Binnenschifffahrt Anfang 1970 wegen der Vereisung der Schifffahrtswege stark beeinträchtigt war.

Mineralölproukte (Kraftstoffe, Heizöl) waren in den ersten 6 Monaten dieses Jahres die am häufigsten beförderten Güter. Auf sie entfielen nicht weniger als 1,6 Mio t, was einem Anteil von 32% entspricht. In einigem Abstand folgt die Gütergruppe „Sand, Kies und Ton“ mit rd. 700 000 t (13%) vor „Getreide“ (12%) und „Steine und Erden“ (8%). Bei einem Vergleich mit dem Vorjahre waren die größten Zuwachsraten bei „Steine und Erden“ (+ 29%) und bei „Getreide“ (+ 23%) zu verzeichnen, wobei die zuletzt genannte Gütergruppe vom stark gestiegenen Transit in die CSSR profitiert hat.

In regionaler Hinsicht entfielen 2,3 Mio t oder 45% auf den Niederelbeverkehr. Im Verkehr über die Oberelbe sind besonders Berlin (West) mit rd. einer Million Tonnen (19%) und die CSSR (680 000 t, 13%) hervorzuheben.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Containerverkehr im Hamburger Hafen von 1968 bis 1970

1. Vorbemerkungen

Als sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die noch heute anhaltende rasante Entwicklung des Containerverkehrs abzuzeichnen begann, stand die Verkehrswirtschaft – insbesondere die Seeschifffahrt und die Seehäfen – am Beginn eines tiefgreifenden Strukturwandels. Zwar ist der Container – der genormte Großbehälter – ebenso wie die Palette und das Flat nur ein Glied in einer Kette von Maßnahmen, um auch im Stückgutverkehr zu größeren Ladungseinheiten zu kommen, die mit der Containerisierung verbundenen Auswirkungen auf die Verkehrsträger und nicht zuletzt auf die Umschlagsbetriebe in den Häfen sind jedoch unvergleichlich größer.

Auswirkungen des Containerverkehrs

Wir wollen an dieser Stelle nicht auf die vielfältigen Spezialprobleme eingehen, die von der zolltechnischen Behandlung, über versicherungsrechtliche Fragen bis hin zur Frachtenbildung reichen. Wichtig ist aber, daß bei der angestrebten ununterbrochenen Transportkette der in einem Container zusammengefaßten Waren vom Versender bis zum Empfänger ganz neue Formen des Zusammenwirkens aller am Containerverkehr beteiligten Firmen unter Einschluß von Spediteuren, binnenländischen Frachtführern, Zolldeklaranten, Schiffsmaklern, Hafenumschlagsbetrieben, Stauern und Reedereien entwickelt werden mußten. Die stark zersplitterte Betriebsstruktur – insbesondere der Hafenvirtschaft – erwies sich als sehr wenig anpassungsfähig an die jetzigen Bedürfnisse, so daß neue Kooperationsformen, aber auch vertikale Unternehmenszusammenschlüsse die Folge waren.

Das zweite sehr augenfällige Faktum beim Containerverkehr ist, daß nahezu alle am Containerumschlag Beteiligten zunächst einmal erhebliche Kapitalinvestitionen zu leisten hatten. Das beginnt mit dem Vorhalten von großen Container-Beständen seitens der Reedereien bzw. von speziellen Containergesellschaften. Damit wird die Ladung weitgehend genormt, was wiederum eine Voraussetzung zur Mechanisierung des Umschlagsvorgangs ist. Um die Vorteile des Containerverkehrs – Verringerung der Hafenkosten und bessere Ausnutzung des schwimmenden Kapitals durch Verringerung der Liegezeiten und damit auch der gesamten Reisezeit der Schiffe – voll zu nutzen, werden von den Reedereien in immer stärkerem Umfang hochspezialisierte Schiffstypen eingesetzt. Für die Seehäfen und ihre Hafenbetriebe mußten gänzlich neue Umschlagstechniken entwickelt werden. Die weitgehende Mechanisierung und die damit verbundene Produktivitätssteigerung erfordern erhebliche technische Vorkehrungen. Für den Containerverkehr sind große Lagerhallen zum Packen der Container, riesige Freiflächen, auf denen die Container „vorgestaut“ werden können, ebenso erforderlich wie neuartige, speziell für den Containerverkehr konstruierte Flurfördergeräte (z. B. Van-carrier, Straddle-carrier) und Container-Brücken, die ein schnelles

Übersetzen der Container an Bord der Schiffe ermöglichen. Die Kapitalinvestitionen bei den Binnenverkehrsträgern – Benutzung neuer LKW-Typen und Schaffung spezieller Container-Terminals im Eisenbahnnetz – runden das Bild einer sehr kapitalintensiven Revolution im Verkehrswesen ab.

Umschlagsanlagen in Hamburg

Auch der Hamburger Hafen hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um sich auf diese Umstrukturierung des Seeverkehrs einzustellen. Das Herzstück der Containerumschlagsanlagen im Hamburger Hafen ist der Container-Terminal am Burchardkai. Hier sind z. Z. sechs Liegeplätze für Voll- und Teilcontainerschiffe eingerichtet. Der Bau des siebenten Liegeplatzes mit einer Roll-on/Roll-off-Anlage ist in diesem Jahr begonnen worden. Vier Container-Brücken (drei weitere geplant) sorgen für die schnelle Be- und Entladung der Containerschiffe. Die Gesamtfläche der Anlage von nicht weniger als 560 000 qm, davon 56 000 qm in Hallen, ist einer der großen Vorteile dieses Terminals und erlaubt einen optimalen Ladungsfluß, zu dem 26 Portalstapler und 4 Portalhubwagen (Van- bzw. Straddle-carriers) mit einer maximalen Netto-Tragfähigkeit von mehr als 30 Tonnen beitragen.

Daneben wird voraussichtlich noch im Herbst dieses Jahres auch die Anlage des Eurokai-Terminals – 4 Liegeplätze, 1 Container-Brücke (eine weitere bis Anfang 1972 geplant), 3 Portalstapler sowie verschiedene Universalkräne – ihre zweite Ausbaustufe vollendet haben. Weitere Spezialanlagen für den Containerumschlag stehen an verschiedenen anderen Stellen des Hafens zur Verfügung. Wie groß der Investitionsaufwand zur Erstellung dieser Umschlagsgelegenheiten war, mögen folgende Zahlen verdeutlichen: allein die Kosten für die Infrastrukturmaßnahmen (Herrichtung des Geländes, Errichtung der Liegeplätze, Verkehrsanbindung u. ä.) für den Terminal am Burchardkai und den Eurokai-Terminal betragen bis 1970 rd. 44 Mio DM. Nach dem augenblicklichen Stand der Planung sind weitere 45 Mio DM bis 1973 vorgesehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Kosten für die von den Umschlagsbetrieben zu finanzierende Suprastruktur (z. B. Hallen, Kräne, technisches Gerät usw.) nach Ansicht von Sachkennern sicherlich noch einmal in etwa ähnlichem Umfang anzusetzen sind.

Vergleichsschwierigkeiten

Bei einem derartig rasanten Anwachsen des Containerverkehrs und nicht zuletzt bei so erheblichen Kapitalaufwendungen ist es verständlich, daß sehr frühzeitig das Bedürfnis nach konkreten Zahlenangaben über den Umschlag von Containern auftauchte. Das Statistische Landesamt hat daher seit Beginn des Jahres 1968 im Rahmen der Seeverkehrstatistik die erforderlichen Angaben über den Containerverkehr

erhoben und aufbereitet. Dieses Zahlenmaterial für die Jahre 1968 bis 1970 wird in den nachfolgenden Ausführungen dargelegt und kommentiert.

Dabei soll zunächst nur auf die Entwicklung in Hamburg eingegangen werden. Es ist jedoch beabsichtigt, einen Vergleich der wichtigsten Daten zwischen den konkurrierenden Containerhäfen in einem Folgebeitrag in dieser Schriftenreihe herauszubringen, vorausgesetzt es ist möglich, vergleichbares Zahlenmaterial für die in Frage kommenden Häfen zu beschaffen. Es sei bereits an dieser Stelle der Hinweis gestattet, daß für verschiedene Häfen so gut wie kein Datenmaterial über den Containerumschlag veröffentlicht wird. Ein Hafenvergleich wird weiterhin insbesondere dadurch erschwert, daß teilweise die Zahl der umgeschlagenen Container nicht nach der Größe unterschieden wird, so daß in verschiedenen Häfen Kleincontainer mit eingerechnet sind. In anderen Häfen wird nicht nach beladenen und leeren Containern differenziert oder aber beim Gewicht der in Containern umgeschlagenen Güter wird häufig das Eigengewicht der Behälter hinzugerechnet. Alle diese Punkte erschweren die Beurteilung der wirtschaftlichen Bedeutung des Containerverkehrs für einen Hafen ebenso wie sie einen korrekten Vergleich zwischen den Konkurrenzhäfen nahezu unmöglich machen.

2. Gesamtüberblick

Knapp 69 000 Container umgeschlagen

Im Jahre 1970 wurden im Hamburger Hafen etwas mehr als 68 800 Container geladen oder gelöscht. In dieser Zahl sind nicht berücksichtigt die Container, die zwar in Hamburg gepackt, jedoch in anderen Häfen (z. B. in Bremen) zur Verschiffung gelangt sind¹⁾. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, sind neben der großen Gruppe der Normalcontainer, die wegen ihrer Bedeutung in verschiedene Größenklassen unterteilt wurden, auch die Spezialcontainer, insbesondere die Kühl- und Flüssigkeitscontainer, in diese Erhebung einbezogen worden. Zusätzlich wurden aber auch noch die Trailer berücksichtigt. Da der Begriff des Trailers häufig in unterschiedlicher Bedeutung benutzt wird, sei darauf hingewiesen, daß in dieser Untersuchung darunter diejenigen Container zu verstehen sind, die auf eigener Achse im Roll-on/Roll-off-Verkehr befördert werden.

In der genannten Zahl von 68 800 Containern sind im Jahre 1970 knapp 5000 Kleincontainer, d. h. Normalcontainer von weniger als 20 Fuß (abgekürzt: 20') Länge enthalten (7,2%). Daraus ergibt sich, daß im Hamburger Hafen rd. 63 900 Großbehälter umgeschlagen wurden. Wenn auch dieser Großbehälterverkehr – unter dem wir die Normalcontainer von 20' und mehr, sowie die Spezialcontainer und die Trailer verstehen wollen²⁾ – das Kernstück der folgenden Betrachtung sein soll, so schien es bei der ersten Globalübersicht doch zweckmäßig, der Vollständigkeit halber auch den Kleincontainerverkehr darzustellen.

¹⁾ 1970 rd. 3 600 Großbehälter.

²⁾ Eine geringfügige Ungenauigkeit entsteht dadurch, daß bei den Spezialcontainern nicht nach der Größe unterschieden werden kann. Während dies bei den Kühlcontainern kaum eine Rolle spielt, dürfte ein Teil der Flüssigkeitscontainer jedoch kleiner als 20 Fuß sein.

Tabelle 1

Zahl der in Hamburg umgeschlagenen Container 1968 bis 1970 nach Containerarten

Arten der Container	1968		1969		1970		Veränderungen	
							1969	1970
							gegenüber	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	1968	1969
	1	2	3	4	5	6	7	8
Container insgesamt								
Normalcontainer unter 20'	12 295	30,1	7 776	14,9	4 959	7,2	— 36,8	— 36,2
20' bis unter 30'	16 107	39,5	23 036	44,2	35 907	52,2	+ 43,0	+ 55,9
30' bis unter 40'	122	0,3	78	0,1	371	0,5	— 36,0	+375,6
40' und mehr	10 581	25,9	17 248	33,1	22 023	32,0	+ 63,0	+ 27,7
Kühlcontainer	379	0,9	1 459	2,8	1 519	2,2	+ 285,0	+ 4,1
Flüssigkeitscontainer	911	2,2	931	1,8	965	1,4	+ 2,2	+ 3,6
Trailer	459	1,1	1 614	3,1	3 091	4,5	+251,6	+ 91,5
Container insgesamt	40 854	100	52 142	100	68 835	100	+ 27,6	+ 32,0
Darunter Großcontainer ¹⁾	28 559	69,9	44 366	85,1	63 876	92,8	+ 55,3	+ 44,0
darunter beladene Container								
Normalcontainer unter 20'	8 433	27,0	5 460	13,6	3 325	5,8	— 35,3	— 39,1
20' bis unter 30'	12 797	40,9	17 607	43,8	30 711	53,3	+ 37,6	+ 74,4
30' bis unter 40'	20	0,1	75	0,2	351	0,6	+275,0	+368,0
40' und mehr	8 407	26,9	13 609	33,8	18 384	31,9	+ 61,9	+ 35,1
Kühlcontainer	330	1,0	1 364	3,4	1 401	2,4	+313,3	+ 2,7
Flüssigkeitscontainer	888	2,8	837	2,1	820	1,4	— 5,7	— 2,0
Trailer	393	1,3	1 241	3,1	2 649	4,6	+215,8	+113,4
Container zusammen	31 268	100	40 193	100	57 641	100	+ 28,5	+ 43,4
Darunter Großcontainer ¹⁾	22 835	73,0	34 733	86,4	54 316	94,2	+ 52,1	+ 56,4

¹⁾ Normalcontainer von 20' und mehr, sowie Spezialcontainer und Trailer.

Ein für die Schifffahrt besonderes Problem stellt das Ungleichgewicht des Anfalls von Containergut in den einzelnen Verkehrsrichtungen dar. Dadurch bedingt, werden in nicht unbeträchtlichem Umfang Container leer befördert. Unter dem Gesichtspunkt der im Hafen erbrachten Leistung muß selbstverständlich der Umschlag von Leercontainern eingerechnet werden. Will man aber die Bedeutung eines Hafens im Containerverkehr bestimmen, so erscheint es zweckmäßiger, nur von der Zahl der beladenen Container auszugehen. Diesen beiden unterschiedlichen Gesichtspunkten trägt die *Tabelle 1* Rechnung, da in der gleichen Gliederung sowohl ein Gesamtüberblick über die umgeschlagenen Container gegeben wird, als auch die beladenen Container gesondert nachgewiesen werden. Legt man nur die beladenen Container zugrunde, so wurden 1970 etwas mehr als 57 600 Einheiten umgeschlagen³⁾.

Kleincontainer stark rückläufig

Betrachtet man die Struktur des Umschlags von beladenen Containern, so fällt zunächst einmal auf, daß die Kleincontainer im Beobachtungszeitraum ganz erheblich an Bedeutung verloren haben. Während nahezu alle übrigen Containerarten starke Zuwachsraten zu verzeichnen hatten, sank die Zahl der Normalcontainer unter 20' von 8 400 (1968) auf 3 300 im Jahre 1970 ab. Betrug ihr Anteil 1968 noch 27 %, so waren es 1970 nur noch knapp 6 %. Nicht zuletzt unter dem Einfluß einer zunehmenden Normierung der ursprünglichen Vielfalt von Containertypen wird aller Voraussicht nach ihre relative Bedeutung in den Folgejahren weiter zurückgehen.

Mit großem Abstand am häufigsten wurde im Hamburger Hafen der 20'-Container umgeschlagen. Auf ihn entfielen nicht weniger als 30 700 Einheiten, was gegenüber 1968 eine Steigerung auf das Zweieinhalbfache bedeutet. Dementsprechend hat sich der Anteil dieses Containertyps auch von 41 % (1968) auf 53 % (1970) vergrößert. Auch der doppelt so große 40'-Container hatte gegenüber 1968 beachtliche Steigerungsraten zu verzeichnen. Immerhin wurden 1970 knapp 18 400 dieser z. Z. größten Container umgeschlagen. Die zwischen diesen beiden Standardtypen liegenden Containergrößen spielen im Hamburger Hafen so gut wie keine Rolle.

Knapp 4 % (2 200) aller umgeschlagenen Container waren Spezialcontainer, wobei unter ihnen die Kühlcontainer (1 400) die größere Gruppe stellten. Bemerkenswert ist die erhebliche Steigerung des Trailerverkehrs, der seit 1968 auf fast das Siebenfache angestiegen ist. 1970 wurden immerhin bereits 2 650 Trailer (4,6 %) umgeschlagen, womit den Trailern zahlenmäßig bereits ein größeres Gewicht zukommt als den Spezialcontainern zusammen. Diese Zahlen spiegeln die beträchtliche Intensivierung des Roll-on/

Roll-off-Verkehrs – vor allem in der Europafahrt (Skandinavien und Großbritannien) – wider.

Jährliche Zuwachsraten von über 50 %

Bei der nun folgenden kurzen Beurteilung der Entwicklung seit 1968 soll lediglich vom Großbehälterverkehr ausgegangen werden und auch hier nur von der Zahl der beladenen Container. Das erscheint einmal deshalb zweckmäßig, da möglicherweise im Anfangsjahr der Erhebung die Zahl der Kleincontainer dadurch leicht überhöht ist, daß Behälter aufgrund der Angaben im Manifest als Kleincontainer angesehen wurden, die in der Folgezeit herausgelassen worden sind, da sie nicht den Definitionsmerkmalen entsprachen. Zum anderen hat die Zahl der Leercontainer – worauf wir später noch ausführlich eingehen werden – relativ beträchtlich abgenommen, was zwar einen gewissen Rückgang der Umschlagsleistung im Hafen bedeutet, jedoch unter dem Gesichtspunkt einer rationellen Arbeitsweise nur äußerst positiv betrachtet werden kann. Dieses ist sicherlich zu einem nicht unbeträchtlichen Teil darauf zurückzuführen, daß Verloader und Schifffahrt sich zunehmend besser auf dem Neuland des Containerverkehrs zurechtfinden.

Die Zahl der beladenen Großcontainer ist von 1968 (22 800) bis 1970 (54 300) auf knapp das Zweieinhalbfache gestiegen. Betrachtet man die Zuwachsraten der einzelnen Jahre, so stieg der Containerumschlag 1969 gegenüber 1968 um rund 52 %, wobei dieses positive Ergebnis im Folgejahr mit 56,4 % sogar noch übertroffen wurde. Hamburg hat also am Containerboom der letzten Jahre durchaus angemessen partizipiert.

Sieht man einmal von den zahlenmäßig gering besetzten Positionen ab, so werden die Zuwachsraten natürlich von der Umschlagssteigerung bei den 20'- bzw. 40'-Containern getragen. Hierbei ist festzustellen, daß die Zahl der „20-Füßer“ stärker gestiegen ist, als die der größeren 40-Fuß-Container. Weit überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten sind vor allem im Trailerverkehr erzielt worden.

580 000 t Containergut über Hamburg

Zur Abrundung des Gesamtüberblicks ist in *Tabelle 2* der andere, jedoch nicht minder wichtige Aspekt des Containerumschlags, nämlich das Gewicht der im Containerverkehr umgeschlagenen Güter dargestellt. Insgesamt wurden 1970 über Hamburg 578 700 t Containergut befördert, darunter allein 571 400 t in Großcontainern.

Bei den in *Tabelle 2* dargestellten Zahlen handelt es sich um Netto-Gewichte, d. h. das Eigengewicht der Container bzw. Trailer ist nicht enthalten. Zur besseren Vergleichbarkeit mit der Veröffentlichung von Containerergebnissen aus anderen Häfen sind zusätzlich als Außerdem-Positionen das Eigengewicht der Container und in Addition das insgesamt errechnete Bruttogewicht angegeben. So betrug das Gewicht der Container und Trailer im Jahre 1970 nicht weniger als 167 000 t, so daß sich für den Containerverkehr des Hamburger Hafens ein Bruttogewicht von 746 000 t ergibt⁴⁾.

³⁾ Eine verhältnismäßig grobe Umrechnung der Zahl der Container auf 20-Fuß-Einheiten ergibt für 1970 insgesamt knapp 92 000, darunter 77 000 beladene Container auf 20'-Basis. Hierzu sind die 40'-Container und die Trailer mit dem Faktor 2, die Normalcontainer von 30' bis unter 40' sowie die Kühlcontainer mit 1,5, die Flüssigkeitscontainer mit 0,6 und die Kleincontainer mit 0,4 multipliziert worden.

⁴⁾ Daraus läßt sich errechnen, daß das durchschnittliche Eigengewicht der Container bei 2,4 t liegt. Im einzelnen ergeben sich Durchschnittswerte für Kleincontainer von ca. 1,1 t, für 20-Fuß-Container von 2 t, für 40-Fuß-Container von etwas mehr als 3 t und für Kühlcontainer von rd. 5 t.

Tabelle 2

Im Containerverkehr in Hamburg umgeschlagene Gütermenge 1968 bis 1970 nach Containerarten

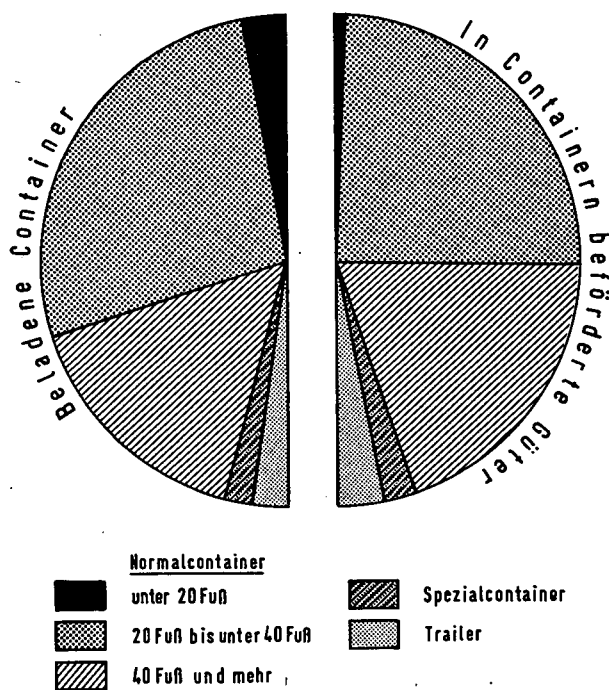
Arten der Container	1968		1969		1970		Veränderungen	
							1969	1970
							gegenüber	
	t	%	t	%	t	%	1968	1969
	1	2	3	4	5	6	7	8
Normalcontainer unter 20'	18 143	7,0	12 897	3,4	7 333	1,3	- 28,9	- 43,2
20' bis unter 30'	124 119	48,3	162 777	43,0	280 067	48,4	+ 31,1	+ 72,0
30' bis unter 40'	283	0,1	966	0,3	4 451	0,7	+ 241,3	+ 360,7
40' und mehr	100 073	38,9	159 069	42,0	225 519	39,0	+ 58,9	+ 41,8
Spezialcontainer ¹⁾	7 396	2,9	25 922	6,8	24 733	4,3	+ 250,5	- 4,6
Trailer	7 101	2,8	16 844	4,5	36 638	6,3	+ 137,2	+ 117,5
Nettogewicht zusammen	257 115	100	378 475	100	578 741	100	+ 47,2	+ 52,9
Darunter Großcontainer ²⁾	238 972	92,9	365 578	96,6	571 408	98,7	+ 53,0	+ 56,3
Außerdem:								
Gewicht der Container und Trailer	78 230		120 342		166 969		+ 53,8	+ 38,7
Bruttogewicht insgesamt	335 345		498 817		745 710		+ 48,7	+ 49,5

¹⁾ Kühl- und Flüssigkeits-Container. - ²⁾ Normalcontainer von 20' und mehr, sowie Spezialcontainer und Trailer.

Betrachtet man die mengenmäßige Entwicklung des Containerumschlags, so zeigt sich auch hier, daß das Nettogewicht seit 1968 (257 000 t) auf nahezu das Zweieinhalbfache angestiegen ist. Wegen des geringen Gewichts der in Kleincontainern beförderten Güter gelten ähnliche Zahlen auch für den Großcontainerverkehr. Die jährlichen Zuwachsraten entsprechen mit 53 % und 56 % nahezu völlig denen, die in Tabelle 1 für die Zahl der beladenen Großcontainer nachgewiesen wurden.

Erhebliche Unterschiede aber zeigen sich bei der Aufschaubild 1

Struktur des Containerverkehrs in Hamburg 1970 nach Größenklassen



Statistisches Landesamt Hamburg (N)

³⁾ Für die übrigen Containerarten ergaben sich 1970 folgende Durchschnittsgewichte: Kleincontainer = 2,2 t, Spezialcontainer = 11,1 t und Trailer = 13,8 t.

gliederung nach Containerarten. Während die Kleincontainer der Anzahl nach im Jahre 1970 noch knapp 6 % ausmachten, lag der Anteil des in ihnen beförderten Containerguts nur bei 1,3 %. Ebenfalls erwartungsgemäß ist die Bedeutung der 40'-Container sowie der Trailer bei Zugrundelegung des Gütergewichts erheblich höher als nach der Anzahl. Zwar werden die meisten Güter in 20'-Containern befördert (280 000 t), jedoch folgt der 40'-Container mit knapp 226 000 t relativ dicht auf. Während nach der Anzahl der beladenen Container die „20-Füßer“ deutlich dominieren (20': 53,3 %; 40': 31,9 %, vgl. Tabelle 1), ist der Abstand bei den Nettogewichten mit 48,4 % zu 39,0 % wesentlich geringer (vgl. Schaubild 1). Allerdings muß an dieser Stelle noch angefügt werden, daß in einem 40'-Container - obwohl er vom zur Verfügung stehenden Laderaum her doppelt so groß ist als der 20'-Container - auch nicht annähernd doppelt so viel Güter befördert werden. Das hängt zweifelsohne mit der Belastbarkeit der 40'-Container unter den extremen Bedingungen des Verladens zusammen. Der 40'-Container wird daher besonders häufig für leichtere raumaufwendige Güter verwendet. Während das durchschnittliche Nettogewicht in einem 20'-Container 1970 rd. 9,1 t betrug, wurden in einem 40'-Container im Schnitt 12,2 t befördert³⁾.

3. Verkehrsbereiche

Nachdem bisher immer nur von den Globalergebnissen ausgegangen wurde, ist es an der Zeit, nach ausgewählten Verkehrsbereichen zu differenzieren. Tabelle 3 zeigt sehr eindeutig, in welchem Ausmaß der Containerverkehr z. Z. noch auf wenige Relationen konzentriert ist.

Herausragende Stellung des Nordamerika-Verkehrs

Mit großem Abstand dominierend ist dabei die Nordamerika-Fahrt, in der 1970 nicht weniger als 38 000 beladene Großcontainer (von 54 300) mit 421 000 t Gütern (von 571 400) befördert wurden. Auf der Basis der umgeschlagenen Großcontainer stellt sich damit der Anteil des Nordamerika-Verkehrs auf 70 %, bei

Tabelle 3

Containerverkehr in Hamburg 1969 und 1970 nach ausgewählten Verkehrsbereichen

Verkehrsbereiche	Beladene Großcontainer ¹⁾					In Großcontainern beförderte Gütermenge				
	1969		1970		Veränderungen 1970 zu 1969	1969		1970		Veränderungen 1970 zu 1969
	Anzahl	%	Anzahl	%		t	%	t	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Europa	4 151	12,0	8 403	15,5	+102,4	42 893	11,7	92 795	16,2	+116,3
darunter										
Großbritannien	2 098	6,0	5 929	10,9	+182,6	26 498	7,2	70 662	12,4	+166,7
Afrika	149	0,4	120	0,2	-19,5	490	0,2	518	0,1	+5,7
Amerika	28 864	83,1	38 828	71,5	+34,5	310 122	84,8	427 382	74,8	+37,8
darunter										
Nordamerika am Atlantik ...	26 043	75,0	31 903	58,7	+22,5	289 438	79,2	366 669	64,2	+26,7
Nordamerika am Pazifik	2 365	6,8	6 116	11,3	+158,6	17 021	4,7	53 955	9,4	+217,0
Asien	866	2,5	3 861	7,1	+345,8	6 602	1,8	26 859	4,7	+306,8
Australien, Ozeanien	703	2,0	3 104	5,7	+341,5	5 470	1,5	23 854	4,2	+336,0
Insgesamt	34 733	100	54 316	100	+56,4	365 577	100	571 408	100	+56,3

¹⁾ Normalcontainer von 20' und mehr, Spezialcontainer und Trailer.

Zugrundelegung der in Containern beförderten Güter sogar auf knapp 74 %. Innerhalb dieser Relation überwiegt eindeutig das Fahrtgebiet Nordamerika am Atlantik (USA und Kanada einschließlich Große Seen) mit rund 32 000 Containern und 367 000 t Gütern. Aber auch auf die entfernungsmaßig bedeutend weiteren Fahrten zur amerikanischen Pazifikküste entfallen immerhin noch 11,3 % der Container und 9,4 % des gesamten Containerguts.

Mit jeweils rund 16 % des Aufkommens an Containern bzw. Containerladung liegt der Europa-Verkehr, der in sehr starkem Ausmaß auf Großbritannien ausgerichtet ist, an zweiter Stelle. Daneben ist innerhalb Europas nur noch die Skandinavien-Fahrt von einiger Bedeutung⁶⁾.

Wie sich aus Tabelle 3 ablesen läßt, folgt mit Abstand auf den weiteren Plätzen der Containerverkehr mit Asien und Australien, also mit Gebieten, auf denen Sachkenner sich große Zukunftschancen auch für den Hamburger Hafen ausrechnen. Im Jahre 1970 wurden rund 27 000 t Güter in Containern zwischen Hamburg und Asien befördert, wobei mehr als drei Viertel auf die fernöstlichen Länder Japan, Hongkong und Taiwan entfielen. In etwa gleicher Höhe (24 000 t) lag 1970 der Australien-Verkehr.

Höchste Zuwachsraten in den Fahrtgebieten des Fernen Ostens

Die in Tabelle 3 aufgeführten Steigerungsraten des Jahres 1970 gegenüber 1969 lassen erkennen, daß der Containerverkehr noch ziemlich am Anfang seiner Entwicklung steht. Sicherlich ist der Verkehr mit Nordamerika am Atlantik dem absoluten Gewicht nach der weitaus bedeutsamste Faktor, was sich vermutlich auch in absehbarer Zeit nicht ändern wird. Es zeigt sich aber auch, daß der Containerverkehr auf immer neue Fahrtgebiete übergreift, wobei — bei einem allerdings niedrigen Ausgangsniveau — er-

staunlich hohe Zuwachsraten erzielt werden. So hat sich der Containerumschlag mit den Fahrtgebieten des Fernen Ostens und Australiens im letzten Jahr mehr als vervierfacht. Es ist damit zu rechnen, daß auch in weiterer Zukunft gerade in diesen Relationen für den Hamburger Hafen gute Chancen für weitere Umschlagssteigerungen vorhanden sind. Die vorläufigen Ergebnisse für das erste Halbjahr 1971 zeigen jedenfalls, daß in dieser Zeit für den Australien-Verkehr das Umschlagsergebnis des gesamten Jahres 1970 schon jetzt nahezu verdoppelt wurde. Begünstigt wurde diese Entwicklung nicht zuletzt dadurch, daß nunmehr auch diese Relation mit Vollcontainerschiffen bedient wird.

Bemerkenswert ist auch die erhebliche Steigerung des Containerverkehrs mit dem Fahrtgebiet Nordamerika am Pazifik. Allein im Jahre 1970 stieg die in Containern beförderte Gütermenge von 17 000 t auf 54 000 t an, das ist mehr als das Dreifache. Auch im Verkehr mit Großbritannien wurden weit überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielt.

Erheblich unter dem Durchschnitt lag dagegen das mengenmäßig bedeutsamste Fahrtgebiet an der nordamerikanischen Atlantikküste. Hierbei muß jedoch berücksichtigt werden, daß in dieser Relation bereits 1969 eine verhältnismäßig hohe Ausgangsbasis vorhanden war, so daß eine Umschlagssteigerung von immerhin 77 000 t nur die unterproportionale Zuwachsrate von knapp 27 % ergibt.

4. Güterstruktur

In dem nun folgenden Abschnitt soll versucht werden, in groben Linien die Struktur der im Containerverkehr umgeschlagenen Güter nachzuzeichnen. Zu diesem Zweck wird in Tabelle 4 die umgeschlagene Gütermenge nach ausgewählten Güterhauptgruppen aufgegliedert. Eine feinere systematische Unterteilung verbietet sich wegen der dann allzu kleinen Zahlen.

Es liegt in der Natur des Containerumschlages, daß

⁶⁾ Generell wird man beim Europa-Verkehr berücksichtigen müssen, daß hierin auch Zubringerdienste zu anderen Container-Häfen sowie Verteiler-Verkehre enthalten sind.

hierfür nicht alle Güterarten in Frage kommen. Dabei ist einmal daran gedacht, daß z. B. lebende Tiere oder sehr sperrige Güter sowie kompakte Schwergüter rein technisch nicht in Containern unterzubringen wären. Vor allem aber wird das Ladungspotential dadurch eingeschränkt, daß Saug- und Schüttgüter (Massengüter) aus ökonomischen Kriterien heraus kaum für den Containerverkehr geeignet sind. Da eine Vielzahl anderer Positionen derart schwach besetzt ist, daß sich eine gesonderte Darstellung verbietet, sind in Tabelle 4 von den insgesamt 52 Güterhauptgruppen nur 19 aufgeführt, auf die aber knapp 92 % des gesamten Containerumschlags entfallen.

Der Vollständigkeit halber muß noch erwähnt werden, daß in dieser Darstellung die in Kleincontainern beförderten Güter mit einbezogen wurden. Wie wir gesehen haben, ist ihr Anteil so unbedeutend, daß sich für diese Strukturdarstellung der Aufwand des Herausrechnens nicht lohnt.

Tabelle 4

Im Containerverkehr¹⁾ in Hamburg umgeschlagene Güter 1970 nach ausgewählten Güterhauptgruppen

Güterhauptgruppen	Insgesamt		davon			
			Empfang		Versand	
	t	%	t	%	t	%
	1	2	3	4	5	6
Containerverkehr insgesamt	578 741	100	209 855	100	368 886	100
darunter						
Früchte, Gemüse	13 446	2,3	6 297	3,0	7 149	1,9
Textile Rohstoffe	11 892	2,1	7 972	3,8	3 920	1,1
Sonstige pflanzliche u tierische Rohstoffe	7 457	1,3	3 352	1,6	4 105	1,1
Getränke	26 297	4,5	7 604	3,6	18 693	5,1
Anderer Genußmittel	19 321	3,3	5 934	2,8	13 387	3,6
Fleisch- u. Fischwaren, Eier, Milch	39 796	6,9	4 460	2,1	35 336	9,6
Getreide-, Obst- u. Gemüseerzeugnisse	30 710	5,3	18 767	9,0	11 943	3,2
Ölsaaten, Fette ..	4 400	0,8	458	0,2	3 942	1,1
NE-Metallerze, NE-Abfälle	9 768	1,7	8 976	4,3	792	0,2
NE-Metalle (einschl. Halbzeug)	7 109	1,2	2 190	1,0	4 919	1,3
Chemische Grundstoffe	29 931	5,2	8 669	4,1	21 262	5,8
Anderer chemische Erzeugnisse	30 985	5,4	16 198	7,7	14 787	4,0
Fahrzeuge	42 224	7,3	2 144	1,0	40 080	10,9
Elektrotechn. Erzeugn. u. Maschinen	66 021	11,4	15 876	7,6	50 145	13,6
EBM-Waren	11 452	2,0	1 265	0,6	10 187	2,8
Glas- u. andere mineralische Waren	12 582	2,2	2 630	1,3	9 952	2,7
Leder- u. Textilwaren	36 113	6,2	9 715	4,6	26 398	7,2
Sonstige Halb- u. Fertigwaren	63 026	10,9	14 392	6,8	48 634	13,2
Besondere Transportgüter, Sammel- u. Stückgut	69 638	12,0	49 060	23,5	20 578	5,6

¹⁾ = einschließlich Trailer.

Problem: Erfassung der Sammelgüter

Ein besonderes Problem der statistischen Erfassung der Güterstruktur wird ganz besonders beim Containerverkehr deutlich. Gemeint ist hier der ständig steigende Anteil von Sammelgütern. Sicherlich hat es

Sammelgüter schon immer gegeben; die vielfältigen Bestrebungen beim Stückgutumschlag, eine Rationalisierung dadurch zu erreichen, daß verschiedene Güter zu größeren Ladungseinheiten zusammengefaßt werden, hat das Gewicht dieser Position jedoch in zunehmendem Ausmaß ansteigen lassen. Bei derartig genormten Ladungseinheiten, wie sie die Container darstellen, ist es für den Reeder bzw. seinen Schiffsmakler primär verhältnismäßig uninteressant, welche Güter im Container enthalten sind, es sei denn, daß von einer differenzierten Frachtratengestaltung ein gewisser Anreiz hierzu ausgeht. In dem Umfang aber, in dem seitens des Reeders kein Bedürfnis an der Kenntnis der gefahrenen Güter besteht, werden in den von der Seeverkehrsstatistik benutzten Ladungspapieren (Manifesten) immer häufiger globale Sammelpositionen aufgeführt.

So zeigt sich denn auch in Tabelle 4, daß knapp 70 000 t (12 %) des gesamten Containerumschlags auf die Position „Besondere Transportgüter, Sammel- und Stückgut“ entfällt. Betrachtet man die Empfangsseite allein, so sind bereits 23,5 % in dieser Sammelposition enthalten. Wenn also ein derartig hoher Anteil des Güterumschlags nicht weiter zu spezifizieren ist, werden davon Entwicklungen bei anderen Güterarten völlig überdeckt. Ein Nachweis der Güterstruktur ist dann nur noch von stark eingeschränkter Bedeutung. Es bleibt abzuwarten, ob sich die in der Vergangenheit beobachteten Tendenzen fortsetzen, die in letzter Konsequenz zu einem Verzicht auf den Nachweis der Güterarten im Containerverkehr führen müßten.

Vorwiegend technische Fertigwaren sowie Nahrungs- und Genußmittel

Betrachtet man die Güterstruktur des Containerverkehrs im einzelnen, so ergibt sich erwartungsgemäß, daß neben der bereits erwähnten Position „Sammelgüter“ besonders die technischen Fertigwaren von Bedeutung sind. So entfielen 11,4 % (66 000 t) auf elektrotechnische Erzeugnisse und Maschinen, weitere 7,3 % (42 000 t) wurden zu der Position Fahrzeuge registriert, wobei anzumerken ist, daß es sich hierbei im wesentlichen um Ersatzteile handeln dürfte. Erwähnenswert ist auch noch die Position „Sonstige Halb- und Fertigwaren“ (10,9 %; 63 000 t), hinter der sich Papier, Pappe, Druckereierzeugnisse, Kautschukwaren (Autoreifen), Möbel, Spielwaren sowie Kunststoffherzeugnisse verbergen. Verhältnismäßig groß ist auch der Anteil an Nahrungs- und Genußmitteln, die auf fünf Güterhauptgruppen verteilt sind und insgesamt 22,3 % ausmachen. Hierzu gehören neben Früchten und Gemüse (2,3 %), Getränken (4,5 %) und anderen Genußmitteln (3,3 %) vor allem die Fleisch- und Fischwaren (6,9 %) sowie Getreide-, Obst- und Gemüseerzeugnisse (5,3 %). Zu erwähnen ist, daß in diesen beiden Gruppen in erheblichem Umfang Konserven enthalten sind.

Während die Struktur der Empfangsseite weitgehend überlagert ist von dem hohen Anteil der nicht näher zu bestimmenden Sammel- und Stückgüter (23,5 %), beträgt der Anteil dieser Position beim Versand nur 5,6 %. Beim Versand sind – ähnlich wie beim Gesamtumschlag – neben den elektrotechnischen Er-

zeugnissen und Maschinen (13,6 %) und den „Sonstigen Halb- und Fertigwaren“ (13,2 %), vor allem die Fahrzeuge (Ersatzteile) mit 10,9 %, die Leder- und Textilwaren mit 7,2 % sowie die große Gruppe der Nahrungs- und Genußmittel mit 23,4 % stark vertreten.

5. Spezielle Aspekte

Zum Abschluß dieser Untersuchung wollen wir uns einigen speziellen Fragen zuwenden, um auf diese Weise das Bild vom Containerumschlag in Hamburg abzurunden.

5.1 Ungleichgewicht zwischen Versand und Empfang

Der Idealfall jeglicher Verkehrsbedienung sieht vor, daß in beiden Verkehrsrichtungen ein ausreichend großes Ladungsaufkommen zur Verfügung steht, um die vorhandene Transportkapazität optimal auszulasten. Dieser Idealfall läßt sich jedoch nur relativ selten erreichen, so daß fast immer gewisse Disparitäten vorhanden sind. Betrachtet man zunächst einmal die Struktur des gesamten Seeverkehrs über Hamburg, so zeigt sich etwas vereinfacht, daß auf der Empfangsseite eindeutig die Rohstoffe und Vorzeugnisse überwiegen, während der Versand zu einem erheblichen Teil aus hochwertigen Halb- und Fertigwaren besteht. Diese Güterstruktur ist eine Folge der Stellung eines hochindustrialisierten Landes wie der Bundesrepublik in der arbeitsteiligen Weltwirtschaft.

Wenn wir im vorigen Abschnitt gesehen haben, daß im Containerumschlag besonders die industriellen Halb- und Fertigerzeugnisse eine dominierende Rolle spielen, so ist es nicht weiter verwunderlich, daß in Hamburg der ausgehende Containerverkehr den Empfang deutlich übersteigt. Die näheren Informationen hierzu lassen sich aus Tabelle 5 ablesen. Hier sind für die wichtigsten Verkehrsrelationen sowohl die beladenen Großcontainer als auch die in Containern beförderten Güter nach Empfang und Versand aufgeteilt. Dabei ist im Prinzip der Darstellung nach der Zahl der umgeschlagenen Container der Vorzug zu geben, da die gewichtsmäßige Betrachtung stark von den unterschiedlichen spezifischen Gewichten der einzelnen Güter beeinflusst wird. So kann beim Umschlag leichter Güter die Vollausslastung eines Containers unter Umständen auch mit einem verhältnismäßig geringen Ladungsgewicht erreicht werden.

Für das Jahr 1970 ergibt sich, daß von den 54 300 beladenen Großcontainern 34 700 auf den Versand und 19 600 auf den Empfang entfielen. Damit sind knapp zwei Drittel aller Container im Versand umgeschlagen worden. Eine fast identische Relation ergibt sich auf der Grundlage der beförderten Güter. Auch hier haben von den 571 400 t nicht weniger als 363 200 t Hamburg im ausgehenden Verkehr verlassen (63,6 %). Ein Vergleich mit dem Vorjahr zeigt, daß das Ungleichgewicht zwischen Empfang und Versand nahezu unverändert geblieben ist. Die heraus-

ragende Stellung des ausgehenden Verkehrs hat sich 1970 sogar geringfügig weiter verstärkt. Dieses Ungleichgewicht der Transportströme ist zweifelsohne ein negativer Aspekt, da hierdurch im Prinzip die durchschnittliche Kapazitätsauslastung sinkt, was wiederum erhöhte durchschnittliche Transportkosten zur Folge hat. Allerdings stellt sich die Situation für die beteiligten Reedereien dadurch erheblich günstiger, daß im Regelfall sowohl in Europa als auch im überseeischen Fahrtgebiet nicht nur ein Hafen angelaufen wird⁷⁾.

Tabelle 5

Containerverkehr in Hamburg 1969 und 1970 nach der Verkehrsrichtung und den ausgewählten Verkehrsbereichen

Verkehrsbereiche	Beladene Großcontainer ¹⁾			In Großcontainern ¹⁾ beförderte Gütermenge		
	Zusammen	davon		Zusammen	davon	
		Empfang	Versand		Empfang	Versand
	Anzahl	% v. Sp. 1		t	% v. Sp. 4	
1	2	3	4	5	6	
Europa	8 403	39,7	60,3	92 795	35,5	64,5
darunter						
Großbritannien	5 929	34,2	65,8	70 662	34,8	65,2
Afrika	120	24,2	75,8	518	19,1	80,9
Amerika	38 828	35,2	64,8	427 382	37,5	62,5
darunter						
Nordamerika am Atlantik ..	31 903	32,4	67,6	366 669	33,6	66,4
Nordamerika am Pazifik ...	6 116	50,3	49,7	53 955	64,1	35,9
Asien	3 861	59,3	40,7	26 859	47,0	53,0
Australien, Ozeanien	3 104	8,3	91,7	23 854	10,5	89,5
Insgesamt 1970	54 316	36,1	63,9	571 408	36,4	63,6
dagegen 1969	34 733	37,0	63,0	365 578	37,0	63,0

¹⁾ Normalcontainer von 20' und mehr, Spezialcontainer und Trailer.

Starke Unterschiede in den einzelnen Relationen

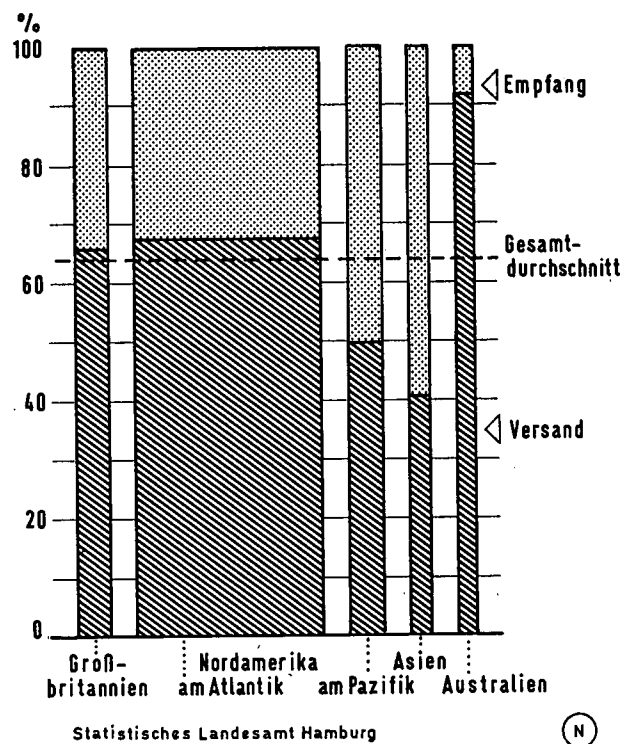
Differenziert man – selbst bei der groben Gliederung der Tabelle 5 – nach Verkehrsbereichen, so zeigen sich starke Unterschiede in den einzelnen Relationen, wie auch durch das beigefügte Schaubild 2 verdeutlicht wird. Am stärksten dominiert der Versand im Australien-Verkehr mit 92 % auf der Basis der beladenen Container und knapp 90 % bei Zugrundelegung der beförderten Güter. Allerdings ist gerade diese Relation erst ganz am Anfang ihrer Entwicklung und es bleibt abzuwarten, ob in den Folgejahren das Ungleichgewicht wenn auch nicht beseitigt, so doch abgemildert werden kann. Ein sehr starkes Übergewicht zugunsten des ausgehenden Containerverkehrs zeigt auch die mit Abstand bedeutendste Relation, nämlich der Verkehr mit der amerikanischen Atlantikküste (Versand 68 % : Empfang 32 %).

Erfreulicherweise ausgeglichen ist dagegen der Containerverkehr mit Nordamerika am Pazifik, wobei anzumerken ist, daß auf der Grundlage der Containerladung der Empfang sogar überwiegt. Bemerkenswert erscheint noch, daß Asien den einzigen Verkehrsbereich darstellt, in dem der einkommende Containerverkehr Hamburgs eindeutig überwiegt.

⁷⁾ So überwiegt z. B. in Rotterdam sowohl im Verkehr mit der nordamerikanischen Atlantikküste als auch mit den Pazifik-Häfen im Gegensatz zu Hamburg der Empfang mit rd. zwei Dritteln des Containerumschlags.

Schaubild 2

Beladene Großcontainer in Hamburg 1970 nach der Verkehrsrichtung und ausgewählten Verkehrsbereichen



Legt man die beladenen Großcontainer zugrunde, so entfielen 59% aller umgeschlagenen Container auf den Empfang. Eine noch stärkere Verschiebung zugunsten des Empfangs würde sich ergeben, wenn man innerhalb Asiens nur die Fahrtgebiete des Fernen Ostens zugrundelegt (64% : 36%). Daß trotzdem im Asien-Verkehr auf der Basis des Gütergewichts der Versand überwiegt, hat seine Ursache darin, daß auf der Empfangsseite der Import von spezifisch leichten Gütern – insbesondere von Bekleidung aus Hongkong – eine erhebliche Rolle spielt.

5.2 Zahl der Leercontainer rückläufig

In engem Zusammenhang mit dem Ungleichgewicht der Transportströme ist das Problem der Leercontainer zu sehen. Aus dem Blickwinkel der Hafenvirtschaft gesehen, stellt natürlich auch das Laden und Löschen von leeren Containern eine Umschlagsleistung des jeweiligen Hafenbetriebes dar und trägt zur Wertschöpfung im Hafen bei. Für die Reedereien aber ist der Transport von Leercontainern ein notwendiges Übel, das bei nicht ausreichendem Ladungspotential in Kauf genommen werden muß, um die Container wieder an den Ort der Nachfrage zurückzubefördern.

Im Jahre 1970 wurden im Hamburger Hafen insgesamt knapp 9 600 Leercontainer umgeschlagen. Ihr Anteil an den insgesamt beförderten Großcontainern betrug damit ziemlich genau 15%. Wie auf Grund der Struktur des Containerverkehrs nicht anders zu erwarten stand, wurde der bei weitem größte Teil (6 700; 70%) im Empfang registriert. In dieser Verkehrsrichtung kam damit etwas mehr als ein Viertel aller umgeschlagenen Großcontainer leer im Ham-

^{*)} Offen bleibt dabei allerdings die Frage, ob nicht in verstärktem Ausmaß leere Container mit Binnenvkehrsmitteln auf dem Landwege nach Hamburg transportiert wurden.

Tabelle 6

Leercontainerverkehr in Hamburg 1969 und 1970

Verkehrsrichtungen	1969			1970		
	Großcontainer ¹⁾ zusammen	darunter Leercontainer		Großcontainer ¹⁾ zusammen	darunter Leercontainer	
	Anzahl	Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	Anzahl	% von Sp. 4
	1	2	3	4	5	6
Empfang	18 628	5 769	31,0	26 274	6 693	25,4
Versand	25 738	3 864	15,0	37 602	2 867	7,6
Insgesamt	44 366	9 633	21,7	63 876	9 560	15,0

¹⁾ Normalcontainer von 20' und mehr, Spezialcontainer und Trailer.

burger Hafen an. Erfreulicherweise betrug der Anteil der Leercontainer beim Versand nur 7,6%. Würde man weiter nach Verkehrsrelationen differenzieren, so zeigen sich erwartungsgemäß überproportionale „Leer-Quoten“ in den Fahrtgebieten, in denen ein besonders großes Ungleichgewicht zwischen Empfang und Versand existiert.

Als positives Faktum muß jedoch registriert werden, daß trotz einer erheblichen Steigerung des Umschlags an Großcontainern die Zahl der Leercontainer geringfügig zurückgegangen ist. Dadurch sank der Anteil der Leercontainer von knapp 22% im Jahre 1969 auf 15% (1970) ab. Hierin wird man ein Zeichen dafür sehen können, daß die am Containerverkehr beteiligten Firmen sich in steigendem Ausmaß gegenseitig Container zur Verfügung stellen, um so ihre Transportaufgaben insgesamt rationeller bewältigen zu können. Hinzu kommt sicherlich auch, daß bei steigendem Umschlagsvolumen die Dispositionen für die einzelnen Firmen leichter werden⁸⁾.

Angemerkt sei noch, daß bei den Kleincontainern die Zahl der leer beförderten Einheiten relativ bei weitem größer ist als bei den Großcontainern. 1970 wurden insgesamt 4 950 Kleincontainer im Hamburger Hafen umgeschlagen. Davon waren knapp 1 650 oder fast ein Drittel leer. Gliedert man auch hier nach Empfang und Versand, so entfielen im einkommenden Verkehr von rund 1 900 Kleincontainern 1 250 oder ziemlich genau zwei Drittel auf Leercontainer, während der entsprechende Anteil im Versand „nur“ bei 12,6% lag.

5.3 Containerverkehr als ununterbrochene Transportkette

Der größte Rationalisierungseffekt ist beim Containerverkehr dann erreicht, wenn der Behälter vom binnenländischen Verloader bis zum überseeischen Empfänger und umgekehrt mit den verschiedensten Transportmitteln durchgehend befördert werden kann (Haus/Haus-Verkehr). Dieser Idealfall läßt sich jedoch nur erreichen, wenn beim binnenländischen Verloader genügend Ladungspotential vorhanden ist, um ganze Container zu füllen. Da das häufig nicht der Fall ist, werden in beträchtlichem Ausmaß Container auch in den Seehäfen mit den unterschiedlichsten Gütern verschiedener Verloader bzw. Empfänger gepackt bzw. entladen, während beim vorangegangenen bzw. anschließenden Binnentransport die einzelnen Ladungs-

teile jeweils gesondert befördert werden. Es gehört also zu den Aufgaben eines Containerhafens, die dafür erforderlichen Fazilitäten bereitzustellen. Wenn auch bei diesem Pier/Pier-Verkehr die Vorteile des Containerverkehrs nur zum Teil — nämlich für den Seetransport — genutzt werden können, so darf andererseits auch nicht übersehen werden, daß die arbeitsaufwendige Tätigkeit des Packens bzw. Entladens eines Containers für die Häfen eine recht attraktive Aufgabe darstellt und die im Hafen erzielte Wertschöpfung erhöht.

Unter diesem Gliederungsgesichtspunkt gibt es zwei weitere Zwischenformen. Einmal werden im sogenannten Pier/Haus-Verkehr verschiedene Ladungsteile für den gleichen überseeischen Empfänger im Hafen zu einer Containerladung zusammengestellt. Umgekehrt werden im Haus/Pier-Verkehr die vom Verloader in einem Container zusammengefaßten Stückgüter im Empfangshafen entladen und an die verschiedenen Empfänger weitergeleitet.

Wenn man nun einen Überblick gewinnen will, in welchem Ausmaß die Container im Hamburger Hafen noch weiter behandelt werden, so taucht bei diesen Zwischenformen ein besonderes Problem auf. Auf der Versandseite werden die Container im Pier/Haus-Verkehr im Hamburger Hafen gepackt. Vom Empfang her gesehen ist es jedoch der Haus/Pier-Verkehr, in dem die Container noch besonders behandelt werden müssen (Entladung im Hamburger Hafen). Aus diesem Grund ist in Tabelle 7 die Addition von Empfang und Versand so vorgenommen, daß immer die Position Pier/Haus Auskunft über Packen bzw. Entladen der Container im Hamburger Hafen gibt, während umgekehrt beim Haus/Pier-Verkehr der Container nur durch den Hamburger Hafen durchläuft⁹⁾.

70 % der Container im Haus/Haus-Verkehr ...

Von den 57 600 beladenen Containern¹⁰⁾, die im Jahre 1970 im Hamburger Hafen umgeschlagen wurden, entfielen rund 40 600 oder etwas mehr als 70 % auf den Haus/Haus-Verkehr. Dies ist ein Anzeichen dafür, daß die Idealvorstellung der ununterbrochenen Transportkette vom Verloader zum Empfänger beim Containerverkehr doch sehr weitgehend erfüllt wird. Bei ziemlich genau einem Viertel aller Container (14 500) konnten die Vorteile des Containerverkehrs nur für den Seetransport genutzt werden (Pier/Pier). Rechnet man noch die 2,4 % der im Pier/Haus-Verkehr gelaufenen Container hinzu, so wurden insgesamt rund 15 900 oder 27,5 % aller Container im Hamburger Hafen entweder gepackt oder entladen. Allerdings läßt sich aus den zugrunde liegenden Maschinentabellen sehr deutlich ablesen, daß die Bedeutung des Haus/Haus-Verkehrs in den Relationen, in denen große Ladungsmengen befördert werden, noch erheblich stärker ist. So liefen im Verkehr mit dem Fahrtgebiet Nordamerika am Atlantik immerhin 75 % aller Container durchgehend vom Verloader zum Empfänger. Legt man das Gewicht der in Containern

⁹⁾ Es wurde also der Pier/Haus-Verkehr im Versand (= Packen im Hamburger Hafen) und der Haus/Pier-Verkehr im Empfang (= Entladen im Hamburger Hafen) zusammengefaßt.

¹⁰⁾ Aus technischen Gründen war es leider in dieser Tabelle nicht möglich, die Kleincontainer herauszurechnen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß bei Betrachtung der Großcontainer allein sich wesentliche Verschiebungen ergeben würden.

Tabelle 7

Beladene Container¹⁾ in Hamburg 1968 bis 1970 nach Einsatzarten

Einsatzarten der Container	1968		1969		1970	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6
Haus/Haus	22 499	72,0	28 794	71,7	40 551	70,4
Pier/Pier	5 502	17,6	9 011	22,4	14 518	25,1
Pier/Haus	1 926	6,2	1 580	3,9	1 357	2,4
Haus/Pier	1 202	3,8	641	1,6	1 201	2,1
Unbekannt	139	0,4	167	0,4	14	0,0
Insgesamt	31 268	100	40 193	100	57 641	100

¹⁾ einschließlich Kleincontainer.

umgeschlagenen Güter zugrunde, so waren es in dieser Relation sogar 78 %. Dieser Tatbestand entspricht durchaus den Erwartungen, da sich große Ladungsmengen insgesamt in aller Regel daraus ergeben, daß ein starker Austauschverkehr zwischen Großfirmen stattfindet, die genügend Ladungspotential zur Verfügung haben, um ganze Containerladungen zusammenzustellen.

... aber Pier/Pier-Verkehr seit 1968 stärker gestiegen

Betrachtet man die Entwicklung in den drei Berichtsjahren seit 1968, so ist der Anteil des Haus/Haus-Verkehrs von 72 % auf etwas mehr als 70 % (1970) leicht zurückgegangen. Stark gestiegen ist dagegen der Pier/Pier-Verkehr, der seinen Anteil von 17,6 % im Jahre 1968 auf 25,1 % (1970) erweitern konnte. Dabei ist jedoch auch zu berücksichtigen, daß die Zwischenformen insgesamt doch merklich an Bedeutung verloren haben. Faßt man den Pier/Pier- und den Pier/Haus-Verkehr einmal zusammen, so zeigt sich, daß das „Behandeln“ der Container im Hamburger Hafen eine immer größere Rolle spielt. Hierzu dürfte sicherlich in erheblichem Ausmaß beigetragen haben, daß immer neue Fahrtgebiete für den Containerverkehr erschlossen werden (insbesondere Asien und Australien), für die zwar insgesamt ein erhebliches Ladungsaufkommen zur Verfügung steht, z. Z. aber offenbar noch nicht bei den einzelnen Verladern. Eine Bestätigung für diese Vermutung liegt indirekt darin, daß im Gegensatz zu der relativen Abschwächung des Haus/Haus-Verkehrs insgesamt im Güteraustausch mit der nordamerikanischen Atlantikküste eine umgekehrte Tendenz festzustellen ist. Während 1968 in dieser Relation 74 % aller Container auf den Haus/Haus-Verkehr entfielen, waren es 1970 75 %.

5.4 Umfang der Containerisierung

Wenn man über den Containerverkehr eines Hafens berichtet, wird man nicht an der Frage vorbeikommen, wie groß der Anteil des Containerumschlags gemessen am gesamten Seeverkehr ist. Nun wäre es bei einer solchen Betrachtung allerdings sinnlos, in die Vergleichsbasis die gewaltigen Mengen von Massengütern, wie z. B. rohes Erdöl, Mineralölzeugnisse, Kohle, Erze oder Getreide einzurechnen, von Gütern also, die teils aus technischen, auf jeden Fall aber aus ökonomischen Gesichtspunkten heraus nicht

für den Containerumschlag in Frage kommen. In Tabelle 8 ist daher die Containerladung auf den gesamten Stückgutumschlag in den jeweiligen Jahren bezogen worden. Um Mißverständnisse zu vermeiden, muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß auch die als Stückgüter nachgewiesenen Mengen zu einem erheblichen Teil nicht für den Containertransport geeignet sind. Hierfür spielen einmal die physischen Eigenschaften der Güter eine Rolle, wie z. B. bei lebenden Tieren, bei Stammholz, bei Autos und anderen Fahrzeugen sowie bei Schwergütern und bei besonders sperrigen Ladungsteilen. Vor allem aber sind auch hier wieder ökonomische Überlegungen zu beachten, da bei vielen geringwertigen Stückgütern wie einem Teil der chemischen Grundstoffe bei den Düngemitteln, bei Eisen- und Stahlhalbezeug usw. ein Umschlag in Containern nicht sinnvoll erscheint. Diese Einschränkungen müssen bei den folgenden Ausführungen ständig beachtet werden.

Nur 4% des gesamten Stückgutaufkommens in Containern

Geht man zunächst einmal von den Endsummen der Tabelle 8 aus, so zeigt sich, daß der Containerverkehr im Hamburger Hafen vorläufig noch am Anfang seiner Entwicklung steht. Die im Jahre 1970 umgeschlagene Containerladung von 579 000 t entspricht in Relation zum gesamten Stückgutaufkommen des Hamburger Hafens nur 4,2%. Man kann sich darüber streiten – und es gibt in der Tat die unterschiedlichsten Auffassungen hierüber – ein wie hoher Anteil des Stückgutumschlags „containerfähig“ ist, auf jeden Fall dürfte feststehen, daß im Hamburger Hafen noch erhebliche Ladungsreserven für den Containertransport zur Verfügung stehen. Es ist daher als ziemlich sicher anzunehmen, daß der Containerverkehr in den folgenden Jahren einen immer höheren Anteil am Stückgutaufkommen erobern wird. Mit welcher Wachstumsgeschwindigkeit das geschieht, hängt allerdings von einer Vielzahl unter-

schiedlichster Faktoren ab, so daß hierüber an dieser Stelle eine Prognose kaum möglich ist.

Der vorläufig noch verhältnismäßig geringe Anteil der Containerladung hängt natürlich auch damit zusammen, daß einige für den Hamburger Hafen wesentliche Fahrtgebiete vom Containerverkehr vorläufig noch nicht oder nur in sehr geringem Umfang bedient werden. Man muß sich daher immer vor Augen halten, daß für den Containerverkehr von den Häfen die Voraussetzungen z. B. in bezug auf das Umschlaggerät und die Liegeplätze erst geschaffen werden müssen, ohne die ein mengenmäßig bedeutender Großcontainerumschlag nicht oder nicht rationell zu bewerkstelligen ist. So spielt der Container im Verkehr mit Afrika (0,0%), Asien (0,8%) und insgesamt gesehen auch mit Europa (2,1%) eine nur sehr untergeordnete Rolle. Da auf diese drei Erdteile mit 9,9 Mio t im Jahre 1970 etwas mehr als 70% des gesamten Stückgutaufkommens entfiel, wird davon naturgemäß der Anteil des Containerverkehrs am Gesamtumschlag stark berührt.

Differenziert man nach der Verkehrsrichtung, so zeigt sich, daß in Übereinstimmung mit den bisherigen Aussagen im Versand der Container ein erheblich größeres Gewicht besitzt. Hier wurden immerhin knapp 6% des gesamten Stückguts in Containern befördert, während es in der Empfangsrichtung nur 2,8% waren.

Stärkste Containerisierung in der Nordamerika-Fahrt

Nach allem, was bisher bereits über die Bedeutung der nordamerikanischen Fahrtgebiete für den Containerverkehr des Hamburger Hafens gesagt wurde, verwundert es nicht weiter, daß gerade in diesen Relationen auch der höchste Anteil an containerisierter Ladung im Vergleich zum gesamten Stückgutaufkommen zu verzeichnen ist. So entfiel 1970 immerhin mehr als ein Drittel (36%) des Stückgutaufkommens

Tabelle 8

Anteil des Containerverkehrs¹⁾ am gesamten Stückgutumschlag in Hamburg 1968 bis 1970

Verkehrsbereiche	1968			1969			1970					
	Stückgut ²⁾ insgesamt	darunter in Containern		Stückgut ²⁾ insgesamt	darunter in Containern		Stückgut ²⁾ insgesamt	darunter in Containern			davon	
		t	t		%	t		t	%	zusammen	Empfang	Versand
	1	2	3	4	5	6	7	t	%	%	%	
Europa	4 286 739	14 312	0,3	4 511 209	45 212	1,0	4 435 011	94 129	2,1	1,4	3,0	
darunter												
Großbritannien .	652 933	6 903	1,1	574 971	27 743	4,8	636 121	71 101	11,2	10,8	11,4	
Afrika	1 873 835	625	0,0	1 886 677	687	0,0	2 211 151	939	0,0	0,0	0,1	
Amerika	3 484 173	229 918	6,6	3 626 716	319 793	8,8	3 599 185	432 007	12,0	7,3	19,3	
darunter												
Nordamerika												
am Atlantik	1 014 799	221 019	21,8	916 241	292 555	31,9	1 021 279	368 584	36,1	22,2	52,5	
Nordamerika												
am Pazifik	222 087	6 203	2,8	220 612	21 565	9,8	254 301	55 979	22,0	18,5	32,5	
Asien	2 825 758	731	0,0	2 874 538	6 813	0,2	3 211 715	27 203	0,8	0,8	0,9	
Australien, Ozeanien	334 034	4 428	1,3	300 748	5 970	2,0	341 210	24 463	7,2	1,4	13,3	
Insgesamt	12 804 539	250 014	2,0	13 191 888	378 475	2,9	13 798 272	578 741	4,2	2,8	5,9	

¹⁾ einschließlich Kleincontainer. – ²⁾ ohne Leergewicht der Container bzw. Trailer.

von bzw. nach der nordamerikanischen Atlantikküste auf Containerladung. Besonders interessant ist dabei, daß im Stückgutversand Hamburgs nach diesem Fahrtgebiet der Containerverkehr mit 52,5 % bereits das Übergewicht im Vergleich zur konventionell verladenen Fracht erreicht hat. Aber auch der Verkehr mit Nordamerika am Pazifik wird bereits in hohem Ausmaß mit Hilfe von Containern abgewickelt. Hier betrug der Anteil der Containerladung am gesamten Stückgut insgesamt 22 %. Auch in dieser Relation lag der Anteil im Versand mit knapp einem Drittel noch erheblich höher. Im übrigen ist lediglich noch der Verkehr mit Großbritannien und Australien zu erwähnen, bei denen der Container immerhin bereits 11 % bzw. 7 % (Versand: 13 %) erobert hat.

Vergleicht man lediglich die globale Entwicklung seit 1968, so erscheint der Anstieg des Containeranteils am Stückgut insgesamt von 2 % (1968) auf 4,2 % im Jahre 1970 nicht besonders imponierend, obwohl sich dahinter mehr als eine Verdoppelung des Anteils verbirgt. Betrachtet man jedoch allein die Fahrtgebiete, auf die sich der Containerverkehr vorläufig noch konzentriert, so gewinnt man doch eine bessere Vorstellung von der Dynamik des Containerverkehrs. Am rasantesten ist hier die Entwicklung zweifelsohne im Verkehr mit der nordamerikanischen Pazifikküste vor sich gegangen. Vor allem seit der Bedienung dieses Fahrtgebietes mit Vollcontainerschiffen ist hier der Anteil der Containerladung von knapp 3 % im Jahre 1968 auf 22 % (1970) angestiegen. Aber auch im Verkehr mit der Ostküste war die Steigerung von 22 % auf 36 % beträchtlich, zumal sie hier von einem sehr viel höheren Niveau ausging. Letztlich verdient noch Erwähnung, daß die heutigen Containeranteile im Großbritannien- und Australien-Verkehr allein in den beiden letzten Jahren erreicht wurden. 1968 war der Behälterverkehr mit jeweils 1 % noch völlig unbedeutend.

5.5 Die Bedeutung der Vollcontainerschiffe

Abschließend zu diesem Bericht soll noch kurz auf die Transportmittel des Containerverkehrs eingegangen werden. Im Blickpunkt stehen dabei immer wieder die modernen Vollcontainerschiffe, die von ihrer Konstruktion her ausschließlich zum Transport von Containern geeignet sind. Die Skala der Schiffsgrößen ist dabei sehr unterschiedlich und reicht von den größten, im Austral-Dienst eingesetzten Vollcontainerschiffen (wie z. B. der Melbourne-Expreß), die mehr als 1500 20'-Container befördern können, bis hin zu den kleinen, für die Küstenfahrt bestimmten Schiffen mit Transportmöglichkeiten für rd. 40 Container. Auf den ersten Blick mag es verwunderlich erscheinen, daß 1970 „nur“ knapp 46 % aller Container und 49 % aller Großcontainer mit Vollcontainerschiffen befördert wurden. Weitere 3 % entfielen auf Teilcontainerschiffe (Semi-Containerschiffe). Hierzu muß allerdings erwähnt werden, daß die der Statistik zugrunde liegende Definition sehr eng gefaßt ist. Nur

¹¹⁾ Hierbei handelt es sich um die United-States-Line, Hapag/Lloyd, Johnson-Line, Finnlines und den Australia-Europe-Container-Service. Ab September 1971 wird mit der Scanstar-Line eine sechste Linie den Hamburger Hafen im Überseeverkehr bedienen.

¹²⁾ Im Europa-Verkehr werden Vollcontainerschiffe von fünf Linien eingesetzt. Hinzu kommt eine Reihe weiterer Linien von Roll on/Roll off-Diensten.

¹³⁾ Für die Teilcontainerschiffe ergibt sich ein Umschlag von durchschnittlich 8 Containern je Schiff.

Tabelle 9

Containerverkehr in Hamburg 1969 und 1970 nach Schiffsarten

Jahre Schiffsarten	Container zusammen		darunter Großcontainer ¹⁾	
	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4
1969				
Vollcontainerschiffe ..	22 179	42,5	22 163	50,0
Teilcontainerschiffe ..	527	1,0	525	1,2
Sonstige Frachtschiffe .	29 436	56,5	21 678	48,8
Insgesamt	52 142	100	44 366	100
1970				
Vollcontainerschiffe ..	31 456	45,7	31 246	48,9
Teilcontainerschiffe ..	2 126	3,1	2 072	3,2
Sonstige Frachtschiffe .	35 253	51,2	30 558	47,9
Insgesamt	68 835	100	63 876	100

¹⁾ Normalcontainer von 20' und mehr, Spezialcontainer und Trailer.

diejenigen Schiffe sind bei den Teilcontainerschiffen nachgewiesen, die mit einem Teil ihres Laderumes ausschließlich für den Containerverkehr bestimmt sind. In der Praxis handelt es sich hierbei fast immer um Trockenfrachter, die auf der Werft „auseinandergeschnitten“ und denen zusätzliche Container-Sektionen eingepaßt wurden. Bei den „sonstigen Frachtschiffen“ sind daher auch die Schiffe eingerechnet, die Container nicht nur als Decksladung befördern, sondern deren Laderäume so mit speziellen Vorrichtungen versehen sind, daß sie sich nicht nur für normale Stückgutladung, sondern auch für die sachgerechte Unterbringung von Containern eignen. So erklärt es sich, daß 1970 immerhin 48 % aller Großcontainer, unter Einrechnung auch der kleineren Einheiten sogar 51 %, mit normalen Frachtschiffen gefahren wurden (Tabelle 9).

Der Hamburger Hafen wurde 1970 im Überseeverkehr von fünf Reedereien angelaufen, die Voll- bzw. Teilcontainerschiffe einsetzen¹¹⁾. Die Verkehrsbedienung beschränkte sich dabei jedoch im wesentlichen auf Nordamerika am Atlantik und am Pazifik, sowie ab Herbst letzten Jahres auch auf Australien¹²⁾. Alle übrigen Fahrtgebiete werden vorläufig noch fast ausschließlich – auch soweit es sich um den Transport von Containern handelt – von normalen Trockenfrachtern angefahren, was auch zur Erklärung des hohen Anteils dieser Schiffsarten am Containerverkehr beiträgt. Es ist jedoch zu vermuten, daß in den kommenden Jahren der Anteil der Spezialschiffe erheblich steigen wird, da seitens der an der Containerfahrt beteiligten Reedereien immer mehr Vollcontainerschiffe eingesetzt werden.

Von den knapp 40 000 Ankünften und Abgängen von Seeschiffen im Hamburger Hafen entfielen 1970 „nur“ 417 auf Vollcontainerschiffe und 259 auf Teilcontainerschiffe. Daraus läßt sich errechnen, daß im Schnitt je Vollcontainerschiff 75 Container umgeschlagen wurden¹³⁾. Gemessen an der maximalen Aufnahmefähigkeit der großen Vollcontainerschiffe erscheint dies zunächst wenig. Man muß dabei jedoch berücksichtigen, daß ein überproportional hoher Anteil der Schiffsbewegungen von Vollcontainerschiffen wegen der kürzeren Umlaufzeit auf die kleinen, in der Kü-

stenfahrt eingesetzten Einheiten entfallen. Hinzu kommt, daß neben Hamburg in aller Regel noch weitere europäische Häfen angelaufen werden, so daß nicht die gesamte Aufnahmekapazität eines Vollcontainerschiffes für Hamburg bestimmt sein wird. Letzt-

lich spielt dabei auch noch eine Rolle, daß wegen des Ungleichgewichts zwischen Empfang und Versand bei den einkommenden Containerschiffen im Durchschnitt erheblich weniger Container umgeschlagen würden.

6. Zusammenfassung

Im Hamburger Hafen wurden 1970 insgesamt 68 800 Container umgeschlagen, darunter fast 63 900 Großbehälter von 20-Fuß und mehr. Durch das Ungleichgewicht von Empfang und Versand bedingt, wurden allerdings in nicht unbeträchtlichem Umfang auch Leercontainer befördert (9 600), so daß sich die Zahl der beladenen Großcontainer auf insgesamt 54 300 stellt. Während die Zahl der beladenen Kleincontainer nur knapp 6% ausmacht, dominieren in der Gliederung nach Containerarten die 20'-Behälter mit 53% deutlich vor den 40'-Containern (32%) sowie den Spezialcontainern und Trailern.

Seit 1968 ist die Zahl der umgeschlagenen Großbehälter im Hamburger Hafen auf knapp das Zweieinhalbfache angestiegen, wobei in den einzelnen Jahren Zuwachsraten von jeweils mehr als 50% gegenüber dem Vorjahr erzielt wurden, ein Zeichen dafür, daß der Hamburger Hafen am Aufschwung des Containerverkehrs in den letzten Jahren angemessen teilgenommen hat.

Mit Containern wurden 1970 insgesamt 579 000 t Ladung befördert, darunter allein 571 000 t in Großbehältern. Hierbei handelt es sich um Nettogewichte; unter Einrechnung der Eigengewichte der Container und Trailer ergibt sich ein Bruttogewicht für den Containerverkehr von einer knappen dreiviertel Million Tonnen.

Differenziert man die Globalzahlen nach Verkehrsbereichen, so überwiegt mit großem Abstand die Nordamerika-Fahrt. Allein im Verkehr mit der nordamerikanischen Atlantikküste wurden 1970 rd. 32 000 beladene Großcontainer mit 367 000 t Gütern befördert, was einem Anteil von rd. 59% nach der Zahl der Container bzw. von 64% an der gesamten Containerladung entspricht. Hinzu kommt der ebenfalls bedeutende Verkehr mit dem Fahrtgebiet Nordamerika am Pazifik (6 100 Con-

tainer; 54 000 t Ladung), so daß insgesamt mehr als 70% des gesamten Containerverkehrs auf die Bedienung Nordamerikas entfällt. Mit großem Abstand folgt der Europaverkehr, der sehr wesentlich auf Großbritannien ausgerichtet ist, sowie Asien und Australien.

Betrachtet man dagegen die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr, so lag das mengenmäßig bedeutendste Fahrtgebiet (Nordamerika am Atlantik) mit + 27% gegenüber 1969 jedoch erheblich unter dem Durchschnitt, was nicht zuletzt durch das hohe Ausgangsniveau bedingt ist. Der Containerumschlag von und nach den Gebieten des Fernen Osten und Australien hat sich dagegen im letzten Jahr mehr als vervierfacht; der Verkehr mit der amerikanischen Pazifikküste stieg auf das Dreifache an.

Die Güterstruktur des Containerumschlags zeigt, daß vorwiegend technische Fertigwaren sowie Nahrungs- und Genußmittel in Großbehältern befördert werden. Neben rd. 12% nicht weiter zu unterscheidenden Sammel- und Stückgüter entfielen 11,4% auf elektrotechnische Erzeugnisse und Maschinen, 10,9% auf sonstige Halb- und Fertigwaren, 7,3% auf Fahrzeuge (einschl. Ersatzteile) und 6,2% auf Leder- und Textilwaren. Verhältnismäßig groß ist auch der Anteil an Nahrungs- und Genußmitteln, die insgesamt – allerdings auf mehrere Gütergruppen verteilt – 22,3% ausmachten. Hierbei dürfte der Transport von Konserven eine nicht ganz unwesentliche Rolle spielen.

Eine besondere Problematik des gesamten Stückgutverkehrs über See und damit auch des Containerverkehrs stellt das Ungleichgewicht der Transportströme dar. So standen den 34 700 beladenen Großcontainern auf der Versandseite nur 19 600 im Empfang gegenüber. Ähnlich waren die Relationen auf der Basis der Containerladung (363 200 t zu

208 200 t). Dieses Verhältnis von 2:1 zugunsten des ausgehenden Containerverkehrs findet sich in den meisten Relationen. Lediglich der Verkehr mit der nordamerikanischen Pazifikküste ist in etwa ausgeglichen, während das größte Ungleichgewicht mit einem Versandanteil von rd. 90% sich für die Austral-Fahrt errechnet.

Die ideale Vorstellung der ununterbrochenen Transportkette ist beim Containerverkehr im Hamburger Hafen bereits zu einem erheblichen Teil verwirklicht. Rund 70% aller Container entfielen auf den Haus/Haus-Verkehr, während knapp 28% im Hamburger Hafen und rd. 2% in ausländischen Häfen entweder gepackt oder entladen wurden. Dabei ergibt sich, daß der Anteil des durchgehenden Haus/Haus-Verkehrs in den Relationen mit einem starken Containeraufkommen noch größer ist.

Setzt man die im Hamburger Hafen umgeschlagene Containerladung in Beziehung zum gesamten Stückgutaufkommen, so zeigt sich, daß der Containerverkehr mit einem Anteil von 4% erst am Beginn seiner Entwicklung steht, auch wenn man berücksichtigt, daß ein erheblicher Teil des Stückgutaufkommens aus technischen oder ökonomischen Gründen nicht containerfähig ist. Am Stückgutversand ist dabei der Container mit 6% etwas stärker beteiligt als in der Gegenrichtung (2,8%). Da jedoch der Containerverkehr wegen der erheblichen Investitionen in den Häfen vorerst noch auf wenige Relationen beschränkt ist, sind diese Globalzahlen etwas irreführend. So betrug der Anteil des Containers im Verkehr mit der nordamerikanischen Atlantikküste 1970 bereits 36% (Versand allein: 52,5%). Auch im Fahrtgebiet Nordamerika am Pazifik hat der Großbehälter schon jetzt 22%, im Verkehr mit Großbritannien und Australien 11% bzw. 7% des gesamten Stückgutes erobert. Wenn man dann noch berücksich-

tigt, daß diese Entwicklung im wesentlichen erst in den letzten drei Jahren vor sich gegangen ist, so gewinnt man eine bessere Vorstellung von der Dynamik des Containerverkehrs.

Der gesamte Großbehälterverkehr

wurde 1970 zu 52 % von Voll- bzw. Teilcontainerschiffen abgewickelt, während 48 % vorläufig noch auf sonstige Frachtschiffe entfielen, bei denen die Container teils als Decksladung teils aber auch in besonders hergerichteten Laderäumen befördert wurden. Diese Relation wird

sich in den folgenden Jahren vermutlich zugunsten der Spezialschiffe verschieben, da seitens der an der Containerfahrt beteiligten Reedereien immer mehr Vollcontainerschiffe eingesetzt werden.

Hans-Eckhard Stegen

Die Wohnverhältnisse kinderreicher Familien in Hamburg

Aus einer Aufbereitung der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 nach Wohnparteien mit drei und mehr unverheirateten Personen unter 21 Jahren können über die Wohnverhältnisse kinderreicher Familien in Hamburg einige interessante Aussagen gemacht werden. Da es eine allgemeingültige Definition darüber nicht gibt, was als „kinderreiche Familie“ anzusehen ist, wird im folgenden Beitrag die aus der oben genannten Aufbereitung hervorgehende Abgrenzung zugrunde gelegt und von den „unverheirateten Personen unter 21 Jahren“ der Einfachheit halber allgemein von „Kindern“ gesprochen werden. Aus den beigefügten Tabellen geht im einzelnen die Zahl der Kinder in den Wohnparteien unterschiedlicher Größe

hervor, so daß der Leser die Möglichkeit hat, den Begriff „kinderreiche Familien“ auch anders abzugrenzen.

Drei Viertel aller kinderreichen Familien wohnten zur Miete

Wie aus der Tabelle 1 hervorgeht, wohnten von den 35 672 Wohnparteien mit drei und mehr Kindern – das waren knapp 5 % aller Wohnparteien in Hamburg – etwa 27 000 oder rd. 75 % als Mieter in Wohnungen. Weitere 7 000 oder beinahe 20 % dieser Wohnparteien waren Wohnungseigentümer, von de-

Tabelle 1

Wohnparteien mit drei und mehr unverheirateten Personen unter 21 Jahren nach Personenzahl und Wohnverhältnis am 25. 10. 1968 in Hamburg

Wohnparteien mit ... Personen	Zahl der Personen unter 21 Jahren	Wohnparteien insgesamt	davon wurden untergebracht in											
			Wohnungen als						Wohngelegenheiten in					
			Mieter		Untermieter		Eigentümer				Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden		Unterkünften	
							zusammen		darunter in Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen					
absolut	% von Sp. 1	absolut	% von Sp. 1	absolut	% von Sp. 1	absolut	% von Sp. 6	absolut	% von Sp. 1	absolut	% von Sp. 1			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13		
4	3	1 481	1 206	81,4	59	4,0	153	10,3	128	83,7	12	0,8	51	3,5
5	3	21 663	16 382	75,6	319	1,5	4 136	19,1	3 665	88,6	120	0,6	704	3,2
	4	455	392	86,2	8	1,8	37	8,1	32	86,5	2	0,4	16	3,5
6	3	1 624	935	57,6	6	0,4	634	39,0	604	95,3	5	0,3	44	2,7
	4	5 895	4 605	78,1	64	1,1	993	16,8	921	92,7	30	0,5	203	3,5
5	5	183	166	90,7	2	1,1	10	5,5	10	100,0	1	0,5	4	2,2
	6	285	113	39,6	2	0,7	167	58,6	159	95,2	1	0,4	2	0,7
7	4	457	282	61,7	1	0,2	155	33,9	149	96,1	1	0,2	18	4,0
	5	1 872	1 486	79,4	15	0,8	292	15,6	275	94,2	5	0,3	74	3,9
6	6	58	58	100,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7	56	21	37,5	—	—	34	60,7	33	97,1	1	1,8	—	—
8	4	89	32	36,0	—	—	53	59,6	52	98,1	2	2,2	2	2,2
	5	134	86	64,2	—	—	46	34,3	43	93,5	—	—	2	1,5
6	6	682	583	85,5	3	0,4	67	9,8	66	98,5	1	0,2	28	4,1
	7	32	30	93,8	—	—	1	3,1	1	100,0	—	—	1	3,1
9	3-5	64	26	40,6	—	—	34	53,1	32	94,1	1	1,6	3	4,7
	6	65	47	72,3	—	—	15	23,1	15	100,0	—	—	3	4,6
7	7	259	223	86,1	2	0,8	26	10,0	22	84,6	—	—	8	3,1
	8	20	17	85,0	—	—	1	5,0	1	100,0	—	—	2	10,0
10 u. mehr	3 u. mehr	300	226	75,3	—	—	60	20,0	55	91,7	1	0,4	13	4,3
Zusammen	35 672	26 916	75,5	481	1,3	6 914	19,4	6 263	90,6	183	0,5	1 178	3,3
Dagegen Wohnparteien insgesamt	744 977	552 786	74,2	57 462	7,7	107 670	14,5	85 550	79,5	7 087	0,9	19 972	2,7

nen wiederum 90 % in Wohngebäuden mit ein bzw. zwei Wohnungen – also im allgemeinen in Ein- und Zweifamilienhäusern – wohnten. In Wohngelegenheiten in Unterkünften waren rd. 1 180 oder 3,3 % der kinderreichen Familien untergebracht. Sehr gering war mit etwa 480 die Zahl der Wohnparteien mit drei und mehr Kindern, die in Untermiete und mit etwas mehr als 180, die in Wohngelegenheiten in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden lebten.

Vergleicht man die Aufteilung der kinderreichen Familien mit der aller Wohnparteien in Hamburg, wie sie in der letzten Zeile der Tabelle 1 aufgeführt ist, so kann man feststellen, daß der Anteil der Mieter und der Bewohner von Wohngelegenheiten in Unterkünften bei den Wohnparteien mit drei und mehr Kindern geringfügig höher lag als bei den Wohnparteien insgesamt. Die kinderreichen Familien stellten bei den Eigentümern einen beachtlich höheren Anteil (19,4 % zu 14,5 %) und bei den Untermietern einen ganz erheblich geringeren Anteil (1,3 % zu 7,7 %) als es dem Durchschnitt aller Wohnparteien entsprach. Außerdem war bei den Wohnparteien mit drei und mehr Kindern der Prozentsatz der Eigentümer, die in 1- und 2-Familienhäusern lebten, mit rd. 90 % sehr viel höher als bei den Wohnparteien insgesamt mit knapp 80 %.

Betrachtet man die Mieter unter den kinderreichen Familien mit ihren Anteilen an der Gesamtzahl, wie sie in Spalte 3 der Tabelle 1 aufgeführt sind, so können folgende Feststellungen getroffen werden, die mit geringfügigen Ausnahmen Gültigkeit haben:

1. Der Anteil der Mieter fällt bei jeweils gleicher Kinderzahl mit steigender Personenzahl der Wohnpartei.
2. Bei den einzelnen Wohnparteiengrößen steigt der Anteil der Mieter mit steigender Kinderzahl.
3. Bei den Wohnparteien mit 7 Personen und 3 Kindern, 8 Personen und 3 oder 4 Kindern sowie 9 Personen und 3 bis 5 Kindern ist der Anteil der Mieter geringer als der Anteil der Eigentümer.

Hieraus wird deutlich, was auch zu erwarten war, daß es nämlich den Familien mit wachsender Kinderzahl immer schwieriger wird, Wohnungseigentum – sei es in Form eines 1- oder 2-Familienhauses oder in Form einer Eigentumswohnung – zu bilden und daß andererseits diese Form der Eigentumsbildung leichter wird, wenn – auch bei großen Familien – die Zahl der Erwachsenen und damit im allgemeinen auch die der Verdienener im Vergleich zur Zahl der Kinder größer ist.

Untermieter in namhafter Größenordnung gab es nur unter den kleineren der kinderreichen Familien; allein 386 der insgesamt festgestellten 481 Wohnparteien in Untermiete hatten bis zu 5 Personen. Aber immerhin gab es noch 2 Wohnparteien mit 9 Personen und 7 Kindern, die in Untermiete wohnten. Demzufolge waren auch die Anteilssätze der Untermieter an allen kinderreichen Familien sehr gering und lagen – mit Ausnahme der oben genannten Wohnparteien bis zu 5 Personen – um oder unter 1 % (Tabelle 1, Spalten 4 und 5).

Bei den Wohnungseigentümern, bei denen es sich – wie aus der Spalte 9 der Tabelle 1 hervorgeht – zum weitaus überwiegenden Teil um Eigentümer von Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen handelt, ergibt sich aus den in Spalte 7 genannten Anteilssätzen das Korrelat zu den oben genannten Feststellungen bei den Mietern:

1. Der Anteil der Eigentümer steigt bei jeweils gleicher Kinderzahl mit steigender Personenzahl der Wohnpartei.
2. Bei den einzelnen Wohnparteiengrößen fällt der Anteil der Eigentümer mit steigender Kinderzahl.
3. Bei den Wohnparteien mit 7 Personen und 3 Kindern, 8 Personen und 3 oder 4 Kindern sowie 9 Personen und 3 bis 5 Kindern ist der Anteil der Eigentümer höher als der Anteil der Mieter.

Sowohl nach ihrer absoluten Zahl (183) als auch nach ihren Anteilen (im Durchschnitt 0,5 %) waren die Wohnparteien mit 3 und mehr Kindern, die in Wohngelegenheiten in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden – also meist in Kellerwohnungen oder in Wohneinheiten ohne Küche und Kochnische – wohnten, von nur geringer Bedeutung. Es waren allerdings auch einzelne Wohnparteien mit 7 und mehr Personen darunter, wobei anzunehmen ist, daß es sich hier sicherlich um unzumutbare Wohnverhältnisse handeln dürfte; aus den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 gehen aber nähere Einzelheiten über diese Wohnverhältnisse nicht hervor (Tabelle 1, Spalten 10 und 11).

Die letzte Gruppe kinderreicher Familien, die hier betrachtet werden soll, sind die 1 178 Wohnparteien in Unterkünften. Zu den Unterkünften gehört eine Vielzahl recht verschiedener „Behausungen“, die in Größe, Qualität und Ausstattung recht unterschiedlich sein können und sich daher einer einheitlichen Bewertung entziehen. Es gehören dazu Behelfsheime, die häufig von Einfamilienhäusern kaum zu unterscheiden sind, aber auch Lauben und Baracken, Wohnwagen und Wohnschiffe.

In jeder der in Tabelle 1 aufgeführten Wohnparteiengrößen gab es einzelne nach der Zahl der Kinder unterschiedene Gruppen, bei denen der Anteil in Unterkünften zwischen rd. 3,5 % und 4,5 % lag; der höchste Anteil mit 10 % – absolut allerdings nur 2 Wohnparteien – wurde bei den Familien mit 9 Personen und 8 Kindern ermittelt. Im Durchschnitt betrug der Anteilssatz der kinderreichen Familien, die in Unterkünften lebten, 3,3 % und war damit kaum beunruhigend hoch.

Zusammenfassend soll noch einmal darauf hingewiesen werden, daß nach der Art des Wohnverhältnisses 95 % aller kinderreichen Familien als Mieter und Eigentümer in Wohnungen lebten und unter diesem Aspekt also die weitaus überwiegende Zahl dieser Familien ausreichend untergebracht war. Ob das allerdings auch zutrifft, wenn die Zahl der von Mietern und Eigentümern selbstbewohnten Räume betrachtet wird, soll der folgende Abschnitt dieses Beitrages zeigen.

Etwa 500 kinderreiche Familien mußten sich — als Mieter bzw. Eigentümer — mit 1 oder 2 Räumen begnügen

Dieser Abschnitt und die Tabelle 2 beziehen sich nur auf die 33 830 kinderreichen Familien, die Mieter oder Eigentümer von Wohnungen waren; es sind also die Untermieter sowie die Wohnparteien in Wohngelegenheiten nicht enthalten.

Tabelle 2 zeigt — in der gleichen Vorspaltengliederung wie Tabelle 1 nach Größe der Wohnparteien und nach Zahl der Kinder —, wie viele Räume von den einzelnen Gruppen kinderreicher Familien selbst bewohnt wurden. Aus den Spalten 2 bis 5 geht hervor, daß immerhin 23 dieser Familien in nur einem und weitere 485 Familien in nur zwei Räumen wohnten. Wenn es sich hierbei auch überwiegend um kleinere der kinderreichen Wohnparteien handelte, so liegen doch die hier festgestellten Werte weit unter dem Durchschnitt für alle Wohnparteien in Hamburg, der mit 1,5 Räumen je Person ermittelt wurde. Der Anteilssatz der Wohnparteien mit 1 bzw. 2 Räumen war mit 1,5% aller kinderreichen Familien zwar nicht besonders hoch, doch lag er bei einzelnen der Gruppen weit über diesem Wert; so z. B. 5,4% bei Familien mit 5 Personen und 4 Kindern, 5,1% bei Familien mit 6 Personen und 5 Kindern und 3,2% bei Familien mit 8 Personen und 7 Kindern. Es fällt auf, daß diese relativ hohen Prozentsätze vorwiegend bei kinderreichen Familien zu finden waren, bei denen nur ein Erwachsener in der Wohnpartei lebte und es sich damit um „unvollständ-

dige“ Familien, d. h. mit nur einem Elternteil handelte.

Eine ähnliche Feststellung kann man übrigens auch bei den kinderreichen Familien machen, die 3 Räume bewohnten. Hier — und z. T. auch noch bei 4 Räumen — ist der Anteilssatz im allgemeinen bei den Familien am höchsten, bei denen die Gesamtzahl der Personen in der Wohnpartei nur um eine Person größer ist, als die Zahl der Kinder (Tabelle 2, Spalten 7 und 9). Das deutet darauf hin, daß sich derartige „unvollständige“ Familien häufig in wirtschaftlich zu ungünstiger Lage befinden, um sich größere und angemessenere Wohnungen zu leisten.

Auf die gleiche wirtschaftliche Ursache dürfte es zurückzuführen sein, daß bei den Familien, die 3 Räume bewohnten, ganz allgemein und bei denen, die 4 Räume innehatten, z. T. ebenfalls die Anteilssätze innerhalb der einzelnen Wohnparteiengrößen mit steigender Kinderzahl zunahm. Es ist das die gleiche Tatsache, die oben bereits bei den Mietern festgestellt werden konnte.

Von allen kinderreichen Familien wohnten etwas mehr als 48% in 5 und mehr Räumen. Bei diesen Wohnungsgrößen, die im einzelnen nach oben nicht weiter untergliedert wurden, gingen als Korrelat zu der Beobachtung bei den Wohnungen mit 3 Räumen und parallel zu der oben dargestellten Feststellung bei den Eigentümern die Anteilssätze im allgemeinen bei den einzelnen Wohnparteiengrößen mit steigen-

Tabelle 2
Mieter- und Eigentümerwohnparteien mit 3 und mehr unverheirateten Personen unter 21 Jahren
nach der Zahl der selbstbewohnten Räume am 25. 10. 1968 in Hamburg
— ohne Wohnparteien in Wohngelegenheiten —

Wohnparteien mit ... Personen	Zahl der Personen unter 21 Jahren	Mieter- und Eigentümerwohnparteien insgesamt	davon waren untergebracht in ... selbstbewohnten Räumen									
			1		2		3		4		5 und mehr	
			absolut	% von Sp. 1	absolut	% von Sp. 1	absolut	% von Sp. 1	absolut	% von Sp. 1	absolut	% von Sp. 1
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
4	3	1 359	9	0,7	42	3,1	305	22,4	646	47,5	357	26,3
5	3	20 518	9		287	1,4	2 145	10,5	9 454	46,1	8 623	42,0
	4	429	2	0,5	21	4,9	74	17,2	182	42,4	150	35,0
6	3	1 569	—	—	11	0,7	72	4,6	350	22,3	1 136	72,4
	4	5 598	1		74	1,3	450	8,1	2 101	37,5	2 972	53,1
	5	176	—	—	9	5,1	17	9,7	68	38,6	82	46,6
7	3	280	—	—	3	1,1	6	2,1	36	12,9	235	83,9
	4	437	—	—	7	1,6	14	3,2	89	20,4	327	74,8
	5	1 778	1		17	1,0	111	6,2	526	29,6	1 123	63,2
	6	58	—	—	—	—	6	10,3	16	27,6	36	62,1
8	3	55	—	—	1	1,8	1	1,8	6	10,9	47	85,5
	4	85	—	—	2	2,4	4	4,7	12	14,1	67	78,8
	6	132	—	—	—	—	7	5,3	20	15,2	105	79,5
	5	650	1	0,2	9	1,4	34	5,2	165	25,4	441	67,8
	7	31	—	—	1	3,2	2	6,4	6	19,4	22	71,0
9	3—5	60	—	—	—	—	1	1,7	4	6,7	55	91,6
	6	62	—	—	—	—	3	4,8	15	24,2	44	71,0
	7	249	—	—	1	0,4	7	2,8	41	16,5	200	80,3
	8	18	—	—	—	—	—	—	2	11,1	16	88,9
10 und mehr	3 und mehr	286	—	—	—	—	5	1,8	21	7,3	260	90,9
Insgesamt		33 830	23	0,1	485	1,4	3 264	9,6	13 760	40,7	16 298	48,2

der Kinderzahl zurück. Andererseits stiegen — ebenfalls wie bei den Eigentümern — die Anteilssätze bei jeweils gleicher Kinderzahl mit steigender Personenzahl der Wohnpartei (Tabelle 2, Spalte 11). Auch hierfür dürften wirtschaftliche Gründe die Ursache

sein: Eine größere Kinderzahl macht es schwieriger und eine — im Vergleich zur Kinderzahl — größere Zahl Erwachsener (gleich Verdienener) macht es leichter, eine größere Wohnung zu mieten bzw. zu erwerben.

Zusammenfassung

Von den 35 672 Wohnparteien mit drei und mehr unverheirateten Personen unter 21 Jahren („kinderreiche Familien“) waren 75,5% Mieter, 1,3% Untermieter und 19,4% Wohnungseigentümer. 90,6% der Wohnungseigentümer wohnten in 1- und 2-Familienhäusern. In Wohngelegenheiten in Wohngebäuden und in sonstigen Gebäuden (Kellerwohnungen oder Wohneinheiten ohne Küche und Kochnische) lebten 0,5% und in Unterkünften (Behelfsheime, Lauben, Baracken, Wohnwagen usw.) 3,3% der kinderreichen Familien.

Hinsichtlich der Mieter und der Eigentümer von Wohnungen konn-

ten folgende Feststellungen getroffen werden:

1. Der Anteil der Mieter fällt (Eigentümer steigt) bei jeweils gleicher Kinderzahl mit steigender Personenzahl der Wohnpartei.
2. Bei den einzelnen Wohnparteigrößen steigt der Anteil der Mieter (fällt der Anteil der Eigentümer) mit steigender Kinderzahl.
3. Bei Wohnparteien mit 7 Personen und 3 Kindern, 8 Personen und 3 oder 4 Kindern sowie 9 Personen und 3 bis 5 Kindern ist der Anteil der Mieter gerin-

ger als der Anteil der Eigentümer.

Von den 33 830 kinderreichen Familien, die Mieter oder Eigentümer von Wohnungen waren, mußten sich 1,5% mit 1 oder 2 Räumen begnügen, 9,6% bewohnten 3 Räume, 40,7% 4 Räume und 48,2% — also fast die Hälfte — 5 und mehr Räume.

Bei den kinderreichen Familien, die 3 Räume innehatten, nahmen die Anteilssätze innerhalb der einzelnen Wohnparteigrößen mit steigender Kinderzahl zu und bei den Wohnparteien, die 5 und mehr Räume bewohnten, war es umgekehrt.

Detlef Schmidt

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1971	Juni 1971	Juli 1971	Juli 1970
		1965	1970				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	760,5	761,4	756,0	764,6	759,4
Lufttemperatur	°C	8,6	8,7	14,8	15,0	18,6	16,8
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	61	72	66	73
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	4	6	5	7
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	991	38	118	50	123
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 488	258	150	270	173
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	102	3	8	—	2
Tage mit Niederschlägen	"	256	253	10	21	15	25
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ¹¹⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	260,5	260,4
Altona	"	264,3	262,0	262,1
Eimsbüttel	"	264,6	258,9	258,8
Hamburg-Nord	"	401,3	360,2	359,8
Wandsbek	"	357,5	370,2	370,4
Bergedorf	"	82,6	94,6	94,6
Harburg	"	199,0	207,3	207,5
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 813,7	1 813,6 r
dav. männlich	"	861,9	843,4	843,6
weiblich	"	995,0	970,3	970,0
dar. Ausländer ⁴⁾	"	59,8	86,4	103,7	104,6	...	85,6
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 166	1 412 r	1 043 r	1 322 p	1 429 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	7,7	9,3
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 533	1 654 r	1 428	1 580 p	1 564 r
dar. unehelich	"	143	117	120	111 r	117 p	112 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	10,1	10,2
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	7,7	7,2	7,7 r	7,3 p	7,2 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	7,7	7,2	7,7 r	7,3 p	7,2 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 213	2 053 r	2 255 r	2 040 p	1 998 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	33	40 r	36 r	28 p	33 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,6	13,0 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	17,2	21,2 r	24,9 r	23,8 r	17,7 p	20,9 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	"	123	— 680	— 399 r	— 827 r	— 460 p	— 434 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	0,8	— 4,5	— 2,8 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	Anzahl	6 174	6 947	5 200 r	6 000 p	6 500 p	6 933 r
Fortgezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 746	6 300 r	6 800 p	7 000 p	6 261 r
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	— 379	+ 202	— 1 100 r	— 800 p	— 500 p	+ 672 r
dav. männlich	"	— 37	+ 284	+ 500 r
weiblich	"	— 342	— 82	+ 172 r
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	13 158	10 530 p	12 280 p	12 680 p	12 656 r
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus Schleswig-Holstein	"	1 542	1 631	1 452 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	835	983	927 r
Niedersachsen	"	1 091	1 095	858 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	307	247 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 863	2 016 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	2 358	2 597 r
b) Fortgezogene nach Schleswig-Holstein	"	2 351	2 394	2 398 r
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 620	1 721	416 r
Niedersachsen	"	1 268	1 372	1 316 r
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	635	157 r
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 944	1 731 r
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	1 036	816 r

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung. Ausland und unbekannt. — ¹²⁾ Bis zum Vorliegen der endgültigen Bevölkerungszahlen nach dem Stand vom 27. Mai 1970 werden b. a. w. nur noch die Veränderungsvorgänge veröffentlicht.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1971	Juni 1971	Juli 1971	Juli 1970
		1965	1970				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand *) 2)	Anzahl	11 749	11 221	11 302	11 302	11 302	11 236
Pflegeläge		273 169	264 719	263 403	254 326	253 702	255 320
Bettenausnutzung *)	%	81,8	82,2	79,3	78,8	77,1	78,3
b) Gemeinnützige Krankenanstalten Bettenbestand *) 2)	Anzahl	4 573	4 670	4 800	4 799	4 798	4 612
Pflegeläge		123 729	125 308	130 749	123 999	124 746	123 664
Bettenausnutzung *)	%	89,1	88,1	87,5	85,8	83,7	86,2
c) Private Krankenanstalten Bettenbestand *) 2)	Anzahl	745	681	791	791	791	665
Pflegeläge		19 012	17 965	19 984	19 642	19 095	16 674
Bettenausnutzung *)	%	61,8	62,6	79,7	81,6	76,7	77,9
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand *) 2)	Anzahl	885	856	820	820	820	856
Pflegeläge		21 274	20 557	20 174	19 818	20 347	20 777
Bettenausnutzung *)	%	81,7	79,7	82,9	84,2	83,6	80,3
b) Tbc-Heilstätten Bettenbestand *) 2)	Anzahl	1 084	883	761	761	761	813
Pflegeläge		25 626	19 232	19 563	18 744	19 014	18 333
Bettenausnutzung *)	%	85,0	76,0	90,3	89,4	87,7	79,5
3. Anstalten für Geistesranke							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg Bettenbestand *)	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegeläge		48 245	46 126	45 897	43 913	44 387	46 783
Bettenausnutzung *)	%	91,4	90,3	88,5	87,4	85,5	90,0
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg Bettenbestand *)	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegeläge		38 084	38 682	39 202	37 943	39 268	39 270
Bettenausnutzung *)	%	98,2	98,0	97,9	97,9	98,0	98,0
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs Bettenbestand *)	Anzahl	1 476	1 403	1 397	1 397	1 397	1 407
Pflegeläge		43 630	42 329	42 909	41 821	42 879	42 784
Bettenausnutzung *)	%	97,1	98,1	97,8	98,4	97,6	96,3
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen *)							
Tonrundfunkteilnehmer *)	1 000	667,8	717,9	686,2	686,6	686,0	717,7
Fernsehrundfunkteilnehmer *)	.	455,8	622,9	614,3	614,9	614,5	623,2
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	404 866	363 866	429 840	392 461	373 341
Ausgeliehene Noten	.	3 241	4 410	.	5 165	4 636	3 518
3. Wissenschaftliche Büchereien *)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	34 543	35 641	36 075	33 924	35 078
Benutzer der Lesesäle	.	10 485	13 828	13 660	13 601	12 021	14 889
4. Besucher der Museen und Schausammlungen							
	Anzahl	43 981	57 443	55 909	55 911	56 386	72 760
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung *)							
Mitglieder	1 000	677,8	689,5	695,7	696,5	697,9	691,1
dav. Pflichtmitglieder	.	431,4	409,3	412,6	413,4	414,9	411,2
Rentner	.	175,5	228,5	232,9	233,0	233,0	228,4
Freiwillige Mitglieder	.	70,9	51,7	50,2	50,1	50,0	51,5
Krankenstand der Pflichtmitglieder	.	26,7	25,6	19,4	18,5	19,4	21,2
dav. männlich	.	17,9	17,3	13,3	12,7	13,2	14,5
weiblich	.	8,8	8,3	6,1	5,8	6,2	6,7

*) am Monatsende. — *) ohne Säuglingsbetten. — *) ohne gesperrte Betten. — *) Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — *) nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — *) Ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1971	Juni 1971	Juli 1971	Juli 1970
		1965	1970				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	2 750	2 750	2 509	2 897	2 358
dav. männlich	"	2 318	1 482	1 443	1 305	1 511	1 263
weiblich	"	1 092	1 268	1 307	1 204	1 386	1 095
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	15	17	11	19	7
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	40	15	8	11	24
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	36	41	37	46	31
Elektriker	"	24	12	15	12	12	8
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	20	35	37	35	.
Tischler, Modellbauer	"	24	18	5	4	10	.
Drucker	"	44	49	27	25	28	.
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	10	14	13	42	10
Ernährungsberufe	"	75	41	88	79	76	22
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	96	118	104	104	.
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	103	47	53	59	.
Warenkaufleute	"	368	411	246	234	254	.
Verkehrsberufe	"	313	162	138	126	118	.
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	574	523	458	575	487
Künstlerische Berufe	"	177	159	236	197	231	170
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	30 510	28 044	29 010	28 168	34 399
dav. männlich	"	13 014	17 678	15 279	15 883	15 347	20 160
weiblich	"	12 813	12 832	12 765	13 127	12 821	14 239
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾							
dav. männlich	"	5 841	6 847	6 114	6 205	7 121	8 142
weiblich	"	4 134	5 085	4 631	4 470	5 215	6 036
weiblich	"	1 707	1 762	1 483	1 735	1 906	2 106
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen							
dav. männlich	"	10 527	8 814	5 515	7 109	6 695	9 524
dav. männlich	"	9 955	7 880	4 276	5 793	5 447	8 453
weiblich	"	572	934	1 239	1 316	1 248	1 071
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾							
dav. männlich	"	8 299	7 860	8 111	7 976	8 419	7 281
dav. männlich	"	5 512	3 686	3 808	3 717	3 922	3 405
weiblich	"	2 787	4 174	4 303	4 259	4 497	3 876
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	16 703	33 303	.	61 219	.	.
Weiblich	"	5 157	13 182	.	44 541	.	.
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 810	2 027	1 871	1 603	1 956
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	89,9	92,1	92,5	94,0	91,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	13,1	12,5	11,6	12,6
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 076	11 606	11 576	11 647	11 368
dav. lose	"	3 529	2 056	2 409	2 461	2 440	2 075
in Flaschen	"		1 636	868	836	744	9 293
in verlorenen Packungen	"	6 482	7 080	7 954	8 279	8 463	.
mit abweich. Fettgehalt (H-Milch)	"		72	84	84	101	.
Ultra-hocherhitzte Milch	"		304	303	171	417	.
Mager- und Buttermilch	"	382	442	1 046	859	983	620
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	10,0	7,9	10,3	8,0	9,0
Kälber	"	2,6	1,9	2,1	2,1	2,0	1,8
Schweine	"	47,0	38,1	41,2	46,2	37,2	30,7
Schafe	"	2,7	1,0	0,8	1,1	1,0	1,1
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,9	7,2	8,5	8,0	9,1
Kälber	"	2,5	1,8	2,0	2,0	2,0	1,8
Schweine ³⁾	"	49,6	40,0	40,9	46,7	38,0	34,3
Schlachtungsmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾							
dar. Rinder (ohne Kälber)	t	6 229	6 248	5 932	6 820	5 770	5 728
Kälber	"	1 595	2 222	1 843	2 169	2 019	2 205
Kälber	"	187	152	169	175	185	161
Schweine	"	4 318	3 828	3 877	4 436	3 536	3 321

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1971	Juni 1971	Juli 1971	Juli 1970
		1965	1970				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 496	1 459	1 456	1 452	1 493
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	211	207	206	206	213
• dar. Arbeiter ²⁾	-	152	137	131	131	130	138
• Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	1 000	24 859	21 756	20 370	20 362	19 331	20 455
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	166	174	178	187	179
• Gehälter (Bruttosumme)	-	75	124	136	136	143	128
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	7	7	6	8
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 498	3 570	3 111	2 173	2 311
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 Kcal/cbm) ⁵⁾	1 000 cbm	-	18 272	17 942	18 770	15 503	13 546
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	50	52	49	54
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	144	134	139	138	135
• Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	-	16	11	9	8	7	8
• Umsatz ⁶⁾	Mio DM	1 304	1 593	1 563	1 686	1 624	1 566
• dar. Auslandsumsatz ⁷⁾	-	155	243	227	217	202	284
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	128,8	132,6 r	129,8	116,7	116,6
• Verarbeitende Industrie	-	109,0	126,5	131,8	129,5	116,3	115,1
• Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	-	108,9	137,6	139,3	139,0	131,1	130,0
• Investitionsgüterindustrie	-	110,0	134,9	147,1	147,4	118,9	113,2
• Verbrauchsgüterindustrie	-	111,3	118,3	117,1	112,1	97,2	99,4
• Nahrungs- und Genussmittelindustrie	-	107,3	108,9	113,6	107,7	102,7	104,4
• Bauindustrie	-	103,7	122,5	152,7 r	138,8	124,2	123,9
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 593	1 563	1 686	1 624	1 566
• dar. Mineralölverarbeitung	-	215	259	231	279	166	149
• Chemische Industrie	-	101	140	148	167	154	145
• Elektroindustrie	-	143	193	191	204	180	158
• Maschinenbau	-	83	122	124	153	130	121
2. Öffentliche Energieversorgung							
• Wasserförderung	Mio cbm	11	13	15	13	14	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	629	501	492	470	528
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	68	58	55	52	48 r
Vj.-Durchschnitt ⁹⁾				4. Vj. 1970	1. Vj. 1971	2. Vj. 1971	2. Vj. 1970
3. Handwerk (Meßziffern)							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	85,7	85,4	84,5 r	85,3	86,2
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	150,8	194,1	138,6	163,2	142,6
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	148,9	195,8	134,8	159,4	137,7
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	46 651	45 796	45 655	45 510	48 076
• dar. Inhaber	-	1 365	1 296	1 222	1 206	1 221	1 317
• Angestellte	-	4 684	5 566	5 724	5 688	5 701	5 716
• Arbeiter ²⁾	-	43 102	39 789	38 850	38 761	38 588	41 043
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 254	6 761	6 833	42 516	6 890
• dav. für Wohnungsbauten	-	2 216	1 609	1 854	1 938	11 559	1 645
• gewerbl. und Industr. Bauten	-	1 673	1 660	1 780	1 763	11 906	1 758
• öffentliche und Verkehrsbauten	-	2 939	2 985	3 127	3 132	19 051	3 487
• Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	62,8	76,6	78,8	470,4	70,9
• Gehälter (Bruttosumme) ⁴⁾	-	5,9	10,3	10,8	11,3	75,3	10,9
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	-	126,2	173,7	200,5	220,0	1 273,3	187,6
• dav. im Wohnungsbau	-	42,2	41,7	37,3	47,8	331,8	35,2
• gewerbl. und Industr. Bau	-	31,0	51,8	70,1	81,9	424,8	73,6
• öffentlichen und Verkehrsbau	-	53,0	80,2	93,1	90,3	516,7	78,8
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	167	241	221	136	155
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	98	98	150	103	105	115
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	363	674	652	278	276
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,8	96,4	125,6	48,6	40,4
• Wohnfläche	1 000 qm	95	76	138	138	48	54
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	82	67	41	97	81
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	556	316	511	619	445
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	54,0	39,1	33,5	101,0	50,3
• Nutzfläche	1 000 qm	73	96	67	72	112	81
• Wohnungen	-	-	-	-	-	-	-
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 058	1 914	2 191	589	688

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1971	Juni 1971	Juli 1971	Juli 1970
		1965	1970				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	281	153	185	194	134	151
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	302	538	414	335	215
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	40,6	84,8	61,2	51,6	32,7
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)							
Umbauter Raum	Anzahl	82	77	64	63	55	54
Veranschlagte reine Baukosten	1 000 cbm	340	545	309	466	549	547
Wohnungen	Mio DM	31,7	52,3	43,7	29,7	63,1	40,4
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	842	1 552	1 167	666	447
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	153	109	120	101	79
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	90	66	45	78	46
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	336	249	359	128	128
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	42,3	34,3	45,8	18,1	18,3
Wohnfläche	1 000 qm	98	70	47	72	27	26
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)							
Umbauter Raum	Anzahl	88	74	50	52	27	47
Veranschlagte reine Baukosten	1 000 cbm	338	407	372	244	141	219
Nutzfläche	Mio DM	31,9	39,9	34,2	27,5	14,2	15,8
Wohnungen	1 000 qm	69	78	56	56	23	41
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 007	682	1 266	348	379
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	"	968	359	222	468	18	121
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 549	16 700	16 600	16 900	15 700
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 138	4 857	4 300	5 300	5 300	5 200
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	183	184	184	184	182
Wohnungen	"	636	699	701	702	702	691
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 612	2 619	2 623	2 624	2 581
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	178	182	168	173	161
dar. Warenhäuser	"	130	238	247	241	277	244
Facheinzelhandel	"	120	149	157	147	151	143
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	162	151
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	161	147
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	162	158
3. Handel mit Berlin (West) *)							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	147 169	153 729	149 291	...	145 717
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 092	207 228	203 564	...	189 447
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	295	273	283	...	335
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	26	35	32	...	28
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	269	238	251	...	307
dav. Rohstoffe							
Halbwaren	"	2	4	2	5	...	2
Fertigwaren	"	50	62	54	70	...	65
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse	"	143	203	182	176	...	240
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern	"	9	18	19	19	...	18
Europa	"	134	185	163	157	...	222
dar. EWG-Länder							
EFTA-Länder	"	152	209	193	211	...	233
	"	65	94	84	101	...	106
	"	67	87	73	76	...	94

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1971	Juni 1971	Juli 1971	Juli 1970
		1965	1970				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
• Gastgewerbe	1962 = 100	111
dav. Beherbergungsgewerbe	.	125
Gaststättengewerbe	.	108
6. Fremdenverkehr¹⁾							
• Fremdenmeldungen	1 000	120	125	163
dar. von Auslandsgästen	.	42	43	69
• Fremdenübernachtungen	.	232	248	305
dar. von Auslandsgästen	.	90	83	124
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 573	1 627 r	1 482 p	1 562 p	1 608
Angekommene Schiffe	.	1 739	1 645	1 587 r	1 594 p	1 577 p	1 723
Abgegangene Schiffe
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 913	3 777 r	3 801 p	3 836 p	4 028
dav. Empfang	.	2 229	3 006	3 030 r	2 967 p	2 970 p	3 215
dav. Massengut	.	1 634	2 370	2 403	2 355 p	2 375 p	2 498
dar. Mineralöle	.	988	1 454	1 405 r	1 471 p	1 555 p	1 483
Kohle	.	192	249	144 r	150 p	185 p	227
Getreide	.	180	168	286 r	290 p	71 p	186
Sack- und Stückgut	.	595	636	627 r	612 p	595 p	717
Versand	.	713	908	747 r	834 p	866 p	813
dav. Massengut	.	292	379	284 r	358 p	335 p	287
Sack- und Stückgut	.	421	528	463 r	476 p	531 p	526
2. Binnenschifffahrt							
• Gütereingang	1 000 t	340	374	466	460	...	435
• Güterversand	.	309	488	560	620	...	510
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 678	3 336 r	3 359 p	3 729 p	3 195
Gestartete Flugzeuge	.	2 047	2 685	3 363 r	3 358 p	3 730 p	3 213
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	124,7	146,5	162,1 p	165,4 p	149,5
Abgereiste Fluggäste	.	71,0	124,3	151,2 r	155,4 p	173,4 p	150,6
Angekommene Fracht	t	578	1 192	1 170 r	1 233 p	970 p	1 215
Abgegangene Fracht	.	587	1 326	1 194 r	963 p	1 159 p	1 424
Angekommene Post	.	185	274	250 r	265 p	305 p	280
Abgegangene Post	.	229	337	310	327 p	330 p	310
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 485	11 870	10 667	10 866	11 104
Hoch- u. U-Bahn	.	13 705	15 858	16 198	14 803	15 096	15 388
Straßenbahn	.	9 438	5 276	5 122	4 274	4 318	5 142
Kraftomnibusse der HHA	.	9 695	12 750	13 645	12 652	12 805	12 370
Kraftomnibusse der VHH	.	1 873	2 307	2 483	2 242	...	2 158
Private Kraftomnibusse	.	301	284	358	303	...	313
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (Im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	1 000	352,2	455,2	471,3	475,2	477,9	450,5
.	.	310,8	411,7	425,9	429,2	431,7	407,8
• b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	5 071	6 250	7 591	7 846	...	7 175
• Lastkraftwagen	.	4 632	5 660	7 006	7 191	...	6 593
.	.	362	493	446	497	...	488
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	1 069	1 131 r	1 162 p	1 067 p	1 054
• Getötete Personen	.	28	32	32	31 p	24 p	28
• Verletzte Personen	.	1 106	1 442	1 488 r	1 581 p	1 457 p	1 434

¹⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1971	Juni 1971	Juli 1971	Juli 1970
		1965	1970				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen *) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	25 077,1	27 166,1	27 733,7	28 116,6	25 008,8
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	7 673,3	8 213,9	8 578,8	8 687,7	7 580,5
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	7 661,3	8 117,6	8 471,1	8 560,8	7 577,8
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren *)	"	.	3 710,3	4 310,9	4 349,1	4 428,1	3 708,7
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	3 347,3	3 836,8	3 882,0	3 953,2	3 326,2
Langfristige Kredite *) (von 4 Jahren und darüber)	"	.	13 693,5	14 641,3	14 805,8	15 000,8	13 719,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	12 112,6	12 925,1	13 069,4	13 243,2	12 145,5
dar. Durchlaufende Kredite	"	.	665,4	641,7	640,4	641,9	652,6
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	16 355,8	19 035,1	18 588,3	18 384,8	16 513,5
dav. Sicht- und Termingelder	"	.	9 050,0	11 004,0	10 510,5	10 275,9	9 298,3
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	7 831,5	9 464,8	9 008,0	8 853,1	8 092,0
Spareinlagen	"	.	4 069,9	7 305,8	8 031,1	8 077,8	7 215,2
dar. bei Sparkassen	"	.	2 792,9	4 941,6	5 340,1	5 357,7	4 892,0
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	.	244,3	439,1	407,3	451,1	592,0
Lastschriften auf Sparkonten	"	.	203,9	430,1	359,5	405,5	616,6
Zinsgutschriften	"	.	12,9	33,2	0,7	4,5	4,5
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	19	20	19	17	23
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	875	733	854	977	971
Betrag	1 000 DM	1 314	2 932	1 743	2 341	3 558	2 513
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren/ eidesstattliche Versicherungen *)							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 373	22 933	23 460	25 433	26 084
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 303	3 071	3 528	3 384	3 496
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 440	1 312	1 726	1 624	1 423
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	457	426	416	463	546
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	151	149	147	147	152
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 862	5 128	5 126	5 133	4 884
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	5 015	5 273	5 300	5 320	5 018
Stammkapital	Mio DM	2 962	4 234	4 841	4 849	4 839	4 224
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern							
1 000 DM	.	.	585 154	505 898	800 660	483 805	513 611
dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	298 399	221 104	515 559	242 925	236 944
dav. Lohnsteuer	"	89 007	178 167	200 283	212 982	210 587	191 738
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	66 980	15 879	181 920	20 668	21 784
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	14 446	5 604	6 830	6 692	15 055
Körperschaftsteuer	"	36 706	38 805	662	113 827	4 978	8 367
Steuern vom Umsatz	"	.	286 756	284 793	285 101	240 880	276 667
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	135 525	148 640	163 525	125 095	124 325
Einfuhrumsatzsteuer	"	.	151 231	136 154	121 577	115 785	152 342
2.* Bundessteuern							
1 000 DM	.	523 085	602 809	536 636	614 820	686 518	622 196
dar. Zölle	"	45 076	49 486	47 166	49 908	49 587	42 571
Verbrauchssteuern	"	358 150	535 718	471 173	541 467	620 062	565 683
dar. Mineralölsteuer	"	281 342	440 497	384 027	465 607	528 357	445 869
3.* Landessteuern							
1 000 DM	.	35 517	40 066	62 237	24 146	28 798	30 717
dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 648	42 264	3 428	5 123	8 664
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	10 207	10 584	10 645	11 225	10 799
Biersteuer	"	2 430	3 057	3 188	3 393	3 384	3 870
4.* Gemeindesteuern							
1 000 DM	.	46 355	59 558	139 111	18 966	53 673	45 933
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	43 302	123 496	14 604	13 340	11 840
Grundsteuer A	"	73	85	133	30	27	44
Grundsteuer B	"	5 134	6 939	14 123	3 766	12 403	7 925
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM	.	601 215	946 077	862 356	1 044 527	960 408	919 388
6. Einnahmen des Landes							
(ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
1 000 DM	.	157 752	191 333	137 577	315 428	206 589	141 626
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen *)	"	122 235	119 351	33 807	230 136	105 275	103 525
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	21 416	10 869	61 146	72 517	7 384
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	10 500	30 664	—	—	—
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	38 558	77 783	18 956	53 673	45 933
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"	.	30 869	14 577	55 236	32 376	29 893
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	260 761	229 937	389 631	292 639	217 453

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

*) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — *) einschließlich durchlaufender Kredite. — *) Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten.

*) nach Zerlegung der Lohn- und Körperschaftsteuer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1970	Februar 1970	Mai 1971	Mai 1970
		1965	1970				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	148,9	154,3	158,2	167,2	148,6
Einfamiliengebäude	•	113,3	148,8	154,2	158,0	166,9	148,3
Mehrfamiliengebäude	•	113,0	149,1	154,4	158,3	167,4	148,9
Gemischt genutzte Gebäude	•	112,8	149,2	154,6	158,6	167,7	148,8
Bürogebäude	•	112,2	149,2	154,3	158,3	166,9	148,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	•	112,4	150,6	155,8	160,7	171,0	150,6
Löhne und Gehälter¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	329	348	344	356	317
• männliche Arbeiter	•	140	202	209	205	210	195
• weibliche Arbeiter	•	92	127	139	139	146	122
Bruttostundenverdienste	•	5,10	7,25	7,64	7,70	7,95	6,94
• männliche Arbeiter	•	3,32	4,89	5,07	5,18	5,30	4,71
• weibliche Arbeiter	•	1,78	2,36	2,57	2,52	2,65	2,23
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	45,5	45,6	44,6	44,8	45,6
• männliche Arbeiter	•	42,2	41,4	41,2	39,5	39,6	41,4
• weibliche Arbeiter	•	3,3	4,1	4,4	5,1	5,2	4,2
Geleistete Wochenarbeitszeit	•	41,4	40,7	42,6	40,3	39,3	42,8
• männliche Arbeiter	•	37,2	36,4	38,7	35,5	34,4	38,5
• weibliche Arbeiter	•	4,2	4,3	3,9	4,8	4,9	4,3
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 555	1 591	1 658	1 696	1 523
• männlich	•	747	1 104	1 141	1 189	1 212	1 088
• weiblich	•	351	451	450	469	484	435
Technische Angestellte	•	1 182	1 661	1 710	1 796	1 830	1 620
• männlich	•	748	1 109	1 139	1 200	1 218	1 072
• weiblich	•	434	552	571	596	612	548
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	•	1 043	1 482	1 524	1 571	1 606	1 449
• männlich	•	668	1 020	1 052	1 086	1 119	998
• weiblich	•	375	462	472	485	487	451
In Industrie und Handel²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	•	1 058	1 501	1 541	1 593	1 629	1 468
• männlich	•	688	1 042	1 075	1 112	1 143	1 016
• weiblich	•	370	459	466	481	486	452
Technische Angestellte	•	1 178	1 660	1 708	1 791	1 829	1 618
• männlich	•	838	1 285	1 309	1 351	1 374	1 263
• weiblich	•	340	475	399	440	455	355
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	444	664	341	462	405
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	•	67	107	95	97	112	103
bekämpfte Brände	•	221	337	569	244	350	302
dav. Großbrände	•	9	14	26	6	12	15
• Mittelbrände	•	28	44	83	22	37	44
• Kleinbrände	•	98	151	281	120	159	130
Entstehungsbrände	•	80	119	174	93	141	107
Schornsteinbrände	•	6	10	5	3	1	6
Hilfeleistungen aller Art	•	739	804	804	812	1 001	795
Rettungswageneinsätze	•	10 271	10 946	10 946	10 837	11 052	9 865
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	•	1 158	1 653	1 844	1 828	1 900	1 703
• Betriebsunfälle	•	544	505	463	509	518	551
• Krankentransporte	•	3 660	3 660	3 645	3 730	3 712	3 472
Anzahl der beförderten Personen	•	10 086	10 086	10 528	10 451	10 814	9 709
Gesamtzahl der Alarmierungen	•	11 454	11 454	12 414	11 990	12 515	11 065
Außerdem:	•	-	-	-	-	-	-
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	•	-	87	153	81	98	92
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 164	9 879	11 584	13 099	12 981
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	•	4	6	4	7	7	6
Sittlichkeitsdelikte	•	214	213	205	199	271	284
Körperverletzung ³⁾	•	91	130	117	148	181	136
Raub, räuberische Erpressung	•	41	68	78	72	116	64
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	•	3 413	4 431	3 682	4 205	4 687	5 160
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	•	1 822	3 015	2 888	3 529	4 208	3 522
Diebstähle zusammen	•	5 235	7 446	6 570	7 734	8 895	8 682
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	•	-	-	-	-	-	-
diebstahl	•	180	287	264	265	337	345
Unterschlagung	•	203	202	147	167	167	199
Begünstigung und Hehlerei	•	85	134	63	73	111	211
Betrug und Untreue	•	722	936	862	1 042	1 135	1 008
Brandstiftung	•	33	38	45	55	31	38
Außerdem:	•	-	-	-	-	-	-
Verkehrsvergehen ⁴⁾	•	778	1 463	1 377	1 576	1 371	1 555
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁴⁾	•	8 929	17 425	21 487	21 157	22 125	18 506
Ordnungswidrigkeiten	•	423	435	447	403	472	347
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁴⁾	•	31 317	26 905	24 392	24 488	26 176	27 953

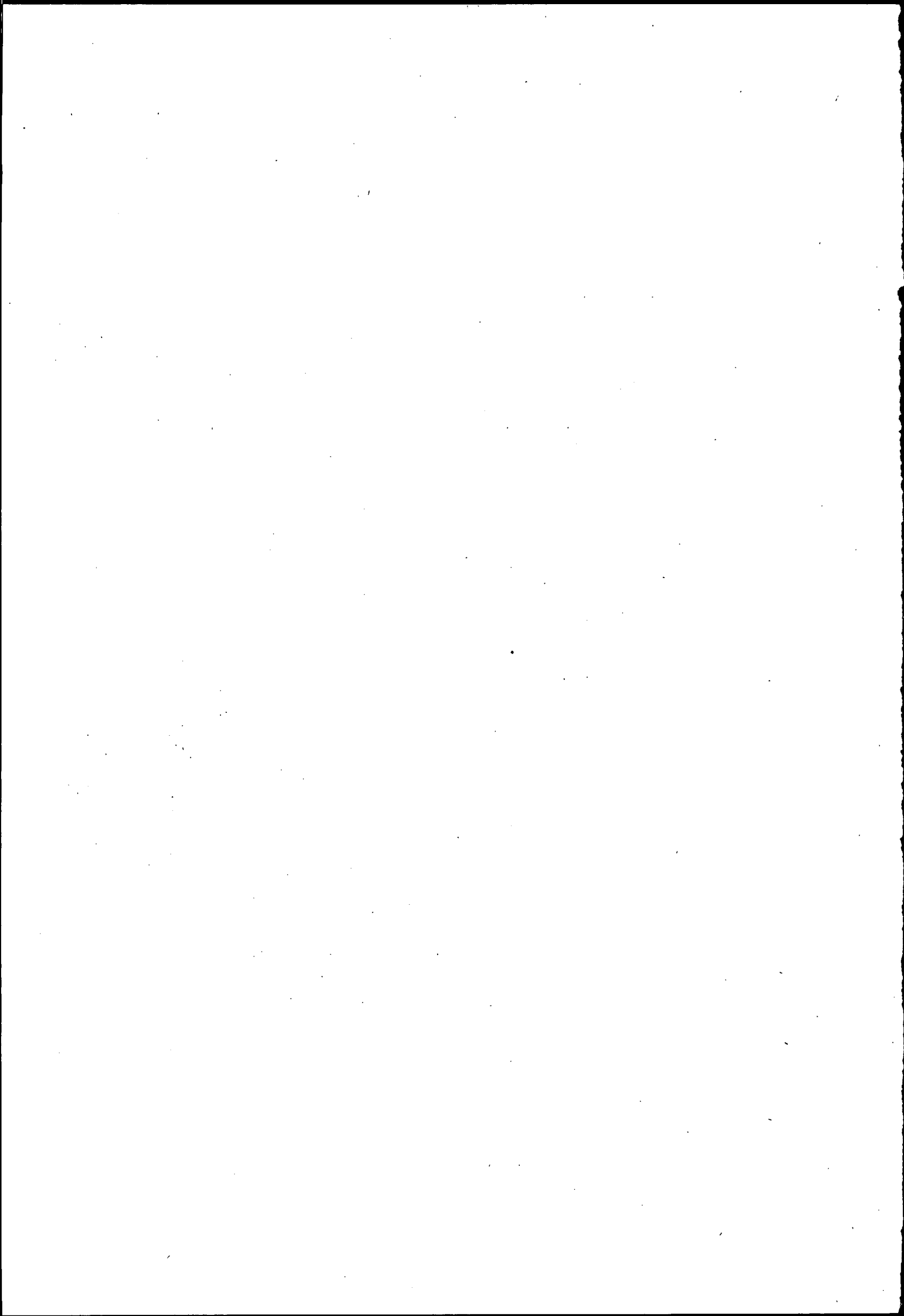
¹⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsge-
werbe. — ³⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebüh-
renpflichtige Verwarnungen.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

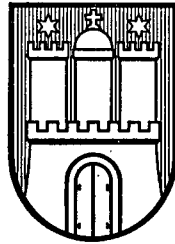
Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1971	Mai 1971	Juni 1971	Juni 1970
		1965	1970				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	7,5
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	13,1
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,0
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 603	8 556	8 527	...	8 573
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	1 021	1 009	961	...	1 024
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	44 072	46 670	45 273	...	45 191
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	8 506	9 154	9 008	...	8 848
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	156,6	168,4	168,3	...	160,0
Verarbeitende Industrie	"	119,1	159,9	171,9	172,2	...	164,1
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	178,1	190,9	190,2	...	185,1
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	159,4	171,1	172,7	...	166,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	147,2	162,7	160,8	...	143,5
Nahrungs- und Genussmittelind.	"	115,2	138,4	144,3	145,9	...	139,1
Bauindustrie	"	118,9	134,9	158,1	168,2	...	162,4
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 529	1 543,8	1 571,5
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)							
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	2 528	225,5	256,3
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	55 229	4 288,0	4 563,0
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	50 766	59 026	60 559	66 175	54 689
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	39 825	21 496	22 001	30 046	30 476
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	170	192	182	162	176
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	"	162	177	158	...	165
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	11 764	11 336	11 753
dav. Empfang	"	6 950	9 378	9 123	9 409
Versand	"	1 885	2 386	2 213	2 344
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	195 562	259 953	240 542	239 998	236 257
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	"	26 364	31 377	28 455 p	34 395 p	33 458	34 364
Getötete Personen	"	1 313	1 594	1 297 p	1 538 p	1 473	1 649
Verletzte Personen	"	36 124	44 186	40 042 p	48 703 p	47 452	48 264
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 924	2 912	2 958,4	3 065	2 567
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 333	394	196,4	3 728	3 458
Körperschaftsteuer	"	681	726	7	44,8	1 552	2 113
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	"	2 018	3 177	3 356	3 458,1	3 408	2 996
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	107,5	112,4	112,4	112,7	107,4
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	107,2	110,4	108,9	107,8	106,7
Index der Ausführpreise	"	104,8	116,6	122,0	121,7	121,8	116,3
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾	"	114,6	147,4	...	163,6
Preisindex für die Lebenshaltung ⁹⁾	"	109,0	123,7	129,3	129,9	130,6	124,1
Nahrungs- und Genussmittel	"	109,0	117,4	122,0	122,7	123,6	118,8
Wohnungsmieten	"	118,5	168,5	176,9	177,4	178,3	167,8
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	6,49	6,53	6,76	7,01	6,15
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	44,9	45,0	43,7	44,4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. - ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. - ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. - ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. - ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. - ⁸⁾ bereits gekürzt um um durchlaufende Posten. - ⁹⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten).



HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1971

Oktober-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Bedeutende Transportleistungen der Hafenschifffahrt

Im Hamburger Hafen wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mehr als 2,7 Mio t Güter mit Schuten befördert; damit betrug das Transportvolumen der Hafenschifffahrt mehr als die Hälfte des gesamten Verkehrsaufkommens der Binnenschifffahrt in Hamburg.

Nahezu 60% dieser Transportleistungen der Schutenflotte stellen Beförderungsdienste für die im Hafen ansässige Industrie dar; zwischen Industriebetrieben und Seeschiffen wurden 1,3 Mio t Güter transportiert, zwischen Industriebetrieben und Umschlagsbetrieben 0,3 Mio t. Die Beförderungen zwischen Seeschiffen und Umschlagsbetrieben machten dagegen nur 0,5 Mio t oder 17% des gesamten Ladungsaufkommens der Hafenschifffahrt aus.

Mit annähernd 1 Mio t entfiel über ein Drittel der beförderten Mengen auf meist hochwertige Sack- und Stückgüter. Knapp zwei Drittel (1,7 Mio t) des Beförderungsvolumens bestand aus Massengut, in erster Linie Getreide, Futtermitteln und Ölsaaten (0,7 Mio t), Kohle und Koks (0,4 Mio t) sowie Mineralölprodukten (0,3 Mio t).

Diese Angaben sind Ergebnisse der im Januar 1971 aufgenommenen amtlichen Hafenschifffahrtsstatistik.

Durchschnittlicher Stundenlohn der männlichen Industriearbeiter erstmals über 8 DM

Die Arbeiter in der Hamburger Industrie verdienen im Juli dieses Jahres durchschnittlich 8,16 DM in der Stunde. Bei durchschnittlich 44,9 bezahlten Wochenarbeitsstunden ergab sich ein Bruttowochenverdienst von 367 DM. Für die Industriearbeiterinnen lauteten die entsprechenden Werte: Bruttostundenverdienst 5,53 DM, bezahlte Wochenarbeitszeit 41,0 Stunden und Bruttowochenverdienst 227 DM. Durchschnittlich 1 816 DM brutto im Monat erhielten im vergangenen Juli die männlichen Angestellten in der Industrie; dabei lagen die Gehälter der technischen Angestellten (1 879 DM) um 8% über denen der kaufmännischen Angestellten (1 741 DM).

In den zusammengefaßten Bereichen Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe betragen die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Männer 1 653 DM und der Frauen 1 168 DM.

Über 5 700 Studierende an der Fachhochschule Hamburg

Im diesjährigen Sommersemester waren 4 550 Studenten und 1 160 Studentinnen an der Fachhochschule Hamburg

immatrikuliert. 330 oder 6% der Studierenden besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Für ein Abendstudium hatten sich 290 oder 5% aller Studierenden einschreiben lassen.

Mit fast den gleichen Studierendenzahlen waren Maschinenbau und Chemie-Ingenieur-Technik (680 Studierende, darunter 8 Studentinnen), Sozialpädagogik (670 Studierende, darunter etwa 370 Studentinnen) und Elektrotechnik (660 Studierende, darunter 4 Studentinnen) die größten Fachbereiche.

Wie die Ergebnisse der gegen Ende des vergangenen Sommersemesters durchgeführten Befragung der Studierenden an der Fachhochschule weiter zeigen, kamen von deutschen Studierenden, die einen Fragebogen ausgefüllt haben, 54% aus Hamburg; 23% hatten ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein, 16% in Niedersachsen.

Das erste Kind kommt oft sehr früh

Bei zwei von fünf ehelich erstgeborenen Kindern sind die Eltern weniger als ein Jahr verheiratet. Von den insgesamt rd. 8 300 Hamburger Erstgeborenen des Jahres 1970 kamen 3 500 oder 42% im ersten Ehejahr der Eltern zur Welt; 2 900 dieser Kinder wurden schon nach weniger als neun Monaten Ehedauer geboren.

Andererseits zählte die Bevölkerungsstatistik auch 140 Hamburger Ehepaare, die nach zehn oder mehr Ehejahren ihr erstes Kind bekamen.

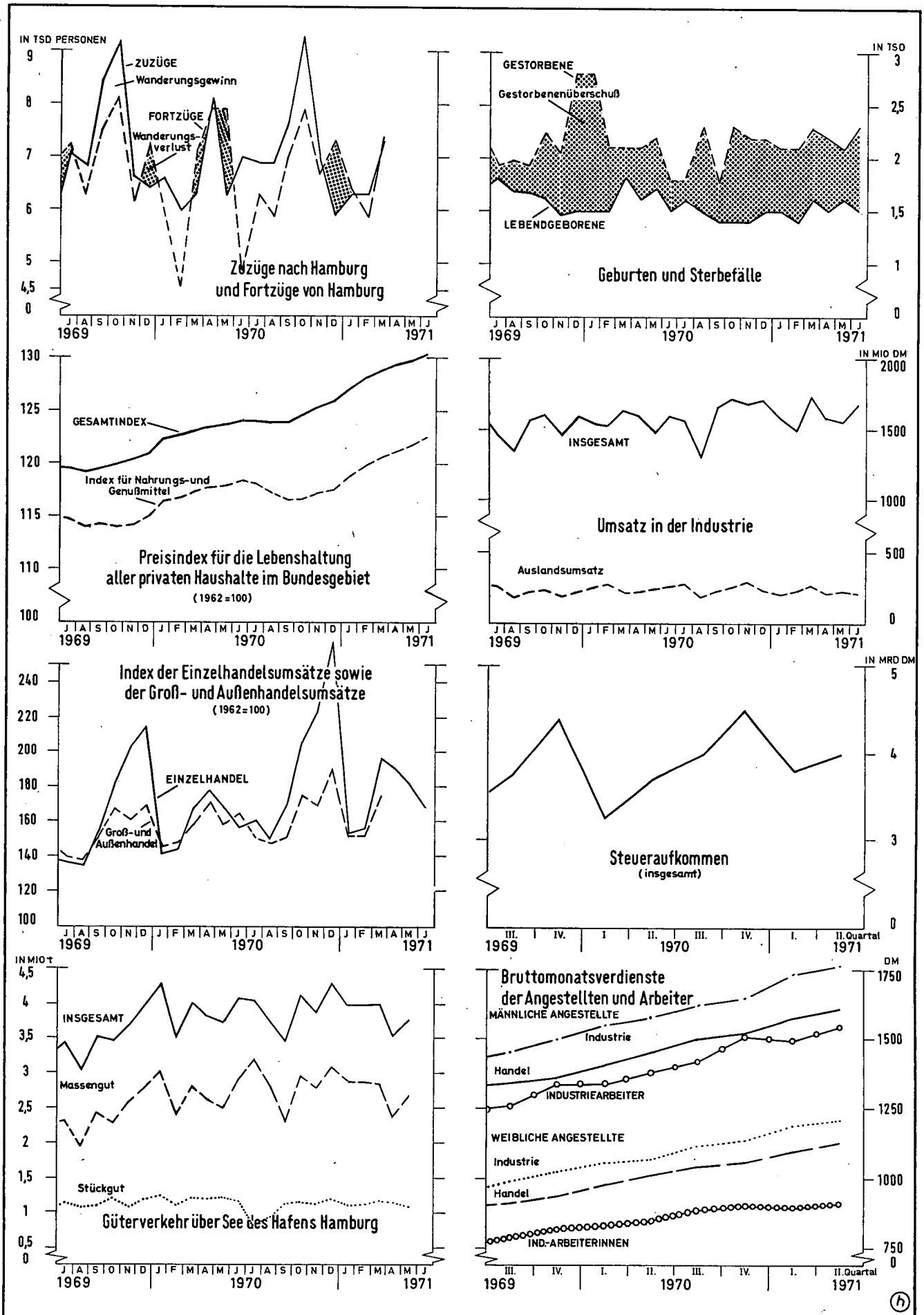
Weniger, aber teurere Verpfändungen

In den 29 gewerblichen Leihhäusern wurden 1970 in Hamburg über 341 000 Pfänder angenommen; die ausgezahlte Darlehenssumme erreichte 15,6 Mio DM, das sind durchschnittlich rd. 46 DM je Pfand.

Der schon seit längerem zu beobachtende zahlenmäßige Rückgang der Verpfändungen setzte sich auch im vergangenen Jahr mit einer Abnahme von 10% im Vergleich zu 1969 fort. Dagegen stieg der durchschnittliche Darlehensbetrag je Pfand um 15% an. Diese gegenläufige Entwicklung deutet darauf hin, daß 1970 wertvollere Gegenstände beliehen wurden als in den Vorjahren.

Etwa ein Fünftel der versetzten Pfänder ist nicht wieder eingelöst worden und mußte versteigert werden. Der Versteigerungserlös aller privaten Leihanstalten betrug 1970 zusammen 1,8 Mio DM; das sind im Durchschnitt 26,50 DM je versteigertem Pfand.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Arbeitsstätten und deren tätige Personen in Hamburg

– Erste vorläufige Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 27. 5. 1970 –

Nicht aus allen Bereichen der Wirtschaft stehen der amtlichen Statistik laufend und zu vergleichbaren Zeitpunkten Daten zur Verfügung. Um dennoch wenigstens von Zeit zu Zeit einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der Gesamtwirtschaft zu gewinnen, werden in größeren Abständen umfassende Arbeitsstättenzählungen durchgeführt. Ihre Ergebnisse machen die langfristigen Strukturwandlungen deutlich und geben Aufschluß über die Größenordnung und die wirtschaftssystematische Zusammensetzung der Wirtschaftssektoren.

Auch die am 27. Mai 1970 zusammen mit der Volks- und Berufszählung vollzogene Erhebung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten¹⁾ diente in erster Linie dem Zweck, eine seit der letzten Großzählung dieser Art, also seit 1961, nicht mehr erreichte Bestandsaufnahme aller gewerblichen Arbeitsplätze und tätigen Personen aufzustellen. Kaum ein Großzählungsergebnis – außer dem der Volks- und Berufszählung – wird deshalb zur Vorbereitung planerischer und wirtschaftspolitischer Entscheidungen so dringend erwartet wie das der Arbeitsstättenzählung. Darüber hinaus liefert das anfallende Zahlenmaterial über Arbeitsstätten bzw. Unternehmen, deren Anschriften und deren wirtschaftliche Tätigkeit die für die Durchführung bestimmter Bereichszählungen der kommenden Jahre benötigten Auswahlgrundlagen und Vergleichsmöglichkeiten.

Um die bei Großzählungen übliche lange Aufbereitungsphase abzukürzen, hat das Statistische Landesamt schon jetzt mit der Weitergabe der ersten, vorläufigen Auswertungstabellen für den Raum Hamburg an Planungsinstanzen begonnen. Mit dem hier vorgelegten Vorwegbericht soll auch einem breiteren Leserkreis die Möglichkeit gegeben werden, relativ schnell Einblick in das Zählungsergebnis für das Land Hamburg zu erhalten. Dieser Bericht beschränkt sich allerdings auf eine grobe vergleichende Darstellung der Arbeitsstätten und der tätigen Personen nach Wirtschaftsabteilungen und einigen ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen. Auf eine weitergehende wirtschaftssystematische und regionale Tiefgliederung muß hier zunächst noch verzichtet werden. Dementsprechend kann auch die Auseinandersetzung mit den Ursachen der Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung vor 10 Jahren nur vorläufigen und recht oberflächlichen Charakter haben. Besonders betont werden muß auch, daß die hier zugrunde gelegten Zahlen noch korrekturbedürftig sind. Bei entsprechend vorsichtiger Bewertung geben sie jedoch schon ein verhältnismäßig gutes Gesamtbild über die gegenwärtige Größenordnung und die

vorangegangene langfristige Entwicklung der Wirtschaftssektoren in Hamburg.

Das Zählungsprogramm

Zum besseren Verständnis der Tabelleninhalte sind eingangs einige technische und methodische Anmerkungen erforderlich: Die Zählung umfaßte ein Rahmenprogramm mit Fragen nach den wichtigsten Strukturdaten der gewerblichen Arbeitsstätten von Unternehmen und Freien Berufen, von Organisationen ohne Erwerbscharakter und Dienststellen der öffentlichen Verwaltung. Die Ergebnisse geben somit keine Informationen über den Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit (Umsätze, Produktionswerte) in den erfaßten Einheiten. Wesentlich war vielmehr die Ermittlung von Art und Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit sowie der Größenordnung der Arbeitsstätten, gemessen an der Zahl der tätigen Personen. Außerdem wurde unterschieden nach einzigen Niederlassungen und Haupt- bzw. Zweigniederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen.

Im Vergleich zur Zählung 1961 fehlten also Fragen nach der Eintragung der Firma in die Handwerksrolle, nach den eingesetzten Transportmitteln bzw. benutzten Verkehrseinrichtungen und nach der Vertriebeneneigenschaft des Inhabers. Breiter Raum wurde dafür diesmal der Untergliederung der tätigen Personen nach ihrer Stellung im Betrieb eingeräumt, so daß auch die innerbetriebliche Personalstruktur besser beurteilt werden kann. Ein besonderes Gewicht erhält dabei der getrennte Nachweis der gewerblichen bzw. kaufmännischen Lehrlinge. Erstmals wurde auch der Versuch unternommen, außer der Teilbeschäftigung auch den Umfang der Heimarbeiter-tätigkeit sowie der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zu erfassen.

Als einziges Datum aus der Unternehmensbilanz bzw. der Gewinn- und Verlustrechnung war die Lohn- und Gehaltssumme des Geschäftsjahres 1969 nachzuweisen, ein ebenfalls 1961 noch nicht erhobenes Datum, von dem sich vor allem die Wirtschaftspolitik wichtige Erkenntnisse über die Lohn- und Gehaltsstruktur in den verschiedenen Wirtschaftszweigen verspricht. Hauptniederlassungen hatten diese Summe auch für das Unternehmen zu melden.

Bei Mehrbetriebsunternehmen kam es wie 1961 besonders darauf an, die Zahl, den Standort und den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit der Zweigniederlassungen ohne Lücken zu erfassen. Hieraus werden wesentliche Aussagen über die klein- und großräumige Verflechtung und die Unternehmensstruktur von Mehrbetriebsunternehmen abgeleitet werden können.

¹⁾ durchgeführt aufgrund des Gesetzes über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1961 (BGBl. I, S. 292)

Die Vollzähligkeitskontrolle

Das alles in allem vom Umfang und auch vom Schwierigkeitsgrad der Fragen her relativ anspruchslose Erhebungsprogramme hat die Meldepflichtigen in nicht zu hohem Maße belastet. So sind denn auch – abgesehen von gelegentlichen Mißverständnissen über die Formulierungen innerhalb der Fragebogenabschnitte – keine nennenswerten Schwierigkeiten beim Ausfüllen der Bogen aufgetreten, die das Zählungsergebnis beeinträchtigen könnten. Dagegen sind im Verlaufe der Aufbereitungsarbeiten Schwächen während des Zählgeschäfts aufgedeckt worden, deren Folge zunächst eine erhebliche Untererfassung an Arbeitsstätten war. Zweifelloso haben sich hier das Fehlen von aktuellen und vollständigen Anschriftenlisten und die starke Belastung der Zähler im Rahmen der Volks- und Berufszählung ausgewirkt. So sind insbesondere kleinere Arbeitsstätten in wenig bewohnten Gebieten Hamburgs übersehen worden. Ein beträchtliches Problem stellten in diesem Sinne auch die größeren Verwaltungsgebäude mit dem Firmensitz zahlreicher Unternehmen dar, in denen größere Erfassungslücken zu verzeichnen waren.

Eine umfangreiche Nacherhebungsaktion war also erforderlich, um die Vollzähligkeit der Erhebungseinheiten sicherzustellen. Erschwerend wirkte sich aus, daß der aufgrund von Bereichszählungen der letzten Jahre zu vermutende Rückgang an Arbeitsstätten insgesamt nur sehr grob geschätzt werden konnte und daher keine Vorstellungen über die zu erreichende Gesamtheit bestanden. Zur Anschriftenermittlung bis dahin noch nicht erfaßter Arbeitsstätten dienten die Karteibestände verschiedener einmaliger und laufender Statistiken, u. a. aus der Handels- und Gaststättenzählung 1968, der Handwerkszählung 1968, der Industrie- und Bauberichterstattung sowie der Liste der mit dem gleichen Stichtag erfaßten Bevölkerung, die zur Volks- und Berufszählung eine selbständige berufliche Tätigkeit in ihrer Wohnung angegeben hatte. Durch sorgfältige Vorbeiführung der Arbeitsstättenbogen an diesen Unterlagen und anschließende telefonische Befragung konnten zusammen noch rd. 10 % der Gesamtheit der Arbeitsstätten ermittelt werden, so daß das nun vorliegende Ergebnis als befriedigend angesehen werden kann. Ob allerdings auch jetzt noch eine Untererfassung anzunehmen ist, die überhaupt prozentual ins Gewicht fällt, kann beim augenblicklichen Stand der Aufbereitung noch nicht übersehen werden. Hierauf wird im weiteren Verlauf der Arbeiten, insbesondere im Zusammenhang mit kleinräumigen Untersuchungen und anhand wirtschaftssystematischer Vergleiche besonders geachtet werden müssen.

Die Erhebungs- und Darstellungseinheit

Grundlage für die statistische Erfassung und Darstellung der wirtschaftlichen Tatbestände ist die Ar-

²⁾ 1961 wurden die Binnenschiffe noch zentral im Bezirksamt Mitte erfaßt und in den Veröffentlichungstabellen auch regional im Bezirk Hamburg Mitte ausgewiesen.

³⁾ Eine Erhebung der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe ist im Herbst 1971 begonnen worden, so daß durch Zusammenführung beider Zählungsergebnisse auch dieser Wirtschaftsbereich in das Gesamtkonzept einbezogen werden kann, wenn die exakte Abgrenzung nach den genannten steuersystematischen Gesichtspunkten gelingt.

beitsstätte als örtliche Einheit und das Unternehmen als wirtschaftliche Gesamtheit. Als örtliche Einheit und damit räumlich selbständige Arbeitsstätte gilt eine Niederlassung in bzw. auf einem im allgemeinen klar abgrenzbaren Gebäude oder Grundstück. In der Niederlassung muß mindestens eine Person regelmäßig erwerbstätig sein. Dabei ist es unerheblich, ob diese Tätigkeit ganz- oder halbtätig bzw. haupt- oder nebenberuflich ausgeübt wird. Lediglich Heimarbeiter sind nicht an ihrem Arbeitsplatz sondern in der Arbeitsstätte ihres Arbeitgebers erfaßt worden. Ausgenommen vom Prinzip der örtlichen Einheit war auch die Zuordnung der nicht standortgebundenen Arbeitsstätten wie Baustellen, Binnenschiffe²⁾ und ambulanter Straßenhandel. Hier wird ersatzweise der Firmensitz bzw. die Wohnanschrift des Schiffseigners oder Standinhabers herangezogen.

Nicht erfaßt worden sind land- und forstwirtschaftliche Arbeitsstätten sowie Niederlassungen der Binnenfischerei. Für solche Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten, war jedoch auch ein Fragebogen auszufüllen, soweit diese Betriebe nicht lediglich Hilfs- oder Nebenbetriebe darstellten.³⁾ Die 1961 noch getrennt behandelten Seeschiffe und Dienststellen ausländischer Streitkräfte sowie Konsulate bleiben ebenfalls unberücksichtigt. Auch die Erfassung der Haushalte, in denen familienfremde Arbeitnehmer beschäftigt werden, erfolgt nur im Rahmen der Volks- und Berufszählung. In den hier veröffentlichten Tabellen fehlen außerdem noch die Arbeitsstätten der inländischen Streitkräfte. Diese Institutionen melden aus erhebungstechnischen Gründen zentral an das Statistische Bundesamt. Die dort eingehenden Daten werden später im Rahmen der bundeseinheitlichen Aufbereitung maschinell in die Landesergebnisse eingesteuert. In den beiden Tabellen dieses Berichts sind sie für das Jahr 1970 nicht enthalten.

Die wirtschaftssystematische Zuordnung

Zur Erstellung vergleichbarer Daten werden die Arbeitsstätten und die Unternehmen nach dem Prinzip der Selbsteinschätzung in bezug auf den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zugeordnet und gruppiert. Dies erfolgt nach einer aus der Grundsystematik der Wirtschaftszweige abgeleiteten und speziell für die Arbeitsstättenzählung gekürzten Systematik. Mit der Zuordnung aller Arbeitsstätten nach dieser Systematik wird zwar der Grundsatz gewahrt, alle Einheiten nach gleichen Gesichtspunkten zuzuordnen, andererseits jedoch – vorwiegend durch die z. T. starke Aggregation innerhalb des Systems – die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit denen aus viel feiner gegliederten Bereichszählungen erschwert. Es wird auch berücksichtigt werden müssen, daß die der Tabellierung zugrunde liegende Systematik in einigen Wirtschaftsbereichen nicht den neuesten Stand aufweist, so daß Zuordnungsunterschiede im Vergleich zu anderen Statistiken, insbesondere zu den Ergebnissen der 1961er Erhebung, in Kauf genommen werden müssen. Schon aus diesem Grunde ist der rein tabellarische Vergleich der beiden Zählungsergebnisse problematisch. Hinzu kommt, daß die Methode der Selbsteinschätzung natürlich grundsätzlich

die Gefahr von Fehlern in der Beurteilung der hauptsächlich ausgeübten Tätigkeit einer Niederlassung in sich birgt.

Unter Beachtung dieser sicherlich relativ unbedeutenden Fehlerquoten, die erst zu einem späteren Zeitpunkt genauer analysiert werden können, und unter Berücksichtigung der noch nicht abschließend bereinigten Fehler in den Zahlenunterlagen, sollte die nachfolgende Betrachtung der beiden Tabellen bewertet werden.

Die Zahl der Arbeitsstätten und deren tätige Personen

Am 27. Mai 1970 wurden in Hamburg etwa 81 800 Arbeitsstätten mit 974 300 tätigen Personen ermittelt (Tabelle 1). Verglichen mit dem Zählungsergebnis von 1961 entspricht dieses vorläufige Endresultat einem Rückgang von ungefähr 19 % bei den Arbeitsstätten, dagegen aber nur von 3 % bei den tätigen

Personen. In dieser Gegenüberstellung ist bereits berücksichtigt, daß die in Hamburg beheimateten und bemannten Seeschiffe 1970 nicht mehr als getrennte Niederlassungen der Reedereien erfaßt worden sind. Es fehlen auch — wie bereits erwähnt — die Dienststellen der Bundeswehr und die dort tätigen zivilen Arbeitskräfte.

Diese Daten bestätigen im wesentlichen die in vergangenen Jahren auch aus den verschiedenen Bereichszählungen der amtlichen Statistik erkennbare Tendenz zur strukturellen Konsolidierung innerhalb des Wirtschaftsgefüges im großstädtischen Raum. Gemeint sind der langfristig anhaltende Abbau kleiner, nicht wettbewerbsfähiger Betriebe bzw. die Stilllegung unrationeller Zweigniederlassungen einerseits und die Konzentration der Arbeitskräfte auf eine geringere Zahl von größeren Arbeitsstätten andererseits. Gerade diese letzte Feststellung wird noch verdeutlicht, wenn man sich den Anstieg der Durchschnittsbeschäftigung je Arbeitsstätte von 10 im Jahre 1961 auf fast 12 für 1970 vor Augen hält.

Tabelle 1

Arbeitsstätten und deren tätige Personen in Hamburg 1970 und 1961 nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen

Wirtschaftsabteilungen Ausgewählte Wirtschaftsunterabteilungen	Arbeitsstätten				Tätige Personen			
	am 27. 5. 1970	am 6. 6. 1961	Veränderungen 1970 zu 1961		am 27. 5. 1970	am 6. 6. 1961	Veränderungen 1970 zu 1961	
			absolut	in %			absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
0 Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	585	406 ¹⁾	+ 179	+44,1	3 567	2 818	+ 749	+26,6
1 Energiewirtschaft und Wasser- versorgung, Bergbau	106	89	+ 17	+19,1	8 095	10 407	- 2 312	-22,2
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	10 468	14 474	- 4 006	-27,7	265 707	318 136	-52 429	-16,5
darunter								
20 Chemische Industrie und Mineralölverarbeitung	390	630	- 240	-38,1	27 246	30 242	- 2 996	- 9,9
23 Eisen- u. NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung ..	483	657	- 174	-26,5	9 690	11 442	- 1 752	-15,3
24 Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeug- bau	1 706	1 741	- 35	- 2,0	78 213	97 461	-19 248	-19,7
25 Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	1 533	1 572	- 39	- 2,5	46 755	46 574	+ 181	+ 0,4
27 Leder-, Textil- u. Bekleidungs- gewerbe	2 517	4 317	- 1 800	-41,7	13 119	21 979	- 8 860	-40,3
28—29 Nahrungs- u. Genußmittel- gewerbe	1 767	2 819	- 1 052	-37,3	39 643	53 395	-13 752	-25,8
3 Baugewerbe	3 757	4 830	- 1 073	-22,2	68 215	78 195	- 9 980	-12,8
davon								
30 Bauhauptgewerbe	1 280	1 596	- 316	-19,8	45 755	53 903	- 8 148	-15,1
31 Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe ...	2 477	3 234	- 757	-23,4	22 460	24 292	- 1 832	- 7,5
4 Handel	31 640	42 812	-11 172	-26,1	200 845	198 624	+ 2 221	+ 1,1
davon								
40—41 Großhandel	8 137	9 988	- 1 851	-18,5	84 467	82 464	+ 2 003	+ 2,4
42 Handelsvermittlung	5 426	9 542	- 4 116	-43,1	15 482	20 233	- 4 751	-23,5
43 Einzelhandel	18 077	23 282	- 5 205	-22,4	100 896	95 927	+ 4 969	+ 5,2
5 Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	6 712	6 300 ¹⁾	+ 412	+ 6,5	125 744	137 993	-12 249	- 8,9
6 Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	2 245	2 028	+ 217	+10,7	46 457	34 580	+11 877	+34,3
7 Dienstleistungen, soweit von Unter- nehmen und Freien Berufen erbracht	22 926	26 489	- 3 563	-13,5	135 199	118 748	+16 451	+13,9
8 Organisationen ohne Erwerbs- charakter	1 391	1 256	+ 135	+10,7	20 436	14 196	+ 6 240	+44,0
9 Gebietskörperschaften und Sozial- versicherung	1 995	1 877	+ 118	+ 6,3	100 033	91 833	+ 8 200	+ 8,9
Insgesamt	81 825	100 561 ¹⁾	-18 736	-18,6	974 298	1 005 530	-31 232	- 3,1

¹⁾ Im Gegensatz zu den Tabellen aus der Zählung 1961 wurden die Schiffe 1971 nicht mehr als Arbeitsstätten gezählt. Die Zahlen für 1961 sind deshalb um 1 956 Arbeitsstätten, davon 100 Hochseefischerfahrzeuge in Abteilung 0 und 1 856 Seeschiffe in Abteilung 5 reduziert.

Erstaunlich ist, daß die Zahl der tätigen Personen in Hamburg trotz des in der letzten Zeit zu beobachtenden tendenziellen Bevölkerungsverlustes fast konstant geblieben ist. Hier muß allerdings beachtet werden, daß die Gesamtzahl der tätigen Personen auch Mehrfachzählungen enthält, die sich entsprechend dem Zählungskonzept ergeben, wenn z. B. Teilbeschäftigte von verschiedenen Arbeitgebern gemeldet worden sind. Über den Umfang der Teilbeschäftigung in Hamburg lassen sich z. Z. noch keine Angaben machen. Eine endgültige Analyse wird auch erst nach Auswertung der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung möglich sein, wenn zusätzliche Erkenntnisse über die Erwerbsquote der Hamburger Bevölkerung und die Berufspendler vorliegen.

Klarer noch als das Gesamtergebnis weisen die Veränderungsdaten in den Wirtschaftsabteilungen die strukturellen Wandlungen der vergangenen Jahre innerhalb Hamburgs aus. Vor allem in den Sektoren des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes ist die Zahl der Arbeitsstätten und der tätigen Personen stark zurückgegangen. Im tertiären Bereich zeigen sich dafür deutlich expansive Tendenzen. Diese seit langem erkannte Erscheinung der Verlagerung der tätigen Personen zugunsten der arbeitsintensiven Dienstleistungsbetriebe wird besonders durch die hohen Zunahmen von über 11 800 Beschäftigten im Kredit- und Versicherungswesen und sogar 16 450 Personen im Bereich der gewerblichen Dienstleistungsunternehmen unterstrichen. Demgegenüber steht die Abwanderung von zusammen allein 33 000 tätigen Personen aus dem Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau und dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Gleichwohl hat Hamburg seine führende Stellung als Industriestadt und Handelsplatz behauptet, denn nach wie vor sind fast 55 %, d. h. etwa 534 000 der in Hamburg Erwerbstätigen in Produktion und Handel beschäftigt, wobei der Anteil der Industriebeschäftigten überwiegt.

Weniger Arbeitsplätze in allen Bereichen der Produktion und des verarbeitenden Gewerbes

Den stärksten Rückgang verzeichneten das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe in Hamburg. Während 1961 noch fast 14 500 Niederlassungen industrieller und handwerklicher Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe gezählt wurden, ist die Zahl bis 1970 auf rd. 10 500, d. h. um etwa 28 % gesunken. Auch im Baugewerbe wurden überdurchschnittliche Einbußen von über 22 % ermittelt. Die rückläufige Rate der tätigen Personen liegt mit 16,5 % im verarbeitenden Gewerbe und beinahe 13 % im Baugewerbe ebenfalls erheblich über dem Hamburger Gesamtmittel. Bezieht man den Sektor Energiewirtschaft und Bergbau mit ein, der gemessen an der Zahl der Niederlassungen nur unwesentlich expandieren konnte, so sind in den 3 genannten Abteilungen zusammen etwa 5 000 Arbeitsstätten erloschen und rd. 64 000, also gut 16 % der 1961 in diesen Abteilungen tätigen Personen ausgeschieden.

Die Ursachen für diese Veränderung wurden bereits angedeutet. Speziell im produzierenden Handwerk

können als besondere Einflußfaktoren u. a. die Abwanderung von Arbeitskräften in andere Wirtschaftsbereiche und Nachwuchsmangel besonders an gelernten Facharbeitern genannt werden, was gerade hier zur Schließung kleinerer und mit zunehmender Mechanisierung und Rationalisierung der übrigen Wirtschaft unrentabler Betriebsstätten geführt hat. Eine nicht unerhebliche Rolle dürften auch die u. a. aus Personalmangel sowie aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung vollzogenen Unternehmenskonzentrationen gespielt haben. Hier konnten gerade in Hamburg in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Zusammenlegungen von Zweigniederlassungen zu größeren örtlichen Einheiten registriert werden. Dagegen wird man wohl dem Ausmaß der Abwanderung von Produktionsstätten aus dem Stadtgebiet in die Umlandzonen weniger Bedeutung beimessen können, da Neugründungen in gewissem Umfang Ausgleich geschaffen haben.

Interessant ist die Gegenüberstellung der Zahlen einiger Wirtschaftsunterabteilungen des verarbeitenden Gewerbes. So hat die Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie in Hamburg erheblich an Gewicht verloren. Sowohl die Zahl der hier einzuordnenden Arbeitsstätten als auch die der tätigen Personen ist mit über 40 % mit Abstand am stärksten zurückgegangen. Im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau zeigt sich mit einem Rückgang von nur 35 Niederlassungen aber von fast 20 % der tätigen Personen besonders die Folgen der Rationalisierung und Modernisierung. In dieser Branche bewirkten außerdem einige größere Betriebsstillegungen in den vergangenen Jahren eine Senkung der durchschnittlichen Beschäftigung je Arbeitsstätte von 56 im Jahre 1961 auf annähernd 46 für 1970. Auch im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mußten Einbußen an Arbeitsstätten (-37 %) wie auch an Beschäftigten (-26 %) hingenommen werden. Fast unverändert blieb dagegen der Bereich Elektrotechnik und Feinmechanik, in dem die Zahl der tätigen Personen sogar um 180 auf 46 750 ausgedehnt wurde. An den relativ hohen Verlusten im Baugewerbe hat — bezogen auf die Beschäftigung — das Bauhauptgewerbe mit einem fast 13 %igen Rückgang auf knapp 70 000 Erwerbstätigen den größten Anteil.

Wachsende Beschäftigung im tertiären Bereich

Mit Ausnahme des Bereichs Verkehr und Nachrichtenübermittlung, der gegenüber 137 993 tätigen Personen im Zählungsjahr 1961 nur noch etwa 125 700 Personen beschäftigt, haben alle übrigen Dienstleistungssektoren auffallend hohe Personalgewinne zu verzeichnen. Den vermutlich durch Rationalisierungsfreisetzung gesunkenen Beschäftigungszahlen im Verkehrs- und Nachrichtengewerbe steht dafür aber ein Anstieg der Zahl der Niederlassungen gegenüber. Es ist nicht auszuschließen — aus den Ergebnissen gegenwärtig aber noch nicht ersichtlich —, daß sich hinter dieser Ausdehnung eine größere Anzahl kleinerer Arbeitsstätten wie Speditionen, Reisebüros und Hilfs- bzw. Nebenbetriebe des Verkehrswesens (Lagerhaltung) verbirgt als dies 1961 der Fall war.

Die umgekehrte Entwicklung hat sich auf dem Gebiet der von Unternehmen und Freien Berufen er-

brachten Dienstleistungen vollzogen. Die T a b e l l e 1 zeigt eine beträchtliche negative Differenz an Arbeitsstätten von 13,5 % im Vergleich zu 1961. Als Ursache hierfür kommt der Wegfall zahlreicher sog. Einmannbetriebe, die vorwiegend der privaten Nachfrage gedient haben, in Betracht. Hier macht sich eher eine strukturelle Veränderung in Richtung auf solche mittleren und größeren Niederlassungen bemerkbar, die vor allem Dienstleistungen für Unternehmen erbringen.

Den größten Anteil am prozentualen Anstieg der tätigen Personen im tertiären Bereich haben augenscheinlich die Banken und Versicherungen mit über 34 % und die Organisationen ohne Erwerbscharakter (+44 %). Trotz gleich hoher Zuwachsraten von fast 11 % bei den Arbeitsstätten bleiben aber die absoluten Zahlen von insgesamt 3 600 Niederlassungen im Vergleich zu den 22 900 Arbeitsstätten mit Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen verhältnismäßig niedrig, zumal ja in dieser letzten Sparte die Hauptmasse der verschiedensten Dienstleistungsberufe zusammengefaßt ist.

Auch im Handel mehr tätige Personen

Für die endgültige Bewertung der Veränderungen im Handel gibt es z. Z. noch keine ausreichenden Zahlenunterlagen. Notwendig wäre jedoch der Einblick in die Zusammensetzung der Wirtschaftsgruppen und -klassen. Der Rückgang um 11 200 Arbeitsstätten, vor allem aus der Handelsvermittlung und dem Einzelhandel, ist mit etwa 26 % ähnlich hoch wie im verarbeitenden Gewerbe. Damit ergibt sich auch in dieser Wirtschaftsabteilung die Tendenz zur Schließung kleiner, unrentabler Betriebe. Andererseits spiegelt der leichte Anstieg der Zahl der tätigen Personen, an dem insbesondere der Einzelhandel mit annähernd 5 000 zusätzlichen Beschäftigten beteiligt ist, deutlich die Entwicklung zu größeren und leistungsfähigeren örtlichen Einheiten wie Kaufhäusern und Supermärkten wider.

Es wird in späteren Untersuchungen die Frage geklärt werden müssen, in wieweit die rückläufigen Zahlen der Handelsvermittlung nur auf eine vorübergehende konjunkturabhängige Ausdehnung der Großhandels-tätigkeit zurückzuführen sind. Eine genaue wirtschaftssystematische Trennung in Arbeitsstätten mit überwiegender Großhandels- bzw. Vermittlertätigkeit ist in der Arbeitsstättenzählung ohne Umsatz- und Rohertgangsangaben nur schwer möglich. Da sowohl 1961 als auch 1970 nur die stichtagsgebundene Selbsteinschätzung der Betriebe vorlag, wird ein Jahresvergleich durch mögliche Bereichswechsel erschwert.

Prozentual mehr weibliche tätige Personen

Die T a b e l l e 2 gibt die Verteilung der männlichen und weiblichen Erwerbstätigen auf die Wirtschafts-abteilungen wieder sowie den Umfang der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer. Nach dieser vorläufigen Übersicht waren in Hamburg am 27. Mai 1970 fast 350 700 weibliche Personen erwerbstätig, das sind nicht ganz 36 % aller Beschäftigten. Dieses Verhältnis hat sich gegenüber 1961 kaum verändert, da

der 3 %ige Rückgang der Gesamtbeschäftigung fast vollständig zu Lasten der männlichen Personen ging. Ihre Zahl ist von 654 241 auf rd. 623 600 gesunken, was etwa dem Rückgang der tätigen Personen insgesamt entspricht. Dagegen fiel die Zahl der weiblichen Berufstätigen nur um 600, also um weniger als 0,2 %.

Von den hohen Abwanderungen im Sektor des verarbeitenden Gewerbes sind beide Gruppen gleichermaßen stark betroffen. So verließen seit 1961 29 850 männliche und 22 600 weibliche Personen diesen Wirtschaftsbereich. Auch das Baugewerbe meldet einen Rückgang von rd. 14 % der ehemals 73 720 männlichen Arbeitskräfte, dafür aber sogar einen leichten Anstieg von über 500 weiblichen Personen. In diesem Gewerbebezweig konnten viele, vor allem ungelernete Hilfskräfte durch den Einsatz arbeitssparender Maschinen ersetzt werden. Vermutlich macht sich in dem Anstieg unter den weiblichen Arbeitnehmern die verstärkte Beschäftigung von weiblichem Personal in den Zeichen- und Ingenieurbüros bemerkbar.

Einigermaßen überraschend ist auch die verhältnismäßig kräftige Einbuße von über 4 000 weiblichen Erwerbstätigen im Handel gegenüber einer gleichzeitigen Zunahme von mehr als 6 000 männlichen Personen. 1961 wurden hier noch 99 656 weibliche und 98 968 männliche Beschäftigte, also ein leichtes Übergewicht der berufstätigen Frauen registriert. Diese Veränderung kann nicht allein aus den überdurchschnittlichen Beschäftigungsverlusten der Handelsvermittlung, sondern eher mit wachsendem Einsatz männlicher Arbeitskraft im Groß- und Einzelhandel erklärt werden.

T a b e l l e 2

Tätige Personen in Arbeitsstätten in Hamburg am 27. 5. 1970 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilungen	Tätige Personen insgesamt		davon		darunter ausländische Arbeitnehmer (von Sp. 1)
	Anzahl	in %	männlich	weiblich	
0 Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	3 567	0,37	2 771	796	167
1 Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	8 095	0,83	7 016	1 079	35
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	265 707	27,27	191 020	74 687	18 045
3 Baugewerbe	68 215	7,00	63 214	5 001	3 358
4 Handel	200 845	20,61	105 223	95 622	2 508
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	125 744	12,90	100 279	25 465	5 964
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	46 457	4,77	24 132	22 325	423
7 Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	135 199	13,88	63 741	71 458	3 262
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter	20 436	2,10	7 456	12 980	554
9 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	100 033	10,27	58 765	41 268	835
Insgesamt	974 298	100	623 617	350 681	35 151

Einleuchtend ist dagegen, daß die Zahl der weiblichen Berufstätigen in allen übrigen Dienstleistungssektoren zusammengekommen stärker zugenommen hat als die der hier beschäftigten männlichen Personen. Bekanntlich haben gerade in diesen Wirtschafts-

zweigen die Einstellung von weiblichem Büropersonal und die Teilbeschäftigung insbesondere von Frauen erheblich an Bedeutung gewonnen. Bemerkenswert ist nur der besonders hohe Anstieg von mehr als 8 000 weiblichen Beschäftigten im Bereich der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen, während die Zahl der männlichen Arbeitskräfte fast konstant geblieben ist. Damit wurde in dieser Wirtschaftsabteilung, in der überwiegend Dienstleistungseinrichtungen der öffentlichen Verwaltung zusammengefaßt sind, der Anteil der weiblichen Beschäftigten von bisher 36 % auf fast 42 % gehoben.

Über 35 000 ausländische Arbeitnehmer in Hamburg

Nur wenig Anhaltspunkte für eine vergleichende Darstellung bietet die wirtschaftssystematische Gliederung der ausländischen Arbeitnehmer, zumal aus der Arbeitsstättenzählung 1961 oder zwischenzeitlichen Bereichszählungen keine Vergleichszahlen vorliegen. Das Zählungsergebnis weist über 35 000 ausländische Arbeitskräfte aus, die von ihren Arbeitgebern als abhängige Beschäftigte gemeldet wurden. Fast 4 % der Erwerbstätigen in Hamburg sind also Ausländer. Eine Analyse dieser Gesamtzahl vor allem im Hinblick auf die Daten der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstati-

⁴⁾ Siehe hierzu den Beitrag „Die Ausländer in Hamburg im Spiegel der Statistik“ in: Hamburg in Zahlen, Heft 8, 1971, S. 241 ff.

stiken kann an dieser Stelle nicht vorgenommen werden.⁴⁾ Ein Hinweis zum Vergleich mit den zum selben Stichtag, nämlich im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1970 ermittelten 34 700 ausländischen Arbeitnehmern mag hier genügen.

Über 50 %, d. h. mehr als 18 000 Ausländer sind im verarbeitenden Gewerbe und hier vorwiegend im industriellen Bereich tätig. Die übrigen verteilen sich entsprechend der Hamburger Wirtschaftsstruktur sehr unterschiedlich auf die Wirtschaftsabteilungen. Dabei fällt auf, daß im Baugewerbe nur 3 360, also etwa ein Zehntel der Ausländer arbeiten, wenn auch dem Schwerpunkt nach im Bauhauptgewerbe. Hiermit bestätigt sich aber im wesentlichen die bereits oben festgestellte Tendenz, Bauhilfskräfte besonders im Straßen- und Tiefbau durch Maschineneinsatz zu ersetzen.

Fast den gleichen Prozentanteil erreichte mit 3 260 Ausländern der umfangreiche Sektor der Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen, u. a. bedingt durch die in letzter Zeit angewachsene Zahl der Hilfskräfte im Hotel- und Gaststättengewerbe. Den absolut gesehen zweitgrößten Anteil an Ausländern beschäftigt dagegen die Abteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung, nämlich fast 6 000 Arbeitskräfte. Diese Zahl ist vermutlich weitgehend von dem für Hamburger Reedereien fahrenden ausländischen Schiffspersonal beeinflusst.

Zusammenfassung

Es kam in diesem ersten Bericht über die Arbeitsstättenzählung 1970 im wesentlichen darauf an, die wichtigsten vorläufigen Ergebnisse über Arbeitsstätten und deren tätige Personen im Vergleich zur Erhebung 1961 darzustellen. Außerdem waren einige spezielle Anmerkungen zu den technischen und methodischen Grundlagen der Zählung notwendig, um vor allem die Veränderungen gegenüber dem Erhebungsprogramm von 1961 aufzuzeigen.

Die Zählung hat ergeben, daß in Hamburg im Verlaufe der letzten neun Jahre die Zahl der Arbeitsstätten um mehr als 18 % auf 81 800 zurückgegangen ist. Die meisten Betriebsstillegungen bzw. stärksten Konzentrationstendenzen waren im

produzierenden und verarbeitenden Gewerbe sowie im Handel zu verzeichnen, wo zusammen etwa 16 200 Niederlassungen erloschen sind. Dagegen sind Zunahmen im tertiären Bereich von maximal 11 % registriert worden.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Veränderungen der Zahl der tätigen Personen betrachtet. Hier war das verarbeitende Gewerbe mit einem Rückgang von über 52 000 Erwerbstätigen am stärksten betroffen. Den prozentual höchsten Zuwachs im Vergleich zu 1961 meldeten das Kredit- und Versicherungsgewerbe (+ 34 %) und die Organisationen ohne Erwerbscharakter (+ 44 %). Insgesamt ist die Zahl der tätigen Personen in

Hamburg jedoch nur geringfügig gefallen, nämlich um rd. 3 %.

Unter den 974 300 Berufstätigen sind allein 350 700 Frauen, fast 36 % der Gesamtbeschäftigung. In den Dienstleistungssektoren, vor allem bei den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen, in denen die Zahl weiblicher Arbeitskräfte überdurchschnittlich gestiegen ist, erhält vermutlich die Halbtagsbeschäftigung besonderes Gewicht.

Beinahe 4 % (35 150) der in Hamburg tätigen Personen sind Ausländer, wovon allein über 21 000 auf das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe verteilt sind.

Jörn-Ulrich Hausherr

20 Jahre Bautätigkeit in Hamburg

— Teil I —

Volumen des Nichtwohnbaus

1. Vorbemerkungen

Bauwirtschaft von erheblichem wirtschaftlichen Gewicht

Die Bauwirtschaft spielt im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Geschehens eine große Rolle. So hat das Bauhauptgewerbe — d. h.: das Baugewerbe ohne Bauneben- und -hilfsgewerbe — als wesentlicher Träger dieses Wirtschaftsbereichs 1970 in Hamburg durchschnittlich 48 000 Personen beschäftigt und einen Umsatz von 2,1 Mrd DM = 43 700 DM/Pers. erzielt. Vergleicht man diese Größenordnungen mit den entsprechenden der Hamburger Industrie, die in demselben Jahr im Durchschnitt mit 211 000 Beschäftigten einen Umsatz von etwa 19,4 Mrd DM = 92 000 DM/Pers. — nach der Industrierichterstattung — erwirtschaftet hat, so wird offenkundig, wie arbeitsintensiv das Bauhauptgewerbe ist; denn dessen Beschäftigte entsprechen zahlenmäßig fast einem Viertel derjenigen in der gesamten Industrie. In der Gruppe Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, der zweitwichtigsten industriellen Gruppe — an den Beschäftigten gemessen —, haben mit fast 49 000 etwa gleich viel Personen gearbeitet. Stellt man auf den wertmäßigen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt Hamburgs ab, so entfallen 1969 immerhin 1,7 Mrd DM von 31,9 Mrd DM oder 5,4 % auf das gesamte Baugewerbe.

Untermauern diese wenigen Zahlen, welche Stellung die Bauwirtschaft innerhalb der Hamburger Wirtschaft einnimmt, so erlauben sie natürlich nicht, daraus Schlüsse darauf zu ziehen, ob und inwieweit sich der große Wandlungsprozeß, der sich in den letzten beiden Jahrzehnten in der Wirtschaft im Gefolge technischer Fortschritte und der Automation vollzogen hat, auch auf die Bauwirtschaft und das Bauen erstreckt. Hier geht es sowohl um die Baumaterialien — künstliche Baustoffe, Verbundbaustoffe — als auch um die Konstruktionsverfahren — Skelettbau, Systembau (Baukasten) — und um die Produktionsformen — vor allem industrielle Fertigung von Bauelementen —. Unter Fachleuten ist es unstrittig, daß die Bauwirtschaft bereits in die Phase der Industrialisierung eingetreten ist. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die zunehmende Bedeutung des Montage- oder Fertigteilbaus. Auf die Baugenehmigungen 1970 in Hamburg bezogen, hat dessen Anteil am Wohnbau, gemessen an der Anzahl der Wohnungen, immerhin schon beinahe 18 %, sein Anteil am Nichtwohnbau, gemessen am umbauten Raum, sogar fast 22 % erreicht. Im Hinblick auf diesen Entwicklungsprozeß ist es durchaus vertretbar, von einer gewissen Zäsur in der Bauproduktion zu sprechen. Eine rückschauende Aufnahme und Betrachtung des in den letzten 20 Jahren erreichten Bauvolumens im Spiegel der Statistik ist daher nützlich — nicht zuletzt, um den gegenwärtigen Standort besser zu erkennen. Die zusammengestellten statistischen Daten

können auch als wichtige Entscheidungshilfen zur Lösung künftiger Bauaufgaben dienen.

Die in diesem Aufsatz über den Nichtwohnbau und in einem folgenden über den Wohnbau ausgewiesenen Ergebnisse stammen aus der Bautätigkeitsstatistik; sie beruhen auf den seit 1950 ermittelten Zugängen des Wohn- und Nichtwohnbaus. In den Tabellen erscheinen diese als „Rohzugänge“, d. h., daß die Abgänge (Abbrüche) — besonders wegen der Problematik ihrer vollständigen Erfassung — unberücksichtigt geblieben sind. Die Zugänge dürfen demnach nicht mit den „Reinzugängen“ (Rohzugänge minus Abgänge) verwechselt werden.

Zum besseren Verständnis und wegen der größeren Übersichtlichkeit sind jeweils fünf Jahre zu einer Periode zusammengefaßt, so daß die Zeitspanne 1950 bis 1969 mit vier Perioden identisch ist, deren Ergebnisse im Vergleich miteinander behandelt werden. Die gebildeten Perioden sind rein willkürlich gewählt; sie ergeben sich aus der natürlichen Aneinanderreihung der jeweils aufeinanderfolgenden 5 Kalenderjahre im zeitlichen Ablauf der beiden Dezennien. Die Anhangstabellen geben darüber hinaus den auf weitere Informationen angewiesenen Interessenten Gelegenheit, dort die Ergebnisse der einzelnen Jahre zu finden.

Im Text sind die Zahlen, soweit nicht durch Näherungszusätze erläutert, in der Regel gerundet wiedergegeben.

Die Begriffe Bauleistung, (Bau)volumen, (Bau)ergebnis sind gleichbedeutend verwendet und somit in der Regel austauschbar; sie decken sich im allgemeinen mit dem Resultat der Bautätigkeit.

2. Ergebnisse der Hochbaustatistik

2.1 Das Gesamtergebnis des Nichtwohnbaus

Volumen des Nichtwohnbaus stetig gestiegen

An den großen wirtschaftlichen Leistungen, die nach den Zerstörungen des zweiten Weltkriegs in der BRD während der letzten 20 Jahre vollbracht worden sind, ist der Bausektor maßgeblich beteiligt. Das gilt für den Hochbau und seine beiden Hauptrichtungen Wohn- und Nichtwohnbau ebenso wie für den Tiefbau. Man könnte zunächst annehmen, daß der Nichtwohnbau nach weitgehend abgeschlossenem Wiederaufbau und mit wachsender Konsolidierung der Verhältnisse an Gewicht verloren hätte. Dies bestätigt sich zumindest nicht in Hamburg; im Gegenteil, seine Bedeutung nimmt, wie die folgende Tabelle beweist, ständig zu. Das erklärt sich daraus, daß er in enger

Verflechtung mit der Existenzgrundlage Hamburgs und seiner 1,8 Mio Bewohner steht; müssen im weitesten Sinne doch alle Voraussetzungen dafür erhalten, geschaffen oder gar weiterentwickelt werden, wenn die Lebensfähigkeit der Stadt unter dem Druck des Wettbewerbs mit den konkurrierenden Regionen – man denke etwa an die periphere Lage Hamburgs sowohl in der BRD als auch in der EWG – auf hohem Niveau gesichert werden soll.

Zunächst soll dargestellt werden, wie groß die effektive Bauleistung im Nichtwohnbau in Hamburg gewesen ist; darüber gibt T a b e l l e 1 Aufschluß.

Tabelle 1

Nichtwohnbau in Hamburg 1950 bis 1969 (periodenweise) nach Anzahl und Volumen der Nichtwohngebäude

Perioden	Nichtwohngebäude ¹⁾			
	Anzahl		umbauter Raum	
	absolut	%	1000 cbm	cbm/Geb.
	1	2	3	4
1950/1954	7 543	27,6	. ²⁾	. ²⁾
1955/1959	7 274	26,6	17 168	2 360
1960/1964	7 199	26,4	20 814	2 890
1965/1969	5 312	19,4	24 390	4 590

¹⁾ Von 1950 bis 1955 einschl. Notbau. – ²⁾ Für die Jahre 1950–1952 liegen keine Angaben vor.

In den beiden Jahrzehnten sind insgesamt 27 300 Nichtwohngebäude errichtet worden, von denen zwischen 7 500 und 7 200 Einheiten oder etwa 27 % jeweils auf die ersten drei Perioden und 5 300 Einheiten oder 19 % auf die letzte Periode entfallen. Wählt man den umbauten Raum als Bezugsgröße, so läßt sich die im Nichtwohnbau erbrachte Bauleistung ihrer Bedeutung nach wesentlich besser veranschaulichen; denn der zahlenmäßigen Abnahme der Gebäude steht eine ansehnliche Zunahme des Volumens gegenüber. Dieses hat von 17,2 Mio cbm in 1955/59 über 20,8 Mio cbm in 1960/64 auf 24,4 Mio cbm in 1965/69 stetig zugenommen. Bei von Periode zu Periode fallender Anzahl, aber zugleich steigendem Rauminhalt sind die Nichtwohngebäude also laufend größer geworden. Darin drückt sich der erhöhte Bedarf an gewerblich und kommunal genutztem Raum aus.

Wer das Baugeschehen der letzten 20 Jahre in Hamburg verfolgt hat, wird sicherlich beobachten, daß immer größere Büro- und Betriebsgebäude entstanden sind. Die nachfolgend genannten Firmen und Dienststellen haben mit ihren Bauten dafür besonders markante Beispiele gegeben:

Unilever (Dammtorwall), Hamburg-Süd, IBM Deutschland (beide Ost-West-Straße), Esso, BP, Farbwerke Hoechst (alle Geschäftsstadt Nord), B.A.T. (Esplanade), Axel-Springer-Verlag (Kaiser-Wilhelm-Straße), „Neue Heimat“ (Lübecker Straße), Iduna (Neue Rabenstraße), Deutscher Ring (Ost-West-Straße), Allianz (Gr. Burstah), Nova (Geschäftsstadt Nord), Commerzbank, Bank für Gemeinwirtschaft (beide Domstraße), Horten, Kaufhof (beide Mönckebergstraße), Otto-Versand (Wandsbeker Straße und Bramfelder Chaussee), HEW, Landesversicherungsanstalt (beide Geschäftsstadt Nord), Polizei (Beim Strohhause), Behörde für Wirtschaft und Verkehr (Alter Steinweg).

2.2 Der Nichtwohnbau nach der Art der Nichtwohngebäude

Büro- und Gewerbliche Betriebsgebäude unter den Nichtwohngebäuden deutlich herausragend

In einer sowohl auf Handel und Schifffahrt als auch auf Industrie als tragende Säulen wirtschaftlich ausgerichteten Hafenstadt müssen eine Vielzahl von Verwaltungen aller Art untergebracht werden. Deshalb ist es erklärlich, daß die Büro- und Geschäftsgebäude von außerordentlicher Bedeutung sind, obwohl sie begrifflich nicht allein unter „Nichtwohngebäude“ fallen. Dazu gehören vielmehr auch „Anstaltsgebäude“ (z. B. Krankenhäuser), „Gewerbliche Betriebsgebäude“ (z. B. Fabriken, Hallen), „Schulgebäude“ und „Landwirtschaftliche Betriebsgebäude“.

Die nachstehende Tabelle 2 mag eine Vorstellung davon geben, wie sich die neugebauten Nichtwohngebäude auf die vorstehend genannten Arten verteilen.

Tabelle 2

Nichtwohnbau in Hamburg 1950 bis 1969 (periodenweise) nach Arten der Nichtwohngebäude

Arten der Nichtwohngebäude	Perioden	Gebäude		Umbauter Raum	
		Anzahl	%	1 000 cbm	%
	1	2	3	4	5
Anstaltsgebäude	1950/1954	167	2,6	459	4,0
	1955/1959	149	2,1	846	5,1
	1960/1964	204	2,8	1 147	5,5
	1965/1969	181	3,4	1 462	6,0
Bürogebäude ..	1950/1954 ¹⁾
	1955/1959	397	5,5	2 601	15,5
	1960/1964	430	6,0	3 063	14,7
	1965/1969	326	6,1	2 783	11,4
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	1950/1954	620	9,4	257	2,2
	1955/1959	804	11,1	526	3,1
	1960/1964	1 163	16,2	1 182	5,7
	1965/1969	1 318	24,8	2 591	10,6
Gewerbliche Betriebsgebäude	1950/1954	4 503	68,5	8 266	72,3
	1955/1959 ¹⁾
	1960/1964 ¹⁾
	1965/1969	2 095	39,4	13 943	57,2
Schulgebäude	1950/1954 ¹⁾
	1955/1959 ¹⁾
	1960/1964 ¹⁾
	1965/1969	354	6,7	1 239	5,1
Sonstige Nichtwohngebäude	1950/1954	1 284	19,5	2 458	21,5
	1955/1959	5 880	81,3	12 811	76,3
	1960/1964	5 402	75,0	15 422	74,1
	1965/1969	1 038	19,6	2 372	9,7
Nichtwohngebäude ²⁾ insgesamt ...	1950/1954	6 574	100,0	11 440	100,0
	1955/1959	7 230	100,0	16 784	100,0
	1960/1964	7 199	100,0	20 814	100,0
	1965/1969	5 312	100,0	24 390	100,0

¹⁾ Gebäude unter „Sonstige Nichtwohngebäude“ erfaßt. – ²⁾ Ohne Notbau.

Auf den ersten Blick fällt auf, daß die „Gewerblichen Betriebsgebäude“ in den Perioden 1950/54 und 1965/69 sowohl der Anzahl als auch dem Volumen nach unter den Arten der Nichtwohngebäude am stärksten vertreten sind. Die „Bürogebäude“ folgen dem Volumen nach an zweiter, der Anzahl nach jedoch erst an dritter Stelle, wenn man von den „Sonstigen Nichtwohngebäuden“ einmal absieht. Letztere setzen sich nämlich in den einzelnen Perioden unterschiedlich zusammen; so sind 1950/54 Büro- und Schulgebäude, 1955/59 und 1960/64 Gewerbliche Betriebs- und Schulgebäude darunter mit nachgewiesen. Vor allem durch die Einbeziehung der „Gewerblichen Betriebsgebäude“ kommt vermutlich der hohe Anteil der „Sonstigen Nichtwohngebäude“ an der Bezugsgröße „Sämtliche Nichtwohngebäude“ (jeweils zumindest etwa 75 % der Anzahl der Gebäude und des umbauten Raums) in den beiden mittleren Perioden zustande. Die vergleichende Betrachtung der „Sonstigen Nichtwohngebäude“ ist somit für diese Perioden problematisch, obgleich man wohl annehmen darf, daß deren Anteile in der Periode 1965/69 (fast 20 % der Anzahl der Gebäude und knapp 10 % des umbauten Raums) der Größenordnung nach auch für die ersten drei Perioden stehen könnten, wenn man davon ausgeht, daß die in dieser Periode gewählte Gliederung der Art der Nichtwohngebäude den tatsächlichen Verhältnissen in allen Perioden nahekommt. Erstaunlich in einer Großstadt wie Hamburg ist die Entwicklung der Anteile der „Landwirtschaftlichen Betriebsgebäude“, die von Periode zu Periode gestiegen sind; besonders die Anteile in der letzten Periode 1965/69 sind beachtlich. Doch muß man dabei im Auge behalten, daß die Vier- und Marschlande sowie das Alte Land Obst- und Gartenbaugebiete sind, deren Erzeugnisse – besonders des Unterglasanbaus – in der BRD eine recht starke Marktposition haben. Deshalb spricht viel für die Annahme, daß die Erzeuger beträchtliche Kapitalien in „Landwirtschaftliche Betriebsgebäude“ – vor allem Gewächshäuser – investiert haben. Diese Investitionen sind allem Anschein nach z. T. aus dem Bundes- und dem Landeshaushalt geflossen, in denen beträchtliche Mittel aus dem Steuerertrag zur Förderung der Agrarwirtschaft – früher unter der Bezeichnung „Grüner Plan“ bekannt – bereitgestellt sind.

Vom umbauten Raum aus gesehen, rangieren die „Anstaltsgebäude“ in den ersten beiden Perioden (1950/54: 4 %, 1955/59: gut 5 %) jedoch noch vor den „Landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden“.

Die Tabelle macht auch anschaulich, mit welchem starkem Gewicht die Büro- und Gewerblichen Betriebsgebäude als zusammengefaßte Einheit unter den Nichtwohngebäuden vertreten sind, selbst wenn man einschränkend berücksichtigen muß, daß aus methodischen Gründen nur die Periode 1965/69 eine gesicherte Aussage hierüber zuläßt. Soweit in den Perioden „Bürogebäude“ und „Gewerbliche Betriebsgebäude“ nachgewiesen sind, deuten sie als einzelne Art der Nichtwohngebäude jedoch darauf hin, wie sehr sie zusammengefaßt unter den Arten vorherrschen. Jedenfalls haben sie der Anzahl nach 1965/69 einen Anteil von 45,5 %, dem umbauten Raum nach sogar einen solchen von 68,6 % zu verzeichnen; sie sind somit eindeutig die wichtigste Gruppe.

2.3 Der Nichtwohnbau nach der Art der Bauherren

Unternehmen und freie Berufe unter den Bauherren stark dominierend

Inwieweit die Bauherren als Initiatoren auf die Bautätigkeit einwirken, soll Tabelle 3 näher klären. Über die Periode 1950/54 kann jedoch nichts ausgesagt werden, weil die Ergebnisse nicht nach der Art der Bauherren aufbereitet sind.

Tabelle 3
Nichtwohnbau in Hamburg 1955 bis 1969 (periodenweise) nach Arten der Bauherren

Arten der Bauherren	Perioden	Gebäude ¹⁾		Umbauter Raum	
		Anzahl	%	1 000 cbm	%
	1	2	3	4	5
Unternehmen u. freie Berufe	1955/1959	4 808	66,5	11 991	71,5
	1960/1964	5 323	73,9	14 788	71,1
	1965/1969	4 348	81,8	19 355	79,3
Öffentliche Bauherren ²⁾	1955/1959	765	10,6	3 966	23,6
	1960/1964	850	11,8	5 607	26,9
	1965/1969	833	15,7	4 895	20,1
Private Haushalte	1955/1959	1 657	22,9	827	4,9
	1960/1964	1 026	14,3	419	2,0
	1965/1969	131	2,5	140	0,6
Bauherren insgesamt	1955/1959	7 230	100,0	16 784	100,0
	1960/1964	7 199	100,0	20 814	100,0
	1965/1969	5 312	100,0	24 390	100,0

¹⁾ Ohne Notbau. – ²⁾ Gemeinden, andere Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Auffallend ist, welche unterschiedliche Rolle die „Privaten Haushalte“ zumindest in den ersten beiden Perioden gespielt haben. Stellt man auf die Anzahl der Gebäude ab, so übertrifft diese Gruppe die „Öffentlichen Bauherren“ z. T. beträchtlich; richtet man sich nach dem Volumen, so ist sie unter den Bauherren dagegen nahezu bedeutungslos. Die weitaus dominierende Gruppe bilden die „Unternehmen und freien Berufe“. Auf sie entfallen – der Anzahl und dem Volumen der Gebäude nach – meist über 70 % und in der letzten Periode 1965/69 sogar 80 %. Die „Öffentlichen Bauherren“ sind immerhin noch mit über 20 % am Volumen beteiligt, und zwar in allen Perioden. Der Einfluß dieser Bauherrengruppe auf den Nichtwohnbau ist demnach recht beachtlich.

2.4 Der Nichtwohnbau in regionaler Sicht

Wirtschafts- und Kommunalbau besonders auf den Bezirk Hamburg-Mitte und seine Stadtteile konzentriert

Nach der Gesamtdarstellung des Nichtwohnbaus in Hamburg sollen die Tabellen 4a, 4b und 5 sowie das Schaubild aufzeigen, wie sich das Baugeschehen regional verteilt hat.

Betrachtet man den Rohzugang an Nichtwohngebäuden in den Bezirken zunächst von der Anzahl her, so kann man erkennen, daß es drei Schwerpunkte gibt:

Tabelle 4a

Rohzugang an Nichtwohngebäuden in Hamburg 1950 bis 1969 (periodenweise) nach Anzahl und Bezirken

Perioden	Nichtwohngebäude ¹⁾ Anzahl	davon in den Bezirken													
		Hamburg-Mitte		Altona		Eimsbüttel		Hamburg-Nord		Wandsbek		Bergedorf		Harburg	
		Anzahl	in % von Spalte 1	Anzahl	in % von Spalte 1	Anzahl	in % von Spalte 1	Anzahl	in % von Spalte 1	Anzahl	in % von Spalte 1	Anzahl	in % von Spalte 1	Anzahl	in % von Spalte 1
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1950/1954 ..	7 543	1 776	23,6	1 014	13,4	904	12,0	799	10,6	1 157	15,3	504	6,7	1 389	18,4
1955/1959 ..	7 274	1 874	25,8	774	10,6	728	10,0	729	10,0	1 053	14,5	946	13,0	1 170	16,1
1960/1964 ..	7 199	1 540	21,4	726	10,1	802	11,1	611	8,5	1 133	15,7	1 251	17,4	1 136	15,8
1965/1969 ..	5 312	922	17,3	593	11,1	508	9,6	430	8,1	774	14,6	1 380	26,0	705	13,3

¹⁾ Von 1950 bis 1955 einschl. Notbau.

Tabelle 4b

Rohzugang an Nichtwohngebäuden in Hamburg 1955 bis 1969 (periodenweise) nach umbautem Raum und Bezirken

Perioden	umbauter Raum 1 000 cbm	davon in den Bezirken													
		Hamburg-Mitte		Altona		Eimsbüttel		Hamburg-Nord		Wandsbek		Bergedorf		Harburg	
		1 000 cbm	in % von Spalte 1	1 000 cbm	in % von Spalte 1	1 000 cbm	in % von Spalte 1	1 000 cbm	in % von Spalte 1	1 000 cbm	in % von Spalte 1	1 000 cbm	in % von Spalte 1	1 000 cbm	in % von Spalte 1
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1955/1959 ¹⁾	17 168	8 512	49,6	1 299	7,6	1 198	7,0	1 701	9,9	1 365	7,9	840	4,9	2 253	13,1
1960/1964 ..	20 814	8 269	39,7	1 846	8,9	1 924	9,2	2 510	12,1	2 221	10,7	1 453	7,0	2 591	12,4
1965/1969 ..	24 390	7 573	31,1	2 762	11,3	2 368	9,7	2 797	11,5	2 828	11,6	3 104	12,7	2 958	12,1

¹⁾ bis 1955 einschl. Notbau.

Hamburg-Mitte, Harburg und Wandsbek, die in dieser Reihenfolge durchweg in allen Perioden die ersten drei Ränge besetzt haben. Nur 1965/69 hat er in Bergedorf denjenigen in den drei vorgenannten Bezirken übertroffen. Dennoch hat vergleichsweise in Hamburg-Mitte das Bauergebnis mit meist mehr als 20 % dasjenige in den beiden anderen Schwerpunktbezirken klar überragt. Dagegen bewegen sich die entsprechenden Anteile in Harburg zwischen 13 und 18 %, in Wandsbek um 15 %. Auf die Bezirke Altona, Eimsbüttel und Hamburg-Nord sind jeweils lediglich 9 bis 11 % der Baufertigstellung gekommen. Während in sechs Bezirken von Periode zu Periode die Tendenz einer Verringerung des Rohzugangs an Nichtwohngebäuden festzustellen ist, hat sich dieser in Bergedorf von 7 über 13 und 17 auf 26 % laufend erhöht.

Geht man vom umbauten Raum als Maßstab für die Beurteilung der Bauleistung aus, so wandelt sich das auf der Grundlage der Anzahl der Nichtwohngebäude gewonnene Bild nicht wesentlich. Zwar schlägt das Übergewicht des Bauvolumens in Hamburg-Mitte mit einem Anteil zwischen 31 und 50 % noch mehr durch; doch nimmt es in Harburg mit über 12 % durchweg die zweite Stelle ein. Das auf Wandsbek entfallende Volumen liegt jedoch etwas unter demjenigen in Hamburg-Nord. In Altona und Eimsbüttel hat das Bauergebnis – mit jeweils 9 % im Mittel – etwa die gleiche Größe gehabt. Auch unter dem Blickwinkel des umbauten Raums tritt klar hervor, daß die Bauleistung in Bergedorf in der letzten Periode mit fast 13 % (vorher um 7 und 5 %) erheblich aufgeholt und diejenige in Harburg sogar leicht übertroffen hat.

Diese Feststellung ist um so bedeutsamer, als 1965/69 zugleich die größte Bauleistung aller Perioden erzielt ist.

Die bevorzugte Stellung des Wirtschafts- und Kommunalbaus in Hamburg-Mitte erklärt sich daraus, daß hier die city-nahen Dienstleistungsbetriebe ihren Standort haben und sich hier seit langem das wirtschaftliche Zentrum herausgebildet hat.

In Harburg, dem wirtschaftlichen Mittelpunkt südlich der Elbe, haben sich vor allem Industrie und hafennahe Betriebe angesiedelt, worauf der steigende Bedarf an gewerblichen und sonstigen Nichtwohngebäuden zurückzuführen ist. Die Bezirke Wandsbek und Bergedorf stehen infolge des durch die große Bautätigkeit hervorgerufenen Bevölkerungszuwachses und der verstärkten wirtschaftlichen Aktivitäten unter dem Zwang der Folgemaßnahmen; gilt es doch hier, die Bevölkerung mit allen notwendigen Einrichtungen der Infrastruktur ausreichend zu versorgen, die zwangsläufig immer einen hohen Aufwand an Bauinvestitionen erfordern.

Die Beantwortung der Frage, wo sich innerhalb der einzelnen Bezirke der Nichtwohnbau besonders konzentriert und wie er sich regional verteilt, ist von besonderem Interesse. Die regionale Verteilung sollen Tabelle 5 und das Schaubild verdeutlichen. Die Höhe der im Schaubild und in Tabelle 5 ausgewiesenen Anteile des Bauvolumens in den Stadtteilen läßt Schlüsse auch auf ihre absolute Größe zu, weil jene sich auf den in jeder Periode in Hamburg insgesamt gebauten Rauminhalt (=100) beziehen;

Tabelle 5

**Rohzugang an Nichtwohngebäuden ¹⁾ in Hamburg
1955 bis 1969 (periodenweise) nach umbautem Raum
und ausgewählten Stadtteilen**

Bezirke Stadtteile	1955—1959		1960—1964		1965—1969	
	Umbauter Raum		Umbauter Raum		Umbauter Raum	
	1 000 cbm	%	1 000 cbm	%	1 000 cbm	%
	1	2	3	4	5	6
Hamburg-Mitte ..	8 512	49,5	8 269	39,7	7 573	31,1
davon						
Hbg.-Altstadt ..	1 395	8,1	1 109	5,3	1 253	5,1
Neustadt	556	3,2	804	3,9	355	1,5
St. Georg	818	4,8	315	1,5	321	1,3
Klostertor ...	180	1,0	1 137	5,5	161	0,7
Hammerbrook	475	2,8	634	3,0	470	1,9
Billbrook	378	2,2	707	3,4	971	4,0
Kl. Grasbrook	648	3,8	395	1,9	781	3,2
Steinwerder ..	1 173	6,8	689	3,3	241	1,0
Übrige Stadtteile ..	2 889	16,8	2 479	11,9	3 020	12,4
Altona	1 299	7,6	1 846	8,9	2 762	11,3
davon						
Altona-Altstadt	138	0,8	456	2,2	444	1,8
Altona-Nord ..	248	1,5	173	0,8	359	1,5
Bahrenfeld ..	342	2,0	503	2,4	617	2,5
Übrige Stadtteile ..	571	3,3	714	3,5	1 342	5,5
Eimsbüttel	1 198	7,0	1 924	9,2	2 368	9,7
davon						
Eimsbüttel ..	162	0,9	265	1,3	174	0,7
Rotherbaum ..	227	1,3	289	1,4	320	1,3
Lokstedt	266	1,6	397	1,9	543	2,2
Eidelstedt ...	147	0,9	217	1,0	347	1,4
Stellingen ...	138	0,8	277	1,3	654	2,7
Übrige Stadtteile ..	258	1,5	479	2,3	330	1,4
Hamburg-Nord ..	1 701	9,9	2 510	12,0	2 797	11,5
davon						
Eppendorf ..	148	0,9	250	1,2	381	1,6
Barmbek-Süd	416	2,4	404	1,9	260	1,1
Barmbek-Nord	277	1,6	296	1,4	167	0,7
Fuhlsbüttel ..	108	0,6	507	2,4	134	0,6
Langenhorn ..	126	0,7	305	1,5	279	1,1
Übrige Stadtteile ..	626	3,7	748	3,6	1 576	6,5
Wandsbek	1 365	8,0	2 221	10,7	2 828	11,6
davon						
Eilbek	219	1,3	167	0,8	26	0,1
Wandsbek	478	2,8	465	2,3	578	2,4
Bramfeld ...	111	0,7	599	2,9	817	3,3
Rahlstedt ...	75	0,4	340	1,6	434	1,8
Übrige Stadtteile ..	482	2,8	650	3,1	973	4,0
Bergedorf	840	4,9	1 453	7,0	3 104	12,7
davon						
Lohbrügge ..	137	0,8	225	1,1	267	1,1
Bergedorf ...	226	1,3	183	0,9	454	1,9
Neuengamme	102	0,6	199	1,0	503	2,0
Kirchwerder ..	129	0,8	298	1,4	667	2,7
Übrige Stadtteile ..	246	1,4	548	2,6	1 213	5,0
Harburg	2 253	13,1	2 591	12,5	2 958	12,1
davon						
Harburg	459	2,7	561	2,7	403	1,6
Heimfeld	445	2,6	239	1,2	314	1,3
Wilhelmsburg	923	5,4	1 094	5,3	1 335	5,5
Übrige Stadtteile ..	426	2,4	697	3,3	906	3,7
Hamburg	17 168	100,0	20 814	100,0	24 390	100,0

¹⁾ Von 1950 bis 1955 einschl. Notbau.

sie sind somit zugleich Maßstab für den Rang, den diese Gebietseinheiten untereinander in den einzelnen Perioden einnehmen. Sieht man einmal von der Position „Übrige Stadtteile“ ab, in der jeweils die restlichen Stadtteile eines Bezirks zusammengefaßt sind, die ein geringeres Bauvolumen aufweisen, so kann man feststellen, daß ein regionaler Anteil von 3 % am gesamten hamburgischen Bauvolumen je Periode eine Größenordnung ist, welche die Stadtteile in ihrer Beteiligung am Wirtschafts- und Kommunalbau nach oben oder unten scheidet.

Vor allem in Hamburg-Altstadt läßt sich eine Massierung des Nichtwohnbaus lokalisieren. So hat das Bauvolumen in diesem Stadtteil denn auch mit 8 % in der Periode 1955/59 den höchsten Anteil überhaupt erreicht; aber auch in den beiden folgenden Perioden mit jeweils über 5 % ist es hier kaum schwächer, obwohl sich in der letzten Periode Wilhelmsburg mit einem höheren Volumen heraushebt. Dieser Stadtteil hat in allen drei Perioden gleichbleibend hohe Anteile gehalten, die nur unwesentlich voneinander differieren — 5,4 zu 5,3 zu 5,5 % —; seine ausgeprägt industrielle Orientierung macht sich hieran bemerkbar. Der Stadtteil St. Georg ist nur in der ersten Periode 1955/59 mit einem Volumen von fast 5 % stärker in Erscheinung getreten. Neustadt ist lediglich 1955/59 und 1960/64 mit über 3 bis fast 4 % am Volumen beteiligt. Die Eigentümer der in diesen beiden Stadtteilen liegenden Grundstücke haben hier vor allem in den 50er Jahren den Wiederaufbau der zerstörten Nichtwohngebäude vorangetrieben; das gilt selbstverständlich ebenso für Hamburg-Altstadt. Mit 5,5 % ragt das Volumen im Stadtteil Klostertor nur einmal, dann allerdings mit dem Höchstanteil der Periode 1960/64, aus dem Durchschnitt heraus; dies hängt sicherlich damit zusammen, daß in diesem Zeitraum der Bau des Großmarktes für Obst und Gemüse beendet wurde (Markthallen). In Hammerbrook hat sich das Bauvolumen mit knapp 3 % zunächst gerade an der Grenzlinie bewegt, ist in der letzten Periode jedoch auf unter 2 % abgesunken. Billbrook ist der typische Stadtteil, dessen Anteil stark nach oben tendiert — von 2,2 über 3,4 auf fast 4 % —; dies nimmt nicht wunder, weil er zu den Stadtteilen zählt, in denen Industrie und Gewerbe einen bevorzugten Platz gefunden haben. Auch die Bauleistung im Stadtteil Kl. Grasbrook ist in zwei Perioden mit über 3 % beachtenswert; 1960/64 ist allerdings ein Rückgang auf fast die Hälfte eingetreten.

Steinwerder ist ein Stadtteil, in dem das Bauvolumen stark sinkender Tendenz unterliegt. Hier hat es sich von fast 7 % in der ersten Periode über reichlich 3 auf knapp 1 % vermindert. Das mag auf der Konsolidierung des Auf- und Ausbaus der dort zusammengeballten Werftindustrie beruhen. Außer auf die behandelten Stadtteile Hamburg-Altstadt, Kl. Grasbrook, Steinwerder und Klostertor dehnt sich das Gebiet des Hamburger Hafens im wesentlichen noch auf Abschnitte der Stadtteile Waltersdorf, Veddel, Finkenwerder, St. Pauli und Rothenburgsort aus, die jedoch in die Sammelposition „Übrige Stadtteile“ des Bezirks Hamburg-Mitte eingegangen sind. Auf diese Position entfällt in allen Perioden eine hohe Rate — 1955/59: 16,8 %, 1960/64: 11,9 %, 1965/69: 12,4 % —. Deren Höhe wird mit Sicherheit zu einem er-

Rohzugang an Nichtwohngebäuden ¹⁾
in Hamburg 1955 bis 1969 (periodenweise)
nach umbautem Raum und ausgewählten
Stadtteilen in %



1) bis 1955 einschl. Notbau

heblichen Teil von den intensiven Auf- und Ausbaumaßnahmen im Hafen bestimmt (Lagerschuppen, Betriebsgebäude aller Art). Im Bezirk Altona tritt nur Bahrenfeld mit einem Anteil zwischen 2 und 2,5 % hervor. Im Bezirk Eimsbüttel haben erstmals 1965/69 die Stadtteile Lokstedt mit 2,2 % und Stellingen mit 2,7 % im Nichtwohnbau Bedeutung gewonnen. Ebenfalls nur zwei Stadtteile, nämlich Barmbek-Süd und Fuhlsbüttel, haben sich im Bezirk Hamburg-Nord jeweils einmal etwas herausgehoben: der erste in 1955/59, der zweite in 1960/64, beide jeweils mit 2,4 %. In Fuhlsbüttel hat sich zweifellos der Ausbau des Flughafens auf die Höhe dieses Anteils ausgewirkt. Der Anstieg des Volumens in den „Übrigen Stadtteilen“ des Bezirks Hamburg-Nord auf 6,5 % in der Periode 1965/69 nach vorher nur 3,6 % beruht vor allem darauf, daß in dieser Zeit der Aufbau der „Geschäftsstadt Nord“ – auch City Nord genannt – begonnen hat, die zum Stadtteil Winterhude gehört. Der Stadtteil Wandsbek ist mit einem Anteil von eben unter oder über 2,5 % vergleichsweise in allen Perioden noch erwähnenswert. Im benachbarten Bramfeld dagegen ist eine beachtliche Steigerung des Volumens von 0,7 über 2,9 auf 3,4 % zu verzeichnen. Dies erklärt sich daraus, daß Bramfeld zu den Stadtteilen

zählt, die sich auch wirtschaftlich und kommunal mehr und mehr entwickelt haben. Unter den Stadtteilen des Bezirks Bergedorf ist lediglich Kirchwerder 1965/69 mit 2,7 % einmal ins Blickfeld geraten; dies mag außer mit dem Bau von Gewächshäusern damit zu begründen sein, daß hier eine große Brot- und Backwarenfabrik, deren Markt sich über Hamburgs Grenzen hinaus erstreckt, ihren Betrieb erheblich ausgeweitet hat. Außer dem bereits gewürdigten Wilhelmsburg verdient im siebten Bezirk noch der Stadtteil Harburg Beachtung, in dem sich das in den ersten beiden Perioden mit jeweils 2,7 % ermittelte Bauvolumen fast dem Schwellenwert von 3 % genähert hat; dies ist in Heimfeld mit 2,6 % nur 1955/59 der Fall. Der Wirtschafts- und Kommunalbau spielt in den reinen Wohnstadtteilen am Rande der City verständlicherweise eine geringe Rolle; als Beispiel dafür mag Eilbek stehen.

Dieser Abschnitt hat eindrucksvoll gezeigt, daß die Schwerpunkte des Nichtwohnbaus vor allem in den Stadtteilen des Bezirks Hamburg-Mitte zu finden sind, was durchaus einleuchtet, weil er das beherrschende Geschäfts- und Verwaltungszentrum Hamburgs ist.

3. Zusammenfassung

An den großen wirtschaftlichen Leistungen nach den Zerstörungen des zweiten Weltkriegs hat der Bau-sektor entscheidenden Anteil. Das gilt für den Hochbau und seine beiden Hauptrichtungen Wohn- und Nicht-wohnbau ebenso wie für den Tiefbau. Trotz weitgehend abgeschlossenem Wiederaufbau und wachsender Konsolidierung der Verhältnisse hat der Nichtwohnbau in Hamburg keineswegs an Gewicht verloren; seine Bedeutung nimmt im Gegenteil ständig weiter zu. Dies erklärt sich daraus, daß er in enger Verflechtung mit der Existenzgrundlage Hamburgs und seiner 1,8 Mio. Bewohner steht; müssen im weitesten Sinne doch alle Voraussetzungen dafür erhalten, geschaffen oder gar weiterentwickelt werden, wenn die Lebensfähigkeit der Stadt auf hohem Niveau gesichert werden soll. Im Hinblick auf den Eintritt der Bauwirtschaft in die Phase der Industrialisierung infolge technischer Fortschritte und der Automation ist es durchaus vertretbar, nun von einer gewissen Zäsur in der Bauproduktion zu sprechen. Eine rück-schauende Aufnahme und Betrachtung der in den letzten 20 Jahren vollbrachten Bauleistung im Spiegel der Statistik ist daher nützlich.

Im Beobachtungszeitraum hat die

Bauleistung im Nichtwohnbau stetig zugenommen — 1955/59: 17,2 Mio cbm, 1960/64: 20,8 Mio cbm, 1965/69: 24,4 Mio cbm —. Darin drückt sich der erhöhte Bedarf an gewerblich und kommunal genutztem Raum aus. Dabei ist besonders beachtenswert, daß die Zunahme des Bauvolumens mit einer Abnahme der Zahl der Nichtwohngebäude einhergeht — in den vier Perioden von 7 500 über 7 300 und 7 200 auf 5 300 Einheiten —. Das bedeutet, daß im Laufe der Zeit diese Gebäude ständig größer geworden sind. Im Aufsatz sind dafür ein-drucksvolle Beispiele genannt.

Unter den Nichtwohngebäuden sind die Büro- und Gewerblichen Betriebsgebäude mit einem starken Gewicht vertreten. Sie haben in der Periode 1965/69 der Anzahl nach einen Anteil von fast 46 %, dem Volumen nach sogar einen solchen von beinahe 69 % zu verzeichnen; sie sind somit eindeutig die wichtigste Gruppe.

Unter den Bauherren sind die „Unternehmen und freien Berufe“ dominierend. Auf sie entfällt ein Anteil am Bauvolumen von meist über 70 %. Der entsprechende Anteil der „Öffentlichen Bauherren“ ist mit

über 20 % in allen Perioden noch beachtlich.

In der regionalen Analyse zeichnen sich deutlich drei Schwerpunkte ab: Hamburg-Mitte, Harburg und Wandsbek, die in dieser Reihenfolge durchweg in allen Perioden überragen. Dabei ist in Hamburg-Mitte der Anteil von 31 bis 50 % am gesamten hamburgischen Bauvolumen je Periode erheblich höher als der in den beiden anderen Bezirken. Auf Bergedorf entfällt im Nichtwohnbau der letzten 5 Jahre ein vergleichsweise beträchtlicher Zugang.

Unter den Stadtteilen, die am Gesamtvolumen des Wirtschafts- und Kommunalbaus in regionaler Sicht mit verhältnismäßig hohen Raten von etwa drei oder mehr Prozent beteiligt sind, ragen heraus: Hamburg-Altstadt, Wilhelmsburg, Neustadt, Hammerbrook, Billbrook, Kl. Grasbrook, Steinwerder, Bahrenfeld, Stellingen, Wandsbek, Bramfeld und Harburg. Für ihre über-durchschnittliche Beteiligung spielen industrielle, verkehrliche, wirtschaftliche und kommunale Standortgründe die wesentliche Rolle.

Otto Rieck

Anhangtabelle 1

Nichtwohnbau in Hamburg 1950 bis 1969
nach Anzahl und Volumen der Nichtwohngebäude

Jahre	Nichtwohngebäude ¹⁾		
	Anzahl		umbauter Raum
	absolut	%	1 000 cbm
	1	2	3
1950	2 065	7,6	. ²⁾
1951	1 686	6,2	. ²⁾
1952	1 346	4,9	. ²⁾
1953	1 288	4,7	2 675
1954	1 158	4,2	2 390
1955	1 214	4,4	2 885
1956	1 474	5,4	3 733
1957	1 515	5,5	3 561
1958	1 457	5,3	3 324
1959	1 614	5,9	3 665
1960	1 481	5,4	4 382
1961	1 407	5,1	3 518
1962	1 387	5,1	5 291
1963	1 485	5,4	3 925
1964	1 439	5,3	3 698
1965	1 029	3,8	4 059
1966	1 144	4,2	5 051
1967	1 109	4,1	5 538
1968	1 029	3,8	4 940
1969	1 001	3,7	4 802
1950/1969 ³⁾ ...	27 328	100	67 437

¹⁾ Von 1950 bis 1955 einschl. Notbau. — ²⁾ Für die Jahre 1950 bis 1952 liegen keine Angaben vor. — ³⁾ Für die Jahre 1950 bis 1952 liegen für den umbauten Raum keine Angaben vor.

Anhangtabelle 2

Rohzugang an Nichtwohngebäuden in Hamburg 1950 bis 1969 nach Anzahl und Bezirken

Jahre	Nichtwohngebäude ¹⁾ Anzahl	davon in den Bezirken													
		Hamburg-Mitte		Altona		Eimsbüttel		Hamburg-Nord		Wandsbek		Bergedorf		Harburg	
		Anzahl	in % von Spalte 1	Anzahl	in % von Spalte 1	Anzahl	in % von Spalte 1	Anzahl	in % von Spalte 1	Anzahl	in % von Spalte 1	Anzahl	in % von Spalte 1	Anzahl	in % von Spalte 1
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1950	2 065	414	20,1	290	14,0	251	12,2	201	9,7	355	17,2	91	4,4	463	22,4
1951	1 686	415	24,6	202	12,0	205	12,1	195	11,6	286	17,0	118	7,0	265	15,7
1952	1 346	319	23,7	162	12,0	162	12,0	153	11,4	204	15,2	87	6,5	259	19,2
1953	1 288	328	25,5	208	16,2	143	11,1	132	10,2	173	13,4	85	6,6	219	17,0
1954	1 158	300	25,9	152	13,1	143	12,4	118	10,2	139	12,0	123	10,6	183	15,8
1955	1 214	299	24,6	142	11,7	103	8,5	122	10,0	162	13,4	165	13,6	221	18,2
1956	1 474	401	27,2	139	9,4	154	10,5	145	9,8	247	16,8	159	10,8	229	15,5
1957	1 515	438	28,9	172	11,4	153	10,1	174	11,5	208	13,7	162	10,7	208	13,7
1958	1 457	338	23,2	147	10,1	174	11,9	135	9,3	230	15,8	201	13,8	232	15,9
1959	1 614	398	24,7	174	10,8	144	8,9	153	9,5	206	12,8	259	16,0	280	17,3
1960	1 481	354	23,9	144	9,7	166	11,2	155	10,5	187	12,6	194	13,1	281	19,0
1961	1 407	340	24,2	124	8,8	136	9,7	140	9,9	237	16,8	204	14,5	226	16,1
1962	1 387	275	19,8	177	12,8	156	11,3	121	8,7	223	16,1	246	17,7	189	13,6
1963	1 485	282	19,0	136	9,2	201	13,5	107	7,2	265	17,8	306	20,6	188	12,7
1964	1 439	289	20,1	145	10,1	143	9,9	88	6,1	221	15,4	301	20,9	252	17,5
1965	1 029	183	17,8	131	12,7	118	11,5	75	7,3	174	16,9	200	19,4	148	14,4
1966	1 144	212	18,5	121	10,6	116	10,1	96	8,4	187	16,4	278	24,3	134	11,7
1967	1 109	220	19,8	121	10,9	100	9,0	97	8,7	146	13,2	260	23,5	165	14,9
1968	1 029	152	14,8	102	9,9	97	9,4	78	7,6	126	12,2	328	31,9	146	14,2
1969	1 001	155	15,5	118	11,8	77	7,7	84	8,4	141	14,1	314	31,3	112	11,2

¹⁾ Von 1950 bis 1955 einschl. Notbau.

Anhangtabelle 3

Rohzugang an Nichtwohngebäuden¹⁾ in Hamburg 1953 bis 1969 nach umbautem Raum und Bezirken

Jahre ²⁾	umbauter Raum 1 000 cbm	davon in den Bezirken													
		Hamburg-Mitte		Altona		Eimsbüttel		Hamburg-Nord		Wandsbek		Bergedorf		Harburg	
		1 000 cbm	in % von Spalte 1	1 000 cbm	in % von Spalte 1	1 000 cbm	in % von Spalte 1	1 000 cbm	in % von Spalte 1	1 000 cbm	in % von Spalte 1	1 000 cbm	in % von Spalte 1	1 000 cbm	in % von Spalte 1
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1953	2 675	1 401	52,4	265	9,9	327	12,2	212	7,9	146	5,5	124	4,6	200	7,5
1954	2 390	1 087	45,5	216	9,1	227	9,5	400	16,7	163	6,8	120	5,0	177	7,4
1955	2 885	1 391	48,2	266	9,2	195	6,7	316	11,0	159	5,5	135	4,7	423	14,7
1956	3 733	2 126	57,0	216	5,8	199	5,3	312	8,4	334	8,9	93	2,5	453	12,1
1957	3 561	1 607	45,1	199	5,6	391	11,0	365	10,2	351	9,9	123	3,5	525	14,7
1958	3 324	1 602	48,2	224	6,7	194	5,8	424	12,8	229	6,9	223	6,7	428	12,9
1959	3 665	1 786	48,7	394	10,8	219	6,0	284	7,7	292	8,0	266	7,2	424	11,6
1960	4 382	1 438	32,8	318	7,3	536	12,2	721	16,5	387	8,8	189	4,3	793	18,1
1961	3 518	1 532	43,6	289	8,2	184	5,2	454	12,9	406	11,5	218	6,2	435	12,4
1962	5 291	2 445	46,2	510	9,6	385	7,3	473	8,9	484	9,2	374	7,1	620	11,7
1963	3 925	1 395	35,6	397	10,1	539	13,7	489	12,5	487	12,4	300	7,6	318	8,1
1964	3 698	1 459	39,5	332	9,0	280	7,6	373	10,1	457	12,3	372	10,0	425	11,5
1965	4 059	1 416	34,9	554	13,6	516	12,7	386	9,5	401	9,9	376	9,3	410	10,1
1966	5 051	2 042	40,4	585	11,6	431	8,5	438	8,7	735	14,6	454	9,0	366	7,2
1967	5 538	1 752	31,6	590	10,8	576	10,4	655	11,8	675	12,2	683	12,3	607	10,9
1968	4 940	1 052	21,3	396	8,0	416	8,4	689	14,0	593	12,0	849	17,2	945	19,1
1969	4 802	1 311	27,3	637	13,3	429	8,9	629	13,1	424	8,8	742	15,5	630	13,1

¹⁾ bis 1955 einschl. Notbau. — ²⁾ Für die Jahre 1950 bis 1952 liegen keine Angaben vor.

Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte in Hamburg 1968 bis 1970

Im Rahmen der Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte¹⁾ schreiben in der Bundesrepublik Deutschland bis zu 1 000 Haushalte²⁾ täglich ihre Einnahmen und Ausgaben in Haushaltsbüchern an. Von dieser ohnehin beschränkten Anzahl entfallen naturgemäß auf ein relativ kleines Bundesland wie Hamburg nur wenige Haushalte, die an den laufenden Wirtschaftsrechnungen beteiligt sind; im einzelnen waren es 1968: 44, 1969: 43 und 1970: 38 Haushalte, die jeweils durchgehend über den Zeitraum von einem ganzen Kalenderjahr Haushaltsbücher in Hamburg geführt haben. Die eben genannten Zahlen buchführender Haushalte verteilen sich außerdem noch auf 3 Haushaltstypen, die nach sozialer Stellung, Größe und Bruttoeinkommen verhältnismäßig eng abgegrenzt sind. Diese Aufteilung ist notwendig, um Unterlagen vor allem für die Aufstellung und Beobachtung der „Warenkörbe“ der unterschiedlichen Preisindices für die Lebenshaltung zu gewinnen.³⁾ Die Aufteilung der Haushalte in Hamburg auf die 3 Haushaltstypen und deren Abgrenzung geht aus der Tabelle 1 hervor.

Die Zahl der Haushalte vom Typ-1 – Renten- und Sozialhilfeempfänger –, von denen in den Jahren 1968 bis 1970 in Hamburg Jahresrechnungen vorliegen, ist so gering, daß diese Haushalte aus den folgenden Betrachtungen ausscheiden müssen.

Aber auch die Zahl der Haushalte der anderen beiden Typen ist natürlich nicht so groß, daß von einem repräsentativen Querschnitt gesprochen werden könnte. Wegen der beschränkten Anzahl der erfaßten Haushalte muß man somit die in diesem Beitrag dargestellten Ergebnisse mit aller Vorsicht interpretieren und darf sie vor allem nicht verallgemeinern. Sie geben aber trotzdem einen aufschlußreichen Überblick über Höhe, Struktur und insbesondere die Veränderungen von Einnahmen und Ausgaben in den ausgewählten privaten hamburgischen Haushalten für die Jahre 1968 bis 1970.

Zuerst sollen die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltstyps 2 (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen) und anschließend des Haushaltstyps 3 (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit höherem Einkommen) betrachtet und dann, soweit möglich, einige Vergleiche zwischen diesen beiden Haushaltstypen gezogen werden.

¹⁾ Gesetz vom 11. Januar 1961, BGBl. I, S. 18.
²⁾ Diese Zahl ist im Gesetz als Höchstzahl festgelegt.
³⁾ Das Statistische Bundesamt berechnet z. Z. folgende 5 Preisindices für die Lebenshaltung: 1) für Renten- und Sozialhilfeempfänger, 2) für Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen, 3) für Arbeitnehmer mit höherem Einkommen, 4) für die einfache Lebenshaltung eines Kindes und 5) für alle privaten Haushalte.

Tabelle 1
Haushaltstypen, Einkommensgrenzen und Zahl buchführender Haushalte in Hamburg 1968 bis 1970

Lfd. Nr.	Haushaltstypen	1968			1969			1970		
		Anzahl der Haushalte	Haushaltsbruttoeinkommen	darunter Bruttoeinkommen des Haushaltsvorstandes	Anzahl der Haushalte	Haushaltsbruttoeinkommen	darunter Bruttoeinkommen des Haushaltsvorstandes	Anzahl der Haushalte	Haushaltsbruttoeinkommen	darunter Bruttoeinkommen des Haushaltsvorstandes
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
1	2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	5	unter 500		5	unter 550		2	unter 600	
2	4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte (Ehepaare mit 2 Kindern, davon mindestens eines unter 15 Jahren) mit mittlerem Einkommen. Der alleinverdienende Haushaltsvorstand soll Arbeiter oder Angestellter sein	13	800—1 200		14	850—1 300		13	950—1 450	
3	4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte (Ehepaare mit 2 Kindern) mit höherem Einkommen. Der Haushaltsvorstand soll Angestellter oder Beamter sein	26	1 800—2 200	1 600	24	1 850—2 300	1 700	23	1 950—2 600	1 900

1. Haushaltstyp 2:

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen

Deutlich zunehmender Anteil der Ersparnisse

Vergleicht man die Aufteilung der ausgabenfähigen Einkommen bzw. Einnahmen der Haushalte des Typs 2 auf die Ausgaben für den Privaten Verbrauch, auf die übrigen Ausgaben und auf die Ersparnisbildung (Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten) in den Jahren 1968 bis 1970, so zeigt sich deutlich eine Zunahme des Anteils der Ersparnisbildung von 2,5% über 3,8% auf 6,2% bei den erfaßten Haushalten. Die Anteile, die auf den Privaten Verbrauch entfielen, gingen in der gleichen Zeit von

91,4% über 90,2% auf 88,8% zurück. Die absoluten Beträge, die im Monat für den Privaten Verbrauch aufgewendet wurden, sind – trotz Rückganges des Anteils – von DM 970,32 (1968) auf DM 1 179,20 (1970) um etwa DM 200,— gestiegen; das war nur möglich, weil sich die ausgabenfähigen Einkommen bzw. Einnahmen in diesem Zeitraum um einen noch größeren Betrag – nämlich um etwa DM 265,— je Monat – erhöht haben (Tabelle 2).

Werden die gesamten Bruttoeinkommen und -einnahmen der buchführenden Haushalte vom Typ 2 gleich 100 gesetzt (Pos. 11), so zeigen die in Tabelle 2 aufgeführten Daten deutlich, daß die Anteile des Nettoeinkommens (Pos. 14) daran ständig gesunken sind; und zwar von 1968 bis 1970 von 84,5% über 83,1% auf 81,0%.

Tabelle 2

Die Budgets ausgewählter privater Haushalte in Hamburg 1968 bis 1970 je Haushalt und Monat

Positionen	Einnahme- bzw. Ausgabearten	Haushaltstyp 2 ¹⁾						Haushaltstyp 3 ²⁾					
		1968		1969		1970		1968		1969		1970	
		DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	Einkommen aus unselbständiger Arbeit (brutto)	1 146,13	92,1	1 251,82	90,4	1 371,61	89,2	2 108,07	95,9	2 251,54	92,5	2 530,06	92,4
2	dar. des Haushaltsvorstandes ³⁾	1 138,76	91,5	1 241,44	89,6	1 350,18	87,8	2 103,13	95,7	2 236,26	91,9	2 487,70	90,8
3	Einkommen aus unternehmerischer (freiberuflicher) Tätigkeit (brutto) ..	26,90	2,2	49,30	3,6	58,76	3,8	23,30	1,1	41,94	1,7	66,21	2,4
4	Einkommen (Einnahmen) aus Vermögen (brutto) ..	— 7,63	— 0,7	— 0,97	— 0,1	1,15	0,0	— 9,11	— 0,4	21,60	0,9	23,55	0,9
5	Empfangene Einkommensübertragungen (brutto) ..	79,61	6,4	85,15	6,1	107,29	7,0	75,30	3,4	119,06	4,9	118,49	4,3
6	Laufende Einnahmen aus Übertragungen	27,91	2,2	17,41	1,3	31,86	2,1	9,31	0,4	17,56	0,7	21,05	0,8
7	dar. vom Staat	27,91	2,2	17,41	1,3	31,74	2,1	9,31	0,4	17,56	0,7	21,05	0,8
8	Einmalige (unregelmäßige) Einkommensübertragungen ⁴⁾	51,70	4,2	67,74	4,9	75,43	4,9	65,99	3,0	101,40	4,2	97,44	3,6
9	dar.: vom Staat	32,11	2,6	33,52	2,4	29,70	1,9	30,82	1,4	52,16	2,1	60,44	2,2
10	von privaten Haushalten	13,01	1,0	33,58	2,4	37,87	2,5	17,96	0,9	17,41	0,7	25,01	0,9
11	Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Vermögen und empfangenen Einkommensübertragungen (brutto) zusammen	1 245,01	100	1 385,30	100	1 537,66	100	2 197,56	100	2 434,14	100	2 738,41	100
12	abzüglich: Einkommen- und Vermögensteuern	80,57	6,5	98,41	7,1	135,47	8,8	250,66	11,4	285,04	11,7	361,57	13,2
13	Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	111,80	9,0	135,84	9,8	157,09	10,2	74,46	3,4	65,91	2,7	70,23	2,6
14	Nettoeinkommen	1 052,64	84,5	1 151,05	83,1	1 245,10	81,0	1 872,44	85,2	2 083,19	85,6	2 306,61	84,2
15	Sonstige Einnahmen ⁵⁾	8,62	0,7	14,06	1,0	42,39	2,8	40,84	1,9	172,46	7,1	227,39	8,3
16	dar. Einnahmen aus Vermögensübertragungen ⁶⁾	—	—	—	—	39,75	2,5	29,04	1,3	17,64	0,7	186,37	6,8
17	Ausgabenfähige Einkommen bzw. Einnahmen insgesamt ⁷⁾	1 061,26	85,2	1 165,11	84,1	1 327,24	86,3	1 913,28	87,1	2 255,29	92,7	2 534,—	92,5
18	Ausgaben für den Privaten Verbrauch	970,32	77,9	1 050,66	75,8	1 179,20	76,7	1 680,28	76,5	1 898,07	78,0	1 919,34	70,1
19	Übrige Ausgaben ⁸⁾	64,71	5,2	70,50	5,1	66,27	4,3	160,06	7,3	170,42	7,0	201,93	7,4
20	Veränderungen der Vermögens- und Finanzkonten ⁹⁾	+ 26,23	2,1	+ 43,95	3,2	+ 81,77	5,3	+ 72,94	3,3	+ 186,80	7,7	+ 412,73	15,1

¹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. — ²⁾ 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen. — ³⁾ Einschl. nebenberufl. Tätigkeit — ⁴⁾ Einmalige (unregelmäßige) Übertragungen von unter 1 000 DM je Einzelfall. — ⁵⁾ Einnahmen (brutto) aus Untervermietung, aus dem Verkauf gebrauchter Waren und Nettoeinnahmen aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke, empfangene Vermögensübertragungen (brutto), Einnahmen, die anderen Positionen nicht zuzuordnen sind. ⁶⁾ Einmalige (unregelmäßige) Übertragungen von 1 000 DM und mehr je Einzelfall. — ⁷⁾ Ohne Einnahmen aus Auflösung und Umwandlung von Vermögen und Kreditaufnahme. — ⁸⁾ Zinsen auf Konsumentenkredite, geleistete Einkommensübertragungen (ohne Einkommen- und Vermögensteuern und ohne Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung), geleistete Vermögensübertragungen, Ausgaben, die anderen Positionen nicht zuzuordnen sind. — ⁹⁾ Jedoch ohne Wertveränderungen vorhandenen Geld- und Sachvermögens. Vermögensbildung einschl. Entschuldung (+), Vermögensauflösung einschl. Kreditaufnahme (—).

Die Ursachen hierfür waren sowohl relativ steigende Steuern – vor allem wohl eine Folge der Steuerprogression – als auch relativ steigende Pflichtversicherungsbeiträge zur Sozialversicherung, wobei erstere zwar verhältnismäßig mehr gestiegen sind, die Sozialversicherungsbeiträge aber absolut in allen Jahren über den gezahlten Steuern lagen und 1970 etwas mehr als ein Zehntel des Bruttoeinkommens ausmachten.

Von allen Bruttoeinkommen und Einnahmen des Haushaltstyps 2 entfiel naturgemäß – da es sich um Arbeitnehmerhaushalte handelt – der weitaus überwiegende Teil von etwa 90 % auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit und hier wiederum, bis auf wenige DM, auf das Einkommen des Haushaltsvorstandes. Im Monat betrug das Einkommen aus unselbständiger Arbeit im Durchschnitt im Jahre 1968 DM 1 146,-, 1969 DM 1 252,- und 1970 DM 1 372,- (Tabelle 2, Pos. 1). Dabei spielten die Einkommen aus unternehmerischer oder freiberuflicher Tätigkeit (Pos. 3) nur eine geringe Rolle; ihr Anteil erhöhte sich allerdings von 1968 bis 1970 von 2,2 % über 3,6 % auf 3,8 %. Etwas höher waren dagegen die empfangenen Einkommensübertragungen (Pos. 5), die zwischen 6 % und 7 % des gesamten Bruttoeinkommens lagen und an denen die einmaligen, unregelmäßigen Einkommensübertragungen von unter DM 1 000,- im Einzelfall den größten Anteil stellten (Pos. 8). Hierzu gehören z. B. einmalige Zahlungen der Kranken- und Sozialversicherung, Steuerrückstellungen der Kranken-, einmalige Zahlungen von privaten Kranken-, Unfall- und Schadensversicherungen.

Ausgaben für Nahrungsmittel rund 30 % der Verbrauchsausgaben

Die Struktur der Ausgaben für den Privaten Verbrauch der buchführenden Haushalte geht aus der Tabelle 3 hervor.

Die absoluten DM-Beträge, die für den Privaten Verbrauch aufgewendet wurden, sind die gleichen, die schon in der Tabelle 2 aufgeführt sind; sie lagen beim Haushaltstyp 2 im betrachteten Zeitraum etwa zwischen DM 970,- und 1 180,-. Hiervon entfiel der überwiegende Anteil von rd. 30 % auf den Kauf von Nahrungsmitteln, die somit das Haushaltsbudget 1968 mit rd. DM 290,-, 1969 mit rd. DM 329,- und 1970 mit etwas mehr als 340,- im Monat belasteten. Jeweils etwa die Hälfte dieser Beträge wurde für den Kauf von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs ausgegeben.

Der zweitgrößte Posten unter den Ausgaben waren in allen betrachteten Jahren die Wohnungsmieten, für die etwa 15 % bis 16 % der gesamten Ausgaben für den Privaten Verbrauch aufgewendet wurden. Obwohl die absoluten Beträge – wie zu erwarten – von Jahr zu Jahr gestiegen sind, zeigt sich von 1969 auf 1970 ein nur verhältnismäßig geringer Anstieg von etwa DM 10,- im Monat und ein unerwarteter Rückgang im prozentualen Anteil an den Gesamtausgaben von 0,9 Punkten. Das läßt darauf schließen, daß die Ausgaben der ausgewählten Haushalte in dieser Position die wirkliche Entwicklung nicht voll repräsentieren können; trotzdem dürften die absoluten und

Tabelle 3

Ausgaben für den Privaten Verbrauch ausgewählter privater Haushalte in Hamburg 1968 bis 1970 nach Verwendungszwecken je Haushalt und Monat

Verwendungszweck	Haushaltstyp 2 ¹⁾						Haushaltstyp 3 ²⁾					
	1968		1969		1970		1968		1969		1970	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Nahrungsmittel ³⁾	290,94	30,0	329,59	31,4	342,30	29,0	409,06	24,3	420,76	22,2	444,28	23,2
darunter												
Tierischen Ursprungs ...	143,22	14,8	158,56	15,1	164,31	13,9	185,18	11,0	185,53	9,8	191,27	10,0
Pflanzlichen Ursprungs ..	110,22	11,4	124,24	11,8	124,32	10,5	150,23	8,9	155,52	8,2	155,75	8,1
Genußmittel ⁴⁾	47,51	4,9	49,77	4,7	51,17	4,3	76,64	4,6	78,32	4,1	75,11	3,9
Bekleidung, Schuhe	84,85	8,7	82,30	7,8	119,05	10,1	174,64	10,4	205,80	10,8	225,72	11,8
Wohnungsmieten ⁵⁾	146,52	15,1	170,12	16,2	180,48	15,3	192,85	11,5	214,04	11,3	211,38	11,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.	46,37	4,8	56,16	5,3	62,94	5,3	67,99	4,0	70,39	3,7	74,28	3,9
Übrige Güter für die Haushaltsführung ⁶⁾	106,67	11,0	104,39	10,0	83,29	7,1	130,41	7,8	183,65	9,7	202,20	10,5
Güter für												
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	110,05	11,4	107,89	10,3	155,40	13,2	237,24	14,1	310,43	16,4	291,55	15,2
Körper- und Gesundheitspflege ⁷⁾	32,21	3,3	29,19	2,8	30,80	2,6	128,99	7,7	121,39	6,4	107,76	5,6
Bildung u. Unterhaltung ⁸⁾	72,00	7,4	73,81	7,0	86,08	7,3	149,19	8,9	154,12	8,1	176,43	9,2
Persönliche Ausstattung; Sonstige Güter ⁹⁾	33,20	3,4	47,44	4,5	67,69	5,8	113,27	6,7	139,18	7,3	110,63	5,7
Ausgaben für den Privaten Verbrauch insgesamt	970,32	100	1 050,66	100	1 179,20	100	1 680,28	100	1 898,03	100	1 919,34	100

¹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. – ²⁾ 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen. – ³⁾ Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten. – ⁴⁾ Soweit nicht im Gaststättenverzehr enthalten. – ⁵⁾ Einschl. Mietwert für Eigentümerwohnungen, Untermieten u. ä., Pachten für Gärten. – ⁶⁾ Soweit nicht in sonstigen Verwendungszwecken enthalten. – ⁷⁾ Soweit nicht in den Verwendungszwecken Wohnungsmieten u. ä., Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä. sowie übrige Güter für die Haushaltsführung enthalten. – ⁸⁾ Soweit nicht in den Verwendungszwecken Nahrungs- und Genußmittel, Güter für Verkehr, Nachrichtenübermittlung sowie in sonstigen Verwendungszwecken enthalten. – ⁹⁾ Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.

prozentualen Werte in ihren Größenordnungen der Wirklichkeit weitgehend entsprechen.

Ein weiterer Ausgabeposten, der in allen betrachteten Jahren über 10 % lag, waren die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, zu denen die Aufwendungen für eigene Kraftfahrzeuge und -räder, für fremde Verkehrsleistungen und für Post- und Fernsprechgebühren gehören. Die absoluten Beträge, die hierfür von den erfaßten Haushalten ausgegeben wurden, lagen etwa zwischen DM 110,— und DM 155,— im Monat und der Anteil betrug 10 % bis 13 % an den Gesamtausgaben; gegenüber den beiden Vorjahren war der Anteil 1970 um 2 bzw. 3 Punkte gestiegen.

Die Aufwendungen für Genußmittel haben sich in den Jahren von 1968 bis 1970 nur unwesentlich verändert; der Betrag lag immer um DM 50,— im Monat und der Anteil an den Gesamtausgaben ging von Jahr zu Jahr zurück.

Unter allen Verwendungszwecken gab es nur zwei Positionen, deren absolute Beträge 1970 geringer waren als 1968 und deren Anteile ständig zurückgegangen sind. Hierbei handelt es sich einmal um eine „Sammelposition“, nämlich die „Übrigen Güter (Waren und Dienstleistungen) für die Haushaltsführung“, in der überwiegend Möbel, Hausrat und Ausstattungsgegenstände enthalten sind. Die Ausgaben hierfür können natürlich, da es sich z. T. um Anschaffungen handelt, die nur in größeren zeitlichen Abständen vorkommen, monatlich bzw. jährlich sehr stark schwanken und sind daher bei der geringen Zahl buchführender Haushalte zufallsbedingt und nicht sehr aussagefähig. Bei der anderen Position handelt es sich um Güter für die Körper- und Gesundheitspflege; die Schwankungen der absoluten Beträge waren in den betrachteten Jahren nicht sehr erheblich, doch ging der Anteil an den Gesamtausgaben von Jahr zu Jahr deutlich zurück.

Besonders stark erhöht — sowohl in den absoluten Beträgen als auch im prozentualen Anteil an den Gesamtausgaben — hat sich eine andere „Sammelposition“, nämlich „Persönliche Ausstattung; Sonstige Güter“. Hierin sind u. a. die Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes und Pauschalreisen — also Ausgaben für Reisen und Erholung — enthalten und damit dürfte auch die Steigerung dieses Postens im wesentlichen zu erklären sein.

Abschließend kann man feststellen, daß sich die Ausgabenstruktur der Haushalte vom Typ 2 — 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen — in den Jahren von 1968 bis 1970 nicht wesentlich verändert hat. Dafür ist wohl auch der betrachtete Zeitraum zu kurz und waren die Beträge, die für die Grundbedürfnisse — Nahrung, Wohnung (einschließlich Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.) und Bekleidung, Schuhe — aufgewendet wurden, in ihren Anteilen an den Gesamtausgaben relativ konstant und zusammen mit rd. 60 % so hoch, daß größere Variationen in den übrigen Ausgabeposten kaum möglich waren.

2. Haushaltstyp 3:

4-Personenhaushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen

Stark rückläufiger Anteil der Ausgaben für den privaten Verbrauch

Werden die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen der buchführenden Haushalte vom Typ 3, deren absolute Beträge sich im Monatsdurchschnitt 1968 auf DM 1 913,—, 1969 auf DM 2 255,— und 1970 auf DM 2 534,— beliefen, gleich 100 gesetzt, (Tabelle 2, Pos. 17), so zeigen die Anteile, die für den Privaten Verbrauch aufgewendet wurden, mit 87,8 %, 84,2 % und 75,7 % in den drei betrachteten Jahren eine stark rückläufige Tendenz. Trotzdem gaben diese Haushalte für den Privaten Verbrauch im Jahre 1970 etwa DM 240,— mehr im Monat aus als zwei Jahre davor. Da die Anteile der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen, die auf die übrigen Ausgaben entfielen, in allen Jahren rd. 8 % betragen, ist es die Ersparnisbildung (Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten), die überproportional an der Einkommenssteigerung partizipiert hat; und zwar stiegen die absoluten Monatsbeträge von DM 73,— (1968) über DM 187,— (1969) auf DM 413,— (1970) um etwa 465 % und der Anteil der Ersparnisbildung an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen stieg von 3,8 % (1968) über 8,3 % (1969) auf 16,3 % (1970), also auf etwa ein Sechstel! Diese Aussagen gelten natürlich nur für die erfaßten Haushalte und dürfen nicht verallgemeinert werden.

Betrachtet man den in Tabelle 2 für den Haushaltstyp 3 dargestellten Anteil des Nettoeinkommens (Pos. 14) am gesamten — gleich 100 gesetzten — Bruttoeinkommen, so ist festzustellen, daß sich dieser von 1968 auf 1970 nur geringfügig verändert hat. Während sich der Anteil der Steuern (Pos. 12) — erwartungsgemäß infolge der Steuerprogression — von 11,4 % auf 13,2 % erhöht hat, ging der Anteil der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (Pos. 13) von 3,4 % auf 2,6 % im betrachteten Zeitraum zurück; dieser Rückgang dürfte darauf zurückzuführen sein, daß durch steigende Einkommen mehr Haushalte aus der Pflichtversicherungsgrenze herausgewachsen sind.

Vergleicht man die in Tabelle 2 für den Haushaltstyp 3 aufgeführten gesamten Bruttoeinkommen und die Einkommen aus unselbständiger Arbeit des Haushaltsvorstandes allein mit den in Tabelle 1 genannten Einkommensgrenzen dieses Haushaltstyps, so liegen zwar beide über den Einkommensgrenzen, doch ist die Differenz bei den gesamten Bruttoeinkommen nicht sehr erheblich. Die Einkommen des Haushaltsvorstandes allein sind aber um etwa DM 500,— bis DM 600,— je Monat höher, als sie nach den in Tabelle 1 aufgeführten Einkommensgrenzen sein sollten. Der Grund hierfür liegt in den Schwierigkeiten, die sich ergeben, buchführungswillige Haushalte zu finden, die den gewünschten Einkommensgrenzen ziemlich genau entsprechen. Es bleibt, da es sich hier um eine freiwillige Erhebung handelt, den Statistischen Ämtern nichts anderes übrig, als auch Haushalte auszuwählen, die nicht genau in die Einkommensgrenzen hineinpassen. Da aber

für die Auswahl des Haushaltseinkommens wesentlich ist und dieses auch in etwa den Einkommensgrenzen entspricht, ist methodisch gegen die größere Differenz beim Einkommen des Haushaltsvorstandes nichts einzuwenden.

Die sonstigen in der Tabelle 2 für den Haushaltstyp 3 aufgeführten Einnahmearten spielten nur eine untergeordnete Rolle; es sind hier bestimmte Strukturänderungen nicht zu erkennen, so daß sich eine weitere Kommentierung erübrigt.

Wohnungsmieten rund 11 % der Ausgaben

Bei der Betrachtung der Ausgaben für den Privaten Verbrauch der Haushalte des Typs 3 nach Verwendungszwecken (Tabelle 3) in der Entwicklung von 1968 bis 1970 wird deutlich, daß die Zahl der buchführenden Haushalte zu klein und damit nicht repräsentativ für diesen Haushaltstyp in Hamburg sein dürfte. Es ergeben sich nämlich Veränderungen von Jahr zu Jahr, die zu der erwarteten Entwicklung im Widerspruch stehen; so waren z. B. die Ausgaben für Wohnungsmieten 1970 geringer als 1969, was der Mietentwicklung in diesem Zeitraum nicht entspricht. Es muß daher bei dem Haushaltstyp 3 die Betrachtung überwiegend der prozentualen Aufteilung der gesamten Ausgaben auf die einzelnen Verwendungszwecke — die sich auch im betrachteten Zeitraum nicht wesentlich verändert hat — gewidmet werden.

Knapp ein Viertel aller Ausgaben entfiel auf Nahrungsmittel, die damit den größten Ausgabeposten mit Beträgen zwischen DM 409,— und DM 444,— ausmachten. An zweiter Stelle standen dann in allen Jahren mit Anteilen zwischen 14 % und 16 % die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, in denen die Aufwendungen für eigene Kraftfahrzeuge, fremde Verkehrsleistungen und Post- sowie Fernspreckgebühren enthalten sind. Etwa 11 % — das waren absolut rd. DM 200,— — wurden von den Haushalten des Typs 3 für Wohnungsmieten aufgewendet. In den Jahren 1968 und 1969 lagen die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe geringfügig unter den Aufwendungen für Mieten und 1970 etwas darüber. Zwischen rd. 8 % bis 10 % lagen dann in einzelnen Jahren noch die Anteile für die „Sammelposition“ der übrigen Güter für die Haushaltsführung, zu denen u. a. Möbel und Ausstattungsgegenstände gehören und für Bildung und Unterhaltung. Mit rd. 4 % waren die Anteile an den gesamten privaten Ausgaben bei den Genußmitteln und bei Elektrizität, Gas, Brennstoffen u. ä. am geringsten.

3. Vergleich der Einnahme- und Ausgabestrukturen der beiden Haushaltstypen

Höherer Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit beim Haushaltstyp 3

Bei einem Vergleich der Einkommens- bzw. Einnahmearten der beiden Haushaltstypen zeigt es sich, daß — bezogen auf die gesamten Bruttoeinkommen bzw. -einnahmen — das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit für den Haushalt und für den Haushaltsvorstand allein beim Haushaltstyp 3 in allen

betrachteten Jahren immer um einige Punkte über dem des Haushaltstyps 2 lag. Dafür war der Anteil der Einkommen aus unternehmerischer (auch freiberuflicher) Tätigkeit sowie der Einkommensübertragungen — und darunter die laufenden Übertragungen vom Staat — beim Haushaltstyp 2 größer als beim Haushaltstyp 3. Hieraus ergibt sich, daß die Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (Typ 3) in größerem Umfang allein auf die Einkommen aus unselbständiger Arbeit angewiesen waren, während die Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen (Typ 2) daneben noch vergleichsweise stärker unternehmerisch und freiberuflich tätig sind und relativ größere Beträge aus Pensionen und Renten bezogen haben (Tabelle 2).

Höhere relative Belastung des Haushaltstyps 2 mit Sozialabgaben

Auf der anderen Seite war die Belastung der Haushalte vom Typ 2 mit Sozialabgaben — Pflichtbeiträge zur Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung — sowohl absolut als auch relativ erheblich höher als der Haushalte vom Typ 3. Trotz der größeren Steuerbelastung beim Haushaltstyp 3, die durch die Steuerprogression bei den höheren Einkommen zu erklären ist, waren in allen betrachteten Jahren die Anteile von Steuern und Sozialabgaben zusammen am Bruttoeinkommen beim Haushaltstyp 2 nicht unbedeutend höher als beim Haushaltstyp 3. Dabei ist allerdings zu beachten, daß in diesen Positionen beim Typ 2 die (Zwangs-)Beiträge für die Krankenversicherung und die Zukunftssicherung (Renten) enthalten sind, während beim Typ 3 die Aufwendungen für die (freiwillige) Krankenversicherung und sicher auch bei einem Teil der Haushalte für die Zukunftssicherung (Lebensversicherung) zu den „Übrigen Ausgaben“ rechnen, die dann auch beim Haushaltstyp 3 allgemein einen höheren Anteil ausmachen als beim Haushaltstyp 2 (Tabelle 2).

Erheblich höhere Sparraten beim Haushaltstyp 3

Wird die Aufteilung der ausgabefähigen Einkommen bzw. Einnahmen auf die Ausgabearten bei den beiden Haushaltstypen miteinander verglichen, so wird besonders deutlich, daß die Haushalte vom Typ 3 eine Sparrate aufzuweisen hatten, die zunehmend über der der Haushalte vom Typ 2 lag; und zwar nahm der prozentuale Anteil der Ersparnisbildung an den ausgabefähigen Einkommen bzw. Einnahmen bei den erfaßten Haushalten im Durchschnitt folgenden Verlauf:

Jahre	Haushaltstyp	
	2	3
1968	2,5	3,8
1969	3,8	8,3
1970	6,2	16,3

Mit aller Vorsicht kann man diese Zahlen — die sicher nicht zu verallgemeinern sind — wie folgt interpretieren: Die steigenden Einkommen der letzten Jahre haben die Haushalte des Typs 2 und 3 in die Lage versetzt, einen relativ größeren Anteil der

ausgabefähigen Einkommen zu sparen; die Haushalte vom Typ 3, deren Sparrate immer über der des Typs 2 lag, haben aber diese Sparrate mehr gesteigert als die Haushalte vom Typ 2. Der Grund dafür liegt darin, daß die Steigerungsrate der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen von 1968 bis 1970 bei den Haushalten vom Typ 2 etwa ein Viertel und bei den Haushalten vom Typ 3 fast ein-Drittel betrug.

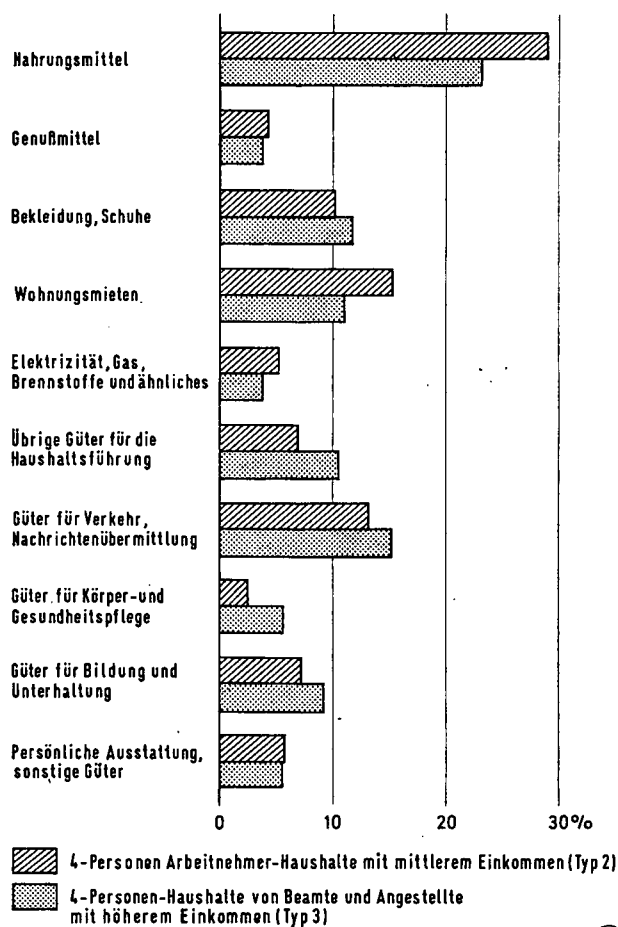
Anteile der Ausgaben für Nahrungsmittel und Wohnungsmieten beim Haushaltstyp 2 deutlich höher

Während von den gesamten Ausgaben für den Privaten Verbrauch beim Haushaltstyp 2 auf Nahrungsmittel rd. 30% und auf die Wohnungsmieten 15% bis 16% – zusammen also etwa 45% – entfielen, lauteten die entsprechenden Anteilssätze beim Haushaltstyp 3 für Nahrungsmittel 22% bis 24% und für Wohnungsmieten rd. 11% – zusammen also etwa 35% – und damit bei beiden Positionen zusammen rd. 10 Punkte weniger als beim Haushaltstyp 2.

Auf der anderen Seite entfielen beim Haushaltstyp 3 deutlich höhere Anteilssätze auf die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe mit 10% bis 12%, Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 14% bis 16%, Körper- und Gesundheitspflege mit 6% bis 8% und Bildung und Unterhaltung mit etwa 9%; zusammen durchschnittlich etwa 42% aller Ausgaben. Die Haushalte vom Typ 2 gaben dagegen etwa folgende Anteile aus: Bekleidung und Schuhe 8% bis 10%, Verkehr und Nachrichtenübermittlung 10% bis 13%, Körper- und Gesundheitspflege 3% und Bildung und Unterhaltung 7%; das waren zusammen etwa 30% aller Ausgaben und damit rd. 12 Punkte weniger als die Haushalte vom Typ 3.

Für das Jahr 1970 sind die Anteile, die von den privaten Ausgaben insgesamt auf die einzelnen Verwendungszwecke entfielen, für die beiden Haushaltstypen im Schaubild gegenübergestellt.

Ausgaben für den Privaten Verbrauch ausgewählter privater Haushalte in Hamburg 1970 nach Verwendungszwecken und Haushaltstypen in % je Haushalt und Monat



Zusammenfassung

Aus den Anschreibungen ausgewählter hamburgischer Haushalte in Haushaltsbüchern für die Jahre 1968 bis 1970 lassen sich interessante Angaben über Höhe, Struktur und Veränderungen von Einnahmen und Ausgaben ermitteln. Wegen der beschränkten Anzahl der erfaßten Haushalte müssen die Ergebnisse allerdings mit aller Vorsicht interpretiert und dürfen nicht verallgemeinert werden.

Beim Haushaltstyp 2, der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit

mittlerem Einkommen umfaßt, läßt sich bei den erfaßten Haushalten von 1968 bis 1970 ein deutlicher Anstieg des Anteils der Ersparnisbildung an den ausgabefähigen Einnahmen von 2,5% auf 6,2% feststellen. Auf der anderen Seite sind durch relativ steigende Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung die Anteile des Nettoeinkommens am Bruttoeinkommen im gleichen Zeitraum von 84,5% auf 81,0% zurückgegangen. Unter den Ausgaben für den Privaten Verbrauch lagen die Nahrungsmittel

mit rd. 30% und die Wohnungsmieten mit etwa 15% an der Spitze. Eine wesentliche Veränderung der Ausgabenstruktur von 1968 bis 1970 ist nicht festzustellen. Beim Haushaltstyp 3, der 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen umfaßt, ist besonders der stark rückläufige Anteil der Ausgaben für den Privaten Verbrauch von 1968 mit 87,8% auf 1970 mit 75,7% der ausgabefähigen Einkommen beachtlich. Andererseits stieg auch bei diesem Haushalts-

typ die Ersparnisbildung erheblich an und erreichte bei den buchführenden Haushalten 1970 etwa ein Sechstel der ausgabefähigen Einkommen. Auf der Ausgaben-seite entfielen etwa ein Viertel aller Ausgaben des Privaten Verbrauchs auf Nahrungsmittel und an zweiter Stelle standen mit etwa 15% bis 16% die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, in denen die Aufwendungen für eigene Kraftfahrzeuge enthalten sind. Die Wohnungsmieten

folgten erst an dritter Stelle mit rd. 11%.

Ein Vergleich der Einnahme- und Ausgabestrukturen der beiden Haushaltstypen zeigt, daß die Haushalte vom Typ 3 in größerem Umfang allein auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit angewiesen waren, während die Haushalte vom Typ 2 daneben noch vergleichsweise stärker freiberuflich und unternehmerisch tätig waren und aus Pensionen und Renten relativ größere Beträge bezogen haben.

Beim Haushaltstyp 3 konnten erheblich höhere Sparraten festgestellt werden und beim Haushaltstyp 2 lagen die Anteile der Ausgaben für Nahrungsmittel und Wohnungsmieten zusammen mit rd. 45% der privaten Ausgaben erheblich über denen des Haushaltstyps 3 mit etwa 35%.

Detlef Schmidt

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1971	Juli 1971	August 1971	August 1970
		1965	1970				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	760,5	756,0	764,6	760,8	762,1
Lufttemperatur	°C	8,6	8,7	15,0	18,6	18,5	18,1
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	72	66	70	70
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	4	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	6	5	6	5
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	991	118	50	57	90
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 488	150	270	215	236
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	102	8	—	—	4
Tage mit Niederschlägen	"	258	253	21	15	20	10
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ^{1a)}							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	260,5	260,2
" Altona	"	264,3	262,0	262,4
" Eimsbüttel	"	264,6	258,9	258,7
" Hamburg-Nord	"	401,3	360,2	359,6
" Wandsbek	"	357,5	370,2	370,9
" Bergedorf	"	82,6	94,6	94,6
" Harburg	"	199,0	207,3	207,4
" Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 813,7	1 813,8
dav. männlich	"	861,9	843,4	844,0
dav. weiblich	"	995,0	970,3	969,8
dar. Ausländer ⁴⁾	"	59,8	86,4	104,6	88,2
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 510	1 166	1 043 r	1 321 r	1 360 p	1 405 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	7,7	9,1
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 533	1 428	1 574 r	1 450 p	1 479 r
dar. unehelich	"	143	117	111 r	116 r	130 p	114 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	10,1	9,6
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,4	7,7	7,7 r	7,4 r	8,9 p	7,6 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 213	2 255 r	2 033 r	1 930 p	2 041 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	33	36 r	30 r	28 p	35
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	14,6	13,2 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	21,2 r	23,8 r	19,8 r	19,3 p	23,2 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+	- 680	- 827 r	- 459 r	- 480 p	- 562 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+	- 4,5	- 3,6 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,8
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 947	6 000 p	6 500 p	...	6 923
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 746	6 800 p	7 000 p	...	5 927
Fortgezogene Personen	"	- 379	+ 202	- 800 p	- 500 p	...	+ 996
über die Landesgrenze Hamburgs	"	- 37	+ 284	+ 759
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 342	- 82	+ 237
dav. männlich	"
dav. weiblich	"
Umgezogene Personen Innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	13 158	12 280 p	12 680 p	13 540 p	12 027
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 631	1 555
dar. angrenzende Kreise ²⁾	"	835	983	931
Niedersachsen	"	1 091	1 095	896
dar. angrenzende Kreise ³⁾	"	272	307	3 680
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 863	1 744
Ausland und Sonstige ⁴⁾	"	1 535	2 358	2 728
b) Fortgezogene nach	"
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 394	2 029
dar. angrenzende Kreise ²⁾	"	1 620	1 721	1 374
Niedersachsen	"	1 268	1 372	1 303
dar. angrenzende Kreise ³⁾	"	525	635	687
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 944	1 583
Ausland und Sonstige ⁴⁾	"	767	1 036	1 012

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁷⁾ nach dem Ereignisort. - ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung. Ausland und unbekannt. - ¹²⁾ Bis zum Vorliegen der endgültigen Bevölkerungszahlen nach dem Stand vom 27. Mai 1970 werden b. a. w. nur noch die Veränderungsvorgänge veröffentlicht.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1971	Juli 1971	August 1971	August 1970
		1965	1970				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾) Pflegetage Bettenausnutzung ²⁾)	Anzahl %	11 749 273 169 81,8	11 221 264 719 82,2	11 302 254 326 78,8	11 302 253 702 77,1	11 302 250 992 77,0	11 236 252 745 78,2
b) Gemeinnützige Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾) Pflegetage Bettenausnutzung ²⁾)	Anzahl %	4 573 123 729 89,1	4 670 125 308 88,1	4 799 123 999 85,8	4 798 124 746 83,7	4 800 124 164 83,4	4 617 120 187 83,6
c) Private Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾) Pflegetage Bettenausnutzung ²⁾)	Anzahl %	745 19 012 81,8	681 17 965 82,6	791 19 642 81,6	791 19 095 76,7	791 18 337 73,7	692 16 625 77,5
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten Bettenbestand ¹⁾) Pflegetage Bettenausnutzung ²⁾)	Anzahl %	885 21 274 81,7	856 20 557 79,7	820 19 818 84,2	820 20 347 83,6	820 20 925 84,1	856 20 650 79,8
b) Tbc-Heilstätten Bettenbestand ¹⁾) Pflegetage Bettenausnutzung ²⁾)	Anzahl %	1 084 25 628 85,0	883 19 232 76,0	761 18 744 89,4	761 19 014 87,7	761 18 580 85,7	813 18 065 83,1
3. Anstalten für Geistes Kranke							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg Bettenbestand ¹⁾) Pflegetage Bettenausnutzung ²⁾)	Anzahl %	1 743 48 245 81,4	1 743 46 126 90,3	1 743 43 913 87,4	1 743 44 387 85,5	1 743 44 856 86,4	1 743 46 542 89,6
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Ham- burg Bettenbestand ¹⁾) Pflegetage Bettenausnutzung ²⁾)	Anzahl %	1 275 38 084 98,2	1 292 38 682 98,0	1 292 37 943 97,9	1 292 39 268 98,0	1 292 39 336 98,2	1 292 39 319 98,2
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs Bettenbestand ¹⁾) Pflegetage Bettenausnutzung ²⁾)	Anzahl %	1 476 43 630 97,1	1 403 42 329 98,1	1 397 41 821 98,4	1 397 42 879 97,6	1 397 42 561 97,1	1 397 43 092 98,4
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen ³⁾)							
Tonrundfunkteilnehmer ⁴⁾) Fernsehrundfunkteilnehmer ⁴⁾)	1 000 -	667,8 455,8	717,9 622,9	686,6 614,9	686,0 614,5	685,5 614,4	717,7 624,6
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände Ausgeliehene Noten	Anzahl -	348 686 3 241	404 866 4 410	429 840 5 165	392 461 4 636	427 075 4 585	367 414 3 449
3. Wissenschaftliche Büchereien ⁴⁾)							
Ausgeliehene Bände Benutzer der Lesesäle	Anzahl -	26 113 10 485	34 543 13 828	36 075 13 601	33 924 12 021	29 751 10 006	30 520 10 880
4. Besucher der Museen und Schausamm- lungen							
	Anzahl	43 961	57 443	55 911	56 386	61 052	63 099
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁵⁾)							
Mitglieder dav. Pflichtmitglieder Rentner Freiwillige Mitglieder Krankenstand der Pflichtmitglieder dav. männlich weiblich	1 000 - - - - - -	677,8 431,4 175,5 70,9 26,7 17,9 8,8	689,5 409,3 228,5 51,7 25,6 17,3 8,3	696,5 413,4 233,0 50,1 18,5 12,7 5,8	697,9 414,9 233,0 50,0 19,4 13,2 6,2	695,2 411,8 233,3 50,1 17,9 12,5 5,4	690,4 409,7 228,6 52,1 18,5 12,7 5,8

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁶⁾ Ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1971	Juli 1971	August 1971	August 1970
		1965	1970				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	2 750	2 509	2 897	3 022	2 308
dav. männlich	"	2 318	1 482	1 305	1 511	1 630	1 288
weiblich	"	1 092	1 268	1 204	1 386	1 392	1 020
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	15	11	19	20	7
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	40	8	11	17	34
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	36	37	46	47	27
Elektriker	"	24	12	12	12	18	7
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	20	37	35	33	15
Tischler, Modellbauer	"	24	18	4	10	10	22
Drucker	"	44	49	25	28	24	40
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	10	13	42	29	5
Ernährungsberufe	"	75	41	79	76	88	33
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	96	104	104	117	63
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	103	53	59	77	119
Warenkaufleute	"	368	411	234	254	284	346
Verkehrsberufe	"	313	162	126	118	205	136
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	574	458	575	535	471
Künstlerische Berufe	"	177	159	197	231	262	155
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	30 510	29 010	28 168	27 187	33 665
dav. männlich	"	13 014	17 678	15 883	15 347	15 004	19 975
weiblich	"	12 813	12 832	13 127	12 821	12 183	13 690
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	6 847	6 205	7 121	6 669	7 015
dav. männlich	"	4 134	5 085	4 470	5 215	4 841	5 273
weiblich	"	1 707	1 762	1 735	1 906	1 828	1 742
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 814	7 109	6 695	6 018	7 940
dav. männlich	"	9 955	7 880	5 793	5 447	4 915	7 059
weiblich	"	572	934	1 316	1 248	1 103	881
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 860	7 976	8 419	8 456	6 942
dav. männlich	"	5 512	3 686	3 717	3 922	4 050	3 360
weiblich	"	2 787	4 174	4 259	4 497	4 406	3 582
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	16 703	33 303	61 219	.	.	.
Weiblich	"	5 157	13 182	16 678	.	.	.
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 810	1 871	1 603	1 289	1 621
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	89,9	92,5	94,0	94,0	90,3
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	12,5	11,6	9,3	10,5
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 076	11 576	11 647	11 833	11 063
dav. lose	"	3 529	2 056	2 461	2 440	2 229	1 990
in Flaschen	"	1 636	1 636	836	744	743	1 558
in verlorenen Packungen	"	6 482	7 080	8 279	8 463	8 360	7 166
mit abweich. Fettgehalt (H-Milch)	"	}	304	84	101	106	—
Ultra-hocherhitzte Milch	"	}	171	417	395	395	349
Mager- und Buttermilch	"	382	442	859	983	768	577
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	10,0	10,3	8,0	9,7	9,5
Kälber	"	2,6	1,9	2,1	2,0	2,6	2,2
Schweine	"	47,0	38,1	46,2	37,2	41,8	37,2
Schafe	"	2,7	1,0	1,1	1,0	1,2	1,4
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,9	8,5	8,0	8,1	8,0
Kälber	"	2,5	1,8	2,0	2,0	2,4	2
Schweine ³⁾	"	49,6	40,0	46,7	38,0	42,0	37,3
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 248	6 820	5 770	6 245	5 773
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 222	2 169	2 019	1 974	1 960
Kälber	"	187	152	175	185	229	194
Schweine	"	4 318	3 828	4 436	3 536	4 000	3 570

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1971	Juli 1971	August 1971	August 1970
		1965	1970				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 496	1 456	1 452	1 443	1 492
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	211	206	206	206	212
• dar. Arbeiter ²⁾	"	152	137	131	130	130	137
• Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	"	24 859	21 756	20 362	19 331	18 331	20 197
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	166	178	187	184	166
• Gehälter (Bruttosumme)	"	75	124	136	143	139	120
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	7	6	6	8
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 498	3 111	2 173	2 725	2 320
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 Kcal/cbm) ⁵⁾	1 000 cbm	18 272	18 272	18 770	15 503	16 524	14 287
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	52	49	45	50
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	144	139	138	136	132
• Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	11	8	7	6	9
• Umsatz ⁶⁾	Mio DM	1 304	1 593	1 686	1 624	1 576	1 336
• dar. Auslandsumsatz ⁷⁾	"	155	243	217	202	202	197
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	128,8	129,8	116,7	108,3	119,0
• Verarbeitende Industrie	"	109,0	126,5	129,5	116,3	107,1	117,6
• Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	137,6	139,0	131,1	115,8	131,5
• Investitionsgüterindustrie	"	110,0	134,9	147,4	118,9	104,7	120,2
• Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,3	112,1	97,2	99,5	105,9
• Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	108,9	107,7	102,7	101,3	102,3
• Bauindustrie	"	103,7	122,5	138,8	124,2	120,3	129,4
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 593	1 686	1 624	1 576	1 336
• dar. Mineralölverarbeitung	"	215	259	279	166	263	251
• Chemische Industrie	"	101	140	167	154	143	126
• Elektroindustrie	"	143	193	204	180	188	159
• Maschinenbau	"	83	122	153	130	119	103
2. Öffentliche Energieversorgung							
• Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	14	14	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	629	492	470	476	525
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	68	55	52	50	46
Vj.-Durchschnitt⁹⁾				4. Vj. 1970	1. Vj. 1971	2. Vj. 1971	2. Vj. 1970
3. Handwerk (Meßziffern)¹⁰⁾							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	85,7	85,4	84,5 r	85,3	86,2
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	150,8	194,1	138,6	163,2	142,6
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	148,9	195,8	134,8	159,4	137,7
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe¹¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	46 651	45 655	45 167	45 219	48 205 r
• dar. Inhaber	"	1 365	1 296	1 206	1 231	1 231	1 300 r
• Angestellte	"	4 684	5 566	5 688	5 658	5 695	5 633 r
• Arbeiter ¹²⁾	"	43 102	39 789	38 761	38 278	38 293	41 272 r
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 254	6 833	6 318	6 293	6 591 r
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 609	1 968	1 722	1 588	1 528 r
• gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	1 660	1 733	1 703	1 648	1 687 r
• öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 985	3 132	2 893	2 751	3 376 r
• Löhne (Bruttosumme) ¹³⁾	Mio DM	46 3	62,8	78,8	75,1	71,7	68,3 r
• Gehälter (Bruttosumme) ¹⁴⁾	"	5,9	10,3	11,3	12,1	11,8	9,7 r
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	173,7	220,0	228,4	266,8	192,9 r
• dav. im Wohnungsbau	"	42,2	41,7	47,8	67,0	46,4	39,3 r
• gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	51,8	81,9	70,6	98,1	61,9 r
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	80,2	90,3	90,7	122,3	91,6 r
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	167	221	136	168	189
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	98	98	103	105	91	94
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	363	652	278	435	463
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,8	125,6	48,6	75,6	64,3
• Wohnfläche	1 000 qm	95	76	138	48	90	98
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	82	41	97	75	80
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	556	511	619	549	457
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	54,0	33,5	101,0	58,2	77,4
• Nutzfläche	1 000 qm	73	96	72	112	93	97
• Wohnungen	"	73	96	72	112	93	97
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 058	2 191	589	1 286	1 334

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungsarbeitsverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. — ¹¹⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1971	Juli 1971	August 1971	August 1970
		1965	1970				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	281	153	194	134	102	262
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	302	414	335	294	502
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	40,6	61,2	51,6	50,9	66,4
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)							
Umbauter Raum	1 000 cbm	82	77	63	55	56	52
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	340	545	466	459	346	355
Wohnungen	Mio DM	31,7	52,3	29,7	63,1	31,8	74,1
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	842	1 167	666	858	1 424
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	153	120	101	232	73
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		187	90	45	78	189	46
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	338	359	128	286	134
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	42,3	45,8	18,1	35,6	16,1
Wohnfläche	1 000 qm	98	70	72	27	60	24
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)							
Umbauter Raum	1 000 cbm	86	74	52	27	52	42
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	338	407	244	141	421	275
Nutzfläche	1 000 qm	31,9	39,9	27,5	14,2	41,0	26,8
Wohnungen	1 000 qm	69	78	56	23	83	52
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 007	1 266	348	813	354
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert	-	968	359	468	18	416	95
5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes) *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 698	13 549	16 600	16 900	17 000	16 800
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	-	7 138	4 857	5 300	5 300	5 700	5 100
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	183	184	184	184	182
Wohnungen	-	638	699	702	702	703	691
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	-	2 322	2 612	2 623	2 624	2 627	2 582
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
* Einzelhandel	1962 = 100	119	178	168	173	159	150
dar. Warenhäuser	-	130	238	241	277	229	207
Facheinzelhandel	-	120	149	147	151	135	130
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	-	162	148
dav. Unternehmen des Außenhandels	-	-	161	145
Unternehmen des Binnengroßhandels	-	-	162	154
3. Handel mit Berlin (West) *)							
* Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 890	147 169	149 291	147 534	147 895	144 183
* Lieferungen Hamburgs	-	140 188	208 092	203 564	216 053	184 083	171 092
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	295	283	335	...	300
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	-	17	26	32	28	...	26
Gewerblichen Wirtschaft	-	195	269	251	307	...	274
dav. Rohstoffe							
Halbwaren	-	2	4	5	3	...	4
Fertigwaren	-	50	62	70	82	...	72
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse	-	143	203	176	222	...	198
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse	-	9	18	19	17	...	17
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern	-	134	185	157	205	...	181
Europa							
dar. EWG-Länder	-	152	209	211	235	...	205
EFTA-Länder	-	65	94	101	90	...	90
	-	67	87	76	101	...	77

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1971	Juli 1971	August 1971	August 1970
		1965	1970				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
• Gastgewerbe	1962 = 100	111	•	•	•	•	141
dav. Beherbergungsgewerbe	•	125	•	•	•	•	169
dav. Gaststättengewerbe	•	108	•	•	•	•	133
6. Fremdenverkehr *)							
• Fremdenmeldungen	1 000	120	125	•••	•••	•••	159 336
dar. von Auslandsgästen	•	42	43	•••	•••	•••	62 920
• Fremdenübernachtungen	•	232	248	•••	•••	•••	307 554
dar. von Auslandsgästen	•	90	83	•••	•••	•••	113 632
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 838	1 573	1 482 p	1 562 p	1 579 p	1 836
Angekommene Schiffe	•	1 739	1 645	1 594 p	1 577 p	1 652 p	1 857
Abgegangene Schiffe	•	•	•	•	•	•	•
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 913	3 801 p	3 836 p	3 448 p	3 765
dav. Empfang	•	2 229	3 006	2 967 p	2 970 p	2 630 p	2 820
dav. Massengut	•	1 834	2 370	2 355 p	2 375 p	2 089 p	2 216
dar. Mineralöle	•	968	1 454	1 471 p	1 555 p	1 148 p	1 382
Kohle	•	192	249	150 p	185 p	133 p	130
Getreide	•	180	168	290 p	71 p	84 p	80
Sack- und Stückgut	•	595	636	612 p	595 p	541 p	604
Versand	•	713	908	834 p	866 p	818 p	945
dav. Massengut	•	292	379	358 p	335 p	380 p	436
Sack- und Stückgut	•	421	528	476 p	531 p	438 p	509
2. Binnenschifffahrt							
• Gütereingang	1 000 t	340	374	460	•••	453	457
• Güterversand	•	309	488	620	•••	342	453
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 678	3 359 p	3 729 p	3 644 p	3 329
Gestartete Flugzeuge	•	2 047	2 685	3 358 p	3 730 p	3 644 p	3 306
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	124,7	162,1 p	165,4 p	171,9 p	153,1
Abgerollte Fluggäste	•	71,0	124,3	155,4 p	173,4 p	170,0 p	151,7
Angekommene Fracht	•	578	1 192	1 233 p	970 p	1 013 p	1 030
Abgegangene Fracht	•	587	1 328	963 p	1 159 p	1 047 p	1 145
Angekommene Post	•	185	274	265 p	305 p	266 p	249
Abgegangene Post	•	229	337	327 p	330 p	313 p	304
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 485	10 667	10 866	10 167	10 088
Hoch- u. Untergrundbahn	•	13 705	15 858	14 803	15 096	14 130	14 108
Straßenbahn	•	9 438	5 276	4 274	4 318	4 009	4 668
Kraftomnibusse der HHA	•	9 695	12 750	12 652	12 805	12 075	11 544
Kraftomnibusse der VHH	•	1 873	2 307	2 242	•••	•••	1 966
Private Kraftomnibusse	•	301	284	303	•••	•••	293
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrerlaubnis *) (Im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen *) 4)	1 000	352,2 310,8	455,2 411,7	475,2 429,2	477,9 431,7	478,1 431,7	451,8 408,7
• b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen *) Lastkraftwagen	Anzahl	5 071 4 632 362	6 250 5 660 493	7 846 7 191 497	6 804 6 271 401	••• ••• •••	3 833 3 375 365
6. Straßenverkehrsunfälle							
• Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	859	1 069	1 162	1 067	1 024 p	1 023
• Getötete Personen	•	26	32	32 r	24	12 p	25
• Verletzte Personen	•	1 106	1 442	1 580 r	1 459 r	1 381 p	1 088

*) ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — *) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — *) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — *) einschließlich Kombinationskraftwagen. — *) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1971	Juli 1971	August 1971	August 1970
		1965	1970				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	25 077,1	27 733,7	28 116,6	28 351,8	25 182,4
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	.	.	7 673,3	8 578,8	8 687,7	8 775,7	7 621,1
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	7 661,3	8 471,1	8 560,8	8 642,5	7 614,4
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	.	.	3 710,3	4 349,1	4 428,1	4 476,4	3 807,3
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	3 347,3	3 882,0	3 953,2	3 996,5	3 414,8
• Langfristige Kredite ²⁾ (von 4 Jahren und darüber)	.	.	13 693,5	14 805,8	15 000,8	15 099,7	13 754,0
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	12 112,6	13 069,4	13 243,2	13 357,0	12 175,2
• dar. Durchlaufende Kredite	.	.	665,4	640,4	641,9	619,4	655,3
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	.	.	16 355,8	18 588,3	18 384,8	18 600,5	16 483,8
• dav. Sicht- und Termingelder	.	.	9 050,0	10 510,5	10 275,9	10 460,8	9 245,5
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen	.	.	7 831,5	9 008,0	8 853,1	8 968,9	7 913,1
• Spareinlagen	.	4 069,9	7 305,8	8 077,8	8 108,9	8 139,7	7 238,3
• dar. bei Sparkassen	.	2 792,9	4 941,6	5 357,7	5 372,1	5 401,1	4 905,9
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	.	244,3	439,1	451,1	610,4	461,3	370,3
• Lastschriften auf Sparkonten	.	203,9	430,1	405,5	583,8	432,0	348,3
• Zinsgutschriften	.	12,9	33,2	1,1	4,5	1,6	1,1
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	19	19	17	13	14
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	875	854	977	916	936
Betrag	1 000 DM	1 314	2 932	2 341	3 558	3 329	2 671
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren/ eidesstattliche Versicherungen³⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	23 373	26 460	25 433	27 021	22 194
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	.	3 058	3 303	3 528	3 384	2 958	2 791
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	.	1 186	1 440	1 726	1 624	1 423	1 621
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	.	353	457	416	463	412	393
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	151	147	147	150	153
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 862	5 126	5 133	5 148	4 952
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	5 015	5 300	5 320	5 336	5 038
Stammkapital	Mio DM	2 962	4 234	4 849	4 839	4 831	4 282
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	.	585 154	800 660	483 805	560 825	516 951
• dav. Steuern vom Einkommen	.	200 385	298 399	515 559	242 925	295 527	247 165
• dav. Lohnsteuer	.	89 007	178 167	212 982	210 587	245 011	209 197
• Veranlagte Einkommensteuer	.	64 393	66 980	181 920	20 668	13 587	6 906
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	.	10 279	14 446	6 830	6 692	32 551	27 129
• Körperschaftsteuer	.	36 706	38 805	113 827	4 978	4 378	3 832
• Steuern vom Umsatz	.	.	286 756	285 101	240 880	265 298	269 786
• dav. Umsatzsteuer	.	82 827	135 525	163 525	125 095	152 839	119 823
• Einfuhrumsatzsteuer	.	.	151 231	121 577	115 785	112 458	149 963
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	602 809	614 820	686 518	645 512	628 343
• dar. Zölle	.	45 078	49 486	49 908	49 587	51 463	47 344
• Verbrauchssteuern	.	358 150	535 718	541 467	620 062	567 372	565 890
• dar. Mineralölsteuer	.	261 342	440 497	465 607	528 357	488 110	474 041
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	40 066	24 146	28 798	69 093	60 319
• dar. Vermögensteuer	.	11 355	16 648	3 428	5 123	48 546	42 843
• Kraftfahrzeugsteuer	.	7 892	10 207	10 645	11 225	10 165	6 841
• Biersteuer	.	2 430	3 057	3 393	3 384	3 559	3 422
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	48 355	59 558	18 966	53 673	144 747	132 883
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	.	34 764	43 302	14 604	13 340	126 840	115 060
• Grundsteuer A	.	73	85	30	27	158	165
• Grundsteuer B	.	5 134	6 939	3 766	12 403	15 319	16 030
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	946 077	1 044 527	960 408	992 664	957 755
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	191 333	315 428	206 589	180 839	211 599
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ⁴⁾	.	122 235	119 351	230 136	105 275	69 634	108 455
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	.	.	21 416	61 146	72 517	10 330	10 718
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	.	.	10 500	—	—	31 782	32 106
Außerdem:
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	.	48 355	38 558	18 966	53 673	81 182	68 670
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	.	.	30 869	55 286	32 376	19 503	30 254
Einnahmen des Landes insgesamt	.	.	260 761	389 681	292 639	281 524	310 524

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag, einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. ⁴⁾ nach Zerlegung der Lohn- und Körperschaftsteuer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1971	Mai 1971	August 1971	August 1970
		1965	1970				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	148,9	158,2	167,2	169,6	151,3
Einfamiliengebäude	"	113,3	148,8	158,0	166,9	169,3	151,0
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	149,1	158,3	167,4	170,0	151,7
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	149,2	158,6	167,7	169,9	151,6
Bürogebäude	"	112,2	149,2	158,3	166,9	168,8	151,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	150,6	160,7	171,0	172,8	153,8
				Januar 1970	April 1971	Juli 1971	Juli 1970
Löhne und Gehälter¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	329	344	356	367	327
weibliche Arbeiter	"	140	202	205	210	227	204
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	7,25	7,70	7,95	8,16	7,27
weibliche Arbeiter	"	3,32	4,89	5,18	5,30	5,53	4,96
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	45,5	44,6	44,8	44,9	45,0
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,4	39,5	39,6	41,0	41,1
Geleistete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	40,7	40,3	39,3	36,5	35,5
weibliche Arbeiter	"	37,2	36,4	35,5	34,4	31,6	30,7
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 555	1 658	1 696	1 741	1 564
weiblich	"	747	1 104	1 189	1 212	1 257	1 113
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	1 661	1 796	1 830	1 879	1 671
weiblich	"	748	1 109	1 200	1 218	1 271	1 127
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 482	1 571	1 606	1 646	1 498
weiblich	"	688	1 020	1 086	1 119	1 157	1 030
In Industrie und Handel²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 501	1 593	1 629	1 670	1 515
weiblich	"	688	1 042	1 112	1 143	1 183	1 051
Technische Angestellte							
männlich	"	1 176	1 660	1 791	1 829	1 879	1 671
weiblich	"	838	1 285	1 351	1 374	1 414	1 296
				Juni 1971	Juli 1971	August 1971	August 1970
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	444	341	462	399	398
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	97	112	94	107
bekämpfte Brände	"	221	337	244	350	305	291
dav. Großbrände	"	9	14	6	12	12	21
Mittelbrände	"	28	44	22	37	28	26
Kleinbrände	"	98	151	120	159	142	147
Entstehungsbrände	"	80	119	93	141	121	95
Schornsteinbrände	"	6	10	3	1	2	2
Hilfeleistungen aller Art	"		739	812	1 001	881	761
Rettungswageneinsätze	"		10 271	10 837	11 052	10 736	9 772
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 653	1 828	1 900	1 714	1 740
Betriebsunfälle	"	544	505	509	518	525	504
Krankenbeförderungen	"		3 660	3 730	3 712	3 560	3 154
Anzahl der beförderten Personen	"		10 086	10 451	10 814	10 200	9 372
Gesamtzahl der Alarmierungen	"		11 454	11 990	12 515	12 016	10 931
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"		87	81	98	98	63
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 164	11 584	13 099	11 013	9 510
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	6	7	7	9	4
Sittlichkeitsdelikte	"	214	213	199	271	217	192
Körperverletzung ³⁾	"	91	130	148	181	136	122
Raub, räuberische Erpressung	"	41	68	72	116	72	85
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	4 431	4 205	4 687	3 750	3 818
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 015	3 529	4 208	3 240	2 553
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 446	7 734	8 895	6 990	6 371
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"						
diebstahl	"	180	287	265	337	278	288
Unterschlagung	"	203	202	167	167	163	172
Begünstigung und Hehlerei	"	85	134	73	111	74	61
Betrug und Untreue	"	722	936	1 042	1 135	1 504	781
Brandstiftung	"	33	38	55	31	37	32
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ⁴⁾	"	778	1 463	1 576	1 371	1 230	1 549
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁵⁾	"	8 929	17 425	21 157	22 125	19 613	16 426
Ordnungswidrigkeiten	"	423	435	403	472	474	451
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁶⁾	"	31 317	26 905	24 488	26 176	23 401	24 010

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsmikrokreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ³⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

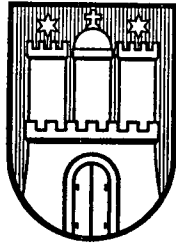
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1971	Juni 1971	Juli 1971	Juli 1970							
		1965	1970											
BEVÖLKERUNG														
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7							
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	9,2							
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	13,4							
Gestorbene	1 Jahr	11,5	10,7							
INDUSTRIE ¹⁾														
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 603	8 627	8 621							
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	1 021	961	1 025							
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	44 072	45 273	45 074							
dar. Auslandsumsatz	.	4 903	8 506	9 008	8 575							
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)	1962=100	118,2	156,6	168,9	147,1	150,7 p	145,7							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	.	119,1	159,9	172,2	149,6	153,6 p	148,3							
Verarbeitende Industrie	.	124,8	178,1	190,2	179,3	180,4 p	178,7							
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	.	117,8	159,4	172,7	143,6	146,8 p	141,2							
Investitionsgüterindustrie	.	115,6	147,2	160,8	129,6	136,1 p	128,1							
Verbrauchsgüterindustrie	.	115,2	138,4	145,9	129,1	138,4 p	129,3							
Nahrungs- und Genußmittelind.	.	118,9	134,9	168,2	157,3	150,4 p	151,2							
Bauindustrie	.													
BAUWIRTSCHAFT														
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 529	1 554	1 589 r							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	252,6	229,0	259,7 r							
Geleistete Arbeitsstunden	Mio DM	3 698,0	55 229	4 651,5	5 053,6 r							
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Anzahl	51 898	50 766	60 559	66 175	66 404	61 434							
Baugenehmigungen für Wohnungen	.	49 326	39 825	22 001	30 046	38 795	26 628							
Baufertigstellungen für Wohnungen	.													
HANDEL														
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	170	182	162	...	173							
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	.		162	158	151							
VERKEHR														
Seeschifffahrt														
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	11 764	12 541							
dav. Empfang	.	6 950	9 378	10 177							
Versand	.	1 885	2 386	2 364							
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	195 562	240 542	239 998	229 517	228 648							
Straßenverkehrsunfälle														
Unfälle mit Personenschaden	.	26 364	31 377	34 395 p	33 458	34 626 p	35 319							
Getötete Personen	.	1 313	1 594	1 538 p	1 473	1 737 p	1 703							
Verletzte Personen	.	36 124	44 188	48 703 p	47 452	49 277 p	50 619							
STEUERN														
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 924	2 958,4	3 065	3 330	3 060							
Veranlagte Einkommensteuer	.	1 233	1 333	196,4	3 728	283	235							
Körperschaftsteuer	.	681	726	44,8	1 552	106	170							
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	.	2 018	3 177	3 458,1	3 408	3 484	3 061							
PREISE														
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	107,5	112,4	112,7	113,0	107,6							
Index der Einfuhrpreise	.	106,3	107,2	108,9	107,8	106,7	106,9							
Index der Ausfuhrpreise	.	104,8	116,6	121,7	121,8	122,1	117,0							
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾	.	114,6	147,4	163,6										
Preisindex für die Lebenshaltung ⁹⁾	.	109,0	123,7	129,9	130,6	131,2	124,1							
Nahrungs- und Genußmittel	.	109,0	117,4	122,7	123,6	124,5	118,4							
Wohnungsmlieten	.	118,5	168,5	177,4	178,3	179,2	168,4							
<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">Juli 1970</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">Oktober 1970</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">April 1971</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">April 1970</td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> </table>										Juli 1970	Oktober 1970	April 1971	April 1970	
		Juli 1970	Oktober 1970	April 1971	April 1970									
LÖHNE IN DER INDUSTRIE														
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	6,49	6,76	7,01	7,10	6,25							
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	45,0	43,7	43,9	45,1							

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ⁸⁾ bereits gekürzt um um durchlaufende Posten. — ⁹⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten).

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1971

November-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Mehr Hamburger im Rentenalter

Der Anteil der Hamburger Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren ist von 1961 bis 1970 von 14% auf 17% gestiegen. Diese bereits seit Jahren bei der „Bevölkerungsfortschreibung“ beobachtete Entwicklung wurde durch die Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970 bestätigt. Besonders stark zeigt sich die Zunahme bei den 65jährigen und älteren Frauen, die 1961 noch 16%, im Jahre 1970 aber 20% der weiblichen Gesamtbevölkerung ausmachten. Gleichzeitig ging der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) von 69% auf 65% zurück. Bei den Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren ist dagegen ein Anstieg von 16% auf 18% der Gesamtbevölkerung eingetreten.

Fast 60% aller Haushalte haben Telefon

Von den über 795 000 Hamburger Haushalten besitzen nach dem Stand der Volkszählung 1970 mehr als 458 000 oder 58% Telefon; in diesen Haushalten leben 63% der Bevölkerung, so daß annähernd zwei von drei Hamburgern in ihrem Haushalt über Telefonanschlüsse verfügen. Die Ausstattung mit Telefonen ist bei den einzelnen Haushaltsgrößen recht unterschiedlich. In den Einpersonenhaushalten steht nur in gut zwei von fünf Fällen ein Telefonapparat, und zwar besitzen lediglich 30% der allein wohnenden Männer, aber 47% der allein wohnenden Frauen Fernsprechananschluß; absolut gesehen bedeutet dies, daß in Hamburg 93 000 Telefonanschlüsse auf die Nachfrage alleinstehender – zumeist älterer – Frauen zurückzuführen sind. Von den Mehrpersonenhaushalten haben 66% Telefon; die höchste Ausstattungsquote erreichen mit über 72% die Vier-Personen-Haushalte.

Transitverkehr des Hamburger Hafens rückläufig

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden im Hamburger Hafen insgesamt 4,8 Mio t Transitgüter umgeschlagen. Das entspricht einem Rückgang von rd. 1,9 Mio t gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß wegen einer Änderung des Zollrechts seit Ende 1970 ein erheblicher Teil der Einfuhren anderer Länder, der aus technischen Gründen kurzfristig zwischengelagert werden mußte, statt bisher als Transit nunmehr als „Einfuhr auf offenes Zollager“ abzufertigen war. Aber selbst bei einer Bereinigung der dadurch entstandenen Vergleichsstörungen verbleibt ein Umschlagsverlust von 1,0 Mio t (– 15%).

Allerdings waren im letzten Jahr die Durchfuhren sowie der Durchgangsverkehr von und zur DDR wegen Kapazitätsengpässen in anderen Häfen besonders stark gestiegen, so daß der rückläufige Transit im wesentlichen als „Normalisierung“ anzusehen ist. Vor allem der Außenhandelsverkehr der DDR über Hamburg hat sich in den ersten neun Monaten 1971 – trotz Einbeziehung der Einfuhren auf offenes Zollager – um rund 0,8 Mio t (– 36%) verringert. Rückläufig waren auch die Durchfuhren von und nach Dänemark (– 16%) sowie der mengenmäßig nicht ganz so bedeutsame Ungarn-Transit (– 28%). Umschlagssteigerungen ergaben sich dagegen im Verkehr mit der Schweiz (+ 10%), mit der CSSR (+ 7%) und mit Österreich (+ 3%).

Preisanstieg für Bauleistungen verlangsamt sich

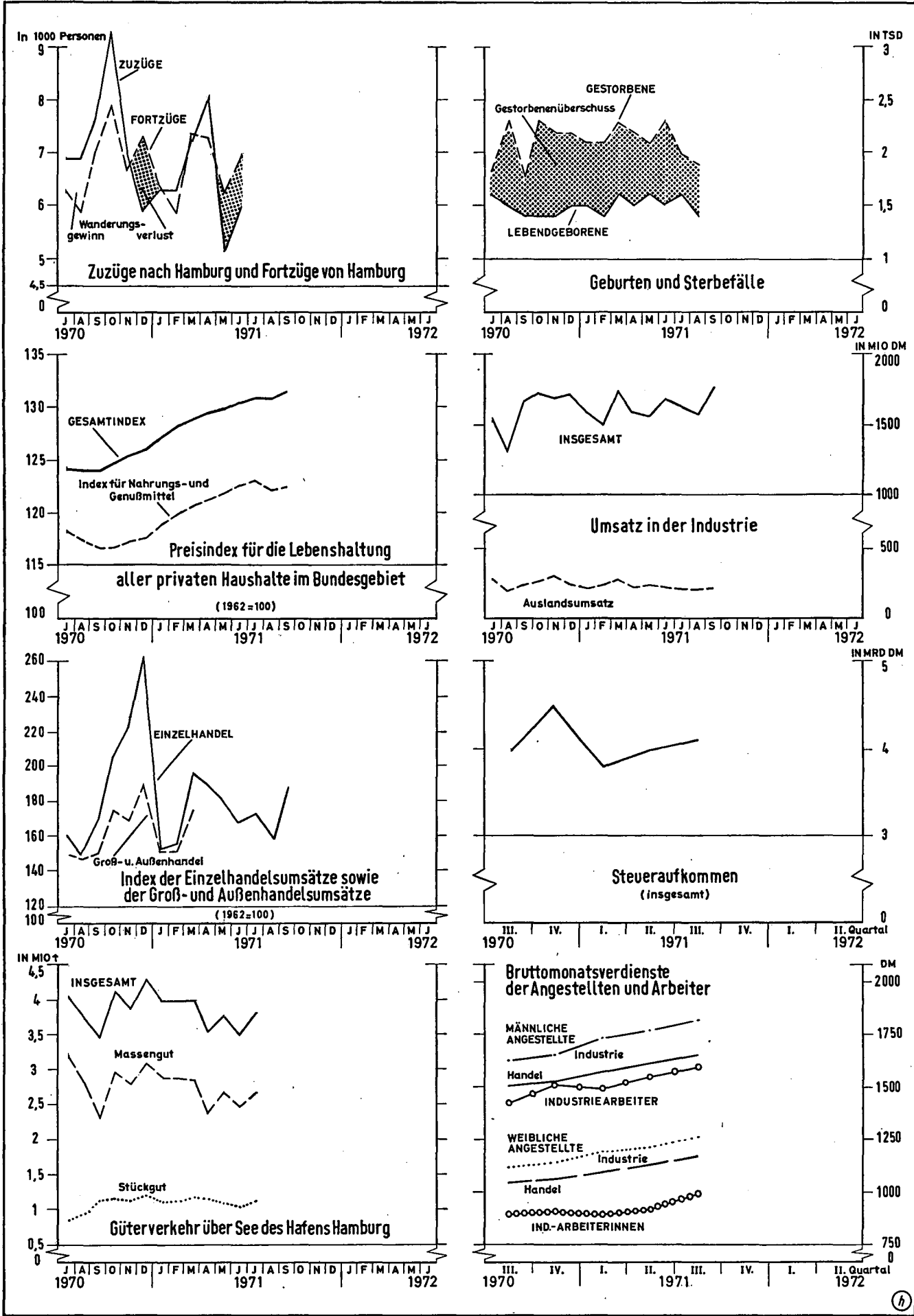
Der Hamburger Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden belief sich im August 1971 auf rd. 170 Punkte (1962 = 100) und lag damit um 12% über dem Stand des entsprechenden Vorjahresmonats. Im August 1970 hatte die Veränderung gegenüber August 1969 noch + 18% betragen.

Ähnlich verlief die Preisentwicklung bei den Bauleistungen für Nichtwohngebäude. Der Index für Bürogebäude, der sich von August 1969 bis August 1970 um 19% erhöht hatte, stieg bis August 1971 „nur noch“ um 12%. Bei den Gewerblichen Betriebsgebäuden betragen die entsprechenden jährlichen Steigerungsraten im August 1970 über 20% und im August 1971 rd. 12%.

Vier Fünftel der Strafgefangenen hatten bereits Vorstrafen

In den hamburgischen Vollzugsanstalten verbüßten am 31. März dieses Jahres 1 730 Männer und 29 Frauen eine Freiheitsstrafe. Bei etwa je einem Drittel der Gefangenen lag die Zeitdauer der Strafe zwischen mehr als einem Jahr bis einschließlich zwei Jahren bzw. mehr als zwei bis einschließlich fünf Jahren. 77 Gefangene waren zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt, für 60 Personen war Sicherungsverwahrung angeordnet. Über 1 400 Gefangene hatten bereits eine oder mehrere Vorstrafen, 161 waren häufiger als zehnmal vorbestraft. Fast 900 Verurteilte verbüßten ihre Strafe wegen Diebstahls oder Unterschlagung und 109 Gefangene wegen vollendeten Mordes. Am gleichen Stichtag befanden sich außerdem 733 Personen in Untersuchungshaft.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Aufgaben und Arbeitsweise der Zentralen Informationsstelle im Statistischen Landesamt

— Ein Zwischenbericht —

1. Informationen, Datenbanken, Informationssysteme

In zahlreichen öffentlichen Verwaltungen, aber auch in der privaten Wirtschaft, nimmt in letzter Zeit die Frage nach einer wirkungsvollen Technik und Organisation der internen Informationsbereitstellung eine besonders hohe Prioritätsstufe ein. Man kann beinahe behaupten, daß es zu einer Mode geworden ist, über Themen wie „Datenbank“ oder „Informationssystem“ zu diskutieren. Dieses Problem ist an sich nicht neu, denn zur Lösung planerischer Aufgaben und zum Treffen politischer Entscheidungen werden seit jeher möglichst vielseitige und genaue Informationen über das zu lenkende Objekt und seine Bestimmungsgrößen benötigt, was bedingt, daß die gewünschten Informationen entsprechend bereitzustellen sind.

Welches sind nun die Gründe für die zunehmende Aktivität auf diesem Gebiet? Im wesentlichen lassen sie sich auf zwei Faktoren, die immer mehr in den Vordergrund drängen, reduzieren.

Zum einen ist es die rasche Entwicklung der dritten Computergeneration gewesen, die uns heute zu den neuen Rechenautomaten mit ihren großen Speicherkapazitäten und vielfältigen Einsatzmöglichkeiten geführt hat und die recht bald auch Überlegungen über neuartige Datensammel- und Datenbereitstellungsmechanismen einleitete.

Zum anderen sind es neue, den immer komplexer werdenden Problemen entsprechende Planungs- und Entscheidungsmethoden, die, wie beispielsweise „Operations Research“, genaue, detaillierte und quantifizierbare Informationen voraussetzen. Sie lösen mehr und mehr das vielfach auf Intuitionen basierende Planungsgeschehen zugunsten nachprüfbar begründeter Modellvorstellungen ab. Genau genommen, hat auch hier der Computer erst den Anstoß zur Anwendung dieser Methoden gegeben, denn ohne ihn wären die oftmals umfangreichen simultanen Gleichungssysteme praktisch gar nicht lösbar. Letztlich handelt es sich also bei der Frage nach einer effizienten Technik und Organisation der Informationsbereitstellung um einen Teil der Aufgabe, die elektronische Datenverarbeitung für Zwecke der Planung und Entscheidung sinnvoll zu nutzen.

Blickt man sich um, um festzustellen, inwieweit die neuen Ideen bereits das Diskutierstadium verlassen haben, so zeigt sich dem Beschauer ein recht uneinheitliches Bild. Von Ausnahmen abgesehen, kann man feststellen, daß Bund und Länder unabhängig

voneinander eigene zentrale, computergestützte Informationsdienste aufbauen, was zur Folge haben wird, daß über kurz oder lang in der Bundesrepublik Datenbanksysteme oder ähnliche Einrichtungen unterschiedlichster Struktur entstehen. Die zur Zeit geringe Koordination zwischen Bund und Ländern einerseits und unter den Ländern andererseits mag man aus mancherlei Gründen bedauern; sie muß wohl aber als ein Faktum hingenommen werden.

Die Aufgabe dieses Beitrages soll es sein, in Form eines Zwischenberichtes über den Stand der Arbeiten im Bereich der zentralen Informationsbereitstellung in der hamburgischen Verwaltung, speziell im Statistischen Landesamt, zu berichten. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, zunächst einige bereits zu Modewörtern gewordene Begriffe zu verdeutlichen, über deren Inhalt aber noch keine allgemeingültige Klarheit besteht.

Unter dem Begriff **Information** werden hier solche Daten oder Datenkombinationen zusammengefaßt, die als Entscheidungshilfen oder zur Lösung planerischer Aufgaben im weitesten Sinne benutzt werden. Daraus folgt, daß beispielsweise statistische Tabellen nicht von vornherein Informationen darstellen, sondern ihr Inhalt erst dann zur Information wird, wenn er Verwendung findet.

Eine **Datei** ist im folgenden eine bloße Sammlung von Daten in einer bestimmten Ordnung auf in der Regel maschinellen Datenträgern.

Dagegen wird hier unter einer **Datenbank** eine Einrichtung verstanden, in der wichtige, für Planungs- und Entscheidungsvorgänge laufend benötigte Daten aus verschiedenen Quellen, jedoch meist unter einem bestimmten allgemeinen Thema (z. B. Grundstücksdatenbank), so gespeichert werden, daß sie mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung schnell abgerufen und in variabler Weise zu einer Vielzahl von Informationen zusammengefaßt werden können.

Integriert man schließlich verschiedene Datenbanken zu einem wirkungsvollen Führungs- und Planungsinstrument, dann wollen wir diese Einrichtung als **Informationssystem** bezeichnen.

Die hier formulierten Definitionen erheben nicht den Anspruch auf allgemeine Anerkennung. Sie sollen lediglich dazu dienen, in diesem Aufsatz möglichst wenige Mißverständnisse aufkommen zu lassen.

2. Informationsbedürfnisse, Datenangebot: ein Markt für Informationen?

Im Zusammenhang mit dem Thema Informationsbereitstellung werden gern Begriffe, wie Informationsbedürfnis, Datenangebot u. ä. verwandt. So wünscht man sich beispielsweise, daß die Informationsbedürfnisse möglichst optimal befriedigt werden oder man stellt fest, daß das vorhandene Datenangebot nicht ausreicht, die bestehenden Informationslücken zu schließen. Formulierungen dieser Art erinnern offensichtlich stark an Beschreibungen ökonomischer Vorgänge, wie sie speziell zur Kennzeichnung von Marktsituationen verwendet werden, und in gewisser Hinsicht läßt sich die Herstellung und Bereitstellung von Informationen sogar mit der Produktion und marktmäßigen Verwertung von Waren und Dienstleistungen vergleichen. Sehen wir uns unter diesem Aspekt die Lage auf dem „Informationsmarkt“ der hamburgischen Verwaltung etwas näher an.

Auf der Nachfrageseite nach Informationen stehen als eine wesentliche Gruppe die Planungsstellen und Entscheidungsträger der einzelnen Fachbehörden, die für die Bewältigung ihrer Aufgaben laufend einen bestimmten Bedarf an Informationen haben. Daß dieser Bedarf oftmals bis ins einzelne gehend beschrieben ist, zeigt folgender Fall: Für die Kindergartenplanung benötigte eine Planungsstelle möglichst genaue Informationen über die Zahl der berufstätigen Mütter, in deren Haushalten sich tagsüber keine Personen aufhalten, die auf die Kinder aufpassen können sowie über die Zahl der Kinder dieser Mütter selbst in einer bestimmten Altersgliederung. Für sämtliche Angaben war eine regionale Aggregation nach Ortsteilen gewünscht.

Die Datenangebotsseite ist in ihrer Gesamtheit recht schwer auszumachen. Als ein bedeutender Datenanbieter, der auch als solcher auftritt, ist das Statistische Landesamt anzusehen, das regelmäßig in verschiedenen Veröffentlichungsreihen bestimmte Teile seiner Datenbestände publiziert, d. h. erhobene Daten in einer bestimmten Weise aufbereitet und in Tabellenform einem mehr oder weniger anonymen Interessentenkreis anbietet, in der Erwartung, daß gerade diese Daten als Informationen benötigt werden. Darüber hinaus fallen im Rahmen des allgemeinen Verwaltungsvollzuges in den einzelnen Fachbehörden laufend Datenbestände an, die jedoch in der Regel nicht in der Weise offengelegt werden, daß sie als Datenangebot für Planungszwecke in Erscheinung treten. Es ist hier beispielsweise an Dateien der Sozialversicherungsträger, der Katasterämter und der Steuerverwaltung gedacht, in denen ein vielfältiges Informationsmaterial schlummert, das aber zur Deckung des Informationsbedarfs kaum genutzt wird, weil es den Datennachfragern bislang unbekannt oder nicht zugänglich ist, deren Nutzung zum Teil jedoch auch in Zukunft durch bestehende Geheimhaltungsvorschriften beschränkt bleiben wird. Schließlich werden in einer Reihe von Fällen durch eigene Erhebungen oder Vergabe von Gutachten an wissenschaftliche Institute die fehlenden Informationen von den Planungsstellen selbst ermittelt. Auch

hier ist zu beobachten, daß diese Daten vielfach nur für den einen Zweck ausgewertet und anderen Planungsstellen nicht oder nicht ausreichend bekannt gemacht und zur Nutzung angeboten werden.

Die Tatsache jedoch, daß auf der einen Seite Informationsbedarfe existieren und auf der anderen Seite Datenbestände bereit stehen, aus denen sich u. U. zumindest Teile des Bedarfs decken ließen, sagt noch gar nichts darüber aus, ob eine (optimale) Bedarfsdeckung mit Hilfe dieser Datenbestände überhaupt zustande kommt. Dazu müßten die Planer und Entscheidungsträger eine genaue Kenntnis über die vorhandenen Datenbestände haben, damit sie aus ihnen die geeigneten Daten auswählen und in eine problemorientierte Form zusammenstellen können. Mit anderen Worten: um die in der hamburgischen Verwaltung lagernden Datenbestände zum Zwecke der Deckung des Informationsbedarfs besser als bisher nutzen zu können, müssen sie den Planungsstellen und anderen Interessenten in *t r a n s p a r e n t e r* Form angeboten werden. Zwar werden bereits laufend, wie erwähnt, von seiten der amtlichen Statistik Ergebnisse statistischer Erhebungen zur Verfügung gestellt und vielfach auch als Informationen verwendet. Nur begnügen sich die Planungsstellen hier oftmals mit einer Darstellungsform der Daten, die für das anstehende Problem nicht oder nur wenig paßt. Benötigt man, um auf das vorhin genannte Beispiel zurückzukommen, die Zahl der Kinder berufstätiger Mütter in der Altersgliederung 0 bis 2 Jahre und 3 bis 14 Jahre nach Ortsteilen aufbereitet, so wird man diese Information schwerlich in den Veröffentlichungen der amtlichen Statistik finden, obwohl sie relativ einfach aus den vorhandenen Datenbeständen der letzten Volkszählung bereitzustellen wäre. In solchen Fällen sucht man dann üblicherweise in den veröffentlichten Tabellen nach entsprechenden Hilfsgrößen, die aber nicht annähernd den Informationswert besitzen, wie die gewünschte Information selbst. Das Beispiel zeigt, daß auch die Datenbestände der amtlichen Statistik zur Zeit noch nicht optimal genutzt werden. Gründe hierfür sind einmal die mehr erhebungsbezogene und weniger problemorientierte Arbeitsweise der amtlichen Statistik und zum anderen die passive Verhaltensweise der „Konsumenten“, die offenbar annehmen, daß mit den publizierten Daten der gesamte Informationsgehalt statistischer Erhebungen ausgeschöpft ist.

Wenn wir abschließend fragen, ob es einen Markt für Informationen im Bereich der hamburgischen Verwaltung gibt, so müssen wir feststellen, daß er zumindest nicht von sich heraus existiert, weil ein Mechanismus fehlt, der Informationsbedarf und Datenangebot besser zusammenbringt.

3. Die Zentrale Informationsstelle als Mittlerin zwischen Informationsbedarf und Datenangebot

Ein möglicher Weg, den fehlenden Mechanismus zu ersetzen, ist die Einrichtung einer zentralen „Clearingstelle für Daten und Informationen“, deren Aufgabe es sein muß, auf der einen Seite die vorhandenen Datenbestände in der hamburgischen Verwaltung

für Zwecke der Planung und Entscheidungsbildung transparent zu machen und auf der anderen Seite die Datennachfrageseite anzuregen, sich aktiv an der Ausbeutung der Datenressourcen zu beteiligen, indem sie möglichst rechtzeitig und eindeutig ihren Informationsbedarf formuliert und der Clearingstelle mitteilt. Aus der Kenntnis des gesamten vorhandenen Datenangebots wird die Clearingstelle dann die Informationswünsche an die in Frage kommenden Datenanbieter weiterleiten und dafür Sorge tragen, daß so der Informationsbedarf optimal gedeckt wird. Diese Idee einer Clearingstelle für Informationen wird in Hamburg z. Z. in Gestalt der Zentralen Informationsstelle im Statistischen Landesamt realisiert.

3.1 Einiges zur Historie der Zentralen Informationsstelle

In der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 26. 11. 1968 ¹⁾, Seite 817, ist unter anderem zu lesen:

„Um die Übersicht über die vorhandenen Daten zu verbessern und sie den daran interessierten Dienststellen in der jeweils optimalen Form zugänglich machen zu können, hat das Senatsamt für den Verwaltungsdienst im November 1967 beim Statistischen Landesamt die Bildung einer zentralen Informationsstelle eingeleitet. Ihre Aufgabe wird sein:

- a) die Sammlung der Daten (Datenbank)
zentrale Sammlung und Koordinierung der für die Planung relevanten Daten,
Erhebung zusätzlicher Daten, um Informationslücken zu schließen,
Aufbereitung der anfallenden Daten in einer planungsgerechten Form,
- b) die wissenschaftliche Auswertung
Prüfung der Daten auf ihre Bedeutung für die Planung und ihre inneren Zusammenhänge,
laufende Beobachtung der Entwicklung (Analyse der Ursachen, Untersuchung der Folgewirkungen, Prognose der Entwicklungstendenzen),
- c) die Mitarbeit an Untersuchungen anderer Dienststellen.

Wie die Daten aufzubereiten sind, wird wesentlich dadurch bestimmt werden, für welchen Zweck und in welcher Form die Planungsdienststellen einzelne Informationen benötigen und abrufen. Auf diese Weise wird es zwischen den Planungsstellen der Verwaltung und der zentralen Informationsstelle zu einer sich gegenseitig befruchtenden Zusammenarbeit kommen, zumal die Informationsstelle schon mit der Zusammenfassung und ersten Erschließung der Daten wichtige Hinweise für die weitere Auswertung geben kann. Die zentrale Informationsstelle soll analytische Arbeiten vor allem dann selbst durchführen, wenn keine andere Dienststelle dafür zuständig, dazu bereit oder in der Lage ist. Die analytische Tätigkeit anderer Stellen soll beobachtet und es soll auf Koordination, Kooperation und Austausch der Ergebnisse

hingewirkt werden. Die Informationsstelle soll andere Dienststellen bei deren eigener analytischer Tätigkeit methodisch beraten und ihnen ggf. technische Hilfe leisten.“

Dieser von seiner Aufgabenstellung her gesehen sehr weitgehende Ansatz für eine Zentrale Informationsstelle ist bisher nicht realisiert worden. Er zeigt aber als Programm doch sehr deutlich, wo die Verbindungsglieder zwischen Angebot und Nachfrage bezüglich einer intensiveren Nutzung der Datenbestände in der Verwaltung durch die Planungsstellen fehlen, nämlich

in der mangelnden Transparenz des Datenangebots,

in der ungenügenden Kenntnis zur Beurteilung der Eignung vorhandener Datenbestände für Planungsaufgaben und

in der fehlenden Assistenz bei der Entwicklung und Nutzung neuer Planungsmethoden, insbesondere unter dem Aspekt der Verwertbarkeit der vorhandenen Daten.

Im derzeitigen Aufgabenprogramm der Zentralen Informationsstelle ist im Vergleich zum ersten Entwurf vor allem die selbständige Aufstellung von Datenbanken ausgeklammert worden. Die Zentrale Informationsstelle soll heute vornehmlich:

- das Datenangebot transparenter machen (etwa durch einen Katalog verfügbarer Daten und ihrer Auswertungen),
- die Behörden hinsichtlich der Nutzung vorhandener Datenbestände beraten,
- Daten aus vorhandenen Beständen entsprechend dem Bedarf für bedeutende Planungsvorhaben aufbereiten (wie z. B. für den Entwurf des Flächennutzungsplans geschehen) und
- beim Aufbau von Datenbeständen beteiligt werden, um durch geeignete Maßnahmen (z. B. Definition von Merkmalen) sicherzustellen, daß die Daten für Zwecke der Planung genutzt werden können.

Die Zentrale Informationsstelle soll ferner zu einem möglichst frühen Zeitpunkt über alle beabsichtigten Untersuchungen und Forschungsaufträge unterrichtet werden, damit sie die Aufbereitung der erforderlichen Daten vorbereiten und in dieser Hinsicht beratend tätig werden kann. Gleichzeitig können durch eine zentrale Koordination der Forschungsaufträge eventuelle Doppelarbeiten vermieden und somit ein möglichst effektiver Einsatz der knappen Forschungsmittel sichergestellt werden. Zweckmäßig wäre außerdem — sofern möglich — eine Dokumentation über solche Forschungsaufträge der Bundesressorts und der Nachbarländer, an deren Erstellung bzw. Auswertung hamburgische Dienststellen interessiert bzw. be-

¹⁾ Bürgerschaftsdrucksache Nr. 1727

teilt sind. Schließlich sollte die Zentrale Informationsstelle unterrichtet werden über

- alle Schriften, die von hamburgischen Dienststellen herausgegeben werden, und über
- Veröffentlichungen, in denen Führungskräfte der hamburgischen Verwaltung zu grundsätzlichen oder regionalen Fachfragen Stellung nehmen. Die umfangreiche Bibliothek des Statistischen Landesamtes und ihre Kontakte zu einer großen Anzahl ähnlich orientierter Bibliotheken und wissenschaftlicher Institute unterstützen die Zentrale Informationsstelle in dieser Funktion.

3.2 Mittel zur Intensiveren Nutzung der vorhandenen Datenbestände

Ein geeignetes Instrument zur Verbesserung der Transparenz der Datenbestände für die Datennachfrager ist zweifellos der „Datenkatalog“. Bei ihm handelt es sich, ähnlich wie bei einem Warenkatalog, um ein Medium, das annonciert, für welche Tatbestände, Merkmale usw. Daten, d. h. quantitative Angaben in der hamburgischen Verwaltung verfügbar sind. Wenn es Aufgabe des Datenkatalogs sein soll, vor allem die Planungsinstanzen in der Verwaltung über das Datenangebot zu informieren, müssen folgende Mindestanforderungen an den Datenkatalog gestellt werden:

1. Er muß aktuell sein; d. h. es muß ein laufender Veränderungsdienst vorhanden sein, der den Katalog stets auf dem neuesten Stand hält. Dabei bietet sich die Loseblattsammlung als geeignetste Form des Datenkatalogs an.
2. Er muß vollständig sein; d. h. er muß möglichst umfassend Auskunft über die zur Verfügung stehenden Datenbestände geben. Der Einwand, daß der Katalog dadurch vom Volumen her bereits recht umfangreich wird, sollte in Kauf genommen werden. Die Loseblattsammlung erlaubt ja dem Benutzer des Katalogs nur die Teile zur Hand zu haben, die er jeweils benötigt.
3. Er muß weit gestreut sein; d. h. er muß vor allem sämtlichen Planungsstellen und Entscheidungsgremien in der hamburgischen Verwaltung zur Verfügung stehen. Schon aus diesem Grund wäre eine Beschränkung des Kataloginhaltes auf Daten bestimmter ausgewählter Themenkreise nicht ratsam, denn es läßt sich nicht von vornherein absehen, welche Informationen benötigt werden.
4. Er muß bereits einige wichtige Angaben über die „Qualität“ der angebotenen Daten enthalten, wie z. B. Hinweise über den periodischen Anfall und die räumlichen Gliederungsmöglichkeiten der Daten, die Art des Datenträgers und die Herkunft der Daten (Datenquelle). Mit Hilfe dieser Angaben hat der „Konsument“ bereits die Möglichkeit, eine Vorauswahl unter den ihn interessierenden Daten zu treffen und kann wesentlich gezielter seinen Informationswunsch an die Zentrale Informationsstelle herantragen.

Für die Darstellung der Datenbestände in Katalogform, die z. Z. in der Zentralen Informationsstelle im Entstehen ist, bieten sich zwei unterschiedliche Arten von Datenkatalogen besonders an.

3.21 Datenkatalog „Erhobene Einzelmerkmale“

Der Wert einer Datei für Zwecke der Deckung von Informationsbedarfen ist ohne Zweifel umso höher zu veranschlagen, je vielfältiger die Verwendungsmöglichkeiten sind, die diese Daten in der Praxis finden. Dabei ist wohl ohne weiteres einsichtig, daß Daten, die bereits zu Summen zusammengefaßt sind, wie beispielsweise die Bevölkerung nach einer vorgegebenen Altersgliederung, vom Standpunkt der Zahl der Verwendungsmöglichkeiten her gesehen, einen relativ kleineren Nutzen haben als etwa die ursprünglich ermittelten Daten, die noch wahlweise nach gewünschten Altersgruppierungen aufbereitet werden können. Die Unterscheidung zwischen solchen Daten nach den ursprünglich erhobenen Merkmalen – wir bezeichnen sie im weiteren als Daten „erhobener Einzelmerkmale“ – und Daten, die in irgendeiner Weise bereits summiert sind – sie laufen fortan unter dem Begriff Daten „aufbereiteter Merkmale“ – ist vor allem bei den Datenbeständen der amtlichen Statistik nützlich, wo im Zuge der Aufbereitung der statistischen Erhebungen in der Regel auf einer Zwischenstufe Dateien der erstgenannten Kategorie anfallen und schließlich Datenbestände der zweiten Kategorie veröffentlicht werden. Dateien über „erhobene Einzelmerkmale“ mögen bis zur Einführung der modernen EDV-Anlagen für die Verwendung im Bereich der Planung von untergeordneter Bedeutung gewesen sein, da diese Daten an sich nur bloße Bausteine für Informationen darstellen und erst durch eine Kombination mit anderen Daten oder durch eine regionale oder sachliche Aggregation eine problemorientierte Aussage erhalten. Solche Aufbereitungen nach planungsrelevanten Kriterien hätten jedoch einen zu großen manuellen Arbeitsaufwand bedeutet. Heute besteht zumindest theoretisch die Möglichkeit, d. h. wenn geeignete Maschinenprogramme für die Aufbereitungen vorliegen, Daten „erhobener Einzelmerkmale“ schnell in jede gewünschte Aussageform zu bringen.

Im Gesamtkonzept der Transparentmachung des vorhandenen Datenangebots durch die Zentrale Informationsstelle spielt der Datenkatalog „Erhobene Einzelmerkmale“ daher eine herausragende Rolle. Das Schaubild 1 zeigt den Aufbau dieses Datenkatalogs.

Neben dem Tatbestand, für den Daten vorliegen, sowie den erhobenen Merkmalen und Merkmalsuntergliederungen zu diesem Tatbestand gibt der Katalog Auskunft über die Periodizität bzw. den Stichtag der Erhebung, die kleinstmögliche regionale Aufbereitungseinheit (z. B. Ortsteil oder Straße und Haus-Nr.), den Datenträger (z. B. Magnetband) und die Erhebungsart (total, 10 %-Stichprobe u. a.). Die Angabe „Wohnbevölkerung nach dem Geburtsdatum, Tag, Monat, Jahr“ bedeutet in diesem Katalog also, daß für sämtliche Personen, die zur Wohnbevölkerung Hamburgs zählen,

Schaubild 1

Datenkatalog „Erhobene Einzelmerkmale“

Tatbestand, Merkmal, Merkmalsgliederung	Periodizität/ Stichtag	Kleinstmögliche regionale Aufbereitungseinheit	Datenträger	Erhebungsart	Bemerkungen
Wohnbevölkerung	6. 6. 61 27. 5. 70	OT STH	B B	T T	
nach dem Geschlecht ..					
nach dem Geburtsdatum					
Tag	70				
Monat	70				
Jahr					
Geburtstag bis 5. Juni .	61				
Geburtstag nach 5. Juni	61				
nach dem Familienstand					
ledig					
verheiratet ..					
verwitwet					
geschieden ..					
nach der Staatsangehörigkeit					
lt. Schlüssel .	61				
deutsch	70				
nicht deutsch.	70				
nicht deutsch lt. Schlüssel	70			10 %	

- a) für den Stichtag 6. 6. 61 das Geburtsjahr vorliegt und somit jede gewünschte Altersgliederung der Wohnbevölkerung aufbereitet werden kann. Die regionale Gliederung dieser Angaben ist jedoch auf den Ortsteil als kleinste Einheit beschränkt.
- b) für den Stichtag 27. 5. 70 das vollständige Geburtsdatum erhoben worden ist und somit eine zusätzliche Differenzierung in der Darstellung des Altersaufbaus realisiert werden kann. Darüber hinaus liegen die Angaben nach Straße und Hausnummer als kleinste regionale Aufbereitungseinheit, d. h. also für jedes Gebäude, vor, was für Hamburg bedeutet, daß diese Daten außerdem sowohl nach Baublocks, als auch nach Planungsbezirken und Planquadraten regional aggregierbar sind.

Mit dem Datenkatalog „Erhobene Einzelmerkmale“ wird den Planungsstellen ein Informationsmittel in die Hand gegeben, das neben einer umfassenden Darstellung des Datenangebots vor allem dem Zweck dienen soll, die Planungsstellen zu eigener Initiative bei der Formulierung ihres Informationsbedarfs anzuregen. Im einzelnen wäre etwa folgendes einfaches

Arbeitsablaufmodell in groben Zügen denkbar: Die Planungsstellen beschreiben ihre ständigen Informationswünsche für Planungs- und Entscheidungszwecke mit Hilfe des Datenkatalogs „Erhobene Einzelmerkmale“. Die Zentrale Informationsstelle kann diese Arbeit durch bereits auf die vermuteten Belange der jeweiligen Bedarfsträger abgestellte Vorschläge unterstützen, prüft die praktische Realisierbarkeit und leitet die Informationsaufträge an die jeweilige datenproduzierende Stelle weiter. Nach Erledigung der Aufträge bei den Datenproduzenten gehen die erstellten Informationen über die Zentrale Informationsstelle den Auftraggebern zu.

3.22 Datenkatalog „Aufbereitete Merkmale“

Neben dem Datenkatalog „Erhobene Einzelmerkmale“ wird ein Datenkatalog „Aufbereitete Merkmale“ erstellt, der über bereits vorhandene summierte oder tabellierte Tatbestände, d. h. über schon „aufbereitete“ Daten, Auskunft geben soll. Wie aus dem Schaubild 2, das einen Ausschnitt aus dem Katalog zeigt, zu ersehen ist, beinhaltet er in einer listenmäßigen Aufstellung die Programme veröffentlichter und unveröffentlichter Tabellen, sowie Hinweise auf solche Daten, die in der Regel ohne zusätzlichen Arbeitsaufwand von vorliegenden „Sum-

Schaubild 2

Datenkatalog „Aufbereitete Merkmale“

Tabelleninhalt (Tatbestand, Merkmal, Merkmalsgliederung)	Quelle	Periodizität/ Stichtag	Kleinste regionale Aufbereitungseinheit	Erhebungsart	Bemerkungen
Wohnbevölkerung	StHmb 71	6. 6. 61	OT	T	
nach dem Geschlecht ..	S. 46 ff				
nach dem Familienstand					
ledig					
verheiratet ..					
verwitwet					
geschieden ..					
und Geschlecht					
nach der Religionszugehörigkeit	S. 51 ff				
evangelisch					
römisch-katholisch					
altkatholisch, Ostkirchen					
Freireligiöse					
Gemeinschaftslose					
und Geschlecht					

menbändern“ abgerufen werden können. Dieser Datenkatalog beschränkt sich jedoch auf Merkmalskombinationen, die eine regionale Darstellung der Daten mindestens nach Ortsteilen als kleinste Einheit zulassen.

Der Datenkatalog „Aufbereitete Merkmale“ enthält also, im Gegensatz zum Datenkatalog „Erhobene Einzelmerkmale“, Hinweise über Datenkombinationen, die unmittelbar als „fertige“ Informationen genutzt werden können. Der Vorteil solcher Daten ist auf der einen Seite, daß sie dem Interessenten wesentlich schneller zur Verfügung stehen als Informationen, die erst auf Grund „erhobener Einzelmerkmale“ erstellt werden müssen und auf der anderen Seite, daß ihre Bereitstellung keinen oder nur einen relativ geringen Kostenaufwand verursacht. Auf ihren Nachteil wurde bereits hingewiesen: er ist hauptsächlich in der festgelegten Darstellungsform zu suchen, die nur von begrenztem Informationswert ist.

Neben diesen Katalogen über die beim Statistischen Landesamt vorliegenden erhobenen und aufbereiteten Merkmale (und deren Definition) muß nochmals auf die Auswertung anderer Datenquellen für Planungs- und Entscheidungszwecke hingewiesen werden, für die es ganz besonders auf eine enge Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Dienststellen und der Zentralen Informationsstelle ankommt.

3.3 Übersicht über die mit einzelnen Informationswünschen bei der Zentralen Informationsstelle ausgelösten Aktivitäten

Zur Verdeutlichung der dargestellten Aufgaben der Zentralen Informationsstelle werden im folgenden die Aktivitäten, die durch einzelne Informationswünsche ausgelöst werden, in einer Übersicht zusammengefaßt:

Art des an die Zentrale Informationsstelle herangebrachten Informationswunsches

Art der Aktivität, die beim Statistischen Landesamt zur Befriedigung des Informationswunsches ausgelöst werden muß

1. Einfacher Informationswunsch aus veröffentlichtem oder sonstigem aufbereitetem Datenmaterial (Informationswunsch aufgrund des Datenkatalogs „Aufbereitete Merkmale“).
2. Problemorientierte Datenzusammenstellung aus veröffentlichtem oder sonstigem aufbereitetem Datenmaterial (Informationswunsch aufgrund des Datenkatalogs „Aufbereitete Merkmale“).
3. Problemorientierte Datenaufbereitung aus vorhandenem Einzeldatenmaterial (Informationswunsch aufgrund des Datenkatalogs „Erhobene Einzelmerkmale“).

Hinweis auf die Datenquelle (Statistisches Jahrbuch, Statistik des Hamburgischen Staates u. a.); Evtl. Beschaffung der Veröffentlichung; Bereitstellung der Maschinentabellen, wenn die gewünschten Daten nicht veröffentlicht sind.

Durchsicht der in Frage kommenden Datenquellen nach den gewünschten Informationen; Manuelle Zusammenstellung der gesuchten Daten in die problemorientierte Form (Tabelle, Schaubild u. ä.).

Die gewünschten Informationen sind in veröffentlichten oder sonstigen aufbereiteten Datenbeständen nicht enthalten. Für sie müssen daher spezielle Aufbereitungen durchgeführt werden.

Entscheidung, ob manuelle oder maschinelle Aufbereitung:

a) wenn manuelle Aufbereitung:

1. Sortierung des Urmaterials und Auszählung nach den gewünschten Merkmalen bzw. Merkmalskombinationen.
2. Zusammenstellung der Daten in die gewünschte Darstellungsform.

b) wenn maschinelle Aufbereitung:

1. Spezifikation, d. h. programmierreife Darstellung des Informationswunsches.
2. Programmierung des Informationswunsches, soweit keine entsprechenden Standardprogramme vorhanden sind, einschl. Testläufe.

Angesichts der begrenzten Möglichkeiten ist allerdings darauf hinzuweisen, daß bei zusätzlichen Aufbereitungswünschen das Problem der Bereitstellung entsprechender Kapazitäten (und ggf. deren Finanzierung) gelöst werden muß.

3. Die Bereitstellung von Maschinenkapazität ist bei der Datenverarbeitungs-Zentrale bei der Finanzbehörde zu erwirken.

4. Informationswunsch, für den z. Z. kein entsprechendes Datenangebot beim Statistischen Landesamt vorhanden ist.

Untersuchung, ob an einer anderen Stelle, speziell in der hamburgischen Verwaltung, die gewünschte Information verfügbar ist. (Originäre Aufgabe der Zentralen Informationsstelle).

- a) Wenn ja,

Bereitstellung des Datenmaterials. Dabei evtl. Einschaltung der Maschinellen Aufbereitung im Statistischen Landesamt, wenn die gewünschten Daten aus umfangreicheren Datenbeständen herausgelöst werden müssen.

- b) Wenn nein,

Prüfung, ob die gewünschten Daten im Rahmen laufender oder einmaliger Erhebungen beim Statistischen Landesamt zusätzlich ermittelt werden können.

Nicht enthalten sind in der vorstehenden Übersicht die mit neuen Gesetzen usw. verbundene Aufgabe, planungs- und entscheidungsrelevante Daten zu ermitteln, d. h. das Datenangebot systematisch zu verbessern, vorliegende Zeitreihen hinsichtlich ihrer planungsrelevanten Zusammenhänge zu analysieren und eventuell in regionalen Vergleichen darzustellen sowie geschätzte und tatsächliche Entwicklungen planungs- und entscheidungsrelevanter Daten einander gegenüberzustellen, um gegebenenfalls methodische Verbesserungen erarbeiten zu können.

Nicht enthalten ist in der obigen Übersicht ferner die mit der Zusammenstellung der laufenden oder beabsichtigten Untersuchungen und Forschungsvorhaben verbundene Koordinierungsfunktion. Dabei ist zunächst an solche Arbeiten gedacht, die von Dienststellen der hamburgischen Verwaltung vergeben bzw. finanziert oder mitfinanziert werden, u. U. aber auch an Vorhaben, an deren Vergabe bzw. Auswertung Hamburger Dienststellen zwar fachlich, aber nicht federführend oder gar finanziell beteiligt sind.

Es ist offensichtlich, daß ein wesentlicher Teil der Gesamtkosten für eine intensivere Nutzung der Datenbestände, vor allem in der Form, wie sie hier beschrieben wurde, auf die Programmierung spezieller Maschinenprogramme für die Erstellung der gewünschten Informationen entfällt. Die „Stückkosten“ je bereitgestellter Information ließen sich aber auf längere Sicht in dem Maße senken, wie speziell für Zwecke der Datennutzung entwickelte Standardprogramme das Programmieren eines jeden

Einzelauftrages überflüssig machen würden. Deshalb ist es wichtig, daß parallel mit der Aufstellung der Datenkataloge derartige Standardprogramme entwickelt werden, um möglichst frühzeitig auf die relativ teure Einzelprogrammierung verzichten zu können. Ein konsequenter Schritt wäre die Einrichtung von (Planungs-)Datenbanken. Auf die Probleme, die mit dem Aufbau solcher Datensammel- und Informationsabrufrmechanismen verbunden sind, kann hier nicht weiter eingegangen werden. Es sei nur erwähnt, daß eine möglichst eingehende Kenntnis des zukünftigen Informationsbedarfs für die Einrichtung von Datenbanken ein wesentliches Erfordernis ist.

3.4 Koordinierung über die Zentrale Informationsstelle — ein Weg zu planungs- und entscheidungsrelevanten Daten

Es ist bekannt, wie schwierig — wenn nicht gar unmöglich — es ist, zukünftige Informationsbedarfe heute schon zu artikulieren. Umso mehr dürfte es darauf ankommen, daß zwischen den Planungsstellen bzw. Entscheidungsträgern und der Zentralen Informationsstelle ein ständiger enger Kontakt besteht, um bei neu auftretenden Problemen so früh wie möglich gemeinsam den Informationsbedarf zu überlegen und an die Bereitstellung entsprechender Daten herangehen zu können. Diese „Frühinformation“ über kommende Informationsbedarfe ist erforderlich, um

1. generell das Datenangebot entsprechend transparent zu machen,

2. dringend benötigte, aber nicht vorhandene Daten evtl. mit Hilfe von ad hoc-Erhebungen usw. zu ermitteln oder ggf. wenigstens Hilfsdaten anbieten zu können,
3. gewünschte und vorhandene Daten den jeweiligen Anforderungen gemäß aufzubereiten,
4. geeignete Standardprogramme für die Aufbereitung von Informationen in Zusammenarbeit mit den Datenproduzenten zu entwickeln bzw. in Auftrag zu geben,
5. bei der Einrichtung von Datenbanken einen möglichst planungs- und entscheidungsrelevanten Dateninput zu erstellen.

Falls der Informationsbedarf noch nicht klar genug ersichtlich ist, kann ein geeigneter Weg zur Vermittlung der Kenntnis von zu erwartendem Informationsbedarf in einer Beteiligung der Zentralen Informationsstelle an den entsprechenden Erörterungen der Planungsstellen gesehen werden.

Mit diesem Aufsatz sollten die Aufgaben und Arbeitsweise der Zentralen Informationsstelle den Planungsinstanzen und Entscheidungsträgern der hamburgischen Verwaltung, aber auch darüber hinaus, näher gebracht werden. Den Funktionen erhöhter Transparenzmachung und zweckmäßigerer Ausnutzung des Datenangebots, denen gerade in Zeiten starker finanzieller Anspannung und entsprechend sorgfältiger Prioritätsprüfung eine erhebliche Bedeutung zukommt, steht allerdings das Problem gegenüber, daß bessere Information mehr kostet. Eine problemorientierte Information auf der einen Seite setzt bei unverändertem Mitteleinsatz eine Überprüfung der Notwendigkeit von bisher routinemäßigem Datenangebot bzw. ein Gegenüberstellen des Aufwandes und des Erkenntniswertes einer Information auf der anderen Seite voraus. Für ein optimales Ergebnis in diesem Prozeß ist die intensive Mitwirkung aller Datenkonsumenten erforderlich. Einem möglichst engen Kontakt zwischen Datennachfrager und Datenanbieter in diesem Sinne zu dienen ist ein besonderes Anliegen der Zentralen Informationsstelle.

Hans-Jürgen Bach

Private Millionenvermögen in Hamburg

— Vorausergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1969 —

Wir leben gegenwärtig in einer Zeit der Umorientierung und Neuordnung aller gesellschaftlichen Bereiche. Zu den anvisierten Zielen gehört dabei auch der Abbau allzu krasser, nicht mehr vertretbar erscheinender Unterschiede zwischen Armen und Reichen. Eine gleichmäßigere Verteilung des Volksvermögens, und zwar primär seines Zuwachses, wird deshalb in der Bundesrepublik als eine sozialpolitische Aufgabe ersten Ranges angesehen. Voraussetzung für eine entsprechende Steuerung sind statistische Zustandsanalysen, die wegen eintretender Veränderungen in bestimmten zeitlichen Abständen wiederholt werden müssen.

Eine gewisse, partiell jedoch noch keineswegs befriedigende Durchleuchtung der existierenden Vermögensstreuung ist mit dem Instrument „Vermögenssteuerstatistik“ erreichbar.

Seit 1953 werden in Verbindung mit der jeweiligen Vermögensteuerhauptveranlagung Vermögenssteuerstatistiken durchgeführt. Stichtag der letzten Hauptveranlagung war der 1. Januar 1969. Ausdrücklich ist dazu zu bemerken, daß der Stichtag nur den Zeitpunkt, auf dem die Hauptveranlagung stattfindet, angibt, d. h. die Vermögensverhältnisse der Pflichtigen, so wie sie sich an diesem Tage darstellen, werden zugrundegelegt. Er hat aber nichts zu tun mit der Anzahl der genau an diesem Tag in Hamburg wohnhaften Pflichtigen, da auch danach Zuziehende hier veranlagt bzw. Veranlagungsakten von später Fortziehenden abgegeben werden können.

Die Statistik über Vermögen und Vermögensteuer ist als Sekundärstatistik angelegt: Als Zählpapiere dienen ihr Kopien der Vermögensteuerbescheide ohne Namensangabe. Weil manuelle und maschinelle Aufbereitung längere Fristen beanspruchen, wurden ausgewählte Fakten über die Vermögensmillionäre in Hamburg wiederum vorweg im Zuge des Belegeingangs (Schlußtermin 30. Juni 1971) zusammengetragen. Handelt es sich dabei auch nur um einen eng begrenzten Ausschnitt der allgemeinen Besitzverteilung, so stößt doch naturgemäß gerade dieser auf ein besonders lebhaftes öffentliches Interesse; ist im generellen Bewußtsein doch die Millionenbarriere verankert als der spezifische Gradmesser für eindrucksvollen wirtschaftlichen und oftmals gesellschaftlichen Erfolg. Aus diesem Grunde werden vom Statistischen Landesamt immer wieder Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik über die privaten Millionenvermögen noch vor der Gesamtstatistik publiziert.

Bei der Teilmasse „Vermögensmillionäre“ ist die unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Person (Einzelperson oder Haushalt) mit einem Gesamtvermögen von 1 Million DM und darüber Aufbereitungseinheit gewesen. Das Merkmal „Gesamtvermögen“ ist als das um die Schulden, die Hypothekengewinnabgabe, die Vermögensabgabe, den Abzug (Freibetrag) für Entwicklungshilfe und einen speziellen Abzug bei Landwirten verringerte Rohvermögen definiert. Letzteres setzt sich aus der Summe diverser Vermögenskategorien zusammen, und zwar aus dem land- und

forstwirtschaftlichen Vermögen, dem Grundvermögen, dem Betriebsvermögen und dem Sonstigen Vermögen. Das Sonstige Vermögen ist ein Sammelbegriff, der Kapitalförderungen, Zahlungsmittel, Sparguthaben, Anteile an Kapitalgesellschaften, festverzinsliche Wertpapiere, Geschäftsguthaben bei Genossenschaften, Ansprüche aus Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen, Renten, Nutzungen und Erbbauzinsen, Schmuck und Luxusgegenstände, Kunstgegenstände und Sammlungen u.a.m. beinhaltet.

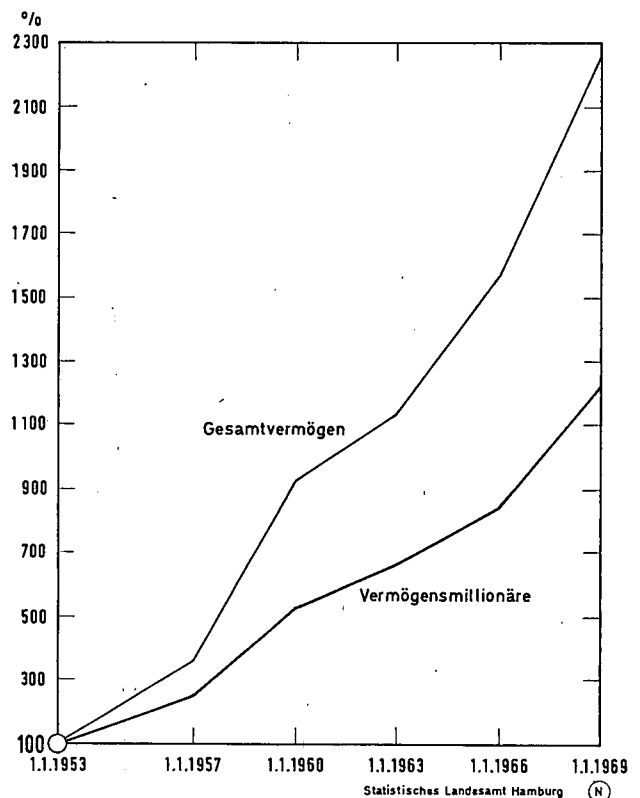
Bei der Beurteilung des dargebotenen Datenmaterials ist zu bedenken, daß die Vermögensteuerstatistik die Zahl der Vermögensmillionäre sowie die Höhe des Gesamtvermögens vermutlich zu niedrig ausweist, weil dem Grundbesitz nicht die effektiven Verkehrswerte zugrunde liegen, sondern nach wie vor die gestoppten Einheitswerte von 1935. Die zum 1. Januar 1964 ermittelten neuen Einheitswerte für Grundstücke sollen erstmals frühestens ab 1. Januar 1974 steuerwirksam werden.

1 231 Millionäre in Hamburg besitzen zusammen Vermögenswerte in Höhe von 5 Milliarden DM

Nach der vorläufigen amtlichen Auszählung wurden zum 1. Januar 1969 insgesamt 1 231 Personen, die jeweils ein Gesamtvermögen im Werte von 1 Million DM und mehr besaßen, in Hamburg veranlagt. Schätzungsweise sind das rd. 5 % aller hier ansässigen vermögenssteuerpflichtigen Personen. Bezogen auf die Wohnbevölkerung entfällt grob gesehen auf 1 500 Einwohner ein Millionär. In den drei Jahren seit der letzten Hauptveranlagung zur Vermögensteuer hat somit die Zahl der privaten Millionenvermögen um 385 oder 45,5 % zugenommen. Blickt man noch weiter zurück und vergleicht mit dem Ergebnis der frühesten Vermögensteuerstatistik nach dem 2. Weltkrieg, die zum 1. Januar 1953 nur 100 Vermögensmillionäre in der Hansestadt registriert hatte, dann ist sogar eine Verzwölfachung festzustellen. Das von den 1 231 Millionären thesaurierte Gesamtvermögen bezifferte sich zusammengerechnet auf fast 5 Milliarden DM; gegenüber 1966 bedeutet das einen Zuwachs von 43,5 %. Die Vermögensansammlung der Begüter-

Schaubild 1

Entwicklung der Zahl der Vermögensmillionäre und ihres Gesamtvermögens in Hamburg 1953 bis 1969



ten hatte also in der vergangenen Zeitspanne von drei Jahren ein etwas langsames Wachstumstempo erfahren als die reine Anzahl der Millionäre. Demzufolge ist in der gleichen Periode auch beim rechnerischen Durchschnittsvermögen je Millionär ein geringfügiger Rückgang von 4,1 auf 4,0 Millionen DM eingetreten. Vom 1. Januar 1953 auf den 1. Januar 1969 allerdings vergrößerte sich der Besitz dieses Personenkreises im ganzen um mehr als das Zwei- und zwanzigfache, d. h. bald doppelt so rasch wie der Bestand an Vermögensmillionären, was das Schaubild 1 veranschaulicht.

Tabelle 1

Entwicklung der Zahl der Vermögensmillionäre ¹⁾, ihres Gesamtvermögens und ihrer Vermögensteuerschuld in Hamburg seit 1953

Stichtage der Vermögenssteuerhauptveranlagung	Vermögensmillionäre		Gesamtvermögen			Vermögensteuerschuld		
			insgesamt		je Vermögensmillionär	insgesamt		je Vermögensmillionär
	Anzahl	Wachstumstempo in %	1000 DM	Wachstumstempo in %	1000 DM	1000 DM	Wachstumstempo in %	1000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8
1. 1. 1953 ...	100	..	219 357	..	2 194	2 019	..	20
1. 1. 1957 ...	263	163,0	784 321	257,6	2 982	7 540	273,5	29
1. 1. 1960 ...	535	103,4	2 038 815	159,9	3 811	19 818	162,8	37
1. 1. 1963 ...	666	24,5	2 471 714	21,2	3 711	24 082	21,5	36
1. 1. 1966 ...	846	27,0	3 452 195	39,7	4 081	33 742	40,1	40
1. 1. 1969 ...	1 231	45,5	4 954 826	43,5	4 025	48 458	43,6	39

¹⁾ Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen mit einem Gesamtvermögen von je 1 Million DM und mehr.

Das Rohvermögen der Millionäre setzt sich betragsmäßig ganz überwiegend aus Sonstigem Vermögen und Betriebsvermögen zusammen

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Vorwegaufbereitung war es diesmal, Aufschluß über die Zusammensetzung der Millionenvermögen nach Arten zu geben. Analog der Unterteilung bei der Vermögensermittlungsprozedur der Veranlagungsfinanzämter wurde dabei das Rohvermögen in vier Komponenten zerlegt. Da die meisten Millionäre ihr Portefeuille nicht auf eine Vermögenskategorie allein spezialisiert hatten, kam eine Fallzählung oder Mehrfachnennung zustande. Von den 1 231 in Hamburg veranlagten Vermögensmillionären wiesen 1 172 (95,2%), also fast alle, Sonstiges Vermögen, d. h. im wesentlichen Kapitalvermögen in seinen diversen Spielarten auf; jeweils vier Fünftel besaßen Betriebs- und Grundvermögen und lediglich 137 oder 11,1% land- und forstwirtschaftliches Vermögen. Die Gesamtheit der Großvermögen (Rohvermögen) verteilt sich betragsmäßig noch viel unausgeglichener. Hierbei ist jedoch die Tatsache zu beachten, daß den im allgemeinen etwa mit Gegenwartswerten angesetzten Wirtschaftsgütern des Kapital- und Betriebsvermögens von Anfang an ein stärkeres Gewicht zukommt als dem noch mit Vergangenheitswerten bewerteten Grundbesitz. Die 5,5 Milliarden ausmachende Rohvermögenssumme der Millionäre entfiel beinahe ausschließlich auf das

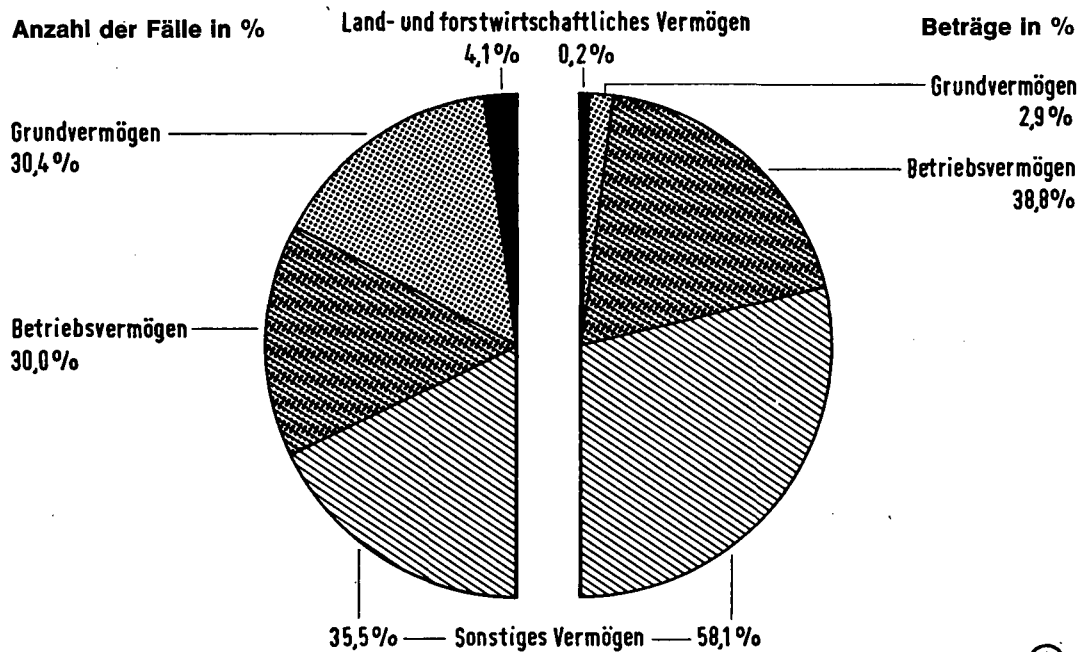
Sonstige und das Betriebsvermögen; Grundvermögen sowie insonderheit land- und forstwirtschaftliches Vermögen spielten hingegen so gut wie gar keine Rolle. In einprägsamer Weise spiegelt das zweite Schaubild sowohl die Verteilung der Fallzahlen der Millionäre als auch die ihrer Vermögensbeträge auf die vier Ausprägungen wider. Um die bildliche Darstellung praktikabler zu gestalten, wurden die Vorkommenshäufigkeiten nicht zu der Gesamtzahl der Vermögensmillionäre (1 231) sondern der Fälle (3 305) in Beziehung gesetzt.

48 Millionen DM Vermögensteuerschuld

Eine Steuerstatistik muß eo ipso auch Auskunft über die Steuerlast geben. Bei den Millionären betrug diese summa summarum rd. 48 Millionen DM Vermögensteuer, also nahezu 1% ihres Gesamtvermögens. Im Mittel hatte jeder von ihnen 39 000 DM zu entrichten. Der Anteil der Steuerschuld am steuerpflichtigen Vermögen der Millionäre — ein Merkmal, das das Vorausergebnis nicht enthält — wird sich demnach praktisch auf 1% belaufen. Das steuerpflichtige Vermögen der physischen Personen unterscheidet sich nämlich von deren Gesamtvermögen nur durch die abgesetzten persönlichen Freibeträge, welche insgesamt betrachtet größenordnungsmäßig nicht ins Gewicht fallen. Wegen des konstant geblie-

Schaubild 2

Vermögensmillionäre und Ihr Rohvermögen in Hamburg am 1. 1. 1969 nach Vermögensarten



Statistisches Landesamt Hamburg

Tabelle 2

Größenstruktur der Vermögensmillionäre ¹⁾ und ihres Gesamtvermögens in Hamburg am 1. 1. 1969

Größenklassen nach der Höhe des Gesamtvermögens in Millionen DM	Vermögensmillionäre		Gesamtvermögen			Vermögensteuerschuld		
			insgesamt		je Vermögensmillionär	insgesamt		je Vermögensmillionär
	Anzahl	%	1000 DM	%	1000 DM	1000 DM	%	1000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8
1 bis unter 2,5	850	69,0	1 258 565	25,4	1 481	12 067	24,9	14
2,5 bis unter 5	226	18,4	773 344	15,6	3 422	7 557	15,6	33
5 bis unter 10	83	6,7	563 022	11,4	6 783	5 570	11,5	67
10 bis unter 20	47	3,8	643 147	13,0	13 684	6 366	13,1	135
20 bis unter 100 ²⁾	21	1,7	750 957	15,2	35 760	7 492	15,5	357
100 und mehr	4	0,3	965 791	19,5	241 448	9 406	19,4	2 352
Insgesamt ..	1 231	100	4 954 826	100	4 025	48 458	100	39

¹⁾ Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen mit einem Gesamtvermögen von je 1 Million DM und mehr. — ²⁾ Aus Gründen statistischer und steuerlicher Geheimhaltung mußten die beiden Größenklassen 20 Millionen DM bis unter 50 Millionen DM sowie 50 Millionen DM bis unter 100 Millionen DM zu einer zusammengezogen werden.

benen Steuersatzes entwickelte sich die Vermögensteuerschuld seit 1953 mehr oder weniger parallel zu der des Gesamtvermögens.

Beinahe die Hälfte des Gegenwerts aller Millionärsvermögen gehört 72 Multimillionären

Vermittels der klassifizierten Häufigkeitsverteilung der Tabelle 2 bekommt man Einblick in die Größenstruktur der Vermögensmillionäre. Ihr ist zu entnehmen, daß mehr als zwei Drittel der Begüterten (850) mit ihrem Gesamtvermögen die Schwelle der untersten Vermögensstufe von 2,5 Millionen DM nicht überschritten. Die Quote dieser Gruppe am addierten Gesamtvermögen erreichte dagegen kaum mehr als ein Viertel. Allein ungefähr die Hälfte (47,7 %) der Vermögenssumme gehörte den 72 (5,8 %) Multimillionären mit Vermögenswerten von 10 Millionen DM und darüber. Gleichmäßig aufgeteilt kommt bei ihnen ein durchschnittlicher Besitz in Höhe von 32,8 Millionen DM heraus. Unter den Multimillionären waren vier anzutreffen, die sogar mehr als 100 Millionen DM ihr eigen nennen konnten. Als mittlere Größe dieser vier Spitzenvermögen in Hamburg ergibt sich ein Betrag von über 241 Millionen DM. Die statistisch-quantitative Struktur der Millionärenvermögen und ihrer Eigentümer hat sich von 1966 auf 1969 nicht grundlegend gewandelt. Kleinere Verschiebungen in der zahlenmäßigen Besetzung der Größenklassen brauchen nicht besonders erwähnt zu werden.

Hamburg hat gegenüber seinen Nachbarländern eine erheblich größere Millionärshäufigkeit

Aktuelle Vergleichszahlen über die Spezies der Vermögensmillionäre stehen bis jetzt lediglich aus drei anderen Bundesländern, darunter den zwei Nachbarländern, zur Verfügung. Aus ihnen geht hervor, daß

in Niedersachsen zwar der absoluten Zahl nach 172 Millionäre mehr leben als in Hamburg, in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz dagegen ganz erheblich weniger. Das erstaunt, denn diese Länder sind alle wesentlich bevölkerungsreicher. Um wievielfaches größer der Millionärsbesatz in Hamburg ist, wird offenbar, wenn man rechnerisch die Relation zu den jeweiligen Bevölkerungsgesamtheiten herstellt, d. h. wenn man die Zahl der Einwohner angibt, die auf je einen Vermögensmillionär entfallen. Spalte 2 in Tabelle 3 gibt Auskunft über die Valenzen dieser Besatzzahlen. Wie ersichtlich kommt in Hamburg ein Millionär schon unter rd. 1 500 Einwohnern vor, in den drei anderen Ländern entfällt ein Millionär erst auf ca. 5 000 Einwohner. Auch was das durchschnittliche Gesamtvermögen betrifft, steht Hamburg an der Spitze.

Tabelle 3

Vermögensmillionäre und ihr Gesamtvermögen in einigen Bundesländern und deren Hauptstädten — Stichtag der Hauptveranlagung 1. 1. 1969 —

Länder — Städte	Anzahl der Vermögensmillionäre	Einwohner je Vermögensmillionär	Gesamtvermögen	
			der Vermögensmillionäre	je Vermögensmillionär
			in 1000 DM	
1	2	3	4	
Hamburg	1 231	1 481	4 954 826	4 025
Schleswig-Holstein	522	4 845	1 493 205	2 861
darunter Kiel ..	51	5 273	102 229	2 004
Niedersachsen ..	1 403	5 017	4 024 171	2 868
darunter Hannover ..	242	2 167	626 327	2 588
Rheinland-Pfalz ..	696	5 237	2 240 113	3 219
darunter Mainz ..	42	4 060	98 596	2 348

Um einer Fehlinterpretation der dargelegten Ergebnisse vorzubeugen, bedarf es noch eines kurzen methodischen Hinweises. In die Statistik für den Stadtstaat Hamburg sind die gesamten Vermögenswerte derjenigen Steuerpflichtigen einbezogen, die von den hamburgischen Finanzämtern veranlagt werden. Daraus ergibt sich, daß in Hamburg situiertes Sachvermögen anderen Ländern zugeordnet blieb, falls es außerhalb Hamburgs wohnenden Steuerpflichtigen gehörte, und umgekehrt kann Besitz von in Hamburg veranlagten Personen auch jenseits der hamburgischen Landesgrenzen gelegen haben. Die Vermögenszahlen sind somit nicht örtlich abgegrenzt. Der Bestand an Vermögensteuerpflichtigen (hier Millionen) wird wegen der Besteuerungszuständigkeit des Wohnsitzfinanzamtes auch durch Zu- und Fortzüge modifiziert.

Eine gedrängte Beschreibung der laufenden Vermögensteuer diene der ergänzenden Unterrichtung des Lesers. Die laufende Vermögensteuer, so bezeichnet, um sie von der Vermögenssubstanzsteuer oder Vermögensabgabe zu unterscheiden, hat zwar auch den Vermögenstand zum Steuerobjekt; die Steuerlast

wird jedoch so bemessen, daß sie laufend, ohne die Vermögenssubstanz anzugreifen, aus den Vermögenserträgen entrichtet werden kann. Der Vermögensteuerpflicht unterliegen sowohl natürliche (physische), nach dem Einkommensteuergesetz besteuerte Personen, wie Körperschaftsteuerpflichtige Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen. Der Vermögensteuersatz beträgt jährlich 1 % des steuerpflichtigen Vermögens. Für den Vermögensteil bis zur Höhe der Vermögensabgabe gilt der ermäßigte Satz von 7,5 %. An Freibeträgen für unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen werden zur Hauptsache gewährt 20 000 DM dem Steuerpflichtigen selbst, ein Betrag gleicher Höhe der Ehefrau und jedem bis zu 18 Jahren alten Kind. Gemäß § 11 VStG (Haushaltsbesteuerung) werden Ehegatten gemeinsam zur Vermögensteuer veranlagt, wenn beide unbeschränkt steuerpflichtig sind und nicht dauernd getrennt leben; der Haushaltsvorstand und seine Kinder bei noch nicht vollendetem achtzehnten Lebensjahr werden zusammen veranlagt, wenn er und die Kinder unbeschränkt steuerpflichtig sind. Ob es sich um einen kollektiv besteuerten Haushalt oder um eine besteuerte Einzelperson handelt, in beiden Fällen ist der Steuerpflichtige Zählinheit.

Zusammenfassung

Bei den Millionenvermögen handelt es sich zwar nur um einen eng begrenzten Ausschnitt der allgemeinen Besitzverteilung, doch stößt naturgemäß gerade dieser auf ein besonders lebhaftes öffentliches Interesse; ist im generellen Bewußtsein doch die Millionenbarriere verankert als der spezifische Gradmesser für eindrucksvollen wirtschaftlichen und oftmals gesellschaftlichen Erfolg. Aus diesem Grunde werden vom Statistischen Landesamt immer wieder Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik über die privaten Millionenvermögen noch vor der Gesamtstatistik publiziert. Nach der vorläufigen Auszählung wurden zum 1. Januar 1969 insgesamt 1 231 Vermögensmillionäre in Hamburg veranlagt. In den drei Jahren seit der letzten Hauptveranlagung zur Vermögen-

steuer hat somit die Zahl der privaten Millionenvermögen um 385 oder 45,5 % zugenommen. Blickt man noch weiter zurück und vergleicht mit dem Ergebnis der frühesten Vermögensteuerstatistik nach dem 2. Weltkrieg, die zum 1. Januar 1953 nur 100 Vermögensmillionäre in der Hansestadt registriert hatte, dann ist sogar eine Verzwölf-fachung festzustellen.

Das steuerliche Gesamtvermögen der 1 231 Millionäre bezifferte sich zusammengerechnet auf fast 5 Milliarden DM; gegenüber 1966 bedeutet das einen Zuwachs von 43,5 %.

Unter den Vermögensmillionären befanden sich 72 Multimillionäre mit Vermögenswerten von 10 Millionen DM und darüber; vier davon

konnten sogar mehr als 100 Millionen DM ihr eigen nennen. Als mittlere Größe dieser vier Spitzenvermögen ergibt sich ein Betrag von über 241 Millionen DM.

Die meisten Millionäre hatten sich nicht auf eine Vermögenskategorie allein spezialisiert: 1 172, also fast alle, wiesen Sonstiges Vermögen auf, d. h. im wesentlichen Kapitalvermögen in seinen diversen Spielarten; jeweils vier Fünftel besaßen Betriebs- und Grundvermögen und lediglich 137 oder 11,1 % land- und forstwirtschaftliches Vermögen.

In Hamburgs Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen wurden zum 1. Januar 1969 522 bzw. 1 403 Vermögensmillionäre statistisch ermittelt.

Francisco Villalaz

Die Wohnverhältnisse junger Ehepaare in Hamburg

Eine Sonderaufbereitung der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 ermöglicht es, die Wohnverhältnisse junger Ehepaare darzustellen, wobei insbesondere ein Vergleich der Unterbringung von Ehepaaren, die im Jahre vor der Zählung geheiratet haben mit denen, deren Eheschließung vier Jahre früher lag, aufschlußreich ist. Damit das Bild nicht durch solche Ehepaare verfälscht wird, die zum Zeitpunkt ihrer Eheschließung – z. B. als Verwitwete oder Geschiedene – im allgemeinen schon über eine Wohnung verfügten, sind in diese Betrachtung nur die Ehepaare einbezogen worden, deren Haushaltsvorstand 1928 oder später geboren ist; nur sie werden hier unter dem Begriff „junge Ehepaare“ verstanden und von ihnen kann angenommen werden, daß es sich in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle um Erst-Ehen handelt.

Bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 wurden in Hamburg 10 479 junge Ehepaare mit dem Eheschließungsjahr 1963 und 10 627 junge Ehepaare mit dem Eheschließungsjahr 1967 ermittelt¹⁾.

Diese Ehepaare waren prozentual wie folgt auf die verschiedenen Wohnverhältnisse aufgeteilt:

Art der Wohnverhältnisse	Eheschließungsjahre	
	1963	1967
	%	
Mieter in Wohnungen	78,3	74,7
Untermieter in Wohnungen	4,9	11,4
Eigentümer in Wohnungen	10,9	5,6
Teil einer Wohnpartei in Wohnungen	2,2	4,7
Bewohner von Wohngelegenheiten	3,7	3,6

Während bei den jungen Ehepaaren, die Bewohner von Wohngelegenheiten waren, die Anteile in beiden Jahren die gleiche Größenordnung hatten, differierten die Anteile bei den Bewohnern von Wohnungen nach der Art des Wohnverhältnisses z. T. erheblich. Bei den jungen Ehepaaren, die 1967 geheiratet hatten, waren die Anteile der Untermieter und derjenigen, die Teil einer Wohnpartei waren und wohl meist bei den Eltern eines Ehepartners wohnten, mehr als doppelt so hoch wie bei den jungen Ehepaaren mit dem Eheschließungsjahr 1963 (16,1 % gegen 7,1 %).

Umgekehrt war bei den jungen Ehepaaren, die 1963 ihre Ehe geschlossen hatten, der Anteil der Wohnungseigentümer fast doppelt so hoch wie bei denen mit dem Eheschließungsjahr 1967.

Der weitaus überwiegende Anteil entfiel aber in beiden Jahren, auf die Mieter in Wohnungen, wobei die

jugen Ehepaare mit dem Eheschließungsjahr 1963 mit rd. 78 % einen etwas höheren Anteil stellten als die jungen Ehepaare, die im Jahre 1967 geheiratet hatten, mit fast 75 %.

Diese Unterschiede, die deutlich eine durchschnittlich bessere Wohnungsversorgung der bereits seit 1963, also länger verheirateten Ehepaare erkennen läßt, dürften wohl vor allem auf zwei Gründe zurückzuführen sein; und zwar auf finanzielle Möglichkeiten und auf die Familiengröße. Ehepaare, die noch nicht so lange verheiratet sind, haben im allgemeinen geringere finanzielle Mittel und auch kleinere Familien, weil überwiegend noch kein oder nur ein Kind vorhanden ist. Deswegen sind junge Ehepaare mit dem Eheschließungsjahr 1967 relativ weniger häufig als Eigentümer und mehr als Untermieter sowie als Teil einer Wohnpartei zu finden. Ehepaare dagegen, die schon länger verheiratet sind, verfügen z. T. über größere finanzielle Mittel und sind vielfach zusammen mit ihren Kindern so große Familien geworden, daß eine angemessene Mietwohnung oder Wohnungseigentum möglich und notwendig geworden ist.

Über die Familiengröße der jungen Ehepaare gibt die folgende Aufstellung Auskunft.

Familiengröße	Eheschließungsjahre	
	1963	1967
	%	
2 Personen (= keine Kinder)	19,4	51,2
3 Personen (= 1 Kind)	39,8	41,0
4 Personen (= 2 Kinder)	33,7	5,8
5 und mehr Personen (= 3 und mehr Kinder)	7,1	2,0

Über die Hälfte der jungen Ehepaare mit dem Eheschließungsjahr 1967 hatte am Zählungstichtag keine Kinder, während es bei den Ehepaaren, die vier Jahre vorher geheiratet hatten, nur knapp 20 % waren.

Der Anteil der jungen Ehepaare, die 1 Kind hatten, war bei beiden Gruppen mit rd. 40 % in etwa gleich: noch größere Familien hatten erwartungsgemäß bei den Ehepaaren mit dem Eheschließungsjahr 1963 einen erheblich höheren Anteil.

Welchen Einfluß hatte nun die Familiengröße der jungen Ehepaare auf das Wohnverhältnis? Bei beiden Gruppen sind eindeutig folgende Tendenzen festzustellen: Mit zunehmender Zahl der Kinder stieg der Anteil der Mieter und der Bewohner von Unterküften und ging der Anteil der Untermieter und der Ehepaare, die Teil einer Wohnpartei waren, zurück. Bei den Eigentümern war dagegen eine eindeutige Tendenz nicht zu erkennen (Tabelle 1).

¹⁾ 1963 gab es in Hamburg 14 760 Eheschließungen, bei denen der Mann unter 36 Jahre alt war und 1967 wurden 14 717 Ehen geschlossen, bei denen der Mann unter 40 Jahre alt war. Diese Altersabgrenzung entspricht etwa dem Begriff der „jungen Ehepaare“.

Tabelle 1

**Ehepaare ¹⁾ mit Eheschließungsjahren 1963 und 1967 in Hamburg am 25. 10. 1968
nach der Zahl der Kinder und nach den Wohnverhältnissen**

Zahl der Kinder	Ehepaare ¹⁾ mit Eheschließungs- jahren absolut		davon nach den Wohnverhältnissen in % (von Sp. 1 bzw. 2)									
			Mieter in Wohnungen		Untermieter in Wohnungen		Eigentümer in Wohnungen		Teil einer Wohnpartei in Wohnungen		Bewohner von Wohn- gelegenheiten	
	1963	1967	1963	1967	1963	1967	1963	1967	1963	1967	1963	1967
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
0	2 035	5 446	75,4	74,8	7,1	11,5	11,4	6,1	3,0	4,9	3,1	2,7
1	4 172	4 355	78,2	73,2	5,6	12,4	10,1	5,1	2,4	4,9	3,7	4,4
2	3 532	616	79,5	80,2	3,4	7,0	11,5	4,4	1,9	3,1	3,7	5,3
3 und mehr	740	210	80,8	86,2	1,9	1,9	11,2	5,7	0,8	1,0	5,3	5,2
Insgesamt	10 479	10 627	78,3	74,7	4,9	11,4	10,9	5,6	2,2	4,7	3,7	3,6

¹⁾ Nur Ehepaare, deren Haushaltsvorstand 1928 und später geboren ist sowie alle weiteren Ehepaare im Haushalt.

Es zeigt sich hieraus eine deutliche Verschiebung der Wohnverhältnisse mit zunehmender Kinderzahl vom Untermieter und „Teil einer Wohnpartei“ weg zur eigenen Wohnung als Mieter oder in eine Unterkunft, wobei aus dem vorliegenden Material nicht festgestellt werden kann, ob es sich bei den Unterkünften um Eigentum (z. B. eigenes Behelfsheim) oder um ein Mietverhältnis handelt.

Für die Mieter und Untermieter unter den jungen Ehepaaren wurde auch ermittelt, wieviele Räume sie bewohnten (Tabelle 2). Aus dieser Tabelle wird deutlich, daß im allgemeinen den Ehepaaren, die 1963 geheiratet hatten, bei gleicher Familiengröße mehr Räume zur Verfügung standen, als den Ehepaaren, die vier Jahre später ihre Ehe schlossen: Bei den Mietern lagen die Anteile der Ehepaare mit dem Eheschließungsjahr 1963, die bis zu 3 Räumen bewohnten, fast bei allen Kinderzahlen unter denjenigen der Ehepaare mit Eheschließungsjahr 1967 (Spalten 2 und 3) und bei den Mietwohnungen mit vier und mehr Räumen war es umgekehrt (Spalte 4).

Ähnlich deutliche Unterschiede gab es bei den jungen Ehepaaren, die zur Untermiete wohnten, dagegen nicht durchgängig bei allen Familiengrößen; hier sind allerdings auch z. T. die absoluten Zahlen so gering, daß prozentuale Anteile keine sinnvollen Vergleiche mehr zulassen.

Mit zunehmender Zahl der Kinder ergaben sich bei beiden Jahresgruppen junger Ehepaare im großen und ganzen folgende Veränderungen in den prozentualen Anteilen, die auf die jeweilige Wohnungsgröße entfielen:

abnehmende Anteile
bei Mietern bis zu 3 Räumen
und bei Untermietern mit einem Raum
(Tabelle 2, Sp. 2, 3 und 6)

zunehmende Anteile
bei Mietern mit 4 und mehr Räumen
und bei Untermietern mit 2 und mehr
Räumen
(Tabelle 2, Sp. 4, 7 und 8).

Tabelle 2

**Mieter- und Untermieter-Ehepaare ¹⁾ mit Eheschließungsjahren 1963 und 1967 in Hamburg am 25. 10. 1968
nach der Zahl der Kinder und der Anzahl der selbstbewohnten Räume**

Zahl der Kinder	Mieter				Untermieter			
	absolut	davon in % in			absolut	davon in % in		
		1-2	3	4 und mehr		1 ²⁾	2	3 und mehr
		selbstbewohnten Räumen				selbstbewohnten Räumen		
1	2	3	4	5	6	7	8	
Eheschließungsjahr 1963								
0	1 534	7,8	46,9	45,3	144	41,7	53,5	4,8
1	3 261	3,7	32,6	63,7	233	29,6	56,7	13,7
2	2 807	2,3	18,9	78,8	119	19,3	60,5	20,2
3 und mehr ..	598	3,2	15,2	81,6	14	21,4	42,9	35,7
Insgesamt ..	8 200	4,0	29,3	66,7	510	30,4	56,3	13,3
Eheschließungsjahr 1967								
0	4 075	12,2	46,9	40,9	626	45,1	48,2	6,7
1	3 186	9,6	44,1	46,3	542	42,6	49,1	8,3
2	494	6,5	30,0	63,5	43	20,9	60,5	18,6
3 und mehr ..	181	8,3	18,2	73,5	4	.	75,0	25,0
Insgesamt ..	7 936	10,7	44,1	45,2	1 215	43,0	49,1	7,9

¹⁾ Nur Ehepaare, deren Haushaltsvorstand 1928 und später geboren ist sowie alle weiteren Ehepaare im Haushalt. — ²⁾ Einschl. Räume unter 6 qm, falls das Ehepaar nur in einem oder mehreren solcher Räume untergebracht war.

Es überrascht allerdings, daß dieser Anteil bei Familien mit 3 und mehr Kindern, die in Mietwohnungen mit 1–2 Räumen untergebracht waren, höher war als bei Familien mit 2 Kindern (Tabelle 2, Sp. 2); eine Erklärung hierfür ist aus dem vorliegenden Material nicht abzuleiten.

Wird eine unzureichende Wohnungsversorgung junger Ehepaare unterstellt, wenn diese ohne Kinder bzw. mit einem Kind als Untermieter einen Raum oder mit 2 und mehr Kindern als Mie-

ter bzw. Untermieter nur 1–2 Räume bewohnten, so kann man feststellen, daß hierunter 317 oder 3,6% der Mieter- und Untermieter-Ehepaare mit dem Eheschließungsjahr 1963 und 598 oder 6,5% der Ehepaare, die vier Jahre später geheiratet hatten, fielen. Auch hieraus ergibt sich wieder, daß die Ehepaare, die schon länger verheiratet waren, relativ besser wohnten, als die Ehepaare mit dem Eheschließungsjahr 1967.

Detlef Schmidt

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1971	August 1971	September 1971	September 1970
		1965	1970				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	760,5	764,6	760,8	766,8	762,6
Lufttemperatur	°C	8,6	8,7	18,6	18,5	13,8	14,0
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	66	70	76	75
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	4	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	5	6	6	6
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	991	50	57	71	97
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 488	270	215	141	153
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	102	—	—	4	2
Tage mit Niederschlägen	"	256	253	15	20	20	21
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ¹²⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	260,5	259,9
Altona	"	264,3	262,0	262,5
Eimsbüttel	"	264,6	258,9	258,8
Hamburg-Nord	"	401,3	360,2	359,5
Wandsbek	"	357,5	370,2	371,1
Bergedorf	"	82,6	94,6	94,7
Harburg	"	199,0	207,3	207,5
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 813,7	1 814,0
dav. männlich	"	861,9	843,4	844,2
weiblich	"	995,0	970,3	969,8
dar. Ausländer ⁴⁾	"	59,8	86,4	90,3
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 510	1 166	1 321 r	1 353 r	950 p	1 040 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	7,7	7,0 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 533	1 574 r	1 446 r	1 380 p	1 370 r
dar. unehelich	"	143	117	116 r	133 r	120 p	106 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	10,1	9,2 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	7,7	7,4 r	2,2 r	8,7 p	7,8 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 213	2 033 r	1 925 r	1 850 p	1 785 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	33	30 r	28 r	35 p	23 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,6	12,0 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ¹⁾	"	17,2	21,2 r	16,8 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123	— 680	— 459 r	— 479 r	— 470 p	— 415 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	— 4,5	— 2,8 r
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	Anzahl	6 174	6 947	6 500 p	7 583
Fortgezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 746	7 000 p	6 950
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	— 379	+ 202	— 500 p	+ 633
dav. männlich	"	— 37	+ 284	+ 390
weiblich	"	— 342	— 82	+ 243
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	13 158	12 680 p	13 540 p	14 750 p	11 546
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 631	1 693
dar. angrenzende Kreise ¹⁾	"	835	983	920
Niedersachsen	"	1 091	1 095	1 105
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	307	344
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 863	1 955
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	2 358	2 830
b) Fortgezogene nach	"
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 394	2 423
dar. angrenzende Kreise ¹⁾	"	1 620	1 721	1 566
Niedersachsen	"	1 268	1 372	1 381
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	635	650
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 944	2 103
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	1 036	1 043

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C. Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufort skala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung. Ausland und unbekannt. — ¹²⁾ Bis zum Vorliegen der endgültigen Bevölkerungszahlen nach dem Stand vom 27. Mai 1970 werden b. a. w. nur noch die Veränderungsvorgänge veröffentlicht.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1971	August 1971	September 1971	September 1970
		1965	1970				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ 2)	Anzahl	11 749	11 221	11 302	11 302	11 302	11 236
Pflegetage		273 169	264 719	253 702	250 992	252 021	255 063
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	82,2	77,1	77,0	79,5	81,5
b) Gemeinnützige Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ 2)	Anzahl	4 573	4 670	4 798	4 800	4 811	4 617
Pflegetage		123 729	125 308	124 746	124 164	125 349	121 468
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,1	83,7	83,4	86,7	87,2
c) Private Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ 2)	Anzahl	745	681	791	791	791	692
Pflegetage		19 012	17 965	19 095	18 337	18 725	18 209
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	82,6	76,7	73,7	78,9	83,4
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ¹⁾ 2)	Anzahl	885	856	820	820	820	856
Pflegetage		21 274	20 557	20 347	20 925	21 042	19 971
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	79,7	83,6	84,1	85,6	97,7
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand ¹⁾ 2)	Anzahl	1 084	883	761	761	761	783
Pflegetage		25 626	19 232	19 014	18 580	18 121	17 404
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	76,0	87,7	85,7	86,4	82,2
3. Anstalten für Geistesranke							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegetage		48 245	46 126	44 387	44 856	43 518	45 114
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	90,3	85,5	86,4	86,7	89,8
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegetage		38 084	38 682	39 268	39 336	38 068	39 760
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	98,0	98,0	98,2	98,2	97,5
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 403	1 397	1 397	1 397	1 397
Pflegetage		43 630	42 329	42 879	42 561	42 616	41 576
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,1	97,6	97,1	100,0	98,1
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen ⁴⁾							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	717,9	686,0	685,5	685,0	718,0
Fernsehrundfunkteilnehmer ²⁾	"	455,8	622,9	614,5	614,4	615,1	625,2
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherel)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	404 866	392 461	427 075	444 626	396 376
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 410	4 636	4 585	5 117	3 487
3. Wissenschaftliche Büchereien ⁴⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	34 543	33 924	29 751	32 820	33 033
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	13 828	12 021	10 006	10 284	11 334
4. Besucher der Museen und Schausammlungen							
	Anzahl	43 961	57 443	56 386	61 052	55 672	60 075
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	689,5	697,9	695,2	693,4	690,3
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	409,3	414,9	411,8	409,8	408,9
Rentner	"	175,5	228,5	233,0	233,3	233,5	229,0
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	51,7	50,0	50,1	50,1	52,4
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	25,6	19,4	17,9	19,9	20,1
dav. männlich	"	17,9	17,3	13,2	12,5	13,8	13,7
weiblich	"	8,8	8,3	6,2	5,4	6,1	6,4

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁶⁾ Ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1971	August 1971	September 1971	September 1970
		1965	1970				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	2 750	2 897	3 022	2 891	2 319
dav. männlich	"	2 318	1 482	1 511	1 630	1 612	1 275
weiblich	"	1 092	1 268	1 386	1 392	1 279	1 044
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	15	19	20	22	11
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	40	11	17	16	39
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	36	46	47	41	35
Elektriker	"	24	12	12	18	19	14
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	20	35	33	43	14
Tischler, Modellbauer	"	24	18	10	10	8	32
Drucker	"	44	49	28	24	25	52
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	10	42	29	17	8
Ernährungsberufe	"	75	41	76	88	94	41
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	"	132	96	104	117	112	87
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	103	59	77	72	110
Warenkaufleute	"	368	411	254	284	262	305
Verkehrsberufe	"	313	162	118	205	203	153
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	574	575	535	518	447
Künstlerische Berufe	"	177	159	231	262	221	129
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	30 510	28 168	27 187	25 762	32 284
dav. männlich	"	13 014	17 678	15 347	15 004	13 936	18 781
weiblich	"	12 813	12 832	12 821	12 183	11 826	13 503
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	6 847	7 121	6 669	6 641	6 516
dav. männlich	"	4 134	5 085	5 215	4 841	4 703	4 833
weiblich	"	1 707	1 762	1 906	1 828	1 938	1 683
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 814	6 695	6 018	4 965	7 923
dav. männlich	"	9 955	7 880	5 447	4 915	3 902	6 790
weiblich	"	572	934	1 248	1 103	1 063	1 133
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 860	8 419	8 456	8 879	7 601
dav. männlich	"	5 512	3 686	3 922	4 050	4 308	3 652
weiblich	"	2 787	4 174	4 497	4 406	4 571	3 949
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	16 703	33 303	.	.	46 284	36 214
Weiblich	"	5 157	13 182	.	.	19 644	14 180
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 810	1 603	1 289	1 026	1 139
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	89,9	94,0	94,0	93,0	89,4
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	11,6	9,3	7,7	7,6
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 076	11 647	11 833	10 856	10 759
dav. lose	"	3 529	2 058	2 440	2 229	2 190	1 940
in Flaschen	"	6 482	1 638	744	743	722	8 819
in verlorenen Packungen	"	.	7 080	8 463	8 360	7 944	.
mit abwechl. Fettgehalt (H-Milch)	"	.	.	101	106	74	.
Ultra-hocherhitzte Milch	"	.	304	417	395	288	.
Mager- und Buttermilch	"	382	442	983	768	439	341
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	10,0	8,0	9,7	12,5	11,7
Kälber	"	2,6	1,9	2,0	2,6	1,8	2,0
Schweine	"	47,0	38,1	37,2	41,8	39,7	37,1
Schafe	"	2,7	1,0	1,0	1,2	1,6	1,4
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,9	8,0	8,1	11,6	9,6
Kälber	"	2,5	1,8	2,0	2,4	1,7	1,8
Schweine ³⁾	"	49,8	40,0	38,0	42,0	40,8	40,3
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 248	5 770	6 245	7 105	6 581
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 222	2 019	1 974	2 877	2 389
Kälber	"	187	152	185	229	159	169
Schweine	"	4 318	3 828	3 536	4 000	4 004	3 963

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1971	August 1971	September 1971	September 1970
		1965	1970				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 496	1 452	1 443	1 440	1 486
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	211	206	206	204	211
dar. Arbeiter ²⁾	"	152	137	130	130	129	136
Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	1 000	24 859	21 756	19 331	18 331	20 267	21 795
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	166	187	184	176	164
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	124	143	139	133	120
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	6	6	6	8
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 498	2 173	2 725	2 491	2 344
Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 Kcal/cbm ⁵⁾)	1 000 cbm	"	18 272	15 503	16 524	19 237	13 875
Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	49	45	59	59
Stromverbrauch	Mio kWh	112	144	138	136	151	141
Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	"	16	11	7	6	7	9
Umsatz ⁶⁾	Mio DM	1 304	1 593	1 624	1 576	1 762	1 669
dar. Auslandsumsatz ⁷⁾	"	155	243	202	202	208	231
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- und Energie-wirtschaft)	1962 = 100	109,1	128,8	116,7	108,3	121,6 p	129,1
Verarbeitende Industrie	"	109,0	126,5	116,3	107,1	120,2 p	126,6
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	137,6	131,1	115,8	129,2 p	139,8
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	134,9	118,9	104,7	127,4 p	133,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,3	97,2	99,5	108,3 p	124,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	108,9	102,7	101,3	106,9 p	105,2
Bauindustrie	"	103,7	122,5	124,2	120,3	130,9 p	142,8
Umsatz⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 593	1 624	1 576	1 762	1 669
Chemische Industrie	"	215	259	166	263	266	253
Elektroindustrie	"	101	140	154	143	171	156
Maschinenbau	"	143	193	180	188	253	246
	"	83	122	130	119	126	120
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	14	14	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	629	470	476	543	592
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	68	52	50	49	51 r
Vj.-Durchschnitt ⁹⁾				4. Vj. 1970	1. Vj. 1971	2. Vj. 1971	2. Vj. 1970
3. Handwerk (Meßziffern¹⁰⁾)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	85,7	85,4	84,5 r	85,3	86,2
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	150,8	194,1	138,6	163,2	142,6
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	148,9	195,8	134,8	159,4	137,7
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe¹¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	46 651	45 167	45 219	45 116	48 723 r
dar. Inhaber	"	1 365	1 296	1 231	1 231	1 203	1 307 r
Angestellte	"	4 684	5 566	5 658	5 695	5 701	5 699 r
Arbeiter ¹²⁾	"	43 102	39 789	38 278	38 293	38 212	41 717 r
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 254	6 318	5 988	6 828	7 590 r
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 609	1 722	1 589	1 980	1 929 r
gewerblich und Industr. Bauten	"	1 673	1 660	1 703	1 648	1 960	1 951 r
öffentliche und Verkehrsbaute	"	2 939	2 985	2 893	2 751	2 888	3 710 r
Löhne (Bruttosumme ¹³⁾)	Mio DM	46,3	62,8	75,1	71,7	78,5	76,2 r
Gehälter Bruttosumme ¹⁴⁾)	"	5,9	10,3	12,1	11,8	11,9	10,6 r
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	173,7	228,4	266,8	247,2	234,9 r
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	41,7	67,0	46,4	50,0	53,7 r
gewerblich und Industr. Bau	"	31,0	51,8	70,6	98,1	101,4	49,7 r
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	80,2	90,7	122,3	95,8	131,5 r
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	167	136	168	152	205
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	98	105	91	84	102
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	363	278	435	395	464
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,8	48,6	75,6	66,9	66,9
Wohnfläche	1 000 qm	95	76	48	90	82	99
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	82	97	75	68	83
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	556	619	542	339	318
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	54,0	101,0	58,2	29,9	31,9
Nutzfläche	1 000 qm	73	96	112	93	55	62
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 058	589	1 286	1 146	1 387

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briquets = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. — ¹¹⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1971	August 1971	September 1971	September 1970
		1965	1970				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	281	153	134	102	148	155
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	302	335	294	351	279
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	40,6	51,6	50,9	54,9	39,9
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)							
Umbauter Raum	1 000 cbm	82	77	55	56	72	80
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	340	545	459	346	373	388
Wohnungen	Anzahl	31,7	52,3	63,1	31,8	42,1	30,1
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	842	666	858	1 074	717
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	153	101	232	101	105
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	90	78	189	74	76
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	338	128	286	161	157
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	42,3	18,1	35,6	23,4	19,9
Wohnfläche	1 000 qm	96	70	27	60	34	31
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)							
Umbauter Raum	1 000 cbm	88	74	27	52	84	50
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	338	407	141	421	737	298
Nutzfläche	1 000 qm	31,9	39,9	14,2	41,0	40,6	20,6
Wohnungen	Anzahl	69	78	23	83	124	50
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 007	348	813	529	450
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert		988	359	18	416	109	90
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 698	13 549	16 900	17 000	17 500	17 000
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		7 138	4 857	5 300	5 700	5 800	5 700
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	183	184	184	184	183
Wohnungen		638	699	702	703	704	691
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		2 322	2 612	2 624	2 627	2 628	2 584
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
* Einzelhandel	1962 = 100	119	178	173	159	188	171
dar. Warenhäuser		130	238	277	229	247	219
Facheinzelhandel		120	149	151	135	151	142
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100		162	161
dav. Unternehmen des Außenhandels			161	157
Unternehmen des Binnengroßhandels			162	168
3. Handel mit Berlin (West) *)							
• Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 890	147 169	147 534	147 895	...	158 130
• Lieferungen Hamburgs		140 188	208 092	216 053	184 083	...	200 256
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	295	335	279	...	307
dav. Waren der							
• Ernährungswirtschaft		17	26	28	29		27
• Gewerblichen Wirtschaft		195	269	307	250		280
• dav. Rohstoffe		2	4	3	2		8
• Halbwaren		50	62	82	55		59
• Fertigwaren		143	203	222	193		213
• dav. Vorerzeugnisse		9	18	17	17		17
• Enderzeugnisse		134	185	205	176		196
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
• Europa		152	209	235	180		226
• dar. EWG-Länder		65	94	90	74		107
• EFTA-Länder		67	87	101	74		92

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1971	August 1971	September 1971	September 1970
		1965	1970				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1962 = 100	111
dav. Beherbergungsgewerbe	.	125
Gaststättengewerbe	.	108
3. Fremdenverkehr ¹⁾							
Fremdenmeldungen	1 000	120	125	144
dar. von Auslandsgästen	.	42	43	52
Fremdenübernachtungen	.	232	248	283
dar. von Auslandsgästen	.	90	83	98
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl						
Angekommene Schiffe	.	1 638	1 573	1 613 r	1 579 p	1 644 p	1 604
Abgegangene Schiffe	.	1 739	1 645	1 645 r	1 652 p	1 652 p	1 733
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 913	3 817 r	3 448 p	3 408 p	3 477
dav. Empfang	.	2 229	3 008	2 961 r	2 630 p	2 548 p	2 610
dav. Massengut	.	1 634	2 370	2 355 r	2 089 p	2 021 p	1 979
dar. Mineralöle	.	968	1 454	1 532 r	1 148 p	1 224 p	1 071
Kohle	.	192	249	160 r	133 p	188 p	288
Getreide	.	180	168	83 r	84 p	113 p	139
Sack- und Stückgut	.	595	636	606 r	541 p	527 p	631
Versand	.	713	908	856 r	818 p	860 p	867
dav. Massengut	.	292	379	335 r	380 p	396 p	371
Sack- und Stückgut	.	421	528	521 r	438 p	464 p	496
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	374	508	453	...	481
Güterversand	.	309	488	500	342	...	482
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 678	3 729 p	3 644 p	3 324 p	3 062
Gestartete Flugzeuge	.	2 047	2 685	3 730 p	3 644 p	3 323 p	3 080
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	124,7	165,4 p	171,9 p	172,1 p	151,7
Abgereiste Fluggäste	.	71,0	124,3	173,4 p	170,0 p	172,1 p	156,0
Angekommene Fracht	t	578	1 192	970 p	1 013 p	1 268 p	1 091
Abgegangene Fracht	.	587	1 328	1 159 p	1 047 p	1 344 p	1 328
Angekommene Post	.	185	274	305 p	266 p	281 p	271
Abgegangene Post	.	229	337	330 p	313 p	319 p	317
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 485	10 866	10 167	10 813	11 236
Hoch- u. U-Bahn	.	13 705	15 858	15 096	14 130	14 679	15 752
Straßenbahn	.	9 438	5 276	4 318	4 009	4 273	5 115
Kraftomnibusse der HHA	.	9 695	12 750	12 805	12 075	12 459	12 534
Kraftomnibusse der VHH	.	1 873	2 307	2 317	2 132	2 278	2 229
Private Kraftomnibusse	.	301	284	310	328	371	352
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	1 000	352,2	455,2	477,9	478,1	479,3	453,1
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	.	310,8	411,7	431,7	431,7	432,7	409,7
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾ Lastkraftwagen	Anzahl	5 071	6 250	6 804	4 151	...	5 692
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	.	4 632	5 660	6 271	3 705	...	5 039
Lastkraftwagen	.	362	493	401	343	...	541
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	1 069	1 067	1 024 r	1 109 p	1 164
Getötete Personen	.	26	32	24	12 r	22 p	30
Verletzte Personen	.	1 108	1 442	1 459 r	1 381 r	1 491 p	1 609

¹⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1971	August 1971	September 1971	September 1970
		1965	1970				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
	Mio DM		25 077,1	28 116,6	28 351,8	28 760,6	25 292,2
• Kredite an Nichtbanken							
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)			7 673,3	8 687,7	8 775,7	8 834,8	7 632,9
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen			7 661,3	8 560,8	8 642,5	8 707,1	7 631,2
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾			3 710,3	4 428,1	4 476,4	4 690,4	3 897,7
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen			3 347,3	3 953,2	3 996,5	4 247,3	3 536,4
• Langfristige Kredite ²⁾ (von 4 Jahren und darüber)			13 693,5	15 000,8	15 099,7	15 235,4	13 761,6
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen			12 112,6	13 243,2	13 357,0	13 491,6	12 164,3
• dar. Durchlaufende Kredite			665,4	641,9	619,4	615,6	658,7
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken			16 355,8	18 384,8	18 600,5	18 625,0	16 403,8
• dav. Sicht- und Termingelder			9 050,0	10 275,9	10 460,8	10 478,7	9 153,1
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen			7 831,5	8 853,1	8 968,9	9 043,2	7 843,8
• Spareinlagen		4 069,9	7 305,8	8 108,9	8 139,7	8 146,3	7 250,7
• dar. bei Sparkassen		2 792,9	4 941,6	5 372,1	5 401,1	5 405,9	4 907,0
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)		244,3	439,1	610,4	461,3	402,2	386,5
• Lastschriften auf Sparkonten		203,9	430,1	583,8	432,0	379,2	380,3
• Zinsgutschriften		12,9	33,2	4,5	1,6	1,6	1,3
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	19	17	13	22	12
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	875	977	916	860	669
Betrag	1 000 DM	1 314	2 932	3 558	3 329	2 216	2 009
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren/ eidesstattliche Versicherungen³⁾	Anzahl	20 563	23 373	25 433	27 021	27 078	23 605
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls							
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		3 058	3 303	3 384	2 958	3 207	3 126
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		1 198	1 440	1 624	1 423	1 455	1 327
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen		353	457	463	412	450	373
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	151	147	150	150	153
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 862	5 133	5 148	5 164	4 953
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	5 015	5 320	5 336	5 354	5 061
Stammkapital	Mio DM	2 982	4 234	4 839	4 831	4 946	4 334
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM		585 154	483 805	560 825	781 811	732 307
• dav. Steuern vom Einkommen		200 385	298 399	242 925	295 527	523 761	465 125
• dav. Lohnsteuer		89 007	178 167	210 587	245 011	230 047	180 972
• Veranlagte Einkommensteuer		64 393	66 980	20 668	13 587	198 108	165 679
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		10 279	14 446	6 692	32 551	3 894	2 323
• Körperschaftsteuer		36 708	38 805	4 978	4 378	91 712	116 151
• Steuern vom Umsatz			288 756	240 880	265 298	258 050	267 182
• dav. Umsatzsteuer		82 827	135 525	125 095	152 839	136 123	126 934
• Einfuhrumsatzsteuer			151 231	115 785	112 458	121 927	140 248
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	602 809	686 518	645 512	647 446	658 047
• dar. Zölle		45 078	49 486	49 587	51 463	52 425	50 255
• Verbrauchsteuern		358 150	535 718	620 062	567 372	571 168	587 658
• dar. Mineralölsteuer		261 342	440 497	528 357	488 110	478 579	497 196
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	40 066	28 798	69 093	23 617	34 277
• dar. Vermögensteuer		11 355	16 648	5 123	48 546	3 516	5 901
• Kraftfahrzeugsteuer		7 992	10 207	11 225	10 165	9 094	9 550
• Biersteuer		2 430	3 057	3 384	3 559	3 617	3 484
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	59 558	53 673	144 747	15 742	8 154
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital		34 764	43 302	13 340	126 840	14 079	6 293
• Grundsteuer A		73	85	27	158	34	31
• Grundsteuer B		5 134	6 939	12 403	15 319	1 025	1 223
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	946 077	960 408	992 664	1 059 991	1 053 606
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	191 333	206 589	180 839	265 455	249 352
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ⁴⁾		122 235	119 351	105 275	69 634	231 910	208 062
• Anteil an den Steuern vom Umsatz			21 416	72 517	10 330	9 929	7 013
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage			10 500	—	31 782	—	—
Außerdem:							
• Einnahmen aus Gemeindesteuern		46 355	38 558	53 673	81 182	15 742	8 154
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer			30 869	32 376	19 503	59 942	48 531
Einnahmen des Landes insgesamt			260 761	292 639	281 524	341 139	306 038

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten ⁴⁾ nach Zerlegung der Lohn- und Körperschaftsteuer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1971	Mai 1971	August 1971	August 1970
		1965	1970				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	148,9	158,2	167,2	169,6	151,3
Einfamiliengebäude	"	113,3	148,8	158,0	166,9	169,3	151,0
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	149,1	158,3	167,4	170,0	151,7
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	149,2	158,6	167,7	169,9	151,6
Bürogebäude	"	112,2	149,2	158,3	166,9	168,8	151,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	150,6	160,7	171,0	172,8	153,8
				Januar 1970	April 1971	Juli 1971	Juli 1970
Löhne und Gehälter¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	329	344	356	367	327
männliche Arbeiter	"	140	202	205	210	227	204
weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
Bruttostundenverdienste	"	5,10	7,25	7,70	7,95	8,16	7,27
männliche Arbeiter	"	3,32	4,89	5,18	5,30	5,53	4,96
weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	45,5	44,6	44,8	44,9	45,0
männliche Arbeiter	"	42,2	41,4	39,5	39,6	41,0	41,1
weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	41,4	40,7	40,3	39,3	36,5	35,5
männliche Arbeiter	"	37,2	36,4	35,5	34,4	31,6	30,7
weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 555	1 658	1 696	1 741	1 564
männlich	"	747	1 104	1 189	1 212	1 257	1 113
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
Technische Angestellte	"	1 182	1 661	1 796	1 830	1 879	1 671
männlich	"	748	1 109	1 200	1 218	1 271	1 127
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 482	1 571	1 606	1 646	1 498
männlich	"	668	1 020	1 086	1 119	1 157	1 030
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
In Industrie und Handel²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 058	1 501	1 593	1 629	1 670	1 515
männlich	"	688	1 042	1 112	1 143	1 183	1 051
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
Technische Angestellte	"	1 176	1 660	1 791	1 829	1 879	1 671
männlich	"	838	1 285	1 351	1 374	1 414	1 296
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
				Juli 1971	August 1971	September 1971	September 1970
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	444	462	399	334	380
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	112	94	88	105
bekämpfte Brände	"	221	337	350	305	246	275
dav. Großbrände	"	9	14	12	12	7	14
Mittelbrände	"	28	44	37	28	26	34
Kleinbrände	"	98	151	159	142	108	111
Entstehungsbrände	"	80	119	141	121	102	114
Schornsteinbrände	"	6	10	1	2	3	2
Hilfeleistungen aller Art	"	"	739	1 001	881	694	837
Rettungswageneinsätze	"	"	10 271	11 052	10 736	10 936	10 469
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 653	1 900	1 714	1 759	1 777
Betriebsunfälle	"	544	505	518	525	475	580
Krankentransporte	"	"	3 660	3 712	3 560	3 618	3 476
Anzahl der beförderten Personen	"	"	10 086	10 814	10 200	10 365	10 208
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	"	11 454	12 515	12 016	11 964	11 686
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	"	87	98	98	80	79
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 164	13 099	11 013	11 507	10 955
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	6	7	9	11	9
Sittlichkeitsdelikte	"	214	213	271	217	240	243
Körperverletzung ³⁾	"	91	130	181	136	137	107
Raub, räuberische Erpressung	"	41	68	116	72	93	68
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	4 431	4 687	3 750	4 004	4 177
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 015	4 208	3 240	3 839	3 355
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 446	8 895	6 990	7 843	7 532
dar. Kraftwagen- und gebrauchsdiebstahl	"	180	287	337	278	325	297
Unterschlagung	"	203	202	167	163	148	200
Begünstigung und Hehlerlei	"	85	134	111	74	121	113
Betrug und Untreue	"	722	936	1 135	1 504	1 000	724
Brandstiftung	"	33	38	31	37	31	28
Außerdem:	"	"	"	"	"	"	"
Verkehrsvergehen ⁴⁾	"	778	1 463	1 371	1 230	1 458	1 410
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁵⁾	"	8 929	17 425	22 125	19 613	23 268	16 863
Ordnungswidrigkeiten	"	423	435	472	474	401	437
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁶⁾	"	31 317	26 905	26 176	23 401	26 290	25 682

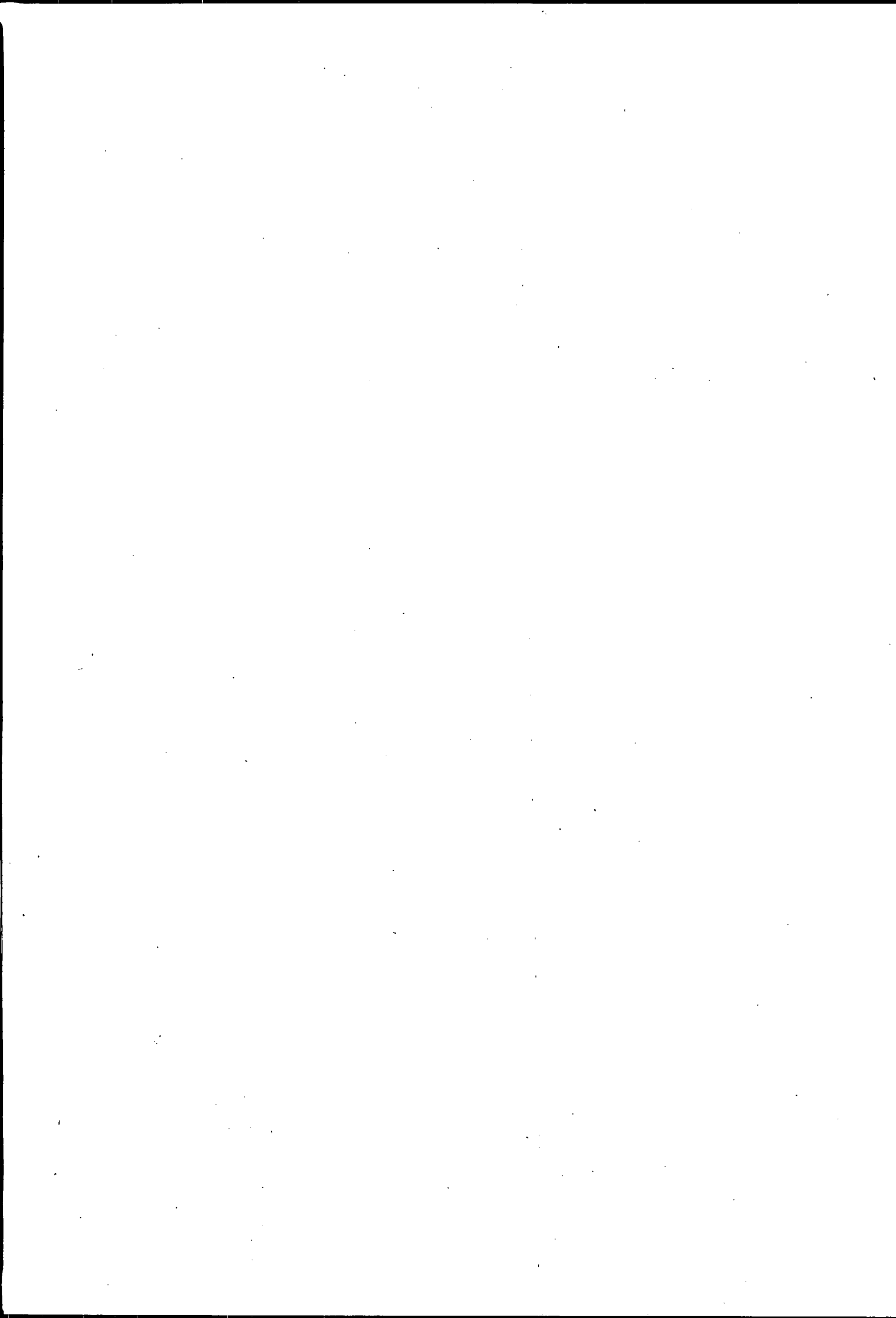
Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsmikrokreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — *) Handel, Kreditinstitute und Versicherungsge-
 erbe. — *) ohne §§ 223 und 230. — *) vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — *) vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — *) vor dem 1. 1. 1969 Gebüh-
 renpflichtige Verwarnungen.

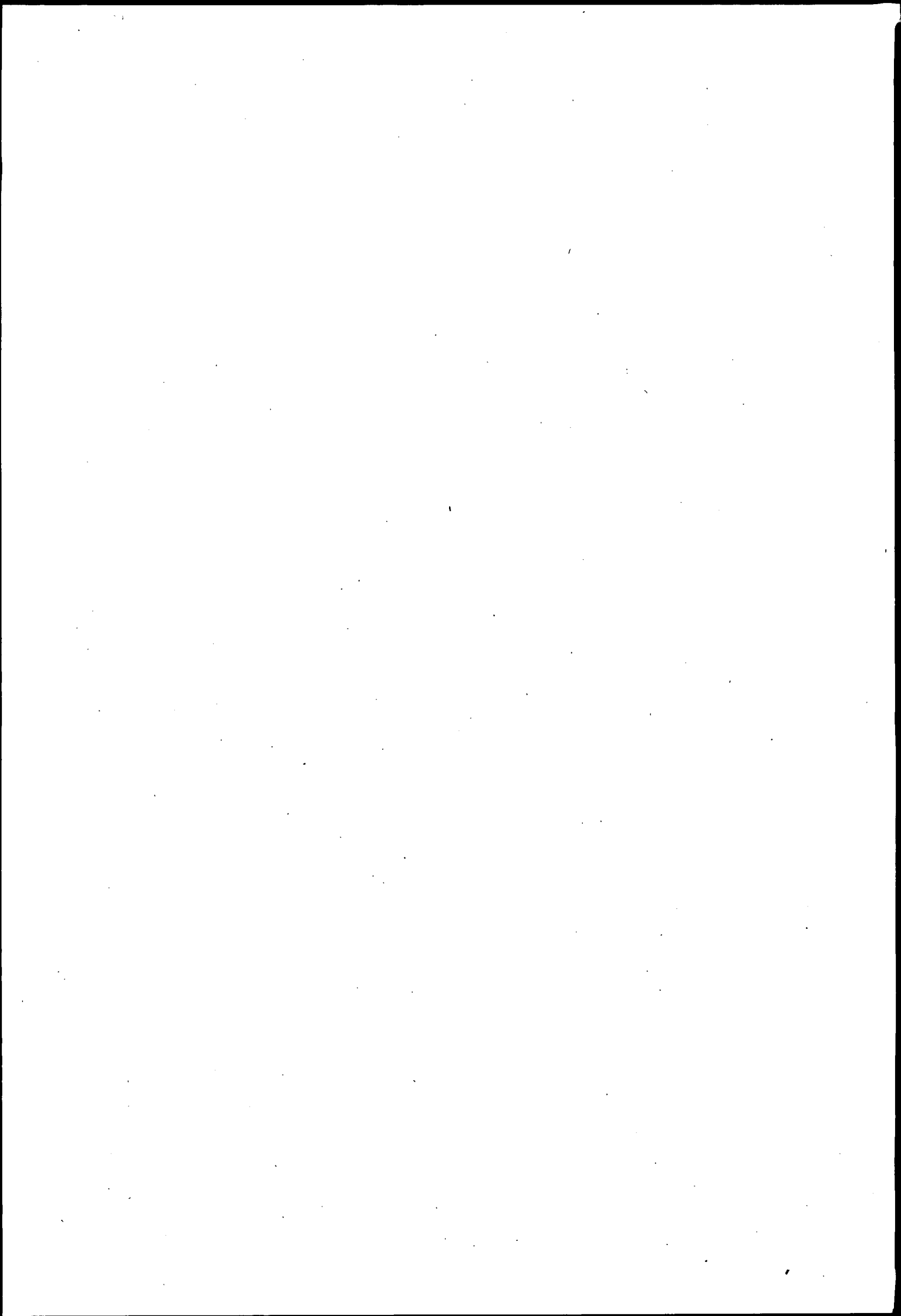
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1971	Juli 1971	August 1971	August 1970
		1965	1970				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	9,1
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	9,6
Gestorbene	1 Jahr	11,5	13,2
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 603	8 523	8 649
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	1 021	971	940
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	44 072	47 946	40 009
dar. Auslandsumsatz	-	4 903	8 506	9 575	7 271
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)	-	-	-	-	-	-	-
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	156,8	147,1	150,5 r	...	142,1
Verarbeitende Industrie	-	119,1	159,9	149,6	153,4 r	...	143,9
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	-	124,8	178,1	179,3	180,1 r	...	175,7
Investitionsgüterindustrie	-	117,8	159,4	143,6	146,8 r	...	130,8
Verbrauchsgüterindustrie	-	115,6	147,2	129,6	135,3 r	...	128,2
Nahrungs- und Genußmittelind.	-	115,2	138,4	129,1	138,5 r	...	133,3
Bauindustrie	-	118,9	134,9	157,3	151,7 r	...	157,8
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 529	1 560,5	1 567,0	...	1 591,0
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	-	-	-	-	-	-	-
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	252,6	237,1	236,3	...	236,4
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	55 229	5167,2	5 410,9	...	4 918,9
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	50 766	66 175	66 404	68 815	58 701
Baufertigstellungen für Wohnungen	-	49 326	39 825	30 046	38 795	30 848	25 673
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	170	162	190	166	151
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	-	-	162	154
VERKEHR							
Seeschifffahrt	-	-	-	-	-	-	-
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	11 764	12 732
dav. Empfang	-	6 950	9 378	10 279
Versand	-	1 885	2 386	2 453
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	195 562	239 998	229 517	133 967	119 758
Straßenverkehrsunfälle	-	-	-	-	-	-	-
Unfälle mit Personenschaden	-	26 364	31 377	33 458	34 626 p	32 575 p	33 481
Getötete Personen	-	1 313	1 594	1 473	1 737 p	1 681 p	1 841
Verletzte Personen	-	38 124	44 186	47 452	49 277 p	47 077 p	48 822
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 924	3 065	3 330	3 809	3 368
Veranlagte Einkommensteuer	-	1 233	1 333	3 728	283	126	172
Körperschaftsteuer	-	681	726	1 552	106	-	76
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	-	2 018	3 177	3 408	3 484	3 609	3 223
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	107,5	112,7	113,0	113,0	107,8
Index der Einfuhrpreise	-	106,3	107,2	107,8	106,7	105,3	106,2
Index der Ausführpreise	-	104,8	116,6	121,8	122,1	122,2	116,9
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾	-	114,6	147,4	-	-	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung ⁹⁾	-	109,0	123,7	130,6	131,2	131,1	124,0
Nahrungs- und Genußmittel	-	109,0	117,4	123,6	124,5	123,1	117,7
Wohnungsmieten	-	118,5	168,5	178,3	179,2	180,0	169,0
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	6,49	6,76	7,01	7,10	6,25
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	45,0	43,7	43,9	45,1

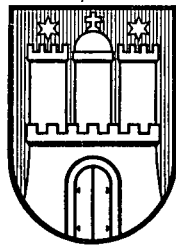
Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁷⁾ 4-Per-Sonen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ⁸⁾ bereits gekürzt um um durchlaufende Posten. — ⁹⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten).





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1971

Dezember-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg im Jahre 1971

1. Gesamtüberblick

Zunahme des Sozialprodukts um 9%

2. Bevölkerung

Weiterer Bevölkerungsrückgang — Zu- und Fortzüge gleichen sich nahezu aus — Das Hamburger Umland bleibt starkes Aufnahmegebiet der Fortziehenden — Sterbefälle weit zahlreicher als Geburten — Weniger Eheschließungen, mehr Ehescheidungen

3. Strukturzahlen aus der Volkszählung

4. Beschäftigung und Lebenshaltung

Leichte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt — Weiterhin zurückgehende Arbeitszeiten vor allem durch geringere Mehrarbeitszeiten als 1970 — Wieder hohe Zunahmen der Stundenverdienste — Bei den Angestellten in der Industrie höhere Zuwachsraten als im Handel — Preisindex für die Lebenshaltung rd. 5% höher

5. Bildung und Kultur

Mehr Männer als Frauen mit qualifiziertem Schulabschluß — Steigende Schülerzahlen in allgemeinbildenden Schulen — Weiterer Anstieg der Studentenzahlen — Inanspruchnahme kultureller Einrichtungen

6. Industrie und Handwerk

Weniger Beschäftigte und Arbeiterstunden in der Industrie — Produktionsrückgang in beinahe allen Industriegruppen — Geringere Umsatzsteigerung — Höhere Umsätze und weniger Beschäftigte im Handwerk

7. Baugewerbe und Wohnungsbau

Bauleistungen nur in den Wintermonaten höher als vor einem Jahr — Starke Unterschiede in der Umsatzentwicklung bei den einzelnen Bauarten — Baugenehmigungen und -fertigstellungen für Wohnungen beachtlich gestiegen — Tiefbauaufträge um mehr als ein Drittel zurückgegangen

8. Handel und Verkehr

Geringeres Umsatzwachstum im Einzelhandel — Rückgang im Fremdenverkehr — Leichter Umschlagrückgang im Hamburger Hafen — Zunahme des Binnenschiffsverkehrs — Beachtliche Transportleistungen der Hafengewirtschaft — Luftverkehr weiter stark gestiegen — Positive Entwicklung im öffentlichen Personennahverkehr — Wachstum des Kraftfahrzeugbestandes verlangsamt — Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden leicht gesunken

9. Geld und Staatsfinanzen

Neuer Sparrekord — Öffentliche Verschuldung erreicht Höchststand seit der Währungsreform — Steuerquellen wieder ergiebiger

Die Vorausschätzung der Jahresentwicklung anhand der bis September bzw. bis Oktober vorliegenden Ergebnisse war in diesem Jahr durch die allgemeine Unsicherheit in der Beurteilung der kurzfristigen wirtschaftlichen Entwicklung mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf fast alle Lebensbereiche mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Es besteht daher die Möglichkeit, daß in stärkerem Maße als in den vorhergehenden anderen Jahren die endgültigen Ergebnisse von den hier genannten vorläufigen Werten abweichen werden. Trotz des vorläufigen Charakters des zur Verfügung stehenden statistischen Materials ist im folgenden versucht worden, einen ersten Überblick über das Jahr 1971 zu geben.

1. Gesamtüberblick

Zunahme des Sozialprodukts um 9%

Auch Hamburg stand 1971 im Zeichen der sich deutlich abschwächenden Hochkonjunktur. So verminderte sich nach einer ersten Schätzung die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts nominal von 12,1% im Jahre 1970 auf 9% im Jahre 1971 und real von 5,0 auf 2,5%. Hamburg blieb damit in beiden Jahren etwas hinter der Bundesentwicklung zurück. Die reale Zuwachsrate 1971 entspricht damit etwa der des Jahres 1966 (Hamburg 2,7%, Bundesgebiet 2,8%), dem Jahr vor der Rezession 1967. Ungleich stärker war 1971 dagegen der Preiseinfluß – mit 7 Punkten rd. doppelt so hoch wie 1966 – der zu entsprechend hohen nominalen Zuwachsraten in den beiden letzten Jahren führte.

Im Jahre 1971 hat die Einwohnerzahl Hamburgs um weitere 9 000 Personen abgenommen, und zwar im wesentlichen durch einen Gestorbenenüberschuß von 8 000 Personen. Gegenüber dem Vorjahr haben sich hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsbewegung der deutschen Bevölkerung keine wesentlichen Änderungen ergeben. Auch der Wanderungsverlust gegenüber dem Umland erreichte mit 13 000 Personen das seit Jahren anhaltende hohe Niveau. Der für 1971 voraussichtlich zu erwartende Wanderungsverlust von 1000 Personen ist auf eine Stagnation der Zuzüge an Ausländern (1970 und 1971 jeweils rd. 30 000) bei weiterhin steigenden Fortzügen zurückzuführen.

Ausdruck für die konjunkturelle Abschwächung ist auch die Entspannung am Arbeitsmarkt: nach dem Stand von Ende Oktober verminderte sich die Zahl der offenen Stellen gegenüber 1970 um rd. 20%

auf 23 000, während die Zahl der Arbeitslosen von 2 700 auf 3 600 Personen zunahm. Die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten der Industriearbeiter verminderten sich um 1,3% auf 44 Stunden (1970: – 0,4%). Bei einer etwa gleich hohen Steigerung der Bruttostundenverdienste (+ 13,5%) wie im Vorjahr ergab sich mit + 12,1% eine etwas geringere Zunahme der Bruttowochenverdienste als 1970. Etwa die gleiche Zuwachsrate in den Bruttomonatsverdiensten erzielten 1971 die Angestellten in der Industrie sowie die Angestellten im Handel, in den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe.

Der im laufenden Jahr weiter zu beobachtende Preisauftrieb ist aus der Zuwachsrate des Preisindex für die Lebenshaltung abzulesen. Er stieg für alle privaten Haushalte 1971 um 4,9% gegenüber 3,8% im Vorjahr.

Im Zeitraum Januar bis September blieb die Leistung der Hamburger Industrie um rd. 3% hinter der des Vorjahres zurück. Einbußen ergaben sich insbesondere beim Schiffbau, der Mineralölverarbeitung und der gummi- und asbestverarbeitenden Industrie. In der chemischen, der NE-Metallindustrie und im Maschinenbau wurden dagegen Produktionsfortschritte erzielt. Umsatzmäßig wird das Ergebnis der Industrie 1971 wahrscheinlich um 4,6% über dem Vorjahresergebnis liegen. Ausgesprochen ungünstig entwickelten sich mit – 6,4% die Auslandsumsätze der Industrie (1970 + 4,6%), während der Inlandsumsatz mit + 6,5% nur mäßig hinter der vorjährigen Zuwachsrate von + 7,9% zurückblieb. Die höchsten Umsatzzunahmen wurden, wie im Vorjahr, 1971 mit + 9,2% von der Investitionsgüterindustrie erzielt. Das Handwerk erzielte im Zeitraum Januar bis September insgesamt eine Umsatzzunahme um fast 16%. Das günstige Ergebnis ist nicht unwesentlich auf die hohe Zuwachsrate von 33% im Bau- und Ausbauhandwerk zurückzuführen. Hierzu dürften Preissteigerungen erheblich beigetragen haben, wie z. B. der Preisindex für den Wohnungsbau zeigt, dessen Anstieg 1971 12,1% betrug. In der Umsatzentwicklung blieb gegenüber dem Durchschnitt insbesondere das Nahrungsmittelhandwerk erheblich zurück.

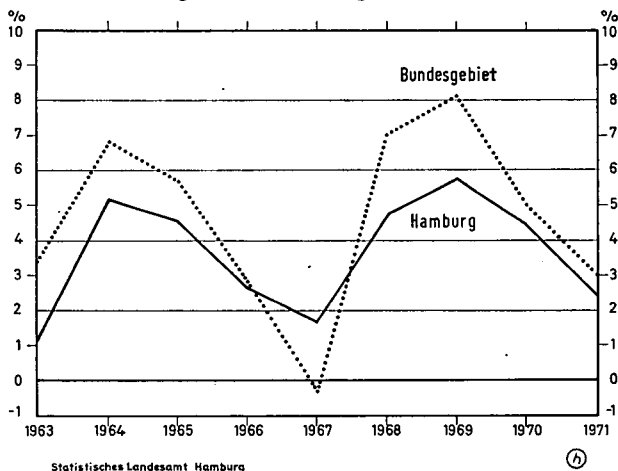
Der Wohnungsbau zeigte 1971 wieder eine günstigere Tendenz. Es wurden rd. 10% Wohnungen mehr fertig und rd. 20% Wohnungen mehr genehmigt als im Vorjahr. Im Zeitraum Januar bis September erreichte der Tiefbau eine Produktionszunahme um rd. 10%.

Der Einzelhandel erzielte eine Umsatzzunahme von 8,7%. Der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln blieb hinter der durchschnittlichen Entwicklung erheblich zurück.

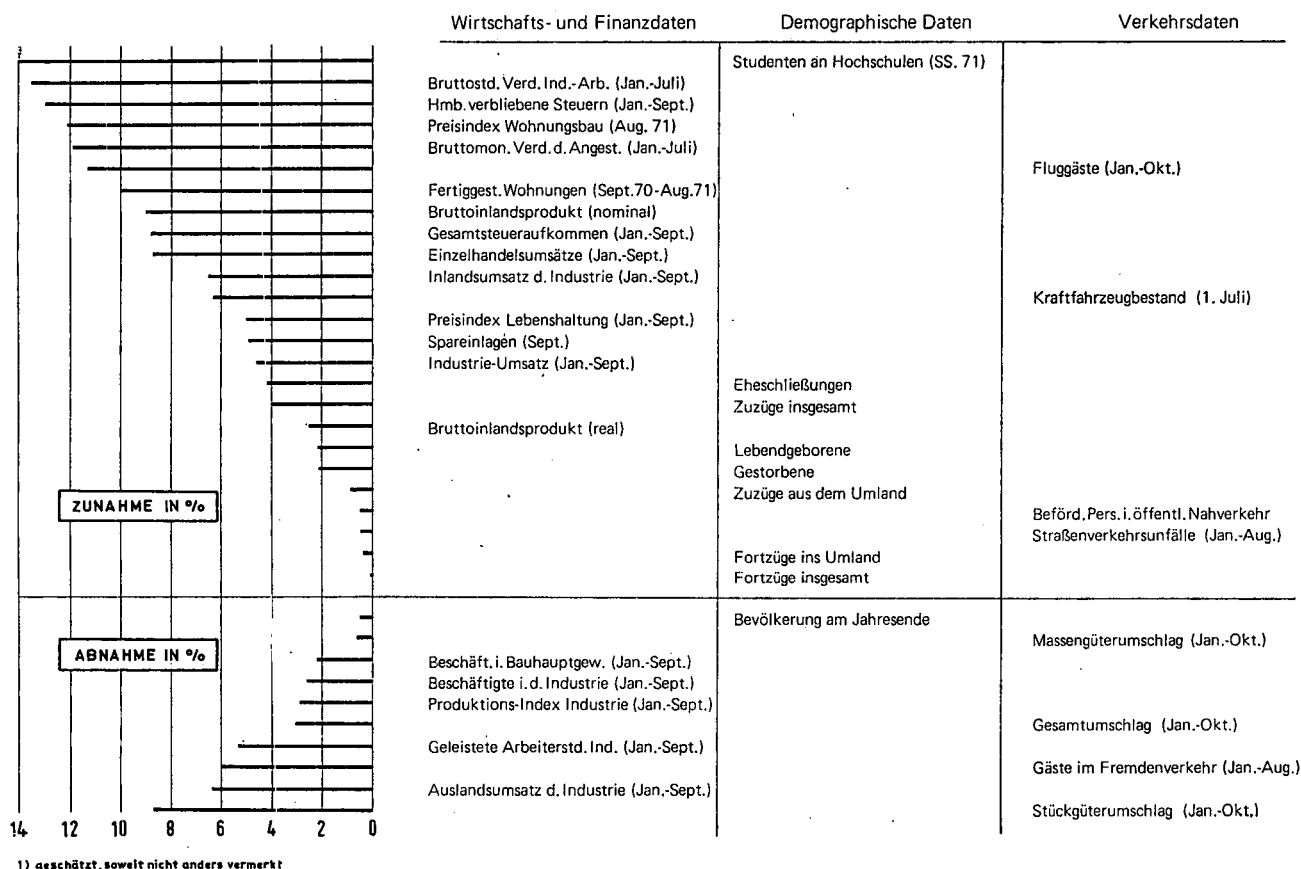
Im Bereich des Verkehrs sind die Zuwachsraten für 1971 sehr unterschiedlich. So betrug der Rückgang im

Schaubild 1

Die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in Hamburg und im Bundesgebiet 1963 bis 1971



AUSGEWÄHLTE VERÄNDERUNGSRATEN 1971 IN HAMBURG¹⁾



Hafenumschlag nach dem besonders günstigen Jahr 1970 rd. 3%, beim Stückgutumschlag sogar 8,7%. Der Luftverkehr verzeichnete in der Zahl der Fluggäste eine Zunahme um rd. 11%, die mehr auf den verstärkten Charterverkehr als auf die Entwicklung im Linienverkehr zurückzuführen ist. Die Zahl der im öffentlichen Nahverkehr beförderten Personen – rd. 442 Mio – wird 1971 um etwa +0,5% größer sein als 1970. Die Umstrukturierung zugunsten des Omnibusverkehrs (+5%) ist weiter fortgeschritten. Eine ungünstige Entwicklung weist wiederum der Fremdenverkehr auf: die Zahl der Gäste mit Übernachtungen ging gegenüber dem Vorjahr um 6% zurück.

Die Spareinlagen erreichten 1971 einen Rekordstand, sie übertrafen im September die des Vorjahrs um rd. 5%. Die Zuwachsrate der haushaltswirksamen Steuereinnahmen betrug 1971 13%. Nach der ungünstigen Entwicklung im Jahre 1970 war sie aber nicht hoch genug, um die Staatsausgaben zu decken. Aus diesem Grunde waren weitere Schuldenaufnahmen erforderlich. Der Schuldenstand erhöhte sich 1971 um rd. 15%.

2. Bevölkerung

Weiterer Bevölkerungsrückgang

Ende 1971 wird Hamburg eine Wohnbevölkerung von 1 785 000 Einwohnern haben. Das bedeutet, daß innerhalb des Jahres 1971 – soweit sich dies aus den bisher vorliegenden Daten von etwa einem

Dreivierteljahr vorausschätzen läßt – eine Bevölkerungsabnahme von 9 000 eingetreten sein wird. Der Verlust ist zum entscheidenden Teil durch den voraussichtlichen Gestorbenenüberschuß von rd. 8 000 Personen bedingt, der einerseits auf den großen Anteil der über 65jährigen Bevölkerung Hamburgs zurückgeführt werden muß, andererseits durch die absinkenden Geborenenzahlen herbeigeführt wird (vgl. Abschnitt: Sterbefälle weit zahlreicher als Geburten).

Zu- und Fortzüge gleichen sich nahezu aus

Nachdem bereits 1969 die starken Wanderungsverluste der früheren Jahre abnahmen, das Jahr 1970 sogar mit einem leichten Wanderungsgewinn von 2 400 Personen abschloß, wird voraussichtlich 1971 wieder mit einem negativen Saldo der Wanderungsströme gerechnet werden müssen. Soweit sich zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Berichts abschätzen läßt, wird das Wanderungsvolumen nur wenig unter dem des Vorjahrs liegen und sowohl bei den Zu- als auch den Fortzügen jeweils Zahlen um 80 000 Wanderungsfälle ausweisen. Im Vorjahr standen den 83 400 Zuzügen 81 000 Fortzüge gegenüber. Diese geringe Verschiebung muß der Ausländerwanderung zugeschrieben werden: Die Konjunkturabschwächung im 2. Halbjahr 1971 läßt eine fallende Zuzugstendenz und möglicherweise eine leicht verstärkte Rückwanderung in die Heimatstaaten der Ausländer erwarten.

Tabelle 1

Veränderungskomponenten der Bevölkerung in Hamburg 1969 bis 1971

Art der Angaben	1969	1970	1971 ¹⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr		
				absolut		in %
				1971	1970	1971
	1	2	3	4	5	6
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Lebendgeborene	21 039	18 390	18 000	— 400	—12,6	—2,1
Gestorbene	27 213	26 561	26 000	— 600	— 2,4	—2,1
Gestorbenenüberschuß	6 174	8 171	8 000
Eheschließungen	14 494	13 991	13 400	— 600	— 3,5	—4,2
Wanderungsbewegung insgesamt						
Zuzüge	81 819	83 366	80 000	— 3 400	+ 1,9	—4,0
Fortzüge	81 409	80 947	81 000	+ 100	— 0,6	+ 0,1
Wanderungsgewinn (+)/-verlust (—) ..	+ 410	+ 2 419	— 1 000
Bevölkerungsverlust	5 764	5 752	9 000
Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und dem Umland ²⁾						
Zuzüge	16 591	16 147	16 000	— 100	— 2,7	—0,9
Fortzüge	29 178	29 119	29 000	— 100	— 0,2	—0,4
Wanderungsverlust	12 587	12 972	13 000

¹⁾ Jahreszahlen 1971: Jahresschätzung nach der Entwicklung in 3 Vierteljahren. — ²⁾ Kreise: Hztg. Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Stadtkreis Lüneburg, Landkreis Lüneburg, Harburg, Stade.

Der sehr reagible Wanderungssaldo Hamburgs ist also wesentlich eine Auswirkung der Wirtschaftslage, die sich wiederum in den Ausländerbestands- und -Wanderungsdaten widerspiegelt.

Für die Zu- und Fortzüge der Ausländer ergeben sich voraussichtlich folgende Zahlen:

Zuzüge	30 000
Fortzüge	19 000
Wanderungsgewinn	11 000.

In der Wanderungsbilanz der deutschen Bevölkerung sind keine außergewöhnlichen strukturellen Veränderungen zu erwarten. Das Jahr 1970 hatte folgende Zahlen erbracht:

Zuzüge	53 500
Fortzüge	65 500
Wanderungsverlust	12 000.

Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen muß angenommen werden, daß dieser Saldo 1971 auf dem gleichen Niveau (oder sogar etwas höher) liegen wird.

Die Summe der Salden für Deutsche und Ausländer ergäbe damit einen Wanderungsverlust von gut 1 000 Personen.

Das Hamburger Umland bleibt bevorzugtes Aufnahmegebiet der Fortziehenden

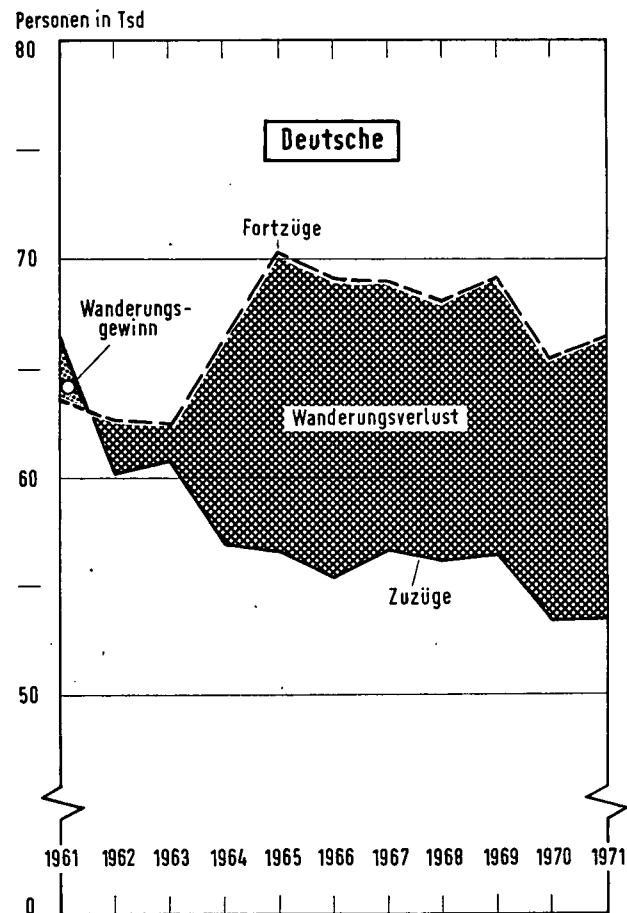
Die Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und seinen Nachbargebieten von Schleswig-Holstein und Niedersachsen separat betrachtet, weicht von dem Bild der Gesamt-Mobilität entscheidend ab.

Die Anstrengungen der Nachbargemeinden auf dem Gebiet des Wohnungsbaus und der Ansiedlung von Gewerbebetrieben und die zunehmende Verbesserung des Verkehrsnetzes im Hamburger Umland veranlaßt jährlich einen Teil der Hamburger Bevölkerung — wie auch aus Großstädten anderer Regionen — seinen Wohnsitz in die äußere Stadtregion zu verlegen.

Die Umlandkreise in Schleswig-Holstein (Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Hztg. Lauenburg) und Niedersachsen (Lüneburg, Harburg, Stade) haben in den letzten Jahren jeweils per Saldo 10 000—13 000 Personen aus Hamburg an sich herangezogen. Diese Größenordnung ist ziemlich konstant geblieben. Der

Schaubild 3

Zu- und fortgezogene Deutsche sowie Wanderungsgewinn und -verlust in Hamburg 1961 bis 1971

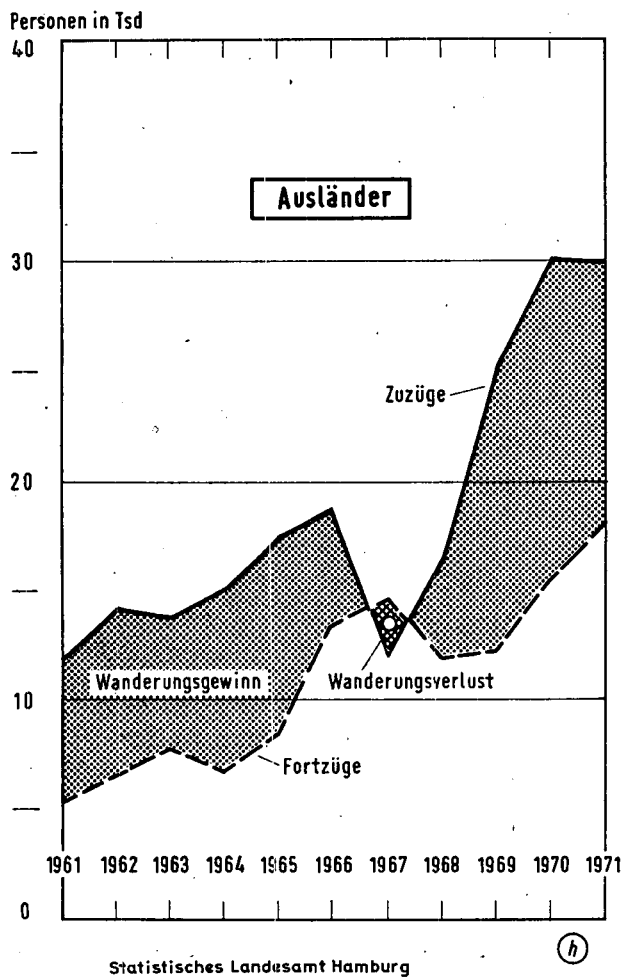


Statistisches Landesamt Hamburg

h

Schaubild 4

Zu- und fortgezogene Ausländer sowie Wanderungsgewinn und -verlust in Hamburg 1961 bis 1971



Wanderungsverlust Hamburgs mit seinem unmittelbaren Umland wird 1971 – geschätzt nach den bisher zur Verfügung stehenden Unterlagen – bei 13 000 liegen. Der Kreis Harburg im Süden Hamburgs und der nördliche Kreis Segeberg (mit der Stadt Norderstedt) stellen dabei mit einem Wanderungsgewinn von über 3 000 Personen gegenüber Hamburg die stärksten Magneten des Umlands dar. Aber auch Pinneberg und Stormarn mit einem Wanderungsgewinn aus Hamburg von mehr als 2 000 Personen üben weiterhin eine starke Anziehungskraft auf die Hamburger Bevölkerung aus.

Sterbefälle weit zahlreicher als Geburten

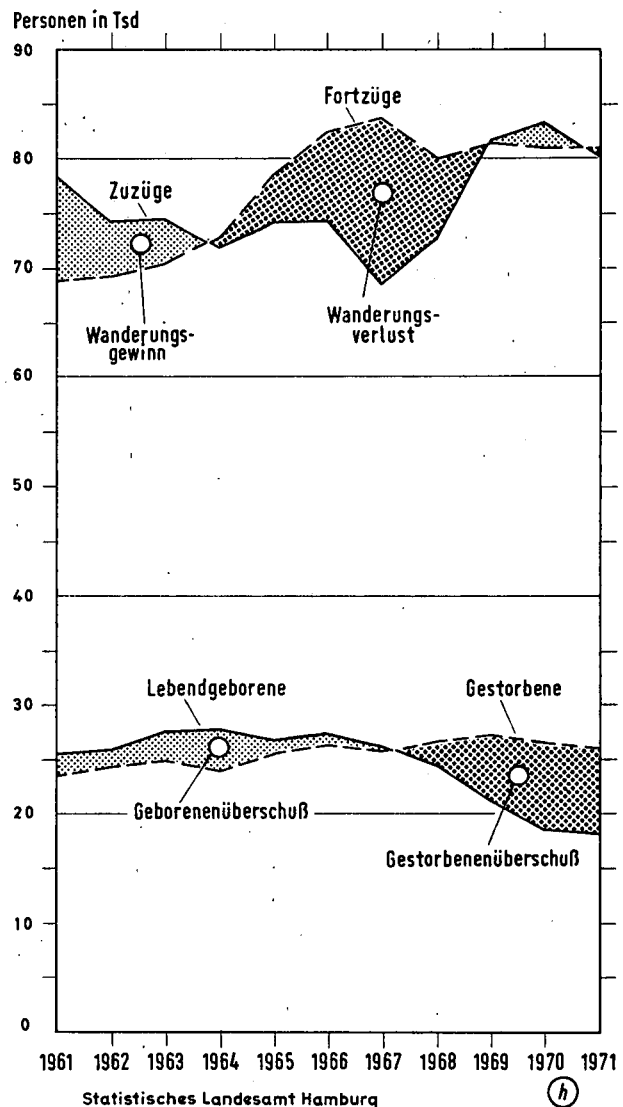
Obwohl Hamburg im Jahre 1970 einen Wanderungsüberschuß von 2 400 Personen hatte, ergab sich durch einen Gestorbenenüberschuß von 8 100 Personen (18 400 Geborene, 26 500 Gestorbene) eine Bevölkerungsabnahme von 5 700 Einwohnern. Auch 1971 wird sich eine etwa gleichbleibend hohe Gestorbenenanzahl (Schätzung: rd. 26 000) ergeben. Bedingt sind diese Zahlen durch den ungünstigen Altersaufbau der Hamburger Wohnbevölkerung: jeder 6. Einwohner ist über 65 Jahre alt, d. h. 16,9% der Bevölkerung waren 65 Jahre und älter, gegenüber 14,1% im Jahre 1961. Von den Gestorbenen hatten 75% das 65. Lebensjahr überschritten.

Der sich seit 1969 abzeichnende Geburtenrückgang hält weiter an. Die Erwartung, daß sich 1971 eine günstigere Entwicklung anbahnen würde, läßt sich nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen von 9 Monaten des Jahres nicht bestätigen. Obwohl sich diese Komponente der natürlichen Bevölkerungsbe- wegung nicht so klar wie die der Gestorbenen ab- schätzen läßt, gibt es Anhaltspunkte, wonach für 1971 die Geborenenzahl unter die Grenze von 18 000 absinken wird.

Allerdings ist der Rückgang der Geburten relativ weit weniger stark als im Vorjahr. Die allgemeine Frucht- barkeitsziffer (Geborene auf 10 000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren) sank von 51,8 im Jahre 1970 auf 51,0 im Jahre 1971 nur noch geringfügig ab.

Schaubild 5

Zuzüge nach Hamburg und Fortzüge aus Hamburg sowie Geburten und Sterbefälle 1961 bis 1971



Weniger Eheschließungen, mehr Ehescheidungen

Der Rückgang der Geburtenzahl ist nicht nur mit der Familienplanung zu begründen, sondern hängt auch entscheidend von der Zahl der Eheschließungen ab. Vor 10 Jahren, also im Jahre 1961, wurden

in Hamburg über 19 000 Ehen geschlossen. Das waren 10,4 Ehen auf 10 000 Einwohner. Seit 1962 ist diese Zahl rückläufig und fiel bis 1970 auf 7,3. Auch hier ist die Ursache in erster Linie in der veränderten Alterszusammensetzung zu suchen. Die meisten Ehen werden geschlossen, wenn die Männer zwischen 21 Jahre und 29 Jahre alt sind und die Frauen ein Alter zwischen 19 Jahre und 26 Jahre erreicht haben. Ende 1970 waren 12,5% der Männer und 8,1% der Frauen in dem entsprechenden Alter, wogegen diese Anteile 1961 noch 13,5% bzw. 10,9% betragen. Auch für das Jahr 1971 ist ein weiterer Rückgang der Eheschließungszahl zu erwarten; diese wird voraussichtlich mit etwa 13 400 um 600 unter der Zahl des Vorjahrs liegen.

Die Zunahme der gerichtlichen Ehelösungen setzte sich weiter fort. Glaubte man bereits 1970 mit 5 200 Ehescheidungen einen Höchststand erreicht zu ha-

ben, so wird 1971 diese Zahl wieder überschritten werden und voraussichtlich 5 400 betragen. Bei gleichzeitig abnehmender Bevölkerung ergibt sich damit eine Scheidungsziffer von 3,0 (Scheidungen auf 1 000 Einwohner). Vor 10 Jahren lag diese Ziffer bei 1,9.

3. Strukturzahlen aus der Volkszählung 1970

Im Verlaufe des Jahres fielen die ersten Ergebnisse der Volkszählung 1970 an. Sie zeigten eine Reihe zum Teil tiefgreifender Wandlungen in der biologischen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Hamburger Bevölkerung seit 1961. Die wichtigsten Veränderungen lassen sich aus folgendem Überblick entnehmen:

Zum Stichtag 27. Mai 1970 wurde eine Wohnbevölkerung von 1 793 823 Personen ermittelt —

Tabelle 2

Ausgewählte Strukturzahlen aus der Volkszählung vom 27. Mai 1970

Art der Angaben	Volkszählung 1970	Veränderung gegenüber Volkszählung 1961		Anteil an der jeweiligen Gesamtzahl		
		Anzahl	%	VZ 1970	VZ 1961	
						1
Wohnbevölkerung	insgesamt	1 793 823	— 38 523	— 2,1	100	100
davon	männlich	827 661	— 16 671	— 2,0	46,1	46,1
	weiblich	966 162	— 21 852	— 2,2	53,9	53,9
darunter Ausländer	männlich	36 160	+ 22 270	+ 160,3	4,4	1,6
	weiblich	22 212	+ 13 787	+ 163,6	2,3	0,9
nach Altersgruppen						
unter 15 Jahren		329 117	+ 32 556	+ 11,0	18,3	16,2
15 bis unter 45 Jahren		709 280	— 32 967	— 4,4	39,6	40,5
45 bis unter 65 Jahren		452 457	— 83 826	— 15,6	25,2	29,3
65 und mehr Jahren		302 969	+ 45 714	+ 17,8	16,9	14,0
nach dem Familienstand						
ledig		618 532	— 44 730	— 6,7	34,5	36,2
verheiratet		919 910	— 5 944	— 0,6	51,3	50,5
verwitwet		183 837	+ 5 048	+ 2,8	10,2	9,8
geschieden		71 544	+ 7 103	+ 11,0	4,0	3,5
Bevölkerung in Privathaushalten						
Personen	insgesamt	1 777 376 ¹⁾	— 14 586	— 0,8	99,1	97,8
Anzahl der Haushalte	insgesamt	795 888	+ 44 719	+ 6,0	100	100
davon						
Einpersonenhaushalte	Insgesamt	284 557	+ 64 489	+ 29,3	35,8	29,3
	davon männlich	86 343	+ 17 463	+ 25,4	10,9	9,2
	weiblich	198 214	+ 47 026	+ 31,1	24,9	20,1
Mehrpersonenhaushalte						
mit 2 Personen		239 716	+ 6 389	+ 2,7	30,1	31,1
mit 3 Personen		137 174	— 19 543	— 12,5	17,2	20,9
mit 4 Personen		91 500	— 1 497	— 1,6	11,5	12,4
mit 5 und mehr Personen		42 941	— 5 119	— 10,6	5,4	6,3
Erwerbstätige	insgesamt	827 707	— 59 982	— 6,8	100	100
	davon männlich	503 932	— 45 487	— 8,3	60,9	61,9
	weiblich	323 775	— 14 495	— 4,3	39,1	38,1
nach der Stellung im Beruf						
Selbständige		69 997	— 15 326	— 18,0	8,5	9,6
Mithelfende Familienangehörige		21 357	— 5 518	— 20,5	2,6	3,0
Beamte, Angestellte, einschl. kfm. u. techn. Lehlr.		435 453	+ 51 658	+ 13,5	52,6	43,3
Arbeiter, einschl. gewerbliche Lehrlinge		300 900	— 90 796	— 23,2	36,3	44,1
nach Wirtschaftsbereichen						
Land- und Forstwirtschaft		10 126	— 2 970	— 22,7	1,2	1,5
Produzierendes Gewerbe		292 878	— 53 759	— 15,5	35,4	39,0
Handel und Verkehr		250 103	— 28 690	— 10,3	30,2	31,4
Sonst. Wirtschaftsbereiche		274 600	+ 25 437	+ 10,2	33,2	28,1

¹⁾ Wohnberechtigte Bevölkerung.

38 523 weniger als zum Zeitpunkt der Volkszählung 1961, obwohl in den letzten Jahren auch in Hamburg ein beachtlicher Zuzug von Ausländern festzustellen war.

Neben dieser Verminderung in der Gesamtzahl der Einwohner ist eine spürbare Veränderung auch in der Altersgliederung der Bevölkerung eingetreten. Die 15- bis unter 65jährigen erreichten an der Gesamtbevölkerung nur noch einen Anteil von 65 % – gegenüber 70 % im Jahre 1961. Dagegen ist der Anteil der 65jährigen und Älteren, der zehn Jahre zuvor 14 % betrug, auf 17 % angestiegen. Eine anteilmäßige Zunahme von 16 % auf 18 % ergab sich auch für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren.

Trotz dieser Verschiebungen im Altersaufbau hat sich die Bevölkerungsstruktur nach dem Familienstand kaum verändert. Nach wie vor waren gut die Hälfte aller Einwohner verheiratet, mehr als jeder dritte war ledig und jeder zehnte verwitwet. Erhöht haben sich allerdings Zahl und Anteil der Geschiedenen, die 1970 genau 4 % von allen Einwohnern ausmachten.

Im Gegensatz zur Entwicklung der hamburgischen Wohnbevölkerung haben die Privathaushalte um rd. 44 700 auf 795 900 zugenommen. Bei den Einpersonenhaushalten zeigte sich im Vergleich zu 1961 ein beträchtlicher Anstieg um 64 500 oder 29 %. Die Zahl der allein wohnenden Frauen ist dabei stärker angewachsen (+ 31 %) als die der alleinstehenden Männer (+ 25 %). 198 200 Hamburgerinnen und 86 300 Hamburger wurden 1970 gezählt, die in Einpersonenhaushalten lebten. Von allen Privathaushalten bestanden 36 % aus nur einer Person, 30 % umfaßten zwei Personen und jeweils 17 % drei bzw. vier und mehr Personen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße errechnete sich auf 2,2 Personen (1961 noch 2,4), die der Mehrpersonenhaushalte allein auf 2,9 (1961 noch 3,0).

Am Zählungs-Stichtag der Volkszählung waren 503 900 Hamburger und 323 800 Hamburgerinnen erwerbstätig. Bei der sich daraus ergebenden Zahl von 827 700 Erwerbstätigen handelt es sich jedoch nicht um die Gesamtheit der in Hamburg Beschäftigten, da Pendler aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen hier noch nicht einbezogen sind¹⁾. Für die Zeit zwischen 1961 und 1970 ist sowohl bei den männlichen Erwerbstätigen (–45 500) als auch bei den weiblichen (–14 500) ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Die Erwerbsquote der Männer sank in diesem Zeitraum von 65 % auf 61 %, die der Frauen blieb mit 34 % unverändert. Für die Gesamtbevölkerung verringerte sich die Erwerbsquote von 48 % auf 46 %.

Der Stellung im Beruf nach bezeichneten sich 435 500 oder 53 % der erwerbstätigen Hamburger als Angestellte oder Beamte; 1961 belief sich der Anteil dieser Gruppe nur auf 43 %. Zurückgegangen ist dagegen der Anteil der Arbeiter von 44 % auf 36 %; als Arbeiter waren nach dem letzten Volkszählungsergebnis 300 900 Hamburger beschäftigt.

¹⁾ Die Gesamtzahl der in Hamburg Beschäftigten dürfte nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1970 einschließlich der Personen in landwirtschaftlichen Betrieben und häuslichen Diensten knapp eine Million betragen.

Eine selbständige berufliche Stellung hatten 70 000 Personen, 21 400 arbeiteten als Mithelfende Familienangehörige. Selbständige und „Mithelfende“ bildeten damit zusammen 11 % aller Hamburger Erwerbstätigen (1961 noch knapp 13 %). Während sich die Zahl der Arbeiter, der Selbständigen und der Mithelfenden Familienangehörigen unter den Hamburgern seit 1961 um jeweils rund ein Fünftel verringerte, hat die Gruppe der Angestellten und Beamten um 14 % oder 51 700 Personen zugenommen.

Gemessen an der Zahl der erwerbstätigen Hamburger war das Produzierende Gewerbe mit 292 900 der größte Wirtschaftsbereich; gegenüber 1961 bedeutet dies einen Rückgang um 16 %. Der Anteil der im Produzierenden Gewerbe Beschäftigten verminderte sich von 39 % aller hamburgischen Erwerbstätigen (1961) auf 35 % im Jahre 1970. Ebenfalls rückläufig war die Zahl der Hamburger Erwerbstätigen im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr (–10 %), wobei auch hier abzuwarten bleibt, in welchem Ausmaß Pendlerdaten diese Relationen verändern werden.

Über eine abgeschlossene Schulbildung verfügten 1 438 200 Hamburger; rund ein Fünftel der Bevölkerung stand im Vorschulalter oder befand sich noch in der schulischen Ausbildung.

Von den Einwohnern mit abgeschlossener Schulbildung hatten annähernd 70 % (985 100) ausschließlich die Volksschule besucht; zusammen 18 % (255 400) hatten Mittlere Reife oder Abitur als höchsten Schulabschluß; jeder zehnte (149 500) besaß das Abschlußzeugnis einer Berufsfach-, Fach- oder Ingenieurschule, und nur 3 % (48 200) hatten eine abgeschlossene Hochschulbildung.

4. Beschäftigung und Lebenshaltung

Leichte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

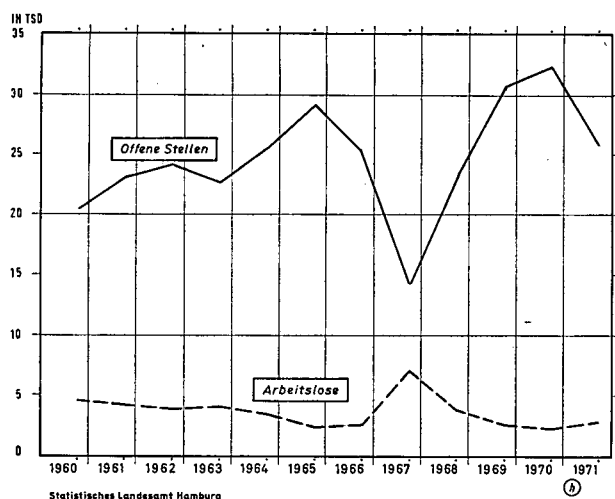
Eine konjunkturelle Abschwächung zeigte sich am Arbeitsmarkt bereits zu Beginn des Jahres. Nach der Statistik des Hamburger Arbeitsamts stand am 31. März 1971 ein Angebot von 26 900 offenen Stellen zur Verfügung, 4 100 Stellen weniger als zum gleichen Stichtag des Vorjahrs. Bis zum Ende des November erhöhte sich die Differenz noch weiter: 20 400 offene Stellen wurden angeboten, 6 500 weniger als Ende November 1970.

Den Zahlen über die offenen Stellen stehen die der Arbeitsuchenden gegenüber. Während des Jahres 1971 gab es einige Schwankungen in der Stellennachfrage: zum Jahresanfang zählte das Hamburger Arbeitsamt 9 400 Arbeitsuchende, im Juni ging die Zahl auf knapp unter 8 000 zurück und erreichte im November den bisherigen Höchststand von 10 500 Arbeitsuchenden. Die Zahlen über die Arbeitslosen (die in denen der Arbeitsuchenden enthalten sind) haben während des Jahres 1971 die Grenze von 4 000 Personen errechnet. Ende November 1971 zählte das Hamburger Arbeitsamt 3 991 Arbeitslose, ein Jahr früher waren es 2 714.

Von der Kurzarbeit ist Hamburg nur wenig betroffen gewesen. Zwar waren am Jahresanfang in den Mo-

Schaubild 6

Offene Stellen und Arbeitslose in Hamburg 1960 bis 1971
(Stand jeweils 30. September)



naten Februar bis April jeweils 1 200 bis 1 500 Kurzarbeiter beim Arbeitsamt registriert; von den Sommermonaten an verringerten sich diese Zahlen jedoch stark und betragen Ende November 1971 gut 300 Personen.

Weiterhin zurückgehende Arbeitszeiten vor allem durch geringere Mehrarbeitszeiten als 1970

In den ersten drei Quartalen des Jahres 1971 ging die Zahl der bezahlten Wochenstunden bei den männlichen Industriearbeitern gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs um 0,5 Std. auf 44,8 Std. zurück, bei den weiblichen um 1,1 Std. auf 40,2 Std. Der Rückgang war überwiegend die Folge von geringeren Mehrarbeitszeiten im Jahre 1971. Daneben waren in einigen kleineren Industriezweigen durch Übergang auf die 41- bzw. 40-Stunden-Woche tarifliche Arbeitszeitverkürzungen zu verzeichnen, u. a. bei den Säge- und Hobelwerken und der Süßwaren-Industrie.

Tabelle 3

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und Bruttoverdienste der Industriearbeiter in Hamburg 1969 bis 1971

Geschlecht	1969	1970	Januar bis Juli		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
			1970	1971	1970	1971 ¹⁾
Bezahlte Wochenstunden						
Männlich	45,4	45,5	45,3	44,8	+ 0,2	- 1,1
Weiblich	41,7	41,4	41,3	40,2	- 0,7	- 2,7
Insgesamt	44,8	44,6	44,6	44,0	- 0,4	- 1,3
Bruttostundenverdienste in DM						
Männlich	6,39	7,25	7,05	7,98	+13,5	+13,2
Weiblich	4,32	4,89	4,79	5,37	+13,2	+12,1
Insgesamt	6,05	6,85	6,66	7,56	+13,2	+13,5
Bruttowochenverdienste in DM						
Männlich	291	329	319	358	+13,1	+12,2
Weiblich	180	202	198	216	+12,2	+ 9,1
Insgesamt	272	306	297	333	+12,5	+12,1

¹⁾ Januar bis Juli.

Wieder hohe Zunahmen der Stundenverdienste

Die Bruttostundenverdienste erhöhten sich 1971 im Durchschnitt der Erhebungen im Januar, April und Juli gegenüber 1970 bei den Industriearbeitern um 13,2 % auf 7,98 DM und bei den Arbeiterinnen um 12,1 % auf 5,37 DM. Die Steigerungsraten waren nur wenig niedriger als 1970, wo sie 13,5 % bzw. 13,2 % betragen. Die meisten Tarifierhöhungen gab es in den Monaten Mai bis Juli; und zwar wurden in dieser Zeit für Männer in 11 Wirtschaftszweigen Zunahmen von 5 % und mehr errechnet, davon in 2 Wirtschaftszweigen über 10 %. Bei den Frauen wurden entsprechende Zunahmen in 10 bzw. 5 Wirtschaftszweigen ermittelt.

Tabelle 4

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg 1969 bis 1971
— in DM —

Geschlecht	1969	1970	Januar bis Juli		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
			1970	1971	1970	1971 ¹⁾
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						
Männlich	1 453	1 611	1 588	1 781	+10,9	+12,2
Weiblich	984	1 105	1 085	1 227	+12,3	+13,1
Insgesamt	1 284	1 432	1 410	1 586	+11,5	+12,5
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
Männlich	1 337	1 487	1 465	1 621	+11,2	+10,6
Weiblich	912	1 034	1 018	1 140	+13,4	+12,0
Insgesamt	1 125	1 262	1 243	1 385	+12,2	+11,4
Industrie und Handel						
Männlich	1 385	1 539	1 516	1 688	+11,1	+11,3
Weiblich	933	1 054	1 037	1 165	+13,0	+12,3
Insgesamt	1 182	1 323	1 302	1 457	+11,9	+11,9

¹⁾ Januar bis Juli.

Die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste betragen für die Arbeiter 358 DM und für die Arbeiterinnen 216 DM. Die Zuwachsraten gegenüber Januar bis Juli 1970 waren mit 12,2 % bzw. 9,1 % infolge der geringeren Arbeitszeit nicht so hoch wie bei den Stundenverdiensten.

Bei den Angestellten in der Industrie höhere Zuwachsraten als im Handel

Die Bruttomonatsverdienste der männlichen Angestellten in Industrie und Handel erhöhten sich — jeweils im Durchschnitt der ersten drei Quartale — von 1 516 DM im Jahre 1970 auf 1 688 DM im Jahre 1971 um 11,3 %, diejenigen der weiblichen Angestellten von 1 037 DM auf 1 165 DM um 12,3 %. Im kaufmännischen Bereich erhöhten sich die Gehälter für die männlichen Angestellten um 160 DM oder 10,8 % und für die weiblichen um 129 DM oder 12,6 %. Für die Techniker betragen die entsprechenden Zunahmen 208 DM oder 12,7 % bzw. 114 DM oder 9,0 %. In der Industrie stiegen die Gehälter bis zur Erhebung durchschnittlich um 193 DM oder 12,2 % für die männlichen Angestellten und um 142 DM oder

13,1 % für die weiblichen. Im Bereich „Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe“ waren die Zunahmen nicht so groß, und zwar betragen sie 156 DM oder 10,6 % bzw. 122 DM oder 12,0 %. Vergleicht man die Entwicklung von 1970 zu 1971 mit derjenigen von 1969 zu 1970, so zeichnet sich ab, daß die Zuwachsraten für 1971 im zuletzt genannten Bereich voraussichtlich nicht ganz die Quoten vom Vorjahr erreichen werden. In der Industrie werden dagegen die Gehälter wahrscheinlich noch etwas mehr steigen als 1970.

Preisindex für die Lebenshaltung rd. 5 % höher

Der Preisindex für die Lebenshaltung von mittleren 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten im Bundesgebiet ist im Durchschnitt der Monate Januar bis September gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1970 um 5,0 % gestiegen. Der Index für alle privaten Haushalte lag 1971 um 4,9 % über dem Stand des Vorjahrs. Eine so hohe Zunahme hat es seit der Korea-Krise nicht mehr gegeben. Eine geringere Steigerung wurde nur für die Hauptgruppe Nahrungs- und Genußmittel mit 3,9 % für den Index der mittleren Verbrauchergruppe und 3,3 % für den Index aller privaten Haushalte sowie mit 4,5 % für die Hauptgruppe „Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen“ im zuletzt genannten

Tabelle 5

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1969 bis 1971

— 1962 = 100 —

Art der Angaben	1969	1970	Januar bis September		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
			1970	1971	1970	1971 ¹⁾
			1	2	3	4
Mittlere 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte ..	119,3	123,7	123,4	129,6	+ 3,7	+ 5,0
Alle privaten Haushalte ..	119,5	124,0	123,6	129,7	+ 3,8	+ 4,9

¹⁾ Januar bis September.

Index errechnet. Die höchste Zunahme im Preisindex für die Lebenshaltung wurde für die Haushalte mit mittlerem Einkommen in der Hauptgruppe Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen (8,3 %) und für alle privaten Haushalte in der Hauptgruppe Elektrizität, Gas, Brennstoffe (6,8 %) festgestellt.

5. Bildung und Kultur

Mehr Schüler in den allgemeinbildenden Schulen

In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Schüler in den Hamburger allgemeinbildenden Schulen regelmäßig erhöht. Als Folge der bildungspolitischen Bemühungen um die Förderung des Besuchs weiterführender Schulen nahmen die Schülerzahlen in den Realschulen und Gymnasien relativ stark zu.

Für die Volksschulen war insgesamt stets nur ein geringer Zuwachs zu verzeichnen. Diese Entwicklung dürfte im Jahre 1971 angehalten haben und sich auch in der näheren Zukunft noch fortsetzen.

Exakte Schülerzahlen können für 1971 jedoch im Rahmen dieses Jahresrückblicks noch nicht genannt werden; ihre Veröffentlichung muß einer späteren Ausgabe von „Hamburg in Zahlen“ vorbehalten bleiben.

Eine Vorstellung über die zu erwartenden Größenordnungen vermitteln jedoch auch die letzten schulstatistischen Ergebnisse für das Jahr 1970, in dem 222 700 Schüler die Hamburger allgemeinbildenden und Sonderschulen besuchten. Gut zwei Drittel von ihnen waren Volksschüler, jeder fünfte war Gymnasiast und jeder zwölfte besuchte eine Realschule; 5 % aller Schüler gingen in eine Sonderschule. Gegenüber 1961 ist die Zahl der Schüler im ganzen gesehen um mehr als ein Fünftel gestiegen; viermal so stark zugenommen (um 82 %) hat die Zahl der Gymnasiasten; die Realschulen hatten 42 %, die Volksschulen 9 % und die Sonderschulen 24 % mehr Schüler als vor zehn Jahren.

Weiterer Anstieg der Studentenzahlen

An den Hamburger Hochschulen waren im Sommersemester 1971 insgesamt 30 400 Studenten eingeschrieben. Trotz wachsender Aufnahmeschwierigkeiten bei den Hochschulen ist die Zahl der Studenten im Vergleich zum Sommersemester 1970 um 3 700 oder 14 % gestiegen. Die Universität, bei der die Zunahme gegenüber dem Vorjahr sogar 18 % betrug, besuchten im vergangenen Sommersemester fast 22 600 Studenten; unverändert waren Erziehungswissenschaft und Wirtschaftswissenschaften die am häufigsten belegten Fachbereiche. Die nach der Universität zweitgrößte Hamburger Hochschuleeinrichtung ist mit über 5 700 Studenten die Fachhochschule; mehr als ein Drittel der Fachhochschulstudenten hatten sich für einen der drei Fachbereiche Maschinenbau/Chemie-Ingenieur-Technik, Sozialpädagogik oder Elektrotechnik entschieden. Gemessen an der Studentenzahl war die Staatliche Hochschule für bildende Künste mit 860 Studierenden die nächstbedeutende Hamburger Hochschule. Jeweils 590 Studierende hatten sich an der Staatlichen Hochschule für Musik und darstellende Kunst wie auch an der Hochschule für Wirtschaft und Politik immatrikulieren lassen.

Kulturelle Einrichtungen stärker in Anspruch genommen

Die Hamburger Theater konnten in der Spielzeit 1970/71 mehr Besucher für ihre Aufführungen gewinnen als in der vorangegangenen Saison. Insgesamt sahen 2,257 Millionen Zuschauer — 27 000 mehr als in der Spielzeit 1969/70 — die Vorstellungen der Hamburger Bühnen; dabei hatten jedoch nur die Privattheater im ganzen mehr Besucher als in der Vorjahrsaison, die Zuschauerzahlen der staatlichen Theater haben sich verringert.

Etwa 715 000 Besucher oder 4% mehr als 1970 hatten in diesem Jahr die staatlichen Museen, die Kunsthalle und das Planetarium besucht.

Die öffentlichen Bücherhallen meldeten ebenfalls einen neuen Höchststand bei der Zahl der ausgeliehenen Bücher. Wurden 1970 noch 4,9 Mio Bücher ausgegeben, so waren es 1971 bereits 5,3 Mio Bände; damit hatte im Durchschnitt jeder Hamburger beinahe drei Bücher aus den öffentlichen Bücherhallen entliehen.

In geringem Umfang weiter erhöht haben sich die Zahlen der Rundfunkhörer und Fernsehzuschauer. Ende 1971 waren rd. 686 000 gebührenpflichtige Rundfunkgenehmigungen erteilt, nur etwa 1% mehr als gegen Ende des Vorjahrs. Die Zahl der erteilten Fernsehenehmigungen stieg um 2% auf jetzt rd. 617 000 an.

6. Industrie und Handel

Industrie, Handwerk und Bauhauptgewerbe in Hamburg befinden sich im Herbst 1971 – ähnlich wie im übrigen Bundesgebiet – in einer konjunkturellen Zwischenphase, in der sich expansive und kontraktive Einflüsse etwa die Waage halten. Die Produktion wächst nur noch langsam, die Umsätze und Beschäftigtenzahlen stagnieren oder sinken. Die konjunkturelle Konstellation ist also nicht mehr wie noch 1970 und zu Beginn des Jahres von eindeutigen Aufschwungtendenzen bestimmt.

Weniger Beschäftigte und Arbeiterstunden in der Industrie

Am deutlichsten zeigt sich die Tendenz zu einer sichtbaren Verlangsamung des Wachstumstempos gegenüber dem Vorjahr an den Daten der Industriestatistik

der ersten neun Monate des Jahres. Die Zahl der Beschäftigten lag bis zum September 1971 monatlich um 2,6% niedriger als vor einem Jahr. Der am Ende des ersten Halbjahres 1970 erreichte Höchststand von fast 213 000 Beschäftigten wurde im Juli 1971 bereits um mehr als 6 000 Arbeitskräfte unterschritten. Schon Mitte des Jahres war also zu erkennen, daß eine länger anhaltende Erholung vom saisonüblichen Rückgang der Beschäftigung zu den Wintermonaten nicht eintreten würde. Besonders betroffen von dieser Entwicklung waren die Arbeiter, deren Zahl im Juli schon um 5,6% niedriger war als im Vergleichsmonat des Vorjahrs. Im September 1971 betrug diese Abnahme im Monatsdurchschnitt 5,4%.

Auch die geleisteten Arbeiterstunden nahmen seit Juli 1971 kontinuierlich ab und lagen Ende September um über 5% unter dem Wert für 1970. Insbesondere hieran kann abgelesen werden, daß in einigen Industriebetrieben aufgrund der allgemein pessimistisch beurteilten Auftragslage die Zahl der Überstunden reduziert und teilweise sogar Kurzarbeit eingeführt werden mußte.

Zu konjunkturabhängigen Entlassungen in nennenswertem Ausmaß ist es in Hamburg bisher nicht gekommen. Ein beträchtlicher Teil des bisherigen Beschäftigungsrückgangs dürfte auf strukturbedingte Betriebsstillegungen und Betriebsverlegungen in die Hamburger-Randgebiete zurückzuführen sein. Es ist allerdings zu befürchten, daß die Zahl der in der Industrie Tätigen bis zum Jahresende konjunkturell weiter sinken wird, wenn die in- und ausländische Nachfrageentwicklung für das Jahr 1972 von den Unternehmen negativ beurteilt wird. Bei weiterhin rückläufigen Wachstumsraten der Produktion und gleichzeitig expandierenden Lohn- und Gehaltssummen (bis September 1971 wurden in Hamburg etwa 11% mehr Löhne und Gehälter gezahlt) ist mit abgeschwächtem Produktivitätszuwachs und steigenden Stücklohnko-

Tabelle 6

Daten zur Entwicklung der Industrie¹⁾ in Hamburg 1969 bis 1971
— Januar bis September —

Art der Angaben	Einheit	1969	1970	1971 ²⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
					1970	1971
					1	2
Beschäftigte	Anzahl MD	208 856	211 994	206 539	+ 1,5	— 2,6
Geleistete Arbeiterstunden	1 000 Std.	195 125	194 522	184 241	— 0,3	— 5,3
Bruttosumme der Löhne und Gehälter	Mio DM	2 154,1	2 514,6	2 787,2	+ 16,7	+ 10,8
Index der industriellen Produktion ..	1962 = 100	119,1	125,9	123,0	+ 5,7	— 2,3
davon						
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	"	126,0	137,3	132,7	+ 9,0	— 3,4
Investitionsgüterindustrie	"	120,5	131,9	132,5	+ 9,5	+ 0,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	117,2	118,3	109,6	+ 0,9	— 7,4
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	"	110,1	110,3	107,1	+ 0,2	— 2,9
Mineralölverarbeitung	"	121,2	137,8	127,1	+ 13,7	— 7,8
NE-Metallindustrie	"	135,4	127,0	133,7	— 6,2	+ 5,3
Maschinenbau	"	113,3	125,2	131,1	+ 10,5	+ 4,7
Schiffbau	"	113,5	107,2	98,1	— 5,6	— 8,5
Elektrotechnik	"	128,9	153,4	154,6	+ 19,0	+ 0,8
Chemische Industrie	"	138,2	143,3	151,3	+ 3,7	+ 5,6
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	"	129,9	135,7	128,1	+ 4,5	— 5,6

¹⁾ ohne Bauindustrie und Energieversorgung — ²⁾ vorläufige Zahlen.

sten zu rechnen. Die Folge kann ein weiterer Abbau von Überstunden und in einigen, von den bisherigen Abschwächungstendenzen bereits betroffenen Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und der Verbrauchsgüterindustrie die Entlassung von Arbeitskräften sein. In jedem Falle ist anzunehmen, daß das Beschäftigteniveau des Jahres 1970 bis zur Jahreswende nicht mehr erreicht werden wird.

Produktionsrückgang in beinahe allen Industriehauptgruppen

Wie die sinkenden Beschäftigungsraten, so weisen auch die Produktionsziffern auf eine erhebliche konjunkturelle Beruhigung hin. Der Index der industriellen Nettoproduktion (1962 = 100) ist seit 1970 um fast 2,5% auf 123 gesunken, nachdem von 1969 auf 1970 noch ein Wachstum von mehr als 7% erzielt worden war. Auch dieser Rückgang setzte etwa zur Jahresmitte 1971 ein und wurde nur durch den üblichen, vorübergehenden Anstieg von August zu September (Ende der Urlaubssaison in den Betrieben) unterbrochen. Die Steigerung des Ausstoßes im September war allerdings mit +12,5% wesentlich höher als z. B. 1970 (+9%) oder 1969 (+4%). Dies dürfte vermutlich weniger auf hohe Auftragsbestände im September 1971 zurückzuführen sein als vielmehr auf die Tatsache, daß in diesem Jahre weit mehr Betriebe als sonst zu Betriebsferien und verlängertem Urlaub übergehen mußten.

Von der allgemein rückläufigen Entwicklung waren alle Industriehauptgruppen mit Ausnahme der Investitionsgüterindustrie gleich stark betroffen. Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, deren jährliche Wachstumsrate 1970 noch 9% betrug, konnte bis September 1971 nur ein Produktionsergebnis melden, daß um mehr als 3% unter dem Durchschnittswert des Vorjahrs lag. Am stärksten fällt hier die Mineralölverarbeitung ins Gewicht, deren Index im Vergleich zu 1970 um über 10 Punkte gefallen ist. Dagegen konnte die NE-Metall-Industrie nach einer vorübergehend abgeschwächten Entwicklung im Jahre 1970 mit einer Wachstumsrate von über 5% fast wieder das gute Ergebnis von 1969 erreichen.

Einigermaßen überraschend ist, daß die Investitionsgüterindustrie bislang weniger stark auf Abschwächungseinflüsse reagiert hat als sonst. Das Wachstum ist insgesamt allerdings fast zum Stillstand gekommen, nachdem die Produktion 1970 noch um 10% ausgedehnt werden konnte. Die heftigste Einbuße hat die elektrotechnische Industrie erfahren. Ihre Steigerungsrate ist von 19% (1970) auf unter 1% für die ersten neun Monate 1971 zurückgegangen. Dagegen blieb der Ausstoß der Maschinenbauindustrie mit einer Expansionsrate von +5%, trotz der ebenfalls rückläufigen Tendenz, noch beträchtlich über dem Durchschnitt der Entwicklung in der Investitionsgüterindustrie. Ursache hierfür ist u. a. die in diesem Jahr verstärkte Beteiligung des Hamburger Schiffbaus an der Maschinenbauproduktion. Entsprechend ist der Produktionsindex im Schiffbau wie auch 1970 weiter gesunken und liegt mit 98 Punk-

ten erstmals seit 1964 wieder unter dem Niveau des Basisjahres.

Die Verbrauchsgüterindustrie und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die in Hamburg schon 1970 hinter der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung zurückblieben, haben ihre Position auch 1971 nicht verbessern können. Die Tendenz der Monatszahlen läßt darüber hinaus erkennen, daß zumindest in der Verbrauchsgüterindustrie, deren Produktion bis September bereits um mehr als 7% niedriger war, noch weiterhin Verluste hingenommen werden müssen. Diese Vermutung ist naheliegend, zumal in dieser Hauptgruppe bereits sinkende Umsätze verzeichnet werden.

Geringere Umsatzsteigerung

Ebenso wie 1970 sind die Wachstumsraten der Industrieumsätze auch in diesem Jahr weiter zurückgegangen. Der nominelle Gesamtumsatz betrug bis zum September 1971 rd. 14,6 Mrd DM, was einer Steigerung von nur 4,6% entspricht; im vergleichbaren Vorjahrsmonat waren es noch mehr als 7%. Die angesichts der rückläufigen Produktionsergebnisse doch recht beachtliche Expansion des Inlandsumsatzes von über 6% erklärt sich zu einem Teil aus einer Verlagerung der Absatzrichtung von bisher überwiegend exportorientierten Industriezweigen auf das Inlandsgeschäft. Damit konnte der verhältnismäßig hohe Rückgang des Auslandsumsatzes von -136 Mio DM (-6,4% im Vergleich zum Septemberergebnis des Jahres 1970) ausgeglichen werden. Die Auslandsnachfrage hat also, namentlich nach der Freigabe des DM-Wechselkurses und als Folge der allgemein gedämpften Auslandskonjunktur, merklich nachgelassen, so daß auch Hamburgs Exportindustrie betroffen wurde.

Tabelle 7

Umsätze der Industrie¹⁾ in Hamburg 1970 und 1971
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)
— in Mio DM —

Art der Angaben	Januar bis September			
	1970	1971	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
	1	2	3	4
Umsatz ²⁾	13 982,5	14 620,7	+ 638,2	+ 4,6
davon				
Inlandsumsatz ...	11 866,4	12 640,9	+ 774,5	+ 6,5
Auslandsumsatz ..	2 116,1	1 979,8	- 136,3	- 6,4
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie .	4 877,6	4 954,3	+ 76,7	+ 1,6
Investitionsgüterindustrie	4 442,9	4 853,2	+ 410,3	+ 9,2
Verbrauchsgüterindustrie	926,7	899,2	- 27,5	- 3,0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3 735,3	3 914,0	+ 178,7	+ 4,8

¹⁾ ohne Bauindustrie und Energieversorgung. — ²⁾ ohne Mehrwertsteuer.

Berücksichtigt man den diesjährigen Anstieg der Erzeugerpreise — der Erzeugerpreisindex für das Bundesgebiet lag allein im 1. Halbjahr 1971 um 5% über dem Vorjahrsniveau — so zeigt sich, daß das

Tabelle 8.

Beschäftigte und Umsätze des Handwerks¹⁾ in Hamburg 1970 und 1971 nach Handwerksgruppen²⁾

Handwerksgruppen	Beschäftigte ³⁾				Umsätze in Mio DM			
	Januar bis September		Veränderung gegen- über Vorjahr		Januar bis September		Veränderung gegen- über Vorjahr	
	1970	1971	absolut	%	1970	1971	absolut	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
Bau- und Ausbauhandwerke	32 776	33 321	+ 545	+ 1,7	736,4	980,5	+ 244,1	+ 33,1
Metallverarbeitende Handwerke	25 680	25 706	+ 26	+ 0,1	948,4	1 106,6	+ 158,2	+ 16,7
Holzverarbeitende Handwerke	4 430	4 116	- 314	- 7,1	133,0	141,7	+ 8,7	+ 6,5
Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	4 371	4 003	- 368	- 8,4	87,5	92,3	+ 4,8	+ 5,5
Nahrungsmittelhandwerke	9 876	9 531	- 345	- 3,5	568,6	557,4	- 11,2	- 2,0
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungs-Handwerke	12 484	12 447	- 37	- 0,3	172,5	183,5	+ 11,0	+ 6,4
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke	3 094	3 027	- 67	- 2,2	104,8	121,7	+ 16,9	+ 16,1
Insgesamt	92 711	92 151	- 560	- 0,6	2 751,2	3 183,7	+ 432,5	+ 15,7

¹⁾ ohne Nebenbetriebe. - ²⁾ Hochgerechnet aus der vierteljährlichen Erhebung, die auf einer repräsentativen Auswahl beruht. - ³⁾ Durchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres.

Wachstum der Umsätze in allen Industriehauptgruppen mit Ausnahme der Investitionsgüterindustrie real, d. h. unter Ausschaltung der Preissteigerungen, völlig zum Stillstand gekommen ist. Nur die Investitionsgüterindustrie erreichte im September noch ein Umsatzwachstum, das um das Zweifache (9,4 %) über dem Hamburger Durchschnitt lag und hatte damit den weitaus größten Anteil an der nominell noch positiven Entwicklung. Eine ausgesprochen rückläufige Tendenz weist dagegen die Verbrauchsgüterindustrie mit einer Veränderungsrate von -3 % gegenüber dem Vorjahre auf.

Es ist wohl kaum möglich, eine Umsatzprognose über das Jahresergebnis der Industrie aufzustellen. Da die letzten Monatswerte jedoch den eindeutigen Trend zu fallenden Wachstumsraten ergeben, kann für 1971 nur mit einer verhältnismäßig geringen Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr gerechnet werden. Dies wird vor allem dann der Fall sein, wenn sich das bisherige Wachstum durch weiteres Nachlassen der in- und ausländischen Investitionsneigung infolge allgemein sinkender Ertragslage und zunehmend pessimistischen Zukunftserwartungen noch verschlechtert.

Höhere Umsätze und weniger Beschäftigte im Handwerk

In den ersten drei Quartalen des Jahres 1971 nahmen die Umsätze des hamburgischen Handwerks nochmals zu. Sie stiegen jedoch in geringerem Ausmaß als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahrs. Mit knapp 3,2 Mrd DM waren sie um 15,7 % höher als im Jahre 1970 (Zuwachs 1970 = + 21,6 %).

Im Unterschied zum Jahre 1970, das die Hauptsteigerung im zweiten Vierteljahr gemeldet hatte, war die Expansion diesmal im ersten Viertel des Jahres mit einem Anstieg um 24,4 % wesentlich stärker als in den folgenden Quartalen. Das dürfte zur Hauptsache mit den unterschiedlichen Witterungsverhältnissen zu Beginn der beiden Jahre zusammenhängen: strenger Winter 1970, milder 1971. Im weiteren Verlauf des

Jahres lagen die Zuwachsraten jedoch deutlich niedriger (2. Quartal: +14,5 %; 3. Quartal: +10,6 %).

Höhere Umsätze als zur gleichen Zeit des Vorjahrs hatten nahezu alle Handwerksgruppen erzielen können - bis auf die Nahrungsmittelhandwerke, die im Berichtszeitraum auf etwas geringere Beträge kamen als zur gleichen Zeit des Jahres zuvor. Aber keine dieser Gruppen hatte auch nur annähernd mit dem Bausektor mithalten können - weder dem absoluten Betrage noch der prozentualen Zuwachsrate nach. Von einigem Gewicht war noch die Entwicklung bei den Metallverarbeitenden Handwerken sowie bei den Glas-, Papier-, Keramischen und Sonstigen Handwerken. Die übrigen drei Handwerksgruppen standen mit ihren Zuwachsraten dahinter weit zurück.

Nachdem das Handwerk 1970 wieder steigende Beschäftigtenzahlen aufgewiesen hatte, verringerte sich die Zahl der Beschäftigten 1971 gegenüber 1970 geringfügig um 0,6 % auf rd. 92 200 Personen. War schon die Zunahme der Beschäftigung im Vorjahr keineswegs allgemein gewesen und weit überwiegend von den Bau- und Ausbauhandwerken getragen worden, so verhinderte diese Handwerksgruppe 1971 eine stärkere Abnahme, da bei ihr die Beschäftigung nochmals, wenn auch nur leicht gestiegen ist.

7. Baugewerbe und Wohnungsbau

Bauleistung nur in den Wintermonaten höher als vor einem Jahr

Im Zeitraum Januar bis Oktober 1971 war die Leistung des hamburgischen Bauhauptgewerbes insgesamt etwas höher (+4,4 %) als zur gleichen Zeit des Vorjahrs. Dieser Vorsprung wurde in den ersten vier Monaten des Jahres (+26,4 %) infolge der gegenüber 1970 günstigeren Witterung erzielt. In den übrigen fünf Monaten von Mai bis September 1971 - den wichtigsten Monaten der Bausaison - erreichte die gesamte Leistung des Bauhauptgewerbes nicht die des Vorjahrs (-5,1 %).

Tabelle 9

**Daten zur Entwicklung des Bauhauptgewerbes
in Hamburg 1970 und 1971**

— alle Betriebe —

Art der Angaben	Einheit	Januar bis Oktober			
		1970 ¹⁾	1971 ²⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				absolut	in %
		1	2	3	4
Beschäftigte ...	MD	46 609	45 335	- 1 274	- 2,7
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt ...	in: 1 000	62 247	62 030	- 217	- 0,3
davon für Wohnbauten	"	15 923	17 018	+ 1 095	+ 6,9
gewerbliche und industrielle Bauten ..	"	16 464	17 283	+ 819	+ 5,0
Öffentliche und Verkehrsbauten ..	"	29 860	27 729	- 2 131	- 7,1
davon im Hochbau ..	"	7 074	5 790	- 1 284	- 18,2
Straßenbau ...	"	4 620	5 913	+ 1 293	+ 28,0
sonstigen Tiefbau	"	18 166	16 026	- 2 140	- 11,8
Produktions-Index Bau insges.	1962=100	121,5	126,8	—	+ 4,4
davon Hochbau ..	1962=100	107,5	108,5	—	+ 0,9
Tiefbau ...	1962=100	149,7	164,2	—	+ 9,7

¹⁾ berichtigte Zahlen. — ²⁾ vorläufige Zahlen.

Den Hauptanteil zur positiven Entwicklung hat der Tiefbau beigetragen, dessen Produktion sich um 9,7 % erhöhte. Der Hochbau erreichte, demgegenüber nur einen Zuwachs von 0,9 %.

Geringe Zunahme in der Zahl der Arbeitsstunden

Bei einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen im Bauhauptgewerbe um -2,7 % auf 45 300 war die Zahl der Arbeitsstunden um 0,3 % auf 62,0 Mio geringfügig rückläufig. Sie entwickelte sich in den einzelnen Baubereichen außerordentlich unterschiedlich. Im öffentlichen und Verkehrsbau wurden in den ersten 10 Monaten 1971 insgesamt 27,7 Mio Arbeitsstunden geleistet gegenüber 29,9 Mio im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Durch das milde Wetter zu Beginn des Jahres begünstigt, wurde im Straßenbau in den ersten zehn Monaten 1971 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs in der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden eine Zunahme um 28,0 % erzielt. Demgegenüber ging die Arbeitsleistung im öffentlichen Hochbau um -18,2 % und im sonstigen Tiefbau um 11,8 % zurück.

Die beiden anderen Bauzweige, der gewerbliche und industrielle Bau mit 17,3 Mio Arbeitsstunden und der gleich umfangreiche Wohnungsbau wiesen nach der Zahl der Arbeitsstunden in den ersten zehn Monaten eine positive Entwicklung auf, und zwar erreichte der

Wohnungsbau ein Plus von 6,9 % und der gewerbliche und industrielle Bau eine Zunahme von 5,0 %.

Baugenehmigungen und -fertigstellungen für Wohnungen beachtlich gestiegen

Die im vergangenen Jahre festgestellte Stagnation in der Zahl der genehmigten Wohnungen und die Verminderung der Zahl fertiggestellter Wohnungen um ein Viertel — jeweils im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum — hat sich in den 12 Monaten von September 1970 bis August 1971 nicht fortgesetzt. Ganz im Gegenteil wurden mit etwa 15 200 Einheiten um ein Fünftel mehr Wohnungen zum Bau genehmigt; fertiggestellt wurden im gleichen Zeitraum fast 13 900 Wohnungen; das waren 10 % mehr als in den 12 davorliegenden Monaten. Wenn mit diesem Bausergebnis auch noch nicht wieder die um 3 000 Einheiten höhere Zahl der fertiggestellten Wohnungen vom September 1968 bis August 1969 erreicht werden konnte, so lassen doch

Schaubild 7

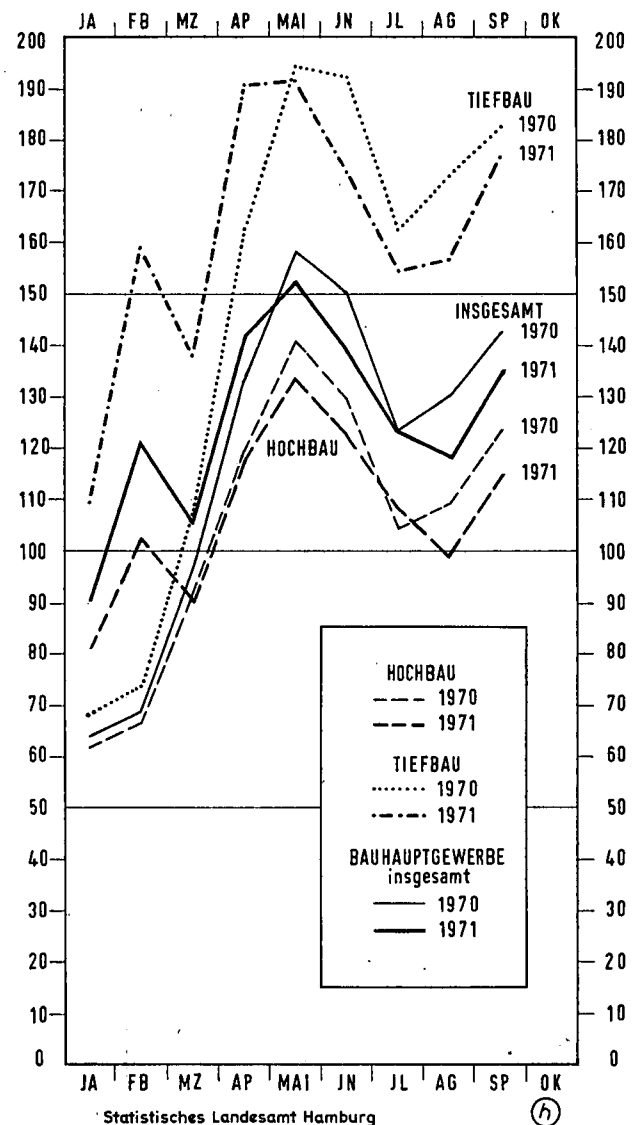
**Nettoproduktion des Bauhauptgewerbes
in Hamburg arbeitstäglich**
1962 = 100


Tabelle 10

**Baugenehmigungen und Baufertigstellungen in Hamburg
1969/1970 und 1970/1971**

Art der Angaben	Sept. 1969 bis August 1970	Sept. 1970 bis August 1971	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
	1	2	3	4
Baugenehmigungen				
Wohngebäude	2 193	1 974	- 219	- 10,0
Nichtwohngebäude ...	998	929	- 69	- 6,9
Umbauter Raum der Nichtwohngebäude (1 000 m ³)	5 647	7 782	+ 2 135	+ 37,8
Wohnungen ¹⁾	12 607	15 222	+ 2 615	+ 20,7
Baufertigstellungen				
Wohngebäude	2 198	2 208	+ 10	+ 0,5
Nichtwohngebäude ...	962	910	- 52	- 5,4
Umbauter Raum der Nichtwohngebäude (1 000 m ³)	4 823	5 934	+ 1 111	+ 23,0
Wohnungen ¹⁾	12 622	13 878	+ 1 256	+ 10,0

¹⁾ in Wohn- und Nichtwohnbauten.

die stark gestiegenen Baugenehmigungen eine in den kommenden Monaten weiterhin erhöhte Fertigstellungszahl erwarten. Hierfür spricht auch, daß infolge der beginnenden Konjunkturabschwächung bereits eine Zinssenkungstendenz zu erkennen ist und die Baupreise eine geringere Steigerungsrate aufweisen als in den vorangegangenen Monaten. Während der Preisindex für Wohngebäude – Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten) – auf der Basis 1962 = 100 vom August 1969 auf August 1970 noch um 17,9 % anstieg, verminderte sich diese Rate jetzt auf „nur“ 12,1 % bei einem Indexstand von 169,6 im August 1971.

Ähnliche Tendenzen, wie sie für die Wohnungen dargestellt wurden, ergaben sich auch im Nichtwohnungsbau. Hier lagen sogar die Zuwachsraten beim umbauten Raum mit fast 40 % (Baugenehmigungen) bzw. 23 % (Baufertigstellungen) erheblich über denen des Wohnungsbaus. Da die Bauleistung im Nichtwohnungsbau – gemessen am umbauten Raum – auch von 1968/1969 auf 1969/1970 nicht zurückgegangen war, sondern bei den Baufertigstellungen noch einen geringen Zuwachs von fast 2 % aufzuweisen hatte, wird deutlich, daß der Nichtwohnungsbau von den Maßnahmen zur Drosselung der Konjunktur nicht so sehr betroffen wurde, wie es beim Wohnungsbau der Fall war. Sowohl bei den Baugenehmigungen als auch bei den Baufertigstellungen lagen im Vergleich mit den jeweils vorangegangenen 12 Monaten die Zuwachsraten 1969/1970 und 1970/1971 im Nichtwohnungsbau ganz erheblich über denen des Wohnungsbaus. Diese Aussagen gelten durchgehend allerdings nur für Wohnungen bzw. den umbauten Raum im Nichtwohnungsbau. Betrachtet man dagegen die Veränderungen in der Zahl der genehmigten und fertiggestellten Gebäude, so kann man erkennen, daß Wohngebäude und Nichtwohngebäude im betrachteten Zeitraum 1970/1971 durchschnittlich größer waren als 1969/1970. Hieraus wird auch deut-

lich, daß es bei der Darstellung und Beurteilung der Bauleistung weniger auf die Zahl der Gebäude, sondern mehr auf die Zahl der Wohnungen und ckm umbauten Raum ankommt.

Tiefbauaufträge um mehr als ein Drittel zurückgegangen

Im Tiefbau, wo nur die Auftragsvergaben der öffentlichen Hand mit einem Einzelauftragswert von mindestens 25 000 DM erfaßt werden, haben sich die Konjunkturdämpfungsmaßnahmen besonders deutlich ausgewirkt: Vom Oktober 1970 bis September 1971 wurden nur Aufträge im Wert von 351,8 Mio DM vergeben; das waren fast 35 % weniger als in den 12 Monaten davor. Daß trotzdem noch erhebliche – und z. T. sogar steigende – Mittel insbesondere in den Ausbau des Nahverkehrsnetzes des Hamburger Verkehrsverbundes investiert wurden, geht aus der folgenden Aufstellung hervor, die nur die großen Vorhaben mit einem Auftragswert von jeweils 1 Mio DM und mehr erfaßt:

Straßenbauten	rd. 15 Mio DM
Straßenbrückenbauten	rd. 25 Mio DM
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen und Häfen	rd. 12 Mio DM
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	rd. 45 Mio DM
Sonstige Tiefbauten (vor allem U- und S-Bahnbau)	rd. 93 Mio DM

Diese Großprojekte erforderten mit rd. 190 Mio DM mehr als die Hälfte aller Tiefbauvergaben.

8. Handel und Verkehr
Geringeres Umsatzwachstum im Einzelhandel

Im Einzelhandel erreichten die Umsätze für die Zeit von Januar bis September neue Höchstwerte; doch lag die Steigerung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1970 mit nicht einmal 9 % deutlich unter dem entsprechenden Vorjahrswert von 13 %. Hierbei liegt die höchste Rate der Umsatzsteigerung beim Einzelhandel mit Elektroerzeugnissen, Papier, pharmazeutischen Artikeln, Fahrzeugen, obwohl die

Tabelle 11

**Umsätze im Einzelhandel in Hamburg 1970 und 1971
— in Mio DM —**

Wirtschaftsgliederung	Januar bis September			
	1970	1971	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
	1	2	3	4
Einzelhandel	5 670	6 160	+ 490	+ 8,7
davon				
Nahrungs- u. Genuß- mittel	1 940	2 010	+ 70	+ 3,7
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	1 560	1 730	+ 170	+ 11,0
Hausrat und Wohnbedarf	520	580	+ 60	+ 11,1
Sonstige Waren	1 650	1 840	+ 190	+ 11,7

Zuwachsrate von fast 20 % (1970) auf knapp 12 % (1971) sank. Es folgen der Einzelhandel mit Hausrat und Wohnbedarf und der Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen mit jeweils rd. 11 %. Bei beiden Gruppen hat sich das Umsatzwachstum verringert. Die Zuwachsrate bei Nahrungs- und Genußmitteln bildet mit großem Abstand das Schlußlicht. Die Zunahme beträgt nur noch 3,7 % gegenüber immerhin noch 7,2 % im Vorjahre.

Der Facheinzelhandel, der mehr als zwei Drittel der Gesamtumsätze erzielt, verzeichnet mit 7 % Umsatzplus ebenfalls eine deutlich geringere Wachstumsrate als im Vorjahre mit 12,4 %. Ein völlig anderes Bild ergibt die Betrachtung der Warenhäuser, die 18 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes bestreiten. Hier ist mit über 15 % ein nach wie vor ungebrochenes Wachstum festzustellen.

Der Gesamtumsatz des Einzelhandels könnte auf 9,1 Mrd DM geschätzt werden.

Rückgang im Fremdenverkehr

In den Monaten Januar bis August dieses Jahres hat die Zahl aller Gäste um rd. 6 % gegenüber dem Vorjahre abgenommen. An diesem Rückgang sind in erster Linie die inländischen Gäste beteiligt, da die Zahl der Ausländer um weniger als 2 % abnahm. Die entsprechenden Zahlen für die Übernachtungen der Inlands- und Auslandsgäste weisen die gleiche abnehmende Tendenz auf.

Unter Berücksichtigung dieser bisherigen Entwicklung läßt sich für das Jahr 1971 die Gesamtzahl der Gäste auf 1,4 Mio schätzen (knapp 0,1 Mio weniger als im Vorjahre), von denen rd. 0,5 Mio Ausländer waren. Von den 2,8 Mio Übernachtungen entfielen 1 Mio auf Ausländer.

Leichter Umschlagsrückgang im Hamburger Hafen

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden im Hamburger Hafen insgesamt 37,8 Mio t Güter geladen oder gelöscht. Das entspricht einem Rückgang von knapp 1,2 Mio t oder 3,0 % gegenüber dem Vorjahre. Dabei waren die Einbußen im Versand (8,5 Mio t, -4,0 %) etwas stärker als im Empfang (29,3 Mio t, -2,8 %).

Zu dieser Verminderung des Hafenumschlags haben eine Reihe von Faktoren beigetragen. Zunächst einmal muß daran erinnert werden, daß das außergewöhnlich hohe Vorjahrsergebnis teilweise dadurch bedingt war, daß Güterströme wegen Kapazitätsengpässen in anderen Häfen über Hamburg gelenkt wurden. Es mußte von vornherein damit gerechnet werden, daß diese Gütermengen nur „einmalig“ dem Hafen zugeflossen sind. Hinzu kommt, daß generell der Welthandel – verstärkt durch die nun schon lange anhaltende Währungsunsicherheit – eine Flaute durchläuft, die auch auf den Seeverkehr ausstrahlt. Inwieweit die Behinderung der deut-

Tabelle 12

Güterverkehr über See in Hamburg in 1000 t Januar bis Oktober 1971 gegenüber Januar bis Oktober 1970

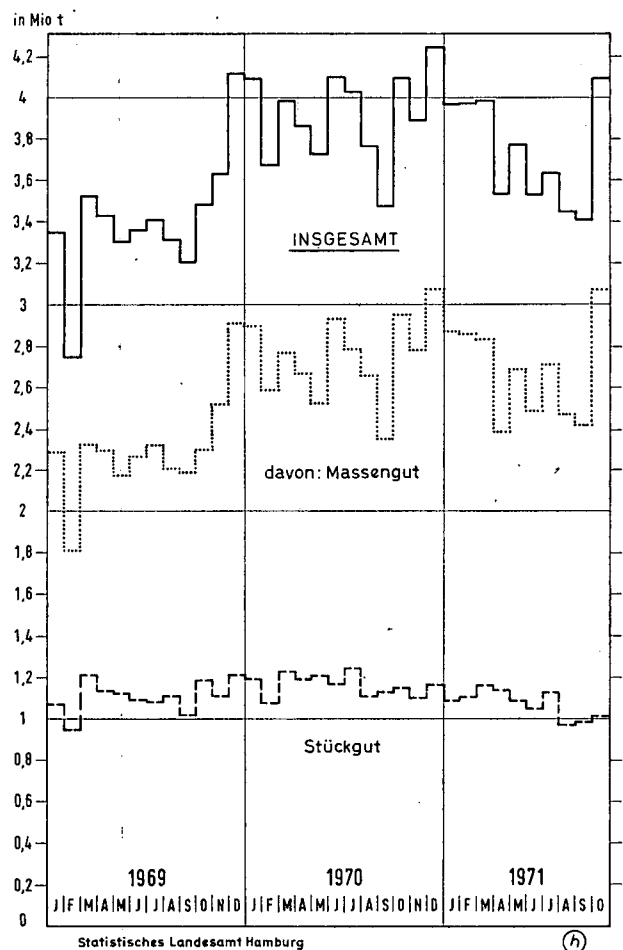
Art der Angaben	Januar bis Oktober		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	1970	1971	absolut	in %
	1	2	3	4
Gesamtumschlag	38 980	37 797	- 1 183	- 3,0
davon				
Stückgut	11 743	10 726	- 1 017	- 8,7
Massengut	27 237	27 071	- 166	- 0,6
Empfang	30 106	29 277	- 829	- 2,8
davon				
Stückgut	6 544	5 793	- 751	- 11,5
Massengut	23 562	23 484	- 78	- 0,3
Versand	8 874	8 520	- 354	- 4,0
davon				
Stückgut	5 199	4 933	- 266	- 5,1
Massengut	3 675	3 587	- 88	- 2,4

schen Exportwirtschaft durch das Floating und die von den USA eingeführten Importbeschränkungen zusätzlich eine Rolle gespielt haben, müßte geprüft werden.

Auf den ersten Blick ist vor allem der starke Rückgang des Transitverkehrs über den Hamburger Hafen auffällig. Da gerade dieser Verkehr im letzten Jahr wegen der schon erwähnten Kapazitätseng-

Schaubild 8

Der Güterverkehr über See des Hafens Hamburg von 1969 bis 1971



pässe in anderen Häfen besonders stark gestiegen war, wird man hierin im wesentlichen eine „Normalisierung“ sehen müssen, zumal die Abnahme weit überwiegend durch ein starkes Nachlassen des Durchgangsverkehrs mit der DDR bedingt ist. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrszeitraum sank der Außenhandelsverkehr der DDR über Hamburg von Januar bis September um fast 1,3 Mio t. Wegen einer Änderung des Zollrechts seit Ende 1970 ist jedoch ein erheblicher Teil, insbesondere der Einfuhr von Getreide, Ölfrüchten und Futtermitteln, der aus technischen Gründen kurzfristig zwischengelagert werden mußte, statt bisher als Durchfuhr nunmehr als „Einfuhr auf offenes Zollager“ abgefertigt worden. Aber selbst bei einer Bereinigung der dadurch entstandenen Vergleichsstörungen beträgt der Rückgang im Durchgangsverkehr der DDR in den ersten neun Monaten 1971 noch immer 0,8 Mio t, was einer Verringerung von knapp 36 % entspricht. Für die restlichen Monate des Jahres sind jedoch erhebliche Mengen an Getreide für die DDR avisiert, so daß sich vermutlich die Gesamtbilanz am Jahresende etwas günstiger stellen wird.

Die Abnahme des Umschlagsvolumens im Hamburger Hafen ist überwiegend auf eine erhebliche Verminderung des besonders interessanten Stückgutverkehrs zurückzuführen. So betrug das Beförderungsaufkommen an Sack- und Stückgütern bis einschließlich Oktober dieses Jahres 10,7 Mio t und sank damit gegenüber 1970 um 1,0 Mio t (-8,7 %). Dabei war der relativ stärkste Rückgang bei Stab- und Formstahl, Blechen, Holz, Zement sowie bei Spinnstoffen zu verzeichnen. Erfreulich ist, daß trotz der Verringerung des Stückgutumschlags der Container-Verkehr stark angestiegen ist, und zwar auf der Basis der Zahl der beladenen Container um 51 %, beim Gewicht der beförderten Güter um 53 %. Wesentlich geringer als beim Stückgut waren die Einbußen beim Umschlag von Massengut, der bei einer Gesamtmenge von 27,1 Mio t nur um knapp 170 000 t (-0,6 %) zurückging. Allerdings haben sich hierbei beträchtliche Verschiebungen zwischen den einzelnen Massengutpositionen ergeben. So nahmen die Transporte von rohem Erdöl um 0,6 Mio t (-5,9 %) ab; der Umschlag von Kohlen und Koks verringerte sich wegen des milden Winters zu Beginn dieses Jahres sogar um 20,1 % (-0,6 Mio t). Demgegenüber stieg der Empfang und Versand von Ölfrüchten um 27 %, von Erzen um 22 % und von Mineralölprodukten um knapp 10 %.

Bei einer Vorausschätzung für das Gesamtergebnis des Jahres 1971 wird man berücksichtigen müssen, daß selbst bei einer gegenüber dem bisherigen Verlauf günstigeren Entwicklung im letzten Quartal der Umschlagsrückgang nicht wesentlich verringert werden kann. Für das gesamte Jahr ist daher mit einem Hafenumschlag von etwa 45,2 Mio t zu rechnen, was einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr um 3,8 % entspricht. Etwa 32,4 Mio t dürften dabei auf Massengut und etwa 12,8 Mio t auf Sack- und Stückgüter entfallen.

Zunahme des Binnenschiffsverkehrs

Die Transportleistung der Binnenschifffahrt ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 4,2 % gegen-

über dem gleichen Vorjahreszeitraum auf 7,8 Mio t gestiegen. Das ist vor allem auf die günstigen Ergebnisse im 1. Quartal zurückzuführen, als der besonders milde Winter Binnenschiffstransporte kaum behinderte und dadurch gegenüber 1970 fast die Hälfte mehr Güter auf dem Wasserwege von und nach Hamburg befördert wurden. In den folgenden Monaten wurden jedoch die Transportmengen des Vorjahrs nicht immer erreicht, wozu vermutlich der rückläufige Umschlag im Seeverkehr des Hamburger Hafens und hier insbesondere die starke Verminderung des Durchgangsverkehrs von und zur DDR wesentlich beigetragen hat. Im Zuge dieser Entwicklung – verstärkt durch das Niedrigwasser der Elbe im Sommer – wurden die anfänglich extrem hohen Zuwachsraten im weiteren Jahresablauf immer mehr abgebaut. Unter der Voraussetzung eines nicht allzu früh einsetzenden Winters ist damit zu rechnen, daß das Jahresergebnis für die Binnenschifffahrt sich auf knapp 11 Mio t belaufen wird, was einem Anstieg um gut 4 % entspricht.

Beachtliche Transportleistungen der Hafenschifffahrt

Von Januar bis September 1971 wurden im Hamburger Hafen ziemlich genau 4,0 Mio t Güter aller Art mit Schuten befördert. Dabei dienten rd. 59 % dieser Gütermengen der Versorgung der im Hafen ansässigen Industrie, während 28 % zwischen Umschlagsbetrieben und Seeschiffen bzw. zwischen verschiedenen Seeschiffen transportiert wurden. Wenn sich die Beschäftigungslage im Hamburger Hafen nicht entscheidend abschwächt, wird die Hafenschifffahrt bis zum Ende dieses Jahres auf ein Transportvolumen von mehr als 5,3 Mio t kommen, darunter etwa 35 % Stück- und Sackgüter.

Luftverkehr weiterhin stark gestiegen

Auch in diesem Jahre wurde in der Bilanz des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel eine Fortsetzung des seit langem beobachteten Anstiegs festgestellt. In den Monaten Januar bis Oktober 1971 wurden knapp 2,9 Mio Fluggäste (ohne Transit) gezählt. Das entspricht einer Zunahme von 11,3 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrszeitraum. Hinzu kommen noch etwa 110 000 im Transit beförderte Passagiere. Allerdings wurde die hohe Zuwachsrate des vergangenen Jahres (+ 18,5 %) nicht erreicht. Hierbei wird man allerdings berücksichtigen müssen, daß der Luftverkehr zu Beginn dieses Jahres mehrere Monate durch den „Dienst nach Vorschrift“ beim Flugsicherungspersonal behindert war, was insbesondere im innerdeutschen Linienverkehr dazu geführt hat, daß ein Teil der Reisenden vermutlich auf andere Verkehrsmittel ausgewichen ist. So stieg denn auch die Zahl der beförderten Passagiere im Linienverkehr nur um 6,1 % (Vorjahr 17,4 %), während sich die Ausweitung des Pauschalflugreiseverkehrs in diesem Jahr verstärkt fortgesetzt hat. Hier wurde eine Zuwachsrate von über 60 % erzielt (Vorjahr 30 %), so daß auf diese Verkehrsart nunmehr ca. 14 % des gesamten Passagieraufkommens in Hamburg entfällt.

Die Zahl der Starts und Landungen in Fuhlsbüttel ist in etwa gleichem Umfang wie der Personenverkehr gestiegen, was darauf hindeutet, daß der Umrüstungsprozeß auf größere Flugzeuge, der in den vergangenen Jahren deutlich sichtbar war, vorläufig abgeschlossen ist. Überraschend ist der starke Rückgang im Luftfrachtgeschäft. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden 22 800 t (ohne Transit) befördert, was einer Abnahme von 6,9 % entspricht. Das Luftpostaufkommen ist dagegen mit 5 900 t auf nahezu dem gleichen Stand wie im Vorjahre geblieben (-0,4 %).

Wenn nicht widrige Wetterbedingungen in den letzten Monaten einen Tendenzumschwung bewirken, ist damit zu rechnen, daß das Jahresergebnis 1971 ohne Berücksichtigung des Transitverkehrs mit knapp 3,4 Mio beförderter Personen (+12 %) abschließt. Die Luftfracht wird bei etwa 28 500 t und das Luftpostaufkommen bei 7 500 t liegen.

Öffentlicher Personennahverkehr unverändert

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden im öffentlichen Nachverkehr insgesamt 442 Mio Fahrgäste befördert. Das entspricht einer leichten Zunahme von etwas mehr als 2 Mio Beförderungsfällen (+0,5 %). Damit konnte die vergleichsweise hohe Steigerungsrate des Vorjahrs (+3,6 %) nicht erreicht werden. Es wäre sicherlich falsch, diese sich abzeichnende Abschwächung der in den vergangenen Jahren beobachteten günstigen Entwicklung der ab August dieses Jahres erfolgten Tarifierhöhung des Hamburger Verkehrsverbundes zuzuschreiben. Eine genaue Betrachtung der Monatsergebnisse zeigt nämlich, daß nach einem starken Plus im ersten Quartal dieses Jahres (+3,9 %) in der Folgezeit die Ergebnisse fast immer unter denen des vergleichbaren Vorjahresmonats lagen. Es muß jedoch eingehenderen Analysen vorbehalten bleiben, welche Faktoren diesen Rückgang bewirkt haben.

Verhältnismäßig günstig schneidet — wie schon in den Vorjahren — der Kraftomnibusverkehr ab, bei dem ein Anstieg von 6,8 Mio Beförderungsfällen (+4,9 %) registriert wurde. Einmal hat der Omnibus — was seine Linienführung anbelangt — gegenüber den schienengebundenen Verkehrsmitteln den Vorteil der größeren Elastizität. Damit kann er verhältnismäßig schnell sich ändernden Verkehrsbedürfnissen z. B. infolge von Bevölkerungsverschiebungen angepaßt werden. Vor allem aber ist zu berücksichtigen, daß der Kraftomnibus auch in diesem Jahr in bestimmten Relationen die Straßenbahn ersetzt hat. Infolge dieser Angebotsverlagerungen ist die Zahl der Beförderungsfälle bei der Straßenbahn um 11,4 % (5,4 Mio) zurückgegangen. Auch die Schifffahrt mußte geringe Einbußen (-0,9 %) hinnehmen. Der mit Abstand wichtigste Verkehrsträger, die Schnell- und Vorortsbahnen, lag mit einer Steigerungsrate von 0,4 % etwas unter dem Durchschnitt der Entwicklung des gesamten öffentlichen Personennahverkehrs.

Es ist nicht damit zu rechnen, daß sich in den letzten Monaten dieses Jahres ein Strukturwandel vollzieht, so daß insgesamt das Vorjahresergebnis voll erreicht wird. Dadurch würde sich die Gesamtzahl der

Tabelle 13

Mit Hamburger Verkehrsmitteln beförderte Personen 1970 und 1971

— Betriebszweig/Beförderungsfälle in 1 000 —

Verkehrsmittel	Januar bis September			
	1970	1971	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
	1	2	3	4
Schnell- und Vorortsbahnen ¹⁾ ...	244 342	245 234	+ 892	+ 0,4
Kraftomnibusse ...	137 932	144 718	+ 6 786	+ 4,9
Straßenbahnen ...	47 511	42 081	- 5 430	- 11,4
Schifffahrt ²⁾	10 190	s 10 100	- 90	- 0,9
Insgesamt	439 975	442 133	+ 2 158	+ 0,5

¹⁾ S- und U-Bahnen, nicht bundeseigene Eisenbahnen. — ²⁾ Hafen- und Alsterschifffahrt. — s geschätzte Zahl.

beförderten Personen in Hamburg auf rund 600 Mio belaufen, von denen etwa 56 % auf die Schnell- und Vorortsbahnen entfallen.

Wachstum des Kraftfahrzeugbestands verlangsamt

Bei der jährlichen Bestandsauszählung wurden am 1. Juli 1971 für Hamburg insgesamt rd. 509 000 Kraftfahrzeuge nachgewiesen. Darunter befanden sich 461 000 Personen- und Kombinationskraftwagen (91 %). Im Durchschnitt entfielen damit auf je 1 000 Hamburger Einwohner 281 Kraftfahrzeuge bzw. 254 Pkw oder Kombis.

Gegenüber 1970 hat sich der Fahrzeugbestand um 6,3 % erhöht. Diese Bestandsausweitung ist zwar immer noch beachtlich, sie ist jedoch merklich geringer als im Vorjahr (8 %). Die bereits 1970 geäußerte Vermutung, daß nach Sättigung des Nachholbedarfs aus der Rezession 1967/68 sich das Wachstum des Kraftfahrzeug-Bestands wieder verlangsamen würde, hat sich damit bestätigt. Das läßt sich auch aus der Zahl der Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ablesen. So sank die Zuwachsrate der jeweils in den ersten acht Monaten des Jahres zugelassenen neuen Fahrzeuge von 1969 (+24 %) über 1970 (+15 %) auf 6 % im Jahre 1971.

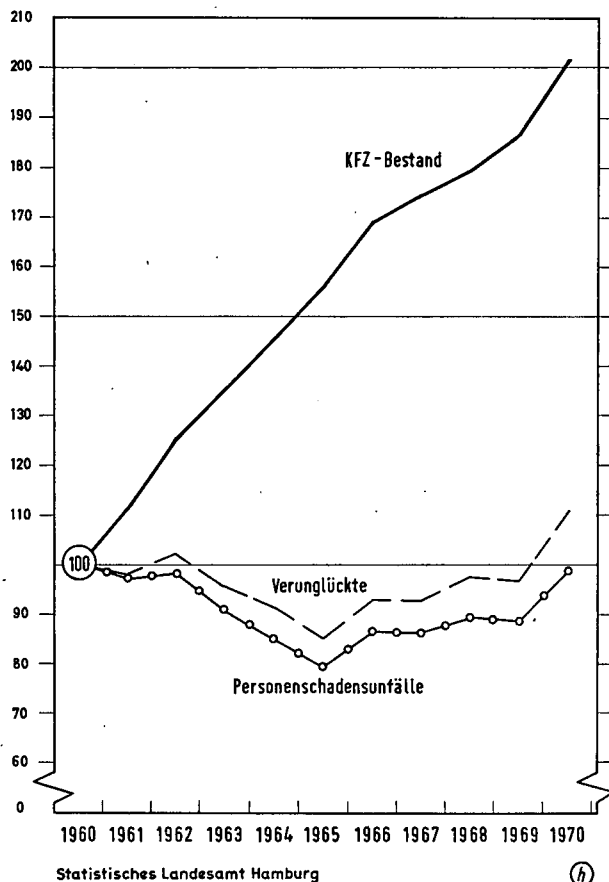
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden leicht gesunken

Bis Ende Oktober dieses Jahres ereigneten sich auf Hamburgs Straßen knapp 10 400 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, bei denen insgesamt fast 14 100 Verkehrsteilnehmer verunglückten. Damit sank die Zahl der Personenschadensfälle gegenüber den ersten zehn Monaten des Vorjahrs um 1,4 %, die Zahl der Verunglückten erfreulicherweise sogar um 3,2 %. Als positiv ist auch zu werten, daß die Schwere der Unfälle, ausgedrückt durch die Zahl der Verunglückten je Unfall, geringfügig zurückgegangen ist.

Trotzdem ist der Eindruck, den diese Zahlen hinterlassen, zwiespältig. Sicherlich hat sich der erschreckende Anstieg der Unfallzahlen des letzten Jahres

Schaubild 9

Kraftfahrzeugbestand, Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und dabei Verunglückten in Hamburg 1960 bis 1970
1960 = 100



nicht fortgesetzt. Wer jedoch gehofft hatte, daß infolge der Schockwirkung der negativen Unfallbilanz des Vorjahrs verstärkt durch die extrem günstigen Wetterbedingungen in diesem Jahre sowie als Folge der Neufassung der Straßenverkehrsordnung die Unfallzahlen stark absinken würden, wurde enttäuscht. Bei dieser Wertung wird man auch berücksichtigen müssen, daß die Zahl der Sachschadensunfälle (ohne die nicht registrierten Bagatellunfälle) von 15 700 in den ersten zehn Monaten 1970 auf 19 300 in diesem Jahre, also um nicht weniger als 22 % angestiegen ist. Man wird daher die Vermutung nicht von der Hand weisen können, daß möglicherweise eine Vielzahl von Unfällen nur deshalb ausschließlich Sachschaden zur Folge hatten, weil die Witterungsbedingungen und damit weitgehend auch die Straßenbeschaffenheit günstig waren. Andernfalls wäre vermutlich auch das Ergebnis hinsichtlich der Personenschadensunfälle wesentlich schlechter ausgefallen. Rechnet man nämlich Sachschadens- und Personenschadensfälle zusammen, so ergibt sich ein Anstieg von 12,9 % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

Für das gesamte Jahr 1971 ist bei Anhalten der beobachteten Tendenzen mit einer Gesamtzahl von 12 600 Personenschadens- sowie knapp 24 000 Sachschadensunfällen (ohne Bagatellunfälle) zu rechnen, während sich die Zahl der verunglückten Personen auf etwa 17 100 beziffern wird.

9. Geld und Staatsfinanzen

Neuer Sparrekord

Ungeachtet der anhaltenden Teuerung wird man 1971 in Hamburg einen neuen Sparrekord verzeichnen können. In den ersten neun Monaten dieses Jahres hat der Spareinlagenzuwachs bei allen Kreditinstituten 383 Mio DM oder 4,9 % betragen gegenüber nur 11 Mio DM bzw. 0,2 % im Vergleichszeitraum des Vorjahrs. Ende September waren auf den Sparkonten schon 8,1 Mrd DM gutgeschrieben, fast 1 Mrd DM mehr als zwölf Monate zuvor.

Das traditionelle Sparbuch steht zwar nach wie vor weit an der Spitze sämtlicher Anlageformen, es ist aber nicht die einzige geblieben. Wie aus dem Jahresbericht 1970 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes hervorgeht, setzten sich die privaten Ersparnisse bei den Sparkassen des Bundesgebiets im ersten Quartal 1971 zu 73,4 % aus Spareinlagen, zu 14,1 % aus Sparkassenbriefen und zu 12,5 % aus Wertpapieren zusammen. Ein Dreivierteljahr früher lauteten die entsprechenden Quoten 60,1 %, 11,6 % sowie 28,3 %. Damit zeigt sich z. Z. wieder eine Positionsverbesserung des Kontensparens, welche zumindest partiell auf hohe Rückbuchungen von privaten Terminkonten auf Sparkonten zurückgehen dürfte, weil die Zinsdifferenz inzwischen weitgehend fortgefallen ist.

Tabelle 14

Spareinlagen¹⁾ bei Kreditinstituten in Hamburg und im Bundesgebiet 1970 und 1971

Stand am Monatsende	Hamburg ²⁾	Bundesgebiet ³⁾
	Mio DM	
	1	2
1970 Dezember	7 764	205 440
1971 Januar	7 825	207 260
Februar	7 901	209 577
März	7 950	210 945
April	7 983	212 209
Mai	8 031	213 351
Juni	8 078	214 635
Juli	8 109	215 398
August	8 140	217 052 p
September	8 146	

¹⁾ von privaten und öffentlichen Haushalten sowie Unternehmen. — ²⁾ Quelle: Landeszentralbank Hamburg. — ³⁾ Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1971, S. 36.

Der Spareinlagenbestand bei den Kreditinstituten im gesamten Bundesgebiet belief sich Ende August 1971 auf 217,1 Mrd DM. Das Wachstumstempo (+5,7 %) war dort noch etwas stärker als in Hamburg.

Öffentliche Verschuldung erreicht Höchststand seit der Währungsreform

Steuern und andere in Hamburgs Staatskassen geflossene Einnahmen reichten bei weitem nicht aus, um alle öffentlichen Aufgaben, insbesondere die umfangreichen Investitionsvorhaben zu finanzieren, die wegen der starken Kostensteigerungen immer teurer werden. Hinzu kommen die aus dem Ausgabenanstieg im Personalbereich resultierenden Schwierigkeiten. Auch die einnahmehindernden Effekte der Finanzreform spielen dabei für Hamburg eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Um die wachsenden Defizite abzudecken, mußte Hamburg in forciertem Maße auf Kredite zurückgreifen. Insgesamt stieg daher der Schuldenstand in den ersten neun Monaten 1971 um eine gute halbe Milliarde DM oder rd. 15 % an und erreichte am 30. 9. 1971 mit 4,02 Mrd DM den höchsten Stand seit der Währungsreform. Die Gesamtschulden je Einwohner betragen nunmehr 2 234 DM, während sie ein Jahr früher 1 824 DM ausmachten. Im Vergleichszeitraum des Vorjahrs wurden noch beträchtlich weniger Fremdmittel beansprucht.

Da der Kreditermächtigungsrahmen für 1971 aufgrund der „Verordnung über die Begrenzung der Kreditaufnahme durch Bund und Länder im Haushaltsjahr 1971 vom 27. Mai 1971“ (BGBl. I 1971, S. 693 f.) in Höhe von 635 Mio DM praktisch schon ausgeschöpft und auch ein Großteil der fälligen Tilgungen geleistet ist, wird sich die Nettoverschuldung bis zum Jahresende nicht mehr entscheidend ändern.

Für einen Vergleich mit den anderen Gebietskörperschaften stehen gegenwärtig erst die Ergebnisse vom Stichtag 30. Juni 1971 zur Verfügung. Aus diesen ist zu ersehen, daß der Status der fundierten Schulden des Bundes, der Länder und Gemeinden zusammen genommen bisher eine deutlich niedrigere Zuwachsrate (+3,6 %) als der des Stadtstaates Hamburg (+11,0 %) zu verzeichnen hatte. Im einzelnen erhöhten sich die Verpflichtungen des Bundes im ersten Halbjahr 1971 um 0,7 % auf 45,7 Mrd DM, die der Länder um 4,4 % auf 50,6 Mrd DM und die der Gemeinden einschließlich der Gemeindeverbände um 6,4 % auf 37,1 Mrd DM. Engt man die Gegenüberstellung auf die in wirtschaftlicher Hinsicht besonders relevante Teilmasse der Neuschulden aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln ein, dann beträgt die durchschnittliche Bestandszuwachsrate der zusammengefaßten Gebietskörperschaften bei einem Verpflichtungsvolumen am 30. 6. 1971 von insgesamt 87,5 Mrd DM +6,1 %, die von Hamburg mit +19,0 % (bis zum 30. 9. 1971 = +25,2 %) ganz erheblich übertroffen wird. Für sich gesehen, hat der Bund mit +1,4 % seine Nettoverschuldung am Kreditmarkt am geringsten aufgestockt; ihm folgen die Gemeinden und Gemeindeverbände mit +7,0 % und die Länder mit +12,4 %.

Steuerquellen wieder ergiebiger

Nach dem Einbruch bei den Steuererträgen im vergangenen Jahre berechtigt die Entwicklung in 1971 von einer fühlbaren Erholung zu sprechen. Das 1970er Ergebnis brachte dem gesamten Steueraufkommen in Hamburg ein Plus von nur 4,9 %, den dem öffentlichen Haushalt zur Verfügung stehenden Steuereinnahmen jedoch ein Minus von 7,6 %. In den ersten neun Monaten des Jahres 1971 betrug die Veränderungsrate des Steueraufkommens dagegen +8,8 % und die der Hamburg verbliebenen Steuern sogar +13,0 %, die vor dem Hintergrund des vorjährigen Rückgangs allerdings als mäßig zu bewerten ist. Insgesamt sind bis zum 30. 9. 1971 11,9 Mrd DM an Steuern aufgekomen. Falls die bisherige Veränderungsrate bis zum Jahreschluß erhalten bleibt, wird sich dieser Betrag auf rd. 16,8

Tabelle 15

Steueraufkommen in Hamburg 1971

Steuerarten	Januar bis September		
	1971	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mio DM	in %
	1	2	3
Gemeinschaftliche Steuern ¹⁾	5 459	+ 433	+ 8,6
darunter			
Lohnsteuer	1 872	+ 375	+ 25,0
Veranlagte Einkommensteuer	686	+ 107	+ 18,5
Körperschaftsteuer	352	— 10	— 2,7
Steuern vom Umsatz ..	2 413	— 7	— 0,3
Bundessteuern	5 464	+ 445	+ 8,9
darunter			
Zölle	503	+ 106	+ 26,6
Mineralölsteuer	3 995	+ 335	+ 9,1
Tabaksteuer	500	— 35	— 6,6
Kaffeesteuer	225	+ 14	+ 6,7
Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer ..	49	+ 8	+ 21,0
Landessteuern	373	+ 9	+ 2,6
darunter			
Vermögensteuer	162	+ 12	+ 8,3
Erbschaftsteuer	21	— 17	— 44,5
Kraftfahrzeugsteuer	98	+ 7	+ 8,2
Gemeindesteuern ²⁾	611	+ 73	+ 13,6
darunter			
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital ²⁾ ..	451	+ 59	+ 15,1
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	89	+ 12	+ 16,1
Gemeinschafts-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern insgesamt	11 906	+ 961	+ 8,8
darunter			
Haushaltswirksame Steuereinnahmen ...	2 358	+ 272	+ 13,0

¹⁾ ohne Gewerbesteuerumlage. — ²⁾ einschl. Gewerbesteuerumlage.

Mrd DM erhöhen. Nach vollzogener Steuerverteilung verbleibt Hamburg jedoch nur ein Bruchteil dieses Aufkommens, nämlich etwa jede fünfte Mark. Das verhält sich so, weil die Verbundsteuern nur teilweise in die hamburgischen Staatskassen fließen, die reinen Bundessteuern allein dem Bund zustehen, durch die neu eingeführte Zerlegung von Lohn- und Körperschaftsteuer per Saldo Beträge abzuführen sind, die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital durch eine Gewerbesteuerumlage geschmälert wird, und außerdem Zahlungen im Zuge des horizontalen Finanzausgleichs sowie an den Lastenausgleichsfonds zu leisten sind. Unter besagten Umständen konnten sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres 2,4 Mrd haushaltswirksame Steuereinnahmen ansammeln, das sind 272 Mio DM mehr als im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahrs. Wenn die aktuelle Steigerungsrate von 13,0 % auch in den letzten drei Monaten erhalten bleibt, würde — ausgehend vom Totalergebnis der haushaltswirksamen Steuereinnahmen 1970 — der 3,15 Mrd DM betragende rechnerische Haushaltsansatz 1971 um knapp 85 Mio DM unterschritten werden. Dieses Defizit würde nicht eintreten, wenn sich die Zuwachsrate für das ganze Jahr 1971 zumindest auf 16,1 % verbesserte. Die Steigerungsrate würde gegenwärtig 21,8 % ausmachen, wenn man aus Vergleichsgründen die von Januar bis September 1971 gezahlten Zerlegungs-

eträge der Lohn- und Körperschaftsteuer aus dem Kalkül herausließe, weil im selben Zeitabschnitt 1970 kassenmäßig überhaupt noch keine Zerlegungszahlungen angefallen sind.

In diesem Zusammenhang erhebt sich natürlich auch die Frage, ob die Entwicklung der Steuererträge in Hamburg parallel zu der im Bundesgebiet vorstatten geht, oder ob sich zwischen beiden eine Diskrepanz auftut. Der Vergleich muß unter Weglassung des kommunalen Steueraufkommens angestellt werden, da darüber keine aktuellen Zahlen greifbar sind. Bei Bund und Ländern wurden von Januar bis September 1971 vorläufig 112,7 Mrd DM Steuereingänge registriert, d. s. 12,1 Mrd DM oder 12,0 % (Hamburg 8,5 %) mehr als in den ersten neun Monaten des Jahres 1970. Dabei hatten mit 12,5 % (Hamburg 8,6 %) das größte Wachstumstempo die Gemeinschaftlichen Steuern (ohne Gewerbesteuerumlage)

erzielt; die reinen Bundessteuern haben um 9,1 % (Hamburg 8,9 %) und die ausschließlichen Ländersteuern um 9,3 % (Hamburg 2,6 %) zugenommen. Für die Hansestadt war also ein im ganzen wie im einzelnen zwar gleichgerichteter, bei den Ländersteuern jedoch wesentlich ungünstigerer Verlauf festzustellen als im Bundesgebiet.

Bei den einzelnen Steuerarten war die Entwicklung uneinheitlich. So hatte beispielsweise die Lohnsteuer ein Mehraufkommen von 25,0 %, die Gewerbeertrag- und -kapitalsteuer von 15,1 % zu verzeichnen, die Körperschaftsteuer und die Erbschaftsteuer hingegen ein Minderaufkommen von 2,7 % bzw. 44,5 %. Bei der Beurteilung des extremen Rückgangs der Erbschaftsbesteuerung ist in Rechnung zu stellen, daß häufig ein erheblicher Teil ihrer Erträge von wenigen großen Einzelfällen erbracht wird, was entsprechende Zufallsschwankungen im Aufkommen zur Folge hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1971	September 1971	Oktober 1971	Oktober 1970
		1965	1970				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	760,5	760,8	766,8	768,2	761,8
Lufttemperatur	°C	8,6	8,7	18,5	13,8	10,8	10,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	70	76	76	83
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	4	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	7	6	6	5	8
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	991	57	71	37	148
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 488	215	141	141	70
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	102	—	4	2	12
Tage mit Niederschlägen	"	258	253	20	20	11	21
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ¹¹⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	287,6	260,5	259,8
- Altona	"	264,3	262,0	262,7
- Elmsbüttel	"	264,6	258,9	258,9
- Hamburg-Nord	"	401,3	360,2	359,7
- Wandsbek	"	357,5	370,2	371,7
- Bergedorf	"	82,6	94,6	94,7
- Harburg	"	199,0	207,3	207,2
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 813,7	1 814,5
dav. männlich	"	861,9	843,4	844,8
weiblich	"	995,0	970,3	969,7
dar. Ausländer ⁴⁾	"	59,8	86,4	94,2
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 168	1 353 r	950 p	1 100 p	1 166 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	7,7	7,6 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 533	1 446 r	1 380 p	1 450 p	1 396 r
dar. unehelich	"	143	117	133 r	120 p	110 p	96 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	10,1	9,1
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	7,7	2,2 r	8,7 p	7,5 p	6,8 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 213	1 925 r	1 850 p	2 110 p	2 231 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	33	28 r	35 p	28 p	39 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,6	14,5 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	"	17,2	21,2 r	18,8 r	25,3 p	17,9 p	27,6 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123	- 680	- 479 r	- 470 p	- 660 p	- 835 r
	"	+ 0,8	- 4,5	- 5,4 r
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	Anzahl	6 174	6 947	9 302
Fortgezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 746	7 854
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—) dav. männlich	"	- 379	+ 202	+ 1 448
weiblich	"	- 37	+ 284	+ 1 010
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	- 342	- 82	+ 438
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	13 158	13 540 p	14 750 p	13 160 p	14 085
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus Schleswig-Holstein	"	1 542	1 631	2 022
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	835	983	1 040
Niedersachsen	"	1 091	1 095	1 557
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	307	369
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 863	2 597
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	2 358	3 126
b) Fortgezogene nach Schleswig-Holstein	"	2 351	2 394	2 733
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 620	1 721	1 952
Niedersachsen	"	1 268	1 372	1 806
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	635	863
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 944	2 301
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	1 036	1 014

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 10 (0 = wolkenlos, 10 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung. Ausland und unbekannt. — ¹²⁾ Bis zum Vorliegen der endgültigen Bevölkerungszahlen nach dem Stand vom 27. Mai 1970 werden b. a. w. nur noch die Veränderungsvorgänge veröffentlicht.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1971	September 1971	Oktober 1971	Oktober 1970
		1965	1970				
Gesundheitswesen							
1. Krankenanstalten in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	11 749	11 221	11 302	11 302	11 302	11 236
Pflegetage		273 169	264 719	250 992	252 021	273 886	273 432
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	82,2	77,0	79,5	82,8	84,3
b) Gemeinnützige Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	4 573	4 670	4 800	4 811	4 811	4 810
Pflegetage		123 729	125 308	124 164	125 349	134 741	131 741
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	88,1	83,4	86,7	90,0	90,5
c) Private Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	745	681	791	791	783	685
Pflegetage		19 012	17 965	18 337	18 725	21 749	20 467
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	82,6	73,7	78,9	86,6	88,1
2. Hamburgische Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenanstalten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	885	856	820	820	820	856
Pflegetage		21 274	20 557	20 925	21 042	20 657	21 397
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	79,7	84,1	85,6	81,2	81,6
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	1 084	883	761	761	761	783
Pflegetage		25 626	19 232	18 580	18 121	18 480	18 378
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	76,0	85,7	86,4	85,3	83,4
3. Anstalten für Gelstesranke							
a) Öffentliche Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743	1 743
Pflegetage		48 245	46 126	44 856	43 518	45 114	47 047
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	90,3	86,4	86,7	86,9	90,7
b) Gemeinnützige Krankenanstalten in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 275	1 292	1 292	1 292	1 292	1 292
Pflegetage		38 084	38 682	39 336	38 068	39 219	39 128
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	98,0	98,2	98,2	97,9	97,7
c) Krankenanstalten außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 403	1 397	1 397	1 397	1 397
Pflegetage		43 630	42 329	42 561	42 616	43 436	43 012
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	98,1	97,1	100,0	99,3	98,2
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen ⁴⁾							
Tonrundfunkteilnehmer ⁵⁾	1 000	667,8	717,9	685,5	685,0	684,7	718,2
Fernsehrundfunkteilnehmer ⁶⁾	"	455,8	622,9	614,4	615,1	615,9	626,4
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherel)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	404 866	427 075	444 626	484 731	470 796
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 410	4 585	5 117	5 652	4 859
3. Wissenschaftliche Büchereien ⁴⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	34 543	29 751	32 820	37 143	32 878
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	13 828	10 006	10 284	⁷⁾ 10 808	13 596
4. Besucher der Museen und Schausammlungen							
	Anzahl	43 961	57 443	61 052	55 672	67 696	65 721
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	689,5	695,2	693,4	692,8	693,3
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	409,3	411,8	409,8	409,1	411,4
Rentner	"	175,5	228,5	233,3	233,5	233,8	229,4
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	51,7	50,1	50,1	49,9	52,5
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	25,6	17,9	19,9	23,2	23,3
dav. männlich	"	17,9	17,3	12,5	13,8	15,8	15,6
weiblich	"	8,8	8,3	5,4	6,1	7,4	7,7

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁵⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁶⁾ Ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. — ⁷⁾ Ohne das vom 13. 9. 71 - 1. 11. 71 geschlossene HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg —.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1971	September 1971	Oktober 1971	Oktober 1970
		1965	1970				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	2 750	3 022	2 891	3 563	2 714
dav. männlich	"	2 318	1 482	1 630	1 612	1 998	1 383
weiblich	"	1 092	1 268	1 392	1 279	1 565	1 331
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Berberufe	"	95	15	20	22	25	7
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	40	17	16	18	34
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	36	47	41	57	37
Elektriker	"	24	12	18	19	25	11
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	20	33	43	42	24
Tischler, Modellbauer	"	24	18	10	8	9	26
Drucker	"	44	49	24	25	37	44
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	10	29	17	7	8
Ernährungsberufe	"	75	41	88	94	101	48
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	96	117	112	122	74
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	103	77	72	79	120
Warenkaufleute	"	368	411	284	262	303	389
Verkehrsberufe	"	313	162	205	203	253	193
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	574	535	518	722	627
Künstlerische Berufe	"	177	159	262	221	223	139
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	30 510	27 187	25 762	23 067	29 290
dav. männlich	"	13 014	17 678	15 004	13 936	12 496	17 345
weiblich	"	12 813	12 832	12 183	11 826	10 571	11 945
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	6 847	6 669	6 641	6 425	7 184
dav. männlich	"	4 134	5 085	4 841	4 703	4 626	5 227
weiblich	"	1 707	1 762	1 828	1 938	1 799	1 957
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	8 814	6 018	4 965	4 509	7 027
dav. männlich	"	9 955	7 880	4 915	3 902	3 491	6 078
weiblich	"	572	934	1 103	1 063	1 018	949
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	7 860	8 456	8 879	9 732	8 004
dav. männlich	"	5 512	3 686	4 050	4 308	4 711	3 777
weiblich	"	2 787	4 174	4 406	4 571	5 021	4 227
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
Männlich	"	16 703	33 303	.	46 284	.	.
Weiblich	"	5 157	13 182	.	19 644	.	.
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 810	1 289	1 026	1 080	1 109
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	89,9	94,0	93,0	92,0	90,3
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	9,3	7,7	7,8	7,2
2. Trinkmilchabsatz an Verbraucher durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	11 076	11 833	10 856	11 084	10 942
dav. lose	"	3 529	2 056	2 229	2 190	2 184	1 972
in Flaschen	"	1 636	1 636	743	722	709	1 473
in verlorenen Packungen	"	6 482	7 080	8 360	7 944	8 191	7 196
mit abwechl. Fettgehalt (H-Milch)	"	.	.	106	74	105	-
Ultra-hocherhitzte Milch	"	.	304	395	288	334	301
Mager- und Buttermilch	"	382	442	768	439	396	274
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	10,0	9,7	12,5	10,9	12,8
Kälber	"	2,6	1,9	2,6	1,8	1,7	1,8
Schweine	"	47,0	38,1	41,8	39,7	37,2	39,3
Schafe	"	2,7	1,0	1,2	1,6	0,9	1,2
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	8,9	8,1	11,6	10,1	12,5
Kälber	"	2,5	1,8	2,4	1,7	1,6	1,6
Schweine ³⁾	"	49,8	40,0	42,0	40,8	38,5	41,4
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	6 248	6 245	7 105	6 563	7 413
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 222	1 974	2 877	2 543	3 132
Kälber	"	187	152	229	159	148	144
Schweine	"	4 318	3 828	4 000	4 004	3 828	4 093

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1971	September 1971	Oktober 1971	Oktober 1970
		1965	1970				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 496	1 443	1 440	1 438	1 211
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	211	206	204	202	210
• dar. Arbeiter ²⁾	"	152	137	130	129	128	135
• Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	1 000	24 859	21 756	18 331	20 267	20 484	22 782
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	166	184	176	173	169
• Gehälter (Bruttosumme)	"	75	124	139	133	134	118
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	10	6	6	7	9
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 498	2 725	2 491	3 544	2 624
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 Kcal/cbm) ¹⁰⁾	1 000 cbm	18 272	18 272	16 524	19 237	30 716	19 270
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	70	45	59	66	65
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	144	136	151	158	149
• Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	"	18	11	6	7	11	13
• Umsatz ⁵⁾	Mio DM	1 304	1 593	1 576	1 762	1 716	1 730
• dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	"	155	243	202	208	218	259
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	128,8	108,3	121,9 r	131,0 p	132,2
• Verarbeitende Industrie	"	109,0	126,5	107,1	120,2 r	129,1 p	128,9
• Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	137,6	115,8	129,2 r	142,6 p	142,2
• Investitionsgüterindustrie	"	110,0	134,9	104,7	127,4 r	138,5 p	142,7
• Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	118,3	99,5	108,3 r	117,3 p	117,6
• Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	108,9	101,3	106,9 r	108,1 p	103,8
• Bauindustrie	"	103,7	122,5	120,3	135,2 r	141,4 p	145,4
Umsatz ⁷⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 593	1 576	1 762	1 716	1 730
• dar. Mineralölverarbeitung	"	215	259	263	266	282	277
• Chemische Industrie	"	101	140	143	171	161	149
• Elektroindustrie	"	143	193	188	253	228	211
• Maschinenbau	"	83	122	119	126	146	140
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	14	13	14	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	629	476	543	632	670
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	68	50	49	55	60
Vj.-Durchschnitt ⁸⁾				1. Vj. 1971	2. Vj. 1971	3. Vj. 1971	3. Vj. 1970
		1965	1970				
3. Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	85,7	84,5 r	85,3	86,0	85,9
• Umsatz	Vj. - $\frac{1962}{1962}$ = 100	238,8	150,8	138,6	163,2	171,3	154,8
• dar. Handwerksumsatz	Vj. - $\frac{1962}{1962}$ = 100	218,5	148,9	134,8	159,4	168,4	155,3
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ⁹⁾							
		Monatsdurchschnitt		August 1971	September 1971	Oktober 1971	Oktober 1970
		1965	1970				
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	46 651	45 219	45 116	...	47 828
• dar. Inhaber	"	1 365	1 296	1 231	1 203	...	1 269
• Angestellte	"	4 684	5 566	5 695	5 701	...	5 658
• Arbeiter ¹²⁾	"	43 102	39 789	38 293	38 212	...	40 901
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 254	5 988	6 828	...	7 714
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 609	1 589	1 980	...	2 069
• gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	1 660	1 648	1 960	...	1 990
• öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 985	2 751	2 888	...	3 655
• Löhne (Bruttosumme) ¹³⁾	Mio DM	46,3	62,8	71,7	78,5	...	79,5
• Gehälter (Bruttosumme) ¹⁴⁾	"	5,9	10,3	11,8	11,9	...	10,1
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	173,7	266,8	247,2	...	177,4
• dav. im Wohnungsbau	"	42,2	41,7	46,4	50,0	...	38,5
• gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	51,8	98,1	101,4	...	47,9
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	80,2	122,3	95,8	...	91,0
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	167	168	152	197	176
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	98	98	91	84	101	54
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	363	435	395	536	657
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	51,8	75,6	66,9	87,0	94,9
• Wohnfläche	1 000 qm	95	76	90	82	108	143
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	82	75	68	74	89
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	556	549	339	786	801
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	54,0	58,2	29,9	75,9	67,6
• Nutzfläche	1 000 qm	73	96	93	55	101	135
• Wohnungen	"	73	96	93	55	101	135
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 058	1 286	1 146	1 630	2 037

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁵⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁶⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ⁷⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ⁸⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ⁹⁾ ab Januar einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ¹⁰⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. — ¹¹⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1971	September 1971	Oktober 1971	Oktober 1970
		1965	1970				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	153	102	148	235	181
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	302	294	351	563	459
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM.	45,4	40,8	50,9	54,9	95,1	61,1
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	77	56	72	82	89
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	545	346	373	951	701
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	52,3	31,8	42,1	78,6	57,1
Wohnungen	Anzahl	1 140	842	858	1 074	1 643	1 283
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)							
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	153	232	101	155	109
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	90	189	74	85	64
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	338	286	161	381	257
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	42,3	35,6	23,4	52,1	31,0
Wohnfläche	1 000 qm	98	70	60	34	77	54
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	88	74	52	84	60	75
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	407	421	737	403	258
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	39,9	41,0	40,6	34,6	21,1
Nutzfläche	1 000 qm	69	78	83	124	59	51
Wohnungen	Anzahl	1 438	1 007	813	529	1 154	760
Wohnungen insges. 1) (alle Baumaßnahmen)	"	968	359	416	109	557	420
dar. mit öffentlichen Mitteln gefördert							
5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes 1)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 698	13 549	17 000	17 500	18 000	17 600
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 138	4 857	5 700	5 800	5 700	6 500
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 1)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	183	184	184	184	183
Wohnungen	"	638	699	703	704	705	692
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 612	2 627	2 628	2 632	2 586
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	178	159	188	214	206
dar. Warenhäuser	"	130	238	229	247	281	262
Facheinzelhandel	"	120	149	135	151	167	164
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels 1)							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	162	175
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	161	170
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	162	188
3. Handel mit Berlin (West) 1)							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	147 169	147 895	181 000	...	160 088
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	208 092	184 083	201 767	...	216 091
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg 1) *)							
Mio DM		212	295	279	306	...	240
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	26	29	33	...	21
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	269	250	273	...	219
dav. Rohstoffe	"	2	4	2	7	...	2
Halbwaren	"	50	62	55	56	...	70
Fertigwaren	"	143	203	193	210	...	147
dav. Vorzeugnisse	"	9	18	17	19	...	16
Enderzeugnisse	"	134	185	176	191	...	131
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	209	180	219	...	171
dar. EWG-Länder	"	65	94	74	88	...	84
EFTA-Länder	"	67	87	74	102	...	65

1) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1971	September 1971	Oktober 1971	Oktober 1970
		1965	1970				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
• Gastgewerbe	1962 = 100	111	•	•	•	•	•
dav. Beherbergungsgewerbe	•	125	•	•	•	•	•
Gaststättengewerbe	•	108	•	•	•	•	•
6. Fremdenverkehr ¹⁾							
• Fremdenmeldungen	1 000	120	125	•••	•••	•••	133
dar. von Auslandsgästen	•	42	43	•••	•••	•••	44
• Fremdenübernachtungen	•	232	248	•••	•••	•••	271
dar. von Auslandsgästen	•	90	83	•••	•••	•••	90
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 573	1 590	1 644 p	1 658 p	1 663
Angekommene Schiffe	•	1 739	1 645	1 659	1 652 p	1 683 p	1 734
Abgegangene Schiffe	•	•	•	•	•	•	•
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 913	3 244	3 408 p	4 088 p	4 098
dav. Empfang	•	2 229	3 006	2 426	2 548 p	3 211 p	3 127
dav. Massengut	•	1 634	2 370	1 935	2 021 p	2 644 p	2 519
dar. Mineralöle	•	888	1 454	1 132	1 224 p	1 615 p	1 537
Kohle	•	182	249	131	188 p	164 p	232
Getreide	•	180	168	83	113 p	192 p	186
Sack- und Stückgut	•	595	636	491	527 p	567 p	608
Versand	•	713	908	818	860 p	877 p	971
dav. Massengut	•	292	379	370	396 p	430 p	432
Sack- und Stückgut	•	421	528	448	464 p	447 p	539
2. Binnenschifffahrt							
• Gütereingang	1 000 t	340	374	453	455	•••	463
• Güterversand	•	309	488	342	319	•••	502
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 578	3 644 p	3 324 p	2 947 p	2 757
Gestartete Flugzeuge	•	2 047	2 685	3 644 p	3 323 p	2 947 p	2 750
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	124,7	171,9 p	172,1 p	160,5 p	142,9
Abgerollte Fluggäste	•	71,0	124,3	170,0 p	172,1 p	147,9 p	134,4
Angekommene Fracht	t	578	1 192	1 013 p	1 268 p	1 269 p	1 425
Abgegangene Fracht	•	587	1 328	1 047 p	1 344 p	1 446 p	1 450
Angekommene Post	•	185	274	266 p	281 p	288 p	317
Abgegangene Post	•	229	337	313 p	319 p	354 p	401
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 485	10 167	10 813	•••	12 083
Hoch- u. U-Bahn	•	13 705	15 858	14 130	14 679	16 240 p	16 240
Straßenbahn	•	9 436	5 276	4 009	4 273	5 144 p	5 144
Kraftomnibusse der HHA	•	9 695	12 750	12 075	12 459	13 502 p	13 502
Kraftomnibusse der VHH	•	1 873	2 307	2 132	2 278	•••	2 589
Private Kraftomnibusse	•	301	284	328	371	•••	263
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (Im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	1 000	352,2	455,2	478,1	479,3	479,8	454,3
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	•	310,8	411,7	431,7	432,7	433,1	410,7
• b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	5 071	6 250	4 151	5 467	•••	6 445
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	•	4 632	5 660	3 705	4 997	•••	5 768
Lastkraftwagen	•	362	493	343	398	•••	557
6. Straßenverkehrsunfälle							
• Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	1 069	1 024 r	1 109	1 138 p	1 272
• Getötete Personen	•	26	32	12 r	22	21 p	50
• Verletzte Personen	•	1 106	1 442	1 381 r	1 491	1 454 p	1 696

¹⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1971	September 1971	Oktober 1971	Oktober 1970
		1965	1970				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	25 077,1	28 351,8	28 760,6	29 082,5	25 613,0
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	7 673,3	8 775,7	8 834,8	8 912,1	7 757,8
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	7 661,3	8 642,5	8 707,1	8 784,8	7 755,2
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"	.	3 710,3	4 476,4	4 690,4	4 764,8	3 935,2
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	3 347,3	3 996,5	4 247,3	4 326,5	3 574,7
• Langfristige Kredite ³⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	.	13 693,5	15 099,7	15 235,4	15 405,6	13 920,0
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	12 112,6	13 357,0	13 491,6	13 638,0	12 318,5
• dar. Durchlaufende Kredite	"	.	665,4	619,4	615,6	617,7	677,3
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	16 355,8	18 600,5	18 625,0	18 924,9	16 608,7
• dav. Sicht- und Termingelder	"	.	9 050,0	10 460,8	10 478,7	10 728,3	9 286,8
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	.	7 831,5	8 968,9	9 043,2	9 311,0
• Spareinlagen	"	.	4 069,9	7 305,8	8 146,3	8 198,6	7 321,9
• dar. bei Sparkassen	"	.	2 792,9	4 941,6	5 401,1	5 402,4	4 948,8
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	.	244,3	439,1	461,3	402,2	431,8
• Lastschriften auf Sparkonten	"	.	203,9	430,1	432,0	379,2	361,8
• Zinsgutschriften	"	.	12,9	33,2	1,6	1,6	1,1
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	19	13	22	21	22
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	875	916	860	867	778
Betrag	1 000 DM	1 314	2 932	3 329	2 216	2 385	2 534
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren/ eidesstattliche Versicherungen⁴⁾	Anzahl	20 563	23 373	27 021	27 078	22 804	28 775
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 303	2 958	3 207	3 166	3 316
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 440	1 423	1 455	1 505	1 526
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	457	412	450	470	487
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	151	150	150	152	151
Grundkapital	Mio DM	3 975	4 862	5 148	5 164	5 171	4 951
Gesellschaften m. b. H.	Anzahl	5 877	5 015	5 336	5 354	5 379	5 088
Stammkapital	Mio DM	2 962	4 234	4 831	4 946	4 947	4 332
Steuern							
1.* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	.	585 154	560 825	781 811	513 010	507 308
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	298 399	295 527	523 761	253 134	217 272
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	178 167	245 011	230 047	228 641	186 608
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	66 980	13 587	198 108	17 623	29 661
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	14 446	32 551	3 894	3 012	1 579
• Körperschaftsteuer	"	36 706	38 805	4 378	91 712	3 588	— 576
• Steuern vom Umsatz	"	.	286 758	265 298	258 050	259 877	290 036
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	135 525	152 839	136 123	146 607	138 117
• Einfuhrumsatzsteuer	"	.	151 231	112 458	121 927	113 269	151 919
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	602 809	645 512	647 446	635 747	608 521
• dar. Zölle	"	45 076	49 486	51 463	52 425	51 694	51 624
• Verbrauchsteuern	"	358 150	535 718	567 372	571 168	565 667	543 009
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	440 497	488 110	478 579	466 586	443 948
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	40 066	69 093	23 617	25 089	26 236
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 648	48 546	3 516	1 628	2 369
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	10 207	10 165	9 094	11 193	10 785
• Biersteuer	"	2 430	3 057	3 559	3 617	3 153	3 309
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	59 558	144 747	15 742	36 023	32 648
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	43 302	126 840	14 079	6 299	4 798
• Grundsteuer A	"	73	85	158	34	17	25
• Grundsteuer B	"	5 134	6 939	15 319	1 025	902	916
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	946 077	992 664	1 059 991	926 989	904 808
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	191 333	180 839	265 455	196 130	126 720
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ⁴⁾	"	122 235	119 351	69 634	231 910	109 328	93 732
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	21 416	10 330	9 929	61 712	6 749
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	10 500	31 762	—	—	—
Außerdem:	"
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	38 558	81 182	15 742	36 023	32 648
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	"	.	30 869	19 503	59 942	34 477	30 278
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	260 761	281 524	341 139	266 630	189 645

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten.

⁴⁾ nach Zerlegung der Lohn- und Körperschaftsteuer.

Zahlenspiegel

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1971	Mai 1971	August 1971	August 1970
		1965	1970				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	148,9	158,2	167,2	169,6	151,3
Einfamiliengebäude	-	113,3	148,8	158,0	166,9	169,3	151,0
Mehrfamiliengebäude	-	113,0	149,1	158,3	167,4	170,0	151,7
Gemischt genutzte Gebäude	-	112,8	149,2	158,6	167,7	169,9	151,6
Bürogebäude	-	112,2	149,2	158,3	166,9	168,8	151,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	-	112,4	150,6	160,7	171,0	172,8	153,8
Löhne und Gehälter¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	329	344	356	367	327
männliche Arbeiter	-	140	202	205	210	227	204
weibliche Arbeiter	-	5,10	7,25	7,70	7,95	8,16	7,27
Bruttostundenverdienste	-	3,32	4,89	5,18	5,30	5,53	4,96
männliche Arbeiter	-	5,10	7,25	7,70	7,95	8,16	7,27
weibliche Arbeiter	-	3,32	4,89	5,18	5,30	5,53	4,96
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	45,5	44,6	44,8	44,9	45,0
männliche Arbeiter	-	42,2	41,4	39,5	39,6	41,0	41,1
weibliche Arbeiter	-	42,2	41,4	39,5	39,6	41,0	41,1
Geleistete Wochenarbeitszeit	-	41,4	40,7	40,3	39,3	36,5	35,5
männliche Arbeiter	-	41,4	40,7	40,3	39,3	36,5	35,5
weibliche Arbeiter	-	37,2	36,4	35,5	34,4	31,6	30,7
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 088	1 555	1 658	1 696	1 741	1 564
männlich	-	747	1 104	1 189	1 212	1 257	1 113
weiblich	-	1 182	1 661	1 796	1 830	1 879	1 671
Technische Angestellte	-	748	1 109	1 200	1 218	1 271	1 127
männlich	-	1 043	1 482	1 571	1 606	1 646	1 498
weiblich	-	688	1 020	1 086	1 119	1 157	1 030
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	-	1 058	1 501	1 593	1 629	1 670	1 515
männlich	-	688	1 042	1 112	1 143	1 183	1 051
weiblich	-	1 178	1 660	1 791	1 829	1 879	1 671
Technische Angestellte	-	838	1 285	1 351	1 374	1 414	1 296
männlich	-	838	1 285	1 351	1 374	1 414	1 296
weiblich	-	838	1 285	1 351	1 374	1 414	1 296
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	444	399	334	435	391
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	-	67	107	94	88	116	99
bekämpfte Brände	-	221	337	305	246	319	292
dav. Großbrände	-	9	14	12	7	13	11
Mittelbrände	-	28	44	28	26	31	32
Kleinbrände	-	98	151	142	108	139	122
Entstehungsbrände	-	80	119	121	102	126	121
Schornsteinbrände	-	6	10	2	3	10	6
Hilfeleistungen aller Art	-	739	881	881	694	775	785
Rettungswageneinsätze	-	10 271	10 736	10 736	10 936	11 623	10 891
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	-	1 156	1 653	1 714	1 759	1 772	1 767
Betriebsunfälle	-	544	505	525	475	490	560
Krankenbeförderungen	-	3 660	3 660	3 560	3 618	3 818	3 843
Anzahl der beförderten Personen	-	10 086	10 086	10 200	10 365	10 919	10 500
Gesamtzahl der Alarmierungen	-	11 454	11 454	12 016	11 964	12 833	12 067
Außerdem:	-	-	-	-	-	-	-
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	-	-	87	98	80	81	82
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 164	11 013	11 507	12 432	11 716
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	-	4	6	9	11	7	6
Sittlichkeitsdelikte	-	214	213	217	240	297	215
Körperverletzung ²⁾	-	91	130	136	137	133	140
Raub, räuberische Erpressung	-	41	68	72	93	89	61
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	-	3 413	4 431	3 750	4 004	4 335	4 293
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	-	1 822	3 015	3 240	3 839	4 201	3 692
Diebstähle zusammen	-	5 235	7 446	6 990	7 843	8 536	7 985
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	-	-	-	-	-	-	-
diebstahl	-	180	287	278	325	324	288
Unterschlagung	-	203	202	163	148	182	184
Begünstigung und Hehlerlei	-	85	134	74	121	61	76
Betrug und Untreue	-	722	936	1 504	1 000	1 153	979
Brandstiftung	-	33	38	37	31	23	25
Außerdem:	-	-	-	-	-	-	-
Verkehrsvergehen ³⁾	-	778	1 463	1 230	1 458	1 494	1 693
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁴⁾	-	8 929	17 425	19 613	23 268	24 284	12 788
Ordnungswidrigkeiten	-	423	435	474	401	404	423
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁵⁾	-	31 317	28 905	23 401	26 290	27 980	28 957

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsge-
werbe. — ³⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 Gebüh-
renpflichtige Verwarnungen.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiet	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1971	August 1971	September 1971	September 1970
		1965	1970				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	7,0
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	12,3
Gestorbene	1 Jahr	11,6	10,8
INDUSTRIE *)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 603	8 523	8 551	...	8 621
Geleistete Arbeiterstunden *)	Mio Std.	1 055	1 021	971	897	...	1 043
Umsatz *) ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	44 072	47 946	42 899	...	47 888
dar. Auslandsumsatz	.	4 903	8 506	9 575	7 896	...	9 127
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	156,6	150,5 r	139,3	160,8 p	157,9
Verarbeitende Industrie	.	119,1	159,9	153,4 r	140,8	163,6 p	161,1
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	.	124,8	178,1	180,1 r	174,1	184,2 p	180,9
Investitionsgüterindustrie	.	117,8	159,4	146,8 r	121,7	158,1 p	159,0
Verbrauchsgüterindustrie	.	115,8	147,2	135,3 r	129,7	155,6 p	151,1
Nahrungs- und Genußmittelind.	.	115,2	138,4	138,5 r	137,4	144,6 p	136,9
Bauindustrie	.	118,9	134,9	151,7 r	145,4	161,7 p	164,5
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe *)	1 000	1 642,6	1 529	1 567,0	1 589
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	252,6	236,3	258
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698,0	55 229	5 410,9	5 651
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	50 766	66 404	68 815	66 895	58 408
Baufertigstellungen für Wohnungen	.	49 326	39 825	38 795	30 848	38 072	36 769
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	170	190	166	182	163
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	.	.	162	161
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag *)	1 000 t	8 835	11 764	11 693
dav. Empfang	.	6 950	9 378	9 409
Versand	.	1 885	2 386	2 284
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	195 562	229 517	133 967	187 575	179 604
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden	.	26 364	31 377	34 626 p	32 575 p	33 046 p	34 680
Getötete Personen	.	1 313	1 594	1 737 p	1 681 p	1 676 p	1 810
Verletzte Personen	.	36 124	44 186	49 277 p	47 077 p	46 104 p	48 204
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	2 924	3 330	3 809	3 752	3 196
Veranlagte Einkommensteuer	.	1 233	1 333	283	126	3 899	3 587
Körperschaftsteuer	.	681	726	106	-	1 715	1 847
Steuern vom Umsatz *)	.	2 018	3 177	3 484	3 609	3 267	2 943 r
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte *)	1962=100	104,0	107,5	113,0	113,0	113,1	108,0
Index der Einfuhrpreise	.	106,3	107,2	106,7	105,3	104,2	106,5
Index der Ausführpreise	.	104,8	116,6	122,1	122,2	121,9	116,8
Preisindex für Wohngebäude *)	.	114,6	147,4	.	165,1	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung *)	.	109,0	123,7	131,2	131,1	131,7	123,8
Nahrungs- und Genußmittel	.	109,0	117,4	124,5	123,1	123,1	116,4
Wohnungsmieten	.	118,5	168,5	179,2	180,0	180,8	169,8
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	6,49	6,76	7,01	7,10	6,25
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	44,8	45,0	43,7	43,9	45,1

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrielerichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — *) einschließlich Lehrlingsstunden. — *) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — *) hochgerechnete Totalergebnisse. — *) Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — *) ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — *) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — *) bereits gekürzt um um durchlaufende Posten. — *) Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten).

